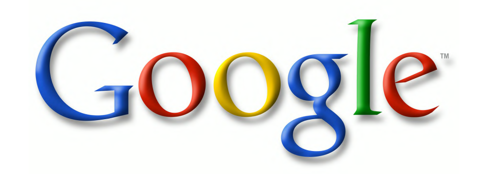
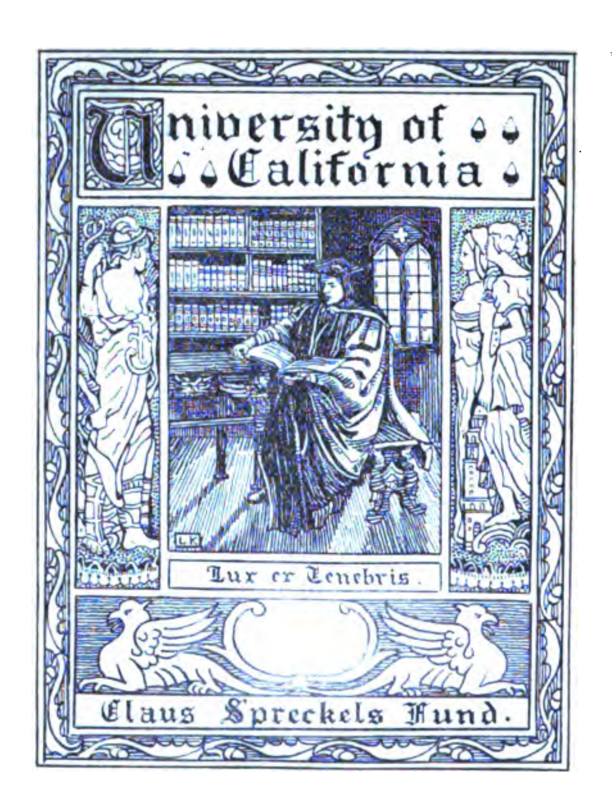
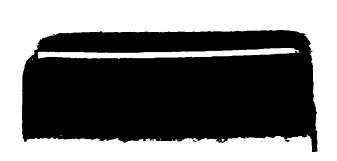



Google




University of
California
Lux ex Tenebris.
Claus Spreckels Fund.





DAVID RICARDO'S

GRUNDGESETZE

DER

VOLKSWIRTSCHAFT UND BESTEUERUNG

DRITTER BAND

ERLÄUTERUNGEN

II. TEIL

ZWEITE, NEU VERFASSTE AUFLAGE

LEIPZIG
VERLAG VON WILHELM ENGELMANN
1905

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE ERLÄUTERUNGEN

ZU

DAVID RICARDO'S GRUNDGESETZEN

DER

VOLKSWIRTSCHAFT

UND

BESTEUERUNG

II. TEIL

ZWEITE, NEU VERFASSTE AUFLAGE

VON

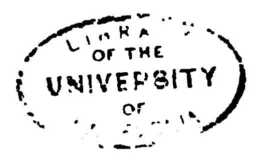
DR. KARL DIEHL
PROF. DER STAATSWISSENSCHAFTEN AN DER UNIVERSITÄT KÖNIGSBERG I. PR.

LEIPZIG
VERLAG VON WILHELM ENGELMANN
1905

Inhaltsverzeichnis.

Drittes Kapitel.

Die Ricardo'sche Lohntheorie.



Erster Abschnitt.

Darlegung der Ricardo'schen Lohntheorie.[1]

1. Der natürliche Preis und der Marktpreis der Arbeit.

Wenn im Mittelpunkte aller Ricardo'schen Betrachtungen die Frage steht, nach welchen Gesetzen sich das Nationaleinkommen auf die verschiedenen Volksklassen verteile, so handelt seine Arbeitslohntheorie speziell von der Frage, welcher Anteil des gesamten Volkseinkommens auf die Arbeiterklasse fällt. Ricardo faßt den Arbeitslohn als Preis der Arbeit auf; dieser Preis könne ebenso wie der Preis aller beliebig vermehrbaren Dinge entweder ein Marktpreis oder ein natürlicher Preis sein. Der Marktpreis der Arbeit sei derjenige, der für die Arbeit tatsächlich gezahlt werde nach den Verhältnissen von Angebot und Nachfrage; er sei hoch, wenn ein geringes, niedrig, wenn ein großes Angebot von Arbeitskräften vorhanden sei.

Der Marktpreis habe die Tendenz, sich immer wieder dem „natürlichen" Preise zu nähern, um den er herumgravitiere; der natürliche Preis der Arbeit sei derjenige, welcher in längeren Zeiträumen gezahlt wird, also der Durchschnittslohn für längere Zeitperioden. Dieser natürliche Preis sei in seiner Höhe bestimmt; er sei nämlich so hoch, daß er hinreiche, um den Arbeitern die Existenz und die Fortpflanzung ihres

---

[1] Für die Lohntheorie kommen besonders folgende Kapitel der „principles" in Betracht: 5. Vom Arbeitslohn, 16. Auflagen auf den Arbeitslohn, 26. Über rohes und reines Einkommen.

Geschlechts zu ermöglichen. — Der Geldlohn sei nur etwas Nebensächliches, auf den Reallohn komme es an, d. h. den Betrag von Lebensmitteln und anderen Bedürfnisgegenständen, die der Arbeiter für seinen Geldlohn zu kaufen imstande sei.

Daß jedoch Ricardo trotz seiner Worte „to enable the labourers to subsist“ und „the power of the labourer to subsist“ keineswegs behaupten will, daß der Durchschnittslohn das physiologische Existenzminimum gewährleiste, d. h. die Mittel gewähre, um sich die zur Erhaltung des Lebens nötigen Nährstoffe usw. zuzuführen, geht aus verschiedenen Stellen hervor, wo er über die Bedeutung des „natürlichen Arbeitslohns“ sich äußert. — So spricht er von „the quantity of food, necessaries and conveniences become essential to him from habit“, also außer Nahrung und notwendigen Lebensbedürfnissen auch noch „gewohnheitsmäßige Annehmlichkeiten“; wenn der Arbeiter nicht den „natürlichen Arbeitslohn“ hätte, werde er beraubt „of those comforts which custom renders absolute necessaries“ (d. h. der Behaglichkeiten, welche die Gewohnheit zu unerläßlichen Notwendigkeiten gemacht hat). Der natürliche Arbeitslohn könne „moderate comforts“ d. h. mäßiges Wohlbehagen gewähren. Der „natürliche Arbeitslohn“ ist daher auch örtlich und zeitlich durchaus verschieden hoch, da er von den Sitten und Gebräuchen eines Volkes abhängt. Örtlich, weil je nach dem Kulturzustande eines Volkes das Maß der „Lebensnotdurft“ sehr verschieden aufgefaßt wird z. B. vom englischen oder indischen Arbeiter; zeitlich, weil das, was früher als Üppigkeit angesehen wurde, heute als „Notwendigkeit“ betrachtet wird.

Somit ist festzustellen, daß der „natürliche“ Arbeitslohn nicht eine irgendwie naturwissenschaftlich konstatierbare Größe darstellt, sondern eine soziale Bedeutung hat: Ricardo denkt dabei an ein zur Gewohnheit gewordenes Existenzminimum; der Arbeitslohn soll hinreichen zur Bestreitung von Lebensbedürfnissen, aber nicht zur Ansammlung von Kapital. Wird der Lohn verkürzt, so ist der Arbeiter gezwungen, Bedürfnisse, die ihm zur Gewohnheit geworden sind, aufzugeben, oder der Armenpflege anheimzufallen.

Ausdrücklich erläutert er einmal im 26. Kapitel seiner

„Principles“[1] seine Lohntheorie dahin, der Durchschnittslohn der Arbeiter lasse nichts für Steuern oder Ersparnisse übrig. „Das ganze Erzeugnis des Bodens und der Arbeit jedes Landes zerfällt in drei Teile: von diesen ist ein Teil für Löhne, einer für Profite und einer für Renten bestimmt. Nur von den beiden letzteren Teilen können irgendwelche Abzüge für Steuern oder Ersparnisse gemacht werden; der erstere, wenn er mäßig ist (if moderate), macht nur die notwendigen Produktionskosten aus.“ Trotz der Einschränkung, die bereits in den Worten „wenn er mäßig ist“ liegt, hält es aber Ricardo noch für nötig, diesen Satz einzuschränken; in einer Anmerkung fügt er hinzu: „Vielleicht ist dies zu schroff ausgedrückt, da im allgemeinen den Arbeitern unter dem Namen von Löhnen mehr zufließt, als die unbedingt nötigen Produktionskosten. In diesem Falle wird ein Teil des Reinerzeugnisses des Landes von den Arbeitern in Empfang genommen und kann von ihnen gespart oder ausgegeben werden; oder er muß sie in den Stand setzen, zur Verteidigung des Landes beizutragen . . .“

2. Die Ursache der Gravitation der Löhne zum gewohnheitsmässigen Existenzminimum.

Fragen wir nach dem Grunde, warum die Arbeitslöhne in längeren Zeiträumen immer wieder zur Höhe des gewohnheitsmäßigen Existenzminimums gravitieren, so antwortet Ricardo mit dem Hinweise auf die Bevölkerungsvermehrung. Er sieht es als die normale Wirkung einer Erhöhung des Arbeitslohnes an, daß eine Vermehrung der Eheschließungen und der Kinderzahl eintritt, welche infolge des vermehrten Angebots von Arbeitskräften die Löhne wieder auf das alte Niveau herabsinken läßt und als normale Wirkung eines Herabgehens der Löhne, daß eine Verminderung der Eheschließungen und Kinderzahl die umgekehrte Wirkung hervorbringt. So ist ihm die Bevölkerungsbewegung der große Regulator der Löhne: die letzte Ursache, warum die Löhne nie auf die Dauer ein gewisses Durchschnittsmaß übersteigen. Am schärfsten drückt

[1] Princ. 210 (316).

er dies im Kapitel über die Steuern auf Rohstoffe einmal so aus: „Wegen der Wirkung des Bevölkerungsprinzips auf die Vermehrung der Menschheit bleiben die Löhne der niedrigsten Art niemals hoch über dem Satze, den Natur und Gewohnheit für den Unterhalt der Arbeiter erfordern.“[1]

Bei Darlegung seiner Profittheorie bemerkt er über die Höhe des Arbeitslohns, der Gewinn könne nie so viel verschlingen, daß nicht genug übrig bliebe, „um die Arbeiter mit den unumgänglich nötigen Lebensbedürfnissen (absolute necessaries) zu versorgen.“[2]

Nur wo der Boden noch Überfluß an Ertrag gibt, kann eine vorübergehende Ausnahme von dieser Lohnregel stattfinden: „Solange der Boden im Überflusse Ertrag abwirft (yields abundantly), kann der Arbeitslohn auf einige Zeit steigen und es können die Hervorbringer mehr verzehren, als ihren gewohnten Anteil; aber der Vergrößerungsreiz, welchen die Bevölkerung dann bekommt, wird alsbald die Arbeiter zu der gebräuchlichen Verzehrung zurückzwingen. Sobald jedoch ärmlicher Boden in Anbau genommen oder mehr Kapital und Arbeit auf den alten Boden verwendet wird, mit einem geringeren Ertrage an Erzeugnissen, muß die Wirkung dauernd sein.“[3]

Nur zwei Ausnahmefälle gibt es nach Ricardo, in welchen eine ständige Erhöhung des Marktpreises über den natürlichen Arbeitslohn möglich wäre:

a) Wenn die Arbeiter ihre Gewohnheiten in bezug auf Bevölkerungsvermehrung änderten und Lohnaufbesserungen statt zu vermehrten Heiraten usw. zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung benützten:[4] „Die Vermehrung der Bevölkerung und der Nahrungsmittel wird die regelmäßige, aber nicht die notwendige Wirkung hoher Löhne sein. Die durch bessere Lohnzahlung verbesserte Lage des Arbeiters bestimmt ihn nicht notwendig zu heiraten und die Last einer Familie auf sich zu nehmen, — er wird, nach aller Wahrscheinlichkeit, einen Teil seiner vermehrten Löhne benutzen, um sich reichlich mit

[1] Princ. 93 (139). — [2] Princ. 63 (87). — [3] Princ. 70 (97). — [4] Princ. 248 (376).

Nahrung und Lebensbedürfnissen zu versorgen, — aber mit dem Reste kann er sich, wenn es ihm gefällt, irgend welche Güter beschaffen, die ihm Genuß bereiten, Stühle, Tische und Stahlwaren, oder bessere Kleider, Zucker und Tabak. Seine erhöhten Löhne haben dann keine andere Wirkung, als eine vermehrte Nachfrage nach einigen dieser Waren; und da die Arbeiterschaft sich nicht vermehrt, werden die Löhne dauernd hoch sein." Doch hält Ricardo diese Wirkung für etwas Außergewöhnliches; er fährt fort: „Aber obwohl dies die Wirkung sein könnte, findet man allgemein (invariably), daß eine Vermehrung der Bevölkerung der verbesserten Lage der Arbeiter folgt; und nur aus diesem Grunde entsteht, mit der erwähnten unbedeutenden Ausnahme, eine neue und vergrößerte Nachfrage nach Nahrungsmitteln."

b) Eine Ausnahme tritt auch dann ein, wenn eine allmähliche und andauernde Kapitalvermehrung eintritt, welche groß genug ist, um durch fortwährend gesteigerte Nachfrage nach Arbeit einen fortwährenden Reiz zur Bevölkerungsvermehrung zu unterhalten: dann könne der Marktpreis der Arbeit auf unbestimmte Zeit hinaus ständig (constantly) über dem natürlichen Preise stehen.[1]

3. Tendenzen der Lohnbewegung.

a) Die von Ricardo als feststehend angenommene Tendenz der Nahrungsmittelpreise, zu steigen, bewirkt zunächst die parallele Tendenz bei der Entwicklung des natürlichen Preises der Arbeit: die Geldlöhne werden auch die Tendenz haben, zu steigen, „weil eines von den Hauptgütern, wodurch ihr natürlicher Preis bestimmt wird, die Tendenz hat, teurer zu werden wegen der größeren Schwierigkeit, es herzustellen" — hierdurch werden aber die Reallöhne nicht berührt.

Die Preise der Nahrungsmittel sollen deshalb so maßgebend sein für die Höhe der Arbeitslöhne, da sie Monopolpreise darstellen können, während die übrigen Waren für unbegrenzt vermehrbar betrachtet werden: „Der Arbeitslohn hängt vom Preise der Bedürfnisse, und der Preis der Bedürfnisse haupt-

---

[1] Princ. 51 (68).

sächlich vom Preise der Nahrungsmittel ab, weil alle anderen Erfordernisse meist ohne Grenze vermehrt werden können."[1]

b) Die Arbeitslöhne bilden nach Ricardo einen Teil des zirkulierenden Kapitals. Kapital überhaupt ist nach Ricardo der Teil des Volksvermögens, der produktiv angelegt wird, nämlich in Nahrungsmitteln, Kleidung, Werkzeugen, Rohstoffen, Maschinen usw. zur Unterstützung der Arbeit: Wie wirkt eine Vermehrung des Kapitals auf die Lohnhöhe ein? Hier unterscheidet Ricardo zwei Fälle:

α) Das Kapital steigt der Menge und dem Tauschwerte nach; d. h. es ist mehr an Kleidung, Nahrung usw., die zur Beschäftigung der Arbeit dienen, vorhanden, und da diese Vermehrung mit einem Mehraufwand an Herstellungskosten verbunden ist, steigt auch der Tauschwert des Kapitals: Der natürliche Preis der Arbeit wird steigen, in Geld ausgedrückt, da die Preise von Nahrung usw., die der Arbeiter braucht, gestiegen sind — der Marktpreis steigt ebenfalls, da die Vermehrung des Kapitals eine Vermehrung der Nachfrage nach Arbeit bewirkt.

β) Das Kapital steigt der Menge nach, während der Tauschwert gleich bleibt oder sinkt; d. h. die vermehrte Menge von Produktivmitteln wird zu denselben oder noch geringeren Herstellungskosten produziert, wie die frühere kleinere Menge: der natürliche Arbeitslohn wird gleichbleiben oder fallen, da er wieder bedingt ist durch die Preise der Produktionsmittel; der Marktpreis wird steigen wie im ersten Falle, da auch hier eine vermehrte Nachfrage nach Arbeit eintritt.

In welcher Weise wird sich der Marktpreis der Arbeit dem natürlichen Preise nähern? In beiden Fällen in verschiedener Weise. Die Gleichstellung wird im ersten Falle sehr schnell vor sich gehen; denn da durch den gestiegenen Preis der Lebensmittel ein großer Teil der Lohnsteigerung ausgeglichen wird, genügt eine kleine Vermehrung der Bevölkerung, um den Ausgleich herbeizuführen. Im zweiten Falle erfolgt die Ausgleichung langsamer; da der Arbeiter nicht nur den Vorteil höherer Geldlöhne, sondern auch gefallener Lebens-

[1] Princ. 66 (91).

mittelpreise hat, wird erst eine sehr große Bevölkerungsvermehrung eine Annäherung des Marktpreises an den natürlichen Preis bewirken.

Auch in seiner parlamentarischen Tätigkeit hatte Ricardo die Gelegenheit, seine Ansicht über die parallele Bewegung von Arbeitslohn und Getreidepreis zum Ausdruck zu bringen. In der Sitzung vom 16. Dezember 1819, als über „The distress of the country" debattiert wurde, äußerte Ricardo, daß die Kornzölle teilweise die Not verschuldet hätten:[1] „Wir haben Korngesetze erlassen, wodurch der Preis dieses Lebensbedürfnisses, des Getreides, höher wurde, als in einem der Nachbarländer, und so störend eingewirkt auf den Artikel, welcher als der Hauptregulator der Löhne betrachtet wird. Wo Getreide teuer ist, müssen die Löhne hoch sein und die Wirkung der hohen Löhne war notwendigerweise, den Kapitalprofit niedrig zu gestalten."

c) Waren die bisherigen Ausführungen Ricardos im Sinne der Paralleltheorie gehalten, d. h. der Lehre, daß eine parallele Entwicklung von Lohnhöhe und Höhe der Lebensmittelpreise stattfindet, so findet sich auch die entgegengesetzte Meinung bei ihm ausgesprochen; er weist auch darauf hin, daß es bei Steigerungen der Getreidepreise durchaus nicht immer sofort in der Macht der Arbeiter liege, ihren Reallohn entsprechend dieser Preiserhöhung zu verbessern, sondern umgekehrt werde oft durch eine Erhöhung der Lebensmittelpreise zunächst eine Verminderung der Reallöhne der Arbeiter bewirkt und erst nach geraumer Zeit werde durch die Wirkungen der Bevölkerungsvermehrung wieder ein Ausgleich herbeigeführt.

Diese seine Konträrtheorie, daß also Löhne und Lebensmittelpreise sich entgegengesetzt bewegen, begründet Ricardo auf folgende Weise. Er vergleicht die Folgen der Getreideverteuerung für den Grundherrn und den Arbeiter: für ersteren bedeute sie eine Steigerung der Rente, für letzteren eine Verschlimmerung seiner Lage; er bekomme zwar mehr Geldlohn, aber sein Getreidelohn werde herabgesetzt; nicht bloß seine Verfügung über Getreide werde geschwächt, sondern seine Lage im allgemeinen werde

[1] Vgl. Hansard, parliamentary debates. Vol. XLI.

verschlimmert, da es für ihn schwieriger wäre, den Marktsatz des Arbeitslohnes über dem natürlichen Satze zu halten: wenn der Getreidepreis um 10 % steige, steige der Arbeitslohn auch, aber stets um weniger als 10 %. — Selbst wenn seine Erhöhung des Lohnes ausreichte, um das jetzt teurere Getreide in derselben Menge, wie vorher, zu kaufen, so würde der Arbeiter doch auch andere Lebensbedürfnisse, wie z. B. Speck, Käse, Butter, Leinwand teurer bezahlen müssen, und aus diesem Grunde werde sicher zunächst eine Verschlimmerung seiner Lage bewirkt werden.

Auch den umgekehrten Fall erwähnt Ricardo, daß bei einem Sinken des Getreidepreises eine Verbesserung der Lage des Arbeiters eintreten werde. In seiner Abhandlung „Essay on the influence of a low price of corn on the profits of stock" sagt er:[1] „Malthus glaubt, daß ein niedriger Geldpreis des Getreides nicht günstig sei für die unteren Volksklassen, weil der Tauschwert der Arbeit, d. h. ihre Macht, über die Notwendigkeiten, Annehmlichkeiten und Luxusbedürfnisse des Lebens zu verfügen, nicht vermehrt, sondern vermindert würde durch einen niedrigen Geldpreis. Einige seiner Beobachtungen über diesen Gegenstand sind sicherlich von großem Gewichte, aber er zieht nicht genügend die Wirkungen einer besseren Verteilung des Nationalkapitals auf die Lage der arbeitenden Klassen in Betracht. Sie würde wohltätig für sie sein, weil dasselbe Kapital mehr Leute beschäftigen würde; außerdem würden die höheren Gewinne zu weiterer Kapitalanhäufung führen, — und so würde der Bevölkerung durch wirklich hohe Löhne ein Ansporn gegeben, der nicht verfehlen könnte, für eine lange Zeit die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern. Die Wirkungen auf die Interessen dieser Klassen würden fast dieselben sein, wie die Wirkungen verbesserten Maschinenwesens, welches, wie jetzt zweifellos ist, eine entschiedene Tendenz hat, die realen Arbeitslöhne zu erhöhen." — Aber nur höchst sporadisch finden sich bei Ricardo solche Äußerungen im Sinne der Konträrtheorie: sie können nur eine sekundäre Rolle bei ihm spielen, weil er immer wieder auf den eigentlichen Kern- und Mittelpunkt seiner volkswirtschaftlichen Lehre zurückkommt, daß

---

[1] Influence 386.

die Getreidepreise im engsten direkten Zusammenhang mit den Löhnen stehen und zwar in paralleler Bewegung. Nur also für vorübergehende Schwankungen der Preise und Löhne seien Tendenzen im Sinne der Konträrtheorie möglich; in der Hauptsache sei der Satz zutreffend: „cheap bread, cheap labour, dear bread, dear labour."

Auch nach der Richtung hält Ricardo die Lage der Arbeiterklasse für eine ungünstige, als die Erhöhung des Arbeitslohnes infolge der Erhöhung der Getreidepreise sehr rasch — aber unter Umständen auch sehr langsam erfolgen könne. Ricardo erörtert diesen Punkt eingehend in dem Kapitel über „Steuern von Rohstoffen". — Er spricht dort über eine Steuer auf Bodenprodukte und meint, die Wirkung einer solchen Steuer wäre, die Preise der Rohprodukte zu erhöhen und damit auch den Arbeitslohn. Gegenüber dem möglichen Einwande, daß zwischen dem Steigen des Getreidepreises und dem des Arbeitslohnes eine beträchtliche Zeit verstreichen könnte, während welcher die Arbeiter viel Ungemach erfahren könnten, legt er dar, wie seiner Meinung nach eine Erhöhung des Arbeitslohns auf eine Erhöhung des Getreidepreises folge.[1] Er meint, daß unter verschiedenen Umständen die Arbeitslöhne dem Preise der Rohprodukte mit sehr verschiedenen Graden der Schnelligkeit folgten: in einigen Fällen werde durch das Steigen der Getreidepreise überhaupt keine Wirkung auf die Löhne erfolgen, in anderen ginge das Steigen der Löhne dem Steigen der Getreidepreise vorher; in einigen wieder sei die Wirkung auf die Löhne eine langsame, in anderen eine schnelle. Von den vier Ursachen, von denen ein Steigen des Getreidepreises herrührt, interessieren uns hier besonders zwei: 1. unzureichendes Angebot, 2. stufenweise zunehmende Nachfrage, die zuletzt noch von vermehrten Hervorbringungskosten begleitet sein kann.

Im Falle einer schlechten Ernte könne eine Erhöhung des Arbeitslohnes nicht statthaben; dies sei eine öffentliche Kalamität, die alle Klassen, auch die Arbeiterklasse, zu ertragen hätten; auch warnt Ricardo vor dem Mittel, wie es in manchem Armengesetze angewendet werde, den Geldlohn der Arbeit nach dem

[1] Princ. 93 (132).

Preise der Nahrungsmittel zu bemessen; eine Erhöhung des Arbeitsgeldlohnes aus öffentlichen Mitteln hätte nur nominelle Bedeutung: denn ihre Wirkung sei, die Getreidepreise noch immer mehr zu steigern und die Gewinne der Grundherren noch immer mehr zu erhöhen. Gegenüber solchem Notstande gäbe es nur das Aushilfsmittel der größeren Einfuhr auswärtigen Getreides oder der Verwendung geeigneter Ersatzmittel für Getreide.

Ganz anders, wenn die Erhöhung des Getreidepreises durch erhöhte Nachfrage herbeigeführt sei; dann müsse immer eine Erhöhung des Arbeitslohnes vorangegangen sein — denn die Nachfrage könne sich nicht vergrößern, ohne daß die Mittel vermehrt würden, die das Volk in den Stand setzen, seine Lebensbedürfnisse zu bezahlen. Eine Kapitalansammlung bringe größere Konkurrenz unter den Arbeitgebern hervor, die demzufolge gezwungen werden, mehr für die Arbeit zu bezahlen; der erhöhte Arbeitslohn habe für die Arbeiterklasse zunächst die Wirkung, daß sie sich mehr Genußmittel verschaffen könnte; dann aber trete wieder die Folge vermehrter Heiraten und größerer Kinderzahl ein: die Nachfrage nach Getreide bewirkt eine neue Preissteigerung des Getreides; schließlich wird der Lohn wieder auf die alte Höhe herabgedrückt: „Allgemein stellt sich heraus, daß, wenn ein Anreiz zur Bevölkerungsvermehrung gegeben war, die Wirkung größer ist, als von der Ursache erfordert war; die Bevölkerung kann um so viel vermehrt werden und wird es auch, so daß sie trotz der vermehrten Nachfrage nach Arbeit, im Verhältnisse zu den Mitteln für Erhaltung der Arbeiter doch mehr beträgt, als vor der Vermehrung des Kapitals. In diesem Falle wird eine Gegenwirkung eintreten, der Arbeitslohn wird unter der natürlichen Höhe stehen und es bleiben, bis das übliche Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wieder hergestellt ist.“[1]

An anderer Stelle formuliert er die Konträrtheorie so:[2] „Wir haben ferner auch gezeigt, daß, obgleich der Tauschwert des Anteils des Arbeiters infolge des hohen Preises der Nahrungsmittel vermehrt wird, sein tatsächlicher Anteil vermindert

[1] Princ. 96 (135). — [2] Princ. 60 (84).

wird, während der des Grundherrn nicht nur im Tauschwert erhöht wird, sondern auch der Menge nach vergrößert wird."

4. Schlussfolgerungen für die Sozialpolitik im allgemeinen und die Armenpflege im besonderen.

Da Ricardo den Hauptgrund der ungünstigen Lohnverhältnisse der Arbeiter in ihrem eigenen Verschulden in bezug auf die Bevölkerungsprinzipien erblickt, hält er auch alle anderen staatlichen oder öffentlichen Maßregeln zugunsten einer Lohnerhöhung für verfehlt: nur vernünftigere Grundsätze auf dem Gebiete der Volksvermehrung könnten nützlich wirken: „Gleich allen anderen Verträgen sollte der Arbeitslohn dem gerechten und freien Wettbewerbe (fair and free competition) des Marktes überlassen bleiben, und niemals durch Einmischung der Gesetzgebung beaufsichtigt werden."[1] Das Elend, das hier vielfach herrscht, will Ricardo nicht leugnen, aber er stimmt dem resignierten Urteile Buchanans bei: „Es gibt im gesellschaftlichen Zustande Trübsale, denen die Gesetzgebung nicht abhelfen kann; und es ist deshalb nützlich, ihre Grenze zu kennen, damit wir nicht, vor dem Streben nach dem Unausführbaren, das Gute verfehlen, dessen Erreichung wirklich in unserer Macht steht."[2]

Im übrigen sei wohl zu unterscheiden zwischen Kolonialländern, d. h. Ländern, in denen noch unangebauter Boden im Überfluß vorhanden ist, und alten, längst bevölkerten und angebauten Gebieten. In ersteren sei es nötig, das Volk zum Fleiß und zur Kapitalbildung zu erziehen; dann könne auch die Bevölkerungsvermehrung beliebig anwachsen; dagegen in den dicht bevölkerten alten Kulturländern gälte es, vor allem das Volk zu zweckmäßigeren Gewohnheiten in bezug auf Heiraten und Kinderzeugung zu veranlassen: nur wenn sie nicht jede Verbesserung ihrer Lage wieder durch erhöhte Heirats- und Geburtenziffern ausglichen, könnte ihr Los ein besseres werden: „Die Freunde der menschlichen Gesittung können nur wünschen, daß in allen Ländern die arbeitenden Klassen einen Geschmack bekommen für die Gemächlichkeiten und Genüsse des Lebens und daß sie durch alle gesetzlichen Mittel in ihrer Anstrengung,

[1] Princ. 57 (77). — [2] Princ. 58 (78).

sie sich zu verschaffen, angespornt werden. Es gibt kein besseres Mittel gegen eine übermäßige Bevölkerung. In den Ländern, wo die Arbeiter die geringsten Bedürfnisse haben und nur mit der billigsten Nahrung zufrieden sind, ist das Volk den meisten Wechselfällen und dem größten Elend ausgesetzt. Es hat keinen Zufluchtsort gegen Jammer und Not; es kann seine Rettung nicht in einem niedrigen Zustande suchen; es steht bereits so niedrig, daß es nicht tiefer sinken kann.[1]

Im besonderen richtet sich Ricardo noch gegen die damals bestehende englische Armengesetzgebung, die in keiner Weise geeignet sei, dem Übel einer Übervölkerung entgegenzutreten, sondern diese Gefahren noch vergrößere. „Es kann nicht zu oft betont werden" schreibt er einmal an Malthus,[2] „daß das wirksamste Heilmittel gegen die Unzulänglichkeit der Löhne in den Händen der Arbeiter selbst liegt". „Große Übel" — heißt es in einem Briefe an Trower,[3] „entspringen aus der Idee, die in den Armengesetzen zum Vorschein kommt, daß die Armen ein Recht auf Unterstützung haben. . . . Das große Ziel sollte sein, die arbeitenden Klassen zu lehren, daß sie selbst für die Zufälligkeiten sorgen müssen, denen sie durch die gelegentlichen Schwankungen in der Nachfrage nach bestimmten Manufakturwaren ausgesetzt sind, und die nicht Gegenstand der Gesetzgebung sein sollten. Die Arbeitslöhne müßten und würden unter einem wirklich guten System so hoch sein, daß sie nicht nur für den Arbeiter und seine Familie ausreichen, wenn er volle Beschäftigung hat, sondern es ihm auch ermöglichen, Rücklagen in eine Sparkasse zu machen für diese außergewöhnlichen Fälle, die Sie erwähnt haben."

[1] Princ. 54 (73). — [2] B. W. I. S. 166. — [3] B. W. III. S. 48.

Zweiter Abschnitt.

Kritik der Ricardo'schen Lohntheorie.

1. Kritik der theoretischen Grundlagen des ehernen Lohngesetzes.

Das Problem, das Ricardo stellte, ist eines der wichtigsten und schwierigsten der Nationalökonomie: er will das „Gesetz" finden, welches die Durchschnittshöhe der Arbeitslöhne bestimmt und damit einen Anhalt für die Frage geben, welcher Anteil am Ertrag der Volkswirtschaft auf die Arbeiterklasse fällt. Die Art aber, wie Ricardo dieses Problem in Angriff nimmt, ist nach jeder Richtung hin verfehlt und seine Lohntheorie zweifellos die schwächste und unhaltbarste aller seiner Lehren. Nirgendwo tritt in so starkem Maße wie hier hervor, zu welchen irrigen und den Tatsachen des realen Lebens widersprechenden Lehren es führen muß, wenn nach der Methode der „isolierenden Abstraktion" für eine so unendlich komplizierte Erscheinung wie den Arbeitslohn, eine einfache, glatte Formel aufzustellen versucht wird.

Wie in der Lehre vom Wert und Preis geht er auch hier vor: er unterscheidet einen Marktpreis und einen „natürlichen" Preis — alle die zahlreichen aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich ergebenden Modalitäten werden auf den „Marktpreis" der Arbeit bezogen und daneben ein „natürlicher Arbeitslohn" konstruiert, der gewissen festen Gesetzen unterliege, die den Mittelpunkt der Lohntheorie bilden. Und gerade so wie Ricardo für den Preis der Güter eine feste Durchschnittsnorm annimmt, wohin er stets tendiere, ebenso meint er

auch für den „natürlichen" Preis der Arbeit eine Durchschnittsgröße bestimmen zu können, zu welcher der Marktpreis sich auszugleichen strebe.

Zur Durchführung seiner Theorie muß Ricardo einen „Durchschnittsarbeiter" und eine „Durchschnittsarbeit" konstruieren; er kennt sehr wohl die verschiedene Höhe der Arbeitslöhne im einzelnen und weist auf diese Verschiedenheit wiederholt hin: hier aber abstrahiert er davon zugunsten einer allgemeinen Durchschnittsarbeit, die Ricardo übrigens nirgends näher definiert. Er vereinfacht das Problem in einer Weise, daß alle Unterscheidung zwischen ländlicher und gewerblicher Arbeit, zwischen Zeitlohn und Stücklohn, zwischen Natural- und Geldlohn verwischt wird zugunsten einer allgemeinen Betrachtung des „Arbeitslohns" schlechthin und er beschränkt sich darauf, den Geldlohn des im Dienste eines kapitalistischen Unternehmers tätigen Lohnarbeiters zu untersuchen.

Aber nicht nur von der Verschiedenheit der Arbeiten und der Arbeiter wird abstrahiert, auch die Rechtsordnung mit ihrer wichtigen Einwirkung auf die Lohnbildung wird nicht in Betracht gezogen: oder vielmehr, es wird auch hier eine künstlich konstruierte volkswirtschaftliche Organisation, nicht eine reale, konkrete Ordnung zugrunde gelegt: die „freie Konkurrenzwirtschaft", aus welcher Ricardo deduziert, enthält auf der einen Seite Arbeitgeber, auf der anderen Arbeitnehmer, die nur ihre ökonomischen Interessen verfolgen und dabei in keiner Weise durch Gesetz oder private Organisation in ihrer Betätigung gehemmt sind. Diese freie Konkurrenzwirtschaft, die Ricardo als die „natürliche" und „ewige" Ordnung des Wirtschaftslebens auffaßt, ist auch nicht identisch mit der wirtschaftlichen Rechtsordnung zu Lebzeiten Ricardos, denn auch die damals aufkommende Ära der Gewerbefreiheit und beginnenden Großindustrie hat ein derartig freiheitliches Rechtssystem nicht gekannt: es ist ein künstliches Gebilde, von Ricardo zur besseren Durchführung seiner „Entwicklungsgesetze" zugrunde gelegt.

Noch ragten in die Zeit, als Ricardo schrieb, also in die Zeit der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, wichtige Reste jener alten Elisabethischen Lehrlingsgesetze von 1562 hinein, die auch in bezug auf die Arbeits-

löhne Bestimmungen enthielten, durch welche den Arbeitern ein „angemessener Unterhalt“ gesichert werden sollte. Waren auch für die Mehrzahl der Gewerbe diese Bestimmungen teils veraltet, teils nie ernstlich beachtet worden, in größerem Umfange hatten sich doch gewisse Lohnsätze herkömmlich noch auf der gemäß jenem Gesetze von Friedensrichtern festgesetzten Höhe erhalten; auch Gesetzesakte aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bekunden noch das Vorhandensein der Tendenz zur staatlichen Einflußnahme auf die Lohnhöhe.[1] Besonders hervorzuheben ist in dieser Hinsicht der Woollen-Cloth-Weavers-Act aus dem Jahre 1756, durch welchen die Friedensrichter beauftragt werden, Stücklöhne festzusetzen — welches Gesetz allerdings nur ein Jahr lang in Kraft war. Aus dem Jahre 1773 stammt der berühmte Spitalfieldsact, durch welchen die Friedensrichter neuerdings ermächtigt wurden, für die Seidenweber die Lohnsätze zu bestimmen. Und im Jahre 1778 tauchte im Hause der Gemeinen nochmals die Idee eines Gesetzes auf, welches die amtliche Festsetzung der Löhne zum Gegenstande haben sollte.[2]

Wenn also auch zuzugeben ist, daß schon lange vor der formellen Aufhebung dieser Elisabethischen Gesetzgebung (1814) eine direkte Einwirkung derselben auf die Lohnhöhe nur noch in kleinem Umfange stattfand, so war doch die indirekte Nachwirkung dieser Gesetzgebung so mächtig, daß die Voraussetzungen der Theorie von der Lohnbildung rein nach dem freien Spiel von Nachfrage und Angebot auch für die Zustände zu Lebzeiten Ricardos nicht zutreffen. Schon wagten die ersten Gewerkvereine, wenn auch unter größten Schwierigkeiten, durch vereinsmäßige Organisation der Arbeiter einen Druck auf die Lohnbildung auszuüben.

Von großem Einflusse war die damals herrschende Armengesetzgebung, die noch aus dem Jahre 1601 stammte und die durch das Allowance-System von 1795 eine wichtige Ergänzung erhielt. Nach der Höhe der Lebensmittelpreise und der

---

[1] von Zwiedineck-Südenhorst, Lohnpolitik und Lohntheorie mit besonderer Berücksichtigung des Minimallohnes. Leipzig 1900. S. 79.

[2] Ebendort S. 78.

Stärke der Familie wurde eine Lohnskala fixiert und bestimmt, daß dem Arbeiter, soweit er die so ermittelte Summe nicht durch eigene Arbeit oder die Tätigkeit seiner Familienmitglieder erwerben kann, das Fehlende als Zuschuß (Allowance) aus der Armenkasse gezahlt werden solle. Auch diese Praxis übte großen Einfluß auf die Lohnverhältnisse in England aus.

Es ist selbstverständlich, daß Ricardo alle diese Einschränkungen des freien Wettkampfes der Parteien wohl kannte; aber es waren für ihn „störende Nebenumstände", die einer einheitlichen, knappen Formulierung eines Lohngesetzes hindernd im Wege gestanden hätten. Solche Umstände dürfen aber nicht ignoriert werden, wenn man zu richtigen Erkenntnissen über die Lohnbildung kommen will: ob es sich, wie zu Ricardos Zeit, um Reste der alten staatlichen Lohnfestsetzung, um die schwachen Keime der Gewerkvereine und die Eigentümlichkeiten der Armengesetzgebung handelt, oder wie in unserer Zeit, um die kräftigen Arbeiterorganisationen, die Kartelle, die gleitenden Lohnskalen und die Tarifverträge; ohne Berücksichtigung solcher gesetzlicher oder freiwilliger Beschränkungen der „freien Konkurrenz" ist das Problem nicht zu untersuchen. Damit soll nicht gemeint sein, daß die Lohntheorie auf die Aufstellung allgemeiner Sätze verzichten müsse, und sich auf Sammlung empirischen lohnstatistischen Materials beschränken solle. Es muß natürlich gesucht werden, allgemein typische Entwicklungsvorgänge bei der Lohnbildung zu finden; aber diese Untersuchung kann niemals auf „das Lohngesetz" zielen, sondern auf eine ganze Reihe von Regelmäßigkeiten der Entwicklung in bestimmten Zeitabschnitten.

Noch weniger als die Stellung des Problems befriedigt die Lösung desselben durch Ricardo; sie ist so unklar und vag wie möglich. Hätte Ricardo das Existenzminimum in physiologischem Sinne aufgefaßt, so hätte man wenigstens eine klare Vorstellung damit verknüpfen können: der Reallohn hätte danach die Tendenz, sich auf einer Höhe zu halten, die es einer Arbeiterfamilie gestattet, sich die nötigen Mengen an Nahrung, also an Eiweißsubstanzen, Fetten und Kohlenhydraten usw., und an den Dingen, die sonst zur Fristung der nackten Existenz nötig sind, zu verschaffen. Davon ist aber Ricardo weit entfernt: der Lohn soll

zur Befriedigung der „gewohnheitsmäßigen" Bedürfnisse ausreichen. Diese „Gewohnheiten" sollen aber nach Zeit, Ort und Kulturzustand wechseln; damit ist jeder sichere Anhaltspunkt verloren. Oder vielmehr: es ist nicht so sehr eine Tendenz der Löhne, auf einem bestimmten Niveau zu bleiben, konstatiert, sondern eine Tendenz der Arbeiter, die von ihnen verdienten Löhne für ihre Bedürfnisse und entsprechend ihren immer veränderten Lebensgewohnheiten auszugeben. „Wenn Freihandel zwischen den Ländern besteht", schreibt Ricardo einmal an Malthus,[1] „so ist es unmöglich, daß die Gewinne sehr stark von einander abweichen; die einzige Ursache der Verschiedenheit in diesem Falle wird die verschiedene Lebensweise der Arbeiter bilden; in einem Lande sind sie mit Kartoffeln und einer schmutzigen Hütte zufrieden, in einem anderen verlangen sie eine anständige Wohnung und Weizenbrot."

Will man nach einer festen sozialökonomischen Norm suchen, die uns für das von Ricardo gemeinte durchschnittliche Lohnniveau einen Anhalt geben könnte, so müssen wir die Folgen berücksichtigen, die eintreten, wenn der durchschnittliche Lohn sinkt. Dann tritt Verarmung und Elend ein; da aber in diesem Falle in den Kulturstaaten die Armenpflege zuhilfe kommt, so läßt sich Ricardos Lohntheorie auch so formulieren: der Durchschnittslohn der Arbeiter ist nur so hoch, daß eine Verkürzung des Lohns oder eine Arbeitslosigkeit von nennenswertem Umfang ihn der Armenpflege anheimfallen läßt. Daß das Gros der Arbeiter hart an der Grenze der Armut lebe, ist der Sinn von Ricardos Ausführungen.

Es wird hier von Ricardo also behauptet, daß unter der Herrschaft der freien Konkurrenz das erreicht wird, was umgekehrt von manchen englischen Gewerkvereinen als Minimum durch Vereinbarungen erstrebt werden müsse, da es die freie Konkurrenz nicht verbürge: nämlich die Höhe der sog. Living wages. Dieser Ausdruck, von Lloyd Jones 1874 zuerst gebraucht, soll bedeuten „das Minimum, das genügend Nahrung und einen gewissen persönlichen und häuslichen Komfort für den Arbeiter umfaßt",[2] oder wie es 1892 und 1893 von der Miners

[1] B. W. L. S. 197. — [2] Zwiedineck a. a. O. S. 220.

Federation (Verband der Bergleute) erklärt wurde, daß sie ein Recht hätten „auf ein von den Verhältnissen des Gewerbes unabhängiges Lohnminimum, durch das sie ihre Leistungsfähigkeit als Produzenten und Bürger aufrecht zu erhalten vermöchten."[1] — Freilich läßt diese Bestimmung der Living wages an Klarheit nicht weniger als die Ricardo'schen Erklärungen zu wünschen übrig.

So vag auch die von Ricardo behauptete Lohnbildungstendenz sein mag, so könnte man immerhin eine einigermaßen feste Grundlage für die Lohntheorie gewinnen, wenn wir als Inhalt des Ricardo'schen Lohngesetzes angeben könnten: die Löhne haben unter der Herrschaft der freien Konkurrenz die Tendenz, sich auf einer Höhe zu halten, die den Arbeitern eine den gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen entsprechende Existenz ermöglicht, wenn nur Ricardo daran festgehalten hätte. — Aber im Widerspruch zu diesem angeblichen „Gesetz" stehen seine eigenen Ausführungen, wonach es durchaus für die Arbeiter möglich sei, sich über dieses Lohnniveau zu erheben, wonach es nur von ihrem Verhalten abhinge, dauernd in eine ökonomische Lage zu kommen, die weit über das oben angegebene Maß hinausgeht, die ihnen ermöglicht, kleine Kapitalien anzusammeln usw. Ich habe oben schon die Stelle zitiert, wo er von den „Gegenständen körperlichen und gemütlichen Wohlbehagens" spricht, welche die Freunde der Arbeiter ihnen wünschen und die sie bei entsprechendem Verhalten in bezug auf Eheschließung und Kindererzeugung erlangen könnten. Ähnliche Äußerungen hat Ricardo wiederholt getan; aus ihnen geht auch hervor, daß es Ricardo ganz fern lag, zu behaupten, der Arbeitslohn müsse niedrig sein im Interesse des Kapitalprofits, so daß ein Steigen desselben gar nicht erwünscht wäre. — „Sie beobachten", schreibt er an Malthus,[2] „daß in reichen Ländern die Gewinne oft viel höher sind, und in armen Ländern viel niedriger, als meiner Theorie entspräche, worauf ich erwidere, daß die Gewinne in dem armen Land sehr stark verkürzt sind durch enorme Löhne; die Löhne selbst können als Teil der Profite des Kapitals angesehen werden und sind

[1] Zwiedineck a. a. O. S. 221. — [2] B. W. I. S. 49.

häufig die Grundlage eines neuen Kapitals. In reichen Ländern sind die Löhne niedrig, zu niedrig für die Behaglichkeit (comforts) der Arbeiter; ein zu großer Teil des Rohertrags wird von dem Kapitaleigentümer zurückbehalten und als Profit berechnet." — In einem Briefe an Trower heißt es:[1] „Die große Aufgabe sollte sein, die arbeitenden Klassen zu lehren, daß sie für diejenigen Zufälligkeiten Vorsorge treffen sollten, welchen sie infolge gelegentlicher Schwankungen in der Nachfrage nach bestimmten Waren ausgesetzt sind und die nicht Gegenstand der Gesetzgebung sein sollten. Die Löhne eines Mannes sollten und würden unter einem wirklich guten System hinreichend sein, um ihn und seine Familie zu erhalten, wenn er voll beschäftigt ist, oder auch ihm zu ermöglichen, eine Einlage in die Sparkasse für die außergewöhnlichen Fälle, die Sie erwähnen, zu machen." — Für die Einrichtung solcher Volkssparkassen ist Ricardo selbst sehr tätig und würde noch mehr Wert darauf gelegt haben, wenn nicht die fehlerhafte englische Armengesetzgebung viele gute Wirkungen aller solcher Spareinrichtungen paralysiert hätte;[2] wäre Ricardo wirklich ein Anhänger seiner Lohntheorie in ihrer schroffen Formulierung, so könnte er solche Sparkassen gar nicht im Interesse der Arbeiter gutheißen: denn die vom Arbeiter angesammelten Reserven müßten dazu dienen, den Lohn zu drücken, da ja — nach Ricardo — der Lohn nur das Existenzminimum gewähre und aus diesem Sparkapital ergänzt werden könnte. Gegen diese Meinung spricht sich Ricardo direkt aus:[3] „Wir haben eine Sparkasse in der Nachbarschaft gegründet," schreibt er an Trower, „an deren Einrichtung ich einen sehr tätigen Anteil genommen habe. Ich war der einzige, der praktisch mit derartigen Einrichtungen bekannt ist und daher wurden meine Verdienste weit höher gewürdigt, als es mir zukam. Wir zahlen $^1/_2$ d für 13 s für den Monat. In sechs Wochen haben wir etwa 1100 £ erhalten, was als ziemlich gutes Resultat angesehen werden kann, aber wir begreifen, daß ein heftiges Vorurteil unter den arbeitenden Klassen gegen uns besteht. Sie meinen, wir hätten eine böse Absicht dabei — wir wollten die Löhne niedrig halten. Zeit und guter Wille

[1] B. W. III. S. 48. — [2] B. W. III. S. 27. — [3] B. W. III. S. 44.

werden dieses Gefühl überwinden lassen und die Vorurteilsvollen überzeugen, daß die Reichen kein anderes persönliches Ziel im Auge haben, außer dem Interesse, das jeder Mensch an guter Regierung hat und an allgemeiner Wohlfahrt. Der Erfolg dieser Banken würde groß sein, wenn die enormen Mißbräuche der Armengesetze beseitigt wären." — Es hängt mit dieser prinzipiellen Auffassung, daß eine Lohnsteigerung über das Minimum hinaus wohl möglich sei, zusammen, daß Ricardo auch keineswegs ein Gegner der Arbeiterkoalitionen war; im Gegenteil hat er sehr lebhaft für die Abschaffung der Koalitionsverbote gewirkt. An Mc Culloch schreibt er am 4. Dezember 1820:[1] „Ich habe nie den Koalitionsgesetzen besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Nach dem wenigen, was ich von ihnen weiß, scheinen sie mir ungerecht und hart gegenüber den arbeitenden Klassen zu sein und von wenig wirklichem Nutzen für die Arbeitgeber. Trotz dieser Gesetze werden viele Arbeitgeber häufig eingeschüchtert und gezwungen, sich den ungerechten Anforderungen ihrer Arbeiter zu fügen. Das richtige Heilmittel für Koalitionen ist volle Freiheit auf beiden Seiten und angemessener Schutz gegen Gewalt und Ausschreitungen. Die Löhne sollten das Ergebnis freier Vereinbarung sein, und die vertragschließenden Parteien sollten vom Gesetze einen Schutz haben gegen Gewaltmaßregeln auf beiden Seiten." — Als im Jahre 1824 auf Antrag des Radikalen Josef Hume die Abschaffung der Koalitionsverbote erfolgte, war dieser sehr stark von Ricardo beeinflußt und beraten.[2]

Das Widerspruchsvolle der Ricardo'schen Lohntheorie beruht darauf, daß es ein „Gesetz" behauptet, wonach der Arbeitslohn auf einem bestimmten Niveau zu beharren tendiere und doch anderseits mit großem Nachdruck auf die vielen Faktoren hinweist, welche dieser Tendenz entgegenwirken: vor allem, daß es im wesentlichen die Arbeiter selbst durch ihr Verhalten in bezug auf die Bevölkerungsfrage in der Hand hätten, ihren Anteil am Ertrage stark zu erhöhen.

---

[1] B. W. II. S. 86.

[2] Eduard Bernstein, Prinzipielles zur Frage der Agrarzölle. Sozialistische Monatshefte 1901. S. 187.

Wenn wir jetzt in der kritischen Betrachtung der Ricardoschen Lehre fortfahren, wollen wir uns an diejenige Fassung dieser Theorie halten, in welcher sie in der Literatur und in der politischen Praxis eine Rolle gespielt hat: in der Fassung nämlich, daß der Lohn zum Existenzminimum gravitiere. Als Dogmenhistoriker hatte ich die Pflicht, auf die Inkonsequenzen der Ricardo'schen Lohntheorie hinzuweisen, infolge deren seine Lehre nicht den scharfen, ausgeprägten Charakter hat, der ihr imputiert wird, als Dogmenkritiker kann ich mich gegen die Ricardo'sche Lohntheorie in der Gestalt wenden, die ihr in den heftigen Kämpfen um sie gegeben wurde; denn diese Fassung ist die prägnanteste, welche ihr von Ricardo selbst gegeben wurde. Auf sie und nicht auf die mannigfachen Modifikationen stützten sich die Anhänger wie die Gegner dieser Lehre.

Der Hauptirrtum der Ricardo'schen Lohntheorie entspringt aus derselben falschen Grundanschauung, von der die Ricardo'sche Wert- und Preistheorie ausgegangen war; in seiner Sucht nach objektiven Maßstäben ignoriert er alle die vielen subjektiven Momente, ohne die eine befriedigende Lösung des Problems nicht gegeben werden kann. Wie Wert und Preis der Waren nicht reguliert werden durch eine objektive Kostenmenge, sondern durch die subjektiven Schätzungsmomente der am Kauf beteiligten Parteien, so ist auch die Lohnhöhe nicht durch eine irgendwie zu fixierende Subsistenzmittelmenge reguliert, sondern durch die Schätzungen der Parteien, die den Lohnvertrag abschließen. Der Lohn ist das Resultat eines Interessenkampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und für die Lohnhöhe ist entscheidend, mit welchem Nachdruck die beiden Parteien nach der wirtschaftlichen Gesamtlage ihre Forderungen bez. Anerbietungen aufrecht erhalten können. Daraus ergibt sich das Fehlen jeder Stabilität oder Konstanz der Löhne — auch nicht einmal eine „Tendenz" zu einem Lohnminimum, kann zugegeben werden, sondern die Löhne sind ganz verschieden je nach der Art der Arbeit, je nach der Leistungsfähigkeit des Arbeiters, je nach der Zahl der vorhandenen und begehrten Arbeitskräfte, je nach der politischen und ökonomischen Macht der Arbeiterklasse einerseits und der Unternehmerklasse anderseits.

Es liegt ferner eine große Einseitigkeit darin, die Höhe der

Löhne in engsten Zusammenhang zu der Höhe der Getreidepreise zu bringen, denn schon vom Standpunkte des Arbeiterbudgets aus sind andere sehr wichtige Ausgabeposten von oft viel größerer Bedeutung als die Ausgabe für Brot; dahin gehört besonders die Wohnung; die Ausgabe hierfür ist oft so sehr im Steigen befindlich, daß dieser gegenüber die Steigerung der Brotpreise sehr zurücktritt: „In den von Arthur Young besuchten Grafschaften hat sich die Miete der Arbeiterwohnungen seit jener Zeit von 8 d auf 1 sh 5 d pro Woche erhöht, das ist um 100% — während die ländlichen Löhne in denselben Grafschaften im Durchschnitt nur von 7 sh 3 d auf 9 sh 7 d gestiegen sind, d. h. um etwa 34%."[1]

Eine Konzession ist allerdings Ricardo zu machen: da die Lohnhöhe schließlich eine Machtfrage ist und da die Arbeiter innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung — wenigstens zu einem großen Teile und speziell die ungelernten — in der Regel nichts einzusetzen haben, als ihre Arbeitskraft und diese, um nicht zu verhungern, eventuell auch dann verwerten müssen, wenn ihnen nur die nackte Existenz geboten wird, so kann unter ungünstigen Konjunkturen für bestimmte Arbeiterschichten das Existenzminimum die Grenze sein, über die hinaus es ihnen schwer wird, ihre Lohnforderungen durchzudrücken. Aber wie falsch wäre es, auf dieses Moment allein eine Theorie der Lohnbildung aufzubauen! Man müßte die gewaltigen Differenzen der Löhne, die oft selbst innerhalb eines Gewerbes und an einem Orte vorkommen, ignorieren! Man müßte eine der klarsten Tatsachen der sozialen Entwicklung des 19. Jahrhunderts ignorieren, die nämlich, daß mit der gestiegenen Produktivität der Arbeit auch der Anteil der Arbeiter am Ertrag gestiegen ist — daß also dem Lohne nicht eine objektive Grenze durch eine bestimmte Subsistenzmittelmenge gesteckt ist. Aber nicht nur die hohen Löhne vieler Arbeiterschichten, die offenbar weit über das „gewohnheitsmäßige Existenzminimum" Ricardos hinausgehen, müssen berücksichtigt werden, auch die großen Massen von Lohnarbeitern, die im Lohne nicht einmal das zur nackten Existenz Nötige erhalten —

[1] Caird, English agriculture in 1850—51. London 1852. S. 519.

man denke an die Löhne vieler Konfektionsarbeiterinnen — müssen gegen diese Theorie ins Treffen geführt werden.

Für die ökonomische Lage des Arbeiters ist die Höhe des Durchschnittslohnes nicht so entscheidend, als die Frage der Arbeitsgelegenheit; wo länger andauernde Arbeitslosigkeit herrscht, kann auch ein hoher Lohn ungenügend zur Fristung der Existenz sein — alle diese Umstände müssen bei einer Lohntheorie berücksichtigt werden; ignoriert man sie zugunsten einer einfachen abstrakten Formulierung in der Art Ricardos, so gewinnt man ein ganz falsches Bild der tatsächlichen Lohngestaltungstendenz und muß auch zu irrigen sozialpolitischen Schlüssen kommen.

Trotz aller offenbaren schweren Mängel, die der Ricardo'schen Lohntheorie anhaften, trotz des geradezu erdrückenden Tatsachenmaterials, das die Lohnstatistik des 19. Jahrhunderts gegen dasselbe liefert, findet diese Theorie doch auch heute noch Verteidiger.

Selten sind freilich diejenigen Autoren, die ganz rückhaltlos ihre Zustimmung zu der Ricardo'schen Lohntheorie erklären, wie dies jüngst noch Platter getan hat:[1] „Für die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter gelten auch heute noch die Voraussetzungen jenes Lohngesetzes und es trifft mithin zu: sie bekommen als Lohn im Durchschnitt keinesfalls mehr als den notwendigen Unterhalt, ja, wenn man diesen vernünftig formuliert, sogar weniger, so wenig, daß sie ihren fortgesetzten Kraftaufwand keineswegs fortgesetzt vollständig ersetzen können, soweit dies physiologisch möglich ist. Wir können mit viel mehr Berechtigung sagen: das Gesetz des Lohnminimums gilt noch, als es gilt nicht mehr oder gar es hat nie gegolten, wobei man von der krausen Idee des „„Wertes der Ware Arbeitskraft““ abstrahieren und sich die vollkommen konkrete Gestalt des armen Arbeiters vorstellen kann, der für eine übermäßige Arbeitsplage nur soviel Geld in die Hand bekommt, daß er erbärmlich und bei frühzeitig schwindenden Kräften leben kann.“ In dieser absoluten Weise wird selten heute noch die Ricardo'sche Lohntheorie anerkannt; die Anhänger des ehernen

[1] Platter, Grundlehren der Nationalökonomie. Berlin 1903. S. 399.

Lohngesetzes in der Gegenwart pflegen es meist nur mit gewisser Modifikation noch aufrecht zu erhalten.

2. Kritik der Versuche, das eherne Lohngesetz auch in der Gegenwart zu rechtfertigen.

a) Vom Standpunkte der Ricardo'schen Methode aus.

Eine erste Gruppe dieser Verteidiger wird gebildet von solchen Nationalökonomen, die ihrer ganzen wissenschaftlichen Richtung nach in mehr oder minder entschiedener Weise die Methode der klassischen Nationalökonomie vertreten: hier sei nur auf zwei dieser Autoren hingewiesen, Dietzel und Neumann.

Dietzel gibt folgende Erklärung ab, wie er das „Lohngesetz der Epoche der freien Konkurrenz" auffasse:[1] „Der Preis der Ware „„Arbeitskraft"" wird wie der Preis der übrigen Waren „„unmittelbar"", jeweilig, durch das „„Walten von Angebot und Nachfrage bezw. die subjektiven Wertschätzungen der Marktparteien"" (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) bestimmt, „„endgültig"", auf die Dauer, durch den „„Betrag der Unterhalts- und Fortpflanzungskosten der Arbeiterfamilie"". Auf die Dauer kann ein Quantum Arbeitskraft bestimmter Art auf dem Markt sich anbieten nur unter der Bedingung, daß der Lohn in minimo hinreicht, diesen Betrag zu decken. Der Preis des mittelst der Arbeitskraft hergestellten Produkts muß eine diesem Lohnminimum entsprechende Höhe erlangen, d. h. die subjektive Nutzwertschätzung des Produkts durch den Konsumenten muß sich dieser objektiven Tatsache, dem „„Betrage der Unterhalts- und Fortpflanzungskosten der Arbeiterfamilie,"" anbequemen — falls der Konsument auf die Dauer das Produkt auf dem Markte finden will. Die Ware „„Arbeitskraft bestimmter Art"" gehört — wenigstens gilt dies für die große Masse der Arten von Arbeitskraft, deren die Volkswirtschaft bedarf — zur Kategorie der „„beliebig reproduzierbaren"" Tauschgüter. Nur reproduziert sie sich ziemlich langsam, verfließt, — von Einwanderung und ähnlichem natürlich

---

[1] Dietzel, Zur klassischen Wert- und Preistheorie in Conrads Jahrb. 1891. I. S. 706.

abgesehen — längere Zeit, ehe das Angebot von Arbeitskraft auf das Niveau einer gestiegenen Nachfrage gehoben, vermehrt werden kann, anderseits verfließt längere Zeit, ehe ein das Niveau einer gefallenen Nachfrage überschießendes Angebot von Arbeitskraft entsprechend vermindert werden kann. Die Anpassung der Löhne, der Preise der Arbeitskraft, an das Reproduktionskostenniveau vollzieht sich langsamer als die der Preise der Sachgüter. Aber hier wie dort bestimmt auf die Dauer, „„endgültig““ das Gesetz der Reproduktionskosten den Prozeß der Preisbildung. — Daß Preise und Löhne „„unmittelbar““ auf die Produktionskosten aufstützen, ist nie behauptet worden. Wohl aber, und mit Recht, daß „„das Walten von Angebot und Nachfrage, die subjektive Wertschätzung der Marktparteien““, soweit beliebig reproduzierbare Tauschgüter in Frage stehen, „„endgültig““ auf die Dauer, in der Richtung zum Kostenwert sich bewegen müsse, durch das Walten des Kostengesetzes beherrscht werde. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage gibt die Erklärung der momentanen Oscillationen der Preise und Löhne, das Kostengesetz beherrscht den Verlauf der großen Linie der Entwicklung. Darum stellte die klassische Theorie das Kostengesetz in die Mitte der Wert- und Preislehre. Ich glaube: sie wird zwar nicht „„unmittelbar““, aber „„endgültig““ triumphieren.“

Nicht mit dieser Entschiedenheit wie Dietzel hat sich Neumann zur klassischen Lohntheorie bekannt: im Gegenteil, er hat sogar in vielen Einzelheiten Kritik an dieser Theorie geübt:[1] aber unter den verschiedenen „wirtschaftlichen Gesetzen“, die Neumann auch heute noch anerkennt, findet sich auch eines, das eine gewisse Bestätigung des Ricardo'schen Lohngesetzes bekundet. Zu den Gesetzen, die außerhalb des Gebietes der Preisgestaltung aus dem Eigennutz hervorgehen sollen, zählt er auch das Gesetz, daß „ähnlich wie die Preise und Löhne auch die Gewerbs- und Unternehmungseinkünfte nach gewissen Minimalbeträgen gravitieren.“[2]

[1] Vgl. seine Abhandlung: Zur Lehre von den Lohngesetzen. Conrads Jahrbücher 1898. II. Band. S. 219. S. 366.

[2] Wirtschaftliche Gesetze nach früherer und jetziger Auffassung. Conrads Jahrb. 1898. II. S. 18.

b) Vom Standpunkte der tatsächlichen Lohngestaltung zu Lebzeiten Ricardos aus.

Während bei der erwähnten Gruppe von Nationalökonomen die völlige oder teilweise Zustimmung zur Ricardo'schen Lohntheorie mit ihrer Vorliebe für die Aufstellung wirtschaftlicher Gesetze zusammenhängt, steht eine zweite Gruppe methodologisch auf direkt entgegengesetztem Boden, und verwirft daher die Ricardo'sche Lehre. Aber sie will derselben einen bedingten Wert zuerkennen; dieselbe soll nämlich historisch betrachtet richtig sein, d. h. für die damaligen englischen Wirtschaftszustände überhaupt und für die damaligen Lohnverhältnisse im Speziellen gebe die Ricardo'sche Lehre eine zutreffende Erklärung.

In diesem Sinne sagt F. A. Lange:[1] „Sie (d. h. Ricardos und Lassalles Lohntheorie) scheint vielmehr recht aus der Tiefe derjenigen Verhältnisse geschöpft, welche jene Autoritäten der Nationalökonomie vor Augen hatten. Eine richtige Abstraktion aus gegebenen Verhältnissen hat aber unter allen Umständen mehr Wert, als daß man sie bei der nächsten Veränderung der Verhältnisse, wenn die Sache nicht mehr zu stimmen scheint, ohne weiteres wie eine taube Nuß beiseite werfe. Sie deutet auf einen Kausalzusammenhang, der für die Theorie durchaus bleibende Bedeutung hat, wenn auch die früher herrschende Ursache sich später mit anderen Ursachen zu einer neuen Gestalt der Erscheinungen verbindet."

Auch Schmoller ist geneigt, die Ricardo'sche Lehre aus den armseligen Lohnverhältnissen jener Zeit zu erklären:[2] „Die in England 1650—1770 steigenden Löhne bilden den Hintergrund der Auffassung A. Smiths. Der Druck derselben von da bis 1850 beherrscht seine nächsten Nachfolger, die wie er an der ausschließlichen Erklärung der Löhne durch Marktquantitäten festhalten, jeden Eingriff in dieses freie Spiel der Kräfte verurteilen. Ricardo erörtert die Möglichkeit steigender Löhne auf Grund einer rascheren Kapital- oder Bevölkerungs-

[1] Arbeiterfrage. 4. Aufl. Winterthur 1879. S. 170.

[2] Arbeitsverhältnis, Arbeiterrecht, Arbeitsvertrag und Arbeitslohn. Soziale Praxis. 11. Jahrgg. No. 31. S. 803.

zunahme und mit Hilfe einer Gewöhnung an feinere, höhere Bedürfnisse; aber, fügt er unter dem Eindruck des Arbeiterelends seiner Zeit bei, in der natürlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft hat der reale Arbeitslohn ein Streben zu sinken, das Angebot an Arbeitern steigt rascher als die Nachfrage." Von den pessimistischen Nachfolgern Ricardos sagt er: „Sie sind unter dem Eindruck der Bevölkerungszunahme und des vielfach niedrigen Lohnes jener Tage meist ehrlich genug, Ricardos düstere Auffassung weiter auszuführen, z. B. J. St. Mill."

Auch F. A. Walker behauptet ähnliches in bezug auf die mit Ricardos Lohntheorie eng verwandte Lohnfondstheorie:[1] „Die Lohnfondstheorie hat auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans große Anhängerschaft gefunden. Die natürliche Geschichte der Gedanken, auf denen sie beruht, ist nicht dunkel. Sie erwuchs aus den Zuständen, die in England während und nach den Napoleonischen Kriegen herrschten. Erstens war Kapital auf der Insel in einem solchen Maße aufgehäuft, daß die Arbeitgeber keine (finanzielle) Schwierigkeit hatten, ihre Arbeiter monatlich, wöchentlich oder täglich zu bezahlen, statt sie auf die Früchte ihrer Arbeit in dem geernteten oder zu Markt gebrachten Produkt warten lassen zu müssen. Zweitens waren die Löhne tatsächlich im allgemeinen so niedrig, daß sie nicht mehr als die nackte Existenz lieferten, während die angebotene Beschäftigung so eingeschränkt war, daß eine Vermehrung der Arbeiter die Wirkung hatte, einige außer Arbeit zu setzen, oder die Lohnrate für alle zu verkürzen."

Ähnlich urteilt Sombart über die historische Berechtigung der Lohnfondstheorie:[2] „Die Lohnfondstheorie hatte eine gewisse Berechtigung in den Anfängen des Kapitalismus, in einer Zeit, als tatsächlich die Beträge des vorzuschießenden Kapitals knapp, besser: die Expansionsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise beengt war, es für die Praxis sich also allerdings zuweilen um beschränkte Summen handeln konnte. Heute ist sie

---

[1] Francis A. Walker, The wages question. London 1877. S. 140.

[2] Dennoch! Aus der Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Jena 1900. S. 71.

völlig veraltet. Denn heute besteht auch praktisch keinerlei Schwierigkeit mehr für die Unternehmer als Klasse, die durch Steigerung der Löhne notwendig werdenden Mehrausgaben sich zu verschaffen."

Simkhowitsch erklärt:[1] „Nach der konkreten Sachlage war die Verelendungstheorie in den 40er Jahren völlig berechtigt. Die Schriften über die Arbeiterlage Englands in den 40er Jahren zeugen dafür mit seltsamer Übereinstimmung."

Während die genannten Autoren die historische Berechtigung der Ricardo'schen Lohntheorie aus den dürftigen Lohnverhältnissen im allgemeinen erklären, gibt Brentano noch eine spezielle Motivierung dieses Zustandes der Lohnbildung, indem er darauf hinweist, daß damals die Löhne nicht mehr durch Herkommen und noch nicht durch Gewerkvereine bestimmt worden seien: „Durch diese Organisation (d. h. die Gewerkvereine) wurde bewirkt, daß trotz des Sinkens der Lebensmittelpreise die Löhne hoch blieben und weitere Lohnerhöhungen erzielt wurden. Durch sie wurde das eherne Lohngesetz widerlegt, das nicht Lassalle und nicht Ricardo, sondern Turgot zuerst aufgestellt hatte und das, trotzdem es in Halle für nicht bestehend erklärt wurde, nach wie vor da seine Richtigkeit hat, wo nicht mehr das Herkommen den Lohnsatz bestimmt und noch nicht die Organisation der Arbeiter den Druck der Beschäftigungslosen abhält, wo also wirklich die Konkurrenz der Arbeiter die Lohnhöhe regelt."[2]

Ich kann auch diese nur bedingte Richtigkeit der Ricardoschen Lohntheorie nicht zugeben: die sozialen Zustände und speziell die Lohnverhältnisse in damaliger Zeit waren nicht so, daß diese Lehre ein einigermaßen richtiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse geboten hätte. Um zunächst auf Brentanos Erklärung zu erwidern, so muß bemerkt werden, daß gerade dort, wo das „Herkommen" die Löhne bestimmte, sehr vielfach dieser „herkömmliche" Lohn gerade so hoch war, um den Lebensunterhalt zu gewähren; diese sog. „herkömmlichen"

---

[1] Die Krisis der Sozialdemokratie. Conrads Jahrb. 1899. I. S. 743.
[2] Brentano, Meine Polemik mit Karl Marx. Berlin 1890. S. 6.

Löhne waren oft durch die Vorschriften des Lehrlingsgesetzes beeinflußt und dieses schrieb gerade vor, daß die Löhne den „angemessenen Unterhalt" geben sollten:[1] „Durch 5. Elis. c. 4 hatte der Staat im allgemeinen versprochen, die wirtschaftliche Lage des Lohnarbeiters im Geiste der mittelalterlichen Traditionen von standesgemäßen Lebenshaltungen für die Zukunft dergestalt zu regeln, daß jener „„sich sowohl in teuren, wie in billigen Jahren eines angemessenen Unterhalts erfreue"".

Auch die Armengesetzgebung wirkte, wie ich oben schon zeigte, dahin, daß die Löhne, da wo sie ungenügend waren, auf eine Höhe gebracht werden sollten, daß sie den Lebensunterhalt gewährten. Dafür ein Beispiel. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschusse von 1824 (On artizans and machinery) gab einer der Zeugen auf die Frage:[2] „Wissen Sie, in welcher Weise die Friedensrichter diese Löhne (sc. die Löhne der Schneider in Dublin) festsetzen?" die Antwort: „Gemäß dem Preise der Lebensmittel, verglichen mit dem Preise bei der früheren Festsetzung. Wenn z. B. Fleisch oder Brot 3 d pro Pfund war zur Zeit, wo die letzte Feststellung war, und es kostet jetzt 4 d, so würde der Lohn entsprechend erhöht." — Ein weiteres Beispiel:[3] „Im Jahre 1795, als der Getreidepreis von 54 sh auf 75 sh stieg, veröffentlichten die Verwaltungen mehrerer südlicher Grafschaften Tabellen, welche die Löhne nachwiesen, die, nach ihrer Meinung, jeder Arbeiter erhalten sollte, gemäß der Zahl der Familienmitglieder und dem Preise des Brotes; und die Kirchspielbeamten wurden angewiesen, die Differenz zwischen diesem Betrage und dem im Arbeitsjahr bezahlten Lohne zuzuzahlen."

Hasbach berichtet über die Veränderung der ländlichen Arbeitsverfassung unter dem Einflusse der hohen Preise wie der Armengesetzgebung in England und größerer Intensität des Betriebes in den östlichen Grafschaften:[4] „Die Lebensmittel stiegen

---

[1] Steffen, Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter. I. Band. S. 496.

[2] Report of 1824. S. 466.

[3] Caird, a. a. O. S. 515.

[4] Hasbach, Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegungen. Leipzig 1894. S. 187.

bekanntlich in den 90er Jahren so rasch im Preise, der Lohn vermochte ihnen so wenig zu folgen, daß nicht nur die Arbeitslosen litten, sondern auch diejenigen, welche arbeiteten. Da stellte Davies, der Rektor von Bartham in Berkshire die Forderung auf, es müßte denjenigen, welche Arbeit hätten, ein Zuschuß aus der Armenkasse gezahlt werden, falls sie aus ihren Löhnen den Familienbedarf nicht zu decken vermöchten. Dieser wurde im Süden, wo so viel Brot gegessen wurde, bestimmt erstens durch den Brotpreis und zweitens durch die Zahl der nicht arbeitsfähigen Familienmitglieder. Davies' Werk erschien 1795, und im selben Jahre faßten die Friedensrichter von Berkshire den Beschluß, eine Lohnskala zu entwerfen nach den Brotpreisen und der Familiengröße. Die Pächter wurden aufgefordert, höhere Löhne zu zahlen, sollten diese aber nicht die in der „„bread and children scale"" vorgesehene Höhe erreichen, dann empfehle es sich, einen Zuschuß (allowance) aus der Armenkasse bis zum Satze der Lohntafel hinzuzufügen."

Mit größerem Rechte könnte man eine der Brentanoschen Meinung geradezu entgegengesetzte verfechten, wie Hasbach dies tut, daß nämlich das „eherne Lohngesetz" der theoretische Rest der Lohnzustände war, wie sie vor der Regulierung der Löhne durch Angebot und Nachfrage bestanden haben.

Hasbach gibt einige Ziffern über ländliche Arbeiterlöhne nach Beseitigung der Armenzuschüsse und bemerkt hierzu:[1] „Diese Mitteilungen sind sehr lehrreich. Sie zeigen erstens, daß die Beseitigung der Lohnzuschüsse die Hindernisse entfernte oder schwächte, welche der Erhöhung der Geldlöhne bei freien Arbeitsverträgen im Wege standen. Zweitens, daß der von seinen künstlichen Fesseln befreite Lohn des ländlichen Arbeiters die Tendenz hatte, auf das zum Leben Notwendige hin zu gravitieren, so daß er mit den Lebensmittelpreisen schwankte. Hierin zeigte sich die Nachwirkung eines Gesetzes, das mehrere Jahre in Übung gewesen war. Nachdem Elisabeth den Grundsatz in einem Gesetze ausgesprochen hatte, daß die Löhne von Zeit zu Zeit nach den Lebensmittelpreisen festgesetzt werden sollten, nachdem der Speenhamland Act

[1] a. a. O. S. 229.

of Parliament demselben Prinzip eine weitere eigentümliche Ausgestaltung gegeben hatte, wurde es vom Volke festgehalten, obgleich seine rechtliche Grundlage zu bestehen aufgehört hatte. Wir erfahren niemals, daß die Arbeiter sich gegen ihn empört hätten; nur wenn das Einkommen, aus Arbeitslohn und Kirchspielzuschuß oder aus reinem Arbeitslohn bestehend, unter das Existenzminimum herabgedrückt wurde, dann greifen sie in der Zeit von 1830 bis 1844 zu dem einzigen Mittel, das sie kennen, der Brandstiftung. Aus sich heraus vermögen sie es nicht zu überwinden. Nur in der starken Arbeitsnachfrage des industriellen Standes lag eine Kraft, die ihm entgegenwirkte. Die Lehre von dem zur Fristung der Existenz genügenden Lohne, wie sie zuerst und in ihrer ursprünglichsten Form bei Locke auftritt, ist der theoretische Reflex englischer Zustände und Einrichtungen."

Gerade in der Periode der obrigkeitlichen Lohnregulierungen[1] also suchte man vielfach eine gewisse Gleichheit der Lohnsätze und eine gewisse Beziehung zwischen Brotpreisen und Löhnen herzustellen. Gerade wegen der Gleichheit der Löhne fanden diese gesetzlichen Festsetzungen oft heftige Opposition bei den Arbeitern selbst — so petitionierten z. B. die Schneider gegen das Gesetz von 1768, wodurch ihre Löhne für die City of London festgesetzt wurden, weil die Gleichheit der Löhne für alle Arbeiter sowohl den Meistern als den besseren Arbeitern mißfiel.[2]

Rogers sagt über diese Lohnfestsetzungen: „Ich glaube, daß sie während des 18. Jahrhunderts nicht mehr fortgesetzt wurden, nicht weil das Gesetz vernachlässigt wurde, sondern weil das assessment den Dienst geleistet hatte, für den es bestimmt war, da die Löhne tatsächlich auf die bloße Notdurft heruntergedrückt waren."[3] — „Sie hatten niedrige Löhne,

[1] Vgl. über diese „assessments" außer dem Werke von Held, Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands. II. Buch. Kap. I. § 3. Lohnregulierungen, die Abhandlung von Hewins „The Regulation of wages by the Justices of peace" im Economic Journal Vol. VIII., wo 47 solcher Lohnfestsetzungen erwähnt werden und Cunningham, a. a. O., wo sich eine derartige Lohnliste abgedruckt findet.

[2] Held, a. a. O. S. 436.

[3] Rogers, a. a. O. S. 40.

Hungerlöhne, traditionell gemacht und diese, an sich ungenügenden Löhne, wurden durch die Armensteuer ergänzt."[1] Übrigens konstatiert Rogers auf Grund eingehender historisch-statistischer Untersuchungen, daß die tatsächlich gezahlten Löhne höher waren, als die gesetzlich festgestellten. „Ich will acht verschiedene Arten von Arbeit mit den Wochenlöhnen nehmen und einen Durchschnitt aus acht von den gesetzlichen assessments und einen Durchschnitt aus den Löhnen ziehen, die nach meinen Aufzeichnungen wirklich an verschiedene Arten von Arbeitern gezahlt wurden, wovon fünf gelernte Arbeiter waren, drei ungelernte und ländliche Arbeiter. Der Durchschnitt der gesetzlichen Löhne ist pro Woche 5 sh 1 d zwischen 1593 und 1684 — der tatsächlich gezahlte Durchschnittslohn für dieselbe Periode und aus denselben Jahren, in denen der gesetzliche Lohn veröffentlicht wurde, ist 6 sh 6 d. Der Arbeitgeber war gnädiger als der Magistrat."[2]

Freilich ließ sich in der Regel selbst bei diesen amtlichen Lohnfestsetzungen eine Differenzierung nach den Qualitäten der Arbeitskräfte nicht umgehen; so finden wir z. B. bereits in einem Middlesex Assessment act[3] aus der Mitte des 17. Jahrhunderts folgende Löhne vorgeschrieben

für	Masons	of	the	best	sort	ein	Jahreslohn	von	12	£
„	„	„	„	second	„	„	„	„	8	„
„	shoemakers	„	„	best	„	„	„	„	10	„
„	„	„	„	second	„	„	„	„	6	„
„	gardeners	„	„	best	„	„	„	„	8	„
„	„	„	„	second	„	„	„	„	6	„
„	„	„	„	third	„	„	„	„	4	„

Besonders heftige Kämpfe rief der Spitalsfield act von 1773 hervor, wodurch die Löhne für die Seidenweber festgesetzt wurden; er wurde erst 1821 beseitigt und Ricardo war sehr eifrig im Parlament für die Beseitigung aller dieser Beschränkungen tätig. In seiner Rede im Unterhause vom 9. Mai 1823 über dieses Gesetz gab er seinem Erstaunen Ausdruck, daß solche Gesetze noch im Jahre 1823 in Kraft

[1] Rogers, a. a. O. S. 43. — [2] Rogers, a. a. O. S. 44. — [3] Cunningham, S. 892.

sein könnten.[1] Mit Recht bekämpfte er solche obrigkeitliche Lohnregulierungen, die wohl für das zünftige Handwerk Sinn hatten, dem aufkommenden Großbetrieb gegenüber aber völlig obsolet geworden waren. Hier kam es mir nicht so sehr darauf an, meine Zustimmung zu den Ricardo'schen Ausführungen über diese Lohnfestsetzungen zu erklären, als vielmehr, darauf hinzuweisen, daß noch am meisten in der Zeit, als die Löhne eine künstliche „Regulierung" erhielten, gewisse Tendenzen in der Lohnbildung vorhanden waren, die Ricardo gemäß seinem ehernen Lohngesetz für die Ära der freien Konkurrenz feststellen wollte.

Bestätigt wird diese Auffassung, daß gerade die Ära der freien Konkurrenz, unter welcher nach Ricardos Meinung der Lohn durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Niveau des Existenzminimums verharren sollte, diesen Stand der Löhne nicht aufweist, durch die Tatsache, daß aus Arbeiterkreisen heraus lebhaft Wünsche nach einer Erneuerung dieser obrigkeitlichen Lohnfestsetzungen laut wurden. Sie hofften, daß ihnen hierdurch dieses Lohnquantum zufalle, was im freien Wettbewerb zu erlangen ihnen unmöglich schien. Darüber berichtet Cunningham:[2] „Gerade zu der Zeit, als der ländliche Arbeiter von seinen Löhnen abhängig wurde, war es bekannt, daß seine Löhne ungenügend waren zur Lebensfristung für ihn und seine Familie. Die Politik des living wage, wofür die Baumwollweber vergebens 1813 kämpften, hatte viele Anhänger in den ländlichen Distrikten in dem vorausgegangenen Jahrzehnt gefunden; es war der Wunsch allgemein, die Praxis wieder einzuführen, die Löhne mit dem Getreidepreise in Übereinstimmung zu bringen." — Interessant ist in dieser Hinsicht eine Petition, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter von Norfolk im Jahre 1795 zugunsten amtlicher Lohnfixierung beschlossen; in der einstimmig angenommenen Resolution heißt es:[3] „Der Arbeitslohn sollte zu allen Zeiten zum Weizenpreis im Verhältnis stehen und nach dem Durchschnittspreise dieses notwendigen Lebensmittels festgesetzt werden; der Arbeitslohn, wie er in der beigefügten Tabelle angegeben ist, ist nicht nur

[1] Hansard, Parl. Deb. N. S. Vol. 8. — [2] Cunningham, a. a. O. S. 715. — [3] Cunningham, a. a. O. S. 717.

wohl berechnet, um den Arbeiter glücklich zu machen, ohne dem Pächter Unrecht zu tun, sondern er erscheint uns auch als einzig vernünftiges Mittel, um das dauernde Glück dieser wertvollen und nützlichen Menschenklasse zu erhalten und wenn er in völliger Ausdehnung angenommen wird, wird er die unmittelbare und mächtige Wirkung haben, jene unheilvolle und enorme Steuer: die poor-rate zu verringern, wenn nicht völlig aufzuheben." — Die Tabelle lautet:

Wenn	der	Weizenpreis	£	14	per	last	beträgt,	soll	der	Arbeitslohn	14 d
"	"	"	"	16	"	"	"	"	"	"	16 "
"	"	"	"	18	"	"	"	"	"	"	18 "
"	"	"	"	20	"	"	"	"	"	"	20 "
"	"	"	"	22	"	"	"	"	"	"	22 "

pro Tag betragen usw.

Jedenfalls war die vor der Ära der freien Konkurrenz übliche Art der Reglementierung der Löhne vielfach geradezu darauf gerichtet, eine gewisse Übereinstimmung zwischen den Lebensmittelpreisen und den Arbeitslöhnen herbeizuführen, wirkte also gerade nach der Richtung hin, die Ricardo für die freie Konkurrenzwirtschaft als die normale ansah.

Was die Gewerkvereine anlangt, so liegt eine maßlose Übertreibung vor, wenn man ihnen die Wirkung zuschreibt, sie hätten das „eherne Lohngesetz" durchbrochen. Gewiß haben die Gewerkvereine dazu beigetragen, in den meisten Ländern die Machtposition der Arbeiter zu verstärken; ich selbst habe oben die Gewerkvereine als eines der Mittel bezeichnet, wodurch die Arbeiter in den Stand gesetzt wurden, höhere Lohnforderungen durchzusetzen; aber auch dort, wo die Gewerkvereine noch gar nicht oder nur sehr schwach entwickelt waren, war das „eherne Lohngesetz" nicht in Geltung: wo z. B. die Arbeiter durch politische Umwälzungen eine Besserung ihrer Position erlangten, sind ähnliche Wirkungen eingetreten, wie durch die gewerkvereinliche Organisation. Ein gutes Beispiel dafür berichtet Neumann auf Grund der Untersuchungen Strasburgers.[1] „Nach Strasburger erhielt z. B. der Zigarrenarbeiter in Berlin

[1] Neumann, Zur Lehre von den Lohngesetzen. Conrads Jahrb. für Nationalökonomie. 1892. II. S. 385.

in der Zeit von 1836 bis 1847 den gleichen Lohn von $1\frac{1}{2}$ Taler ($4\frac{1}{2}$ Mark) für 1000 Zigarren, erst 1848 stieg dieser Lohn auf 1 Taler 20 Sgr. und 1860 auf 2 Taler. Und der Durchschnittsverdienst eines Setzers in Jena betrug nach desselben Gewährsmanns genauen Feststellungen:

1820—29:	2	Taler	28	Sgr.	4	Pfg.	
1830—39:	2	„	21	„	8	„	
1840—49:	2	„	24	„	3	„	

blieb sich also ebenfalls seit den 30er, ja seit den 20er Jahren fast vollständig gleich und stieg erst 1849 derart, daß er

1849—58:	3	Taler	2	Sgr.	7	Pfg.	und
z. B. 1871:	5	„	15	„	7	„	

betrug. Da aber der Scheffel Roggen z. B. in Jena sich

1820—29	auf	1,18	Taler
1830—39	„	1,41	„
1840—47	„	1,83	„

stellte und die Preise von Fleisch und anderen Nahrungsmitteln Wohnungsmiete usw. ebenfalls stark gestiegen waren, so mußte die Lage der Setzer bis zur Bewegung der Jahre 1848 und 1849 eine immer üblere werden. Erst da trat Wandel ein. Aber, wie auch Strasburger treffend bemerkt, nicht infolge einer Änderung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Denn während in Deutschland 1845, 1846 und 1847 je 11032, 11297 und 10729 Bücher gedruckt waren, sank ihre Zahl 1848 auf 9978 und 1849 auf 7789. Und an Bogen wurden hierbei z. B.

im	Jahre	1847	von	Juli	bis	Dezember	noch	87669,	dagegen
„	„	1848	„	Januar	„	Juni	nur	73950	und
„	„	1848	„	Juli	„	Dezember	„	49646	

gedruckt, so daß also ein Sinken der Nachfrage nach Arbeit Platz griff, demgegenüber der allerdings vermehrte Druck periodischer Blätter nicht erheblich ins Gewicht fiel. Nein, die Ursachen waren (ähnlich wie im Kreise Mettmann nach

Landrat v. d. Goltz) im wesentlichen moralischer Natur. „„Die Arbeiter““, sagt Strasburger, „„drangen mit ihren Forderungen durch, nachdem die Märzbewegung des Jahres 1848 das schlummernde Selbstgefühl in ihnen erweckt hatte. Sie fingen an, ihre Arbeit anders zu schätzen als vorher und diese erlangte einen höheren Wert. Eben dieselben Momente verursachten auch jene Steigerung des Lohnes der Zigarrenarbeiter in Berlin.“ — Richtig ist also, daß die Gewerk-Vereine neben vielen anderen Faktoren die Stellung der Arbeiter im Lohnkampf verbessert haben, aber sie geradezu als den entscheidenden Faktor für eine gänzlich veränderte Position der Arbeiter zu bezeichnen, geht weit über das Ziel hinaus. Schon vor der Wirksamkeit der Gewerkvereine waren die Löhne vielfach weit über dem „gewohnheitsmäßigen Existenzminimum“, andere weit darunter. Ob man die Ricardosche Lohntheorie, annimmt oder nicht, hängt ganz von der Stellung zu gewissen methodischen Fragen ab, und die Anhänger der Methode Ricardo's lassen sich auch — und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht — durch die großen Erfolge der Gewerkvereine im 19. Jahrhundert nicht abhalten, an ihrer Abstraktion festzuhalten. Übrigens waren auch zu Lebzeiten Ricardo's die Gewerkvereine — wenn auch noch schwach entwickelt — doch schon von Einfluß auf die Lohngestaltung. Wie die „combinations“ aus diesem Grunde von den Unternehmern gefürchtet und kraft der gesetzlichen Bestimmungen verfolgt wurden, zeigen die 6 Reports from select committee on artizans and machinery (1824) — welcher Ausschuß nicht nur die Wirkung des Ausfuhrverbots der Maschinen, sondern auch den Einfluß der Arbeiterverbände auf die Löhne untersuchen sollte.

Gegenüber der weit verbreiteten Annahme, daß zu der Zeit der Hauptwirksamkeit Ricardo's, also in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, die Löhne so außerordentlich gedrückt und so wenig differenziert gewesen seien, daß die tatsächliche Lohngestaltung im großen und ganzen der Ricardoschen Theorie entsprochen habe, mögen hier einige statistische Angaben Platz finden, die das Gegenteil beweisen sollen. Weiteres statistisches Material wird in dem Abschnitt „Über

die Beziehung zwischen Getreidepreis und Arbeitslohn" gegeben werden.

Für die innerhalb eines Fabrikationszweigs vorkommenden Lohnverschiedenheiten und zwar nicht nur zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sondern auch zwischen den männlichen Arbeitern der verschiedenen Arbeitsbranchen ist die Antwort eines Zeugen vor dem parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusse von 1837 charakteristisch.[1] Auf die Frage: „Wie hoch ist der Arbeitslohn in Birmingham jetzt, nach den verschiedenen Klassen, und zwar für den geschickten Arbeiter, den mittelmäßig geschickten Arbeiter und den gewöhnlichen Arbeiter (labourer)?" antwortete der Zeuge, Fabrikant Müntz: „Die Arbeitslöhne in Birmingham schwanken von 10 sh bis zu 5 Guineas in einzelnen Fällen pro Woche. Es gibt immer einzelne Arbeiter in den einzelnen Branchen, die besonders geschickt in ihrer Arbeit sind und die nicht übertroffen werden können. Dann gibt es auch sehr viele Frauen, Knaben und Mädchen, die 1 sh 6 d oder 2 sh bis zu 8 sh oder 10 sh per Woche bekommen."

Ferner berichtet Mc Culloch über die Lohnverhältnisse der englischen Arbeiter in den Baumwollspinnereien in den 30er Jahren.[2]

Er gibt zunächst ein allgemeines Urteil: „Die Löhne der in den Fabriken beschäftigten Erwachsenen sind im allgemeinen hoch; viele von ihnen verdienen täglich von 3 sh 6 d bis zu 6 sh 6 d und einige mehr .... Ihre Geldlöhne sind seit dem Frieden etwas zurückgegangen, aber nicht annähernd in demselben Verhältnis, wie die Preise von Brot, Fleisch, Kleidern und fast jedes notwendigen und nützlichen Artikels, so daß die Fabrikarbeiterbevölkerung jetzt über mehr an Bedürfnisgegenständen und Lebensannehmlichkeiten verfügt und in entschieden behaglicheren Verhältnissen lebt, wie in irgend einer früheren Periode."

Darauf gibt er zwei von der Handelskammer in Manchester aufgestellte Lohnstatistiken über die Wochenlöhne der

---

[1] Report on the State of Agriculture. 1837. S. 281.
[2] A Statistical Account of the British Empire. Vol. II, S. 81.

Baumwollspinner und anderer Arbeiter in Manchester im Jahre 1832:

	£	sh	d		£	sh	d
Spinnereien: Männer	1	0	0	bis	1	5	0
Frauen	0	10	0	„	0	15	0
Strecker (stretchers)	1	5	0	„	1	6	0
Andreher (Knaben u. Mädchen)	0	4	7	„	0	7	0
Flockensammler (scavengers)	0	1	6	„	0	2	8
Im card room:							
Männer	0	14	6	„	0	17	0
Junge Mädchen	0	9	0	„	0	9	6
Kinder	0	6	0	„	0	7	0
Drosselspinner	0	5	0	„	0	9	0
Haspler	0	7	0	„	0	9	0
Maschinenweber:							
Männer	0	13	0	„	0	16	0
Frauen	0	8	0	„	0	12	0
Schlichter (dressers) Männer	1	8	0	„	1	10	0
Haspler und Scherer	0	8	0	„	0	11	0
Mechaniker	1	4	0	„	1	6	0

Demgegenüber war freilich die Lage der Handwerker eine sehr traurige: nach derselben Statistik verdienten die erwachsenen Männer in diesen Branchen wöchentlich nur 9 bis 15 Shilling.

„Besonders schwer“, berichtet Tugan-Baranowsky,[1] „gestaltete sich die Lage der Handwerker, deren Zahl in Großbritannien eine Million erreichte. Mit jedem Jahre sanken ihre Löhne. Der Fabrikant Grimshan hat auf Grund der Handelsbücher seiner Unternehmung der Parlaments-Kommission von 1833 ausführliche Daten über das Einkommen der Handwerker und ihre notwendigen Lebensausgaben im Flecken Barroford in der Umgegend von Colne mitgeteilt: diese Daten

[1] Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England. Jena 1901. S. 260.

ergaben, daß in den Jahren 1820—1833 das Einkommen der Handwerker beinahe um die Hälfte gesunken war, und zu Beginn der 30er Jahre kaum die notwendigsten Ausgaben für Nahrung und Wohnung deckte, und auch das nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeit während des ganzen Jahres nicht aufhörte. Tatsächlich bildeten aber die Jahre, wo es ununterbrochen Arbeit gab, eine seltene Ausnahme. Gewöhnlich mußten die Handwerker während einiger Wochen, wenn nicht Monate im Jahre wegen Mangel an Arbeit müssig bleiben."

Auch die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter weisen die größten Verschiedenheiten auf; Caird[1] untersuchte die Löhne der ländlichen Arbeiter in den nördlichen und südlichen Grafschaften in der Zeit von 1850—1851 und fand in den nördlichen Grafschaften einen Durchschnittslohn von 11 sh 6 d, in den südlichen nur von 8 sh 5 d; die Ursache findet er in der Nähe der Industrie in den nördlichen Gegenden.

Aber auch vom Standpunkte der pessimistischen Beurteilung der Lohnverhältnisse aus ist die Ricardosche Lohntheorie unhaltbar: den günstigeren Löhnen einzelner Schichten stehen wieder sehr ungünstige Löhne anderer Schichten gegenüber. Deshalb ist es eine unzulässige Abstraktion, unter Ignorierung aller dieser Differenzierungen von einem „mittleren" Lohn zu reden, der zur Fristung der Kulturexistenz hinreiche.

Wie traurig die Lage der Arbeiterklassen im allgemeinen dennoch war und doch gleichzeitig wie differenziert — auch nach den verschiedenen Gegenden — ergibt sich aus einer Enquête, die von der Kommission „for inquiring into the administration and practical operation of the Poor laws" veranstaltet wurde. An die verschiedenen Kirchspiele in England wurden die Fragen gesandt, wieviel im ganzen Arbeiter mittlerer Tüchtigkeit bei einer Beschäftigung von mittlerer Dauer und wieviel eine Arbeiterfrau und vier Kinder auf dieselbe Weise durchschnittlich verdienen können.

Die Antworten von 856 Kirchspielen ergaben für die jährliche Arbeit des Mannes im Durchschnitt . . . . 27 £ 17 sh 10 d

---

[1] English Agriculture in 1850/51. London 1852. S. 512.

Die Antworten von 668 Kirchspielen ergaben für die jährliche Arbeit der Frau und der Kinder im Durchschnitt . . . . 13 £ 19 sh 10 d

Familien-Einkommen: 41 £ 17 sh 8 d

Auf die weitere Frage: „Kann eine solche Familie von dem Durchschnittsverdienste von Vater, Mutter und Kindern leben, und wenn ja, mit welcher Nahrung" kamen aus 899 Kirchspielen Antworten, von denen lauteten: 71 nein, 212 ja, 125 spärlich oder ohne Fleisch, 491 mit Fleisch.[1]

Wie stark auch die Löhne differieren je nach dem Lohnzahlungsmodus, z. B. ob nach Stück oder Zeitlohn, zeigen einige von Mc Culloch gegebene interessante Daten. Z. B. über die Art der Lohnzahlung bei den Kohlenarbeitern.[2] „Kohlenarbeiter werden immer im Stücklohn bezahlt, und daher schwanken ihre Löhne, obgleich sie für das chaldron gleich sind, je nach der Quantität der Arbeitsleistung, und es ist schwer, einen Durchschnitt anzugeben, da sie so beträchtlich schwanken; sie haben in manchen Fällen von 14 sh pro Woche bis zu 40 sh geschwankt. Die Kohlenarbeiter können bis zu 5 sh und mehr pro Tag verdienen; aber es ist nicht volle Beschäftigung für sie vorhanden; sie verdienen manchmal nicht die Hälfte der Summe. 2 sh 6 d ist der „sichere Lohn" (certain wage), zu dem sie von ihren Arbeitgebern gemietet sind, ob sie Arbeit haben oder nicht — das ist folglich eine Steuer auf den Kohlengrubenbesitzer während der Zeit des Stillstandes seines Werkes aus irgend einem Grunde. Die Leute haben die Wahl, sonstwo Arbeit zu suchen; aber wenn ihnen dies nicht gelingt, so können sie von ihrem Arbeitgeber pro Woche 14 sh verlangen; es war 15 sh pro Woche bis zum Jahre 1828."

Ein weiteres Beispiel über die Löhnung der Spinner zeigt ähnliches: die Möglichkeit zu erheblicher Lohnsteigerung durch den Löhnungsmodus und die tatsächliche Lohnverbesserung durch die Maschinenarbeit. Mc Culloch stützt sich dabei auf die

[1] Porter, Progress of the Nation. S. 123. — [2] Statistical Abstract II, S. 7.

Angaben von Cowell in dem Report of the Factory Commission:[1] „Die Spinner werden nach einer festgesetzten Preisskala entlohnt, die von der geleisteten Arbeit abhängt, und welche sich verringert, wenn die Menge des Garnes, welches sie erzeugen, in gleichen Zeiträumen sich vermehrt. Aber das Verhältnis der Verminderung des Preises ist geringer als das der Vermehrung der Arbeit, so daß, wenn ein Arbeiter imstande ist, mit Hülfe verbesserter Maschinen in einer gegebenen Zeit $^1/_3$ oder $^1/_2$ mehr Garn zu produzieren, als vorher, seine Löhne nicht um $^1/_3$ oder $^1/_2$ fallen, sondern in einem geringeren Verhältnis, so daß er sowohl wie sein Arbeitgeber einen direkten und unmittelbaren Vorteil aus der Verbesserung der Maschihen zieht, während, dank dem Fallen des Preises des fabrizierten Artikels, die Nachfrage danach sich vermehrt und die Fabrikation vermehrt wird." Wir wollen ein Beispiel dafür geben.

Im Jahre 1833, berichtet Mc Culloch, konnte ein Spinner in zwei Feinspinnereien in Manchester 16 Pfund Garn von der Feinheit von 200 hanks per Pfund spinnen an Mulemaschinen mit 300—324 Spindeln bei einer Arbeitszeit von 69 Stunden in der Woche; die Menge, die er in 69 Stunden fertig brachte, überstieg häufiger 16 Pfund, als daß sie darunter blieb. Nun wird, gemäß der Preisliste, der Spinner, welcher 16 Pfund Garn No. 200 liefert an Maschinen mit 300—324 Spindeln, mit 3 sh 6 d per Pfund bezahlt. Dies macht 54 sh für seine Brutto-Einnahme, wenn er 13 sh für Hilfsarbeiter zu zahlen hat, so daß ihm 41 sh Netto-Verdienst bleibt. Aber die Kraft der Mule-Maschinen ist seitdem verdoppelt worden, d. h. sie haben fast 648 Spindeln anstatt 300—324 und derselbe Spinner erzeugt fast 32 Pfund Garn No. 200 in 69 Stunden. Dafür wird er bezahlt nach dem Satze 2 sh 5 d per Pfund (anstatt 3 sh 6 d). Seine Brutto-Einnahmen sind daher unmittelbar auf 71 sh 4 d (32 × 2 sh 5 d) erhöht. Er braucht allerdings jetzt 5 Hilfsarbeiter, und wenn man ihren Verdienst auf 5 sh 6 d berechnet, so kostet ihm ihre Arbeit 25 sh, oder,

---

[1] II, S. 83.

um alle Spitzfindigkeit zu vermeiden, sagen wir 27 sh, die ihm noch 58 sh 4 d übrig lassen als Netto-Verdienst, das ist 9 sh 4 d mehr, als wenn er nur die Hälfte erzeugte (Supplemental Factory Report, D. 1).

Es könnte behauptet werden, daß selbst in diesem Falle der Spinner „„does more work for less wages"" als vor der Verbesserung. Aber dies ist nicht der Fall. Die Maschine, die er überwachen muß, leistet mehr Arbeit in derselben Zeit, als vorher, während die Arbeit des Spinners dieselbe bleibt oder sich verringert. Und dennoch, nur weil er angestellt ist, um eine mächtigere und wirksamere Maschine zu bedienen, erhält er 9 sh 4 d pro Woche oder fast 1 sh 7 d per Tag, zusätzlich Lohn. Dieser Grundsatz ist allgemein und Mc Cowell war daher im Recht, als er behauptete, daß „„ein Spinner 1 sh, 1 £ und mehrere £ jetzt in weniger Zeit verdient als 10 Jahre früher und mit derselben oder weniger Arbeit; diese Erhöhung seines Verdienstes verdankt er nur den Verbesserungen der Maschinen . . . .""

Daß damals schon der Arbeitslohn sehr stark durch die Produktivität beeinflußt war, daß die Löhne mit steigender Produktivität in die Höhe zu gehen die Tendenz hatten, zeigen auch die zahlreichen Berichte über die Arbeitslöhne in der aufkommenden Großindustrie — es sei von den vielen derartigen Belegen nur noch einer aus dem Report on artizans and machinery (1824)[1] hinzugefügt: Auf die Frage: „„Wie hoch ist der Lohn der Fabrikarbeiter in Schottland, verglichen mit dem Lohn derselben Arbeiter in Manchester?"" antwortete der Zeuge: „„Ich denke, die Löhne sind $^1/_4$ — $^1/_5$ geringer in Glasgow als in Manchester — vielleicht um $^1/_5$ herum."" Auf die weitere Frage: „„Kommt dies von den billigeren Unterhaltskosten oder von größerem Arbeitsangebot?"" antwortete derselbe: „„Ich glaube, die hauptsächliche Ursache ist, daß, wo Maschinen und Werkzeuge in der größten Vollendung vorkommen, auch mehr Arbeit in derselben Zeit geleistet wird, und die Löhne der Arbeiter sind dann entsprechend höher. Die

---

[1] S. 379.

Londoner Fabrikarbeiter haben höhere Löhne, als die in Manchester, weil sie bessere Maschinen haben; und in Manchester sind die Löhne höher als in Glasgow aus demselben Grunde.""

Diese Besserung der Lohnverhältnisse durch die Einführung verbesserter Maschinen war aber keineswegs allgemein; so berichtet z. B. Leach, der Führer der Chartisten in Manchester, über die Löhne der Sammetscherer, daß durch die Einführung der mechanischen Stühle die Löhne herabgedrückt worden seien; das Verhältnis des durchschnittlichen wöchentlichen Verdienstes stellt sich nach Leach so:[1]

	£	sh	d		£	sh	d
1827:	1	6	6	und für gleiche Waren 1843:	0	10	6
	1	2	6		0	7	6
	1	0	0		0	6	8
	1	6	6		0	10	0

Zuzugeben ist freilich, daß eine solche Differenzierung der Löhne, wie sie unter dem Einflusse der fortschreitenden Arbeitsteilung in neuerer Zeit vorkommt, damals nicht vorhanden war. Wie sehr die Löhne nach der Arbeitsleistung variieren und wie aussichtslos daher das Beginnen der Anhänger der Ricardoschen Lohntheorie ist, einen „Durchschnittslohn" zu konstruieren, dafür sei eine Tabelle des englischen Wage Census für die Löhne im Eisengewerbe Manchesters im Jahre 1886 mitgeteilt. Für dieses Gewerbe wurden 6 Klassen von Arbeitslöhnen unterschieden[2] und zwar erhalten:

einen Wochenlohn von	38 sh	und darüber ungefähr 5 % der Arbeiter: Werkmeister und einige Modellmeister, Former und Schmiede.
einen Wochenlohn von	33—38 sh	14 % der Arbeiter: vorzügliche, geschickte Mechaniker.

[1] Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Leipzig 1845. S. 238.

[2] Bowley, Wages in the United Kingdom in the 19th Century. Cambridge 1900. S. 122.

einen Wochenlohn von 28—33 sh	32 % der Arbeiter: gewöhnliche Mechaniker.
einen Wochenlohn von 23—28 sh	15 % der Arbeiter: Maschinisten I. Klasse.
einen Wochenlohn von 19—23 sh	15 % der Arbeiter: Maschinisten und qualifizierte Arbeiter.

weniger als 19 sh 20 % der Arbeiter: gewöhnliche Arbeiter.

Auf der andern Seite ist nicht zu übersehen, daß gerade damals, zu Lebzeiten Ricardos, viele Momente auch eine größere Differenzierung der Arbeitslöhne bewirkten: die geringere Bildungsstufe der Arbeiter, ihre Schwerfälligkeit, die schlechten Transport- und Kommunikationsverhältnisse, das schlechte Nachrichtenwesen verhinderten viel mehr als heute das freie Ab- und Zuströmen der Arbeitskräfte von einem Arbeitszweig in den andern und von einer Gegend in die andere.

Nur aus dieser Schwerfälligkeit auch läßt es sich erklären, daß wir oft die verschiedensten Arbeitslöhne in demselben Gewerbe und in derselben Gegend finden. Auf die Frage: „Können Sie sich einen Begriff machen von dem heutigen durchschnittlichen Arbeitslohn in England?" antwortete ein Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß von 1848: „In einzelnen Grafschaften schwankt er außergewöhnlich. Auf der westlichen Seite der Grafschaft Essex kann ein guter Arbeiter nicht mehr als 8 sh per Woche verdienen, und wenn er 40 Meilen über das Land nach der Seeküste geht, verdient er bei Stückarbeit 25 sh, und ich habe noch höhere Löhne kennen gelernt."

Schon A. Smith hatte auf dieses Moment der Schwerfälligkeit der arbeitenden Bevölkerung aufmerksam gemacht. Er sagt darüber:[1] „So wie der Preis der Lebensmittel mehr von Jahr zu Jahr sich verändert, als der Arbeitslohn, ebenso ist anderseits letzterer verschiedener an verschiedenen Orten,

[1] A. Smith, Natur und Ursachen des Volkswohlstandes. Übersetzt von Löwenthal. I. Bd., 2. Aufl. S. 79.

als ersterer. Der Preis von Brot und Fleisch ist im größten Teile des vereinigten Königreichs in der Regel derselbe oder fast ganz derselbe. Diese und die meisten anderen im Kleinhandel verkauften Gegenstände, die Art, in welcher der ärmere Arbeiter alles kauft, sind in der Regel reichlich so billig oder billiger in den großen Städten, als in den entlegenen Teilen des Landes. ... Der Arbeitslohn dagegen ist in einer großen Stadt und deren Umgegend oft $^1/_4$ oder $^1/_5$, 20 oder 25% höher, als wenige Meilen davon. 18 Pence täglich können für den gewöhnlichen Arbeitslohn in London und Umgegend angesehen werden; wenige Meilen davon entfernt fällt er auf 14 oder 15 Pence. In Edinburgh und Umgegend beträgt der Arbeitslohn durchschnittlich 10 Pence täglich; und wenige Meilen davon fällt er auf 8 Pence, den gewöhnlichen Tagelohn im größten Teile Nieder-Schottlands, wo er überhaupt viel gleichförmiger ist, als in England. Ein solcher Unterschied, welcher bei dem Preise der Arbeit also nicht immer imstande zu sein scheint, einen Mann zur Übersiedelung von einem Kirchspiel ins andere zu bewegen, würde, wenn er bei Warenpreisen aufträte, gewiß eine gewaltige Versendung der Waren nicht nur von einem Kirchspiel zum anderen, sondern von einem Ende des Königreichs und beinahe von einem Ende der Welt zum andern, hervorrufen, so daß dieser Unterschied bald wieder aufhörte. Trotz alledem, was von menschlicher Leichtfertigkeit und Unbeständigkeit gesagt wird, lehrt die Erfahrung doch augenscheinlich, daß der Mensch unter allen Arten von Lasten die am schwierigsten von der Stelle zu bewegende ist. Wenn der ärmere Arbeiter somit seine Familie in denjenigen Teilen des Reiches erhalten kann, wo der Geldpreis der Arbeit am niedrigsten ist, muß er im Wohlstand dort leben, wo er am höchsten ist."

Auch Walker betont dieses Moment der Unwissenheit und Schwerfälligkeit auf seiten der Arbeiter, welches einer Ausgleichung der Löhne oft hindernd im Wege stünde und zitiert eine Bemerkung von Prof. Fawcett:[1] „Während der Wintermonate verdient ein gewöhnlicher landwirtschaftlicher

[1] F. A. Walker, The wages question. London 1877. S. 187.

Arbeiter in Yorkshire 13 sh pro Woche. Der Lohn eines Arbeiters in Wiltshire oder Dorsetshire, der dieselbe Arbeit verrichtet und eine ähnliche Zahl von Stunden arbeitet, beträgt nur 9 sh die Woche. Dieser große Unterschied in den Löhnen ist nicht kompensiert durch andere Erwägungen: das Leben ist nicht teurer in Yorkshire als in Dorsetshire und die Arbeiter in Dorsetshire genießen nicht irgend welche Vorteile, die den Arbeitern in Yorkshire versagt sind."

Auch der Bericht des parlamentarischen Ausschusses von 1824 zur Untersuchung der ländlichen Arbeitslöhne in England gibt ein gutes Bild von der außerordentlichen Verschiedenheit der Lohnverhältnisse schon in damaliger Zeit. Der Report, der namentlich auch über die Frage urteilen sollte, inwieweit die Löhne durch die poor-rates ergänzt würden, sagt darüber folgendes:[1] „Wir sind glücklich sagen zu können, daß das Übel, welches wir beklagen, nur ein stellenweises ist, und daß viele Grafschaften in England fast, wenn nicht völlig, von diesem Übelstand frei sind. In Northumberland betragen die Löhne 12 sh die Woche und Arbeiter, welche Familien haben, erhalten in der Regel keine Unterstützung aus der poor-rate. In Cumberland schwanken die Löhne zwischen 12 und 15 sh die Woche und der Bericht ist gleichmäßig befriedigend. In Lincolnshire betragen die Löhne im allgemeinen 12 sh die Woche und die Arbeiter leben bequem und unabhängig. In Wigan, in Lancashire betragen die Löhne 7 und 8 sh, und ein Mann mit fünf Kindern muß Unterstützung erhalten. In dem Bezirk Oldham, in derselben Grafschaft, einem großen Manufakturdistrikt, betragen die Löhne 12—18 sh die Woche und von solcher Praxis ist nicht die Rede. — In Yorkshire betragen die Löhne im allgemeinen 12 sh, aber in einigen Teilen dieser ausgedehnten Grafschaft ist die Sitte, verheirateten Arbeitern Unterstützung von seiten der Gemeinde zu geben, sehr überwiegend. In Staffordshire betragen die Löhne 10 sh, und Arbeiter mit Familie erhalten nur gelegentlich Unterstützung aus der poorrate. In dem Bezirk von Oswaldslow, in der Grafschaft Worcester, ist die Sitte, einen Teil der Löhne aus der poor-rate zu

[1] Report from the Select comittee on labourers wages (1824). S. 5.

zahlen, ganz beseitigt worden durch die Wachsamkeit der Gemeindeverwaltungen. Wenden wir uns zu den mittleren, südlichen und westlichen Teilen des Landes, so finden wir eine große Verschiedenheit in den Löhnen. Im Bezirk Wingham, in Kent, scheinen die niedrigsten Löhne in einer Gemeinde 6 d, in 4: 8 d, in 11: 1 sh und 6 d, in 4: 2 sh, und in der größeren Zahl: 1 sh pro Tag zu sein. — In Suffolk, Sussex, Bedfordshire, Buckinghamshire, Dorsetshire und Wiltshire ist die Bezahlung der Löhne aus der poor-rate am weitesten verbreitet. Norfolk, Huntingdonshire und Devonshire sind in gleicher Weise davon betroffen. In einigen dieser Grafschaften betragen die Löhne 8 oder 9 sh, in anderen 5 sh, und in einigen Teilen sind sie bis auf 3 sh für einen Mann und auf 4 sh 6 d für Mann und Frau pro Woche herabgedrückt."

Die besonderen Eigentümlichkeiten, die bei den Lohnverhältnissen der landwirtschaftlichen Arbeiter in Betracht gezogen werden müssen und die auch heute in Geltung sind, zu Zeiten Ricardos aber noch größere Bedeutung hatten, lassen also vollends eine Theorie der Bildung von Durchschnittslöhnen als verfehlt erscheinen. Hasbach hat in seinem Buch über die englischen Landarbeiter diese Verhältnisse sehr ausführlich geschildert; hier sei nur auf einen dieser Umstände hingewiesen; die Möglichkeit vieler Landarbeiter, Landanteile (allotments) zu erhalten: „Die Allotments", sagt Hasbach,[1] „haben nach den Erfahrungen der Arbeiter das Sinken der Löhne verhindert, sowohl weil sie direkt und indirekt die Nachfrage nach Arbeitskräften vermehren, als auch weil sie einen Reservefond schaffen, ähnlich dem eines Gewerkvereins. Hier widerspricht also wiederum das induktiv gewonnene Ergebnis dem deduzierten des Nationalökonomen Stuart Mill."

c) *Für die ungelernten Arbeiter.*

Eine dritte Gruppe von Nationalökonomen hält zwar das Ricardo'sche Lohngesetz und verwandte Theorien für falsch — soweit es sich um eine allgemeine Arbeitslohntheorie handelt: dagegen sei es richtig für die Klasse der ungelernten Arbeiter,

[1] a. a. O. S. 373.

der gewöhnlichen Arbeiter. In ziemlich verklausulierter Form hält auch Schönberg an dieser Auffassung fest, wenn er z. B. sagt:[1] „Mit der Auslegung, die Lassalle dem „„notwendigen Lebensunterhalt““ gibt, behauptet er als ein für den Arbeitslohn, d. h. für alle Löhne geltendes absolutes Gesetz, was (soweit man überhaupt hier von einem „„Gesetz““ sprechen darf) nur für den Lohn einer einzigen Lohnklasse unter den vielen, für den der untersten Klasse, für die ungelernten Arbeiter, aber auch hier nur für die verheirateten Arbeiter, und selbst für diese nur unter der Voraussetzung gilt, daß die Vermehrung der Bevölkerung eine übermäßige ist, daß die Arbeiter in dieser Klasse unvernünftig und unverantwortlich handeln.“

Ich glaube, daß die Ricardo'sche Lehre auch für diese unterste Klasse falsch ist; die schweren theoretischen Mängel, die dieser Theorie anhaften, werden nicht dadurch beseitigt, daß man ihr Geltungsgebiet auf eine einzige Arbeiterklasse beschränkt. Zuzugeben ist, daß natürlich diejenige Klasse der Arbeiter, die am ungünstigsten situiert ist, am ehesten gezwungen werden kann, sich mit einem Lohn zu begnügen, der hart an der Grenze der Subsistenz liegt — aber dennoch sprechen alle Erfahrungen dagegen, hier irgendwie eine feste, gesetzmäßige Tendenz konstatieren zu dürfen. Betrachtet man z. B. die lehrreiche Karte, die Ernst Lange[2] über die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter in Deutschland entworfen hat, so zeigt ein Blick die ungeheure Verschiedenheit dieser Löhne in den verschiedenen Teilen unseres Vaterlandes. Die Löhne schwanken zwischen 0,85 Mk. bis 3 Mk. täglich. Sieht man dann zu, daß erstere Löhne hauptsächlich in den ärmsten Teilen des östlichen Deutschlands, letztere im Westen und in der Umgebung der größeren Städte angetroffen werden, so könnte man hier erst recht eine Bestätigung der Ricardoschen Lohntheorie finden, da ja auch die Preise der Lebensmittel, der Wohnungen usw. im Osten so viel geringer sind, als im Westen. Aber wenn uns auch eine so ausführliche Statistik

[1] Art.: Die gewerbliche Arbeiterfrage, in Schönbergs Handbuch der pol. Oek. II. Band. II. S. 31.

[2] In Brauns Archiv für soz. Gesetzgebg. 1893.

über diese Preisverhältnisse noch mangelt, die dieses exakt zu entscheiden imstande wäre, so viel ist doch sicher, daß ein so großer Unterschied in den Preisverhältnissen der verschiedenen Gegenden nicht vorhanden ist, wie er in den Löhnen zutage tritt. Es zeigt sich vielmehr, daß auch bei der untersten Schicht der Arbeiter die Lohnhöhe nicht so sehr von dem objektiven Maßstab einer gewissen Subsistenzmittelmenge, als von den Reichtums- und Produktivitätsverhältnissen der betreffenden Erwerbszweige und der betreffenden Gegenden bedingt ist, und daß es auch in dieser Schicht dem Arbeiter wohl möglich ist, einen Anteil an der gestiegenen Produktivität zu erlangen. Dies geht auch aus der Entwicklung hervor, die diese Löhne in den zehn Jahren 1892—1902 genommen haben; die Löhne bewegen sich 1902 zwischen 1 Mk. und 3,60 Mk. und weisen teilweise sehr bedeutende Steigerung auf, eine Steigerung, die nicht durch eine analoge Steigerung der Preise kompensiert wird, da sie über diese hinausgeht: „Nur ausnahmsweise treten Orte auf, in denen der Lohnsatz gesunken ist, zahlreich dagegen sind Lohnerhöhungen von 25 bis 50% und darüber. Im allgemeinen Durchschnitt dürfte zwischen dem 24. Dezember 1892 und dem 1. Januar 1902 der Lohn für gewöhnliche Tagearbeiter um etwa 20% gestiegen sein."[1]

So kommt auch ein neuerer Bearbeiter der englischen Lohnarbeiterverhältnisse gerade über die in Rede stehende Zeit zu einer völligen Ablehnung des ehernen Lohngesetzes:[2] „Tatsächlich konnte das in seinem Pessimismus und Optimismus gleicherweise irreführende „„unverrückbare Lohngesetz"" nur zwischen 1760 und 1830 einen Schein von Wahrscheinlichkeit bekommen und auch damals nur im Hinblick auf die Lage eines Teiles der landwirtschaftlichen Arbeiter, durch Beobachtungen, die freilich nicht ganz falsch, aber wegen vorschnellen Generalisierens und Unvollständigkeit sowie durch ihren wunderlichen Mangel an Berücksichtigung der vielen einander widersprechenden, vorurteilsfreie Deutung erfordernden Einzelheiten der be-

[1] Ortsübliche Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter 1892 und 1902. In der „Sozialen Praxis" 1902. No. 28. S. 723.

[2] Steffen, Studien zur Geschichte der engl. Lohnarbeiter. II. Band. 1. Teil. S. 29.

treffenden Erscheinungen doch beinahe wertlos sind. Die Löhne auf dem Lande veränderten sich nicht von Jahr zu Jahr in Übereinstimmung mit den Weizenpreisen, sondern folgten diesen nur in ihren Durchschnittsveränderungen für längere Zeiträume, ein Jahrzehnt z. B. — So war der mittlere Weizenpreis während des Jahrzehntes 1801—10 gerade doppelt so hoch, wie 1761 bis 70, und der Feldarbeiterlohn auch im erstgenannten Jahrzehnt beinahe doppelt so hoch wie im letztgenannten; aber der Lohn war das ganze Jahrzehnt 1801—10 hindurch annähernd beständig, indes der Weizenpreis in gewissen Jahren 150 bis 200 Prozent höher war, wie 1761—70, in welchem Jahrzehnte er sich nur unbedeutend von Jahr zu Jahr veränderte."

Nachdem ich so im allgemeinen zu zeigen versucht habe, daß die Ricardo'sche Lohntheorie unzutreffend ist und zwar auch in der begrenzten Weise, wie dies von manchen Autoren angenommen wird, möchte ich noch etwas ausführlicher auf einen wichtigen Punkt der Ricardo'schen Lohntheorie eingehen, nämlich auf die von Ricardo behaupteten Zusammenhänge zwischen Arbeitslohn und Getreidepreis. Vorher aber will ich noch einen kurzen Bericht geben über die Beziehungen der Ricardo'schen Lohntheorie zu anderen bekannten Theorien, und zwar zur Malthus'schen Bevölkerungstheorie, zur Mill-schen Lohnfondstheorie und zur Lohntheorie des modernen wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Über den Zusammenhang zwischen der Ricardo'schen Lohntheorie und dem Malthus'schen Bevölkerungsgesetz.

Wir haben als Ergebnis unserer bisherigen kritischen Betrachtungen nochmals festzustellen, daß die Ricardo'sche Lohntheorie den ersten Erfordernissen einer klaren, unzweideutigen Theorie nicht gerecht wird. Die einzelnen Sätze sind viel zu schwankend und widerspruchsvoll, um als Basis einer gut fundamentierten Lehre dienen zu können. Die einzige feste Stütze, auf die wir immer wieder zurückkommen müssen, ist das Malthus'sche Bevölkerungsgesetz. — Denn dieses Gesetz ist nach Ricardo die Ursache der niedrigen Lohnhöhe. Damit soll nicht gesagt sein, daß beide Theorien etwa inhaltlich identisch seien. Die Ricardo'sche Lohntheorie bedeutet

— soweit ihr überhaupt ein fester Sinn gegeben werden kann —, daß die im Dienste des Kapitalisten angestellten Lohnarbeiter auf die Dauer längerer Zeiträume auf einen Reallohn angewiesen seien, der ihnen nur den gewohnheitsmäßigen Lebensunterhalt gewährleiste. Das Malthus'sche Bevölkerungsgesetz bedeutet, daß überall und allezeit ein Mißverhältnis bestände zwischen der Tendenz zur Bevölkerungsvermehrung und der Möglichkeit der Gewinnung von Nahrungsmitteln. In keiner Weise ist aber notwendig, daß die Vertreter ersterer Lehre die Ursache in einer angeblichen Bevölkerungstendenz erblicken; das niedrige Lohnniveau kann alle möglichen Ursachen haben. Ebensowenig müssen die Anhänger der Malthus'schen Lehre eine Gravitation der Löhne nach dem Existenzminimum annehmen: die üblen Folgen der Bevölkerungszunahme brauchen sich durchaus nicht gerade bei den arbeitenden Klassen zu zeigen. Tatsächlich ist auch Malthus gar kein Anhänger der Ricardo'schen Anschauungen über Arbeitslohn gewesen. — Sonach liegt kein notwendiger innerer Zusammenhang zwischen beiden Lehren vor; aber tatsächlich ist Ricardo zweifellos auf Grund der Malthus'schen Lehre überhaupt erst zu seiner Lohntheorie gekommen: er hat das Malthus'sche Bevölkerungsgesetz, das er rückhaltlos anerkannte, zugespitzt zu einer Theorie des Arbeitslohnes, die also ihre Hauptstütze in der genannten Lehre von Malthus hat.

Wiederholt gibt Ricardo in seinen Briefen seiner begeisterten Zustimmung zu dem Hauptinhalt des Malthus'schen Werkes über die Bevölkerung Ausdruck. — Als Malthus sein Werk an Ricardo übersandte, antwortete dieser:[1] „Der allgemeine Eindruck, den ich von dem Buche empfange, ist ausgezeichnet (excellent). Die Lehren erscheinen so klar und ausführlich dargelegt, daß sie in mir ein Interesse erweckten, wie ich es größer nur an A. Smiths berühmtem Werke genommen habe." — Nach einiger Zeit schrieb er nochmals:[2] „Ich habe Ihr Werk von neuem und wiederholt gelesen und bin erstaunt über das wenige, was ich mit der größten Genauigkeit entdecken kann, worin ich von Ihnen abweiche."

---

[1] B. W. I. S. 107. — [2] B. W. I. S. 144.

Und zwar knüpfte Ricardo bei seiner Lohntheorie oder, richtiger gesagt, bei der Begründung seiner Lohntheorie augenscheinlich an die Ausführungen im Beginn der Malthusschen Werkes über die Bevölkerung an und zwar an folgende Stelle: „Nehmen wir an, die Unterhaltsmittel in einem Lande seien genau ausreichend, um seine Bewohner bequem zu ernähren. Die beständige Tendenz zur Bevölkerungsvermehrung, die sich sogar in den lasterhaftesten Völkern geltend macht, vermehrt die Volkszahl, bevor die Unterhaltsmittel vermehrt sind. Die Nahrung, die zuvor 11 Millionen nährte, muß mithin nun unter 11½ Millionen geteilt werden. Die Armen müssen folglich schlechter leben und viele von ihnen werden in ernste Not geraten. Da die Zahl der Arbeiter ebenfalls den Bedarf an Arbeit übersteigt, so muß der Preis der Arbeit sinken, während der Preis der Lebensmittel gleichzeitig steigen wird. Die Arbeiter müssen daher mehr arbeiten, um den vorigen Erwerb zu gewinnen. Während dieser Zeit der Not sind die Entmutigungen zur Ehe und die Schwierigkeiten, eine Familie zu ernähren, so groß, daß der Fortschritt der Bevölkerung aufgehalten wird. Mittlerweile spornt die Billigkeit der Arbeit, der Überfluß an Arbeitern und ihre Nötigung, fleißiger zu sein, die Landwirte an, mehr Arbeit auf ihr Land zu verwenden, neuen Boden zu kultivieren und den bereits kultivierten vollständiger zu düngen und zu verbessern, bis schließlich die Unterhaltsmittel auf dasselbe Verhältnis zur Bevölkerung kommen, wie in der Periode, von der wir ausgingen. Die Lage der Arbeiter wird dann ziemlich behaglich, die Hemmnisse der Volksvermehrung sind bis auf einen gewissen Grad gelockert und nach kurzer Zeit wiederholen sich die gleichen rückgängigen und vorschreitenden Bewegungen in der Volkswohlfahrt.“

Aus der hier angeführten Stelle von Malthus könnte wohl hergeleitet werden, daß er in der Lohnfrage mit Ricardo übereinstimme, daß auch er meine, daß aus Ursachen der Bevölkerungstendenz die Arbeitslöhne im Durchschnitt sich auf dem Existenzminimum hielten. Dies läßt sich aber mit anderen ausdrücklichen Äußerungen Malthus' nicht vereinigen; es ist hier namentlich auf zweierlei hinzuweisen:

1. Wenn Malthus auch hier von „Arbeitern“ oder von

„Armen“ spricht, so nennt er doch in der Regel diejenigen, welche vornehmlich unter der Wirkung der Volksvermehrung zu leiden hätten, „niedere Volksklassen“ z. B. S. 21: „Es muß bemerkt werden, daß unter einer Zunahme der Unterhaltsmittel hier eine solche Zunahme verstanden wird, welche die Massen des Volkes befähigt, über mehr Arbeit zu gebieten. Sicherlich kann eine Zunahme stattfinden, welche im damaligen Zustande eines Volkes nicht unter die niederen Klassen verteilt wird und daher auch keinen Sporn zur Volksvermehrung erteilen würde.“ — Die „proletarische“ Volksvermehrung soll also hauptsächlich für die „niederen Klassen“ bedeutungsvoll werden; wozu nicht nur Arbeiter, sondern überhaupt alle nichtbesitzenden Klassen, also die kleinen Bauern, Handwerker usw. gehören, anderseits ist die Möglichkeit, daß sich Angehörige gerade aus den Arbeiterklassen über die „niedersten Klassen“ erheben, von Malthus nicht in Abrede gestellt.

2. Malthus gibt hier nur eine Tendenz an, die auf die Bildung der Lohnhöhe einwirkt; daneben hielt er noch viele andere Tendenzen für sehr bedeutungsvoll, und zwar für so wichtig, daß er es ablehnt, nur aus dem Wirken des Bevölkerungsprinzips ein Lohngesetz im Sinne Ricardos abzuleiten; vielmehr polemisiert Malthus sehr energisch gegen die Ricardo'sche Lohntheorie.

Malthus macht mit Recht darauf aufmerksam, daß das sog. Bevölkerungsprinzip doch nur eine Tendenz ausdrücke; aber nur, wenn diese Tendenz auch wirklich zu einer so starken Volksvermehrung geführt hätte, daß der Zustand des Kampfes um die Nahrungsmittel erreicht sei, nur dann könnte der Druck auf die Arbeitslöhne so groß sein, daß er auf die von Ricardo angegebene „natürliche“ Höhe gebracht würde. „Diesen (d. h. den „natürlichen“) Preis bin ich wirklich geneigt, einen sehr unnatürlichen Preis zu nennen, weil in einem natürlichen Zustande der Dinge, d. h. ohne unnatürliche Hindernisse für den Fortschritt der Akkumulation, ein solcher Preis nicht dauernd vorkommen könnte in irgend einem Lande, bevor der Anbau des Bodens so weit wie möglich ausgedehnt ist. Aber wenn dieser Preis wirklich selten ist und im gewöhnlichen Verlaufe der Dinge noch in weiter Entfernung liegt, so muß es offenbar zu großen Irrtümern führen, die Marktpreise der Arbeit

als nur zeitweilige Abweichungen nach oben und unten von jenem festen Preise aufzufassen, zu dem sie immer wieder zurückkehren müßten."[1]

Malthus gibt folgende eigene Sätze über die Höhe des Arbeitslohnes. „Den natürlichen oder notwendigen Preis der Arbeit in irgend einem Lande würde ich definieren als den Preis, der unter den tatsächlichen Umständen der Gesellschaft notwendig ist, um ein durchschnittliches Angebot von Arbeitern zu bewirken, das hinreichend ist, um der wirklichen Nachfrage zu genügen. Und den Marktpreis würde ich definieren als den tatsächlichen Preis auf dem Markt, der aus zeitweiligen Ursachen, manchmal über und manchmal unter demjenigen Betrag ist, der nötig ist, um der Nachfrage zu genügen. Die Lage der arbeitenden Klassen muß offenbar abhängen teils von dem Maße, in welchem die zur Unterhaltung der Arbeit bestimmten Mittel und die Nachfrage nach Arbeit zunehmen, und teils von den Gewohnheiten des Volkes in Hinsicht auf ihre Nahrung, Kleidung und Wohnung."

Hohe Reallöhne müssen daher nicht notwendig nach Malthus zu starker Volksvermehrung und infolge davon zum Rückgang der Löhne führen; vielmehr hält Malthus einen andauernd hohen Stand der Arbeitslöhne wohl für möglich. — Als Beispiel führt Malthus die Zeit von 1720—50 an, wo bei gefallenem Weizenpreise und gestiegenem Arbeitslohn keine entsprechende Volksvermehrung eintrat:[2] „Diese große Vermehrung der Verfügungsgewalt über das erste Lebensbedürfnis führte trotzdem nicht eine entsprechende Vermehrung der Bevölkerung herbei. Sie fand das Volk dieses Landes unter einer guten Regierung lebend und in ungewöhnlichem Maße im Genusse aller Vorteile der bürgerlichen und politischen Freiheit. Die niederen Klassen des Volkes waren gewohnt, geachtet zu werden sowohl von den Gesetzen, als von den höheren Klassen ihrer Mitbürger und hatten infolgedessen gelernt, sich selbst zu achten. Die Folge war, daß ihre vermehrten Getreidelöhne, anstatt nur eine Vermehrung der Be-

[1] Malthus, Principles of political economy. London 1836. S. 223.
[2] a. a. O. S. 228.

völkerung herbeizuführen, so ausgegeben wurden, daß eine entschiedene Besserung ihrer Lebenslage herbeigeführt wurde."

Malthus sah also in der Hauptsache das Verhältnis von Angebot und Nachfrage als maßgebend für die Lohnhöhe an; aus seinem Bevölkerungsprinzip zog er nicht die Schlußfolgerung in bezug auf die Lohnbewegung wie Ricardo.[1]

Auch vom Standpunkt der Anhänger der Malthus'schen Bevölkerungslehre ist vielerlei gegen die Verquickung derselben mit der Arbeitslohntheorie in Ricardo'scher Fassung einzuwenden. Denn, wenn Ricardo sagt, daß der Anreiz, den erhöhter Arbeitslohn auf Eheschließung und Volksvermehrung ausübe, die Höhe des Lohns wieder auf das ursprüngliche Maß herabdrücke, so ist doch zu erinnern, daß die Wirkung dieser vermehrten Eheschließung auf dem Arbeitsmarkt erst etwa nach 12—14 Jahren eintreten könnte, also zu einer Zeit, wo vielleicht wieder ganz andere Verhältnisse für den Arbeitsmarkt und die Höhe des Lohnes maßgebend sind. Kurz, der Zeitraum, der verstreichen muß, um die Wirkung auszuüben, die Ricardo im Auge hat, ist viel zu lang. Ricardo selbst hat diese zeitliche Differenz wohl beachtet, aber nur daraus gefolgert, daß es „geraume Zeit" dauere, bis Getreidepreis und Arbeitslohn wieder in Übereinstimmung wären; er sagt darüber:[2] „Sind zu wenig Hüte für die Nachfrage auf dem Markte, so wird der Preis steigen, aber nur für kurze Zeit; denn im Laufe eines Jahres kann durch vergrößerte Anwendung von Kapital in diesem Geschäftszweig eine beträchtliche Vermehrung der Anzahl der Hüte bewirkt werden, und daher kann ihr Marktpreis den natürlichen Preis nicht lange um vieles überschreiten; aber so verhält es sich nicht mit den Menschen; man kann ihre Zahl in 1—2 Jahren nicht vermehren, sobald das Kapital sich vergrößert hat; auch kann man nicht beliebig ihre Zahl vermindern, wenn das Kapital abgenommen hat; und deshalb, weil die Zahl der Hände sich langsam vermehrt oder vermindert, während die Mittel zum Unterhalt der Arbeiter sich schnell vermehren oder vermindern, muß ein beträchtlicher

[1] Vgl. Taussig, Wages and capital. New York 1896. S. 204.
[2] Principles S. 97 (137).

Zeitraum verstreichen, bevor der Preis der Arbeit genau durch den Preis des Getreides und der Lebensbedürfnisse geregelt ist."

Auch in diesem Punkte urteilt Malthus viel nüchterner und ist der Annahme von „ausgleichenden" Tendenzen weit abgeneigter als Ricardo. Gerade dieses Moment der langen Zeitdauer, nach welcher überhaupt erst die gedachte Wirkung eintreten könnte, läßt ihn daran zweifeln, daß das „Bevölkerungsprinzip" auf die Lohnhöhe ausgleichend wirke, und er hält die Auswanderung eines Teils der Bevölkerung für das einzige Aushilfsmittel. Er sagt darüber: „Obwohl die Zunahme der Bevölkerung hauptsächlich durch die wirksame Nachfrage nach Arbeitskräften reguliert wird, so ist es doch klar, daß die Bevölkerungsziffer sich nicht direkt nach dem Stande dieser Nachfrage richten kann. Es ist eine gewisse Zeit erforderlich, um mehr Arbeitskräfte auf den Markt zu bringen, sobald sie gebraucht werden, und eine gewisse Zeit, um das Angebot zu hemmen, wenn es zu geschwind anwächst. Sind diese Schwankungen nicht größer, als die in früheren Kapiteln dieses Werkes erwähnte natürliche Art von Schwankung, welche fast stets die Zunahme der Bevölkerung und der Nahrungsmittel zu begleiten scheint, so muß man sich ihnen als einem Teil des natürlichen Laufes der Dinge unterwerfen. Allein gewisse Umstände können ihnen gelegentlich große Kraft verleihen, und dann sind während der Periode, wo das Angebot von Arbeitskräften größer ist, als die Nachfrage, die arbeitenden Klassen der härtesten Not unterworfen. Wenn z. B. aus einer Kombination äußerer und innerer Ursachen der Volksvermehrung eines Landes 10 oder 12 Jahre lang ein großer Sporn erteilt worden wäre und er hörte dann verhältnismäßig auf, so ist es klar, daß die Arbeitskräfte mit fast unverminderter Geschwindigkeit auf den Markt kommen würden, während die Mittel, sie zu beschäftigen und zu bezahlen, wesentlich beschränkt wären. Gerade unter diesen Umständen ist die Auswanderung als ein temporäres Auskunftsmittel höchst nützlich und Großbritannien befindet sich dermalen in dieser Lage."

Noch eine weitere Frage ist hier aufzuwerfen: ist es wirklich wahr, daß die Lohnerhöhungen in den arbeitenden Klassen die Wirkung hervorrufen, die Heirats- und Geburtenziffern zu

vermehren, und ihnen dadurch in letzter Linie wieder den errungenen Vorteil entziehen? Dem, der hier zweifeln möchte, wird mit Vorliebe mit einem Hinweise auf die Statistik geantwortet; diese ergäbe zur Evidenz, daß in „teuren" Zeiten die Heiraten sich verminderten, in „billigen" Zeiten dagegen zunähmen. Diese Erfahrungstatsache ist ganz richtig; ich möchte einen statistischen Beleg aus unzähligen anführen und zwar aus England und der Zeit, in welcher Ricardo lebte:

Jahre	Heiraten	Weizenpreis pro Quarter
1794	71797	52 sh 3 d
1795	68839	75 „ 2 „
1796	73107	78 „ 7 „
1797	74997	53 „ 9 „
1798	79477	51 „ 10 „
1799	77557	69 „ 0 „
1800	69851	113 „ 10 „
1801	67288	119 „ 6 „

Wir sehen, wie die Erhöhung der Getreidepreise in den Jahren 1800 und 1801 sich sofort in großem Rückgang der Eheschließungen bemerkbar macht, umgekehrt die Verbilligung des Getreides 1797 bis 1798 in einer Vermehrung der Heiraten von 73000 auf 79000.

Aber alles dieses beweist für unsere Frage nichts; denn was hiermit konstatiert ist, ist doch nur die Tatsache, die allerdings immer zu beobachten war: daß nämlich Paare, die heiraten wollen, mit Vorliebe sich zu diesem Schritt in Zeiten entschließen, wo infolge billiger Lebensmittelpreise der Entschluß der Gründung eines eigenen Herdes erleichtert wird. Es handelt sich also gar nicht um eine „Arbeiterfrage", sondern um eine Erscheinung, die in allen Schichten der Bevölkerung anzutreffen ist, wenn der Volkswohlstand noch gering entwickelt ist. Hier handelt es sich um die ganz andere Frage, ob in den arbeitenden Klassen Lohnerhöhungen die Wirkung hervorrufen, die Eheschließungen und Geburtenziffern in dem Maße zu vermehren, daß allmählich der Vorteil der Lohnerhöhung durch das vergrößerte Angebot von Arbeitern wieder ausgeglichen wird. Darüber läßt sich statistisches Material nicht beibringen,

wohl aber zur Widerlegung auf die Erfahrungstatsache hinweisen, daß allerdings die schlechtest gelohnten Arbeiter eine proletarische Vermehrung aufweisen, die bis an die Grenze der Unterhaltsmittel und darüber hinaus geht; daß aber, je höher der Standard of life ist, auch in den arbeitenden Klassen in bezug auf Eheschließung und Kinderzeugung eine vorsichtigere Praxis geübt wird. Höhere Lohnzahlungen werden also sehr häufig auch zu besserer Befriedigung aller möglichen Lebensbedürfnisse verwandt und kommen nicht notwendigerweise nur in vermehrten Heirats- und Geburtenziffern zur Geltung. Es ist also eine Frage, die mit fortschreitender Zivilisation und Kultur immer mehr in einer der Ricardo'schen Annahme entgegengesetzten Weise entschieden wird. Darauf wies bereits Porter hin.[1] „Häufig und in der Tat fast immer in altbesiedelten Ländern nimmt die verhältnismäßige Zahl von Kindern mit dem Fortschritte der Zivilisation ab und mit der allgemeineren Ausbreitung der Annehmlichkeiten und Gemächlichkeiten des Lebens." Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschusse von 1824 über Artizans and Machinery antwortete ein Zeuge auf die Frage:[2] „Glauben Sie nicht, daß das Haupterfordernis heute für die arbeitenden Klassen eine Verminderung ihrer Zahl ist, damit sie höhere Löhne erlangen können?": „Nach der von Malthus gelehrten Theorie ist dieser allgemeine Satz richtig; aber die tatsächliche Übung ist die umgekehrte. Die Demoralisation des Volks hält Schritt genau mit der Herabsetzung des Arbeitslohns — so ist es überall gewesen."

Ein Bearbeiter der neuesten deutschen Gewerbezählung urteilt in ähnlichem Sinne auf Grund der statistischen Ergebnisse der letzten Zählungen:[3] „Die Geburtenziffer aber zeigt in der Mehrzahl der Kulturstaaten trotz der erleichterten Familiengründung und des reichlicheren Unterhalts eher sinkende Tendenz; so auch im Deutschen Reich. Während bis in die 60er Jahre jede Änderung des äußeren Nahrungsspielraums und der Ge-

---

[1] a. a. O. S. 21.

[2] Second Report from Select committee on artizans and machinery (1824) S. 63.

[3] Rauchberg, Entwicklungstendenzen der deutschen Volkswirtschaft. Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 1901. S. 320.

treidepreise sofort auf die Häufigkeit der Eheschließungen und Geburten zurückwirkte, ist dieser Zusammenhang nunmehr gelockert. Darin liegt ein Beweis dafür, daß nicht mehr die bloße Notdurft des Lebens für den Gang der Bevölkerung maßgebend ist, und daß ihre Spannung nicht mehr wie früher bis an die äußerste Grenze der Existenzmöglichkeit reicht. Sittliche und Kulturfaktoren gewinnen je länger je mehr Einfluß und wirken retardierend. Infolge dieser Gestaltung der einzelnen Elemente der Bevölkerungsbewegung nimmt diese einen mehr konservativen Charakter an: die Zunahme wird langsamer, die größere Volkszahl wird durch geringeren Wechsel erstellt, frühere Eheschließung und verlängerte Lebensdauer erweitern die Periode des ehelichen Zusammenlebens, verlängern die Generationsdauer und verstärken so den Familienzusammenhalt, freilich ohne gegen andere Strömungen aufkommen zu können, die ihn hinwiederum lockern."

Zum Schlusse dieser Erörterungen sei noch eine Frage kurz beantwortet: ist Ricardo nicht wenigstens insoweit mit seiner Theorie im Recht, als sie direkt auf der Malthusschen Bevölkerungstheorie fußt? Also, wenn selbst, wie ich oben nachgewiesen habe, ein notwendiger innerer Zusammenhang zwischen den beiden Theorien nicht vorhanden ist, wie ja Malthus selbst zu einer ganz abweichenden Lohntheorie gekommen ist, so ist doch wenigstens dies nicht zu bestreiten, daß Ricardo immer wieder in den der Malthus'schen Lehre entnommenen Bevölkerungstendenzen die Kräfte erblickt, die in letzter Linie für seine Lohnbewegungstheorie maßgebend sind. Wir kommen hiermit zu der Frage nach der Richtigkeit der Malthus'schen Bevölkerungstheorie: ist sie richtig, dann hätte Ricardo mit seiner Lohntheorie wenigstens insofern Recht, daß, für längere Zeiträume und auf gewisse „niedere" Volksschichten beschränkt, in der Tat die „Tendenz" vorhanden sein müßte, die Löhne auf dem von ihm angenommenen Niveau zu erhalten. Kann aber diese Lehre überhaupt bestrittten werden? könnte man einwenden und auf die umfassendsten Bearbeitungen dieser Frage aus neuester Zeit hinweisen, die beide zum Resultate kommen, daß Malthus in der Hauptsache Recht hat.

A. Wagner schließt das ausführliche der Bevölkerungs-

lehre gewidmete 4. Buch seiner „Grundlegung“ mit den Worten „Robert Malthus behält somit in allem Wesentlichen Recht“[1] und Elster bemerkt in seinem Artikel „Bevölkerungswesen“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften:[2] „In unseren Tagen wird die Malthus'sche Lehre von den meisten Volkswirten als im Wesentlichen richtig anerkannt.“

Ich möchte demgegenüber ebenso bestimmt sagen: Robert Malthus hat im wesentlichen Unrecht; worunter ich folgendes verstehe.

Nach zwei Richtungen hin ist Malthus allerdings im Rechte und wird es immer bleiben:

1. gegenüber der oft gehörten Behauptung, daß ein Bevölkerungsproblem überhaupt nicht existiere, da für jeden auch nur denkbaren Bevölkerungszuwachs infolge der durch die vermehrte Menschenanzahl vergrößerten Produktionskraft auch leicht immer neue Nahrungsmittel zu beschaffen seien, ist es das Verdienst Malthus', auf die Schranken hingewiesen zu haben, die hier die „Natur“ allem menschlichen Schaffen gesetzt hat. Es ist das „Gesetz des abnehmenden Bodenertrags“, das Malthus in seiner vollen Bedeutung richtig gewürdigt hat. Die Einwände, die gerade gegen diesen Teil der Malthus'schen Lehre gerichtet sind,[3] halte ich für verfehlt, denn es handelt sich hier um ein Naturgesetz, das überhaupt nicht bestritten werden kann; es kann sich nur um die Frage handeln, ob und inwieweit in einzelnen Ländern sich heute schon Schwierigkeiten für die Volksernährung daraus ergeben haben, oder ob die vielen Gegentendenzen gegen dieses Gesetz die eventuellen schädlichen Folgen aufgehoben haben.

2. Malthus hat auch in vielen Punkten recht als Bevölkerungspolitiker: nämlich in seiner Meinung, daß wegen der möglichen Gefahr einer Übervölkerung die staatliche Gesetzgebung nicht noch durch ihre Armenpflege, Sozialpolitik usw. die hier drohenden Gefahren verstärken soll.

3. Malthus hat ferner Recht mit seiner Ansicht, daß auch

---

[1] A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie. III. Aufl. I. Teil. S. 665.

[2] II. Aufl. II. Bd. S. 754.

[3] Oppenheimer, a. a. O. vgl. oben.

zu seiner Zeit schon durch zu starke Volksvermehrung vielfach üble Folgen gezeitigt wurden in Hinsicht auf schlechte Kinderernährung und Erziehung; daß es hier also galt, aufklärend zu wirken und auf die dem Volkswohlstand drohenden Gefahren hinzuweisen. Anders lautet das Urteil, wenn man die theoretischen Hauptsätze prüft.

Befreit man Malthus' Lehre vom nebensächlichen Detail, so kann man die Quintessenz seiner Ausführungen auf die drei Sätze zusammenfassen, die er selbst in seinem Hauptwerk so formuliert hat:[1]

a) Die Bevölkerung ist notwendig durch die Unterhaltsmittel begrenzt.

b) Die Bevölkerung steigt stets, wo die Unterhaltsmittel steigen.

c) Die Hemmnisse, welche die höhere Zeugungskraft unterdrücken und ihre Wirkungen mit den Unterhaltsmitteln auf demselben Niveau erhalten, sind sämtlich in moralischen Zwang, Laster und Elend auflösbar.

Es liegt hier wieder derselbe methodische Grundfehler vor, der sich in fast allen Lehren der klassischen Nationalökonomie wiederfindet: nämlich die Sucht, für sehr verwickelte ökonomische Phänomene, die nur auf genauester Einzelbeobachtung der tatsächlichen Verhältnisse erfaßbar sind, a priori gewisse abstrakte Sätze aufstellen zu wollen. Und immer wieder betont Malthus, daß hier „naturgesetzliche" Verhältnisse vorlägen — so z. B.:[2] „Seit Beginn der Welt sind die Ursachen der Volksvermehrung und Entvölkerung vermutlich ebenso beständig gewesen wie diejenigen der Naturgesetze, mit denen wir bekannt sind. Die Liebe zwischen den Geschlechtern scheint zu allen Zeiten dermaßen gleich gewesen zu sein, daß sie, in der Sprache der Mathematik, stets als eine gegebene Menge betrachtet werden kann. Das große Gesetz der Notwendigkeit, welches verhindert, daß die Bevölkerung in einem Lande über die Nahrungsmittel, die dasselbe zu erzeugen oder zu erwerben vermag, hinauswächst, ist ein unserem Blick so offenes und unserem Verstande so einleuchtendes Gesetz, daß wir keinen Augenblick daran zweifeln können."

[1] S. 23. — [2] S. 401.

Es gibt überhaupt nicht ein Bevölkerungsprinzip, nicht ein Bevölkerungsgesetz, sondern nur zahlreiche Tendenzen der Bevölkerungsbewegung, die sehr verschieden sind nach der Rechtsordnung des betreffenden Volkes, nach natürlichen, kulturellen, nationalen Eigentümlichkeiten der einzelnen Völker; und ebenso sind diese Tendenzen wieder verschieden in den einzelnen Schichten des Volkes. Je nach der Art dieser Regelung der Privateigentumsordnung im allgemeinen, ob Individual- oder Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln — je nach der Grundeigentumsverfassung, je nach der Ehe-, Gewerbe-, Arbeiterschutzgesetzgebung werden sehr verschiedene Tendenzen in der Bevölkerungsbewegung ausgelöst. Hier einfach in der Art von Malthus auf die eine Seite eine rein physiologische Größe, nämlich die natürliche Vermehrungsmöglichkeit, auf der anderen eine auch nur annähernd nicht bestimmbare Größe — nämlich die mögliche Vermehrung der Nahrungsmittel — zu setzen und daraus die weitgehendsten Schlüsse zu ziehen, muß zu theoretischen Irrungen führen. Über die sogenannte „Bevölkerungstendenz" läßt sich überhaupt nichts Allgemeingültiges sagen: denn die rein physiologische Vermehrungsmöglichkeit kommt für die Sozialwissenschaft gar nicht in Frage, da wir es hier mit Menschengruppen zu tun haben, die nicht auf ihre physische Fortpflanzungsmöglichkeit zu untersuchen sind, sondern durch eine äußerliche Regelung zusammengehalten werden; infolgedessen müssen alle möglichen anderen Faktoren mitberücksichtigt werden; es kommt alles auf die konkreten Tatbestände an — von einem „Naturgesetz" kann nicht die Rede sein.

Und was lehrt die Erfahrung über die Irrigkeit der Malthus'schen Sätze? Wer wollte im Ernste behaupten, daß z. B. die geringe französische Volksvermehrung der Gegenwart dem Mangel an Nahrungsmitteln zuzuschreiben sei, oder, daß die Hemmnisse, die dort die Volksvermehrung findet, nur auf moralischen Zwang, Laster und Elend zurückzuführen seien und daß diese Hemmnisse wieder die notwendigen Folgen eines Kampfes um die Unterhaltsmittel seien? In diesen Punkten stimme ich mit der Kritik einzelner neuerer Autoren überein, die sich mit der Malthus'schen Lehre eingehender beschäftigt

haben, durchaus überein, so wenn z. B. Fetter[1] sagt: „Auf jeder Seite des Malthus'schen Versuchs zeigt es sich, daß er nicht, wie zuweilen behauptet wird, ein glänzendes Beispiel der induktiven Methode in der Nationalökonomie ist, oder, wenn Oppenheimer urteilt:[2] „Es kann kein zusammenhangloseres Denken geben! Auf der einen Seite steht die Bevölkerung, auf der anderen die Ackerproduktion, dort die Nachfrage, hier das Angebot. Daß zwischen diesen Dingen die stärksten Bindungen bestehen, und zwar wechselseitige Bindungen, davon ahnt dieser Ökonomist nichts!"

So sehen wir, daß auch die letzte und einzige theoretische Stütze, die Ricardo für seine Lohntheorie hatte, nicht haltbar ist. Wer die Lohnbewegung auf eine so einseitige Bevölkerungstheorie aufstützt, muß notwendigerweise zu falschen Schlüssen kommen. Nur aus den Bevölkerungstatsachen bestimmter Völker, bestimmter sozialer Schichten und bestimmter Zeiten heraus ergeben sich die Umstände, die aus diesen Ursachenkomplexen her auf das Lohnniveau einwirken.

4. Über den Zusammenhang der Ricardo'schen Lohntheorie und der Lohnfondstheorie.

Wenn Ricardo in seiner Lohntheorie einerseits sich auf eine ältere Theorie — das Malthus'sche Bevölkerungsgesetz — gestützt hat, so hat er anderseits einer späteren Theorie, der sog. Lohnfondstheorie, vorgearbeitet. Es finden sich bei ihm, wie bei A. Smith, gewisse Ansätze dazu; eine eigentliche Lohnfondstheorie hat Ricardo nicht vertreten.

Das Wesen dieser Theorie, die von John Stuart Mill in aller Schärfe ausgearbeitet wurde, nachdem über Ricardo hinaus durch James Mill und Mc Culloch weitere Ansätze dazu geliefert waren, liegt darin, daß ein fester, in seiner Höhe unveränderlicher Fonds angenommen wird, der in einer bestimmten Produktionsperiode zu Lohnzahlungen vorhanden ist. Darüber hinaus können die Arbeiter nichts erringen. „Der Arbeitslohn,"

---

[1] Frank Fetter, Versuch einer Bevölkerungstheorie, ausgehend von einer Kritik des Malthus'schen Bevölkerungsprinzips. Jena 1894. S. 40.

[2] a. a. O. S. 64.

sagt John Stuart Mill,[1] „ist demnach abhängig von der Nachfrage und dem Angebot in betreff von Arbeit oder, wie es oft ausgedrückt wird, von dem Verhältnis zwischen Bevölkerung und Kapital. Unter Bevölkerung wird hier nur die Anzahl der arbeitenden Klasse oder vielmehr derer, die für bestimmten Lohn arbeiten, verstanden; und unter Kapital nur umlaufendes Kapital, und dieses nicht einmal seinem ganzen Betrage nach, sondern nur der Teil desselben, der zum direkten Kauf von Arbeit bestimmt ist. Hinzurechnen müssen wir jedoch alle Fonds, die, ohne einen Teil des Kapitals zu bilden, im Austausch für Arbeit bezahlt werden, wie z. B. die Löhne der Soldaten, häuslichen Dienstboten und aller sonstigen unproduktiven Arbeiter. Es gibt leider keine Ausdrucksweise, um durch ein nicht fremdartiges Wort die Gesamtheit dessen zu bezeichnen, was als der Fonds der Arbeitslöhne eines Landes gelten kann. Da der Arbeitslohn der produktiven Arbeiter fast das Ganze dieses Fonds bildet, so ist es üblich, den kleineren und minder wichtigen Teil zu übersehen und zu behaupten, der Arbeitslohn hänge von der Bevölkerung und dem Kapital ab. Es dürfte angemessen sein, diesen Ausdruck zu gebrauchen, wenn man dabei nicht vergißt, daß er als eine elliptische und nicht als eine buchstäbliche Darlegung des ganzen wirklichen Sachverhältnisses zu betrachten sei.

Mit diesen Beschränkungen des Ausdrucks ist der Arbeitslohn nicht nur von dem verhältnismäßigen Betrage des Kapitals und der Bevölkerung abhängig, sondern kann auch durch nichts anderes affiziert werden. Der Arbeitslohn (selbstverständlich ist die durchschnittliche Höhe desselben zu verstehen) kann nur durch eine Vermehrung des zur Mietung von Arbeitern angewendeten Gesamtfonds oder durch eine Verminderung der Zahl der Arbeiter steigen, so wie anderseits nur durch eine Verminderung des zur Bezahlung der Arbeit bestimmten Fonds oder durch eine Zunahme der Zahl der zu bezahlenden Arbeiter sinken."

Eine zweite Eigentümlichkeit der sog. Lohnfondstheorie ist es, daß sie als sozialpolitische Folge dieses Zusammenhangs

---

[1] Grundsätze der politischen Ökonomie. III. deutsche Ausgabe (von Soetbeer). Buch II. S. 1.

behauptet, die Anstrengungen der Arbeiter in ihrer Gesamtheit auf Besserung ihrer Löhne seien bei diesem gegebenen Gesamtfonds an Löhnen aussichtslos. Darüber sagt John Stuart Mill:[1] „Wäre es den arbeitenden Klassen durch Kombination möglich, den allgemeinen Stand des Lohnes zu erhöhen oder hoch zu erhalten, so wäre dies, wie wir kaum zu bemerken brauchen, nicht ein strafwürdiges Unternehmen, sondern eine Erscheinung, die man mit lebhafter Freude begrüßen müßte. Leider aber ist es ganz unmöglich, dieses Ziel durch solche Mittel zu erreichen. Die Anzahl, aus der die arbeitenden Klassen bestehen, ist zu zahlreich und zu weit zerstreut, um überhaupt eine solche Veranstaltung treffen zu können. Wäre dies möglich, so könnte es ihnen ohne Zweifel gelingen, die Zahl der Arbeitsstunden zu vermindern und denselben Lohn für weniger Arbeit zu empfangen. Wenn sie aber darauf ausgingen, höheren Lohn zu erringen als das sich aus dem Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot ergebende Maß — nämlich das Maß, wonach das ganze zirkulierende Kapital des Landes sich unter die ganze arbeitende Klasse verteilt — so könnte dies nur durch eine dauernde Nichtbeschäftigung eines Teils ihrer Anzahl bewirkt werden."

Erblickt man allerdings den Kern der Lohnfondstheorie darin, daß der Lohn aus einem Teil des zirkulierenden Kapitals bezahlt wird, dann würde Ricardo natürlich als Hauptvertreter dieser Theorie zu bezeichnen sein, denn die Abhängigkeit der Lohnhöhe von der Größe des zur Lohnzahlung in der Volkswirtschaft vorhandenen Fonds wird immer wieder von Ricardo betont. Nirgends wird aber ausgesprochen, daß hier gleichzeitig eine feste Schranke gegeben sei, die ein Hindernis für Lohnerhöhungen darstelle: im Gegenteil wird öfter auf die Möglichkeit von Lohnsteigerungen hingewiesen. Ich stimme hierin durchaus dem Urteil Taussigs bei, der erklärt:[2] „Ricardo legte immer in der einen oder andern Weise Wert darauf, daß die Löhne aus dem Kapital bezahlt werden, aber zeigte nie, daß er die Lehre eines unelastischen und vorher bestimmten Lohnfonds vertrete."

---

[1] a. a. O. Buch V. S. 249.

[2] Taussig, Wages and capital. New York 1896. S. 175.

Es finden sich allerdings Stellen bei Ricardo, wo er an den Grundgedanken der Lohnfondstheorie herankommt, z. B. in dem Kapitel über Steuern auf Roherzeugnisse, wo er sagt:[1] „Ein Sinken des Tauschwertes des Geldes zufolge des Zuflusses an Edelmetallen aus den Bergwerken oder des Mißbrauchs von Bankvorrechten ist eine fernere Ursache des Steigens des Preises der Nahrungsmittel, aber es bewirkt keine Änderung in der hervorgebrachten Menge. Es läßt ferner auch die Arbeiterzahl unverändert, sowie auch die Nachfrage nach Arbeitern; denn dabei ist weder eine Vermehrung noch eine Verminderung des Kapitals vorhanden. Die Menge an Bedürfnismitteln, die den Arbeitern zuzufallen hat, hängt von dem verglichenen Begehren und Angebot von Arbeit ab, da Geld nur das Mittel ist, in welchem die Menge ausgedrückt wird, und da nichts daran verändert wird, so ändert sich auch der wirkliche Lohn des Arbeiters nicht."

In dem 16. Kapitel: „Auflagen auf den wirklichen Arbeitslohn" wird wiederholt von einem „für die Arbeiter bestimmten Fonds" gesprochen, z. B.:[2] „Wäre die Steuer zugleich auf die Kapitalisten gelegt worden, so würde ihr Fonds zur Unterhaltung der Arbeit (fund for the maintenance of labour) in genau demselben Maß vermindert worden sein, wie der des Staates zu demselben Zwecke zugenommen hätte. ... Aber angenommen, der Betrag einer Lohnsteuer würde, nachdem er von den Arbeitern erhoben ist, umsonst an ihre Arbeitgeber gezahlt, so würde er ihren Geldvorrat, der zur Erhaltung der Arbeit bestimmt ist, vermehren, aber den Preis weder der Waren noch der Arbeit erhöhen. Er würde folglich den Wettbewerb unter den Arbeitgebern vergrößern und die Steuer würde weder für die Meister noch für die Arbeiter einen Verlust zur Folge haben. Der Meister würde für die Arbeit einen erhöhten Preis zahlen, die Zugabe, welche der Arbeiter empfinge, würde an den Staat als Abgabe bezahlt und dann dem Meister zurückerstattet werden. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Ertrag der Steuern im allgemeinen verzehrend ausgegeben wird, daß sie stets auf Kosten der Annehmlichkeiten und

[1] princ. 96 (135). — [2] princ. 132 (191).

Genüsse des Volkes erhoben werden und daß sie gewöhnlich entweder das Kapital vermindern oder dessen Ansammlung aufhalten. Durch die Verminderung des Kapitals bewirken sie eine Verringerung des wirklichen (real) für die Unterhaltung der Arbeit bestimmten Fonds, und deshalb auch eine Herabsetzung der wirksamen Nachfrage nach Arbeit."

Ein paar Seiten weiter heißt es:[1] „Alle Wirkungen, die beim natürlichen Fortschreiten der Gesellschaft und bei wachsender Schwierigkeit der Hervorbringung durch ein Steigen der Rente und der Preise der Lebensmittel auf den Kapitalgewinn und Arbeitslohn hervorgebracht werden, werden auch durch ein Steigen des Lohnes infolge der Besteuerung veranlaßt, und deshalb werden die Genüsse der Arbeiter wie die der Arbeitgeber durch die Steuer vermindert, und zwar nicht gerade durch diese Steuer allein, sondern durch jede andere, durch welche ein gleicher Betrag erhoben werden sollte, da sämtliche Steuern den für die Unterhaltung der Arbeit bestimmten Fonds zu verringern streben."

Aber es wäre zu weit gegangen, aus solchen und ähnlichen Stellen bei Ricardo zu folgern, er habe die Lohnfondstheorie vertreten. Viele Stellen sprechen dagegen, daß er eine feste, unveränderliche Kapitalsquote für Lohnzwecke angenommen hat. Hierher gehören auch die bereits gewürdigten Ausführungen über die Kombinationen (Arbeiterverbände), die im strikten Gegensatz zur sozialpolitischen Nutzanwendung aus der Lohnfondstheorie stehen.

Auch ist nicht zu übersehen, daß das Eherne Lohngesetz und die Lohnfondstheorie in gewissem Sinne sich diametral entgegengesetzt sind. Nach der ersten Theorie wird die Lohnhöhe bestimmt durch die Kosten des Lebensunterhalts der Arbeiter, wechselt also mit den Änderungen dieser Kosten, nach der zweiten ist die Lohnhöhe bestimmt durch eine feste Kapitalsumme, die den Arbeitgebern zur Verfügung steht. Der Lohn ist also Dividendus dieser Summe und ändert sich nur mit einer Änderung des betreffenden Kapitalfonds.

Die bekanntesten und scharfsinnigsten Kritiker der Lohn-

---

[1] princ. 135 (155).

fondstheorie knüpfen daher mit Recht an James und John Stuart Mill und nicht an Ricardo an.[1]

5. Die Ricardo'sche Lohntheorie und der wissenschaftliche Sozialismus.

Die Lehre, daß der Lohnsatz die Tendenz habe, sich auf die Dauer dem notwendigen Lebensunterhalt gleichzustellen, mußte naturgemäß bei einer Richtung, die prinzipiell der Privateigentumsordnung gegnerisch gegenübersteht, viel Anklang finden. Und so spielt denn die Lehre, daß unter der Herrschaft des Privateigentums der Lohn gleich dem Existenzminimum sei, eine wichtige Rolle in der Geschichte des Sozialismus. Schon längst vor Ricardo hatten sich in den sozialistischen Schriften Ausführungen gefunden, die die genannte Tendenz klarzulegen suchten. Doch ist es hier nicht meine Absicht, die Anschauungen dieses älteren Sozialismus darzulegen: ich verweise hierfür auf die literarhistorischen Untersuchungen Neumanns.[2] Es wird dort namentlich auf Meslier, Mably, Godwin, Bazard, Vidal, Louis Blanc u. a. hingewiesen. Hier soll nur der neuere wissenschaftliche Sozialismus Berücksichtigung finden, insoweit er durch die Ricardo'sche Lehre beeinflußt ist. Und zwar ist hier an erster Stelle Ferdinand Lassalle zu erwähnen, der bei der Darlegung seines „Lohngesetzes" stets mit Nachdruck versichert, daß er nur das lehre, was bereits die klassische Nationalökonomie, besonders Ricardo, vorher gelehrt hätten.

Am klarsten und deutlichsten findet sich die Lassalle'sche Lohntheorie in dem Offenen Antwortschreiben, das er dem

---

[1] Die erste eingehende Kritik der Lohnfondstheorie findet sich in der Schrift von Francis D. Longe, A refutation of the Wage Fund Theory of modern political economy, as enunciated by Mr. Mill, M. P. and Mr. Fawcett. London 1866 (jetzt neu herausgegeben in der Sammlung von Hollander: A reprint of economic Tracts). Erst drei Jahre später erschien die weit bekanntere Kritik von Thornton, On labour.

[2] Neumann, Zur Geschichte der Lehre von der Gravitation der Löhne nach gewissen Kostenbeträgen, Conrad's Jahrbücher für Nationalökonomie. 1899. I. S. 167 ff.

Zentral-Kommitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses in Leipzig sandte; es heißt dort:[1]

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herum gravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben noch unter denselben fallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, denn sonst entstünde durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, auf den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Notstandes und der Krisen). — Die Beschränkung des durchschnittlichen Arbeitslohnes auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft — das ist also, ich wiederhole es Ihnen, das eherne und grausame

---

[1] vgl. die Bernsteinsche Ausgabe von Lassalles Werken, Band II. S. 421.

Gesetz, welches den Arbeitslohn unter den heutigen Verhältnissen beherrscht."

Wenn dann Lassalle fortfährt: „Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der liberalen Schule selbst, denn gerade die liberale ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat", so ist demgegenüber daran zu erinnern, daß Sinn und Fassung dieser Lassalle'schen Lehre in gründlichster Weise von der Ricardo'schen Lehre abweicht, daß nur im äußerlichen Wortlaut eine gewisse Übereinstimmung herrscht.

Grundverschieden ist der ganze Gedankengang, aus dem heraus Ricardo und Lassalle zu ihren Lohntheorien kamen; daraus ergibt sich die grundverschiedene Bedeutung dieser Lehren von selbst. Für Ricardo hat die Feststellung der Gravitation der Löhne nach dem Existenzminimum die Bedeutung eines Naturgesetzes — denn die Privateigentumsordnung galt ihm schlechthin als die natürliche Verfassung des sozialen Lebens. Weil der Geschlechtstrieb ein so mächtiger sei, so folgerte er daraus als „natürliche" Folge, daß die Kapitalisten den Arbeitern, die sich in solcher Menge anbieten, auch nur soviel als Lohn zahlten, als sie nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu zahlen gezwungen seien.

Für Lassalle dagegen ist die Privateigentumsordnung nur eine historische Epoche des Wirtschaftslebens: nur durch dieses Rechtssystem sei es verursacht, daß dieses Lohnphänomen entstünde. Nicht die proletarische Volksvermehrung sei schuld, sondern der Umstand, daß das Privateigentum kraft seines Privilegs dem Arbeiter alles abpresse, was über den Lebensunterhalt hinausginge: „Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst soviel abgezogen und unter die Arbeiter verteilt, als zu ihrer Lebensfristung erforderlich ist (Arbeitslohn). Der ganze Überschuß der Produktion — des Arbeitsertrags — fällt auf den Unternehmeranteil. Es ist daher eine Folge dieses ehernen und grausamen Gesetzes, daß sie sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation

gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit ihrer eigenen Arbeit notwendig ausgeschlossen sind! Für sie immer die Lebensnotdurft, für den Unternehmeranteil immer alles, was über dieselbe hinaus von der Arbeit produziert wird!"[1] Also der Druck des Privatkapitals ist es, der dem Arbeiter alles raubt — mit Ausnahme der Lebensnotdurft. Wie anders bei Ricardo, der vielmehr wesentlich die Schuld den Arbeitern selbst gibt. Wie ich oben zeigte, hielt Ricardo für das beste Mittel, die Lage der Arbeiterklasse zu heben, daß die Arbeiter selbst als Klasse sich Beschränkungen in der Kinderzeugung auferlegten; dann könnten sie auch dauernd den Marktsatz ihrer Arbeit über den sog. „natürlichen" erheben.

Aber liegt dieser Gedanke nicht auch bei Lassalle zu Grunde? Hat Lassalle nicht auch die Hauptursache des niedrigen Lohnstandes in der großen Volksvermehrung erblickt? Gewiß, aber nur deshalb, weil infolge der Privateigentumsordnung diese große Volksvermehrung in der geschilderten Weise zum Übel für die Arbeiterklasse ausschlägt: nach den von ihm vorgeschlagenen Reformen, die eine Beseitigung des Lohnarbeiterstandes bezweckten, sollten diese Übelstände von selbst aufhören und es könnte jede — auch die größte Volksvermehrung — stattfinden bei gesteigerter Lebenshaltung des Volkes. Es sei daher falsch, der Arbeiterklasse den Rat zu geben, in der Kinderzeugung „vorsichtig" zu sein. — Als Lassalle von Mitgliedern seines Arbeitervereins angefragt wurde, was er von der Malthus'schen Lehre halte, wonach die Arbeiter durch weise Beschränkungen in bezug auf ihre Fortpflanzung ihre Lage zu verbessern suchen sollten — antwortete er:[2] „Wir können der Abmahnung der Arbeiter von der Kinderzeugung in keiner Weise beitreten: 1. Ist diese Ermahnung kindisch. Es läßt sich eben keiner davon abhalten, der ohnehin nichts zu verlieren hat. Er läßt sich besonders deshalb nicht abhalten, weil er ja nicht die geringste

[1] A. a. O. S. 423.

[2] Lassalle über die Malthusianische Zweikindertheorie. Bernsteins Ausgabe, Band II. S. 937.

Garantie hat, daß auch sein Nachbar es tut; das Kind des Nachbars aber, indem es ein Arbeiter wird, der durch das Angebot seiner Arme den Lohn drückt, ihm gerade denselben Schaden tut, wie sein eigenes. Dieser Grund ist es, der noch nie hervorgehoben wurde, so einfach er ist, und der alle solche Ermahnungen notwendig zu Illusionen macht, die nicht unsere Sache sind. 2. Der Bourgeois enthält sich, legt sich, wie in Frankreich, auf die Zweikinderehe, weil er durch zu viele Kinder in seinen guten Verhältnissen individuell gedrückt wird. 3. Der Arbeiter aber — und in diesen Worten fasse ich nur das sub 1 Gesagte scharf zusammen — leidet durch die Kinder nicht sowohl in seiner individuellen Lage, sondern in seiner Klassenlage! Und dadurch läßt sich kein Teufel abhalten! Hieße auch wirklich zu viel Disziplin verlangen! 4. Ist auch solche Ermahnung unsittlich, unmenschlich, unnatürlich. Sie geht gegen das Wesen der Ehe und des Menschen und läuft zuletzt auf die — reine Schweinerei hinaus! 5. Endlich aber ist diese Ermahnung durchaus unökonomisch. Seit Adam Smith haspeln alle Nationalökonomen den Satz ab: daß die menschliche Arbeit die Quelle alles Reichtums. Je mehr Menschen also, desto mehr Arbeitshände, desto mehr Reichtum. Ist das heute nicht der Fall, so ist das also eben ein tiefer Widerspruch, der in unserem ganzen ökonomischen Antagonismus seinen Grund hat. An diesem also muß geändert werden. Dann wird die vermehrte Bevölkerung vermehrten Reichtums Quelle. Der Malthusische Irrtum, daß sich die Lebensmittel (Getreide usw.) nicht in demselben Maße vermehren können, wie die Menschen, ist lange widerlegt, und wäre er es nicht, so wäre bei dem Fleckchen Erde, das wir bisher bebauen, vielleicht überhaupt erst in 1000 Jahren das zu beachten." —

In das Programm des Gothaer Einigungsprogramms der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1875), das wesentlich noch unter dem Einflusse der Lassalle'schen Ideen stand, wurde das eherne Lohngesetz aufgenommen; es heißt dort: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands erstrebt mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch

Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit."

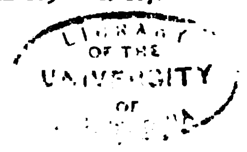
In demselben Jahre schon hatte Karl Marx in einem Briefe an Bracke (vom 5. Mai 1875) in heftiger Weise gegen den Passus, der vom ehernen Lohngesetz handelt, polemisiert und in dem neuen Parteiprogramm von 1891 hat die sozialdemokratische Partei, in der die Marxistischen Ideen immer mehr zum Siege gelangt waren, das eherne Lohngesetz völlig preisgegeben, nachdem Liebknecht auf dem Parteitage zu Halle (1890) die Unhaltbarkeit desselben nachgewiesen hatte.

Liebknecht sagte dort in seinem Referat über das neue Programm:[1] „Ein ehernes Lohngesetz, das mußten wir uns schon in Gotha sagen, existiert tatsächlich nicht. — Das sogenannte „„Gesetz"" ist der Bourgeois-Ökonomie entnommen; der Ausdruck ist agitatorisch von Lassalle gebraucht worden und hat seinen Zweck auch herrlich erfüllt. Es hat etwas Greifbares, Anschauliches, allein wissenschaftlich richtig ist es nicht. Wenn es ein ehernes Lohngesetz gäbe, wenn der Lohn auf das absolute Minimum herabgedrückt werden könnte, dann wäre es ja nicht möglich, daß in einem und demselben Lande in einer und derselben Branche ganz verschiedene Lohnzustände wären."

Wenn also auf Grund Marxistischer Anschauungen das „eherne Lohngesetz" aus dem sozialdemokratischen Programm gestrichen wurde, so ist noch die Frage zu erledigen, ob nicht diese parteipolitische Haltung von Marx in Widerspruch steht zu seiner wissenschaftlichen Lehre, mit anderen Worten, ist Karl Marx als Theoretiker nicht selbst Anhänger des ehernen Lohngesetzes gewesen und wie erklärt sich dann seine Haltung gegen den Lassalle'schen Passus im Gothaer Programm?

Ein heftiger Streit wurde zwischen Julius Wolf und Werner Sombart ausgefochten über die Frage, ob Marx das eherne Lohngesetz vertreten habe oder nicht. Sombart

[1] vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Halle. Berlin 1890. S. 167.



sagt darüber: „Wolf[1] ist augenscheinlich in dem Wahne befangen, es gehöre zur Theorie des Marxismus die Behauptung, daß der Arbeitslohn notwendig auf den Wert der notwendigsten Lebensmittel normiert bleiben müsse; er findet sogar das „„eherne Lohngesetz““, wenn auch nicht den Worten, so dem Inhalte nach bei Marx wieder. Nun läßt sich kaum eine schiefere Auffassung denken. Man lese die entrüsteten Angriffe von Marx (z. B. Kapital I. 602, und passim und Neue Zeit IX. I. 570) gegen die Vertreter des ehernen Lohngesetzes. Aber auch ohne diese ausdrücklichen Verwahrungen hätte doch Wolf aus der Gesamttheorie von Marx die Überzeugung entnehmen sollen, daß nur ein einziges Lohngesetz dem Marxismus essentiell ist: „„der Arbeitslohn kann nie so hoch steigen, daß der Kapitalist das Interesse an der Produktion verliert““.[2] — Wer hat nun Recht? Ich glaube, die ganze Streitfrage läßt sich sehr einfach lösen, wenn man den historischen Entwicklungsgang der Marx-Engels'schen Theorie verfolgt. Sicher ist, daß im Anfange ihrer wissenschaftlichen und agitatorischen Tätigkeit Marx und Engels eine Lohntheorie vertreten haben, die in ähnlicher Formulierung wie die Ricardos die Gravitation der Löhne nach dem Existenzminimum behauptet, ebenso sicher aber auch, daß in ihrer späteren wissenschaftlichen Entwicklung sie zu einer Lohntheorie kamen, die davon durchaus abwich und die keinesfalls mehr als „ehernes Lohngesetz“ bezeichnet werden kann.

Engels hatte im Jahre 1844 in den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“ den Satz aufgestellt, daß der „natürliche“ d. h. normale Preis der Arbeitskraft zusammenfiele mit dem Minimum des Lohnes, d. h. mit dem Wertäquivalent der zum Leben und zur Fortpflanzung des Arbeiters absolut notwendigen Lebensmittel. „Die Konkurrenz“, sagt Engels dort,[3] „setzt also Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen

---

[1] In seinem Werke „Sozialismus und kapitalistische Wirtschaftsordnung“. Stuttgart 1892.

[2] Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung. V. Band, S. 493.

[3] Deutsch-französische Jahrbücher 1844, jetzt wieder abgedruckt in den von Mehring herausgegebenen Gesammelten Schriften von Marx und Engels. (Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle I. Bd.). Stuttgart 1902. S. 457.

Arbeit, Grundbesitz gegen Grundbesitz, und ebenso jedes dieser Elemente gegen die beiden anderen. Im Kampf siegt der Stärkere und wir werden, um das Resultat dieses Kampfes vorauszusagen, die Stärke der Kämpfenden zu untersuchen haben. Zuerst sind Grundbesitz und Kapital jedes stärker als die Arbeit, denn der Arbeiter muß arbeiten, um zu leben, während der Grundbesitzer von seinen Renten und der Kapitalist von seinen Zinsen, im Notfalle von seinem Kapital oder dem kapitalisierten Grundbesitz leben kann. Die Folge davon ist, daß der Arbeit nur das Allernotdürftigste, die nackten Subsistenzmittel zufallen, während der größte Teil der Produkte sich zwischen dem Kapital und dem Grundbesitz verteilt."

In dem 1845 erschienenen Werke „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" hat Engels diese Lehre von neuem vertreten: „Nur Eine Schranke hat die Konkurrenz der Arbeiter", heißt es dort,[1] „kein Arbeiter wird für weniger arbeiten wollen, als er zu seiner Existenz nötig hat; wenn er einmal verhungern soll, so wird er lieber faul als arbeitend verhungern wollen. Freilich ist diese Schranke relativ; der eine ist an mehr Bequemlichkeit gewöhnt, als der andere, — der Engländer, der noch etwas zivilisierter ist, braucht mehr als der Irländer, der in Lumpen geht, Kartoffeln ißt und in einem Schweinestall schläft. Aber das hindert den Irländer nicht, gegen den Engländer zu konkurrieren und allmählich den Lohn und mit ihm den Civilisationsgrad des englischen Arbeiters auf das Niveau des irischen herabzudrücken" . . . Unter Durchschnittsverhältnissen, d. h., wenn weder Arbeiter noch Kapitalisten Grund haben, besonders gegen einander zu konkurrieren, wenn gerade so viel Arbeiter da sind, als beschäftigt werden können, um die gerade verlangten Waren zu verfertigen, wird der Lohn etwas mehr als das Minimum betragen. Wie sehr er das Minimum übersteigen wird, wird von den Durchschnittsbedürfnissen und dem Civilisationsgrad der Arbeiter abhängen."

Kurz nach dieser Veröffentlichung von Engels erschien (im Winter 1846/47) die Streitschrift von Karl Marx gegen Proudhon:[2] In diesem Buche vertritt Marx in deutlichem An-

---

[1] S. 100. — [2] Misère de la Philosophie.

schlusse an Ricardo, dessen Theorie er gegen die Proudhon'sche Auslegung verteidigt, das eherne Lohngesetz: „Wenn der Wert einer Ware bestimmt wird durch die zu ihrer Herstellung erforderliche Arbeitsmenge, so folgt daraus notwendigerweise, daß der Wert der Arbeit, d. h. der Arbeitslohn gleichfalls durch die Arbeitsmenge bestimmt wird, die zu seiner Herstellung erforderlich ist. Der Lohn, d. h. der relative Wert oder der Preis der Arbeit wird demnach bestimmt durch die Arbeitszeit, die erforderlich ist zur Erzeugung alles dessen, was der Arbeiter zu seinem Unterhalte bedarf. „„Vermindert die Herstellungskosten der Hüte und ihr Preis wird schließlich auf ihren neuen natürlichen Preis herabgehen, mag auch die Nachfrage sich verdoppeln, verdreifachen oder vervierfachen. Vermindert die Unterhaltungskosten der Menschen durch Ermäßigung des natürlichen Preises der zum Leben notwendigen Nahrung und Kleidung und ihr werdet sehen, wie die Löhne fallen, selbst wenn die Nachfrage nach Arbeitern erheblich steigen sollte."" (Ricardo, S. 253). — Gewiß, die Sprache Ricardos ist so zynisch wie nur etwas. Die Fabrikationskosten von Hüten und die Unterhaltskosten des Menschen in ein und dieselbe Reihe stellen, heißt die Menschen in Hüte verwandeln. Aber man schreie nicht zu sehr über den Zynismus. Der Zynismus liegt in der Sache und nicht in den Worten, welche die Sache bezeichnen. Französische Schriftsteller, wie die Herren Droz, Blanqui, Rossi und andere, machen sich das unschuldige Vergnügen, ihre Erhabenheit über die englischen Schriftsteller dadurch zu dokumentieren, daß sie den Anstand einer „„humanitären"" Sprache zu beobachten suchen; wenn sie Ricardo und seiner Schule ihre zynische Sprache vorwerfen, so nur, weil es sie verletzt, die ökonomischen Beziehungen in ihrer ganzen Nacktheit aufgedeckt, die Mysterien der Bourgeosie verraten zu sehen. Fassen wir zusammen: die Arbeit, wo sie selbst Ware ist, mißt sich als solche durch die Arbeitszeit, welche zur Herstellung der Ware Arbeit notwendig ist. Und was ist zur Herstellung der Ware Arbeit nötig? Genau die Arbeitszeit, die notwendig ist zur Herstellung der Gegenstände, die unerläßlich sind zum ununterbrochenen Unterhalt der Arbeit, d. h. um den Arbeiter in den Stand zu setzen,

sein Leben zu fristen und seine Rasse fortzupflanzen. Der natürliche Preis der Arbeit ist nichts anderes, als das Minimum des Lohnes".[1]

Auch in dem 1848 erschienenen von Marx und Engels abgefaßten kommunistischen Manifest ist an dem ehernen Lohngesetz festgehalten; es heißt dort über die Lohnarbeit[2]: „Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen" —.

Zu einer abweichenden Auffassung gelangte Marx,[3] als er einen völligen systematischen Ausbau seiner Theorie im „Kapital" vornahm: hier hat er eine Lohntheorie aufgestellt, die eine Preisgabe des ehernen Lohngesetzes bedeutet. —

Die Marx'sche Lohntheorie läßt sich kurz so zusammenfassen. —

Der Arbeitslohn ist — innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise — nichts anderes, als der Preis der Ware Arbeitskraft. Wie wird der Preis der Ware bestimmt?

---

[1] S. 24.

[2] Das kommunistische Manifest. 6. deutsche autorisierte Ausg. Berlin 1899. S. 19.

[3] Die wichtigsten Abschnitte des Werkes „Kapital", worin Marx seine Lohntheorie darstellt, sind folgende: I. Band. (4. Aufl.). 2. Abschnitt. 4. Kapitel: Kauf und Verkauf der Arbeitskraft. 6. Abschnitt: Der Arbeitslohn. 7. Abschnitt. 23. Kapitel: Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. — III. Band. 2. Teil. 7. Abschnitt: Die Revenüen. — Eine gute Zusammenfassung der Marx'schen Lohntheorie findet sich auch in Marx' Schrift „Lohn, Preis und Profit". — (Vortrag, gehalten im Generalrat der Internationalen am 26. Juni 1865 — dieser Vortrag, der also zu einer Zeit gehalten wurde, als der I. Band des „Kapital" seine endgültige Fassung erhielt, ist wieder abgedruckt in der „Neuen Zeit" 1897/98. II.) — Auch die Marx'sche Broschüre „Lohnarbeit und Kapital" kann herangezogen werden, denn obwohl diese zuerst schon 1849 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienen war, ist sie in der neuen von Engels besorgten Ausgabe von 1891 so dargestellt, daß sie der neuen Anschauung von Marx inhaltlich entspricht (Berlin 1891). — Vgl. ferner Bernstein, Zur Frage des ehernen Lohngesetzes in der „Neuen Zeit", Jahrgang 1891 — und Simkhowitsch, Die Krisis der Sozialdemokratie in Conrads Jahrbüchern 1899. I. S. 721 ff.

Darauf antwortet die Werttheorie. Der Preis wird in letzter Instanz durch den Wert bestimmt: Der Wert der Arbeitskraft wird gleich dem jeder anderen Ware bestimmt durch die zur Produktion, also auch zur Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit. Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. Zwar die menschliche Arbeitskraft kann nicht produziert werden, wohl aber die Lebensmittel, die nötig sind, die Arbeitskraft zu erhalten. Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eigenen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel. Die Summe der Lebensmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden, je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Anderseits ist der Umfang der sog. notwendigen Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnittsumkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben. Die Summe der zur Produktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel schließt also die Lebensmittel der Ersatzmänner ein, d. h. der Kinder der Arbeiter, so daß sich diese Race eigentümlicher Warenbesitzer auf dem Warenmarkt verewigt.[1]

Nachdem wir im vorstehenden die Marx'sche Theorie

[1] I. 134.

vom Werte der Arbeitskraft entwickelt haben, ist die Frage berechtigt: läuft diese Theorie inhaltlich nicht auf etwas ganz Ähnliches hinaus wie das eherne Lohngesetz? Wird nicht auch hier das gewohnheitsmäßige Existenzminimum als maßgebend für den Wert der Arbeitskraft angegeben?

Dies wäre nur dann richtig, wenn Wert der Arbeitskraft und Arbeitslohn identisch wären. Dies ist aber keineswegs der Fall: Es handelt sich bei den dargelegten Theorien um die Bestimmung des Durchschnittspreises der Arbeit: „Der Durchschnittspreis der Arbeit ist eine gegebene Größe, weil der Wert der Arbeitskraft, wie der jeder anderen Ware, durch die zu ihrer Reproduktion notwendige Arbeitszeit bestimmt ist."[1] Der Preis der Arbeit, wie er in Form des Arbeitslohns dem Arbeiter gezahlt wird, kann aber nach oben und unten stark abweichen von dem, was dem Werte der Arbeitskraft adäquat wäre. Der Arbeitslohn kann über und unter dem Werte der Arbeitskraft sich bewegen. Es liegt hier ganz dasselbe vor, wie beim Wert und Preis der Waren. Wie es nur Zufall ist, wenn der Marktpreis dem Produktionspreis entspricht, nämlich nur, wenn Nachfrage und Zufuhr sich decken, so entspricht auch der Arbeitslohn nur dann dem Wert der Arbeitskraft, wenn Nachfrage und Angebot sich decken.[2] Die Konkurrenz bewirkt, daß die Marktpreise der Arbeit ebenso steigen und fallen wie die Marktpreise der Waren. Die Höhe des Arbeitslohns hängt im einzelnen Falle vom Verhältnis der Nachfrage und Zufuhr der Arbeitskräfte ab.

Die ganze Theorie vom Werte der Arbeitskraft ist wesentlich nur als Grundlage der Marx'schen Mehrwerttheorie aufzufassen: nicht aber wird damit eine erschöpfende Lohntheorie gegeben. Durch diese Lehre will Marx demonstrieren, daß der Arbeitgeber nur einen Teil der vom Arbeiter gelieferten Arbeit bezahlt. Der Gedankengang ist dabei folgender: Die Ware wird zu ihrem Werte vom Kapitalisten gekauft; sagen wir, der Wert = 6 Arbeitsstunden; diese Ware, nämlich die Arbeitskraft, hat aber die Eigentümlichkeit, zu ihrem Werte verkauft zu werden, und doch Quelle vom Mehrwert zu sein;

[1] III. 2, S. 407. — [2] III. 1, S. 341.

denn, wenn auch durch 6 Arbeitsstunden der Wert der Arbeitskraft ersetzt ist, so ist doch die Möglichkeit vorhanden, die Arbeitskraft 8, 10, 12 und noch mehr Stunden auszunutzen: diese über 6 Stunden (in unserem Beispiel) hinaus geleistete Arbeit nennt Marx Mehrarbeit, sie liefert den Mehrwert, der dem Kapitalisten zufällt. Marx setzt bei seiner Theorie des Arbeitswerts, wie bei seiner Theorie des Mehrwerts, voraus, daß die Produkte verkauft werden, und gelangt so zu dem Schlusse: „Es ist ein Teil des vom Arbeiter selbst beständig reproduzierten Produktes, das ihm in der Form des Arbeitslohnes beständig zurückfließt".[1]

Marx hält die von Ricardo und Lassalle angenommene Tendenz der Löhne, sich dem Minimum zu nähern, nicht für richtig: nach einer kurzen Darstellung der Ricardoschen Lohntheorie im I. Band des „Kapital" sagt er: „Eine schöne Methode dies für die entwickelte kapitalistische Produktion! Bevor infolge der Lohnerhöhung irgend ein positives Wachstum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber und abermal abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß".[2]

Selbst wenn der Lohn das Existenzminimum überschreitet, ist nach Marx die kapitalistische Mehrwertbildung möglich, und in dieser Mehrwertbildung, nicht in einem ehernen Lohngesetz, von dem er nie sprach, erblickte Marx das Wesentliche der kapitalistischen Produktionsweise. Wie weit Marx davon entfernt war, ein „ehernes Lohngesetz" anzunehmen, geht deutlich aus seiner im „Kapital" entwickelten Lohntheorie hervor; dort gibt er ausdrücklich zu, daß Arbeitslöhne über das Existenzminimum hinaus möglich seien, und zwar stets so lange, als es das Verwertungsbedürfnis des Kapitals erfordere:[3] „Die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals können das Wachstum der Arbeitskraft oder der Arbeiteranzahl, die Nachfrage nach Arbeitern ihre Zufuhr überflügeln, und daher können die Arbeitslöhne steigen.... Die mehr oder minder günstigen Umstände, worin sich die Lohnarbeiter erhalten und vermehren, ändern

---

[1] I. S. 350. — [2] I. S. 602. — [3] I. S. 577.

jedoch nichts am Grundcharakter der kapitalistischen Produktion. ... Wächst die Menge der von der Arbeiterklasse gelieferten und von der Kapitalistenklasse akkumulierten, unbezahlten Arbeit rasch genug, um nur durch einen außergewöhnlichen Zuschuß bezahlter Arbeit sich in Kapital verwandeln zu können, so steigt der Lohn und, alles andere gleichgesetzt, nimmt die unbezahlte Arbeit im Verhältnis ab."[1] Die Erhöhung des Arbeitspreises ist demnach sehr wohl möglich — sie muß nur „eingebannt bleiben in Grenzen, die die Grundlage des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet lassen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern."[2]

An Stelle des „ehernen Lohngesetzes" läßt Marx das „Gesetz der industriellen Reservearmee" treten:[3] „Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen. Sie sind also nicht bestimmt durch die Bewegung der absoluten Anzahl der Arbeiterbevölkerung, sondern durch das wechselnde Verhältnis, wie die Arbeiterklasse in aktive Armee und Reservearmee zerfällt, durch die Zunahme und Abnahme des relativen Umfangs der Übervölkerung, durch den Grad, worin sie bald absorbiert, bald wieder freigesetzt wird."

Der Umschwung der Meinung, den wir bei Marx finden, erklärt sich unseres Erachtens nicht, wie Simkhowitsch[4] meint, daraus, daß Marx durch die tatsächliche Besserung der Lage der arbeitenden Klassen seine frühere pessimistische Theorie überwunden hätte, sondern er beruht auf einer viel gründlicheren und originelleren Analyse der ökonomischen Phänomene, die Marx in seinem „Kapital" vorgenommen hatte, während er vorher sich noch viel mehr in Abhängigkeit von den Lehren Ricardos befand.

Somit ergibt sich, daß Marx auf Grund seiner veränderten Anschauung berechtigt war, im Jahre 1875 eine so scharfe Kritik am Lassalle'schen ehernen Lohngesetze zu üben. — Anderseits geht auch aus dieser Darstellung hervor, wie falsch

[1] I. S. 585. — [2] S. 585. — [3] S. 602. — [4] a. a. O. S. 746.

die häufig geäußerte Meinung ist, die Preisgabe des ehernen Lohngesetzes seitens der sozialdemokratischen Partei bedeute eine Abkehr von einer radikaleren Auffassung unserer sozialen Zustände zu einer milderen „reformfreundlichen". Gerade das Gegenteil ist der Fall: das „eherne Lohngesetz" ist nicht aufgegeben, weil die Sozialdemokratie zur Einsicht gekommen ist, die Lage der Lohnarbeiter sei eine bessere, als dieses „Gesetz" ausdrücke, sondern weil man der Partei eine theoretisch neue und zwar viel schärfere Grundlage geben wollte; weil man nicht die „Lohngestaltung", sondern die ganze „kapitalistische Produktionsweise" in den Vordergrund stellen wollte. Mit anderen Worten, selbst wenn die Löhne eine Tendenz zur Aufwärtsbewegung hätten, so sei dies zur Beurteilung der sozialen Verhältnisse gänzlich nebensächlich: die kapitalistische Produktionsordnung sei unhaltbar, und zwar einerlei, ob die Löhne gute oder schlechte seien.

Daher kämpft Marx auch entschieden gegen Lassalle's positive Reformvorschläge, die zum Zwecke hatten, die Lohnverhältnisse dadurch zu bessern, daß die Arbeiter Teilhaber von Produktivgenossenschaften werden sollten, die den Arbeitsertrag unter sich zu teilen hätten. Da diese Produktivgenossenschaften innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise eingerichtet werden sollten, hält sie Marx für gänzlich unbrauchbar zur Beseitigung der Übel des Privatkapitalismus.

Nach dieser Darlegung wird jetzt der schroff abweisende Ton, den Marx in dem erwähnten Programmbriefe gegen Lassalle anschlägt, erklärlich sein. — Es heißt dort:[1] „Das Wort ehern ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalle's Stempel, und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie? Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tode zugab: Die (von Lange selbst gepredigte) Malthus'sche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Zwar hierauf

[1]) Neue Zeit 1191. S. 570/571.

fußend, haben seit 50 Jahren und länger die Ökonomisten bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufhebe, sondern nur verallgemeinere, gleichzeitig über die ganze Oberfläche verteilen könne!

Und das alles ist nicht die Hauptsache. Ganz abgesehen von der falschen Lassalle'schen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin: Seit Lassalle's Tode hat sich die wissenschaftliche Einsicht in unserer Partei Bahn gebrochen, daß der Arbeitslohn nicht das ist, was er zu sein scheint, nämlich der Wert resp. der Preis der Arbeit, sondern nur eine maskierte Form für den Wert resp. Preis der Arbeitskraft. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohnes, sowie die ganze bisher gegen solche gerichtete Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eigenes Leben zu arbeiten, d. h. zu leben, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzehrer am Mehrwert) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern, durch Ausdehnung des Arbeitstages oder durch Entwicklung der Produktivität, resp. größere Spannung der Arbeitskraft usw. — daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maße stärker wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfange. Und nachdem diese Einsicht unter unserer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man nun wissen mußte, daß Lassalle nicht wußte, was der Arbeitslohn war, sondern im Gefolge der bürgerlichen Ökonomen den Schein für das Wesen der Sache nahm." —

Auch Bernstein, der in so vielen Punkten eine von der marxistischen Theorie abweichende Stellung einnimmt, hat sich in neuerer Zeit vollständig ablehnend gegen das Eherne Lohngesetz ausgesprochen:[1] „Was hat da das Wort ehernes Lohngesetz für einen Sinn? Auf die Kämpfe der Gegenwart kann

[1] Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus. 1901. S. 90.

es nur verwirrend wirken, entweder Illusionen oder pessimistische Vorstellungen nähren, die einen so schädlich wie die anderen; den Kampf der Zukunft aber erschöpft es nicht. Selbst wenn man das ganze Lohnverhältnis, die Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital unter dasselbe zusammenfaßt, was aber nur durch Vergewaltigung seines ursprünglichen Sinnes möglich wäre, würde es nicht ausreichen, den großen Kampf zu bezeichnen, den die Sozialdemokratie führt. Wir erstreben nicht die Zerbrechung eines Lohngesetzes, nicht nur die Beseitigung des Lohnsystems, sondern die Aufhebung des ganzen kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Aufhebung sowohl der kapitalistischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, als der mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem verbundenen Produktionsanarchie."

6. Kritik der Ricardo'schen Lehre vom Zusammenhang zwischen Arbeitslohn und Getreidepreis. — Kritik der Parallel- und Konträrtheorie.[1]

a) Einleitung.

Sollte es uns gelungen sein, im Vorangehenden die Irrigkeit der Kerngedanken der Ricardo'schen Lohntheorie nachgewiesen zu haben, so ist damit noch nicht der ganze Inhalt dieser Lehre erschöpft: neben der Hauptlehre, daß die Arbeitslöhne die Tendenz hätten, sich auf dem Niveau des sog. gewohnheitsmäßigen Existenzminimums zu halten, geht noch eine weitere Theorie nebenher, die damit aufs engste zusammenhängt, aber doch einer gesonderten Betrachtung bedarf: nämlich seine Lehre von dem Zusammenhang zwischen Getreidepreis und Arbeitslohn.

Hier ist — wie oben des Näheren dargelegt — eine zweifache Behauptung zu prüfen: einmal die der Parallelbewegung von Arbeitslöhnen und Getreidepreisen in der Weise, daß auf die Dauer einem Steigen der Getreidepreise ein Steigen der Löhne parallel gehe; zweitens, daß in kürzeren Perioden die um-

[1] In meiner Schrift „Kornzoll und Sozialreform, Jena 1901", habe ich bereits einen Teil der hier zu besprechenden Probleme erörtert; stellenweise schließe ich mich wörtlich an die dort gegebenen Ausführungen an.

gekehrte Tatsache zu konstatieren sei, nämlich die, daß ein Steigen der Getreidepreise von einem Sinken des Arbeitslohnes und ein Sinken des Getreidepreises von einem Steigen des Arbeitslohnes begleitet sei.

Selbst wenn man die Ricardo'sche Theorie von der Gravitation der Löhne nach dem Existenzminimum für falsch hält, kann die Paralleltheorie richtig sein: die Löhne brauchen nicht die Tendenz zu haben, nur das zum Leben Nötige zu verschaffen und doch kann das Steigen der Getreidepreise eine Lohnsteigerung zu bewirken pflegen; die zweite Lehre aber, die Konträrtheorie, steht sogar in gewissem Widerspruch mit dem Ausgangspunkt der Ricardo'schen Lohntheorie, bedarf daher vollends einer kritischen Nachprüfung.

Dieser Teil der Ricardo'schen Lohntheorie hat im Kampfe um die Getreidezölle eine bedeutende Rolle gespielt. Die Anhänger der Getreidezölle beriefen sich mit Vorliebe auf die im Sinne der Paralleltheorie gehaltenen Ausführungen Ricardo's, um dadurch die Unschädlichkeit der Getreidezölle für die Arbeiterklasse nachzuweisen. Die Gegner der Getreidezölle stützten sich auf die Konträrtheorie, um zu zeigen, daß Getreidezölle und arbeiterfreundliche Politik unvereinbare Gegensätze seien. Bis in die jüngste Gegenwart hinein ist mit diesen Waffen gekämpft worden. Es wird daher angezeigt sein, bevor ich in eine spezielle Kritik dieser Theorien eintrete, einiges literarhistorische zur Parallel- und Konträrtheorie vorauszuschicken.

b) Literarhistorisches zur Parallel- und Konträrtheorie.

Daß eine gewisse Beziehung zwischen den Arbeitslöhnen und Getreidepreisen besteht, ist eine Erkenntnis, die schon in den ersten Anfängen der nationalökonomischen Wissenschaft aufdämmerte; schon Justi sagt in seinem 1758 erschienenen Werke über Staatswirtschaft:[1] „Wenn die Waren guten Preißes gegeben werden sollen, so müssen nicht allein die Lebensmittel und andere zur unentbehrlichen menschlichen Notdurft erforderlichen Dinge in keinem hohen Preiße stehen; denn hiervon hängt die Größe des Lohnes vor die Arbeiter ab: sondern die Materialien der Waren müssen selbst nicht teuer seyn."

[1] von Justi, Staatswirtschaft. Leipzig 1758. S. 214.

Es würde zu weit führen, noch weitere ähnliche Äußerungen aus der älteren nationalökonomischen Literatur anzuführen: ich möchte mich hier auf die an Ricardo anknüpfende Literatur beschränken.

Ricardo selbst hat sich gelegentlich in aller Schärfe im Sinne der Paralleltheorie geäußert, z. B. in der Sitzung des Unterhauses vom 16. Dez. 1819, wo er sagte:[1] „Wir haben Korngesetze erlassen, welche den Preis des so wichtigen Lebensmittels, Getreide, höher, als in unseren Nachbarländern steigen ließen, und so einen Druck auf den Arbeitslohn ausgeübt, welcher der hauptsächlichste Regulator von Löhnen ist. Wenn Getreide teuer ist, müssen die Löhne hoch sein, und die Wirkung der hohen Löhne ist notwendigerweise, daß die Kapitalprofite niedrig werden." — Oft aber sprach sich auch Ricardo — wie ich oben zeigte — im Sinne der Konträrtheorie aus. Ricardo's treuester Schüler und Interpret Mc Culloch war von der Richtigkeit der Paralleltheorie so überzeugt, daß er bei seiner Vernehmung als Zeuge vor dem Ausschusse „on artizans and machinery" über diese Beziehungen folgendes mit kategorischer Bestimmtheit erklärte:[2] „Wenn einigermaßen längere Zeit hindurch die Preise der Bedarfsartikel der Arbeiter hoch sind, so müssen ihre Löhne im Verhältnis erhöht werden."

Die im Sinne der Paralleltheorie gehaltenen Ausführungen Ricardo's waren so in die Masse gedrungen, daß die mächtige Antikornzollbewegung der 40er Jahre in England auffallend wenig Unterstützung von der arbeitenden Klasse empfing. „Was verschlägt es denn", so sagten die Arbeiter,[3] „ob Lebensmittel teuer oder billig sind, wenn wir nur genug erhalten, um Leib und Seele zusammenzuhalten, in beiden Fällen, welchen Vorteil haben wir von der Aufhebung?" Aus diesem Grunde hat der Chartismus, die große sozialrevolutionäre Bewegung, die England zu gleicher Zeit mit der Antikornzollbewegung erschütterte, dieser so wenig Unterstützung ge-

---

[1] Hansard, Parl. Deb. No. 1. Vol. XLI.

[2] 6th Report of 1824, S. 594.

[3] John L. Tildsley, die Entstehung und die ökonomischen Grundsätze der Chartistenbewegung. Jena 1898. S. 85.

liehen. „Übrigens", so berichtet Engels,[1] „hat die Antikorngesetz-Ligue den Arbeitern gegenüber die verächtlichsten Lügen und Kniffe gebraucht, um sie zu gewinnen. Sie hat ihnen weismachen wollen, daß der Geldpreis der Arbeit im umgekehrten Verhältnis zum Kornpreise stehe, daß der Lohn hoch, wenn das Korn niedrig steht, und umgekehrt — ein Satz, den sie mit den lächerlichsten Argumenten zu beweisen gesucht hat, und der in sich selbst lächerlicher ist, als irgend eine andere aus dem Munde eines Ökonomen geflossene Behauptung. Wenn das nicht half, so hat man den Arbeitern die ungeheuerste Glückseligkeit infolge des vermehrten Begehrs im Arbeitsmarkt versprochen; so hat man sich nicht entblödet, zwei Modelle von Brotlaiben durch die Straßen zu tragen, auf deren größtem geschrieben stand: Amerikanischer Achtpfennig-laib, Lohn 4 sh. täglich, und auf dem anderen, viel kleineren: Englischer Achtpfenniglaib, Lohn 2 sh. täglich. Die Arbeiter aber haben sich nicht irremachen lassen. Sie kennen ihre Brotherren zu gut."

Auch Marx billigt völlig dies Verhalten der Arbeiter; in seiner 1849 gehaltenen Rede über Freihandel sagt er:[2] „Die englischen Arbeiter haben die Bedeutung des Kampfes zwischen den Grundbesitzern und den Kapitalisten sehr gut begriffen. Sie wissen sehr wohl, daß man den Preis des Brotes herunterdrücken wollte, um den Lohn herabzudrücken, und daß der Kapitalprofit um so viel steigen würde, als die Rente fiele. Ricardo, der Apostel der englischen Freihändler, der ausgezeichnetste Ökonom unseres Jahrhunderts, stimmt in bezug auf diesen Punkt vollkommen mit den Arbeitern überein."

Noch 1813 urteilte Hyndman, der Führer der englischen Social Demokratic Federation:[3] „Manche der Chartisten belehrten unausgesetzt die Arbeiter, daß sie leicht schlimmer als früher dran sein könnten, wenn sie für die Zollfreiheit des Korns

---

[1] Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Leipzig 1845. S. 334.

[2] Abgedruckt als Anhang zum „Elend der Philosophie". Stuttgart 1892. S. 176.

[3] The historical basis of socialism. London 1883. S. 223, zitiert von Schippel, Grundzüge der Handelspolitik. Berlin 1902. S. 330.

ohne die Verstaatlichung des Bodens eintreten würden. Gemäß dem Gesetze, das die freie Lohnbildung überall da beherrscht, wo die Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt sind — und dieses Gesetz wird von den hervorragendsten bürgerlichen Ökonomen anerkannt —, betragen die Löhne durchschnittlich grade so viel, wie die Arbeiter brauchen, um den Lebensstandard ihrer Klasse oder ihres Berufes aufrechtzuerhalten, so lange das Kapital ihrer bedarf, und um ihre Nachfolger zu dem gleichen Lohn zu erziehen. Ist das aber der Fall, so ist auch klar, daß irgend etwas, was die zur Ausfüllung dieses standard of life notwendigen Produkte verbilligt, auch die Tendenz hat, die Stundenzahl zu verringern, während welcher der Arbeiter zum Ersatz seines Lohnarbeitswertes schanzen muß . . . Der Kapitalist erhält zu seinem eigenen Nutzen mehr Stunden unbezahlter Arbeit, oder zum Nutzen derjenigen, die den so produzierten Mehrwert mit ihm teilen. Kostet zum Beispiel der Weizen weniger, als bisher, so wird der freie Lohnarbeiter sich mit einem geringeren Lohn begnügen können, und die Differenz muß schließlich nicht in des Arbeiters, sondern in des Kapitalisten Tasche fließen. Die Aufhebung der Korngesetze bedeutete daher vermehrten Profit für den Kapitalisten, vielleicht sogar, dank dem Bevölkerungszuwachs, gesteigerte Renten für den Landlord, aber direkt nützte sie der Arbeiterklasse auch nicht ein Atom in der Theorie, und, wie ich später unumstößlich zeigen werde, auch nicht in der Wirklichkeit."

Die englische Freihandelspartei dagegen griff diejenige Theorie auf, die bei Ricardo nur eine sekundäre Bedeutung hat, die Konträrtheorie; die Führer der Manchesterpartei, Cobden, Bright u. a. sind ebenso unbedingte Anhänger der Konträrtheorie, wie ihre Nachfolger auf deutschem Boden, Prince-Smith, Faucher u. a. — Auch hier zeigt sich wieder, wie sehr die Ansichten der sogenannten Manchesterrichtung sich von denen der klassischen Nationalökonomie unterscheiden und wie irrig es ist, ohne weiteres anzunehmen, daß die Freihandelsrichtung ihren intellektuellen Ursprung bei Ricardo habe: gerade die Paralleltheorie, die einen der wichtigsten Lehrsätze des Ricardo'schen Systems bildet, wird von der Manchesterpartei und ihren Führern aufs heftigste bekämpft, indem sie auf ihre Fahne

schreibt: „cheap bread, dear labour, dear bread, cheap labour." (Billiges Brot, teure Arbeit, teures Brot, billige Arbeit.)

Besonders war es Cobden, der Hauptführer der englischen Freihandelspartei, der bei seiner Agitation für die Aufhebung der englischen Getreidezölle fortwährend auf die Schädigung der Arbeiterinteressen durch die Zölle hinwies. In einem Briefe vom 21. Oktober 1836 an W. C. Hunt über die Frage des Zehnstundengesetzes erklärt er sich für gesetzlichen Kinderschutz, will aber keinerlei gesetzliche Beschränkungen der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter eingeführt wissen, die sich vielmehr selbst helfen sollten. — Dieser ganze Arbeiterschutz sei jedoch illusorisch, wenn in anderer Weise durch Zölle den Arbeitern wieder die Wohltaten dieser Errungenschaften genommen würden; so spottete er bei anderer Gelegenheit über die heuchlerische Philantropie der Tory-Grundherren, die so lebhaftes Interesse am Wohlergehen der Fabrikarbeiterbevölkerung nähmen, und doch die kleinste Abschwächung der Kornzölle nicht zugestehen wollten, obgleich diese durch Verdoppelung des Preises der Lebensmittel und Verminderung der Arbeitsgelegenheit mehr für Herabdrückung und Verarmung der arbeitenden Klassen täten, als irgend ein anderes Übel, worüber sie Klage führten.[1]

In einer Sitzung des Unterhauses im Jahre 1841 berichtete Cobden über eine Versammlung in Manchester: „In dieser Versammlung wurden sehr wichtige Tatsachen betreffs der Lage der arbeitenden Klassen vorgebracht. Er wolle das Haus nicht mit der Verlesung dieser Tatsachen ermüden; aber sie zeigten, daß in jedem Viertel des Landes die Lage der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung sich in den letzten 10 Jahren furchtbar verschlechtert habe; und daß, im Verhältnis als der Preis der Nahrungsmittel zunehme, im selben Verhältnis die Lebenshaltung der Arbeiter sich verringert hätte."[2] In einer am 8. Februar 1844 in London gehaltenen Rede sagte Cobden:[3]

---

[1] vgl. John Morley, The life of Richard Cobden, Vol. I. London 1881. S. 116.

[2] Morley, a. a. O., S. 179.

[3] Richard Cobden, Speeches on questions of public policy, edited by Bright and Rogers. London 1880. S. 61.

„In bezug auf die Landarbeiter sagen unsere Gegner uns, daß bei unseren Bemühungen um Aufhebung der Kornzölle unser Ziel sei, durch Erniedrigung des Getreidepreises die Arbeitslöhne zu verringern. Ich kann über diesen Punkt nur für die Manufakturdistrikte antworten; aber, soweit diese in Betracht kommen, behaupte ich mit vollem Nachdruck als Wahrheit, daß, während der letzten 20 Jahre, wann immer Getreide billig war, die Löhne hoch waren in Lancashire; und anderseits, daß, wenn Brot teuer war, die Löhne stärker herabgesetzt waren."

In einer am 3. Juli 1844 zu London gehaltenen Rede erklärte Cobden:[1] „Ich weise die fälschlicherweise uns zugeschriebenen Motive zurück, als erstrebten wir durch Aufhebung der Getreidezölle eine Herabsetzung der Löhne.... Ich sage, gemäß den Tatsachen, die ich auch mitgeteilt habe, daß die Wirkung der Aufhebung der Getreidezölle, wenn sie den Preis der Nahrungsmittel erniedrigen, die sein wird, das Elend zu mildern und Nachfrage nach Arbeit durch Ausdehnung unseres auswärtigen Handels hervorzurufen. Wenn sie die Preise der Nahrungsmittel herabsetzt, wird ihre Wirkung, nach aller bisherigen Erfahrung, in Lancashire, Yorkshire und allen Industriebezirken sein, den Geldlohn zu erhöhen" und in einer am 15. Juni 1845 wiederum in London gehaltenen Rede wiederholte er:[2] „Wir verlangen den Freihandel in Getreide nicht, um die Löhne zu reduzieren; wenn wir, die Industriellen, die Löhne zu reduzieren wünschten, müßten wir den Getreidezoll aufrecht erhalten, weil der Arbeitslohn am niedrigsten ist, wenn das Getreide am teuersten ist."

Da alle seine Bemühungen, die Arbeiterklasse zu seiner Partei heranzuziehen, vergebens waren, erklärte er selbst die Freihandelsbewegung für eine Mittelstandsbewegung. In einem Berichte, den er der Manchester Anti-Corn-Law-League abstattete, sagte er:[3] „Es ist uns neulich vorgeworfen worden, daß wir im

---

[1] Speeches on questions of public policy by R. Cobden, edited by J. Bright and J. C. Th. Rogers. London 1880. S. 104.

[2] S. 129.

[3] Prentice, History of the Anti-Corn-Law-League. Vol. I. London 1853. S. 335.

heimlichen Einverständnis mit der Chartistenbewegung seien — aber gerade die Partei, die uns dies vorwarf, arbeitet seit den letzten drei Jahren daran, die Chartistenpartei gegen uns aufzuhetzen, . . . sie hat es verstanden, einen großen Teil der arbeitenden Klasse über die Getreidezölle zu täuschen. Und ich stehe nicht an, zuzugeben, wie ich schon früher zugegeben habe, daß diese Machenschaften zu einem großen Teil uns gezwungen haben, unsere Agitation zu einer Agitation des Mittelstandes zu machen. Ich leugne nicht, daß die arbeitende Klasse im allgemeinen unsere Reden angehört und unsere Petitionen unterzeichnet hat; aber ich gebe zu, daß, was die Glut und Wirkung unserer Agitation anbelangt, sie in eminentem Maße eine Mittelstandsagitation war."

Für Bright, den Bundesgenossen Cobdens, bedeutete die Frage der Getreidezölle die Frage, ob es für einen Menschen gut sei, einen ganzen oder nur einen halben Laib Brot zu haben.[1]

Für Robert Peel's Schwenkung in der Getreidezollfrage war von maßgebendem Einflusse die allmählich von ihm gewonnene Überzeugung, daß Brotpreis und Arbeitslohn sich in umgekehrter Richtung verschöben. John Prince-Smith, einer der Führer der deutschen Freihandelspartei, berichtet darüber:[2] „Sir Robert Peel glaubte bis vor 3 Jahren (geschrieben 1846), daß der Arbeitslohn jedesmal mit der Preissteigerung der Nahrungsmittel sogleich entsprechend steige; und er beschwichtigte durch diese Annahme sein Gewissen über die mit seinen Getreidezöllen bezweckte künstliche Teuerung des Brotes gegenüber dem Interesse der arbeitenden Volksmasse. Jene Annahme hat er jedoch keineswegs aus praktisch vorgenommener Vergleichung der statistischen Listen der Brotpreise und Lohnsätze in verschiedenen Epochen geschöpft; sie war eine pure theoretische Voraussetzung, die sein Verstand so notgedrungen machen mußte, daß es ihm nie einfiel, sie bezweifeln oder bestätigen zu wollen. Er machte nämlich den Schluß, daß der Arbeitslohn mit dem Preise der Nahrungsmittel steigen

[1] Morley, a. a. O. S. 191.

[2] John Prince-Smith's Gesammelte Schriften, II. Band. Berlin 1879. Über die englische Tarifreform. S. 216.

müsse, sonst könne der Arbeiter nicht bestehen. Sir Robert bewies sich auf diese Weise theoretisch, daß die arbeitenden Klassen ebenso satt bei wenigen, als bei vielen zugeführten Nahrungsmitteln werden können, und zu erfüllt war er von dieser Theorie, um einsehen zu können, daß die Arbeiter in der Praxis nicht beständen, sondern faktisch verhungerten. Aber seit der praktischen Organisation einer drohenden Volksmacht hat er sich in den letzten drei Jahren einfallen lassen, die Marktlisten und Lohntabellen zu vergleichen, wozu er sich, während früherer dreißig Jahre, nicht bemüßigt fand; und daraus hat er die Entdeckung gemacht, daß man niedrigen Lohn bei hohen Brotpreisen, und hohen Lohn bei niedrigen Brotpreisen gehabt habe. Nach dieser seiner „„erweiterten Erfahrung aus den letzten drei Jahren"", worauf er sich jetzt bei jedem dritten Worte beruft, kann er, wie er sagt, der Schlußfolgerung nicht widerstehen, „„daß zwischen den Preisen der Nahrungsmittel und den Lohnsätzen keine direkte Beziehung bestehe, oder, wenn eine besteht, daß sie eine solche sei welche bedingt, daß beide sich gleichzeitig, bei einer Veränderung, in entgegengesetzter Richtung bewegen, daß nämlich verteuerte Nahrungsmittel allemal erniedrigten Arbeitslohn bedingen und umgekehrt.""

Bei Beratung der Getreidezollgesetze im Jahre 1846 sagte Peel im Unterhause:[1] „Ich wende mich jetzt zu dem Satze, daß der Lohn des landwirtschaftlichen Arbeiters mit dem Preise der Nahrungsmittel sich ändere. In gewerblichen Bezirken, behaupte ich dagegen, ist es meine feste Überzeugung, daß die Löhne mit mehr Wahrscheinlichkeit umgekehrt zu dem Preise der Nahrungsmittel sich bewegen, als im selben Verhältnis..." Nachdem Peel eine große Reihe von Statistiken verlesen hatte, aus denen hervorging, daß die Löhne nicht mit dem Getreidepreise variierten —, fuhr er im Sinne der Konträrtheorie fort:[2] „Habe ich nicht bewiesen, daß es unmöglich ist, zu leugnen, daß die gegenwärtige Generation — die jetzt lebenden

[1] Sitzung vom 27. Mai 1846 cf. The Speeches of the late right honourable Sir Robert Peel, Bart., delivered in the house of Communs. Vol. IV. London 1853. S. 650.

[2] S. 653.

Arbeiter — irgendwie Vorteil haben an der langsamen Anpassung zwischen Nahrungsmittelpreisen und Löhnen? Nochmals sage ich, ich bezweifle den Satz, daß eine Tendenz zur Annäherung dieser beiden bestehe. Aber wenn ich gezeigt habe, daß in diesen 8 Jahren — eine lange Zeit im Leben eines Arbeiters — keine Steigerung überhaupt in den Löhnen entsprechend dem Steigen der Getreidepreise stattgefunden hat, so glaube ich, gezeigt zu haben, daß die Lohnrate nicht die Beziehung zum Getreidepreise hat, mit ihm zu steigen, sondern eher direkt das Gegenteil."

John Prince-Smith hat in seinen Agitationsbroschüren ebenfalls die Konträrtheorie vertreten, ohne aber ein bedingungsloser Anhänger derselben zu sein; er äußerte sich über unser Problem so:[1] „Der Arbeitslohn bestimmt sich unmittelbar nach dem Verhältnisse des vorhandenen Betriebskapitals zur Zahl der vorhandenen Arbeiter. Nichts kann den Lehrsatz anders, als durch Änderung dieses Verhältnisses, ändern. Ein Steigen oder Fallen des Brotpreises ändert dies Verhältnis nicht unmittelbar und sogleich; aber es verschlechtert oder verbessert sogleich die Lebenslage der Arbeiter und dies führt zu einer langsameren oder rascheren Zunahme in der Anzahl derselben, mithin eventuell zu einem veränderten Verhältnis zwischen Nachfrage nach Arbeit und Arbeitsangebot. Ein Steigen des Brotpreises, welches die Lage der Arbeiter sehr verschlechtert, kann durch Sterblichkeit unter den Erwachsenen die Reihen derselben sehr rasch lichten; aber das Arbeitsangebot stellt sich erst dadurch sogleich in ein besseres Verhältnis zum Arbeitsbedarf; denn ersteres werde, durch die Teuerung die schon regelmäßig Arbeitenden bewegen, mehr Stunden täglich als früher arbeiten zu wollen, und sehr viele vorher Arbeitsscheue müssen sich zur Arbeit bequemen, wodurch das augenblickliche Angebot stark vermehrt werden kann. Zweitens aber schrumpft bald das Kapital ein. Das Kapital wird nämlich bei jeder Anwendung verzehrt und erhält sich nur durch die Fähigkeit der Arbeiter, es zu reproduzieren. Aber die Reproduktionskraft der geschwächten Arbeiter, mithin der Betrag des mit ihnen

---

[1] a. a. O. S. 216.

verwendeten Betriebskapitals, nimmt, durch Brotmangel, in größerem Verhältnisse, als die Anzahl der Arbeiter selbst, ab; denn die erfolgten Todesfälle geben nur den Maßstab für die Fälle des höchsten Grades von Schwächung. Unter den Kindern eines notleidenden Volkes indessen wird die Sterblichkeit sogleich sehr groß; und, nach 12—20 Jahren, fehlt der Nachwuchs zur Zeit, da er zur Ergänzung der Arbeiterreihen eintreten sollte; es fängt also alsdann ein verhältnismäßiger Mangel an Händen, ein gesteigerter Arbeitslohn, an. Während der langen Periode des Leidens indessen verschlechtert sich der Zustand sittlicher Bildung im Volke, es sinken dessen Lebensansprüche, welche, auf die Dauer, den Gleichgewichtspunkt, zwischen Volkszunahme und Befriediguug der Bedürfnisse, bestimmen; mithin erreicht der Lohnsatz eventuell nicht ganz eine der Steigerung des Brotpreises entsprechende Höhe. — Bei einem Sinken des Brotpreises tritt der umgekehrte Prozeß ein." — Prince-Smith nimmt also die Konträrtheorie nur für „eine lange Periode" an, auf die Dauer hält auch er Wirkungen im Sinne der Paralleltheorie für unausbleiblich.

Hat in der politischen Agitation die Konträrtheorie eine gewisse Bedeutung erlangt, so war sie bis vor kurzem in der Wissenschaft nicht vertreten worden. Auch Brentano, der wissenschaftliche Führer der Feihandelsbewegung der Gegenwart, drückt sich sehr vorsichtig über den Zusammenhang zwischen Arbeitslohn und Getreidepreis aus:[1] „Tatsächlich würde diese soziale Schutzpolitik keine andere Wirkung haben, als die Benachteiligung der wirtschaftlich Schwächeren zu gunsten der Stärkeren, der auf feste Bezüge Angewiesenen zu gunsten derjenigen, welche ihre Preise zu steigern vermöchten, der politisch wenig oder gar nicht einflußreichen Klassen zu gunsten derjenigen, welche die Staatsgewalt ihrem Interesse dienstbar zu machen besondere Gelegenheit haben, vor allem aber der Lohnarbeiter, die ihre Löhne nicht im Verhältnis zur eintretenden Teuerung zu steigern vermöchten, zu gunsten des Unternehmergewinns und der Grundrente."

Brentano hält also eine Steigerung der Löhne für mög-

[1] Das Freihandelsargument. Berlin 1901. S. 19/20.

lich, die nur nicht im Verhältnis zur Preiserhöhung des Brotes stände.

Dietzel[1] war es vorbehalten, die Konträrtheorie wissenschaftlich zu begründen — da Dietzel hierbei ausdrücklich im Anschlusse an die darauf bezügliche Ausführung Ricardo's seine Theorie aufstellt und sie quasi als die logische Schlußfolgerung aus gewissen Ricardoschen Vordersätzen betrachtet, bei der Durchführung seiner ganzen Theorie methodologisch von Ricardo abhängt und völlig in den Bahnen Ricardo's wandelt, will ich hier die Dietzel'sche Theorie etwas ausführlicher betrachten: meine Kritik wird sich dann nicht nur gegen Ricardo, sondern auch gegen seine modernen Epigonen richten.

Es wird zunächst als großes Verdienst Ricardo's gerühmt, die Gegensätzlichkeit der Interessen der Grundherren und der anderen Gesellschaftsklassen aufgezeigt zu haben.[2] —

„Es ist eines der großen Verdienste Ricardo's, das physiokratisch-Smith'sche Dogma von der Trinität des Grundherrn-, Arbeiter- und Gesellschaftsinteresses widerlegt zu haben, indem er nachwies, daß die Grundherren reicher werden (ihre Rente wächst), wenn der Kornbau unproduktiver wird, mit anderen Worten, wenn die Kosten der Versorgung der Gesellschaft mit Korn steigen, — wenn, physiokratisch gesprochen, der „produit net" der Gesellschaft an Korn herabgeht, also die Gesellschaft ärmer wird. Daß umgekehrt die Grundherrn ärmer werden (ihre Rente einschrumpft), wenn der Kornbau produktiver wird, mit anderen Worten, wenn die Kosten der Versorgung der Gesellschaft mit Korn sinken, wenn, physiokratisch gesprochen, der „produit net" der Gesellschaft an Korn emporgeht — die Gesellschaft reicher wird."

Dietzel vermißt aber ein klares Bekenntnis zur Konträrtheorie.[3] „Aber das Korrelat seines Satzes von der Rente, des einen Hauptgesetzes der Güterverteilung in einer auf Privateigentum und Konkurrenz beruhenden Volkswirtschaft — den Satz, daß der Lohn fällt, wenn und in dem Maße, als die Rente steigt, der Lohn steigt, wenn und in dem Maße, als sie fällt;

---

[1] vgl. Kornzoll und Sozialreform. Berlin 1901.
[2] S. 29. — [3] S. 31.

mit andern Worten, daß der Lohn fällt mit steigendem Kornpreis, steigt mit fallendem Kornpreis — hat Ricardo leider nicht mit aller Schärfe ausgesprochen und begründet." — In einigen Sätzen nähere er sich zwar der Konträrtheorie, ohne sie aber „bedingungslos" anzunehmen. Den Grund, warum Ricardo immer doch schließlich wieder zur Paralleltheorie zurückkehre, erblickt Dietzel in der Malthus'schen Bevölkerungslehre: diese sei es, die Ricardo immer wieder zur Paralleltheorie zurückführe.[1] Dietzel hält es für nötig, die Konträrtheorie neu zu begründen, indem er speziell an von Thünen's Vorbild sich anschließt und mit Hilfe des „isolierenden Verfahrens" folgendermaßen argumentiert:

„Denken wir uns ein Gebiet, in welchem nur Korn gebaut wird, und in welchem es nur gibt Grundherren und Arbeiter — freie, aber landlose Arbeiter . . . . Gemäß der derzeit vorhandenen Gesamtnachfrage der Arbeiter nach Korn und nach Beschäftigung stehen 3 Bodenklassen in Kultur, sind gerade voll in Anspruch genommen. Nämlich Land I. Klasse, wo der Arbeiter im Durchschnitt 8 Ztr., Land II. Klasse, wo er im Durchschnitt 7 Ztr., Land III. Klasse, wo er im Durchschnitt 6 Ztr. Korn erlangt; Land IV. Klasse, wo das Kopfprodukt an Korn nur 5 Ztr. beträgt, ist noch frei. Wie hoch wird bei dieser Situation sich der Lohn stellen? Um die Einsicht möglichst zu erleichtern, ist es zweckmäßig anzunehmen, daß die Arbeiter in natura, in Korn gelohnt werden. Was die Grundherren an Korn noch übrig haben, nachdem sie die Arbeiter gelohnt und ihren Eigenbedarf gedeckt haben, verkaufen sie ins Ausland. Der Kornlohn wird unter diesen Umständen, bei diesem Stande der Kornproduktion und der Produktivität des Kornbaues, zwischen 5 und 6 Ztr. Korn betragen. Er muß liegen zwischen 5 Ztr., das heißt demjenigen Kornquantum, welches auf dem noch freien, für die Arbeiter erreichbaren Lande IV. Klasse produzibel wäre und 6 Ztr., das heißt demjenigen Kornquantum, welches das Produkt des Arbeiters auf Land III. Klasse, auf dem mindestproduktiven, in Privateigentum stehenden Lande bildet. Der Lohn kann

[1] S. 32.

nicht unter 5 Ztr., er kann nicht über 6 Ztr. betragen. Seine Höhe ist streng determiniert. Weshalb nicht über 6 Ztr. betragen? Weil ja kein Herr von Land III. Klasse Arbeiter anstellen würde, falls sie mehr Korn als Lohn forderten, als sie ihm produzieren.

Dieser Lohnsatz — zwischen 5 und 6 Ztr. — wird aber natürlich auch maßgebend sein für den Kornlohn der Arbeiter auf Land II. und I. Klasse, wird den schlechthin allgemeinen Lohnsatz bilden. Können die Herren vom Land III. Klasse nicht mehr als 6 Zentner geben, so brauchen die Herren des besseren Landes nicht mehr zu geben — die Arbeiter müssen ihnen ja doch kommen, da sie auf Land IV. Klasse noch weniger erhielten . . . Denken wir uns nun: die Produktivität des Kornbaues steige in diesem Gebiet. Es werden nämlich soviel Böden II. Klasse neu erschlossen, daß alle Böden III. Klasse außer Kultur treten, alle Arbeiter, die bisher darauf beschäftigt waren, Arbeit auf Böden II. Klasse finden können. Die Folge ist: jetzt wird das Kopfprodukt des Arbeiters auf Land II. Klasse, nämlich 7 Ztr., als jetziges Minimalprodukt, maßgebend für den Lohn; er steigt auf einen Betrag zwischen 6 und 7 Ztr., sagen wir auf $6^1/_2$ Ztr. Korn. Denn sonst würden ja die Herren vom Lande III. Klasse die Arbeiter festhalten. Der Kornlohn steigt von $5^1/_2$ auf $6^1/_2$ Ztr. Pari passu aber sinkt die Kornrente — auf Land I. Klasse von $2^1/_2$ auf $1^1/_2$, auf Land II. Klasse von $1^1/_2$ auf $^1/_2$ Ztr.

Die Produktivität des Kornbaues steige noch weiter. Es werden soviel Böden I. Klasse, bezüglich noch bessere Böden Ia Klasse disponibel, daß die Außerkultursetzung aller Böden II., bezüglich sogar I. Klasse erfolgen kann. Dann geht der Kornlohn weiter empor, die Kornrente weiter herab.

Steigt die Produktivität, so sinkt die Kornrente, steigt der Kornlohn. Mit diesem Satze ist die Theorie Ricardo's, daß, wenn die Produktivität steige, der Preis des Korns und mit ihm die Rente sinke, materiell durchaus identisch. Es fehlt nur bei Ricardo die zur Klarheit unerläßliche Betonung der Konträrbewegung von Rente und Lohn."

In ähnlicher Weise wird der Satz: höherer Kornpreis, niedrigerer Lohn — bewiesen.

„Nun aber falle die Produktivität des Kornbaues. Die Arbeiterschaft hat sich vermehrt: die Folge ist, daß die Nachfrage derselben nach Korn und nach Beschäftigung nur gedeckt werden kann, wenn außer dem Land I.—III. Klasse auch noch Land IV. Klasse, wo das Kopfprodukt des Arbeiters nur 5 Ztr. Korn beträgt, herangezogen werden muß. Das heißt: das Minimalprodukt, das Produkt des „letzten Arbeiters", sinkt von 6 auf 5 Ztr. Korn. Dann muß der Lohn in diesem Gebiet allgemein auf einen Betrag unter 5 Ztr. Korn sinken. Sagen wir auf $4^1/_2$ Ztr., in der Annahme, daß Land V. Klasse, wo ein Kornquantum von 4 Ztr. produzibel wäre, noch frei sei. Dagegen steigt jetzt die Rente für Land I. Klasse von $2^1/_2$ auf $3^1/_2$, für Land II. Klasse von $1^1/_2$ auf $2^1/_2$, für Land III. Klasse von $^1/_2$ auf $1^1/_2$ Ztr., und auf Land IV. Klasse, das bisher brach lag, entsteht für die Grundherren eine Rente von $^1/_2$ Ztr. Korn. Fällt nun, mit weiter wachsender Ziffer der Arbeiterschaft, die Produktivität des Ackerbaues weiter, muß allmählich auch Land V., VI., VII. Klasse mit herangezogen werden, so muß, gleichen Schrittes mit dem Fallen des Minimalproduktes, der Kornlohn weiter sinken, die Kornrente weiter steigen.

Sinkt die Produktivität, so verlieren die Arbeiter so viel, wie die Grundherren gewinnen. Das Minus an Kornlohn dort, das Plus an Kornrente hier, ist durch das Maß der Produktivität streng determiniert".

Im Anschlusse an Dietzel hat Arthur Schulz die Konträrtheorie mit neuen Argumenten verfochten und zu einem Konträrgesetz erweitert;[1] neues historisch-statistisches Material im Sinne der Konträrtheorie hat Levy in zwei agrarpolitischen Schriften beigebracht.[2]

c) Allgemeine theoretische Kritik der Parallel- und Konträrtheorie.

Ich habe absichtlich Dietzel so ausführlich zu Worte

---

1 Kornzoll, Kornpreis und Arbeitslohn. Leipzig 1902.

2 Die Not der englischen Landwirte zur Zeit der hohen Getreidezölle. Stuttgart und Berlin 1902. Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebs in England. Berlin 1904.

kommen lassen, um an einem Beispiele zu zeigen, zu welchen theoretischen Verirrungen es führen muß, wenn man vermittelst der Ricardo- v. Thünen'schen „Isoliermethode“ schwierige und höchst komplizierte Vorgänge auf möglichst einfache Formeln zurückführen will.

Ohne weiteres soll Ricardo und Dietzel zugegeben werden, daß in einem dicht besiedelten Lande die Aufrichtung von Schranken gegen die auswärtige Getreideeinfuhr die Heranziehung von inländischen Bodenklassen zur Folge haben muß, die mit größeren Unkosten zu bebauen sind, als gewisse ausländische Bodenklassen. Das bewirkt also Steigerung des Getreidepreises; dieses wieder Erhöhung des Renteneinkommens zu ungunsten der anderen Einkommenskategorien. Die Gesamtversorgung der Nation mit Getreide wird künstlich verteuert und der Wert des heimischen Bodens künstlich emporgetrieben. Ist insoweit ein Streit wohl nicht möglich und gerade dank den Untersuchungen Ricardos über diese Beziehungen Klarheit vorhanden, so dreht sich der Streit um die Frage, wer die Opfer der verminderten Produktivität zu tragen hat; oder m. a. W.: auf welche Klassen verteilt sich der Tribut, den die ganze Volkswirtschaft in Form höherer Getreidepreise und gesteigerter Renten an die Landwirtschaft zu zahlen hat. Hier antwortet Ricardo mit seiner Paralleltheorie; „for the long run“, für lange Zeiträume werde die Arbeiterklasse hierdurch nicht berührt; denn der Lohn sei im großen und ganzen gleich den nötigen Existenzmitteln; stiegen diese im Preise, so müßten auch die Löhne in die Höhe gehen — so daß es eine quaestio domestica zwischen Profit und Rente wäre, und zwar mit der Entscheidung, daß erstere zu kurz kommt. — Nur für kürzere Zeitperioden trete die Wirkung im Sinne der Konträrtheorie ein: so schnell könnten die Arbeiter Lohnsteigerungen nicht durchsetzen — also werde erhöhter Getreidepreis zunächst in verringertem Lohne zum Ausdrucke kommen. Dietzel dagegen hält an der Konträrtheorie unbedingt und auch für die Dauer fest.

In den Kämpfen um die Getreidezölle werden also entweder die Arbeiterinteressen als neutrale bezeichnet — auf Grund der Paralleltheorie — oder als schwer geschädigte betrachtet — auf Grund der Konträrtheorie. Ich halte

beide Formeln für gleich verfehlt und zwar wegen der falschen Methode, vermittelst deren sie gewonnen sind. Sehen wir uns das wissenschaftliche Rüstzeug an, mit welchem ausgestattet Ricardo seine Theorie ausarbeitet. Seine Paralleltheorie ist einfach aus dem a priori angenommenen Satze abgeleitet, daß die Menschen so stark vom Geschlechtstriebe beherrscht seien, daß sie bis zur Grenze der Ernährungsmöglichkeit ihrer Familie die Kinderzeugung betreiben; und was ist die theoretische Stütze für seine Konträrtheorie? Nur die Behauptung, die Arbeiter wären nicht in der Lage, schnell genug eine Erhöhung des Getreidepreises durch Lohnerhöhung wett zu machen; — nirgends auch nur ein Hinweis auf reale Vorgänge, auf tatsächliche Lohnentwicklungen, sondern immer nur Abstraktion aus wenigen Praemissen. Dietzel geht in dieser Abstraktionssucht noch weiter: Er vereinfacht noch mehr den Fall, indem er den Kampf zwischen Arbeitern und Grundherren sich abspielen läßt.

Diese Arbeiter werden in Natura gelohnt und können jederzeit den noch freien Boden okkupieren; dadurch ist ihnen ein gewisser Minimallohn gesichert. Dann läßt Dietzel unter solchen Voraussetzungen die Produktivität der Landwirtschaft ab- und zunehmen und deduziert, welche Folgen dieses für die Arbeiter haben müßte.

Man muß zugeben, daß, wenn die Voraussetzungen richtig wären, von denen Dietzel ausgeht, die weiteren Schlußfolgerungen mit logischer Schärfe gezogen sind, so daß das Schlußresultat stimmen müßte, — wenn nur die Voraussetzungen zuträfen. Aber hier liegt der Irrtum: wie Ricardo meint auch Dietzel mit Statuierung möglichst einfacher Fälle das betreffende Problem aufhellen zu können; das wirkliche Leben verläuft aber nicht so einfach und klar, wie es uns die Theoretiker — nicht der Nationalökonomie — sondern die Theoretiker von Entwicklungsgesetzen der Einkommenszweige beweisen wollen. Die Frage, ob und inwieweit der Arbeitslohn durch das Steigen und Fallen der Getreidepreise beeinflußt wird, ist von den Konjunkturen des Wirtschaftslebens und von den Machtverhältnissen der Arbeiterklasse abhängig. Sehr verschiedene Wirkungen können hier eintreten,

je nachdem die Arbeitskräfte in großer Menge vorhanden sind oder ob „Leutenot“ herrscht; von maßgeblichem Einflusse ist ferner, ob die Arbeiter in ihrer Mehrzahl ländliche oder gewerbliche sind — ferner, ob sie politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht. Das Problem, wie die Höhe des Getreidepreises auf die Lohnhöhe einwirke, kann, wie ich oben (I. Teil. S. 352) schon bemerkte, nur durch ein sorgfältiges Eingehen auf das Tatsachenmaterial gelöst werden — nicht durch eine noch so fein ausgeklügelte Spekulation. Damit soll „abstrakter“ Arbeit auf nationalökonomischem Gebiete nicht aller Wert abgesprochen werden: die abstrakte Betrachtung kann wohl dazu dienen — und gerade Ricardos Grundrententheorie ist dafür ein gutes Beispiel — um das Wesen einzelner volkswirtschaftlicher Erscheinungen zu erklären; dieses selbe Verfahren führt aber leicht auf Abwege, wenn es auch dazu dienen soll, die faktischen Entwicklungstendenzen gewisser volkswirtschaftlicher Phänomene aufzuhellen. Hier zeigt sich deutlich die ganze Irrigkeit des Verfahrens, das Ricardo einschlägt, nämlich nur einen Faktor innerhalb der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu verfolgen und aus dessen Wirken mit Hilfe logischer Schlußfolgerungen Sätze abzuleiten, anstatt das ganze volkswirtschaftliche Getriebe mit all' seinen Hemmungen und widerstreitenden Machtfaktoren ins Auge zu fassen. Umsomehr ist Vorsicht geboten gegenüber der „Isolierung“ und dem „Absehen von störenden Momenten“ wie es Dietzel nennt.

Schon Ricardo hatte die Klassengegensätze vereinfacht, indem er nur Arbeiter, Pächter und Grundherren unterschied; aber für englische Verhältnisse konnte noch eher eine solche „Vereinfachung“ zu entschuldigen sein, weil dort das Pachtverhältnis eine viel größere Rolle spielt, als bei uns. Dietzel geht hierin noch weiter: bei ihm stehen sich überhaupt nur zwei Gesellschaftsklassen gegenüber, die Grundherren und die ländlichen Arbeiter — in Wirklichkeit liegen die Verhältnisse ganz anders; in Wirklichkeit gibt es große, mittlere und kleinere landwirtschaftliche Besitzer, welch' letztere selbst körperliche Arbeit leisten, so daß bei vielen hier in Betracht kommenden Personen gar kein Gegensatz zwischen dem Rentenempfänger und Lohn-

empfänger besteht; sondern in einer Person fließen oft Rente, Zins, Lohn und Unternehmergewinn zusammen.

Wer die hier in Betracht kommenden Zusammenhänge zwischen Lohn und Getreidepreis richtig erfassen will, muß die tatsächlichen Erfahrungen zu Rate ziehen, die bereits vorliegen. Freilich kommt man auf Grund dieser historisch-statistischen Daten nicht zu einem „Lohngesetz", sondern zu einer ganzen Reihe von Tendenzen der Lohnentwicklung, die in ein einheitliches Schema nicht gefaßt werden können; dadurch, daß man offen das „ignoramus" eingesteht, daß man auf die verschiedenen Möglichkeiten hinweist, die hier eintreten können, vermeidet man aber voreiliges Generalisieren, das im Hinblick auf die Verwertung solcher Sätze im politischen Kampfe zu verhängnisvollen Folgen führen kann und schon geführt hat.

Der Kampf zwischen den Anhängern des Industrie- und Agrarstaats, zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern, wie er jetzt wieder bei uns entbrannt ist, war in England schon seit Mitte des vorigen Jahrhunderts entschieden. Aber nicht ohne jahrzehntelange wissenschaftliche und politische Debatten ist der Sieg zu gunsten der englischen Industrie entschieden worden. Eine Menge lehrreicher Aufschlüsse sind aus der englischen Agrarpolitik zu entnehmen: England ist recht eigentlich das Land der Experimente auf dem Gebiete der Getreidehandelspolitik gewesen. Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts wechselten völlige Prohibition (bei bestimmter Preisgestaltung des Getreides) mit schwächerem und stärkerem Schutzzolle und schließlich mit völligem Freihandel ab. Die englische Landwirtschaft machte Perioden sehr hoher Preise und Zeiten außerordentlich gedrückter Preise durch; und vor allem sind in England zur Erforschung aller hier in Betracht kommenden Verhältnisse höchst umfassende und mustergültige Enqueten veranstaltet worden, deren Ergebnisse auch für die deutschen Verhältnisse sehr lehrreich sind. Zahlreiche statistische Werke bieten wertvolles Material zu unserer Frage dar[1]. Vor allem haben auch die parlamentarischen Unter-

[1] Ich habe namentlich die folgenden schon öfter von mir zitierten Werke benutzt: Porter, progress of the nation; Mc Culloch, Statistical Abstract; Bowley, Wages in the united kingdom; Tooke u. Newmarch,

suchungsausschüsse,[1] namentlich aus den Jahren 1814, 1821, 1822, 1824, 1837 und 1839 in gründlichster Weise durch Befragung vieler Hunderter von Sachverständigen, Grundbesitzern, Pächtern, Müllern, Kaufleuten, Industriellen usw. die Ursachen der Not der Landwirtschaft zu erklären versucht. In den umfangreichen Blaubüchern aus jener Zeit findet sich ein großes, noch nicht genügend gewürdigtes Material. Auch die uns hier speziell interessierende Frage der Beziehungen zwischen Arbeitslohn und Getreidepreis ist in diesen Enquêten mehrfach behandelt. Fast jedem der vernommenen Sachverständigen wird die Frage vorgelegt, wie nach seiner Erfahrung die Löhne sich im Zusammenhang mit den Getreidepreisen gestaltet hätten. Durch eine ganze Reihe statistischer Zusammenstellungen, die den Kommissionen vorlagen, ist vieles zur Klärung dieser Frage beigetragen worden.

d) Historisch-statistische Widerlegung der Parallel- und Konträrtheorie.

Der Fehler von Ricardos Formel: hoher Getreidelohn, hoher Arbeitslohn — niedriger Getreidepreis, niedriger

---

Geschichte der Preise; Steffen, Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter; Hasbach, Die englischen Landarbeiter.

[1] Ich habe besonders die folgenden Reports benützt: 1. First and second Reports from the Committees of the house of lords, appointed to inquire into the State of the growth, commerce and consumption of Grain, and all laws relating thereto, to whom were referred the several petitions presented to the house in the session of 1813—14 respecting the corn-laws. II. ed. London 1814, enthaltend auch die Minutes of evidence taken before the Lords Committees. 2. Report from the Select committee of the House of Commons on petitions relating to the corn-laws of this kingdom: together with the Minutes of Evidence and appendix of accounts. II. ed. London 1814. 3. 1821: Report, also Minutes of Evidence and appendix on the Agriculture of the United Kingdom. 4. 1822: Report from the Committee on the distressed State of agriculture (house of commons) in Hansards Parl. Debates. New Series. Vol. VI. p. 1406 ff. 5. 1824: Report from the Select Committee on labourers wages. — 6. 1824: 6 Reports from the select Committee on artizans and machinery. 7. 1833: Report from the Select Committee on Agriculture with the Minutes of evidence taken before them. 8. 1837: Report from the Select Committee of the house of lords appointed to inquire into the State of Agriculture in England and Wales, with the Minutes of Evidence.

Arbeitslohn; — und seiner zweiten Formel (für kürzere Zeitperioden): hoher Getreidepreis — niedriger Arbeitslohn, niedriger Getreidepreis — hoher Arbeitslohn — ist der, daß überhaupt für diese sehr verwickelten und subtilen Beziehungen eine einzige Formel gesucht wird. Zur Ergänzung meiner oben (I. Teil S. 352 ff.) bereits gegebenen Darlegungen diene folgendes:

Die Erhöhung und Erniedrigung der Getreidepreise kann nicht nur eine, sondern höchst verschiedenartige Wirkungen hervorrufen — ich will die wichtigsten allgemeinen Erkenntnisse, die sich gewinnen lassen, zusammenstellen.

Die Gestaltung des Lohnes kann zunächst gänzlich unabhängig von der Höhe des Getreidepreises vor sich gehen — dies ist überall dort der Fall, wo der Lohn aus bestimmten Gründen eine große Konstanz aufweist, wo daher für längere Perioden Lohnänderungen ausgeschlossen sind. Es gibt Arbeitslöhne, die sich in längeren Perioden nicht ändern, da sie durch „Herkommen“ geregelt sind; der „übliche“ Satz verschiebt sich überhaupt nicht. Dies ist namentlich in früheren Jahrhunderten häufig der Fall gewesen,[1] kommt aber auch heute noch gelegentlich vor. —

Doch sind dies Ausnahmefälle: in der Regel und je vorgeschrittener die ökonomischen Verhältnisse eines Landes sind, sind die Löhne sehr veränderlich und die Höhe der Lebensmittelpreise spielt bei dieser Veränderlichkeit eine wichtige Rolle. Allerdings tritt dieser Einfluß nur dort hervor, wo die Änderungen der Lebensmittelpreise einigermaßen beträchtliche sind und wo sie längere Zeit andauern; sind die Änderungen

[1] Die Rolle, die das „Herkommen“ für die Lohnbildung spielt bez. früher spielte, ist gut erklärt von O. v. Zwiedineck-Südenhorst in seinem Werke: Lohnpolitik und Lohntheorie mit besonderer Berücksichtigung des Minimallohnes. Leipzig 1900. Es heißt dort S. 6: „Die Kraft des Herkommens ist eine ungemein große. Die herkömmliche Lohnziffer bleibt aufrecht und die Lebensführung paßt sich ihr an. Weit starrer als die Warenpreise, bringt es die Festigkeit der herkömmlichen Lohnhöhe mit sich, daß solche Veränderungen in der Lebensführung oft in der einschneidendsten Weise auftreten, entsprechend der Preisbewegung nachteilig oder angenehm empfunden werden, und doch kein Nachgeben der herkömmlichen Lohnhöhe herbeiführen.“ —

nur gering, oder dauern sie nur kurze Zeit, so pflegt der Lohn nicht davon berührt zu werden; es verhält sich dies ähnlich wie mit den Engros- und Detailpreisen, welch' letztere auch nur nach längerem Zeitraum und bei größeren Veränderungen den ersteren folgen.

Sehr verschieden sind die Wirkungen je nach der Höhe des Lohnes. — Da, wo der Lohn so gering ist, daß er gerade nur die nötigste Lebensnotdurft gewährt, ist auch der Einfluß der Änderung der Getreidepreise viel sichtbarer; da der Lohn das zum Leben Nötigste gewähren sollte, wirkt in diesem Fall eine Erhöhung des Getreidepreises vielfach auch lohnerhöhend; doch durchaus nicht im strikten Sinne der Paralleltheorie; denn häufig erlauben die ökonomischen Verhältnisse der Arbeitgeber eine solche Erhöhung nicht, dann tritt statt einer Lohnerhöhung schlechtere Ernährung z. B. durch Kartoffeln statt durch Brot ein, oder die Armenunterstützung muß den Ausfall decken.

Sehr verschieden sind ferner die Wirkungen, je nachdem es sich um landwirtschaftliche oder industrielle Arbeit handelt. In der Landwirtschaft bestand und besteht auch heute noch in den meisten Ländern ein viel geringerer Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als in der Industrie; die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind noch mehr identische; gute, lohnende Preise der agrarischen Produkte pflegen auch den ländlichen Arbeitern zu gute zu kommen, und umgekehrt. Dies ist namentlich dort der Fall, wo die Industrie noch nicht so weit vorgedrungen ist, daß sie wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der ländlichen Lohnverhältnisse gewinnt. Wie sehr geringe Preise geringen Lohn zur Folge haben, dafür legt fast jede Seite der englischen Enquête-Berichte Zeugnis ab. Anders in der Industrie — hier ist die Höhe des Getreidepreises längst nicht von dem Einflusse, wie in der Landwirtschaft. Während bei letzterer niedrige Getreidepreise oft geradezu ruinös wirken, gibt dieser Preisstand meist der Industrie einen Vorteil durch das billigere Brot — bei solchem Preisstand ist daher kein Anlaß zur Lohnerniedrigung gegeben, allerdings nur dort, wo nicht infolge der verminderten Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung auch die Industrie in Mitleidenschaft gezogen ist; da, wo die

Industrie hauptsächlich für den Export arbeitet, ist vollends die Einwirkung des Getreidepreises minimal: hier kommt alles auf die Prosperität des betreffenden Industriezweiges an.

Neben den bisher geschilderten Einflüssen, die mehr im Sinne der Paralleltheorie waren, kommen auch Einflüsse im Sinne der Konträrtheorie vor; z. B. wird von manchen Industriellen folgender Vorgang geschildert: Findet eine Erhöhung der Getreidepreise statt, so hat dies nicht sofort eine Erhöhung des Lohnes zur Folge; die Arbeiter suchen durch Überstunden die Verteuerung des Brotes auszugleichen: dadurch wird das Angebot von Arbeit verstärkt und der Lohn gedrückt — das Umgekehrte tritt bei Erniedrigung des Getreidepreises ein.

Von größter Wichtigkeit ist für die Lohnbildung der Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Industrie. In reinen Ackerbaugegenden ist der Lohn viel mehr vom Getreidepreis abhängig, als in den Industriebezirken; in letzteren ist die wirtschaftliche Konjunktur ausschlaggebend. Ist die Lage des betreffenden Industriezweiges eine gute, so werden auch hohe Löhne gezahlt, einerlei, wie hoch der Getreidepreis steht, und umgekehrt. Die in der Nähe solcher Industriezentren belegenen landwirtschaftlichen Betriebe haben dann sehr mit der Konkurrenz der Industrielöhne zu kämpfen — sie müssen höhere Löhne zahlen, auch wenn der Stand ihres Gewerbes ihnen dies gar nicht gestattet.

Zur Bekräftigung dieser allgemeinen Sätze diene das folgende lohn- und preisstatistische Material.

Als Beispiel konstanter Arbeitslöhne bei großer Verschiebung der Getreidepreise sei folgende Tabelle nach Tooke[1] mitgeteilt: Es finden sich angegeben die Getreidepreise in mehreren Jahren aus der Zeit 1730—1790. Daneben die Löhne nach den Lieferungskontrakten des Hospitals von Greenwich. (Nach dem Berichte des Unterhauses über die Wiederaufnahme von Barzahlungen.)

---

[1] Th. Tooke und W. Newmarch, a. a. O. I. Bd. S. 48 und S. 79f.

Jahr	Preis des Quarters Weizen	Tagelohn der			
		Zimmerleute	Maurer	Steinmetzen	Bleidecker
1730	32 sh 5¹/₄ d	2 sh 6 d	2 sh 6 d	2 sh 6 d	3 sh —
1735	38 „ 2³/₄ „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	3 „ —
1740	48 „ 10¹/₂ „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	3 „ —
1745	24 „ 3¹/₂ „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	2 „ 8 „	3 „ 6 d
1750	28 „ 10³/₄ „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	2 „ 8 „	2 „ 6 „
1755	29 „ 11 „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	2 „ 8 „	2 „ 6 „
1760	32 „ 5¹/₄ „	2 „ 6 „	2 „ 6 „	2 „ 8 „	2 „ 6 „
1765	48 „ — „	2 „ 6 „	2 „ 4 „	2 „ 8 „	3 „ —
1770	43 „ 6³/₄ „	2 „ 6 „	2 „ 4 „	2 „ 8 „	3 „ —
1775	51 „ 4 „	2 „ 6 „	2 „ 4 „	2 „ 10 „	3 „ —
1780	43 „ 1¹/₄ „	2 „ 6 „	2 „ 4 „	2 „ 10 „	3 „ —
1785	48 „ — „	2 „ 6 „	2 „ 4 „	2 „ 10 „	3 „ 3 „
1790	56 „ 2¹/₂ „	2 „ 6 „	2 „ 4 „	2 „ 10 „	3 „ 3 „

Also trotz der Differenzen im Getreidepreise bis über 100°/₀, z. B. 1740: 24 sh, 1790: 56 sh — keine oder so gut wie keine Änderung in den Lohnsätzen.

Ebenfalls größte Konstanz der Löhne bei größter Änderung der Weizenpreise zeigt folgende Tabelle, die Porter mitteilt über

Löhne der Buchdrucker in London 1801—1836:

Jahr	Wochenlohn für Buchdrucker	Für Morgen-Zeitungen	Für Abend-Zeitungen		Durchschnittlicher Weizenpreis in England	
	sh	sh	sh	d	sh	d
1801	33	40	37	0	110	5
1805	33	40	37	0	87	1
1806	33	40	37	0	76	9
1807	33	40	37	0	73	1
1808	33	40	37	0	78	11
1809	33	42	38	6	94	5
1810	33	48	43	6	103	3
1811	36	48	43	6	92	5
1812	36	48	43	6	122	8
1813	36	48	43	6	106	6
1814	36	48	43	6	72	1
1815	36	48	43	6	63	8

Jahr	Wochenlohn für Buchdrucker sh	Für Morgen-Zeitungen sh	Für Abend-Zeitungen sh	d	Durchschnittlicher Weizenpreis in England sh	d
1816	36	48	43	6	76	2
1817	36	48	43	6	94	0
1818	36	48	43	6	83	8
1819	36	48	43	6	72	3
1820	36	48	43	6	65	10
1821	36	48	43	6	54	5
1822	36	48	43	6	43	3
1823	36	48	43	6	51	9
1824	36	48	43	6	62	0
1825	36	48	43	6	66	6
1826	36	48	43	6	56	11
1827	36	48	43	6	56	9
1828	36	48	43	6	60	5
1829	36	48	43	6	66	3
1830	36	48	43	6	64	3
1831	36	48	43	6	66	4
1832	36	48	43	6	58	8
1833	36	48	43	6	52	11
1834	36	48	43	6	46	2
1835	36	48	43	6	39	4
1836	36	48	43	6	48	6

Aus neuerer Zeit stammt folgende Tabelle aus M. Scorer's Büchern von der Burwellfarm in Lincolnshire über den Wochenlohn gewöhnlicher Arbeiter und den erzielten Weizenpreis von 1837—1894:

Perioden	Durchschnittlicher Wochenlohn sh	d	Durchschnittspreis des verkauften Weizens pro Quarter £	sh	d
1837—40	14	0	3	3	8 1/2
1840—50	12	11 1/4	2	15	8 1/2
1850—60	12	9 1/2	2	10	3 1/2
1860—70	13	2 1/4	2	12	1
1870—80	16	2 1/4	2	11	3 1/2
1880—90	13	4	1	16	11 1/2
1890—94	13	6	1	8	5
1894	13	6	1	0	0

Während die Weizenpreise um mehr als 50% gefallen sind und die Arbeiter ihr Mehl um 50% billiger kaufen können, erhalten sie immer noch ihren Lohn von 13 sh 6 d pro Woche.[1]

Reiches Material für diese Frage bieten die parlamentarischen Reden Robert Peels aus seiner freihändlerischen Periode; er bekämpfte die Lehre der Schutzzöllner, daß hohe Getreidepreise hohe Löhne im Gefolge hätten und zeigte an der Hand vieler Informationen, die er eingeholt hatte, daß die Löhne trotz gestiegener Getreidepreise eine Steigerung nicht aufzuweisen hatten. Er führte zuerst die Löhne der ländlichen Arbeiter in der Grafschaft Gloucester an.[2] Während der Weizenpreis seit 1837 sich so verändert hatte, daß er

im	Jahre	1837	53	sh	10	d betrug
„	„	1838	64	„	7	„ „
„	„	1839	70	„	8	„ „
„	„	1840	66	„	4	„ „
„	„	1841	64	„	4	„ „
„	„	1842	57	„	3	„ „
„	„	1843	50	„	1	„ „
„	„	1844	51	„	2	„ „

also eine Veränderung zwischen 70 sh 8 d und 50 sh 1 d aufweist, bemerkt Peel über die Löhne folgendes: „Ich vermute, Sie werden sagen, wie die Schriftsteller über Nationalökonomie schon gesagt haben, daß die Tendenz der Löhne sei, sich dem Preise der Nahrungsmittel anzupassen. Ich muß sagen, daß ich dies nicht glaube. . . . Ich komme jetzt zu der Änderung in den Arbeitslöhnen. . . . Der Gesamtlohn im Durchschnitt inklusive Bier, für Winter und Sommer war:

im	Jahre	1837	10	sh	pro	Woche
„	„	1838	11	„	„	„
„	„	1839	11	„	„	„
„	„	1840	11	„	„	„
„	„	1841	11	„	„	„
„	„	1842	11	„	„	„
„	„	1843	10	„	„	„
„	„	1844	10	„	„	„

---

[1] König, Die Lage der englischen Landwirtschaft. Jena 1896. S. 169.

[2] Sitzung vom 27. März 1846, cf. Peel's Speeches. Vol. IV. S. 651.

So daß also, während der Weizenpreis zwischen 50 sh 1 d und 70 sh 8 d schwankte, die Löhne in derselben Gegend, in derselben Zeit, nur zwischen 10 und 11 sh pro Woche schwankten.

Aus Bradford (in Dorsetshire) erhielt Peel die Auskunft, daß dort im Jahre 1837 der Durchschnittslohn 7 sh und dann während der ganzen Periode von 1838—1844: 8 sh betragen hatte, während die Weizenpreise zwischen 50 und 70 sh schwankten.

Peel verlas noch mehrere Informationen, darunter eine aus Barnstaple:[1] „Ich habe bei mehreren Pächtern, die in verschiedenen Teilen dieser Union wohnen, Erkundigungen über die landwirtschaftlichen Löhne in den Jahren 1837—1843 eingezogen und habe erfahren, daß im allgemeinen 8 sh pro Woche gezahlt wurde; einige wenige Pächter gaben 9 sh, aber eine viel größere Zahl nur 7 sh. Es scheint in der ganzen Zeit kein Steigen oder Fallen der Löhne stattgefunden zu haben, außer daß in sehr teuren Zeiten einige Arbeitgeber ihren Arbeitern Getreide zu billigen Preisen lieferten; aber ich glaube, es waren nur sehr wenige."

Schon A. Smith hatte diese relative Stabilität der Arbeitslöhne hervorgehoben[2]: „Der Arbeitslohn verändert sich in England nicht mit dem Preise der Lebensmittel. Diese schwanken überall von Jahr zu Jahr, oft von Monat zu Monat. Der Getreidepreis der Arbeit dagegen bleibt in vielen Orten ein halbes oder ganzes Jahrhundert hindurch genau derselbe. Wenn daher an solchen Orten der ärmere Arbeiter in teuren Jahren seine Familie erhalten kann, so muß er in mäßig guten Jahren eines gewissen Wohlstandes, und in außergewöhnlich billigen eines gewissen Überflusses sich erfreuen. Der während der letzten 10 Jahre (1762—72) andauernd hoch gewesene Preis der Nahrungsmittel ist nur in wenigen Teilen des Reiches von einem nennenswerten Steigen des Geldpreises der Arbeit begleitet gewesen. Hier und da ist das freilich geschehen, aber wahrscheinlich mehr infolge der gesteigerten Nachfrage nach Arbeit, als des höheren Preises der Lebensmittel."

---

[1] S. 652.

[2] Volkswohlstand. (Löwenthal'sche Übersetzung). I. S. 79.

Über die Parallelbewegung von Getreidepreis und Arbeitslohn informieren folgende Tabellen:

1. Eine von Josiah Easton (of Tamton, county of Somerset) der Parlamentskommission von 1814 vorgelegte Tabelle über die Durchschnittstagelöhne und Weizenpreise, auf seiner und benachbarten Pachtungen in der Zeit von 1773—1812.—[1]

Jahre	Preis pro bushel Weizen	Durchschnittstagelohn
1773—1782	5 sh 11 d	1 sh 2 d
1783—1792	6 „ 2 „	1 „ 3 „
1793—1802	9 „ 5 „	2 „ 0 „
1803—1812	12 „ 6 „	2 „ 4 „

Dem Steigen des Weizenpreises geht ein Steigen des Arbeitslohnes parallel —.

2. Der Parlamentskommission von 1837 wurde eine Tabelle über die Produktionskosten einer Pachtung in Glamorganshire für die Jahre 1790, 1813 und 1835 vorgelegt. Diese ergibt folgendes:[2]

	Durchschnittslohn in den 3 Jahren, endigend mit 1835	Durchschnittslohn in den 3 Jahren, endigend mit 1813	Durchschnittslohn in den 3 Jahren, endigend mit 1790	1813 höher als 1835.	1790 niedriger als 1835.
Getreide-Mähen pro Acre	6 sh	10 sh	4 sh	66%	33%
Zimmer-Arbeit „ Tag	3 „	4 „	1 „ 8 d	33 „	44 „
Schmiede- „ „ „	3 „	4 „	1 „ 6 „	33 „	50 „
Sattler- „ „ „	3 „	3 „ 6 d	1 „ 6 „	17 „	50 „
Dachdecker-„ „ „	2 „ 6 d	3 „ 6 „	1 „ 6 „	40 „	40 „
Maurer- „ „ „	3 „	3 „ 6 „	2 „	17 „	33 „

Auch aus dieser Tabelle ergibt sich, daß bei dem niedrigen Stande der Getreidepreise von 1835 verglichen mit 1813, eine entsprechende Lohnminderung stattfand; der Weizenpreis im Durchschnitt der Jahre 1833—35 war: 46 sh — der Durchschnitt der Preise von 1811—13 war: 110 sh. Dieser Preisreduktion entspricht auch der geringere Lohnsatz von 1835, verglichen mit 1813 — dagegen macht sich die nur unbedeutende Erhöhung des Getreidepreises von 1790 verglichen mit 1835

[1] Commons Report of 1814. S. 76 u. 77.

[2] Report of 1837. S. 66 u. 67.

nicht im Lohn bemerkbar. Trotzdem der Durchschnittsweizenpreis, endigend 1835: 46 sh betrug, während derselbe Preis endigend 1790: 50 sh war, ist der Lohnsatz im letzteren Jahre niedriger, als 1835 —.

Auch die Lohnkämpfe der englischen Gewerkvereine in ihrer ersten Periode weisen auf den Zusammenhang zwischen Getreidepreisen und Arbeitslöhnen hin; zahlreiche Streiks wurden begonnen, wenn infolge höherer Getreidepreise die alten Löhne als nicht mehr ausreichend erachtet wurden. Vor dem Untersuchungsausschusse on Artizans and Machinery sagte ein Zeuge (der Drucker Taylor) auf die Frage:[1] „Können Sie angeben, was die Arbeiterverbände hervorgerufen hat, die Sie kennen?“ „Sie sind allgemein gegründet worden, um die Löhne zu erhöhen, wenn das Brot teuer wurde oder die Lebensmittel im Preise stiegen. Es wurden von Zeit zu Zeit von Seiten der Arbeiter Anstrengungen gemacht, höhere Löhne zu erhalten.“ Auf die weitere Frage: „Können Sie sich erinnern, daß die Arbeiter auch dann sich verbanden, wenn die Löhne nicht unbillig niedrige waren?“ antwortete er: „Nein, ich glaube, es war nur der Fall, wenn eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eintrat.“

Sehr häufig kehrt die Bemerkung von Zeugen wieder, sie hätten Lohnerhöhung erkämpft, weil „it was impossible to maintain himself decently“[2] — in vielen Fällen waren freilich die Lohnbewegungen resultatlos — es hing also wieder von der Macht dieser Vereine und von der Konjunktur ab, inwieweit die tatsächliche Lohngestaltung im Sinne der Paralleltheorie verlief oder nicht.

Wenn auch aus den zuletzt mitgeteilten Listen und Zeugenaussagen ein gewisser Parallelismus zwischen Arbeitslohn und Getreidepreis sich ergibt, so wäre doch nichts falscher, als daraus Schlüsse im Sinne der Paralleltheorie zu ziehen; es handelt sich immer nur um einzelne Fälle und einzelne Möglichkeiten. Wie außerordentlich verschieden aber und daher einer allgemeinen Regel gar nicht zugänglich diese Beziehungen sind, ergibt sich aus folgender Tabelle, die ich auf Grund mehrerer, aus verschiedenen Gegenden und verschiedenen Erwerbszweigen

[1] II. Report of 1824. S. 52. — [2] III. Report of 1824. S. 176.

herrührender Lohnlisten, die alle den parlamentarischen Kommissionen vorlagen, zusammengestellt habe. —

Jahr	Weizenpreis pro Quarter		Arbeitslohn 1[1] pro Jahr			Arbeitslohn 2[2] pro Stück		Arbeitslohn 3[3] pro Stück		Arbeitslohn 4[4] pro Elle	Arbeitslohn 5[5] pro Elle	Arbeitslohn 6[6] pro Tag	
	sh	d	£	sh	d	sh	d	sh	d	d	d	sh	d
1793	49	3	338	10	7	6	—	—		5	5 3/4 u. 5 1/2	2	8
1794	52	3	492	8	1	6	—	—		19	5 3/4	2	8
1795	75	2	381	6	11	7	—	—		11 5/8	6 u. 6 1/4	3	0
1796	78	7	410	5	1	7	—	—		11 5/8	6 1/4	3	4
1797	53	9	506	6	0	7	6	—		10 1/2	6 1/4	3	4
1798	51	10	563	2	0	7	0	21	6	9 3/8	6	2	8
1799	69	0	663	12	0	7	0	22	6	9 3/8	6 u. 6 1/4	3	0
1800	113	10	623	0	10	8	0	21	—	9 3/8	6 1/4 u. 6 1/2	3	8
1801	119	6	672	17	3	8	0	21	—	9 3/8	6 1/2	4	—
1802	69	10	596	3	4	10	0	24	—	8 1/4	6 1/2 u. 6	4	—
1803	58	10	589	6	3	9	0	20	—	9 3/8	5 3/4	3	4
1804	62	3	715	10	8	7	6	16	—	8 1/2	5 3/4	4	0
1805	89	9	506	4	0	8	6	19	—	11 5/8	5 3/4	3	6
1806	79	1	649	6	6	7	6	15	—	12	6	3	4
1807	75	4	500	5	6	7	6	14	—	8 1/2	5 3/4—6 1/4	3	6
1808	81	4	632	15	3	5	6	11	—	7 3/4	6	4	0
1809	97	4	756	19	6	6	6	16	—	7	6—6 3/4	5	0
1810	106	5	721	15	0	8	6	15	6	8	6 3/4, 7 1/4, 5 1/4	5	0
1811	95	3	680	13	1	5	6	11	—	5	5 u. 5 1/4	5	4
1812	126	6	816	18	6	6	6	11	6	6 3/4	5 1/2	4	8
1813	109	9		—		8	0	12	—	7 1/2	5 3/4 u. 6	4	6
1814	74	4		—		10	0	16	—	9 1/4	6	4	4

[1] Arbeitslohn 1 = Betrag der Löhne gezahlt von einem Pächter in Essex. (Vorgelegt der Kommission von 1814. cf. Lord's Report of 1814, S. 14.)

[2] Arbeitslohn 2 = Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters einer Tuchweberei (Calico) in Blackburn. (cf. Lords Report of 1814, S. 51/52.)

[3] Arbeitslohn 3 = Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters einer Tuchweberei (Kammgarn) in Stockport. (cf. Lords Report of 1814, S. 51/52.)

[4] Arbeitslohn 4 = Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters einer Musselin-Weberei in Glasgow. (cf. Lords Report of 1814, S. 83.)

[5] Arbeitslohn 5 = Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters (Weberei von karriertem Stoff) in Glasgow. (cf. Lords Report of 1814, S. 83.)

[6] Arbeitslohn 6 = Durchschnittslohn eines Dreschers auf der Glynde Farm. (Vorgelegt der Kommission von 1821. cf. Lords Report of 1821. S. 53.)

Ein Blick auf diese Tabelle zeigt, daß von einem Parallelismus zwischen Getreidepreis und Arbeitslohn nicht die Rede sein kann; sind doch Jahre höchster Getreidepreise, wie z. B. 1812, wo der Weizenpreis auf 126 sh stand und 1801, wo er auf 119 sh stand, Zeiten so niedriger Arbeitslöhne wie z. B. bei Arbeitslohn 3, der nur 11 sh 6 d beträgt in 1812, während er sonst bis auf 24 gestiegen war, und Arbeitslohn 4 beträgt in 1801: 9 3/8 d, der in Zeiten niedriger Getreidepreise z. B. 1806: auf 12 gestiegen ist.

Umgekehrt sehen wir in Zeiten niedriger Getreidepreise, hohe Arbeitslöhne, z. B. 1802, als der Weizenpreis nur 69 sh betrug, ist der Arbeitslohn 3 auf seinen höchsten Stand, nämlich 24 sh gestiegen. Aber wie verkehrt es wäre, hieraus Schlüsse im Sinne der Konträrtheorie ziehen zu wollen, ergibt sich aus einem Blicke auf einzelne dieser Lohnlisten, die im großen und ganzen unverändert bleiben, trotz großer Schwankungen im Getreidepreise, z. B. bei Arbeitslohn 5, der unverändert sich zwischen 5 und 6 sh bewegt, obwohl in derselben Zeit die Weizenpreise um 100 und mehr Prozent variieren.

Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, daß, wie ich schon wiederholt in diesem Werke betonte, für den Stand der Arbeitslöhne die Höhe der Getreidepreise längst nicht so maßgebend ist, als die Umstände, die den guten oder schlechten Stand des betreffenden Erwerbszweiges bedingen; ob die betreffende Industrie lohnende Arbeitsgelegenheit, ob sie günstige oder ungünstige Konjunkturen aufweist, und wie im Zusammenhang damit der Stand von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften ist, dies ist viel entscheidender für die Lohnhöhe, als der Stand der Weizenpreise.

Dies wird auch durch die eingehenden lohn- und preisstatistischen Untersuchungen von Tooke und Newmarch bestätigt. Ich kann dieses berühmte Werk umsomehr für meine Auffassung zitieren, da seine Verfasser auf dem dem meinigen diametral entgegengesetzten, nämlich einem extrem freihändlerischen Standpunkte stehen.

In dem Kapitel „Von den Löhnen und Gehalten im Verhältnis zu den Preisen der Lebensbedürfnisse“[1] weisen die Ver-

[1] a. a. O. S. 150.

fasser darauf hin, daß, während in der Landwirtschaft die Löhne erhöht wurden, in der Industrie eine Erhöhung nicht stattfand wegen der ungünstigen Konjunktur.

Es wird die Teuerkeit der Periode von 1795/96 und 1800/1 erwähnt und dann bemerkt: „Damals trat die Alternative ein, daß entweder eine große Zahl der Bevölkerung in den arbeitenden Klassen geradezu vor Hunger umkommen mußte, oder daß die Löhne, sei es zeitweilig oder bleibend, erhöht würden. Und eine solche Lohnerhöhung fand nicht nur damals statt, sondern sie wiederholte sich noch zu verschiedenen Malen, so daß die Löhne für die Tagelöhner auf dem Lande wie für die Handwerker von 1812 auf das Doppelte gestiegen waren.

Auch die Gehalte, von den untersten Schreibern bis zu den höchsten Beamten, sowie die Honorare für andere Fachmänner waren, auf das Vorgeben, daß das Leben ungleich teuerer geworden, bedeutend erhöht worden; wie denn allerdings die Ausgaben nicht nur durch die höheren Preise der Lebensmittel, sondern überhaupt durch eine kostspieligere Lebensweise, die mit den Fortschritten des Wohlstandes und der Zivilisation zusammenhing, sich sehr vermehrt hatten. Als daher die Teuerung sich zwischen 1808 und 812 wiederholte, standen schon die Mittel eines großen Teiles der verschiedenen Volksklassen in einem besseren, wenngleich nicht genügenden Verhältnis zu den höheren Preisen. Anders war es indessen mit den Löhnen der Fabrikarbeiter. Bei einer großen Zahl wurden dieselben gar nicht erhöht, oder, wenn es geschah, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit oft mehr als ausgeglichen. In denjenigen Handelszweigen, welche durch die Stockung und den Mißkredit von 1810—11 berührt wurden, sowie in denjenigen, welche von der Nachfrage für Ausfuhr abhingen, wurden viele Arbeiter ganz brotlos. Unter diesen Klassen herrschte mithin sehr große Not, die in den Fabrikdistrikten häufige Unruhen verursachte.“

In der Periode zwischen 1833—35 waren die Getreidepreise sehr niedrig — sie standen auf 52, 46, 39 sh. Wenn damals trotzdem die Löhne im allgemeinen hoch waren, so hängt dies nicht — im Sinne der Konträrtheorie — mit den

billigen Brotpreisen zusammen, sondern mit dem günstigen Stand von Handel und Industrie: „Während aber dergestalt Handel und Fabrikation sich in einer blühenden Lage befanden“, bemerkt Tooke,[1] „hatte auch die der arbeitenden Klassen sich entschieden gebessert und war vielleicht besser als je zuvor, mit Ausnahme etwa von 1821—22.“

Wie namentlich die großen Handelskrisen in England hier eingewirkt haben, ergibt sich aus dem Stand des Jahres 1839, als unter der Einwirkung der Krise von 1836—39 die Lage der Industrie eine sehr schlechte war. — Tooke sagt darüber:[2] „Auch die Lage der arbeitenden Klassen im Jahre 1839 bildete in ihrem Gegensatz gegen den oben geschilderten Wohlstand von 1835 eine neue Bestätigung der Erfahrung, wie die Löhne einem Steigen oder Fallen der Lebensmittelpreise nur nach langen Zwischenräumen folgen und auch dann nicht im Verhältnis zu dem einen oder dem andren. Auf dem Lande wurde wohl in einzelnen Fällen der Tagelohn verbessert, aber nur unbedeutend im Vergleich zu den höheren Preisen der Lebensmittel und auch mehr aus Gründen der Furcht oder Menschlichkeit, denn als eine sich von selbst verstehende Folge einer stärkeren Nachfrage nach Arbeit. In den Fabrikdistrikten dagegen fand nicht nur keine Lohnerhöhung statt, sondern die Arbeit nahm ab, so daß bei fast verdoppelten Lebensmittelpreisen und einer Verteuerung vieler anderer Bedürfnisse, als Tee, Zucker und Tabak, die Arbeiter doppelt schwer betroffen wurden, indem sie auf der einen Seite weniger verdienen, auf der anderen für das Verdiente weniger anschaffen konnten.“

Die umgekehrten Verhältnisse traten z. B. 1843 ein, wo ein blühender Zustand der Industrie mit hohen Löhnen neben einem daniederliegenden Zustand der Landwirtschaft mit gedrückten Löhnen bestand:[3] „Die erneuerte Tätigkeit unserer Fabrikanten und die daraus folgende Vergrößerung der als Löhne in Umlauf kommenden Summen wirkten weiter in einem stärkeren Absatz von Lebensmitteln, Kleidung, Hausgerät usw., der in den vorangehenden Mißjahren weit unter dem gewöhn-

[1] a. a. O. S. 345. — [2] a. a. O. S. 409. — [3] a. a. O. S. 538/9.

lichen Maß geblieben war. In der Lage des Volkes bildete, neben dem Gedeihen, dessen ein großer Teil desselben sich erfreute, die der Arbeiter in den Landbaudistrikten eine wehmütige und schmerzliche Ausnahme."

Im Jahre 1854 waren die Getreidepreise hoch, nämlich 72 sh 5 d, während sie 1853 auf 53 sh 3 d und 1852 auf 40 sh 9 d standen — bei dieser Erhöhung der Getreidepreise zeigte sich ein niedriger Lohnstand; aber auch dieser schlechte Lohnstand ist keineswegs aus den hohen Getreidepreisen zu erklären, sondern aus der schlechten Konjunktur der Industrie:[1] „Für den Staat hatte das erste große Bedürfnis an Transportschiffen nach den Lagern der Armee in der Krim nachgelassen; das Aufhören eines großen Teils der Ausfuhr nach Australien hatte viele Arbeiten in Stillstand gebracht, und im Wert von Schiffen war eine plötzliche Revolution eingetreten, die viele Zahlungseinstellungen und viel Mißkredit herbeiführte. In der Woll- und Baumwollindustrie hatte die Vermehrung der Fabriken natürlich auch die Produktion sehr gesteigert; und da der Bedarf wesentlich nachließ, so zeigte sich 1854 eine stete Tendenz, die Arbeitszeit zu verkürzen und in einer oder der anderen Weise die Löhne zu vermindern. Ähnlich war es mit den Einfuhrartikeln. Der Markt zeigte sich im Jahre 1854 bei den meisten Artikeln überfüllt, zumal bei Bauholz, so daß die Importeure empfindliche Verluste erlitten."

Wie wenig auch hier im Sinne der Konträrtheorie ein Zusammenhang zwischen Getreidepreisen und Löhnen bestehen kann, erhellt daraus, daß im Jahre vorher, 1853, als die Getreidepreise ebenfalls ein Steigen aufzuweisen hatten, nämlich von 40 sh auf 53 sh, dennoch auch die Löhne eine aufsteigende Tendenz aufwiesen, aber infolge der günstigen geschäftlichen Konjunkturen.[2] „Zugegeben wurde, daß dem außerordentlichen Verbrauch aller Arten von Fabrikaten und eingeführten Produkten, die in den ersten sechs Monaten stattgehabte bedeutende Erhöhung fast aller Arbeitslöhne, namentlich für Handwerker, zugrunde lag. Im allgemeinen betrug diese

[1] a. a. O. II. Bd. S. 135. — [2] a. a. O. S. 120.

Erhöhung vermutlich nicht weniger als 15—20 %, und in verschiedenen Geschäftszweigen und Distrikten stieg sie selbst bis 20—25 %" . . . „Das Land hatte angefangen, die Wirkungen des Anstoßes zu empfinden, der allen Arten industrieller Unternehmungen gegeben war."[1]

Ich wies oben schon darauf hin, daß die Wirkung erniedrigter Getreidepreise sich viel häufiger, als in einem verminderten Lohnsatz, in einer verringerten Arbeitsgelegenheit und daraus hervorgehender Arbeitslosigkeit der davon betroffenen Arbeiter zeige. Auch hierfür sei eine Aussage eines Zeugen aus den parlamentarischen Untersuchungskommissionen angeführt.

Report of 1821. Gutsbesitzer Ellmann.

Frage: „Glauben Sie, daß der Arbeitslohn irgendwie durch den Getreidepreis reguliert wird?" Antwort: „Ich glaube, daß der Getreidepreis eine gewisse Einwirkung auf den Arbeitslohn hat, aber sicher nicht, daß er ihn nach einer genauen Skala der Ab- und Zunahme reguliert. Mit Erlaubnis der Kommission will ich mitteilen, welchen Einfluß er auf den Arbeitslohn hat; der sehr gedrückte Getreidepreis der letzten 2 Jahre war die Veranlassung, eine große Menge Arbeiter zu entlassen; diese Arbeiter arbeiten dann lieber, als daß sie ganz müssig gehen, zu viel geringeren Löhnen, als sie täten, wenn dauernde Beschäftigung für sie vorhanden wäre."[2]

Eine Erklärung im Sinne der Konträrtheorie wurde z. B. abgegeben von dem Gutsbesitzer Milne vor der Kommission des Oberhauses von 1814.[3]

Frage: „Können Sie auf Grund Ihrer Beobachtungen die Wirkungen angeben, die das Steigen und Fallen des Getreidepreises auf den Arbeitslohn in Schottland gehabt hat?" Antwort: „Ich habe immer beobachtet, daß, wenn Getreide und andere Nahrungsmittel stiegen, sowohl die gewerblichen wie die landwirtschaftlichen Löhne sanken; umgekehrt, wenn Getreide sank, daß beiderlei Löhne stiegen. Der Grund ist klar:

---

[1] a. a. O. S. 119. — [2] a. a. O. S. 57. — [3] Lord's Report of 1814. S. 50.

Angenommen, es gäbe 100 Arbeiter in einer Gemeinde, welche die Arbeit der Gemeinde zu verrichten im stande sind, so werden diese Arbeiter doppelte Arbeit tun, wenn die Nahrungsmittel teuer werden; natürlich sinkt der Arbeitslohn, da nur eine bestimmte Nachfrage nach Arbeit vorhanden ist; wenn umgekehrt die Nahrungsmittel im Preise fallen, arbeiten diese Leute weniger, vielleicht kaum die Hälfte; man muß daher in andere Gemeinden gehen, und mehr Arbeiter suchen; dies bewirkt eine Nachfrage nach Arbeit und der Arbeitslohn steigt. Ich habe immer beobachtet, daß der Arbeitslohn durch Nachfrage und Angebot geregelt wird, wie jede andere Ware, und nicht durch den Getreidepreis; der Getreidepreis hat sicher einen gewissen Einfluß auf den Arbeitslohn, ebenso wie der Preis der Schuhe und der Preis des Tuches — aber es scheint mir nicht, als ob er dadurch ausschließlich beherrscht würde."

Wie die Lohnbildung durch die Nachbarschaft von Industrie und Landwirtschaft beeinflußt wird, mögen die folgenden Aussagen bezeugen:

Report of 1833. Gütermakler Murray.

Frage: „Ist der Arbeitslohn im Verhältnis zum Getreidepreis gefallen?" Antwort: „Nein, nicht in diesem Teil des Landes, denn dort sind viele Eisen- und Kupferwerke, Kohlenbergwerke und andere gewerbliche Anlagen in der Nachbarschaft und sehr viele Leute dabei beschäftigt und dieses hält den Arbeitslohn hoch."[1]

Report of 1837. Bankier Spooner.

Frage 4351: „Werden den Pächtern in derselben Weise wie früher Vorschüsse gegeben"? Antwort: „Sicher nicht. Was die Arbeiter anlangt, so glaube ich nicht, daß dieselben in den mittelenglischen Grafschaften irgendwie augenblicklich sich in schlechter Lage befinden, denn sie stehen unter dem Einflusse des großen industriellen Aufschwungs, und ihre Löhne sind viel höher, als die Pächter sie ihnen geben können, und viel höher, als sie in den rein landwirtschaftlichen Teilen des Königreiches sind, und augenblicklich sind sie besser daran."

Frage 4352: „Sind sie besser daran in Anbetracht des

[1] S. 12.

Weizenpreises, als in guten Zeiten? Antwort: Ja, die Arbeiter in der Umgebung von Birmingham und in einem sehr großen Teil der Grafschaft erhalten 10 sh die Woche, was bis zum letzten Monat mehr als 2 Bushels (Scheffel) Weizen ausmachte; und während des Krieges erhielten sie etwa 15 sh, was ein wenig mehr als 1¼ Bushels ausmacht; tatsächlich geschieht den Pächtern ein Unrecht durch diese Hochhaltung der Preise seitens der Industriellen an vielen Orten. Es ist in einer Grafschaft besonders schlimm; ich wurde dort nämlich mit den Einzelheiten bekannt; ich meine Glamorganshire. In dieser Grafschaft befindet sich das Eisengewerbe in außerordentlich blühendem Zustande und der Arbeitslohn ist sehr bedeutend gestiegen; aber der Pächter hat nicht viel Vorteil von diesem höheren Arbeitslohn, weil der auf diese Weise bei den Arbeitern verursachte Bedarf an Nahrungsmitteln aus Irland gedeckt wird; und so wird tatsächlich der Arbeitslohn gegen sein Interesse erhöht und gleichzeitig der Preis seines Produktes durch die große Zufuhr aus Irland gedrückt." —

Frage 4357: „Glauben Sie, soweit Ihre Kenntnis sich erstreckt, daß der Arbeiter, soweit er beschäftigt ist, in Anbetracht der Lebensmittel, die er mit seinen Löhnen kauft, besser daran ist, als in guten Zeiten?" „Sicherlich nicht in den rein landwirtschaftlichen Gegenden; wo sie aber durch die Löhne der Industrie beeinflußt werden, ja —."[1]

Wenn die Arbeitslöhne bei Steigerung der Getreidepreise nicht erhöht werden, so findet oft ein Ausgleich durch vermehrte Arbeitsgelegenheit statt — darauf hat Malthus schon hingewiesen: „Unter Verhältnissen, wo die Preise des Getreides und aller Arten von Waren steigen, steigt der Geldlohn der Arbeit nicht immer entsprechend. Aber dieser anscheinende Nachteil für die arbeitenden Klassen wird zuweilen durch den Überfluß an Beschäftigung, die Menge der zu erhaltenden Akkordarbeit und die den Frauen und Kindern zu Gebote stehenden Gelegenheiten, zum Verdienst der Familie beizutragen, mehr als aufgewogen. In diesem Falle ist die Fähigkeit der

[1] S. 237. Vgl. ähnliche Bemerkungen über den Einfluß der Industrie auf die landwirtschaftlichen Löhne. Report of 1821: S. 273. Report of 1837: S. 96, 194, 281, 283, 316.

arbeitenden Klasse, über den Lebensbedarf zu verfügen, viel größer, als es nach dem gewöhnlichen Lohnsatz scheinen würde, und wird demgemäß eine entsprechend größere Wirkung auf die Bevölkerungsvermehrung haben.

Wenn anderseits die Preise im allgemeinen sinken, so fällt doch oft der gewöhnliche Lohnsatz nicht entsprechend. Aber dieser anscheinende Vorteil ist ebenfalls oft durch den Mangel an Arbeit und die Unmöglichkeit, für alle Mitglieder einer Arbeiterfamilie, die fähig und willens sind, zu arbeiten, Beschäftigung zu finden, reichlich aufgewogen. In diesem Falle ist die Verfügungskraft der arbeitenden Klassen über den Lebensbedarf offenbar geringer, als es nach dem gewöhnlichen Lohnsatze der Fall zu sein scheint."[1]

Auch ein Blick auf die Lohnbewegung im 19. Jahrhundert im allgemeinen bestätigt die von uns bisher aufgestellten Behauptungen: Wir können einmal konstatieren, daß die Löhne namentlich von der Mitte des Jahrhunderts ab die Tendenz zeigen, zu steigen, außerdem aber, daß das Auf und Ab der Löhne nicht bedingt ist durch das Auf und Ab der Getreidepreise, sondern durch andere Faktoren. Allerdings in der Landwirtschaft ist zu Beginn des Jahrhunderts eine gewisse Abhängigkeit der Löhne von den Getreidepreisen nicht zu verkennen, und zwar im Sinne der Paralleltheorie; dies verliert sich aber mehr und mehr, je mehr neben der Landwirtschaft die Industrie eine wichtige Rolle im Erwerbsleben spielt; für die Löhne der Industriearbeiter ist aber in allererster Linie der gute oder schlechte Stand der betreffenden Industrie maßgebend. Die landwirtschaftlichen Löhne müssen aber — wenn auch in weitem Abstand — der aufsteigenden Tendenz der industriellen Löhne folgen.

Hasbach hat die Lohnbewegung der englischen Landarbeiter einer eingehenden Untersuchung unterworfen. In seinem von mir wiederholt zitierten Werke gibt er eine große Zahl von Listen englischer Landarbeiterlöhne aus der Zeit um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts und resümiert:[2] „Nach

---

[1] **Malthus**, Bevölkerungsgesetz. S. 601. — [2] S. 122.

einer Durchsicht der Löhne wird man zugeben müssen, daß von 1793—1812 eine bedeutende Steigerung der Löhne stattgefunden hat." —

Dagegen konstatiert er für die Periode von 1813/14—1834 die schwere Notlage der Landarbeiter, die ohne den Zuschuß aus der Armenkasse vielfach nicht einmal das nackte Existenzminimum verdient hätten.[1] Die Arbeitslöhne, welche dem Aufschwung der Lebensmittelpreise nur unvollkommen zu folgen vermocht hatten, mußten den ersten Ansturm der schlechten Zeiten aushalten. Außerdem trat Mangel an Beschäftigung ein. Der Getreidebau ging in den nächsten 15—18 Jahren wieder zurück, Tausende von umgebrochenen Morgen wurden außer Kultur gesetzt, man sparte an Arbeitskräften, wo man konnte.

Bis in die 40er Jahre dauerte dieser ungünstige Lohnstand, bis dann allmählich eine Besserung eintrat, wie auch rückläufige Bewegungen nicht ausblieben — auch Hasbach bestätigt, daß für diese Besserung besonders die industrielle Entwicklung maßgebend war und daß daher namentlich in den Industrie-Bezirken die ländlichen Löhne bedeutend höher standen, als in den anderen Distrikten.[2]

Bowley gibt eine Tabelle über die landwirtschaftlichen Durchschnittslöhne in Sussex, die das Steigen derselben in der Zeit etwa seit 1840 deutlich beweist:[3]

	Lohn	Wieviel in Scheffel Weizen
1840	10 sh	4.8
1851	10 „ 6 d	9
1860	11 „ 7 „	7
1870	12 „ 2 „	8.3
1872	13 „ 4 „	7.3
1880	13 „ 6 „	10
1881	13 „ 6 „	13
1887	12 „	12
1892	12 „	12.7

[1] S. 192. — [2] S. 253, 258 — [3] S. 40 (Bowley).

Diese Lohnentwicklung wird gerade im Sinne der Konträrtheorie gedeutet und zur Verteidigung des Freihandelsystems herangezogen z. B. in einem Aufsatz der Nation,[1] wo der Verfasser (Levy) im Anschlusse an Bowley eine ähnliche Lohnstatistik, wie die hier mitgeteilte, aufstellt und dazu bemerkt: „In England hat sich also die Konträrtheorie in der Tat bestätigt. Während die Zeit künstlich erhöhter Getreidepreise nur relativ niedrige Löhne brachte, hat die Zeit, in der England den weit billigeren Weizenpreis des Weltmarktes den Monopolpreisen vorzog, wie wir aus den angeführten Zahlen ersehen, zu einer namhaften Steigerung der ländlichen Arbeitslöhne geführt."

Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht vorhanden; diese Lohnentwicklung hängt mit der Einführung des Freihandels nicht zusammen; „die erste Wirkung, welche die ländlichen Arbeiter von der Einführung des Freihandels verspürten, war eine Herabsetzung der Löhne," bemerkt Hasbach mit Recht — wenn eine aufsteigende Lohntendenz bei den Landarbeitern zu konstatieren ist, so hängt dies mit allgemeinen Verhältnissen zusammen, die in allen andern Ländern, auch in den Ländern des Hochschutzzolles, eingewirkt haben. Die Erhöhung der Industrielöhne, die gesteigerte politische und gewerkschaftliche Macht der Arbeiterklasse sind maßgebend, ganz unabhängig von der Handelspolitik und der dadurch beeinflußten Gestaltung der Getreidepreise.

Daß diese Erhöhung des Lohnes mit der Erniedrigung des Getreidepreises nicht im Zusammenhang steht, sondern mit der allgemeinen Hebung des Arbeiterstandes, und mit den Verhältnissen der Industrie, bestätigt auch Bowley, der über die Steigerung der landwirtschaftlichen Löhne im allgemeinen bemerkt:[2] „In den 70er Jahren drangen die allgemeine Unruhe, die Handelstätigkeit und die steigenden Preise selbst auf das Land. Unter dem Einfluß von Joseph Arch wurden die Arbeiter in vielen Gegenden organisiert."

Wie die Organisation in den Gebieten von Archs Tätigkeit gewirkt hat, zeigt folgende Liste.[3]

---

[1] No. 5, 1901. S. 69. — [2] S. 32. — [3] S. 33.

In Lincoln	stiegen	die	Löhne	von	12	sh	0	d	in	1872	auf	17	sh	3	d	in	1875
„ Wilts	„	„	„	„	9	„	0	„	„	„	„	12	„	6	„	„	„
„ Warwick	„	„	„	„	9	„	0	„	„	„	„	13	„	0	„	„	„
„ Dorset	„	„	„	„	9	„	0	„	„	„	„	13	„	0	„	„	„
„ Norfolk	„	„	„	„	10	„	0	„	„	„	„	13	„	6	„	„	„[1]

Auch Bowley hält den Einfluß der Industrie auf die Lohnbildung in der Landwirtschaft für sehr wichtig, er sagt:[2] „Die größte Steigerung findet sich in der nördlichen Gruppe der Grafschaften, wo die Löhne sich von 1770—1890 verdreifacht zu haben scheinen. Es zeigte sich, daß der größere Teil dieser Steigerung in den ersten Teil des Jahrhunderts fällt; die Erklärung ist, daß in der Nähe von Manufakturstädten wie von Kohlenbergwerken es unmöglich war, den ländlichen Arbeiter zu überreden, für einen so viel geringeren Lohn zu arbeiten, als für kaum schwerere Arbeit in Bergwerken und Fabriken gezahlt würde, während dies in den entfernteren südlichen Grafschaften möglich war."

Ähnlich urteilt Steffen:[3] „In demselben Verhältnisse, wie der fabrikmäßige Großbetrieb Fortschritte machte und sich in den steinkohlenreichen Gegenden des mittleren und nördlichen Englands lokalisierte, entstand ein bedeutender Unterschied zwischen den Löhnen der dort in der Nähe der Fabrikorte lebenden landwirtschaftlichen Arbeiter und den Fabrikarbeiterlöhnen, sowohl in den Gegenden Nord- und Mittelenglands, die in ihrem alten agrarischen Zustande blieben, wie in den vom Großbetriebe wenig berührten südlichen Grafschaften."

Caird gibt eine Tabelle, welche die großen Verschiedenheiten der Löhne ländlicher Arbeiter zeigt und erklärt diese Verschiedenheit so:[4] „Eine Prüfung dieser Tabelle zeigt sehr klar, daß die höheren Löhne der nördlichen Landschaften auf die Nähe der Fabrik- und Bergwerksunternehmungen zurückzuführen sind ... Der Einfluß der Fabrikunternehmungen fügt

---

[1] „Die Löhne der Landarbeiter in England sind bekanntlich in den 70er Jahren, zum Teil unter dem Einfluß der von J. Arch geleiteten Gewerkvereine der Landarbeiter, stark gestiegen." (Tugan-Baranowsky, Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England. Jena 1901. S. 290.) — [2] Bowley S. 29. — [3] S. 11. — [4] a. a. O. S. 511.

hier 37% zu den Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter der nördlichen Landschaften hinzu, verglichen mit den südlichen Bezirken."

In scharfer Zurückweisung der Theorie, daß die Löhne von den Lebensmittelpreisen abhingen, erklärt Caird:[1] „Der große Unterschied zwischen dem Lohnsatz der südlichen und nördlichen Grafschaften ist ein genügender Beweis, daß die Löhne des ländlichen Arbeiters nicht vom Preise der ländlichen Produkte abhängig sind. Ein Bushel Weizen, ein Pfund Butter, oder ein stone Fleisch, ist nicht mehr wert in Cumberland oder North Riding, als in Suffolk oder Berkshire; dennoch sind die Löhne der Arbeiter in den ersten beiden Grafschaften 60—70% höher, als in den zwei letztgenannten. Der Preis des Brotes ist nicht höher im Juli und August, als im Mai und Juni; dennoch werden die Löhne in jeder landwirtschaftlichen Gegend während des Herbstes erhöht. Auch sind die besseren Löhne nicht direkt die Wirkung des Kapitals; denn der arme Farmer des kalten Lehmbodens von Durham und Northumberland bezahlt 11 sh die Woche, während der reiche Kapitalist, der ein halbes Kirchspiel in South Wilts oder Dorset bewirtschaftet, nur 7 sh seinen Arbeitern bezahlt. Der höhere Lohn wird nur der vermehrten Nachfrage nach Arbeit verdankt."

Derselbe, allseitig als trefflicher und zuverlässiger Kenner der englischen ländlichen Verhältnisse geschätzte Autor, spricht sich über die Erhöhung der Löhne der Landarbeiter folgendermaßen aus:[2] „Die allgemeine Lage des ländlichen Arbeiters war wahrscheinlich niemals besser, als sie augenblicklich ist. Verglichen mit der Zeit vor 300 Jahren, zur Zeit der Elisabeth, sind die Löhne um das 6fache gestiegen, während der Preis des Brotes sich nur verdoppelt hat. Zwei Jahrhunderte später, im Jahre 1770, betrug der Lohn des Landarbeiters 1 sh 2 d pro Tag, als der Weizen 46 sh pro Quarter kostete. Im Jahre 1846, unmittelbar vor Aufhebung der Kornzölle, betrugen die Löhne 1 sh 7 d, während Weizen 53 sh kostete. Jetzt sind die Löhne

---

[1] a. a. O. S. 519.

[2] The landed interest and the supply of food. London 1878.

um 60% gestiegen, während Weizen gar nicht im Preise gestiegen ist. Mit anderen Worten: es kostete im Jahre 1770 dem Arbeiter eine Arbeit von 5 Tagen, um ein Quarter Weizen zu bezahlen, vier Tage im Jahre 1840 und 2½ Tage im Jahre 1870." —

Bowley macht auch einen Versuch, die Bewegung des Durchschnittslohnes der Arbeiter überhaupt in England während des 19. Jahrhunderts zu bestimmen: er kommt zu folgender Tabelle, die natürlich auf einer vagen, sehr unbestimmten Schätzung beruht.[1]

	Wöchentlicher Durchschnittslohn	Weizenpreis pro Quarter
1795	13 sh 6 d	75 sh 2 d
1807	17 „ 0 „	75 „ 4 „
1824	18 „ 0 „	63 „ 11 „
1833	16 „ 2 „	52 „ 11 „
1867	11 „ 4 „	64 „ 5 „
1897	25 „ 6 „	36 „ — „

Unbekümmert um das Auf und Ab des Getreidepreises hält also der Lohn im allgemeinen stetig seine steigende Tendenz bei. —

Werfen wir einen Blick auf die Bauarbeiter-Löhne, so ergibt sich eine auffallend gleichmäßige Aufwärtsentwicklung der Löhne.

Durchschnittswochenlöhne der Maurer in Edinburg.[2]

1810	17 sh 0 d
1822	18 „ 0 „
1830	17 „ 0 „
1840	20 „ 0 „
1845—47	26 „ 0 „
1848—53	20 „ 0 „
1850	20 „ 0 „
1857	24 „ 0 „
1860	24 „ 0 „
1866	26 „ 3 „
1872	27 „ 7½ „

[1] S. 70. — [2] Bowley S. 90.

1880	25	sh	6	d
1886	29	„	9	„
1891	34	„	0	„
1892	36	„	1	„
1893	35	„	1	„
1894	36	„	1	„
1895	38	„	3	„
1896	38	„	3	„
1897	38	„	3	„

Also wir finden, daß die Löhne sich konstant aufwärts entwickeln! Und welche ungeheueren Verschiedenheiten weist der Getreidepreis in dieser Periode auf: Weizenpreise von 106 sh 5 d im Jahre 1810 und von 22 sh 10 d im Jahre 1892 kamen in diesem Zeitraume vor. — Auch die vielen Krisen des 19. Jahrhunderts wirkten auf die Lohnverhältnisse im Baugewerbe nicht ein und der Grund ist der, daß die speziellen Verhältnisse dieses Gewerbes die gleichmäßigere Entwicklung begünstigten; wenn im Baugewerbe sowohl in Zeiten der allgemeinen wirtschaftlichen Depression, wie des Aufschwungs eine so ununterbrochene Tendenz zum Steigen der Löhne vorhanden ist, so hängt dies damit zusammen, daß die Bauindustrie nicht für den Weltmarkt, sondern für den lokalen Markt arbeitet, daß ferner die Nachfrage nach Bauarbeit nicht so sehr durch den Zustand der Industrie, als durch das Wachstum der Bevölkerung bestimmt ist.[1]

Schließlich sei noch auf die wichtigste englische Industrie hingewiesen, die Baumwoll-Industrie; sie ist typisch für die englischen Erwerbszweige dadurch, daß Preise und Arbeitslöhne bedingt sind durch das Auf- und Abwärtsgehen der Konjunkturen; besonders die Krisen mit ihrer verheerenden Wirkung auf die Löhne zeigen aufs deutlichste, daß in den maßgebenden Industriezweigen der Getreidepreis für die Lohnbildung von ganz untergeordneter Bedeutung ist. Eine besonders schwere Krisis für das Baumwoll-Gewerbe war die von 1847 — dies zeigt sich auch an dem rapiden Herabgehen der Löhne.

---

[1] Tugan-Baranowsky S. 414.

Z. B. zahlte eine Baumwollfabrik in Manchester folgende Löhne:

Im Jahre	Baumwollkämmer	Spinner	Weber
1845	13 sh 8 d	12 sh — d	9 sh 9 d
1847	7 „ 9 „	6 „ 10 „	9 „ 10 „
1849	12 „ — „	12 „ — „	9 „ 5 „

Also ein Herabgehen der Löhne etwa um die Hälfte!

Die Weizenpreise waren

1845:	50 sh 10 d
1847:	69 „ 9 „
1849:	44 „ 3 „

Es könnte vielleicht im Sinne der Konträrtheorie der niedrige Lohn mit dem hohen Stand der Getreidepreise 1847 in Zusammenhang gebracht werden; wie irrig dies aber wäre, ergibt sich aus der Lohngestaltung einzelner Jahre, in denen das Baumwollgewerbe keine kritischen Zeiten durchmachte; z. B. zahlte eine Baumwollfabrik in Hyde im Durchschnitt per Woche

Im Jahre	Spinner I. Klasse	Weber
1821	35 sh 6 d	14 sh
1826	35 „ — „	13 „
1836	34 „ 9 „	12 „

Die Weizenpreise waren in dieser Zeit:

1821:	56 sh 1 d
1826:	58 „ 8 „
1836:	48 „ 6 „

Also auch in diesen Jahren eine Differenz im Weizenpreis um mehr als 12 sh; und doch blieben die Löhne stabil, weil das Gewerbe keine Depression aufwies.

Auch Anfang der 40er Jahre war die Baumwollindustrie in kritischer Lage: In Morrley standen die Löhne zu Beginn der 40er Jahre im Vergleich zu denen am Beginn der 30er Jahre für die Baumwollfabrikarbeiter um 25 %, für die Wollenfabrikarbeiter sogar um 45 % niedriger!

Die Getreidepreise aber waren zu Anfang der 30er Jahre:

1830	64 sh 3 d
1831	66 „ 4 „

Und Anfang der 40er Jahre:

1840	65 sh 4 d
1841	64 „ 4 „

Also: Die Getreidepreise waren fast gleich in den verglichenen Zeitpunkten, die Löhne zeigten die größte Veränderung. Auch den Industriearbeitern brachte die Abschaffung der Getreidezölle zunächst nur Nachteil; da in den Jahren 1846 bis 1847 schwere Geschäftsstockungen eintraten, so waren die Löhne außerordentlich gedrückt: „So reduzierten", sagt Marx[1] „die englischen Fabriklords nach Abschaffung der Korngesetze und in offenkundiger Verletzung der heiligsten Versicherungen, die sie während der Agitation gegen die Korngesetze gegeben, allgemein die Löhne um 10%."

Ich kann nur völlig dem zustimmen, was der neueste Krisentheoretiker über den Zusammenhang von Getreidepreisen und Löhnen sagt:[2] „Man kann gar nicht sagen, welcher Stand der Getreidepreise — hohe oder niedrige Preise — einer bestimmten Phase des industriellen Zyklus entspricht. So waren z. B. zur Zeit des Aufschwungs der Jahre 1823—1825 die Getreidepreise hoch, zur Zeit des Aufschwungs der 30er Jahre (1833—36) sind sie aber sehr niedrig gewesen. Die Krisis von 1847 hat in einem schlechten, die von 1857 aber in einem guten Erntejahr stattgefunden. Die Krisis von 1866 ist nach niedrigen Getreidepreisen eingetreten, dagegen die Geschäftsstockung von 1867—69 wurde von hohen Getreidepreisen begleitet. Anfang der 70er Jahre waren die Getreidepreise hoch — das hat jedoch nicht gehindert, daß die englische Industrie eine noch nicht dagewesene Blüte erreichte. Nach dem Jahre 1873 sinken die Preise des Getreides mit geringen Schwankungen einige Jahre hindurch, was die Geschäftsstockung nicht aufhält. Die Epochen des Aufschwungs Anfang und Ende der 80er Jahre, sowie die Depressionen Mitte der 80er und 90er Jahre standen mit den Getreidepreisen in keinem Zusammenhang." —

Wäre wirklich der Einfluß des Brotpreises von so großer Bedeutung für die Lohnhöhe, wie die Parallel- und Konträrtheorie annimmt, so könnte nicht die übereinstimmende Entwicklung der Löhne nach oben hin in den verschiedensten Ländern zu konstatieren sein, mögen sie auch infolge ihrer

---

[1] Lohn, Preis und Profit. Neue Zeit 1898. II. Band, S. 132.

[2] Tugan Baranowsky S. 234.

Getreidezollpolitik noch so verschiedene Gestaltung des Brotpreises aufweisen. Die aus Anlaß der Chamberlain'schen Zollpolitik vom englischen Board of Trade gesammelten und veröffentlichten statistischen Materialien geben auch nach dieser Richtung hin mancherlei Aufklärung.[1] Für unsere Frage ergibt sich aus den zahlreichen dort abgedruckten Tabellen und Statistiken, daß die Kosten für die wichtigsten Nahrungsmittel der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten eine Abnahme erfahren haben, die Löhne dagegen eine Zunahme. Während aber die Abnahme der Lebensmittelpreise in England — infolge des Freihandels — größer war, als in Deutschland, weisen die Löhne in Deutschland eine noch bedeutendere Steigerung auf, als in England. In Deutschland ist die Lohnsteigerung am größten von allen Ländern, trotz seiner „Brotteuerungspolitik". —

Was die Statistiken der Lebensmittelpreise anbelangt, so sind den folgenden Zusammenstellungen, die der erwähnten englischen Publikation entnommen sind, für Deutschland zugrunde gelegt die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel (Brot, Kartoffel, Fleisch, Butter usw.), die in dem Krupp'schen Konsumverein gezahlt werden; die amerikanischen Ziffern sind berechnet von dem Labour Departement des Board of trade; die französischen von der Statistischen Gesellschaft in Paris.

Die Kosten für die Ernährung einer Arbeiterfamilie stellen sich demnach, wenn man die Periode von 1897—1901 = 100 setzt — folgendermaßen:[2]

Perioden:	Deutschland:	Großbritannien:
1877—1881	112	140
1882—1886	101	125
1887—1891	103	106
1892—1896	99	98
1897—1901	100	100

Eine weitere Tabelle schließt auch die Vereinigten Staaten von Amerika ein:

---

[1] British and Foreign trade and industry. Memoranda, statistical tables, and charts, prepared in the Board of trade, with reference to various matters bearing on british and foreign trade and industrial conditions. London 1903.

[2] S. 227.

Jahr	Vereinigte Staaten	Großbritannien	Deutschland
1898	96,5	100	103
1899	94,5	93	98
1900	96,7	96	98
1901	100,—	100	100

Auch für Frankreich hat die erwähnte Statistik ergeben, daß diese Kosten eine Abnahme aufweisen, so daß sie zwischen 1880 und 1897 von 114 auf 100 gefallen sind.

Wir sehen also: in den Hauptkulturländern in den letzten Jahrzehnten eine Abnahme der Preise der wichtigsten Nahrungsmittel bis auf die neueste Zeit, wo umgekehrt eine kleine Steigerung zu bemerken ist. —

Wie haben sich die Löhne entwickelt?

Die Beschaffung des lohnstatistischen Materials bietet naturgemäß noch viel größere Schwierigkeiten, als die der Statistiken der Lebensmittelpreise; in der englischen Publikation hat man sich bemüht, aus den neuesten und zuverlässigsten Lohnstatistiken eine Zusammenstellung zu machen, die mit Ausschluß der landwirtschaftlichen Arbeiter die Lohnbewegung für die Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen angeben soll:[1]

Jahr	Großbritannien	Ver. Staaten	Deutschland	Frankreich	Italien
1887	81.5	92.4	78.7	—	92
1888	83.6	93.4	79.3	—	94
1889	86.9	94.3	80.8	—	96
1890	90.1	95.5	84.4	—	98
1891	91.1	96.7	84.8	—	97
1892	89.3	96.8	84.3	—	97
1893	89.5	96.0	84.8	—	97
1894	88.7	94.8	84.9	—	98
1895	88.2	94.6	85.9	—	98
1896	89.2	94.7	88.6	96.0	98
1897	90.1	95.7	90.9	—	99
1898	92.6	95.6	94.4	—	100
1899	95.1	98.2	96.8	—	—
1900	100.0	100.0	100.0	100.0	—

Die Tabelle ergibt, daß die Lohnsteigerung am größten in Deutschland war.

---

[1] S. 275.

e) Zurückweisung einiger gegen meine Kritik erhobener Einwände.

Gegen meine kritischen Ausführungen zur Konträr- und Paralleltheorie, die ich in ähnlicher Weise bereits in meiner Schrift „Kornzoll und Sozialreform“ begründet hatte, sind einige Einwände erhoben worden.

Während Adolf Wagner,[1] Pohle,[2] v. Mayr,[3] und andere ihre Zustimmung zu meiner Kritik ausdrücklich erklärt haben, sind von anderer Seite, namentlich von Levy,[4] Arndt,[5] Schulz[6] und Dietzel[7] eine Reihe von Bedenken geltend gemacht worden.

Zunächst wurde meine Benutzung des lohnstatistischen Materials bemängelt. So sagt Levy: „Welches sind die historischen und statistischen Beweise, die Diehl ins Feld führt? Es sind die Aussagen agrarischer Interessenvertreter vom englischen Untersuchungsausschusse: einmal aus dem Jahre 1814, als die englischen Agrarier nach Aufhebung der Kontinentalsperre Kornzölle durchsetzen wollten, und dann aus den Jahren 1820—22, 1835 und 36, als die englischen Landwirte, die trotz der höchsten Kornzölle von 1835—1846 beständig notleidend waren, nach verstärktem Schutz der Landwirtschaft schrien. Das Streben der von diesen Ausschüssen vernommenen Zeugen ging dahin, vor allem ihre Forderungen zu begründen. Eines der Hauptmittel hierfür war damals wie heute, daß man behauptete, die ländlichen Arbeitslöhne seien so sehr gestiegen, daß der Getreidepreis die Produktionskosten nicht länger decke. Diehl scheint sich bei der Verwertung dieser Zeugnisse nicht bewußt gewesen zu sein, daß er es dabei mit durchaus einseitigen Aussagen zu tun habe. Wenigstens führt er, ohne sie irgend welcher Kritik zu unterwerfen, die Aussagen dieses oder

---

1 Agrar- und Industriestaat. II. Aufl. Jena 1902. S. 18.
2 Deutschland am Scheidewege. Leipzig 1902. S. 198.
3 Zolltarif-Entwurf und Wissenschaft. München und Berlin 1901. S. 5.
4 In der „Nation“ No. 50. 1901. S. 68.
5 Ebendort No. 21. 1902. S. 324.
6 Kornzoll, Kornpreis und Arbeitslohn. Leipzig 1902. S. 107 ff.
7 Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit. Jena 1903. S. 89—95.

jenes Pächters, Landagenten oder sonstigen Interessenten als klassische Zeugen an, während es sich doch bei ihnen allen um Parteiaussagen handelt, gemacht, um Interessenforderungen zu begründen, um Aussagen, die nur mit äußerster Vorsicht verwendbar sind. Wie wenig Diehl eine solche Vorsicht geübt hat, zeigt, daß er sich fast ausnahmslos mit den Angaben eines oder zweier Zeugen über die Lohnhöhe in ihrer Grafschaft begnügt hat, um den Lohn der Landarbeiter für die einzelnen in Frage kommenden Jahre zu ermitteln. Als ob zu einem statistischen Ergebnisse nicht mindestens erforderlich wäre, daß man alle aus dem Zeugenverhöre verfügbaren Angaben berücksichtigt!"

Auch Arthur Schulz[1] meint: „Seine (d. h. Diehls) Auskunftspersonen sind Partei; sie sind ferner keineswegs geschult, um so schwierige Zusammenhänge, wie sie zwischen Grundrente und Arbeitslohn bestehen, richtig zu erfassen. Des weiteren kann keine Garantie geboten werden, daß die richtigen Männer befragt und ihre Antworten vollständig zusammengetragen sind."

Von anderer Seite wird besonders die Unzulänglichkeit dieses historisch-statistischen Materials gerügt. Paul Arndt bemerkt hierzu[2]: „Die Lohnstatistik ist zu lückenhaft, und alle anderen für die Erkenntnis der Lohnbewegung in Betracht kommenden Materialien sind zu mangelhaft, als daß irgend welche genaueren Vergleichungen möglich wären. Die vorhandenen spärlichen Angaben beziehen sich fast nur auf die Geldlöhne. Die Berechnung der Reallöhne, auf die es bei unserem Problem ankommen würde, ist fast unmöglich. Vergleichungen der Reallöhne, die zu verschiedenen Zeiten verdient wurden, können nur auf Grund der allersorgsamsten Berechnungen angestellt werden. Das Material, welches Diehl anführt, ist ganz unzulänglich. Auf eine genauere Kritik der einzelnen Zahlen kann ich mich hier nicht einlassen; viele sind sehr kritiklos nebeneinandergestellt; häufig ist der Unterschied zwischen Geld- und Reallohn ganz vernachlässigt."

---

[1] S. 115. — [2] a. a. O. S. 324.

Ich bemerke dazu, daß die Benutzung dieser parlamentarischen Berichte selbstverständlich mit größter Vorsicht zu geschehen hat, glaube aber, im bisherigen und folgenden diese Vorsicht nicht außer acht gelassen zu haben — ich habe meine Beweisführung nicht allein auf die Aussagen von Zeugen, sondern auch auf vieles offizielles statistisches Material gestützt, z. B. auf die statistischen Erhebungen der betreffenden Parlamentsausschüsse und auf viele bekannte statistische Werke, wie z. B. Porter, Mc Culloch u. a. m. Soweit ich aber Zeugenaussagen benutzt habe, lag bei mir keine Gefahr vor, daß ich einseitige Interessenten zu Worte kommen lasse, da ich nicht nur Landwirte, sondern auch Fabrikanten, Bankiers usw. zitiere: vor allem aber wegen der Art, wie ich dieselben heranziehe. Ich zitiere nicht die allerdings immer wiederkehrenden Klagen über die Not der Landwirtschaft, auch nicht ihre Meinung über den Zusammenhang zwischen Grundrente, Zins und Lohn usw., sondern in der Regel nur das, was sie auf die einfache Frage, wie eine Erhöhung resp. Erniedrigung der Getreidepreise auf die Arbeitslöhne nach ihrer Erfahrung gewirkt hätte, geantwortet haben. Da sie diese Frage meist unter Vorlegung ihrer Lohn- und Wirtschaftsbücher gaben, ist die Zuverlässigkeit wohl anzunehmen; außerdem aber ziehe ich die Zeugen nicht heran, um eine bestimmte Lohntheorie z. B. die Parallel- oder Konträrtheorie zu vertreten, sondern im Gegenteil, um zu zeigen, wie mannigfaltig die Wirkungen des Standes der Getreidepreise auf die Löhne sind. Zu diesen Zwecken sind die Aussagen dieser Zeugen allerdings von Wert, weil sie zeigen, wie man sich von solchen Formeln: hoher Getreidepreis — niedriger Lohn und umgekehrt hüten soll, da sie sich mit den tatsächlichen Lohnbewegungen nicht decken.

Ich bemerke übrigens noch, daß diese Zeugenaussagen doch im allgemeinen als zuverlässig angesehen werden müssen, da die besten Autoren aus damaliger Zeit, wie Malthus, West u. a., sie ebenfalls in weitgehendem Maße benutzt haben und dies ist bis in die jüngste Zeit geschehen, z. B. auch von Levy selbst in seinen beiden neuesten Büchern. Daß das ganze lohnstatistische Material höchst lückenhaft und mangelhaft ist, will ich gern zugeben; aber es war

ausreichend, um mir für die hier vorliegende Kontroverse als Material zu dienen.

Wichtiger sind die Einwände, die gegen die von mir eingeschlagene Methode meiner Kritik gerichtet sind. Es wird von verschiedenen Kritikern betont, daß ich den „Kern" der Dietzel'schen Theorie gar nicht angegriffen hätte und wird besonders rühmend hervorgehoben, daß Dietzel der Methode der klassischen Nationalökonomie gefolgt sei. Da es sich hier um die Frage handelt, die im Mittelpunkt dieses Werkes steht: „wie weit ist die Methode der klassischen Nationalökonomie noch in der Gegenwart anwendbar?" will ich auf diesen Punkt der Kontroverse etwas näher eingehen.

So sagt Eulenburg:[1]

„Was Dietzel vor allem auszeichnet, das ist die elegante und virtuose Handhabung der deduktiven Methode, der Isolation der einzelnen Faktoren und der scharfen Analyse der Erscheinungen: er wandelt hier ganz in den Bahnen der klassischen Nationalökonomie. Durchaus mit Recht. Wenn Karl Diehl dagegen meint („Kornzoll und Sozialreform" S. 31), daß die Art des Beweises „„ein Rückfall in die fehlerhafte Methode der klassischen Nationalökonomie sei"" und seinerseits glaubt, durch einiges induktive Material eine Widerlegung gegeben zu haben, so verkennt er ganz das Wesen der Aufgabe. Es kommt der Theorie durchaus nicht darauf an, „„ein lebenswahres Bild der im wirtschaftlichen Leben sich abspielenden Interessen- und Machtkämpfe zu gewinnen.""

Das wäre die Aufgabe des Historikers. Karl Diehls ganze Beweisführung reicht daher auch an das eigentliche Problem gar nicht heran und ist im Prinzip ganz verunglückt. Denn was durch die Methode erreicht werden soll und auch nur erreicht werden kann, das ist, die Ursachenbeziehung zwischen den Erscheinungen aufzudecken und die Wirkung einer einzelnen Ursache zu verfolgen: dazu bedarf es aber der Auslösung der einzelnen Faktoren aus den anderen Zusammenhängen. Dagegen wird in der konkreten, von vielen Einflüssen beherrschten Wirklichkeit die Wirkung dieser einen Ursache

[1] Jahrbücher für Nationalökonomie 1903. II. S. 388.

immer gehemmt oder gestärkt oder auch ganz geändert werden. Das ist gegenüber den vielfachen Mißverständnissen immer von neuem zu betonen. Gerade aber die Erkenntnis jenes Kausalzusammenhanges selbst bleibt das wesentlichste Stück des Wissenschaftsbetriebes. Und Dietzel ist vollkommen im Recht, wenn er das Lohngesetz als die Kausalformel bezeichnet (S. 86), die „„die oberste Ursache darzulegen hat, von der die Verteilung der Gesamtprodukte zwischen der Klasse der Boden- bezw. Kapitalbesitzer und der Klasse der Arbeiter abhängt.““

Auch Rathgen erhebt einen ähnlichen Vorwurf:[1]

„Dietzel verfolgt die Anschauungen darüber in der älteren Literatur und entscheidet sich entsprechend obiger Ansicht für die Konträrtheorie. Wenn dabei Dietzel nach Art der älteren Nationalökonomie von den nationalen Bedingungen, unter denen sich die wirkliche Entwicklung vollzieht, ganz absieht, und wenn er nach seiner Methode der „Isolierung“ ganz abstrakt den Einfluß des Kornzolles auf den Arbeitslohn darzustellen sucht, so hat Diehl in seiner Gegenschrift leichtes Spiel, wenn er durch Zusammenstellung eines sehr hübschen tatsächlichen Materials, namentlich aus den großen englischen Enqueten von 1814/39 den Nachweis liefert, daß eine unmittelbare Abhängigkeit der Lohnhöhe vom Kornzoll und Getreidepreis nicht bestehe, da bei der Kompliziertheit des wirtschaftlichen Lebens die Lohnhöhe von zahlreichen sich durchkreuzenden Gründen, von der Konjunktur, von den ökonomischen Machtverhältnissen usw. bestimmt werde. Die ganze Ausführung Diehls scheint mir die Dietzel'sche Argumentation aber gar nicht zu treffen. Dietzel sagt selbst, daß der Kornzoll nur ein einzelner Faktor des Kornpreises sei, und dieser nur ein einzelner Faktor des Lohnes. Auch Diehl wird nicht in Abrede stellen, daß ein Kornzoll einer der Faktoren ist, die ungünstig auf die Lage der Arbeiter wirken. Wie groß diese Wirkung ist, ob sie durch andere Momente durchkreuzt werden wird, das kann man nicht nachweisen.“

Arthur Schulz bemerkt[2]: „Mit dem Satze: Sinkt die

[1] Schmollers Jahrbuch für Volkswirtschaft usw. 1902. S. 441.
[2] a. a. O. S. 112.

Produktivität, so steigt die Rente, sinkt der Lohn" " hat Dietzel kein Entwicklungsgesetz von Rente oder Lohn, auch kein „„wirtschaftliches Gesetz" " (diesen Charakter soll jener Satz erst am Schlusse vorliegender Erörterungen erhalten), sondern einen nur hypothetisch geltenden Lehrsatz, eine Kausalformel, aufgestellt, unter vielen anderen, welche die wirkliche Lohnbildung bestimmen und sich zu dem wirtschaftlichen Gesetz verhalten wie die verschiedentlichen Gipsmodelle zu dem einen Kunstwerk. Diesen vorbereitenden Charakter des Dietzelschen Satzes hat Diehl verkannt, wenn er ihm die Meinung zuschreibt, „„aus solchen Prämissen, wie er sie aufstellt, wirklich ein lebenswahres Bild der im wirtschaftlichen Leben sich abspielenden Interessen- und Machtkämpfe gewinnen zu können." "

Dietzel selbst macht folgendes geltend:[1] „In jener Schrift habe ich ausschließlich die Wirkung der Bewegung des Kornpreises auf die Lohnbewegung untersucht und dabei — weil es darauf ja allein ankommt — immer von der Wirkung auf das allgemeine Lohnniveau auf die Dauer gesprochen. Ich habe dort nachgewiesen, daß, wenn nicht andre die Lohnbewegung mit beeinflussende Faktoren, (der Kornpreis, sagte ich, sei nur „unus ex multis") in entgegengesetzter Richtung wirken, ein Steigen des Kornpreises — welches, nach der oft mißverstandenen, nie widerlegten Lehre Ricardo's, zur Voraussetzung hat ein Herabgehen der Produktivität der Kornwirtschaft (Inangriffnahme neuer minder produktiver Kornböden, stärkere Inanspruchnahme bereits bebauter Kornböden bei „„abnehmendem Ertrage" ") — ein Sinken des Lohnniveaus bewirken müsse. Umgekehrt: ein Sinken des Kornpreises — welches zur Voraussetzung hat ein Heraufgehen der Produktivität der Kornwirtschaft (Erschließung neuer produktiver Böden, Mehrproduktion auf bereits bebauten Böden, bei „„zunehmendem Ertrage" ") — ein Steigen des Lohnniveaus. Kurz: daß, ceteris paribus, Kornpreis und Durchschnittsrate des Arbeitsentgelts konträr sich bewegen.

Steigt z. B. zufolge höheren Kornschutzes der Kornpreis, so muß — ich wiederhole nochmals: ceteris paribus — das

[1] a. a. O. S. 90 ff.

Lohnniveau sinken; sinkt zufolge niedrigeren Kornschutzes der Kornpreis, so muß das Lohnniveau steigen. Was vom Kornschutz gilt, gilt — wie im Folgenden zu zeigen — vom Zollschutz allgemein. Je mehr dieser das allgemeine Preisniveau emportreibt, d. h. die Produktivität der Volkswirtschaft herabdrückt, desto mehr tendiert das Lohnniveau zur Baisse; und umgekehrt.

Diehl macht die Unterscheidung zwischen dauernder Bewegung des allgemeinen Lohnniveaus und zeitweiser Bewegung der speziellen Lohnraten nicht — und daher gelingt ihm, wie er meint und wie manche andre, welche den gleichen Fehler begangen haben, mit ihm meinen, seine „„Widerlegung"".

Er hat versucht, meine „„theoretische Spekulation"" dadurch ad absurdum zu führen, daß er zeigt, wie die Lohnraten einzelner Arten von Arbeit, an einzelnen Orten, zu einzelnen Zeiten — bisweilen operiert er sogar mit Lohnraten einer einzelnen Unternehmung! — nicht konträr, sondern parallel dem Kornpreise sich bewegt haben; bezüglich, daß solche spezielle Lohnraten stabil geblieben seien, während der Kornpreis schwankte, oder daß sie schwankten, während der Kornpreis stabil blieb." —

Daß Dietzel noch andere Momente für die Lohnbildung als maßgeblich erachtet, habe ich keineswegs übersehen, habe mich aber strikte an seine Argumentation der Formel gehalten, wonach Getreidepreiserhöhung die Tendenz zur Lohnerniedrigung auslösen müsse. Wenn Dietzel auch immer wieder betont, daß andere Tendenzen entgegengesetzt wirken können (z. B. wirtschaftliche Konjunkturen), so wiederholt er doch auch jetzt wieder, daß die Wirkung von seiten der Getreidepreiserhöhung eine mit Sicherheit festzustellende wäre: „Aber — sicher ist, daß im ersteren Falle (nämlich der Zollerhöhung) die Tendenz zur Preiserhöhung, im letzteren Falle (nämlich der Getreidepreiserhöhung) die Tendenz zur Lohnerniedrigung ausgelöst wird; daß Getreidezollerhöhung auf Preiserhöhung hinwirkt, Brotpreiserhöhung auf Lohnerniedrigung. Anders ausgedrückt: sicher ist, daß ohne jene der Preis niedriger, ohne diese der Lohn höher sein würde."[1]

[1] a. a. O. S. 91.

Gegen solche mit apodiktischer Sicherheit vorgetragene Sätze habe ich mich in meiner Kritik gewandt; wenn solche Sätze auch nur als „vorläufig" und als „hypothetisch" oder als „Teilwahrheit", hingestellt werden so sind sie darum nicht minder scharf auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Welche Wichtigkeit ihr Autor ihnen beimißt, geht daraus hervor, daß er vom Standpunkt dieser Theorie aus die Getreidezölle für sozialpolitisch verwerflich hält.

Gerade so wurden in den englischen Parlamentskämpfen um die Getreidezölle die Paralleltheorie und die Konträrtheorie je nach dem Standpunkt des Redners pro oder kontra Getreidezölle ins Feld geführt. Und dies nannte ich einen schädlichen Rückfall in die Methode der klassischen Nationalökonomie, daß man, wenn auch nur als Teilwahrheit oder als einzelne Kausalformel, solche Sätze aufstellt, die doch nur mit Hilfe sehr gekünstelter Fiktionen abzuleiten sind.

Wie hat Dietzel tatsächlich seinen Satz „bewiesen"? Im Mittelpunkt seiner ganzen Argumentation steht die Produktivität des Ackerbaues. Es werden Arbeiter angenommen, denen Boden gewisser Qualität zur Verfügung steht; und für die Lohnhöhe dieser Arbeiter ist die Produktivität des ihnen zur Verfügung stehenden Bodens maßgebend. Die Grundherren müssen nämlich den Arbeitern mindestens so viel an Lohn zahlen, als die Arbeiter selbst auf ihrem Boden ernten können. Wird nun, etwa durch Zollmaßregeln, der Anbau schlechteren Bodens ermöglicht, so wird diese schlechtere Bodenklasse die für den Arbeitslohn maßgebende. Gegen die logische Folgerichtigkeit dieser ganzen Argumentation Dietzel's hatte ich nichts einzuwenden; nur habe ich wiederholt betont, daß eine derartige Isolierungsmethode zu Irrtümern führen muß, wenn man sie auf die tatsächlichen Verhältnisse der Gegenwart anwenden will. Dietzel wagt aber diesen Sprung und führt, nachdem er an diesem fingierten Beispiel sein Lohngesetz deduziert hat, fort: „Diese Konträrbewegung von Lohn und Rente tritt, wie oben schon bemerkt, in der Wirklichkeit der letzten Dezennien so deutlich, so handgreiflich, wie nur denkbar, uns entgegen.

Der Lohn stieg, die Rente fiel in ganz Westeuropa. Die Ursache lag darin, daß die Produktivität der Volkswirtschaften

Deutschlands, Englands usw. hinsichtlich der Versorgung mit Korn stieg, indem — in Osteuropa und Übersee — Kornböden gewaltiger Ausdehnung verfügbar wurden, zur Deckung des Kornbedarfs mitherangezogen werden konnten, auf denen die Arbeit produktiver war, als auf den mindest-produktiven, unter dem Zwange steigender Ziffer mit Korn bestellten Ländereien Westeuropas. Kornböden, deren Produkt, trotz des Transportaufwands, mit geringeren Kosten (mit Aufwand eines geringeren Arbeitsquantums) auf den Markt gebracht und zu niedrigerem Preise angeboten werden konnte, als das bis dahin den Preis regulierende, einheimische Korn."

Gegen diese Art volkswirtschaftlicher Argumentation hatte ich Einspruch erhoben und halte dies aufrecht. Denn gerade wie von Ricardo wird hier von Dietzel die Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit und die Höhe des Getreidepreises als das wichtigste Kausalmoment für die Bildung von Lohn, Zins und Rente in den Vordergrund gestellt. Die Produktivität der Arbeit hat gewiß Einfluß auf die Lohnhöhe, aber in ganz anderer Weise, als dies von Dietzel angenommen wird. Und zwar so, daß die Arbeiter an der gestiegenen Produktivität teilgenommen haben, soweit und sobald sie politisch und wirtschaftlich eine Machtposition errungen haben, die ihnen erlaubt, höhere Lohnforderungen gegenüber den Arbeitgebern durchzusetzen. Von maßgebender Bedeutung war die gestiegene Produktivität der industriellen Arbeit; der Erhöhung der Industriearbeiterlöhne mußte die Erhöhung der Landarbeiterlöhne folgen, wenn auch in weitem Abstand.

Dreierlei Folgen können also mit einer Brotpreiserhöhung für den Arbeitslohn verbunden sein; entweder der reale Arbeitslohn bleibt ganz davon unberührt, oder er steigt (Paralleltheorie) oder er sinkt (Konträrtheorie).

Dietzel nimmt von diesen drei Möglichkeiten die letzte Eventualität als die sicher eintretende Tendenz an — soweit sie nicht durch Gegentendenzen durchkreuzt wird. Ich meine dagegen, daß von einer sicheren Tendenz vom Standpunkt der nationalökonomischen Wissenschaft nicht gesprochen werden darf und daß man, anstatt einer abstrakten Deduktion, hier auf die Erfahrung und die tatsächliche Lohnentwicklung zurück-

gehen muß. Dann wird man zwar nicht zu einer einfachen und glatten Lösung kommen, wohl aber zu dem Eingeständnis, daß eine „sichere" Voraussage nicht gemacht werden kann. Nur soviel wird man sagen können, daß, wenn die gewerkschaftliche und politische Macht der Arbeiterschaft keine Einbuße erleidet und die wirtschaftlichen Konjunkturen günstige bleiben, die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß die Arbeiter die Erhöhung der Lebensmittelpreise ganz oder teilweise in Form erhöhten Arbeitslohnes auf die Arbeitgeber abwälzen.

Neben diesem theoretischen Irrtum — nämlich der Wiederholung der Ricardo'schen Lehre vom Zusammenhang zwischen Lohn, Profit und Rente, nur mit dem Unterschied, daß Dietzel, da er die Malthus'sche Lehre nicht akzeptiert, zur Konträrtheorie kommt, statt zur Paralleltheorie — ist der zweite große theoretische Irrtum sein Festhalten an der Lohnfondstheorie. Auch hier ist Dietzel noch in Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie befangen, die sonst längst aufgegeben sind. Er spricht auch geradezu vom Lohnfonds, von dem die Höhe des Arbeitslohnes abhängt — allerdings hat Dietzel die Lohnfondstheorie der klassischen Schule bedeutend modifiziert:[1] „Die Nachfrage nach Arbeitsprodukten wechselt jeweilig mit dem „ „Lohnfond" " das heißt der Menge des Betriebskapitals, welches die Unternehmer bereit haben, um Arbeiter damit zu beschäftigen: das Angebot von Arbeitskräften wechselt mit der Menge der Arbeiter, welche beschäftigt werden wollen. Lohnfond ist Dividendus, Arbeiterziffer ist Divisor; je höher jener, bei Gleichbleiben dieses, desto höher der Lohn und umgekehrt." —

Womit kaufen aber die Konsumenten? fragt Dietzel und antwortet: „Unmittelbar mit Geld, mittelbar mit Produkten, die sie selbst als Produzenten gegen Geld verkaufen". Und nun schließt Dietzel weiter: wenn also z. B. durch Fernhaltung billigen ausländischen Getreides die Produktion inländischen, also teurer zu produzierenden Korns, gefördert wird, so wird das der Nation zur Verfügung stehende Gesamtprodukt

---

[1] a. a. O. S. 98.

geschmälert und folglich auch die Lohnquote der Arbeiter. „Das Gesamtprodukt ist der wahre Lohnfond. Je kräftiger es sich hebt, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, desto kräftiger hebt sich das Arbeitereinkommen".

Selbstverständlich wird der Arbeitslohn lediglich aus dem Gesamtprodukt bezahlt, gewiß wird auch das Gesamtprodukt verringert, wenn die Produktivität eines wichtigen Erwerbszweiges verringert wird; aber und dies ist der springende Punkt: ist denn notwendig der Lohn immer eine bestimmte feststehende Quote dieses Gesamtproduktes? Aus dem Gesamtprodukt werden doch auch die Zinsen, Renten, Profite und die Löhne der höheren Beamten, Angestellten usw. gezahlt; wenn das Gesamtprodukt geschmälert wird, kann sehr wohl die Schmälerung erfolgen auf Kosten der übrigen Gesellschaftsklassen.[1] Deshalb habe ich immer wieder betont, daß man für die Lohnhöhe usw. nicht eine feste, okjektiv bestimmbare Größe, z. B. die feste Quote eines Lohnfonds oder ähnliches annehmen soll, sondern habe betont, daß es darauf ankommt, welche Macht den Arbeitern gegeben ist, um eine einmal erlangte Lohnposition festzuhalten, auch wenn sich die Rentabilitäts- und Produktivitätsverhältnisse ungünstiger gestalten sollten.

Aus diesem Grunde sagte ich, daß die Nationalökonomen auf die Frage, wie eine Brotpreiserhöhung auf die Lohnhöhe wirken werde, mit einem „Ignoramus" antworten müssen.

---

[1] Auch A. Schulz begeht diesen Irrtum: „Da neue Kornzölle eingestandener- und beabsichtigtermaßen das allerwichtigste Lebensmittel verteuern sollen und verteuern werden, ohne die Herstellung der übrigen Konsumgüter der unbemittelten Klassen verbilligen zu können, so werden sie notwendig die Reallöhne herabdrücken müssen. Es gibt hier keine Möglichkeit, der Schlußfolgerung im Sinne der Konträrtheorie auszuweichen". — Die Möglichkeit ist allerdings vorhanden, wie ich im Texte zu zeigen versuchte. Ebenso vertritt auch S. die modifizierte Lohnfondstheorie: „Nimmt man nun an, daß die Arbeitskraft den gleichen Anteil am Gesamtertrage der gewerblichen Tätigkeit erhält — und für eine Steigerung spricht nicht das Geringste — so leuchtet ein, daß der Arbeitslohn unter der Herrschaft der Kornzölle nicht die Grenze seiner sonst möglichen Steigerung erreicht, vielmehr eine potentielle Minderung erfährt." Muß aber diese „Annahme" auch zutreffen? Warum soll dieser Anteil nicht erhöht werden können? Man sieht, die Konträrtheorie argumentiert stets mit unbeweisbaren Hypothesen. —

Wenn Dietzel meint:[1] „wer, mit Diehl, das resignierte „ „Ignoramus" " spricht, erklärt die theoretische Wirtschaftslehre bankerott" und Schulz ihm beipflichtend bemerkt, daß man „damit die Möglichkeit eine Nationalökonomie als Wissenschaft leugnet",[2] so glaube ich, daß dem Ansehen der national-ökonomischen Wissenschaft mehr gedient ist, wenn man offen die Grenzen ihrer Erkenntnismöglichkeit erklärt, als wenn man, wie in diesem Falle, über die Zusammenhänge zwischen Brotpreis und Arbeitslohn zu „gesetzmäßigen" Formulierungen kommt, die den Schein einer Gewißheit an sich tragen, die wir doch niemals über diese Probleme erlangen können. Die Methode der „Isolierung" habe ich keineswegs allgemein verworfen; ihre Anwendung in diesem Falle erscheint mir aber verfehlt.

[1] S. 91. — [2] S. 112.

Dritter Abschnitt.

Dogmenhistorisches zur Ricardo'schen Lohntheorie.

Das sogenannte Ricardo'sche eherne Lohngesetz ist weder der Form noch dem Inhalt nach von Ricardo zuerst begründet worden. Neu ist nur die eigentümliche Verbindung dieser Theorie mit seiner Rententheorie und dem Malthus'schen Bevölkerungsgesetz. Schon längst vor Ricardo hatte der Physiokrat Quesnay in seinem 1757 erschienenen Artikel „Grains" gesagt: „N'est-ce pas le prix commun des denrées de premier besoin qui règle le salaire des ouvriers?"[1] und in einer Note zu seinen Maximes Générales heißt es:[2] „Le salaire de la journée du manouvrier s'établit assez naturellement sur le prix du blé." Und Turgot erklärt in seinen 1766 erschienenen „Réflexions": „Der Lohn des Arbeiters ist infolge der Konkurrenz der Arbeiter untereinander auf seinen notwendigen Lebensunterhalt beschränkt. Er fristet gerade sein Dasein.

Dem einfachen Arbeiter, der nur seine Arme und seine Geschicklichkeit hat, bleibt nichts übrig, als seine Arbeitskraft an andere zu verkaufen. Er verkauft sie mehr oder weniger teuer, aber dieser mehr oder weniger hohe Preis hängt nicht von ihm allein ab: er ergibt sich aus dem Vertrage, den er mit dem schließt, der seine Arbeit bezahlt. Dieser bezahlt ihm

---

[1] Oeuvres de F. Quesnay (Ausg. Oncken. S. 217).

[2] Ebendort S. 354.

so wenig wie möglich. Und da er die Wahl zwischen einer großen Anzahl von Arbeitern hat, zieht er den vor, der am billigsten arbeitet. Die Arbeiter sind also genötigt, den Preis um die Wette zu drücken. Bei jeder Art Arbeit muß es demnach dahin kommen, und kommt es in der Tat dahin, daß der Lohn des Arbeiters sich auf das beschränkt, was zu seiner Erhaltung unbedingt notwendig ist."[1]

Die weitere Entwicklung des ehernen Lohngesetzes in der englischen Literatur bis zu David Ricardo soll hier nicht verfolgt werden. Aber ein Schriftsteller soll besonders hervorgehoben werden, dessen Ausführungen über das Lohngesetz so auffallende Ähnlichkeit mit denen Ricardo's aufweisen, daß nicht daran zu zweifeln ist, daß Ricardo seine Ausführungen benutzt hat. Die betreffenden Sätze finden sich in dem 1815 erschienenen Buche von Torrens „An essay on the external corn trade"; zwar hatte Ricardo in seinem ebenfalls 1815 erschienenen „essay on the influence" schon einige Grundzüge seiner Lohntheorie vorgetragen, aber die nähere und eingehendere Darstellung findet sich erst in seinen zwei später erschienenen „principles".

In dem Torrens'schen Werke heißt es z. B.:[2] „Der richtige Weg, die Arbeit zu betrachten, ist wie eine Ware auf dem Markt; sie hat daher wie jedes andere Ding ihren Marktpreis und ihren natürlichen Preis. Der Marktpreis der Arbeit wird bestimmt durch das Verhältnis, welches zu bestimmter Zeit und an bestimmtem Ort zwischen Nachfrage und Angebot besteht; ihr natürlicher Preis wird durch andere Gesetze bestimmt und kommt einer solchen Menge von Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens gleich, als nach der Natur des Klimas und den Gewohnheiten des Landes notwendig sind, um den Arbeiter zu erhalten und ihn in den Stand zu setzen, eine solche Familie aufzuziehen, um auf dem Markte ein unvermindertes Angebot von Arbeitskräften zu erhalten."

Eine ganze Reihe von weiteren Stellen weist eine

---

1 Betrachtung über die Bildung und die Verteilung des Reichtums. (Herausgegeben von Waentig. S. 5.)

2 London 1815. S. 62.

ebensolche frappante Ähnlichkeit mit den entsprechenden Ausführungen in Ricardo's Kapitel über den Lohn auf. Erst in der II. Auflage seiner „Principles" wies Ricardo auf Torrens hin, indem er in einer Anmerkung zu seinem Kapitel über Lohn bemerkt:[1] „Dieser ganze Gegenstand ist vorzüglich dargestellt von Major Torrens."

[1] London 1819. S. 91. Vgl. dazu auch Cannan, a. a. O. S. 243.

Viertes Kapitel.

Ricardos Lehre vom Zins und Unternehmergewinn.

Erster Abschnitt.

Darlegung der Ricardo'schen Lehre vom Zins und Unternehmergewinn.

1. Wesen und Ursprung des Profits.

Als dritten Einkommenszweig — neben Lohn und Rente — betrachtet Ricardo den Kapitalprofit. Oder richtiger: er betrachtet die Bewegung des Kapitalprofits; er will die „Gesetze" feststellen, wonach der Profit sich verändert. Da nach Ricardo die Bewegung des Profits auch die Bewegung des Zinses bestimmt, so ist für ihn die Untersuchung des Profits gleichbedeutend mit der des Zinses; wie überhaupt in dem ganzen Kapitel „On profits" Zins und Unternehmergewinn einer gemeinsamen Betrachtung unterworfen werden. Wie sehr für ihn die Zinsbewegung als von der Gewinnbewegung beherrscht angesehen wird, ergibt sich aus einer Stelle seiner Schrift „on protection to agriculture". Dort nimmt er die Bank von England in Schutz gegen den Vorwurf, daß sie nicht ihr Geld zu 4% ausleihe und dadurch den Zins zugunsten der Landwirtschaft erniedrige; dies sei, meint er, gar nicht möglich, weil die Zinshöhe bestimmt werde vom Gewinn in Kapitalunternehmungen:[1] „Ich glaube, daß kein Betrag von Darlehen, welche die Bank hergeben wollte und kein Grad von Niedrigkeit des Zinses, zu welchem sie ausleihen wollte, die dauernde Zinsrate auf dem Markte ändern könnte. Der Zins wird

[1] S. 474.

bestimmt hauptsächlich durch die Gewinne, welche durch die Verwendung des Kapitals erzielt werden können —; er kann durch keine Bank, noch durch irgend eine Vereinigung von Banken beherrscht werden —". „Der Geldzinsfuß wird nicht durch den Zinsfuß, zu welchem die Bank borgt, sei er nun 5, 4, oder 3%, bestimmt, sondern durch den Gewinnsatz, welcher durch die Kapitalverwendung bezogen werden kann, und der von der Menge oder dem Tauschwerte des Geldes völlig unabhängig ist."[1] „Zu welchen Absurditäten", sagt er an anderer Stelle,[2] „führt uns diese Theorie, daß der Landeszinsfuß abhängig wäre vom Bankzinsfuß! Die Banken wären — wenn dies möglich wäre — mächtige Institutionen! Indem sie Papiergeld ausgeben und es zu 3 oder 2% unter dem herrschenden Zinsfuß ausleihen, würde die Bank die Handelsgewinne in demselben Verhältnis vermindern; und wenn sie patriotisch genug wäre, ihre Noten zu einem Zinse zu verleihen, der nicht höher wäre, als notwendig wäre, um die Kosten für ihre Herstellung zu decken, würden die Profite noch weiter vermindert; keine Nation, außer durch ähnliche Mittel, könnte mit uns konkurrieren, wir würden den Welthandel monopolisieren."

In einer Sitzung des Unterhauses (am 18. Februar 1822) sagte er einmal: „Die Zinsrate hängt vom Profit ab, den man bei Anlage des Kapitals erzielen kann; und dieser hängt von den Arbeitslöhnen ab, die in der Hauptsache durch den Preis der Nahrungsmittel bestimmt werden."[3]

Nur vorübergehende Abweichungen der Zins- und Profitrate gibt Ricardo zu: „Sie glauben", schreibt er einmal an Malthus[4] „daß der niedrige Preis der Arbeit, der neulich bestanden hat, meiner Theorie widerspricht, daß die Profite von den Löhnen abhängen, weil die Zinsrate zur selben Zeit sehr niedrig war. Wenn Zins und Profite unveränderlich sich im selben Grade und in derselben Richtung bewegten, könnte meine Theorie mit Recht widerlegt werden; aber ich halte dies keineswegs für richtig. Obwohl der Zins zweifellos

---

[1] princ. 220. (332.) — [2] High price of bullion. S. 286. — [3] Hansard parl. Deb. N. S. Vol. VI. — [4] B. W. I. S. 142.

letztlich durch die Profite geregelt wird, so daß er steigt, wenn diese hoch sind, und fällt, wenn diese niedrig sind, so verstreicht doch beträchtliche Zeit, während der eine niedrige Zinsrate mit einer hohen Profitrate verträglich ist; und dies ist allgemein der Fall, wenn das Kapital von den Anlagen des Krieges zu denen des Friedens übergeht" —.

Über den Ursprung des Profits (d. h. im Sinne von Zins und Unternehmergewinn) gibt Ricardo nur sehr sporadische Erklärungen: das Problem, woher es komme, daß außer dem Lohn und der Rente noch ein Anteil auf das mitwirkende Kapital entfällt, hat er nur gestreift, aber nirgends gründlich erörtert.

Er begnügt sich mit folgenden Bemerkungen. In dem Kapitel über den Wert spricht er von dem verschiedenen Werte von Gütern, deren Produktion eine verschiedene andauernde Verwendung von Kapital erfordere, und erklärt diese Wertdifferenz so:[1] „Die Wertdifferenz entspringt in beiden Fällen den Profiten, die als Kapital angesammelt sind, und ist nur eine Vergütung für die Zeit, während welcher die Profite vorenthalten wurden." Ferner kommt folgende Ausführung in Betracht:[2] „Niemand sammelt etwas an, außer mit der Absicht, seine Ansammlung produktiv zu machen, und nur bei dieser Anwendung wirkt sie auf die Profite. Ohne einen Beweggrund könnte es keine Ansammlung geben, und folglich könnte ein solcher Preisstand nie eintreten. Der Pächter und Gewerbetreibende können ebensowenig ohne Profit leben, wie der Arbeiter ohne Löhne. Ihr Beweggrund zur Ansammlung wird sich mit jeder Verminderung des Profits verringern, und wird ganz verschwinden, wenn ihre Profite so niedrig sind, daß sie ihnen keine entsprechende Entschädigung für ihre Mühe und ihr Risiko einbringen, das sie notwendigerweise bei der produktiven Anlage ihres Kapitals laufen."

An anderer Stelle drückt er dies so aus:[3] „Es kann in einem Lande kein Kapitalbetrag angesammelt werden, welcher nicht hervorbringend angelegt werden kann, es sei denn, daß

---

[1] princ. 25 (26). [2] princ. 68 (94). [3] princ. 175 (258).

der Arbeitslohn infolge des Steigens der Preise der Bedürfnisse dermaßen in die Höhe ginge und folglich so wenig als Kapitalgewinst übrig bliebe, daß der Beweggrund zur Kapitalansammlung verschwände."

2. Die Durchschnittsprofitrate.

Was die Höhe des Profits anlangt, so unterscheidet Ricardo, ebenso wie er die Marktpreise vom natürlichen Preise unterscheidet, die zufälligen und vorübergehenden Gewinne von der allgemeinen oder Durchschnittsprofitrate. Er meint, daß auf die Dauer sich die verschiedenen Kapitalgewinne in den verschiedenen Erwerbszweigen zu einem Durchschnittsgewinn immer wieder ausglichen.

In solche Erwerbszweige, wo besonders hohe Gewinne erzielt würden, strömten sofort Kapitalien in solcher Menge ein, daß der Gewinn wieder herabgedrückt würde: „Man wird natürlich mit 10% Gewinn nicht zufrieden sein, wenn man durch Zurückziehung dieses Kapitals einen Gewinn von 15% machen kann. Diese rastlose Begierde auf Seiten aller Kapitalanwender, ein weniger einträgliches Geschäft für ein gewinnbringendes einzutauschen, hat eine starke Tendenz, die Profitrate aller auszugleichen, oder sie in solchen Verhältnissen festzusetzen, daß sich nach der Schätzung der Parteien ein Vorteil, welchen einer vor dem anderen voraus hat, oder zu haben scheint, ausgleicht."[1]

Auch die Gewinne, die in der Landwirtschaft erzielt werden, sollen den in der Industrie erzielten gleich sein: „Es ist unmöglich", schreibt er einmal an Malthus,[2] daß die landwirtschaftlichen Profite wesentlich von den gewerblichen Profiten abweichen. Ricardo macht allerdings selbst eine Reihe von Einschränkungen, die sein Gesetz der Ausgleichungstendenz der Profite erfahren müsse:[3] „Ein Sinken des allgemeinen Gewinnsatzes ist gar nicht unvereinbar mit einem besonderen Steigen der Profite in besonderen Unternehmungen. Gerade durch die Ungleichheit der Profite wird Kapital aus einer Anlage in die andere gezogen. Während der allgemeine Gewinnsatz im Fallen ist und

[1] princ. 47 (62). — [2] B. W. I. 79. — [3] princ. 66 (91).

infolge der Erhöhung des Arbeitslohnes und der zunehmenden Schwierigkeit, die wachsende Bevölkerung mit den Bedürfnissen zu versorgen, allmählich auf einen niedrigeren Stand kommt, kann doch der Gewinn des Pächters, für eine Zwischenzeit von einiger geringer Dauer, über dem früheren Stande sein. Es kann ebenso auch einem besonderen Zweige des ausländischen und Kolonialhandels auf eine gewisse Zeit ein außerordentlicher Sporn gegeben werden."

Auch auf die von A. Smith schon hervorgehobenen Unterschiede im Gewinnsatze infolge des verschiedenen Ansehens der Gewerbszweige usw. weist er hin:[1] „Es soll nicht gesagt sein, daß die Profitraten in der Landwirtschaft und in der Industrie genau dieselben seien, aber sie werden in einem bestimmten Verhältnisse zueinander stehen. Adam Smith hat erklärt, warum die Profite etwas geringer sind in einigen Kapitalanlagen, als in anderen, gemäß ihrer Sicherheit, Sauberkeit, ihres Ansehens usw. Welches dieses Verhältnis sei, ist für meinen Satz nicht wesentlich, da ich nur zu beweisen wünsche, daß die Profite vom landwirtschaftlichen Kapital nicht wesentlich sich ändern können, ohne eine ähnliche Änderung der Profite der im Gewerbe oder im Handel angelegten Kapitalien zu bewirken."

Auch die Monopolgewinne von Unternehmern und Erfindern erwähnt Ricardo:[2] „Ich leugne nicht, daß der erste Entdecker eines neuen und besseren Marktes eine zeitlang, bevor der Mitbewerb sich geltend macht, ungewöhnliche Profite erwirbt. Er mag entweder die Ware, welche er exportiert, zu einem höheren Preise verkaufen, als die, welche den neuen Markt nicht kennen, oder er mag die eingeführten Waren zu einem billigeren Preise kaufen. Solange er oder die wenigen anderen, ausschließlich diesen Handel treiben, werden ihre Profite über dem Stand des allgemeinen Profits stehen. Aber ich spreche von dem allgemeinen Profit und nicht von dem besonderen Profite einiger Menschen; und ich zweifle nicht, daß sobald dieser Handel allgemein bekannt und getrieben

---

[1] Influence 372. — [2] Influence 380.

wird, ein solcher Preissturz in den importierten Waren infolge des größeren Vorrats eintreten wird, daß ihr Verkauf nur den gewöhnlichen Gewinn bringen wird."

Auch auf besondere Gründe von Veränderungen im Zinssatze — unabhängig vom Gewinnsatze — weist Ricardo hin:[1] „Die Zinsrate, obgleich letztlich und dauernd durch die Gewinnrate beherrscht, unterliegt trotzdem zeitweiligen Änderungen aus anderen Ursachen. Mit jeder Schwankung in der Menge und dem Werte des Geldes, verändern sich natürlich die Warenpreise. Sie verändern sich auch, wie wir bereits gezeigt haben, infolge der Veränderung in dem Verhältnisse von Angebot und Nachfrage, obwohl weder größere Leichtigkeit noch Schwierigkeit der Erzeugung vorliegt. Wenn die Marktpreise der Güter wegen übergroßen Vorrats, wegen verminderter Nachfrage, oder wegen eines Steigens im Geldwerte fallen, so häuft natürlich ein Gewerbetreibender eine ungewöhnlich große Masse von fertigen Waren an, da er nicht gewillt ist, sie zu sehr gedrückten Preisen zu verkaufen. Um seine regelmäßigen Zahlungen zu leisten, wofür er in der Regel vom Verkaufe seiner Waren abhängig ist, sucht er nun Kredit zu erlangen, und ist oft genötigt, eine erhöhte Zinsrate zu bewilligen. Dies ist aber nur vorübergehend; denn entweder waren die Erwartungen der Gewerbetreibenden wohl begründet, und der Marktpreis seiner Güter geht in die Höhe, oder er entdeckt, daß eine dauernd verminderte Nachfrage vorhanden ist, und er widersteht nicht länger dem Laufe der Dinge: die Preise fallen und Geld und Zins erhalten wieder ihren wirklichen Wert."

Ricardo hält sogar eine internationale Gewinnausgleichung für möglich, wenn alle Länder zum Freihandel übergehen:[2] „Ich zweifle nicht, daß wenn freie Korneinfuhr in diesem Lande gestattet ist, insoweit dadurch fremdes Kapital in ein fremdes Land eingeführt wird, dies dahin führen wird, die fremden Gewinne herabzudrücken und wenn die ganze Erde mit derselben Geschicklichkeit bebaut würde, würde die Profitrate überall dieselbe sein, obwohl die entwickeltere Industrie und

[1] princ. S. 179 (263). — [2] B. W. I. S. 58.

Intelligenz einzelner Länder ihnen einen größeren Vorrat an anderen Waren verschaffte."

3. Arbeitslohn und Profit.

Was lehrt Ricardo über die Höhe des Profits? Die Höhe des Profits hängt ausschließlich ab von der Höhe des Arbeitslohnes. Angenommen, der Pächter habe nach Zahlung der Rente an den Grundherrn für sein Getreide 720 £ erlöst, so muß er diese Summe verteilen zwischen Arbeitslohn und Profit; für den Profit ergibt sich nach Ricardo folgendes: „Einerseits kann der Gewinn nie so hoch steigen, daß er soviel von jenen 720 £ verschlänge, daß nicht genug übrig bleibe, um die Arbeiter mit den unumgänglichen Bedürfnissen versehen zu können — anderseits kann der Arbeitslohn niemals so hoch steigen, daß kein Teil von jener Summe als Gewinn übrig bliebe."[1]

In diesem Kampfe zwischen Arbeitslohn und Profit wird — nach Ricardo — der Profit allmählich immer mehr verkleinert, der Arbeitslohn, wenn auch nur dem Nominalbetrage nach, immer mehr erhöht. Steigen des Lohns und Fallen des Profits stehen so im engsten Zusammenhang: „Ich kenne keine Ursache des Sinkens des Profits," schreibt er einmal an Malthus,[2] „als das Steigen des Arbeitslohns."

Die Tendenz zum Sinken der Durchschnittsprofitrate erklärt Ricardo aus dem Gesetz der steigenden Rente. Der Gang der Entwicklung ist nach ihm so: die steigende Bevölkerungsziffer zwingt zum Übergang zu immer schlechteren Böden; dies bedingt immer höhere Produktionskosten desjenigen Getreides, dessen Produktion für den Getreidepreis maßgebend wird; die Folge ist Steigen des Getreidepreises und Steigen der Rente der begünstigten Bodenklassen; infolge des Steigens des Getreidepreises muß der Arbeitslohn steigen und dadurch der Anteil der Kapitalisten sinken.

„Das natürliche Streben des Gewinnes ist demnach, zu sinken; denn bei dem Fortschreiten der Gesellschaft und des

---

[1] princ. S. 63 (87). — [2] B. W. I. S. 197.

Volkswohlstandes erlangt man den erforderlichen Mehrbedarf an Nahrungsmitteln durch Aufopferung von mehr und mehr Arbeit."[1]

Würden die Mittel zur Unterhaltung der Arbeit — meint Ricardo[2] — verdoppelt, verdreifacht oder vervierfacht, dann würde es nicht lange seine Schwierigkeit haben, sich die erforderliche Händezahl zu verschaffen, um sie mit diesen Mitteln zu beschäftigen; aber wegen der steigenden Schwierigkeit, die Nahrungsmittel des Landes fortwährend zu vermehren, würden Mittel von demselben Tauschwerte wahrscheinlich nicht dieselbe Menge von Arbeit unterhalten. Könnte man die Bedürfnismittel des Arbeiters beständig mit derselben Leichtigkeit vermehren, so könnte es keine dauernde Veränderung im Gewinn- oder Lohnsatze geben, zu welchem Betrage auch immer Kapital angesammelt werden möchte.

Von diesem Grundsatz läßt Ricardo nur eine — auch nur vorübergehende — Abweichung gelten:[3] „Es gibt nur einen einzigen Fall, der aber auch nur zeitweise eintritt, in welchem die Kapitalansammlung bei niedrigem Preise der Nahrungsmittel von einem Sinken der Gewinne begleitet sein kann; und dies ist, wenn die Mittel zur Unterhaltung der Arbeit viel schneller zunehmen, als die Bevölkerung — der Arbeitslohn wird alsdann hoch und der Gewinn niedrig sein."

In einer parlamentarischen Rede erklärt er einmal den niedrigen Zinsfuß in England durch den beschränkt vorhandenen Boden. Als in der Sitzung des Unterhauses vom 16. Dezember 1819 die Diskussion auf die Notlage des Landes kam, sagte Ricardo:[4] „Nehmen wir ein Land mit zahlreicher Bevölkerung, großem Kapital und begrenzt vorhandenem Boden, so werden die Profite des Kapitals dort kleiner sein, als in einem bevölkerten Lande mit geringerem Vorrat an Kapital und mit einer größeren Menge verfügbaren Bodens. Unser Land hat viel Kapital, aber eine wachsende Bevölkerung und eine notwendig begrenzte Bodenmenge; natürlich müssen hier die

---

[1] princ. 66 (92). — [2] princ. 174 (256). — [3] princ. 176 (260).
[4] Hansard, Parl. Deb. Vol. XLI.

Profite niedriger sein, als in Ländern, welche diese Beschränkung nicht haben; trotzdem blieb das Kapital hier, obwohl die Profite niedriger waren, nicht nur weil die Menschen eine Beruhigung dabei finden, ihr Eigentum unter ihrer Obhut zu haben, sondern auch weil man in die Sicherheit anderer Länder nicht dasselbe Vertrauen setzt; sobald aber andere Länder durch ihre Gesetze und Einrichtungen größeres Vertrauen einflößten, würde der Kapitalist bewogen werden, sein Kapital aus England fortzunehmen nach einem Gebiet, wo größere Profite zu erzielen sind."

Trotz des niedrigen absoluten Profitsatzes könnte die Lage nach Ricardo doch für den Kapitalisten um deswillen vorteilhaft sein, weil der Gesamtbetrag der von ihm bezogenen Gewinne höher sein könnte, als der Betrag bei höherem Zinsfuße (aber geringerem Kapitale) wäre. Dies hält Ricardo aber nur innerhalb gewisser Grenzen für richtig: „Gesetzt also, es falle bei wiederholten Kapitalanhäufungen von 100000 £ der Gewinnsatz von 20 auf 19, auf 18, auf 17% mit beständiger Abnahme, so dürften wir erwarten, daß der Gesamtbetrag dieser Gewinne, welche diese aufeinander folgenden Kapitaleigentümer beziehen, fort und fort im Zunehmen sei, daß er größer sein würde, wenn das Kapital 200000 £, als wenn es 100000 £ wäre; noch größer, wenn es 300000 £ wäre; und so fort immer mit jeder Vergrößerung des Kapitals zunehme, wenn auch mit einem abnehmenden Gewinnsatze. Allein diese zunehmende Reihe ist nur für eine gewisse Zeit lang richtig; so sind 19% von 200000 £ mehr, als 20% von 100000 £, ferner 18% von 300000 £ mehr, als 19% von 200000 £ — aber nachdem Kapital zu einem großen Betrage angesammelt und der Gewinn gefallen ist, verringert die fernere Ansammlung den Gesamtgewinnsatz. So nehme man an, die Ansammlung betrage 1000000 £ und der Gewinnsatz 7%; wird nun zu jener Million noch ein Kapitalzusatz von 100000 £ gemacht und sinkt der Gewinn auf 6%, so werden die Kapitaleigentümer 66000 £ oder 4000 £ weniger, als vorher beziehen, obgleich der Gesamtbetrag des Kapitals von 1000000 £ auf 1100000 £ erhöht worden ist."[1]

[1] princ. 69 (97).

Das einzige Mittel, zu einer Erhöhung der Profitrate zu kommen, erblickt Ricardo in einer Verbilligung des Getreides: „Es ist richtig," schreibt er an Malthus,[1] „daß die Profitrate abhängt von dem spärlichen oder reichlichen Vorrat an Kapital, verglichen mit den Mitteln, ihn nutzbringend zu verwerten — und diese Mittel werden, wie Sie sagen, nach den gewöhnlichen Grundsätzen von Nachfrage und Angebot vermehrt entweder durch eine Verminderung von Kapital, oder durch eine Ausdehnung des Marktes dafür. — Unsere Untersuchung geht tatsächlich darauf, welches die Ursachen der Ausdehnung des Marktes sind, und ich glaube, daß die mächtigste und diejenige, welche allein dauernd wirkt, das Sinken des relativen Werts der Nahrungsmittel ist."

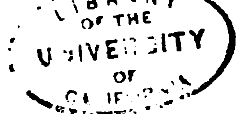
Die übliche Erklärung, die sich auch bei A. Smith findet, daß der Rückgang des Zinses durch die größere Ansammlung des Kapitals zu erklären sei, die nach dem bekannten Prinzip von Nachfrage und Angebot zu einer allmählichen Verringerung der Zinsrate führen müsse, hält Ricardo für falsch. Der Kritik dieser Auffassung widmet er das Kapitel 21: „Wirkungen der Kapitalansammlung auf Gewinste und Zinsen."

Ricardo hält die Erweiterung der Bedürfnisse des Menschen für unbegrenzt, daher sei auch in immer wachsendem Maße Gelegenheit zu nutzbringender Verwertung des Kapitals vorhanden; das einzige Hindernis, welches sich in den Weg stellte, sei die Erschwerung der Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Arbeiter.

Über die unbegrenzte Vermehrungsfähigkeit menschlicher Bedürfnisse bemerkt er folgendes:[2] „Es kann zuviel von einer einzelnen Ware produziert werden, wenn solcher Überfluß auf dem Markt vorhanden sein mag, daß nicht das darauf verwandte Kapital zurückbezahlt wird; aber dies kann nicht der Fall sein mit allen Waren. Die Nachfrage nach Getreide ist beschränkt durch die Münder derer, die es verzehren; nach Schuhen und Stöcken durch die Personen, die sie tragen sollen; aber obgleich ein Gemeinwesen, oder ein Teil eines Gemein-

---

[1] B. W. I. S. 99. — [2] princ. S. 172 (259).



wesens, so viel Getreide und so viele Röcke haben mag, als es zu verbrauchen fähig ist oder wünscht, kann dasselbe nicht von jeder anderen durch die Natur oder die Kunst hervorgebrachten Ware gesagt werden. Einige würden mehr Wein konsumieren, wenn sie die Möglichkeit hätten, ihn sich zu verschaffen. Andere, die genug Wein haben, würden mehr oder bessere Möbel haben wollen. Andere könnten wünschen, ihre Landgüter zu verschönern oder ihre Häuser zu erweitern. Der Wunsch, alles dieses oder einen Teil davon zu tun, ist in jedermanns Brust eingepflanzt; nichts ist erfordert, als die Mittel und nichts kann diese Mittel gewähren, außer eine Vermehrung der Produktion. Wenn ich Nahrung und andere Lebensbedürfnisse zu meiner Verfügung hätte, so würde es mir nicht lange an Arbeitern fehlen, die mich in den Besitz mancher von den Gegenständen setzen, die mir am nützlichsten oder erwünschtesten sind. Ob diese Vermehrung der Erzeugnisse und die daraus erwachsende Nachfrage die Gewinne herabsetzen wird, oder nicht, hängt ganz allein vom Steigen des Arbeitslohnes ab; und das Steigen des Arbeitslohnes, ausgenommen für kurze Zeit, wieder von der Leichtigkeit, womit die Nahrungs- und anderen Bedürfnismittel der Arbeiter hervorgebracht werden."

Auch andere für das Sinken des Profits vorgebrachte Gründe weist Ricardo zurück; so wendet er sich in dem Kapitel über den auswärtigen Handel ausdrücklich gegen die Meinung, als ob der Gewinnsatz erhöht werden könnte durch bessere Arbeitsteilung, durch Erfindung von Maschinen, durch verbesserte Straßen und Kanalanlagen, oder durch Mittel der Abkürzung der Arbeitszeit — sei es in der Produktions- oder in der Transporttätigkeit. „Dies sind Ursachen" — erklärt Ricardo[1] — „die auf den Preis wirken und nie verfehlen, für die Konsumenten höchst wohltätig zu sein, da sie dieselben in den Stand setzen, mit derselben Arbeit oder mit dem Tauschwert des Erzeugnisses derselben Arbeit, im Tausche eine größere Menge der Ware zu erhalten, bei welcher die Verbesserung stattfand. Auf der anderen Seite erhöht jede Verminderung der Löhne die Profite, aber bewirkt keine Änderung in den

[1] princ. 75 (105).

Preisen der Waren. Das eine ist vorteilhaft für alle Klassen, denn alle Klassen sind Konsumenten; das andere ist nur vorteilhaft für die Produzenten; sie gewinnen mehr, aber alle Dinge behalten ihren früheren Preis. Im ersten Falle erhalten sie dasselbe wie zuvor; aber alles, wofür sie ihre Gewinne verwenden, hat im Tauschwerte abgenommen."

4. Der Kapitalprofit und der auswärtige Handel.

Ausführlich behandelt Ricardo auch die Frage, ob durch den erhöhten Kapitalprofit, der im auswärtigen Handel erzielt wird, die einheimische Durchschnittsprofitrate erhöht werde; im Gegensatz zu A. Smith verneint er diese Frage. Zwar stimmt er mit Smith darin überein, daß die Gewinnsätze der verschiedenen Kapitalanlagen sich gleichzusetzen strebten, aber während Smith behauptet, daß diese Gleichsetzung durch das allgemeine Steigen auf einen höheren Satz (infolge der höheren auswärtigen Profitrate) erfolge, meint Ricardo, daß der Gewinnsatz des begünstigten Geschäftszweiges alsbald wieder auf den niedrigeren allgemeinen Gewinnsatz herabginge —.[1]

A. Smith hatte folgendes für seine Behauptung angeführt: Durch die Beteiligung des Kapitals an den vorteilhafteren auswärtigen Anlagen werde Kapital aus anderen Anlagen herausgezogen; wenn also auf den Getreidebau, auf Tuch-, Hut-, Schuhmacherei usw. weniger Kapital verwendet werde, als früher, während die Nachfrage danach gleichbliebe, so werde der Preis dieser Waren so erhöht, daß der Pächter, Hutmacher, Tuchmacher und Schuster ebenso wie der am Außenhandel beteiligte Kaufmann höhern Gewinn bezögen.

Dagegen argumentiert Ricardo folgendermaßen. Er stellt zunächst in Abrede, daß notwendigerweise weniger Kapital dem Getreidebau, der Tuch-, Hut-, Schuhmacherei usw. gewidmet werde, so lange nicht die Nachfrage nach diesen Gütern abnähme. Im Übrigen könne beides der Fall sein: zum Einkaufe der auswärtigen Güter könnte entweder ein gleicher, oder ein größerer oder ein kleinerer Teil der Erzeugnisse des

---

[1] princ. 72 (101).

Bodens und der Arbeit von England wie vorher verwendet werden.

1. Wird ein gleicher Teil verwendet, wie früher, so wird auch die Nachfrage nach Tuch usw. gleichbleiben und ebensoviel Kapital auf diese Produktionszweige verwandt.

2. Wird infolge des billigeren Preises der auswärtigen Waren ein geringerer Teil zum Ankaufe fremder Waren verwendet, so bleibt um so mehr Kapital zur Anschaffung anderer Dinge übrig. Also Folge: wachsende Nachfrage nach Hüten, Schuhen, Getreide usw. nebst größerem Kapitalvorrat für diese Produktion: daher kein Anlaß zum Steigen der Preise oder der Gewinne.

3. Wird mehr von den Erzeugnissen des Bodens und der Arbeit von England zum Ankaufe auswärtiger Güter verwendet, so bleibt weniger zum Ankauf anderer Dinge übrig; es wird Kapital aus der Schuhmacherei usw. herausgezogen und auf die Erwerbung auswärtiger Waren verwandt; die Nachfrage aber zusammengenommen, das heißt für in- und ausländische Waren zusammen, bleibt dieselbe wie vorher, und für den Tauschwert ist im Einkommen und Kapital des Landes die Grenze gesteckt.

Nur in einem Falle könne der auswärtige Handel zu einer Erhöhung des Profits führen; wenn nämlich durch den Import billigerer Nahrungsmittel oder anderer Bedürfnisse des Arbeiters der Arbeitslohn eine Herabsetzung erführe; dann werde infolge des Fallens der Arbeitslöhne auch ein Steigen der Gewinne eintreten. Werden dagegen die Güter, die infolge der Ausdehnung des auswärtigen Handels billiger werden, nur von Reichen verzehrt, so wird keine Änderung im Gewinne stattfinden, da der Arbeitslohn nicht davon berührt werde, daß Wein, Samt, Seide und andere kostbare Güter etwa um 50% im Preise fallen.

Ricardo schließt die Ausführungen über den Zusammenhang zwischen auswärtigem Handel und Gewinnhöhe mit folgendem Satz:[1] „Der auswärtige Handel, obwohl im hohen Grade wohltätig für ein Land, da er den Betrag und die Auswahl an Gegenständen vermehrt, wofür das Einkommen ausgegeben

[1] princ. 75 (105).

wird, und da er, durch die Menge und die Billigkeit der Waren, zum Sparen und zur Anhäufung von Kapital anregt, hat keine Tendenz, die Kapitalprofite zu erhöhen, außer wenn die importierten Waren solche sind, wofür die Arbeitslöhne ausgegeben werden."

Die „natürliche" Entwicklung des Profits zum Sinken hält Ricardo für schädlich; — viel besser wäre es, wenn infolge billiger Getreidepreise und hierdurch erniedrigter Löhne die Profite stiegen; gegen einen zu hohen Stand des Kapitalzinses hat Ricardo deshalb kein Bedenken, weil er für diesen Fall selbst vor staatlichen Maßnahmen zur Beschränkung des Zinses nicht zurückschrecken würde. Diese Stelle, die zeigt, wie Ricardo gelegentlich auch stärksten Staatseingriffen nicht abgeneigt ist, und auf die ich in anderem Zusammenhange noch zurückkomme, findet sich in dem Kapitel: „Malthus' Ansichten über die Rente":[1] „Daß der Kapitalbesitzer von einem großen Sinken des Kornpreises Vorteil hat, kann nicht bezweifelt werden; aber wenn niemand sonst geschädigt wird, so liegt kein Grund vor, warum Korn verteuert werden sollte; denn die Gewinne des Kapitalbesitzers sind nationale Gewinne und vermehren, wie alle anderen Gewinne, den wirklichen Wohlstand und die Macht des Landes. Wenn dieselben in ungerechter Weise Vorteil erlangen, so sollte der Grad, in welchem dies geschieht, genau ermittelt werden, und dann ist es Sache der Gesetzgebung, ein Abhilfemittel zu ersinnen; aber keine Staatsmaßregel kann unkluger sein, als uns von den großen Vorteilen auszuschließen, die mit billigerem Korn und reichlicher Produktion verbunden sind, nur deshalb weil der Kapitalbesitzer einen ungebührlichen Anteil an der Vermehrung empfinge."

Noch rückhaltsloser zugunsten hoher Profite spricht sich Ricardo in seiner Abhandlung „On protection to agriculture" aus; dort sagt er:[2] „Ein Argument, das von einem sehr einsichtsvollen Mitglied des Parlaments während einer Diskussion über den Bankzinsfuß angeführt wurde, war ein ziemlich seltsames: er sagte, daß die Bank von Frankreich und andere Nationalbanken, zu einem niedrigeren Zinse ausleihen, und daß daher die Bank

---

[1] princ. 258 (393). — [2] S. 474.

von England es auch tun sollte. Ich kann keinen Zusammenhang zwischen seinen Vordersätzen und Schlüssen finden. Die Bank von Frankreich sollte sich durch den Marktsatz des Zinses und Profits in Frankreich, die Bank von England durch den Marktsatz in England leiten lassen. Der eine mag vom anderen sehr verschieden sein. Aus seiner ganzen Argumentation sollte ich entnehmen, daß er eine niedrige Zinsrate an sich für wohltätig für ein Land ansieht. Ich glaube, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Eine niedrige Zinsrate ist ein Symptom von großer Kapitalanhäufung; aber es ist auch ein Symptom von niedriger Profitrate und von einer Annäherung an einen stationären Stand, bei welchem der Wohlstand und die Hilfsmittel eines Landes keine Vermehrung mehr zulassen. Da alle Ersparnisse aus Gewinnen gemacht werden, und da ein Land am glücklichsten ist, wenn es in einem rasch fortschreitenden Zustande sich befindet, können Profit und Zins nicht zu hoch sein. Es würde in der Tat ein schwacher Trost sein für ein Land mit niedrigem Zins und niedrigem Profit, daß die Grundherrn in der Lage sind, ihre Hypotheken mit kleinen Opfern zu erlangen. Nichts trägt so sehr zum Glück und Gedeihen eines Landes bei, als hoher Profit."

Zweiter Abschnitt.

Kritik der Ricardo'schen Lehre vom Zins und Unternehmergewinn.

So ausführlich Ricardo über Wert, Rente und Lohn handelt, so dürftig und unfertig sind seine Ausführungen über den Profit. Schon allein der Umstand, daß Ricardo unter dem Namen „Profit" Zins und Unternehmergewinn zusammen behandelt, läßt ein tieferes, theoretisches Eingehen auf jedes der beiden Probleme, sowohl das des Zinses als das des Unternehmergewinnes, als unmöglich erscheinen. Denn eine gesonderte Behandlung beider Einkommensarten ist unbedingt nötig. Wenn auch zuzugeben ist, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen der Höhe des Zinses und der Höhe des Unternehmergewinnes besteht, so ist dieser Zusammenhang nicht so eng, wie Ricardo annimmt. — Vor allem aber ist trotz dieses Zusammenhanges eine völlig gesonderte theoretische Betrachtung beider Phänomene unentbehrlich, wenn nicht die disparatesten Dinge mit einander verquickt werden sollen.

Der Versuch, eine Theorie des Kapitalprofits zu liefern d. h. zu erklären, wie neben dem Arbeitslohn noch ein besonderer Anteil für die Mitwirkung des Kapitals in Anrechnung zu bringen ist, ist denn auch kläglich genug ausgefallen; denn die flüchtigen Andeutungen, daß der Profit nötig wäre als Beweggrund zur Ansammlung von Kapital, oder daß er eine Entschädigung für die Mühe und das Risiko des Kapitalisten

darstelle, kann als ernsthafte Begründung eines so schwierigen Problems nicht betrachtet werden.

Ricardo hätte allen Anlaß gehabt, diesem Problem seine ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden: er, der so viel Nachdruck auf seine, wenn auch noch so sehr verklausulierte Theorie legte, daß die Arbeit Quelle und Maßstab des Güterwertes sei, hätte so gründlich wie möglich die Erscheinung prüfen müssen, woher der dem Kapitalisten zufließende Ertragsanteil komme. Der Geschichtsschreiber der Zinstheorien, Böhm-Bawerk, ist daher auch einigermaßen in Verlegenheit, in welche der von ihm unterschiedenen Gruppen von Zinstheoretikern er Ricardo einreihen soll, und gibt ihm schließlich mit Recht einen Platz unter der der „farblosen Theorien."

Wenn Ricardo ausführlicher, als über das Wesen des Profits, über die Bewegungsgesetze des Profits handelt, so ist immer festzuhalten, daß auch hierbei eine Trennung zwischen Zins und Unternehmergewinn nicht stattfindet. Die Höhe des Zinses ist für Ricardo so sehr beherrscht durch die Höhe des Gewinnes, der aus den produktiv angelegten Kapitalien zu erzielen ist, daß er besondere Untersuchungen über Zins- und Gewinnhöhe gar nicht anstellt.

Gewiß ist zuzugeben, daß für die Höhe des Zinsfußes die in Unternehmungen zu erzielenden Gewinne von größtem Einflusse sind und in der Regel immer hoher Zins mit hohen Gewinnen in Unternehmungen zusammenfällt und umgekehrt. In Perioden geschäftlicher Prosperität, wo viel Kapital zu Unternehmungen aller Art nachgefragt ist, wirkt dies auch auf den Markt der Kapitalien, die auf längere Zeit verliehen werden und damit auf den durchschnittlichen Zinsfuß. Aber außer diesem Zusammenhange zwischen Zins- und Gewinnrate gibt es noch so viele besondere Bestimmungsgründe für beide, daß nur eine getrennte Betrachtung der für die Höhe des Zinses und der für die Höhe des Unternehmergewinns maßgebenden Momente zu theoretisch fruchtbaren Ergebnissen führen kann. Auch bei diesem Problem tritt wieder Ricardos schwerster Fehler hervor, daß er zugunsten weniger allgemeiner Sätze, die vielerlei besonderen Tatsachen, die diese allgemeinen Erscheinungen wesentlich modifizieren, zu wenig berücksichtigt.

Ricardos weitere Untersuchungen über die Entwicklung der Profitrate knüpfen an seinen Begriff des Durchschnittsprofits an. Ricardo behauptet, daß nie auf die Dauer verschiedene Gewinnsätze in verschiedenen Erwerbszweigen existieren könnten: gewerblicher, kommerzieller und landwirtschaftlicher Gewinn hätten die Tendenz, sich zu einem Durchschnittsprofit auszugleichen. Höchstens temporäre Abweichungen und Extraprofite für besonders unangenehme, oder riskante Gewerbe gibt er zu.

Ich kann die ganze Konstruktion einer Durchschnittsprofitrate nur für durchaus verfehlt erachten. Wohl kann man von einem Durchschnittszinsfuße reden: die objektiven Tatbestände des Kapitalmarktes für langfristige, sichere Anlagen sind so evident, daß sie einen für längere Zeiträume in seiner Höhe wenig schwankenden „landesüblichen Zinsfuß" klar erkennen lassen. Die Ausgleichung vollzieht sich hier mit Leichtigkeit infolge der Konkurrenz zahlreicher Mitbewerber auf beiden Seiten, die alle unter den gleichen Bedingungen operieren und es hängt von dem vorhandenen Vorrat an disponiblem Kapital einerseits und der Stärke der Nachfrage danach anderseits ab, bis zu welcher Höhe der landesübliche Zinsfuß sich erheben kann.

Ganz anders liegt es beim Unternehmergewinn; dieser hat stets etwas durchaus Persönliches. Die Höhe des Unternehmergewinns ist so sehr von der Person des Unternehmers bedingt, daß schon aus diesem Grunde eine Ausgleichung zu einem Durchschnittsprofit gar nicht denkbar ist. Die ganze Konstruktion einer Durchschnittsprofitrate entspringt gekünstelter Abstraktion und tut den Tatsachen des wirklichen Lebens förmlich Gewalt an. Wird doch oft in ein und derselben Branche je nach der Persönlichkeit des Unternehmers ein sehr verschieden hoher Gewinn erzielt!

Welche unendliche Verschiedenheiten müssen daher jederzeit die Gewinne in den verschiedenen Haupterwerbszweigen aufweisen! Der von Ricardo angegebene Grund, warum eine Ausgleichung stattfinden müsse, trifft nicht zu: denn das Aus- und Einströmen der Kapitalien aus minder lukrativen in lukrativere Gewerbe ist mit viel zu viel Hindernissen verknüpft, als daß es sich so leicht bewerkstelligen ließe, wie es nach dem

Sinne dieser Theorie nötig wäre. Als ob man Kapital jederzeit mühelos aus einer Bierbrauerei in ein Bergwerk und von da — je nach den Gewinnverhältnissen — in eine Zuckerfabrik übertragen könnte! Daß gewisse allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse alle Unternehmergewinne in ziemlich gleicher Weise tangieren z. B. der Wechsel von Prosperität und Stagnation im Geschäftsleben, ist eine Sache für sich — und läßt die Verschiedenheit der einzelnen Gewinne unangetastet.

Die Behauptung, daß die Kapitalgewinne die Tendenz hätten, sich zu einem Durchschnittsgewinn auszugleichen, ist schon lange vor Ricardo und nach ihm bis in die neueste Zeit immer wieder aufgestellt worden.

A. Smith meint:[1] „Die Gesamtheit der Vor- und Nachteile bei den verschiedenen Verwendungen von Arbeit und Kapital müssen in derselben Gegend entweder einander durchaus gleich sein, oder dieser Gleichheit beständig zustreben. Wenn in derselben Gegend irgend eine Beschäftigung augenscheinlich entweder vorteilhafter oder weniger vorteilhaft wäre, als die übrigen, so würden in dem einen Falle so viele herzuströmen, und in dem anderen so viele sich von ihm abwenden, daß ihre Vorteile bald wieder mit denen anderer Beschäftigungen in eine Linie kämen."

Kurz nach der Veröffentlichung des Smith'schen Werkes erschienen die dagegen gerichteten Bemerkungen von James Anderson,[2] der bei aller Polemik gegen Smith doch in dem Punkte der durchschnittlichen Gewinnrate mit diesem übereinstimmt: „Wenn die Menge des erzeugten Korns die gewöhnliche Nachfrage übersteigt, so wird der Pächter, wenn der Bauer Absatz dafür findet, genötigt sein, diesen gewinnlosen Beruf zu verlassen und einen anderen zu ergreifen, in welchem er ein sicheres Einkommen erwarten kann. Wenn dagegen die Menge des erzeugten Getreides der gewöhnlichen Nachfrage nicht genügt, so würde der Getreidepreis durch diesen Umstand so gesteigert werden, daß der Gewinn der Pächter größer wäre, als der bei anderen Berufszweigen; dadurch würden

[1] Volkswohlstand. Ausg. Löwenthal. I. S. 105.

[2] Betrachtungen über nationale Arbeit. 13. Brief. Nachschrift zum 13. Brief (Gegen A. Smith). vgl. Die Ausgabe von Brentano S. 37.

so viele verleitet werden, diese Beschäftigung zu ergreifen, daß durch die Konkurrenz der Gewinn in der Landwirtschaft bald zu derselben allgemeinen mittleren Stufe, wie bei anderen Gewerben, herabgedrückt werden würde."

Für Karl Marx bildet die Theorie von der Durchschnittsprofitrate eine der wichtigsten Stützen seines Systems; den Beweis für manche sehr anfechtbare Sätze seiner Wert- und Mehrwerttheorie sucht er mit Hilfe seiner Durchschnittsprofitrate zu führen. Da Karl Marx bei diesen Ausführungen vielfach Berührungspunkte mit Ricardo aufweist, anderseits sich auch direkt gegen Ricardo richtet, gehe ich etwas näher darauf ein.

Die Bildung der Durchschnittsprofitrate vollzieht sich nach Marx auf folgende Weise: (vgl. besonders Marx III, 1. Teil: II. Abschnitt: Die Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit s. S. 120ff.):

Die organische Zusammensetzung des Kapitals bedeutet nach Marx die Zusammensetzung des Kapitals hinsichtlich des Verhältnisses der variablen (in Arbeitskraft umgesetzten) und konstanten (aus Produktionsmitteln bestehenden) Teile. Auf Grundlage der oben dargestellten Marx'schen Mehrwerttheorie müßten, da der Mehrwert nur vom variablen Kapitalteile geliefert wird, und da der Profit nur eine andere Form ist, den Mehrwert auszudrücken, in den verschiedenen Industriezweigen entsprechend der verschiedenen organischen Zusammensetzung des Kapitals ungleiche Profitraten herrschen; und zwar hohe dort, wo das in Arbeitslöhnen verausgabte Kapital verhältnismäßig groß ist, und umgekehrt.

Da tatsächlich gerade das Gegenteil eintritt, sich nämlich die Profitraten unabhängig von der organischen Zusammensetzung des Kapitals bilden, löst Marx den Widerspruch durch die Durchschnittsprofitrate. Die Triebkraft, welche diese Ausgleichung hervorbringe, sei die Konkurrenz.

Die verschiedenen Profitraten würden durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, welche der Durchschnitt aller dieser verschiedenen Profitraten sei. „Das Kapital entzieht sich einer Sphäre mit niedriger Profitrate und wirft sich auf die andere, die höheren Profit abwirft. Durch diese beständige Aus- und Einwanderung, mit einem Worte,

durch seine Verteilung zwischen den verschiedenen Sphären, je nachdem dort die Profitrate sinkt, hier steigt, bewirkt es solches Verhältnis der Zufuhr zur Nachfrage, daß der Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären derselbe wird und daher die Werte sich in Produktionspreise verwandeln."[1]

„Diese ununterbrochene Aus- und Einwanderung des Kapitals, die zwischen verschiedenen Sphären der Produktion stattfindet, erzeugt steigende und fallende Bewegung der Profitrate, die sich gegenseitig mehr oder weniger ausgleichen und dadurch die Tendenz haben, die Profitrate überall auf dasselbe gemeinsame und allgemeine Niveau zu reduzieren."[2]

„Würfe das Kaufmannskapital einen höheren prozentigen Durchschnittsprofit ab, als das industrielle Kapital, so würde sich ein Teil des industriellen Kapitals in Kaufmannskapital verwandeln. Würfe es einen niedrigeren Durchschnittsprofit ab, so fände der umgekehrte Prozeß statt."[3]

Der Unterschied zwischen Ricardo's und Marx' Durchschnittsprofitrate ist ein doppelter:

1. Bedeutet bei Ricardo die Theorie der Durchschnittsprofitrate nur eine spezielle Ausführung seiner Profittheorie; bei Marx bedeutet sie die Lösung und Krönung seiner Wert- und Mehrwerttheorie. Ricardo hatte den Widerspruch, der zwischen seiner grundlegenden Theorie, daß der Wert auf Arbeit beruhe, und der Tatsache des in den Warenpreisen enthaltenen Mehrwerts gar nicht aufgeklärt, denn die vagen Bemerkungen über die Ursachen des Profits sind theoretisch absolut ungenügend. Marx hat wenigstens den Versuch gemacht, diesen Widerspruch zu lösen.

2. Die Bildung der Durchschnittsprofitrate im besonderen erklärt Ricardo aus der allgemeinen Nivellierungstendenz der Konkurrenz: die Besonderheiten, die sich gerade aus dem Konkurrenzsystem für die Bildung besonderer Profite ergeben, werden zugunsten einer angeblichen Ausgleichungstendenz zu gering geachtet. Marx erklärt die Bildung der Durchschnittsprofitrate aus einer besonderen Nivellierungstendenz des Konkurrenzsystems, nämlich aus der Einwirkung der Konkur-

[1] III. I. 175 — [2] III. I. 187. — [3] III. I. 265.

renz dahin, daß die Kapitale aus Sphären mit besonders großem variablen (das heißt in Arbeitslöhnen angelegten) Kapital aus- und in Sphären mit geringem variablen Kapital einströmen.

Das Gekünstelte dieses Erklärungsversuches habe ich schon oben im Kapitel „Vom Werte" nachzuweisen gesucht. Einen besonders eifrigen Verfechter hat die Theorie von der Tendenz der Gewinnausgleichung in Böhm-Bawerk gefunden. Er wirft die Frage auf, ob die Kapitaltheorie das Recht habe, das Walten der Gewinnausgleichung bei der Entwicklung ihrer Gesetze vorauszusetzen und antwortet darauf:[1] „Ich weiß ganz gut, daß von einer vollständigen Gewinnausgleichung in der Wirklichkeit keine Rede sein kann, daß derselben im einzelnen viele dauernde und zahllose temporäre Hindernisse im Wege stehen. Allein ebenso sicher ist, daß mindestens die Tendenz zur Gewinnausgleichung unausgesetzt im Wirtschaftsleben wirksam ist; daß diese Wirksamkeit eine so überwiegende Zahl von Fällen mit einem so ausgeprägten Einflusse ergreift, daß im großen und ganzen sich das Wirtschaftsleben denn doch von jener Tendenz beherrscht zeigt; und, was das ausschlaggebendste ist, daß von einem „„herrschenden Zinsfuß"" überhaupt nur die Rede sein kann, weil und insoweit jene Tendenz faktisch eine vorwiegende Herrschaft ausübt. Es gäbe in der Praxis keinen „„normalen"" oder „„landesüblichen"" Zinsfuß, wenn nicht in der breiten Masse der Fälle jene Tendenz mächtig wäre, und es gibt keine Möglichkeit für die Theorie, die Existenz und die Höhe des landesüblichen Zinsfußes zu erklären, außer indem sie sich auf die Wirksamkeit jener Tendenz aufstützt, sie also der Entwicklung ihrer Gesetze voraussetzungsweise zugrunde legt."

Böhm-Bawerk erklärt den „normalen" Kapitalgewinn nach seinem allgemeinen Schema und zwar so, daß die Unternehmer als Käufer von Gütern entfernterer Ordnung erscheinen, von Produktivmitteln, wie Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen, Bodennutzungen, und hauptsächlich Arbeitsleistungen, die sie durch den Produktionsprozeß in Güter erster Ordnung, in genußreife Produkte umsetzen; dabei fällt für sie ein im Verhältnis zur Größe ihres Geschäfts-Kapitals stehender Wertgewinn ab;

[1] Einige strittige Fragen der Kapitalstheorie. Wien u. Leipzig. 1900. S. 61.

dieser Kapitalgewinn soll in der Hand des Kapitalisten so entstehen, daß seine Zukunftsware während des Fortschreitens der Produktion allmählich zur Gegenwartsware ausreife und damit in den Vollwert der Gegenwartsware hineinwachse.[1]

Daneben existiert noch ein besonderer Unternehmergewinn; dieser ist für Böhm eine über das „normale" Maß hinausgehende Prämie für die Auffindung und Ausnutzung der in der gegenwärtigen Konjunktur günstigsten Verwendungsgelegenheiten; diese Prämie werde aber gewöhnlich nicht lange dauern; sie locke in bekannter Weise die Mitbewerbung an und diese drücke den Preis herab.[2]

Die hier vorgetragene Kapitalgewinntheorie scheint mir ebenso wenig wie die Ricardo's mit dem Wesen und der Bedeutung der Unternehmertätigkeit vereinbar zu sein; vielmehr ist — wie ich oben schon gegen Ricardo bemerkte — die Bildung dieses Kapitalgewinnes viel zu eng verknüpft mit der persönlichen Leistung des Unternehmers, als daß hier von einem Wertwachstum der Produktivmittel auf Grund ihrer einfachen technischen Überlegenheit gesprochen werden könnte. „Von selbst" wächst den Produktivmitteln kein Mehrwert zu, sondern nur vermittelst der geschickten Leitung des Produktionsprozesses seitens des Unternehmers; daher auch der Kapitalgewinn der Unternehmer niemals mit dem für die Zinstheorie üblichen Schema erklärt werden kann. Wenn Böhm die Frage aufwirft:[3] „Warum muß der Marktpreis der Arbeit immer niedriger stehen, als der seinerzeitige Wert und Preis des fertigen Arbeitsprodukts?" so werden hier ganz incommensurable Größen einander gegenübergestellt; nämlich die Arbeitskraft einerseits und das mit Hilfe dieser Arbeit hergestellte Produkt anderseits.

Ganz abgesehen von der Schwierigkeit, festzustellen, wieviel auf Rechnung der Arbeitskraft kommt, ist auch hier wieder die Frage aufzuwerfen, ob das fertige Arbeitsprodukt wirklich Wert bez. Mehrwert gegenüber den Produktionsmitteln aufweist. Ist dieser „Wert" vorhanden, so ist die Möglichkeit eines Kapitalgewinns gegeben, aber doch nur ver-

[1] Kapital und Kapitalzins. II. Band. Innsbruck, 1889. S. 318.
[2] a. a. O. S. 326. — [3] II. 331.

mittelt durch die persönliche Tätigkeit des Unternehmers; die technische Überlegenheit der Gegenwartsgüter allein, die Böhm[1] als das Entscheidende für die Kapitalgewinne der Unternehmer betrachtet, ist nur die Voraussetzung dafür, daß überhaupt kapitalistisch produziert wird; aber erst die erfolgreiche Produktion führt zu Kapitalgewinn. Bei jedem Resultat der Produktion — mag es günstig oder ungünstig sein, — muß sich allerdings der Unternehmer einen „Zins" für das investierte Kapital berechnen, dessen Höhe nach dem landesüblichen Zins für völlig sichere Anlagen zu bemessen ist — alles, was darüber hinausgeht, ist Unternehmergewinn, was dahinter zurückbleibt, Unternehmerverlust.

Somit bestreite ich auch Böhm gegenüber die Existenz eines „normalen" Kapitalgewinns, der in der Praxis nicht vorkommt und theoretisch nicht konstruiert werden sollte. Da die Kapitalgewinne nicht von der technischen Überlegenheit der Produktionsmittel, sondern von der Persönlichkeit des Unternehmers und den tausenderlei Zufälligkeiten der Marktlage abhängen, sind sie auch unendlich verschieden in ihrer Höhe — eine Ausgleichung findet nur statt für den Dahrlehnszins.

Böhm behauptet zwar, daß es keinen „landesüblichen" Zins geben könnte, wenn nicht die Tendenz zur Durchschnittsprofitrate vorhanden wäre und auch bei Ricardo ist implicite dasselbe gesagt, wenn er die absolute Abhängigkeit des Zinses vom Profit betont und für letzteren die Ausgleichungstendenz behauptet. Böhm hat hierfür aber ebenso wenig wie Ricardo einen Beweis gegeben. Ein „durchschnittlicher" Zins kann sich bilden, weil der Markt für die Nutzungen des Leihkapitals ein einheitlicher und gleichartiger ist, daher auch der Preis für diese Art von Nutzungen — der Zins — eine mittlere Höhe haben kann; dagegen sind die Ausnutzungsmöglichkeiten des Kapitals in produktiven Unternehmungen so vielgestaltige und wechselvolle, daß die allergrößte Verschiedenheit der Gewinnresultate aus dieser Art der Kapitalanlage das „Normale" ist.

Auch bei Böhm ist die Kraft, welche die Nivellierung der Gewinne bewirkt, die Konkurrenz: „Hat das Kapital wirklich die ungehemmte Freiheit, sich den jeweils lohnendsten

[1] II. 334.

Verwendungsgelegenheiten zuzuwenden, dann kann eine übermäßige Gewinnanhäufung, die in einem einzelnen Gliede des arbeitsteiligen Gesamtprozesses etwa auf Kosten der übrigen Glieder stattfände, nicht andauernd sich erhalten; sie wird durch die sich zudrängende Konkurrenz hinweg nivelliert, und der Gewinnsatz aller aufeinanderfolgenden arbeitsteiligen Stadien auf das gleiche Niveau gebracht."[1]

Es ist genau dieselbe Beweisführung, die wir bei Ricardo fanden und man meint Ricardo zu lesen, wenn man die folgende Bemerkung Böhms findet:[2] „Wer bei gesunkenem Preise die nicht mehr lohnende Produktion einschränkt oder aufgiebt, wer bei hohem Preise die Produktion des abnorm lohnenden Artikels ausdehnt, vollzieht, indem er bewußt nur dem eigenen Vorteil nachgeht, unbewußt die organisatorische Funktion, daß er eine drohende oder begonnene Störung im Ebenmaß der sozialen Versorgung auszugleichen, ein einseitiges Übermaß der Produktion zu verringern, eine zu schwache Versorgung zu verstärken hilft."

Böhm meint, daß ein Einwand nicht gegen die von ihm angenommene Gewinnausgleichung erhoben werden könnte, sonst dürfte man auch das Produktionskostengesetz nicht gelten lassen:[3] „Und dennoch trägt die Theorie — mit Recht — keine Bedenken, die Übereinstimmung der Preise mit jener im einzelnen Falle von niemandem je wirklich gemessenen Größe zum Gegenstand eines Gesetzes zu machen, von dem niemand zweifelt, daß es eine der wichtigsten und fruchtbarsten Bereicherungen unserer Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge darstellt." Ich zweifle daran sehr und habe nachzuweisen gesucht, daß das Produktionskostengesetz eine unzulässige Abstraktion ist und die tatsächliche Preisbildung in keiner Weise zu erklären vermag.

Auch in jüngster Zeit noch ist in Ricardo'scher Manier die Gewinnausgleichungstendenz behauptet worden, z. B. von Moritz Naumann:[4] „Kapitalgewinnsatz sowohl wie Arbeitslohn haben allerdings das Bestreben, sich in der gesamten Volkswirtschaft auszugleichen; der Gewinnsatz wird auf die Dauer in einem

---

[1] Strittige Fragen. S. 61.

[2] a. a. O. S. 73. — [3] a. a. O. S. 74.

[4] Kornzoll und Volkswirtschaft. Leipzig 1901. S. 34.

Erwerbszweige nicht erheblich höher stehen, als in allen anderen; es werden vielmehr, wenn dies vorübergehend der Fall sein sollte, dem begünstigten Zweige so lange Kapitalien zuströmen, bis der Gewinnsatz auf eine durchschnittliche Höhe herabgedrückt ist und ebenso werden in einem Gewerbszweige, in dem der Lohn eine Zeitlang besonders hoch stehen sollte, sich so lange neue Arbeiter anbieten, bis auch hier ein Gleichgewicht erreicht ist."

Wenn ich somit die Existenz einer Durchschnittsprofitrate leugne, so muß ich auch das Gesetz des tendenziellen Fallens der Profitrate, das Ricardo aufstellt, ablehnen. Es kann nur von einer Tendenz des Sinkens des Zinsfußes gesprochen werden.

Die Tatsache des Fallens der Zinsrate in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise ist so offensichtlich, daß trotz aller Faktoren, die zeitweilig dieses Fallen wieder aufhalten und selbst zu vorübergehendem Steigen des Zinsfußes Anlaß geben, doch von einer allgemeinen Tendenz zum Fallen der Zinsrate mit Recht gesprochen werden kann. Wenn man also Ricardo's Gesetz der fallenden Profitrate auf ein Gesetz der fallenden Zinsrate reduziert, so ist hiergegen — immer „Gesetz" allerdings im Sinne von „Tendenz" genommen — nichts einzuwenden. Sehr viel aber ist einzuwenden gegen die Art, wie Ricardo die Verursachung dieses Gesetzes erklärt. Hier tritt wieder sein Bestreben hervor, alles mit der von ihm behaupteten Tendenz des Steigens der Grundrente bezw. des Arbeitslohns in Zusammenhang zu bringen. Ihm erscheint das Steigen des Arbeitslohns als ein so wichtiger Grund des Fallens des Profits, daß er ihn als den allein in Betracht kommenden ansieht. Dies ist nach verschiedenen Seiten hin irrig.

1. Kann von einer allgemeinen, im Sinne einer gesetzmäßigen Tendenz genommenen Steigerung des Nominal-Arbeitslohnes gar nicht die Rede sein. — Das Steigen der Grundrente, worauf Ricardo diese Lohnerhöhung zurückführt, ist, — wie im zweiten Kapitel gezeigt — keineswegs als so sicher anzunehmen und wenn es dies wäre, wäre damit noch nicht die notwendige Steigerung des Nominal-Arbeitslohnes bewiesen.

2. Insoweit von einer Steigerung des Arbeitslohnes gesprochen

werden kann, ist diese in ganz anderer Weise verursacht, als Ricardo annimmt. Es handelt sich um eine Machtfrage zwischen Unternehmer- und Kapitalistenklasse einerseits und Arbeiterklasse anderseits. In seiner Machtposition gegenüber dem Unternehmertum hat aber die Arbeiterklasse durch politische und ökonomische Faktoren, vor allem durch ihre größere Koalitionsfreiheit im Laufe der kapitalistischen Entwicklung eine große Steigerung erfahren: hieraus erklärt sich die Erscheinung eines allmählichen Steigens des nominalen und realen Arbeitslohns — dieses Steigen des Arbeitslohns kann als ein Grund des Sinkens der Zinsrate angesehen werden, aber nur koordiniert neben vielen anderen Ursachen.

3. Die wirkliche Hauptursache des Sinkens der Zinsrate hat A. Smith in seiner nüchternen Weise viel richtiger angegeben, als Ricardo und die Polemik des letztern trifft nicht das Richtige.

Die „größere Ansammlung des Kapitals" ist in der Tat die entscheidende Ursache; je mehr Kapitalien in der Volkswirtschaft sich ansammeln, die Anlage suchen, je mehr eine gewisse Sättigung mit Kapital eintritt, je weitere Volkskreise Ersparnisse in nutzbringender Weise zu verwerten suchen, um so mehr muß der Preis für die überlassene Kapitalnutzung fallen, wenn nicht außergewöhnlich vermehrter Bedarf diesem sich stets vergrößernden Vorrat gegenübertritt. Statt in der abnehmenden Produktivität des Bodens ist die Ursache des fallenden Zinsfußes viel einfacher und naheliegender in dem vermehrten Angebot des Kapitals zu suchen.[1]

Ganz anders liegen die Dinge beim Unternehmergewinn: von einem allgemeinen Sinken des Unternehmergewinns kann deshalb nicht gesprochen werden, weil ein einheitlicher oder durchschnittlicher Unternehmergewinn nicht existiert. So sehen wir einzelne Unternehmergewinne in

[1] In einer 1834 erschienenen Schrift Lectures on Political Economy, delivered on Michaelmas and Trinity Terms 1833, Dublin 1834 hatte Mountifort Longfield die von der Ricardo'schen Schule gegebene Erklärung der Ursachen der fallenden Profitrate scharf zurückgewiesen; vgl. Cannan a. a. O. S. 308/9.

einzelnen Branchen und zu einzelnen Zeiten enorm steigen, andere Unternehmergewinne in anderen Branchen und Zeiten gewaltig sinken; dies alles wechselnd nach den Persönlichkeiten und den Möglichkeiten lukrativer Verwertung.

Daß auch gewisse allgemeine Ursachen die Tendenz hervorrufen, den Unternehmergewinn zu verkürzen, geht daneben her; zu diesen Ursachen gehört auch die erwähnte Steigerung der Arbeitslöhne. Der Anteil, der auf den Besitz entfällt, in seinen verschiedenen Formen, wie Rente, Zins, Profit, wird natürlich kleiner, sobald der Anteil, der auf die Arbeit entfällt, größer wird. Die Unternehmergewinne wären ohne diesen Umstand in einzelnen Branchen noch höher gestiegen, in anderen noch weiter gesunken. Dies darf aber uns nicht zur Aufstellung eines „Gesetzes der fallenden Profitrate" verleiten.

Aus der Begründung, die Ricardo seinem Gesetz der fallenden Profitrate gibt, ergibt sich auch seine Stellung zu der Schätzung eines hohen Profits im allgemeinen. Gegen Ricardos Vorliebe für hohen Zins und hohen Profit ist vielfach eine ganz falsche Opposition erfolgt: man hat ihm hieraus einen Vorwurf gemacht und ihn zu einem einseitigen Lobredner des Kapitals und der kapitalistischen Interessen machen wollen. Dies trifft aber nicht den Kern der Sache. Denn die Ursache niedriger Profite liegt nach ihm in sozial unerfreulichen Verhältnissen: in den immer mehr wachsenden Tributen an den Grundbesitz. Da diese Tribute Schuld daran tragen sollen, daß das Kapital immer kleineren Anteil erhält, verschlechterten sich die gesamten volkswirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse. Auch die Arbeiter erlitten Schaden einmal durch die verminderte Arbeitsgelegenheit infolge der verringerten Akkumulationsfähigkeit der Kapitalisten, zweitens aber auch dadurch, daß sie — wie wir in den letzten zwei Kapiteln gesehen — doch nicht so starr und fest an das eherne Lohnminimum gebunden sind, sondern durch eigene Bemühung höhere Lohnraten erreichen können; aber dazu ist leichte Kapitalakkumulation nötig.

Indem Ricardo den allerdings kaum diskutablen Vorschlag macht, durch staatliche Gesetzgebung eine volkswirtschaftlich schädliche Höhe des Profits zu hemmen, hat er klar bewiesen, daß er hohe Profite nicht einseitig vom Unternehmerstandpunkte

aus wünscht. Hohe Profite sind ihm deshalb erwünscht, weil sie ein Anzeichen erleichterter Möglichkeit der Nahrungsmittelgewinnung sind. Man sollte gegen seine falsche nationalökonomische Beweisführung ankämpfen, die darin besteht, für die Höhe des Zinses den einen Faktor des Bodenwertes allein als maßgebend zu erklären, nicht aber sollte man immer seine „antisoziale" Gesinnung an den Pranger stellen.

Ricardos Lehre hatte viel Anhänger gefunden und so wird er öfter auch in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen als Autorität angeführt, z. B. in dem „Report of the Committee on Artizans and Machinery 1824", wo es heißt: „Jene hervorragenden Männer, die während der letzten 50 Jahre die Regeln, welche die Tätigkeiten von Handel und Industrie beherrschen, zu einer Wissenschaft ausgebildet haben, unternahmen es, durch Gründe und Tatsachen zu zeigen, daß die Wirkung niedriger Löhne nicht ein niedriger Preis der Waren ist, wofür sie ausgegeben werden, sondern die Erhöhung der Durchschnittsprofitrate in dem Lande, wo sie vorkommen. Die Erklärung dieses Satzes nimmt einen großen Raum ein in dem mit Recht berühmten Werke des jüngst verstorbenen Ricardo und sie wird auch geschickt vertreten in den folgenden Ausführungen von Mc Culloch, worauf Ihr Ausschuß besonders die Aufmerksamkeit des Hauses lenkt."

Es folgt die ausführliche Darstellung Mc Cullochs, wo er wiederholt betont, „daß ein Steigen der Löhne keine Wirkung auf die Preise ausübt; daß, wenn die Löhne in Frankreich halb so hoch wären, als die in England, die einzige Wirkung wäre, daß in Frankreich die Profitrate größer sei, als in England; und die französischen Gewerbetreibenden wären deshalb keine Spur leichter imstande, die englischen auf dem Weltmarkt zu unterbieten."[1]

Und doch hatte schon vier Jahre vorher, 1820, Malthus seine „Principles of Political economy" veröffentlicht, worin ein besonderer Abschnitt: Remarks on Mr. Ricardos Theory of Profits eine gute Polemik gegen diese Zinstheorie enthält, die mit den Worten schließt: „Und selbst im Falle einer

---

[1] Quarterly Review. Vol. 44. 1831. S. 30 (The political economists).

Vermehrung der Arbeitsmenge, die nötig ist, um Getreide zu produzieren, würde es nur von dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot und von dem Mitbewerb abhängen, ob die Erhöhung des Getreidepreises so groß wäre, um fast die ganze Produktionserschwerung auf den Arbeitslohn zu wälzen, oder auf die Profite, oder schließlich um den Verlust gleichmäßiger in verschiedenen Anteilen zwischen ihnen zu verteilen. Keine Profittheorie kann daher der Wahrheit nahekommen, die versucht, den Grundsatz von Angebot und Nachfrage und den der Konkurrenz außer acht zu lassen."[1]

Wie Ricardo hat auch Karl Marx ein Gesetz des tendenziellen Fallens der Profitrate entwickelt; auch dieses Gesetz wird aber bei Marx im engsten Zusammenhang mit seiner Wert- und Mehrwerttheorie entwickelt.[2]

Die Ursache des graduellen Falles der allgemeinen Profitrate bei gleichbleibenden Exploitationsgraden der Arbeit durch das Kapital ist nach Marx das allmähliche Anwachsen des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen Kapital. Es sei eine Eigentümlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, daß dieselbe Arbeiterzahl, dieselbe Menge Arbeitskraft, disponibel gemacht durch ein variables Kapital von gegebenem Wertumfang, infolge der innerhalb der kapitalistischen Produktion sich entwickelnden eigentümlichen Produktionsmethoden, eine stets wachsende Menge Arbeitsmittel, Maschinerie und fixes Kapital aller Art, Roh- und Hilfsstoffe in derselben Zeit in Bewegung setze, verarbeite, produktiv konsumiere, — daher auch ein konstantes Kapital von stets wachsendem Wertumfange.[3]

Oder anders ausgedrückt: Vermittelst der wachsenden Anwendung von Maschinerien und fixem Kapital werden mehr Roh- und Hilfsstoffe von derselben Anzahl Arbeiter in derselben Zeit, d. h. mit weniger Arbeit in Produkte verwandelt.

Da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung

---

[1] S. 336. II. Aufl. (1836.) S. 298.

[2] Vgl. namentlich Marx III. 1. S. 191 ff.: Gesetz des tendenziellen Fallens der Profitrate.

[3] S. 192.

gesetzten vergegenständlichten Arbeit, so folgt — nach Marx — daß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist, und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals stehen müsse. Dies Verhältnis der Mehrwertmasse zum Wert des angewandten Gesamtkapitals bildet aber die Profitrate, die daher beständig fallen muß.[1]

Nur dadurch, daß das Wachstum des Gesamtkapitals in rascherer Progression vor sich geht, als die Progression des Fallens der Profitrate, erklärt es sich nach Marx, daß ein Fallen der Profitrate mit einem Steigen der Profitmasse verbunden sein kann. Und in deutlicher Anspielung auf Ricardo, der dieselbe Tatsache hervorhob, sagt Marx: „Die bisherige Ökonomie, die das Gesetz der fallenden Profitrate nicht zu erklären wußte, bringt die steigende Profitmasse, das Wachstum der absoluten Größe des Profits, sei es für den einzelnen Kapitalisten, sei es für das Gesellschaftskapital, als eine Art Trostgrund bei, der aber auch auf bloßen Gemeinplätzen und Möglichkeiten beruht.“[2]

Im Gegensatz zu Ricardo ist Marx der Meinung, daß die Höhe des Arbeitslohns nicht für die Höhe des Profits ausschlaggebend ist; Marx hebt vielmehr nachdrücklich hervor, daß gerade die Preise des Rohstoffs oder des konstanten Kapitals und zwar unabhängig vom Arbeitslohn, also nicht in der von Ricardo gemeinten Art auf die Höhe der Profitrate wirken. „Finden Variationen statt, sei es infolge von Ökonomie des konstanten Kapitals, sei es infolge von Preisschwankungen des Rohstoffs, so affizieren sie stets die Profitrate, auch wenn sie den Arbeitslohn, also die Rate und Masse des Mehrwerts ganz unberührt lassen. . . . Unter Rohstoff werden hier auch die Hilfsstoffe einbegriffen, wie Indigo, Kohle, Gas usw. Ferner, soweit die Maschinerie in dieser Rubrik in Betracht kommt, besteht ihr eigener Rohstoff aus Eisen, Holz, Leder usw. Ihr eigener Preis ist daher affiziert durch die Preisschwankungen des Rohmaterials, das in ihre Konstruktion eingeht. Sofern ihr Preis erhöht wird durch Preisschwankungen,

[1] S. 193. — [2] S. 204.

sei es des Rohstoffs, woraus sie besteht, sei es des Hilfsstoffs, den ihr Betrieb verbraucht, fällt pro tanto die Profitrate. Umgekehrt, umgekehrt. . . . Es ergibt sich hieraus, wie wichtig für industrielle Länder der niedrige Preis des Rohstoffs ist, selbst wenn die Schwankungen im Preis des Rohstoffs durchaus nicht begleitet wären von Änderungen in der Verkaufssphäre des Produkts, also ganz abgesehen von dem Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr."[1]

Ricardo hatte — wie wir oben gesehen — gelehrt, daß die Gewinne des auswärtigen Handels auf die Profitrate ohne Einfluß seien; auch in diesem Punkte kommt Marx und zwar konsequent vom Standpunkte seiner Theorie aus, zu ganz anderem Ergebnis: „Es ergibt sich ferner, daß der auswärtige Handel die Profitrate beeinflußt, auch abgesehen von aller Einwirkung desselben auf den Arbeitslohn durch Verwohlfeilung der notwendigen Lebensmittel. Er affiziert nämlich die Preise der in die Industrie oder Agrikultur eingehenden Roh- oder Hilfsstoffe. Der bisher noch durchaus mangelhaften Einsicht in die Natur der Profitrate und in ihre spezifische Verschiedenheit von der Rate des Mehrwerts ist es geschuldet, wenn einerseits Ökonomen, die den durch praktische Erfahrung festgestellten, bedeutenden Einfluß der Preise des Rohstoffes auf die Profitrate hervorheben, dies theoretisch ganz falsch erklären (Torrens), während andererseits an den allgemeinen Prinzipien festhaltende Ökonomen, wie Ricardo den Einfluß z. B. des Welthandels auf die Profitrate verkennen."[2]

Marx gibt in dem Streite zwischen A. Smith und Ricardo über die Wirkung des auswärtigen Handelsgewinns auf die Profitrate ersterem Recht mit folgender Begründung:[3] „Das begünstigte Land erhält mehr Arbeit zurück im Austausch für weniger Arbeit, obgleich diese Differenz, dies Mehr, wie beim Austausche zwischen Arbeit und Kapital überhaupt, von einer gewissen Klasse eingesackt wird. Soweit also die Profitrate höher ist, weil sie überhaupt höher in dem Kolonialland, mag dies bei günstigen Naturbedingungen desselben mit niederen Warenpreisen Hand in Hand gehen. Ausgleichung findet

[1] III. 1. 82. — [2] III. 1. 83. — [3] III. 1. 219.

statt, aber nicht Ausgleichung zum alten Niveau, wie Ricardo meint."

Aus der verschiedenen Grundauffassung des Problems der fallenden Profitrate bei Ricardo und Marx erklärt sich auch die verschiedene Stellung beider Autoren zu den volkswirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus diesem „Gesetz" ergeben.

Für Ricardo enthält das „Gesetz der fallenden Profitrate" nichts, was dem Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gefährlich werden könnte: es müsse nur Aufgabe der Staatsmänner sein, durch möglichst „industrielle" Politik die „agrarischen" Ansprüche auf Erhaltung bezw. Vermehrung der Rente abzuweisen. Für Marx dagegen bedeutet dieses Gesetz, daß die kapitalistische Gesellschaft an inneren Widersprüchen kranke, an denen sie zugrunde gehen müsse; denn die sinkende Profitrate führe zu immer stärkerer Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, weil die Kapitalisten durch vergrößerte Profitmasse die verringerte Profitrate auszugleichen suchten. Dies bedeute aber eine ungesunde Überproduktion, da die Konsum- und Kaufkraft der Bevölkerung einer derartig gesteigerten Produktion nicht gewachsen sei. Daraus entwickelten sich dann Krisen usw.: „Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die in der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten, und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse; worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses. Die mit der Entwicklung der Produktivkräfte Hand in Hand gehende relative Abnahme des variablen Kapitals gegen das konstante gibt dem Anwachs der Arbeiterbevölkerung einen Stachel, während sie fortwährend künstliche Überbevölkerung schafft. Die Akkumulation des Kapitals, dem Werte nach betrachtet, wird verlangsamt durch die fallende Profitrate, um die Akkumulation des Gebrauchswerts noch zu beschleunigen, während dieses wieder die Akkumulation, dem Werte nach, in beschleunigten Gang bringt. Die kapitalistische Produktion strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken

zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen."[1]

Speziell gegen Ricardo gewandt, schließt Marx diese Erörterungen, wie folgt:[2] „Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann. Daher die Angst der englischen Ökonomen über die Abnahme der Profitrate. Daß die bloße Möglichkeit Ricardo beunruhigte, zeigt gerade sein tiefes Verständnis der Bedingungen der kapitalistischen Produktion. Was ihm vorgeworfen wird, daß er, um die „„Menschen"" unbekümmert, bei Betrachtung der kapitalistischen Produktion nur die Entwicklung der Produktivkräfte im Auge hat — mit welchen Opfern an Menschen und Kapitalwerten immer erkauft — ist gerade das Bedeutende an ihm. Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft es unbewußt die materiellen Bedingungen einer höheren Produktionsform. Was Ricardo beunruhigt, ist, daß die Profitrate, der Stachel der kapitalistischen Produktion, und Bedingung wie Treiber der Akkumulation, durch die Entwicklung der Produktion selbst gefährdet wird. Und das quantitative Verhältnis ist hier alles. Es liegt in der Tat etwas Tieferes zu Grunde, das er nur ahnt. Es zeigt sich hier in rein ökonomischer Weise, d. h. vom Bourgeoisstandpunkte, innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Verstandes, vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion selbst, ihre Schranke, ihre Relativität, daß sie keine absolute, sondern nur eine historische, einer gewissen beschränkten Entwicklungsepoche der materiellen Produktionsbedingungen entsprechende Produktionsweise ist."

Für die Lehre, daß das Sinken des Zinsfußes in letzter Linie durch die steigende Unproduktivität des Bodens verursacht sei, hat West die Priorität gegenüber Ricardo geltend gemacht.

In der Vorrede zu seiner 1826 erschienenen Schrift „Price of corn and wages of labor" erklärte Sir Edward West:[3]

[1] III. I. S. 231. — [2] III. I. S. 241. — [3] London 1826. S. V.

„Im Jahre 1815 veröffentlichte der Verfasser der folgenden Blätter eine Abhandlung, betitelt: „„An Essay on the application of capital to land"", worin er einige der Gesetze zu erklären versuchte, welche den Preis des Getreides und anderer landwirtschaftlicher Produkte regeln, sowie die Rente, Löhne und Profite. Die meisten der dort dargelegten Sätze sind von Ricardo in seinen „„Grundsätzen der politischen Ökonomie"" angenommen worden.

Ricardo erwähnt zwar in seiner Vorrede zu diesem Werke, daß „„Malthus und der Verfasser des Essay on the application of capital to land fast zu derselben Zeit der Welt die wahre Theorie der Rente vorgeführt hätten,"" aber noch andere Grundsätze von größter Wichtigkeit sind in jenem Aufsatze zum ersten Male dargelegt worden. So konstatiert der Verfasser jenes Aufsatzes auf S. 19 u. 20, daß die Verminderung der net reproduction for the profits of stock, die beim Fortschreiten des Wohlstandes und der Gesellschaft beobachtet wird, notwendigerweise durch eine Verminderung der produktiven Kräfte der Arbeit in der Landwirtschaft verursacht sein muß. Ricardo sagt auf S. 133 seiner Principles „„Die natürliche Tendenz des Profits ist, zu fallen, denn beim Fortschritt der Gesellschaft und des Reichtums wird die notwendige zusätzliche Menge von Nahrungsmitteln durch das Opfer von mehr und mehr Arbeit gewonnen —"" was genau derselbe Satz in anderen Ausdrücken ist wie meine These. „„A diminution of the productive powers of labour in agriculture"" ist genau dasselbe wie „„the additional quantity of food requiring more and more labour.""

Der Verfasser hält es nicht für unbillig, seinen Anspruch auf die Entdeckung dieser und anderer wichtiger Grundsätze geltend zu machen; sein Essay liegt dem Publikum vor und dieses wird entscheiden, wie weit sein Anspruch gerechtfertigt ist."

Die Entscheidung dieses Prioritätsstreits ist sehr einfach: Zuzugeben ist gewiß, daß West in seinem 1815 erschienenen Essay die Grundgedanken über den Zusammenhang zwischen fallendem Zinsfuße und Verteuerung der Nahrungsmittel in genau derselben Weise entwickelt (vgl. namentlich S. 17—23 dieses Essay) wie Ricardo — aber, und dies ist für die

Prioritätsfrage entscheidend: diese Grundgedanken hat Ricardo nicht erst 1817 in seinen Principles, sondern schon 1815 in seinem Essay on the Price of corn dargelegt, also ungefähr zur selben Zeit, wie West. Bei Abfassung dieses Essays kannte aber Ricardo, wie ich oben (I. S. 412) schon zeigte, die West'sche Broschüre nicht. Es liegt also nicht ein Plagiat Ricardos vor, sondern eine zufällige Übereinstimmung gewisser Grundgedanken beider Autoren.

Fünftes Kapitel.

Die Ricardo'sche Geldtheorie.



Erster Abschnitt.

Darlegung der Ricardo'schen Geldtheorie.

1. Die ersten Zeitungsaufsätze Ricardo's über Geldwesen.

Interessante Vorkommnisse auf dem englischen Geldmarkte boten den Anlaß dazu, daß Ricardo seine Anschauungen über Geldwesen äußerte. Nicht im systematischen Zusammenhang mit den sonstigen Ricardo'schen Lehren über Wert, Preis, Lohn usw. ist Ricardos Geldtheorie zu verstehen; sondern umgekehrt: aus Gelegenheitsursachen waren Ricardos Ansichten über Geld an die Öffentlichkeit gekommen und zwar war es die erste Veröffentlichung aus seiner Feder. Später, als er eine zusammenhängende Darstellung seiner volkswirtschaftlichen Ideen gab, suchte er die früher bereits geäußerten Anschauungen über Geld damit in gewisse Übereinstimmung zu bringen.

Der Anlaß, aus dem Ricardo mit seiner Ansicht über Geldwesen an die Öffentlichkeit trat, war die auffallende Entwertung der englischen Banknoten, die zu Anfang des Jahres 1809 besonders hervortrat; seit 1797 war die Einlösbarkeit der englischen Banknoten durch die sog. Bankrestriktionsakte aufgehoben, das Disagio der Noten war im Jahre 1809 von $2^{1}/_{2}-3\%$ in wenigen Monaten auf 13—14% gestiegen. Ricardo äußerte sich zu dieser Frage zunächst in einem Artikel des „Morning Chronicle" vom 29. August 1809; betitelt „The Price of Gold."[1]

[1] Die Beiträge Ricardos zum Morning Chronicle in dieser Frage sind jetzt neu herausgegeben unter dem Titel: „Three letters on the Price of Gold" by David Ricardo — (A reprint of economic tracts edited by Hollander.) Baltimore 1903.

Die Ursache dieser Entwertung findet Ricardo allein in dem Umstand, daß die Einlösbarkeit von Noten aufgehoben und dadurch eine zu große Notenausgabe herbeigeführt wurde. Solange die Bank in barem Gelde ihre Noten zahlen müsse, könne auch kein großer Unterschied zwischen Markt- und Münzpreis des Goldes sein. Sollte wirklich aber der Goldpreis auf 4 £ oder mehr steigen — während der Münzpreis 3 £ 17 sh 10½ d ist, so würden die Leute ihre Noten in der Bank umtauschen und erhielten für jeden Betrag von 3 £ 17 sh 10½ d in Banknoten eine Unze in Gold. Dieses Gold würde eingeschmolzen und für 4 £ oder mehr in Banknoten verkauft; und da diese Operation täglich und fast stündlich wiederholt würde, würde sie so lange fortgesetzt, bis die überflüssige Menge von Banknoten aus der Zirkulation gezogen wäre, und infolgedessen Markt- und Münzpreis des Goldes wieder ins Gleichgewicht gebracht wären. Ricardo urteilt über die damaligen Geldverhältnisse folgendermaßen:

Durch die Restriktionsakte wurden alle Hindernisse einer Zuvielausgabe von Noten weggeräumt, außer denen, welche die Bank sich selbst freiwillig auferlegte, da sie weiß, daß, wenn sie nicht mit Maß operiert, die Folgen so gefährlich für ihr Monopol würden, daß die Gesetzgebung die Restriktionsakte wieder aufhöbe. Solange die Bank willig ist, Geld auszuleihen, werden sich immer Leute finden, die Geld borgen, sodaß keine Grenze gegen Zuviel-Ausgabe gegeben ist, außer der eben angegebenen, und Gold könnte bis zu 8 £ oder 10 £ oder auf irgend einen anderen Betrag per Unze steigen.

Dieselbe Wirkung würde eintreten für den Preis der Nahrungsmittel und alle übrigen Waren und es gäbe kein anderes Mittel gegen die Entwertung des Papiers, als daß die Bank die übergroße Menge aus der Zirkulation herauszöge dadurch, daß sie die Kaufleute zwänge, ihre Wechsel bei Fälligkeit zu bezahlen und ihnen keine weiteren Darlehen wieder zu geben, bis die Seltenheit der Umlaufsmittel seinen Wert so erhöhen würde, daß es mit dem Gold al pari stände. Es könnte nur wenig über diesen Preis hinausgehen, denn von dem Augenblicke an würde die Einfuhr von Gold beginnen, und wenn die Bank allmählich alle ihre Noten aus der Zirkulation zöge, würde an die

Stelle dieser Noten ebenso allmählich eingeführtes Gold treten, welches durch den hohen Preis — d. h. den hohen Preis in Waren —, unfehlbar in das Land gezogen würde.[5]

Einen ferneren Beweis der Entwertung der Banknoten durch Zuviel-Ausgabe erblickt Ricardo im Stande der Wechselkurse. Im Verkehr zwischen Ländern mit gleicher metallischer Währung kann der Wechselkurs nur innerhalb der Grenzen schwanken, die durch die Spesen für Fracht und Versicherung gegeben sind; aber seit der Restriktionsakte hat der Fall der Wechselkurse mit dem Steigen des Goldes Schritt gehalten und ist daher weit größer, als die angegebenen Grenzen ausmachen. Jetzt aber kann ein Kaufmann nicht sagen: ich habe genügend Unzen Gold, um sie ins Ausland zu senden; sondern er hat nur Banknoten zur Verfügung; will er diese Banknoten aber gegen Gold umtauschen, so muß er statt eines Betrags von 3 £ 17sh $10^1/_2$ d einen Betrag von 4 £ 13 sh in Banknoten hingeben, um eine Unze Gold zu erhalten.

Ricardo schlägt aber nicht vor: Wiederaufnahme der Verpflichtung zur Bezahlung seitens der Bank, sondern nur eine teilweise Einziehung der Noten: „Man lasse die Banken durch das Parlament zwingen, bis zum Betrage von 2—3 Millionen von ihren Noten aus der Zirkulation zu ziehen, ohne sie zunächst zu verpflichten, in barem Geld zu zahlen und wir würden sehr bald finden, daß jede Ware eine gleiche Verminderung erführe und daß der auswärtige Wechselkurs in den wahren angegebenen Grenzen bliebe."

Ricardo schließt die Abhandlung mit den Worten: „Alle Übelstände in unserem Geldwesen entspringen der Zuviel-Ausgabe von Noten seitens der Bank, der gefährlichen Macht, womit sie ausgestattet wurde, den Wert des Vermögens jedes Geldbesitzers nach ihrem Gutdünken zu vermindern, und den Preis der Lebensbedürfnisse zu erhöhen, indem sie auf diese Weise die Staatsgläubiger und alle auf festes Einkommen angewiesenen Personen schädigt, welche den Verlust nicht auf andere Schultern abwälzen können."

Dieser Artikel rief mehrere scharfe Entgegnungen hervor, darunter eine im Morning Chronicle erschienene, welche die

Unterschrift trug: A Friend to Bank Notes but no Bank Director; der Verfasser war Hutches Trower, mit dem Ricardo später in regen Briefwechsel trat. Auf diese Entgegnung antwortete Ricardo in einem zweiten Artikel, der am 20. September 1809 im Morning Chronicle erschien. Trower hatte behauptet, daß alle Wirkungen auf den Wechselkurs, die Ricardo der Ausgabe von Banknoten zuschrieb, ebenso hervorgetreten wären, wenn keine einzige Banknote in Zirkulation gewesen wäre. Ricardo erwiderte: „Wenn unsere Zirkulation völlig aus Münze bestände, so glaube ich, würde es dem Verfasser schwer werden, uns zu überzeugen, daß der Wechselkurs 20% gegen uns zu stehen kommt. Was könnte jemanden veranlassen, der 100 £ in Hamburg schuldet, hier einen Wechsel auf diese Summe zu kaufen, und 120 £ dafür zu geben, wenn die Unkosten, die mit der Versendung pro 100 £ dorthin verbunden sind, um seine Schuld zu bezahlen, nicht mehr als 4 oder 5 £ betragen!"[1]

Der zweite Artikel wiederholt im wesentlichen die früher vorgebrachte Ansicht; neu ist der Vorschlag Ricardo's, die Banknotenzirkulation um $^1/_5$ zu vermindern, entsprechend der Entwertung derselben um 20%!

„Man vermindere die Notenausgabe um $^1/_5$, wie ich ernstlich vorschlage, und Gold und jede andere Ware wird ins Gleichgewicht kommen und wenn die Bank fortfährt, das Vertrauen des Publikums zu bewahren, wird der Stellvertreter einer Unze Gold, oder 3 £ 17 sh $10^1/_2$ d in Banknoten stets eine Unze Gold kaufen."

Es folgte noch ein dritter Artikel Ricardo's vom 23. November 1809, der aber zu den Hauptpunkten der hier in Rede stehenden Kontroverse nicht wesentlich Neues bot. Eine völlige Neu- und Umarbeitung der besprochenen Zeitungs-Aufsätze stellt die erste aus Ricardo's Feder veröffentlichte Broschüre dar: „The high price of Bullion, a proof of the Depreciation of Bank notes," die zuerst 1809 erschien. Es ist daher nicht zutreffend, wenn Mc Culloch sagt, es seien in dieser Broschüre die Zeitungsartikel nur in eine „more systematic form" gebracht.[2]

---

[1] S. 17. — [2] Mc Culloch, The literature of political economy. London 1845. S. 172.

Ricardo selbst sagte in der Vorrede zu dieser Broschüre, die allerdings von der 4. von Mc Culloch herausgegebenen Auflage ab, nicht mehr abgedruckt war, er habe seine Meinungen in einer Art geäußert, die besser geeignet sei, sie zu einer klaren Diskussion gestellt zu sehen".[1]

Tatsächlich enthält jedenfalls die Broschüre viel eingehendere und teilweise auch neue Betrachtungen über den Gegenstand, als die Zeitungsartikel.

2. Die Schrift: „The high price of bullion".

Die Hauptgedanken dieser Schrift sind die folgenden:

Gold und Silber haben, wie andere Waren, einen innern Wert, der nicht willkürlich ist, sondern von ihrer Seltenheit, von der Arbeitsmenge, die zu ihrer Herstellung nötig war und von dem Werte des Kapitals, das in den Bergwerken gebraucht wurde, um sie zu beschaffen, abhängt.

Die Menge Geld, die ein Land braucht, steht im Verhältnis zur Ausdehnung seines Handels und Verkehrs: wenn in der Entwicklung zum Reichtum ein Land schneller, als die andern vorwärts kommt, so würde auf dieses Land mehr Anteil des Geldes der Welt kommen.

Würde nun eine Goldmine in einem der mit einander verkehrenden Länder entdeckt werden, so würde der Wert des Goldes in diesem Lande vermindert infolge der vermehrten Menge der in den Verkehr gebrachten Edelmetalle und würde daher nicht länger mit dem Golde der andern Länder im Werte gleich sein. Sofort würde Gold und Silber gemäß dem Gesetze, das für alle Waren gilt, das Land verlassen, wo sie billig sind, nach den Ländern, wo sie teuer sind, und dies würde so lange fortgesetzt, bis das Verhältnis, das zwischen Gold und Kapital vor der Entdeckung der Mine bestand, wiederhergestellt ist und Gold und Silber überall wieder denselben Wert hätten. Im Austausche für das exportierte Gold würden Waren eingeführt; und obgleich die sogenannte Handelsbilanz gegen das Land wäre, das Geld oder Barren ausführte, wäre es klar, daß es einen sehr vorteilhaften Handel treibt, indem es ausführt, was

[1] Three letters S. 27.

in keiner Weise ihm nützlich ist, für Waren, die zur Vergrößerung seiner Gewerbe und zur Vermehrung seines Reichtums gebraucht werden können.

Würde nun an Stelle einer entdeckten Goldmine eine Bank errichtet, wie die Bank von England, mit dem Recht, Noten als Zahlungsmittel auszugeben, so würde, wenn ein großer Betrag davon, sei es in Form von Darlehn an Kaufleute, oder von Vorschüssen an die Regierung, ausgegeben ist, dieselbe Wirkung ausgeübt, wie durch die Entdeckung einer Mine, weil ebenfalls die Summe des Geldes beträchtlich vermehrt würde.

Das Geld würde entwertet und die Warenpreise würden steigen; das Gleichgewicht zwischen diesen und andern Ländern könnte nur durch die Ausfuhr eines Teiles der Münze wiederhergestellt werden.

Die Bank setzt also ein Geld ohne Wert an Stelle eines sehr kostspieligen Geldes und erlaubt, die edlen Metalle in ein Kapital zu verwandeln, das Ertrag abwirft. Daher ist auch die Ausfuhr von Münzen nichts Schädliches, sondern etwas naturgemäß Notwendiges und Gesetze, die die Ausfuhr der Münze verbieten, sind töricht; die Ausfuhr von Münze kann jederzeit dem Belieben der Individuen freigestellt werden. Es wird davon nicht mehr, als von irgend einer anderen Ware ausgeführt, nämlich nur solange, als diese Ausfuhr vorteilhaft für das Land ist.

Daher kann auch — freie Ausfuhrmöglichkeit vorausgesetzt — das Geld eines Landes nie wertvoller sein, als das des anderen und kein Land kann ein Übermaß an Geld haben. Würde in Frankreich eine Unze Gold mehr wert sein, als in England und daher in Frankreich mehr von einer Ware kaufen können, die in beiden Ländern von gleicher Qualität wäre, so würde sofort aus England Geld abfließen, weil es die billigste ausführbare Ware auf dem englischen Markt wäre. Denn wenn Gold in Frankreich teurer ist, als in England, müssen die Waren billiger sein; wir würden sie also nicht von dem teuren zum billigen Markt schicken, sondern im Gegenteil, sie würden von dem billigen zu dem teuren Markt kommen, und würden für Gold ausgetauscht.

Die Bank könnte fortfahren, ihre Noten auszugeben,

und die Münze könnte mit Vorteil nach jenem Lande ausgeführt werden, während die Noten gegen Geld einlösbar sind, weil nie mehr Noten ausgegeben würden, als bis zu dem Betrage an Geld, welches auch im Umlauf gewesen wäre, wenn gar keine Bank existiert hätte.

Wollte die Bank diesen Betrag überschreiten, so würde der Überschuß sofort zurückkommen und für Münze eingelöst werden; weil unsere Münze, hierdurch im Wert vermindert, mit Vorteil ausgeführt werden und nicht in der Zirkulation behalten werden könnte.

Daraus ergibt sich, daß der Wunsch, Geld im Austausche für Waren zu exportieren, oder was man eine ungünstige Handelsbilanz nennt, nie anders entsteht, als durch den Überfluß an Geld.

In aller Schärfe wiederholt Ricardo nochmals den Gedanken, daß der Stand der Wechselkurse durch die Menge des im Lande vorhandenen Geldes bedingt sei, im Anhange zur 4. Auflage dieser Schrift (1811), wo er gegen eine Kritik im Edinburgh Review bemerkt: „I can consider the paper in question of no authority whatever, as opposed to the opinions which I have ventured to give, namely that an unfavorable balance of trade and a consequently low exchange may in all cases be traced to a relatively redundant and cheap currency.“[1]

In einer Randbemerkung zu Mc Culloch's Artikel „Money“ in dem „Supplement to the Encyclopaedia Britannica“ spricht er sich über seine Auffassung betreffend dieser Zusammenhänge in aller wünschenswerten Klarheit aus:[2] „Ich muß daran festhalten, daß in allen Fällen ein ungünstiger Wechselkurs auf einen relativen Überfluß an Geld zurückzuführen ist. Nehmen Sie ein Land an, das seinen Verkehr vermittelst Münzen bewerkstelligt, in welchem Markt- und Münzpreis des Goldes gleich sein sollen und dessen Wechselkurse al pari mit andern Ländern stehen. Nun nehmen Sie an, daß Gold für unsere Manufakturwaren stark verlangt wird, so würde sein Preis über den Münzpreis steigen, wenn die Münze nicht sofort in Barren umgeschmolzen werden könnte; es würde aber in Barren umgeschmolzen

[1] S. 297. — [2] B. W. II. S. 34.

werden und da infolgedessen die Menge der Münze verringert wird, würde sie in ihrem Tauschwerte, verglichen mit anderen Waren, steigen. Ein Sinken des Wertes der Waren hier würde die Ausfuhr von Waren und die Einfuhr von Gold befördern und so würde durch ein Einströmen von Waren unser Gold der Menge nach vermehrt und dem Werte nach verringert werden und dann würde der Wechselkurs für England günstig sein.

Nehmen Sie aber an, daß England nur Papiergeld im Umlauf hat, welches nicht gegen Gold einlösbar ist, und die Nachfrage nach Gold für unsere Manufakturwaren würde dieselbe sein, dann würde Gold, in Papier geschätzt, steigen und daher würde es bei demselben angenommenen Wechselkurs vorteilhaft sein, Gold zu importieren. Aber selbst in diesem Falle kann wohl mit Recht gesagt werden, daß der Wechselkurs für das fremde Land ungünstig ist, weil sein Geld relativ reichlich vorhanden ist. Barren (bullion) ist die Ware, wonach der Wert des Währungsgeldes geschätzt wird. Das englische würde im Werte herabgehen, denn es kann — nach dem Steigen des Barrenpreises — weniger Unzen als vorher kaufen. Der Wert der fremden Währung würde der gleiche bleiben: Barren oder Münze würden außerhalb dieselbe Menge von Waren kaufen, wie bisher; in England würden sie mehr kaufen. Dieselbe Menge Papier in England würde einer geringeren Menge Goldes gleich sein; dieselbe Menge fremden Geldes würde gleich derselben Menge Goldes sein. Der Wechselkurs würde sich ändern infolge des relativ höheren Wertes der Währung des fremden Landes. —

Eine Geldentwertung ist die Folge von Geldüberfüllung; und dieser kann nur durch die Ausfuhr der edlen Metalle entgegengewirkt werden.

Wir würden nicht mehr Waren einführen, als wir ausführen, wenn wir nicht Überfluß an Geld hätten, welches wir daher als passend zum Ausfuhrartikel erachten. Die Ausfuhr von Münzen ist verursacht durch ihre Billigkeit und ist nicht die Wirkung, sondern die Ursache einer ungünstigen Bilanz; wir würden sie nicht exportieren, wenn wir sie nicht auf diese Weise auf einen besseren Markt schickten oder wenn wir irgend eine Ware hätten, die wir mit mehr Nutzen exportieren könnten.

Es ist eine heilsame Maßregel gegen einen reichlichen Geldumlauf; und die Nachfrage nach Gold auswärts entspringt nur aus dem vergleichsweisen Mangel an Geld in dem Einfuhrlande, welcher dort seinen höheren Wert verursacht.

Ricardo geht dann über zur Frage, was die „Standard Münze" (Währungsmünze) des Landes sein müsse; er spricht sich gegen die Doppelwährung und für eine einheitliche Metallwährung aus. Er gab — wie er ausdrücklich in einem Anhang zu seiner Schrift bemerkt — damals der Silberwährung den Vorzug: „Mit einer Silberwährung, nach richtigen Grundsätzen, würden wir das ökonomischste und am wenigsten veränderliche Geld in der Welt besitzen." (S. 301.)

Es gibt kein dauerndes Wertmaß; auch Gold und Silber sind im Werte veränderlich; wenn immer das Wertverhältnis auch noch so genau festgestellt ist, so hindert das nicht, daß zu anderer Zeit ein anderes Wertverhältnis vorhanden ist. Sobald dies der Fall, wird eines der Metalle eingeschmolzen, um gegen das andere verkauft zu werden.

Wenn das Geld verschiedener Länder in edlen Metallen besteht oder in einem Papiergeld, das jederzeit gegen Münze einlösbar ist, und wenn das Metallgeld nicht durch Abnutzung oder Beschneidung verschlechtert wird, kann uns ein Vergleich von Gewicht und Feingehalt ihrer Münzen in den Stand setzen die Wechselparität zu bestimmen. So beträgt der Parikurs zwischen Holland und England etwa 11 fl., weil das reine Silber, das in 11 fl. enthalten ist, gleich dem reinen Silber in 20 Schilling ist. Solange der Geldumlauf daher aus vollwertiger Münze oder aus Papiergeld, das gegen Münze einlösbar ist, besteht, kann der Wechselkurs nie mehr über oder unter der Parität stehen, als die Kosten für den Transport der edlen Metalle ausmachen. Aber wenn er aus einem entwerteten Papiergeld besteht, wird er natürlich im Verhältnis zur Entwertung fallen. Daher wird der Wechselkurs ein ziemlich deutliches Zeichen sein, wonach wir die Entwertung des Geldes, sei es infolge von Beschneidung der Münze oder infolge der Entwertung des Papiergeldes erkennen können.

Ricardo geht dann zu einer Kritik der englischen Geldverhältnisse über und bemerkt, daß der englische Geldumlauf,

der fast vollständig aus Papier besteht, vor allem gegen die Entwertung dieses Papiergeldes geschützt werden müsse und daß dieses versäumt worden sei —: durch die Bankrestriktion, wodurch die Bank der Verpflichtung enthoben sei, in barer Münze zu zahlen, sei die frühere Hemmung einer zu großen Notenausgabe beseitigt, und jetzt hätten es die Leiter der Bank in der Hand, den Wert des Papiergeldes zu erhöhen oder zu vermindern. Die Entwertung der Banknoten sei die direkte Folge davon, daß die Bank von England zu viel Noten ausgegeben hätte; der niedrige Wechselkurs könne unmöglich aus ungünstiger Handelsbilanz erklärt werden, sondern sei verursacht durch die Geldentwertung.

Da jetzt alle Hemmnisse gegen eine Zuvielausgabe seitens der Bank durch die Parlamentsakte beseitigt seien, würden die Banken nicht länger durch „fears for the safety of their establishment" abgehalten, die Menge ihrer Noten auf den Betrag zu beschränken, welcher sie denselben Wert bewahren läßt, als die Münze, welche sie vertreten. Daher fänden wir, daß Goldbullion von 3 £ 17 sh 17¾ d, dem Durchschnittspreise vor der Restriktion, auf 4 £ 10 sh gestiegen sei und sogar auf 4 £ 13 sh per Unze gestanden hätte. Wir können daher — fährt Ricardo fort — richtig schließen, daß dieser Unterschied in dem relativen Wert, oder mit anderen Worten, daß diese Entwertung in dem tatsächlichen Wert der Banknoten durch die zu große Menge verursacht ist, welche die Bank in Umlauf gesetzt hatte. Dieselbe Ursache, welche einen Unterschied von 15—20% in Banknoten, verglichen mit Goldbullion, bewirkt hat, kann ihn auch auf 50% vermehren.

Ricardo wendet sich dann gegen die Annahme, die Landbanken hätten durch übergroße Ausgabe ihrer Noten die Geldentwertung herbeigeführt; dies sei irrig, weil die Bank von England allein der eigentliche Regulator auch für die Papiere der Landbanken sei und wenn die Bank von England ihre Noten vermehre oder vermindere, geschähe dasselbe seitens der Landbanken; immer gehe die Bank von England mit ihren Maßnahmen voran.

Ebenso wendet sich Ricardo gegen die Annahme, daß es der Zinsfuß sei und nicht der Preis der Gold- und Silberbarren,

wonach der Überfluß an Gold zu beurteilen sei; so daß, wenn zu viel Gold vorhanden sei, der Zins fallen müsse, und wenn zu wenig Gold vorhanden, der Zins steigen müsse. Er wendet dagegen ein, daß der Zins nicht durch die Menge des Goldes bestimmt werde, sondern durch die Menge des Kapitals, das gerade nicht aus Gold bestände: die Kapitalgewinne könnten nur vermindert werden durch die Konkurrenz von Kapitalien, die nicht aus Gold bestehen. Da die Vermehrung der Banknoten nichts zu dieser Art von Kapital hinzufüge, da hierdurch weder unsere exportfähigen Waren, noch unsere Maschinen oder Rohstoffe vermehrt würden, könne auch dadurch nichts zur Erhöhung ihres Profits oder Erniedrigung unseres Zinsfußes beigetragen werden.

Das Heilmittel, das Ricardo vorschlägt, ist dieses: Die Bank von England müsse allmählich den Betrag ihres Notenumlaufs vermindern, bis der Rest der Noten mit den Münzen, die sie verträten, gleichwertig sei, oder mit anderen Worten, bis die Preise der Gold- und Silberbarren auf ihren Münzpreis reduziert seien.

„Die Vollkommenheit des Bankwesens“ — sagt Ricardo im Anhange zu dieser Schrift (S. 301) — „besteht darin, ein Land in den Stand zu setzen, vermittelst eines Papiergeldes (das immer seinen standard value bewahrt) seine Zirkulation mit der geringsten Menge von Münzen oder Barren aufrechtzuerhalten. Das würde durch meinen Plan erreicht werden. Und mit einer Silberwährung, nach richtigen Grundsätzen, würden wir die ökonomischste und möglichst unveränderliche Währung in der Welt besitzen. Die Veränderungen in dem Preise der Barren, wie groß auch die Nachfrage danach auf dem Kontinent sein möge, oder welcher Vorrat davon auch immer aus den amerikanischen Minen zuströmte, würde sich in den Grenzen halten zwischen dem Preise, zu dem die Bank die Barren kaufte, und dem Münzpreise, zu dem sie sie verkaufte. Der Betrag der Zirkulation würde sich mit der größten Genauigkeit den Bedürfnissen des Handels anpassen, und wenn die Bank einen Augenblick lang so unvorsichtig wäre, die Zirkulation zu überlasten, so würde die Kontrolle, welche das Publikum hat, sie sofort auf ihren Irrtum hinweisen.

Einige Monate nach der Veröffentlichung dieser Schrift bildete das Parlament einen besonderen Ausschuß zur Untersuchung der Frage (Bullion Committee). Der Bericht nebst den Zeugenaussagen zeigte deutlich, wie stark die Anschauungen Ricardo's auf die Meinung des Ausschusses eingewirkt haben.[1]

Es heißt dort: „Der Ausschuß spricht es als seine Meinung aus, nach einer sehr gründlichen Beratung dieses Punktes, daß es ein großer praktischer Irrtum ist, anzunehmen, daß die Wechselkurse mit fremden Ländern und der Goldpreis nicht von dem Betrag eines Papiergeldes, das ohne die Einlösungspflicht nach dem Wunsche des Inhabers ausgegeben wird, abhängig wären. Daß durch eine übermäßige Ausgabe von Papiergeld die Wechselkurse fallen und der Goldpreis steigen, wird nicht nur als ein Grundsatz von den hervorragendsten Autoritäten über Handel und Finanzen aufgestellt, sondern seine praktische Wahrheit wird durch die Geschichte fast jedes Staates der neueren Zeiten belegt."[2]

Ferner: „Die Suspension der Barzahlungen hat die Wirkung gehabt, in die Hand der Direktoren der Bank von England die wichtige Aufgabe zu legen, das Land mit der Menge von umlaufender Münze zu versehen, die gerade den Bedürfnissen des Publikums angepaßt ist. Nach der Meinung des Komitees ist dies eine Aufgabe, von der es unverständig ist, zu erwarten, daß die Direktoren der Bank von England sie jemals erfüllen könnten. Die genaueste Kenntnis des tatsächlichen Handels eines Landes, verbunden mit gründlichster Kenntnis in allen Grundsätzen des Geldes und Verkehrs, könnte einen Mann oder eine Gruppe von Männern nicht befähigen, das richtige Verhältnis des umlaufenden Geldes zu den Bedürfnissen des Handels zu bestimmen oder fortdauernd richtig festzuhalten. Wenn das Geld nur aus edlen Metallen oder aus einem jederzeit gegen Metallgeld einlöslichen Papiergeld besteht, paßt der natürliche Handelsverkehr durch den Austausch zwischen den verschiedenen Ländern der Welt, in jedem einzelnen Lande das Verhältnis des umlaufenden Geldes den tatsächlichen

---

[1] Report together with minutes of evidence and accounts, from the Select Committee on the high Price of bullion. London 1810.

[2] S. 39.

Bedürfnissen an, entsprechend dem Vorrat an edlem Metall, welches die Bergwerke für den allgemeinen Markt der Welt liefern. Das Verhältnis, welches so durch die natürlichen Vorgänge des Handels hergestellt und aufrechterhalten wird, kann nicht durch irgendwelche menschliche Weisheit oder Geschicklichkeit festgesetzt werden."[1]

Der Ausschuß empfiehlt als Aushilfsmittel, daß das Geldsystem dieses Landes, mit soviel Eile, als mit der nötigen klugen Vorsicht vereinbar ist, zu dem ursprünglichen Grundsatze der Barzahlung nach dem Wunsche der Inhaber der Noten zurückkehren müsse."[2]

Unter den Gegnern, die Ricardos Theorie und die auf derselben fußende Meinung des Bullion-Komitees fand, ist besonders erwähnenswert Charles Bosanquet,[3] dessen Schrift „Practical Observations on the report of the bullion committee" Ricardo zu einer Gegenschrift veranlaßte.

Bosanquet bestreitet darin die Richtigkeit folgender Sätze des Bullion-Komitees:[4] „1. Daß die Abweichungen des Wechselkurses mit fremden Ländern für längere Zeit nie die Ausgaben für den Transport und die Versicherung der edlen Metalle von einem Lande zum anderen überschreiten können. 2. Daß der Preis der Goldbarren nie den Münzpreis überschreiten könne, außer, wenn das Geld, womit sie bezahlt werden, unter den Goldwert entwertet ist. 3. Daß auf Grund der Angaben des Zollamts über Ausfuhr und Einfuhr der Stand der Wechselkurse ein besonders günstiger sein müßte. 4. Daß der Umlauf von Landbanknoten von der Notenausgabe der Bank von England abhängen. Schließlich, daß die Ausgabe von Papiergeld jetzt übergroß sei und das Papier im Verhältnis zum Gold entwertet sei und daß die niedrigen Wechselkurse die Folge sowohl als das Anzeichen dieser Entwertung seien."

Bosanquet erklärt seinerseits, daß nicht ein Übermaß an Umlaufsmitteln, sondern erstens die veränderte Lage des Kornhandels und die damit zusammenhängende Not von 1800 und 1801,

---

[1] S. 57. — [2] S. 75. — [3] II. ed., connected with a supplement. London 1810. — [4] S. 8.

zweitens die Vermehrung der Steuerlast seit Beginn des Krieges (1793) die Ursache der Preissteigerung sei.

3. Ricardos Schrift „Proposals for an economical and secure Currency".

Noch eine weitere Gelegenheitsschrift Ricardos über Geld- und Bankwesen erschien 1816 (abgeschlossen war die Arbeit am 26. Juni 1815). Anlaß dazu gaben folgende drei Fragen, die damals das Parlament eingehend beschäftigten.

1. Ob die Bank angehalten werden sollte, ihre Noten auf Verlangen der Inhaber gegen bar einzulösen?

2. Ob eine Veränderung in Hinsicht auf die Vereinbarung zwischen der Regierung und der Bank wegen der Verwaltung der Staatsschuld getroffen werden sollte?

3. Welche Entschädigung das Publikum für den hohen Betrag an Depositen erhalten sollte, von dem die Bank Gewinn zieht?

Ricardo nimmt in seiner Schrift „Proposals for an economical and secure Currency, with Observations on the Profits of the Bank of England as they regard the public and the proprietors of the Bank" zu dieser Frage Stellung.

Er wiederholt in dieser Schrift, in welcher er sich besonders bei Behandlung der Bankfragen an Grenfell anschließt, seine Geldtheorie, wonach es ein eigentliches Wertmaß nicht geben könne, da Gold und Silber im Werte selbst veränderlich seien. Als ein zwar unvollkommenes, aber das relativ beste Wertmaß müsse man das Geld betrachten.

Solange Edelmetalle zum Währungsgelde benutzt würden, müsse auch das Geld im Werte mit dem Werte des Metalls übereinstimmen und wann immer dies nicht der Fall ist, und der Marktpreis der Barren über dem Münzpreise stände, sei das Geld entwertet. Ricardo spricht sich dann wiederholt gegen Doppelwährung und für Silberwährung aus — zu gunsten des Goldes könne gesagt werden, daß sein großer Wert bei kleinem Volumen es zu einem Gelde für ein reiches Land vorzüglich geeignet mache; aber gerade sein großer Wert bringe es auch

mit sich, daß es in Kriegszeiten oder in Zeiten geschäftlicher Depression aufgespart und zurückgehalten würde.

Der einzige Einwand gegen das Silber als Währungsgeld sei das große Gewicht; dies werde aber hinfällig, sobald Papiergeld als Stellvertreter des Währungsgeldes in großem Maße im Umlaufe wäre. Silber sei auch im Werte stetiger, weil die Nachfrage danach regelmäßiger sei; und da alle auswärtigen Länder den Wert ihres Geldes nach dem Werte ihres Silbers regelten, könne es nicht zweifelhaft sein, daß Silber gegenüber dem Golde als Währungsgeld vorzuziehen sei, und daher dauernd für diesen Zweck herangezogen werden müsse.[1]

Ricardo berührt auch die in der folgenden Tagung des Parlaments erörterte Frage über die Wiederaufnahme der Barzahlung; für diese Gelegenheit schlägt er eine völlige Neuordnung des Geldwesens vor. Er erblickt den Fortschritt im Geldwesen darin, daß es sich mehr und mehr vom Gebrauch des Edelmetalls emanzipiere und diesen wertvollen Gegenstand durch einen wertlosen ersetze; so groß der Fortschritt gewesen sei, der durch Annahme der Edelmetalle zu Geldzwecken erreicht worden wäre, ein weiterer Fortschritt müsse in der Ersetzung der Edelmetalle durch Papier bestehen.

Wenn die Bank wieder gezwungen würde, ihre Noten und Münzen einzulösen, so würden die Gewinne der Banken wesentlich vermindert, ohne einen entsprechenden Gewinn für irgend einen Teil des Volks. Wenn diejenigen, welche 1, 2 und 5 Pfundnoten verwenden, die Wahl haben sollten, Guineen zu benützen, so könne kein Zweifel sein, was sie vorzögen; und so würde, einer bloßen Laune zuliebe, ein sehr kostspieliges Mittel an Stelle eines von geringem Werte gesetzt. Außer dem Verlust der Bank, der als Verlust für die ganze Gemeinschaft betrachtet werden müsse, da der Volksreichtum sich aus den Reichtümern der einzelnen bilde, würde der Staat zu der nutzlosen Ausgabe der Prägung veranlaßt, und bei jedem Fallen des Wechselkurses, würden Guineen eingeschmolzen und ausgeführt.

Das Publikum gegen jede Änderung im Geldwerte

---

[1] S. 403.

zu sichern, ausgenommen diejenige, welcher die Währungsmünze selbst ausgesetzt ist, und gleichzeitig den Geldumlauf mit dem billigsten Mittel einzurichten, hieße den vollkommensten Zustand erreichen, zu dem ein Geldwesen gebracht werden könne, und wir würden alle diese Vorteile besitzen, wenn die Bank angehalten würde, ungemünztes Gold oder Silber zum Münzpreise im Austausche gegen ihre Noten herzugeben, anstatt Guineen abzuliefern; durch welches Mittel das Papier nie unter den Preis der Barren fallen könnte, ohne eine Verminderung seiner Menge zu bewirken.

Um das Steigen des Papiergeldes über den Wert der Barren zu verhindern, müßte die Bank auch verpflichtet werden, ihr Papier im Austausche gegen Gold zum Preise von 3 £ 17 sh pro Unze herzugeben. Um der Bank nicht zu viel Mühe zu machen, sollte der Betrag an Gold, der im Austausche gegen Noten zum Münzpreise von 3 £ 17 sh 10½ d gegeben werden müsse und der Betrag, der an der Bank zu 3 £ 17 sh verkauft werden könne, nie weniger als 20 Unzen betragen. Mit andern Worten, die Bank sollte verpflichtet sein, jede Menge Goldes, die ihr angeboten werde, im Betrage von nicht weniger als 20 Unzen, zum Preise von 3 £ 17 sh per Unze zu kaufen und jede Menge zum Preise von 3 £ 17 sh 10½ d zu verkaufen, (Der Preis von 3 £ 17 sh ist von Ricardo willkürlich angenommen; er wollte nur den Grundsatz damit kennzeichnen, daß der Preis so fixiert sein müsse, daß es im Interesse der Verkäufer von Gold liegen müsse, es lieber an die Bank zu verkaufen, als es der Münze zur Ausmünzung zu geben.) Gleichzeitig müßte die volle Freiheit der Ein- und Ausfuhr an Münze jeder Art garantiert sein."

Ricardo erklärt in einer Anmerkung über die Frage, ob Gold- oder Silberbarren vorzuziehen seien, folgendes: „Ich habe bereits gesagt, daß Silber mir am besten als Währungsgeld geeignet erscheint. Wenn es durch Gesetz dazu gemacht würde, so müßte die Bank gezwungen werden, nur Silberbarren zu kaufen oder zu verkaufen. Wenn Gold das ausschließliche Währungsgeld wäre, müßte die Bank nur Gold kaufen oder verkaufen; aber wenn beide Metalle als Währungsgeld beibehalten werden — wie es jetzt gesetzlich ist — müßte die

Bank die Wahl haben, welches von beiden Metallen sie im Austausche für ihre Noten geben wollte.

Unter einem solchen System und mit einem so geregelten Münzwesen, würde die Bank niemals irgend welchen Schwierigkeiten ausgesetzt sein, ausgenommen jene außergewöhnlichen Gelegenheiten, wenn eine allgemeine Panik das Land ergreift, und wenn jeder begierig ist, die edlen Metalle zu erhalten, um seinen Besitz möglichst sicherzustellen. Gegen solche Paniken hat eine Bank unter keinem System eine Sicherheit; ihrer Natur nach sind sie solchen Ereignissen ausgesetzt, da in keiner Bank und in keinem Lande so viel Münze oder Barren vorhanden sein können, als die vermögenden Leute eines solchen Landes zu verlangen das Recht haben. Sollten alle Leute an einem Tage ihre Guthaben vom Bankier zurückfordern, so würde ein mehrfaches des Betrags an Banknoten, der jetzt im Umlauf ist, nicht hinreichen, um dies Verlangen zu erfüllen. Eine Panik dieser Art war die Ursache der Krisis von 1797; und nicht, wie angenommen wurde, die großen Vorschüsse, welche die Bank der Regierung gemacht hatte. Weder die Bank noch die Regierung waren damals zu tadeln; es war der Ansteckungsstoff, die unbegründete Angst des furchtsamen Teils der Bevölkerung, welcher den Sturm auf die Bank veranlaßte und es würde ebenso eingetreten sein, wenn sie der Regierung keine Vorschüsse gemacht hätte und zweimal so viel Kapital vorrätig gehabt hätte. Hätte die Bank fortgefahren, in Bar zu zahlen, wäre wahrscheinlich die Panik vorüber gewesen, bevor ihr Barvorrat erschöpft gewesen wäre."[1]

Eine weitgehende staatliche Fürsorge auf dem Gebiete des Geldwesens hält Ricardo für erforderlich und ausdrücklich erklärt er im Gegensatze zu seiner sonstigen dem staatlichen Eingreifen in das Wirtschaftsleben gegnerischen Anschauung hier eine Ausnahme für geboten: „Aber wenn das Publikum gegen das minderwertige Geld, welches ihm durch eine schlechte Legierung zugemutet werden könnte und die durch den Regierungsstempel bei Metallgeld verursacht wird, geschützt werden muß, um wieviel nötiger ist dieser Schutz, wenn Papiergeld das ganze

---

[1] S. 406.

oder fast das ganze umlaufende Geld darstellt? Wäre es nicht unlogisch, wenn die Regierung ihren Schutz böte gegen den Verlust von einem Schilling auf die Guinee, aber ihren Schutz nicht darböte, wenn es sich um den Verlust von 20 Schilling bei einer Pfundnote handeln kann?"

Ricardo verlangt, daß jede Landbank in einem gewissen Verhältnis zum Betrage ihrer Notenausgabe, Staatspapiere hinterlegen müsse; bei der Bank von England sei von der Regierung für die Noten, welche die Bank ausgibt, Garantie geleistet.

In Übereinstimmung mit Grenfell rügt Ricardo die hohen Gewinne der Bank von England, die in keinem Verhältnisse zu ihren Leistungen stünden: er rechnet vor, daß die Bank jährlich etwa 380000 £ an Regierungsdepositen, 300000 £ an der Verwaltung der Staatsschuld und ähnlichem gewinnt; daß dazu noch der Gewinn komme, der durch die Notenausgabe erzielt werde; er verlangt, daß die Gewinnverteilung der Bank mehr in Übereinstimmung mit dem öffentlichen Interesse (public interest) gebracht werde.

Mit Schärfe wendet er sich gegen die hohen Profite der Bankteilhaber und spricht sich überhaupt gegen die private Ausnutzung solcher Vorteile, wie sie eine große Notenbank gibt, aus und tritt für staatlichen Betrieb und Besitz derartiger Geschäfte ein:[1] „Die öffentliche Aufmerksamkeit ist in letzter Zeit auf die Geschäfte der Bank gelenkt worden; und der Gegenstand ihrer Gewinne ist allgemein erörtert und verstanden worden. Öffentlichkeit würde jetzt wahrscheinlich der Bank eher nützlich als schädlich sein; denn übertriebene Berichte über ihre Gewinne sind veröffentlicht worden, welche übergroße Erwartungen hervorrufen, und am besten durch offizielle Bekanntmachung berichtigt werden ....

Wenn das Privileg sich seinem Ende nähert, könnte wohl das Publikum einmal die Frage prüfen, ob es zweckmäßig sei, einer Gesellschaft von Kaufleuten zu erlauben, alle Vorteile zu genießen, die aus der Versorgung eines großen Landes mit Papiergeld fließt; und obgleich es natürlich mit Eifersucht auf die von andern Staaten gemachte Erfahrung blickt, wo

---

[1] S. 435.

diese Macht in Händen der Regierung liegt, könnte es vielleicht meinen, daß es in einem freien Land Mittel und Wege gibt, wodurch ein so großer Vorteil dem Staate vorbehalten bleibt, ohne die Kontrolle der Minister. Man mag annehmen, daß Papiergeld einen Schlagschatz gleich seinem vollen Tauschwerte einbringt, aber der Schlagschatz gehört in allen Ländern dem Staate und bei der Sicherheit der Einlösbarkeit, wie sie in dem ersten Teile dieses Werkes vorgeschlagen ist, und durch die Ernennung von Kommissaren, die dem Parlamente allein verantwortlich sind, könnte der Staat, indem er alleiniger Ausgeber von Papiergeld wird, sowohl in London, als im Lande, ein Reineinkommen von mehr als 2 Millionen £ dem Publikum verschaffen. Gegen diese Gefahr ist jedoch die Bank bis 1833 gesichert, und darum ist in jeder Hinsicht Öffentlichkeit nötig."

4. Die Geldtheorie der „Principles".

In seinen „Principles" hat Ricardo im wesentlichen seine früher bereits über Geld- und Bankwesen geäußerten Anschauungen kurz zusammengefaßt. Er gibt in dem Kapitel „Vom Umlaufsmittel und den Banken" zunächst eine Erklärung über den Wert des Geldes, die er hier allerdings mehr in Übereinstimmung mit seiner allgemeinen Werttheorie bringt, als in seinen Broschüren über Geldwesen. Er erklärt: „Gold und Silber sind, wie alle andern Waren, nur wertvoll im Verhältnis zu der Arbeitsmenge, die nötig ist, sie herzustellen und auf den Markt zu bringen; Gold ist etwa fünfzehnmal teurer als Silber, nicht weil eine größere Nachfrage darnach ist, sondern allein deshalb, weil eine fünfzehnmal größere Arbeitsmenge erforderlich ist, als wenn Silber für denselben Zweck verwendet würde."[1]

Ricardo stellt dann seine zweite These auf, wonach die Menge des Geldes, die in einem Lande umläuft, von seinem Tauschwerte abhinge: „Die Menge Geldes, die in einem Lande gebraucht werden kann, muß von ihrem Tauschwerte abhängen: wenn Gold allein für den Austausch der Waren

[1] princ. 213 (320).

gebraucht würde, so würde der 15. Teil von der Menge genügen, die nötig wäre, wenn Silber zu diesem Zwecke verwendet würde."[1]

Ein dritter Satz verneint die Möglichkeit zu reichlicher Geldzirkulation: „Ein Geldumlauf kann nie so reichlich sein, daß es eine Überfüllung gäbe, denn setzt man seinen Tauschwert herab, so vermehrt man in demselben Verhältnisse seine Menge, und erhöht man seinen Tauschwert, so verringert man seine Menge."[2]

Es folgt dann seine Papiergeldtheorie; er argumentiert so: wenn der Staat Edelmetalle zu Münzen präge, so erhöhe sich der Wert der Münze um den Schlagschatz, den der Staat erhebe. Solange der Staat allein die Münzprägung in der Hand habe, gebe es keine Beschränkung für den Schlagschatz; der Staat könne durch Beschränkung der Münzmenge die Münze auf jeden beliebigen Tauschwert steigern.

Auf diesem Grundgesetze beruhe auch der Papiergeldumlauf; Ricardo betrachtet die ganze Ausgabe für Papiergeld als Schlagschatz; obwohl Papiergeld keinen inneren Wert habe, könne durch Beschränkung seiner Menge sein Wert gleich dem einer Münze von gleicher Benennung sein.

Diese Macht des Staates, durch Beschränkung der Menge sowohl des gemünzten, als des Papiergeldes seinen Wert zu bestimmen, habe aber ein Ende, sobald den Banken das Recht zur Notenausgabe gegeben werde: denn hierdurch könne von seiten der Banken die Menge der Umlaufsmittel vermehrt resp. vermindert werden.

Um den Tauschwert des Papiergeldes zu sichern, sei es nicht nötig, zu verlangen, daß das Papiergeld jederzeit gegen Bar einzulösen sei; wenn nur dafür Sorge getragen werde, daß seine Menge nach dem Tauschwerte des Metalls geregelt werde, welches zum Grund- und Richtmaße desselben erklärt würde; wäre dieser Maßstab Gold, so müßte die Menge des darauf bestimmten Papiergeldes mit jedem Sinken des Tauschwerts des Goldes vermehrt werden.

---

[1] Ebendort. — [2] Ebendort.

Da aber die Macht, die der Staat oder eine Bank hat, Papiergeld auszugeben, allzu leicht mißbraucht werden kann, ist es aus diesem Grunde geraten, die Ausgabe des Papiergeldes nie unbeschränkt und ohne Aufsicht zu gewähren; das einfachste Mittel hierfür ist die Verpflichtung für diejenigen, welche Noten ausgeben, dieselben jederzeit gegen bar einzulösen. Es werden dann die Vorschläge eines Staatspapiergeldes wiederholt, die Ricardo in seiner Schrift „proposals" gemacht hatte und die Theorie nochmals ausdrücklich zu begründen versucht, daß das vollkommenste Geld ein Papiergeld sei, das den gleichen Tauschwert habe, wie das Gold, dessen Vertreter es sei.

Im Interesse des Volkes läge es, wenn der Staat und nicht eine Privatbank dieses Papiergeld ausgäbe; denn dieses Privileg bedeute einen großen Gewinn für den Ausgeber und es käme dem Staate zu, diesen Gewinn zu machen.

Ricardo kommt dann auf den Einwand zu sprechen, den man möglicherweise gegen sein Projekt machen könnte: daß zwar der Vorteil der Papiergeldausgabe von Staats wegen einleuchtend sei, daß aber der Nutzen, den eine große Privatnotenbank durch Kreditgewährung in verschiedenen Formen, und zwar oft zu billigeren Bedingungen, als private Gelddarleiher gewähren, dann verloren ginge.

Gerade diese Kreditgeschäfte erscheinen aber Ricardo als volkswirtschaftlich bedenklich: es sei gar nicht günstig, wenn die Kaufleute durch eine solche Bank Gelegenheit hätten, unter dem landesüblichen Zinse Geld zu erhalten. Vielmehr müsse die Zinshöhe sich gerade so frei gestalten, wie die Preise irgend welcher Waren und durch ein Privileg einer Bank dürfe keine Abweichung von dieser normalen Höhe vorkommen: „Ein Zinsfuß ist vom Gesetze festgestellt, der unter demjenigen steht, zu welchem man auf dem Geldmarkte Anleihen bekommen kann, und zu diesem Zinsfuße ist die Bank verpflichtet, darzuleihen, oder es ganz zu lassen. Nach der Natur dieses Instituts haben sie große Summen, über welche sie nur auf diese Weise verfügen können; und ein Teil der Kaufleute dieses Landes genießt in unbilliger und für das Land schädlicher Weise einen Vorteil, da sie in den Stand gesetzt werden, sich mit einem Geschäftsmittel zu vorteilhafteren Bedingungen zu

versorgen, als diejenigen, welche nur unter dem Einflusse des Marktpreises stehen."[1]

Schließlich spricht sich Ricardo in ähnlicher Weise, wie in seinen früheren Schriften, gegen die Doppelwährung aus und gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß durch das Gesetz von 1816 England zur Einheitswährung übergegangen sei.

In einer hinterlassenen Arbeit „Plan for the Establishment of a National Bank" äußerte er sich nochmals über seine Ideen betreffs Herstellung eines guten Geldwesens.

Die Bank von England verrichtet — nach Ricardo — zwei Operationen, die gänzlich verschiedener Natur sind und keine notwendige Verbindung miteinander haben: sie gibt ein Papiergeld anstelle eines Metallgeldes aus und sie streckt Geld vermittelst Darlehn an Kaufleute und andere vor. Daß diese zwei Bankgeschäfte keinen notwendigen Zusammenhang haben, geht daraus hervor, daß sie von zwei getrennten Anstalten betrieben werden könnten, ohne den geringsten Nachteil, weder für das Land, noch für die Kaufleute, welche aus diesen Darlehn Vorteil ziehen.

„Angenommen, das Privileg, Papiergeld auszugeben, wäre der Bank genommen und würde vom Staate allein ausgeübt, der derselben Vorschrift unterworfen wäre, wie jetzt die Bank, nämlich, die Noten auf Verlangen in Münze einzulösen; wodurch wäre der Volkswohlstand im geringsten geschädigt? Wir würden dann, wie jetzt, den ganzen Handel und Verkehr des Landes mit dem billigen Mittel, dem Papiergeld, anstatt mit dem teuren Mittel, dem Metallgeld bewerkstelligen; und alle die Vorteile, die jetzt daher kommen, daß dieser Teil des Nationalkapitals in Form von Rohmaterial, Nahrung, Kleidung, Maschinen und Werkzeugen produktiv gemacht wird, statt nutzlos in Form von Metallgeld zurückbehalten zu werden, würden in gleicher Weise gesichert.

Das Volk, oder richtiger die Regierung namens des Volkes, schuldet der Bank eine Geldsumme, die größer ist, als der ganze Betrag der im Umlauf befindlichen Banknoten; denn die Regierung schuldet der Bank nicht nur 15 Millionen, das

---

[1] princ. 220 (333.)

ursprüngliche Kapital, welches zu 3% Zinsen geliehen wurde, sondern noch viele Millionen mehr, welche auf Schatzscheine, Halbsold- und Ruhegehalts-Annuitäten und andre Sicherheiten vorgestreckt sind. Es ist klar, daß, wenn die Regierung allein Papiergeld ausgäbe, anstatt von der Bank zu leihen, der einzige Unterschied in der Zinszahlung läge; die Bank würde nicht länger Zinsen erhalten und die Regierung würde sie nicht länger bezahlen: aber alle andern Volksklassen würden unberührt davon bleiben. Es ist auch klar, daß ebensoviel Geld im Umlauf bliebe; denn es kann in dieser Hinsicht keinen Unterschied machen, ob die 16 Millionen Papiergeld, die jetzt in London umlaufen, von der Regierung ausgegeben werden oder von einem Bankgeschäft. Die Kaufleute würden keinen Nachteil dadurch erleiden, daß sie nicht so leicht die üblichen Kredite vermittelst Diskonts oder in anderer Weise erhalten; denn erstens muß der Betrag dieser Vorschüsse von dem im Umlauf befindlichen Geld abhängen und dieser Betrag würde derselbe sein, wie zuvor, und zweitens, von dem im Umlauf befindlichen Betrag würde die Bank denselben Teil, nicht mehr und nicht weniger als bisher, den Kaufleuten leihen können."

Ricardo kommt dann auf den Einwand zu sprechen, der häufig gegen die Verstaatlichung solcher Zentralbanken gemacht wird, daß sie nämlich ihre Macht mißbrauchen könnten, z. B. wenn sie in einem Kriegsfalle Geld gebrauchten, sie die Einlöslichkeit ihrer Noten suspendieren könnten.

Ricardo gibt die Bedeutung dieses Einwands zu, schlägt aber deshalb vor, die Ausgabe des Papiergeldes Kommissaren anzuvertrauen, die nur durch ein Votum des Parlaments abgesetzt werden könnten. Diesen Kommissaren soll jeder Verkehr mit den Ministern dadurch unmöglich gemacht werden, daß jede Art von Geldgeschäften zwischen ihnen verboten wird: „Die Kommissare sollten nie, unter keinen Umständen, der Regierung Geld leihen, noch in dem geringsten Grade unter ihrer Kontrolle oder ihrem Einflusse sein."

Folgende Punkte hebt Ricardo als die grundsätzlich wichtigsten für die Errichtung der von ihm geplanten Nationalbank hervor:

1. Fünf Kommissare sollen ernannt werden, die allein mit

der Macht betraut werden sollen, alles Papiergeld des Landes auszugeben.

2. Nach Ablauf des Privilegs der Bank von England, im Jahre 1833, sollen die Kommissare 15 Millionen Papiergeld ausgeben, den Betrag der von der Bank der Regierung geliehenen Summe, womit diese Schuld getilgt sein soll. Von dieser Zeit ab hört die jährliche Zinszahlung von 3% auf.

3. An demselben Tage sollen 10 Millionen Papiergeld auf folgende Weise durch die Kommissare ausgegeben werden: Mit einem Teil der Summe, den sie für richtig halten, sollen sie Goldbarren von der Bank oder von anderen Personen kaufen; und mit dem Rest sollen sie innerhalb von 6 Monaten nach dem oben genannten Tage, einen Teil der von der Bank der Regierung auf Schatzscheine geliehenen Schuld tilgen; die so abgelösten Schatzscheine sollen dann den Kommissaren zur Verfügung stehen.

4. Die Bank soll verpflichtet werden, so schnell als möglich nach Ablauf ihres Privilegs, alle ihre im Umlauf befindlichen Noten durch Bezahlung derselben mit den neuen von der Regierung ausgegebenen Noten zurückzukaufen. Sie soll dieselben nicht in Gold bezahlen, aber soll verpflichtet sein, immer eine Reserve in den neuen Noten zu halten im gleichen Betrage, wie ihre alten noch im Umlauf befindlichen Noten.

5. Die Noten der Bank von England dürfen noch 6 Monate nach dem Ablauf des Privilegs im Umlauf sein; nach dieser Zeit dürfen sie nicht mehr von der Regierung bei der Steuerzahlung angenommen werden.

6. Innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf des Bankprivilegs sollen die Noten der Landbanken aufhören, zu zirkulieren und die verschiedenen Banken, welche sie ausgegeben haben, sollen ebenso wie die Bank von England verpflichtet sein, sie in Staatsnoten zu bezahlen. Sie sollen das Recht haben, sie in Geldmünze zu zahlen, wenn sie es vorziehen.

7. Zur größeren Sicherheit der Inhaber von Staatsnoten, die außerhalb Londons wohnen, sollen Agenten in den verschiedenen Städten vorhanden sein, die verpflichtet sein sollen, auf Verlangen die Echtheit der Note durch Zufügung ihrer

Unterschrift zu beglaubigen, wonach diese Noten nur in dem Bezirke umlauffähig sein sollen, wo sie so signiert sind.

8. Noten, die in einem bestimmten Bezirke ausgegeben werden, oder die die Unterschrift eines Agenten in einem bestimmten Bezirk tragen, sollen in keinem andern Bezirke zahlbar sein, aber gegen Hinterlegung irgend einer Zahl von Noten in der Geschäftsstelle des Bezirks, wo sie ursprünglich ausgegeben wurden, oder wo sie die Unterschrift erhielten; gemäß der letzten Bestimmung, kann eine Anweisung auf jeden andern Bezirk ausgehändigt werden, die in Noten jenes Bezirks bezahlt wird.

9. Noten, die außerhalb Londons ausgegeben werden, sollen außerhalb Londons nicht in Münze zahlbar sein — aber für diese Noten kann eine Anweisung auf London gegeben werden, die in Münze oder in Londoner Noten bezahlt wird, nach dem Wunsche dessen, der die Anweisung in London vorzeigt.

10. Jeder, der Münze oder Londoner Noten auf der Londoner Geschäftsstelle deponiert, kann eine Anweisung erhalten, die in Noten irgend eines andern Bezirks zahlbar ist, und jeder, der in der Londoner Geschäftsstelle Münze hinterlegt, kann zu gleichem Betrage Londoner Noten erhalten.

11. Die Kommissare in London sollen verpflichtet sein, jede ihnen angebotene Menge feinen Goldes, die 100 Unzen übersteigt, zu einem Preise nicht unter 3 £ 17 sh 6 d per Unze zu kaufen.

12. Vom Beginn der Errichtung der Nationalbank sollen die Kommissare verpflichtet sein, ihre Noten und Anweisungen auf Verlangen in Goldmünze zu zahlen.

13. Noten von 1 £ sollen bei der ersten Einrichtung der Nationalbank ausgegeben und jedem gegeben werden, der sie im Austausche gegen Noten von größerem Betrage zu haben wünscht, wenn er Noten der Münze vorzieht; diese Bestimmung gilt für London nur für ein Jahr, aber soll außerhalb Londons dauernd sein.

14. Außerhalb Londons sollen die Agenten nicht

verpflichtet sein, weder Noten für Münze, noch Münze für Noten zu geben.

15. Die Kommissare sollen als Generalbankiers für alle Staatsgeschäfte dienen — ebenso wie jetzt die Bank von England; aber sie dürfen nicht dasselbe Amt gegenüber einer Korporation, oder einem Einzelnen übernehmen.

Zweiter Abschnitt.

Kritik der Ricardo'schen Geldtheorie.

1. Kritik der theoretischen Grundgedanken der Ricardo'schen Geldlehre.

Bei der Kritik der Ricardo'schen Geldtheorie ist zu beachten, daß es Gelegenheitsursachen waren, die Ricardo bewogen, über Geldwesen und damit verwandte Probleme seine Meinung zu äußern. Seine Geldtheorie bildet keinen integrierenden Bestandteil seines ökonomischen Systems, sondern das in die „principles" aufgenommene Kapitel über Geld und Banken stellt im wesentlichen eine Zusammenfassung der Ansichten dar, die Ricardo in Broschüren und bei anderen Gelegenheiten über schwebende Streitfragen auf dem Gebiete des Geld- und Bankwesens geäußert hatte. Somit vermissen wir eine einheitliche geschlossene Theorie über Geldwesen; vielmehr muß man aus den bei den verschiedensten Anlässen geäußerten, teilweise stark polemischen Ausführungen Ricardos ein Bild seiner Geldlehre zu gewinnen suchen — und auch eine solche Zusammenfassung ist nur möglich, wenn sie in Zusammenhang gebracht wird mit den verschiedenen historischen Anlässen, bei denen Ricardo zur Geldtheorie Stellung genommen hat. —

Es ist eine sehr weitverbreitete Auffassung, daß Ricardo auf keinem Gebiete so Vorzügliches geleistet habe, wie gerade auf dem des Geld- und Bankwesens. Selbst die schärfsten Kritiker seiner Methoden und seiner einzelnen Theorien machen vor seiner Geldtheorie Halt und verehren Ricardo als unbestrittenen Meister dieser Probleme.

In diesem Sinne urteilt Adolf Held: „Ricardos Schriften über Geldwesen sind vom theoretischen Standpunkte aus seine besten Arbeiten und praktisch haben sie ganz besonders gewirkt. Nicht nur der Bullion Report basiert auf Ricardos Schrift von 1809, auch die spätere Bankgesetzgebung knüpft daran an, und selbst in unserer deutschen Bankgesetzgebung sind noch die Spuren von Ricardos Geist nachweisbar.“[1]

Ähnlich äußert sich Marshall:[2] „Die Geldtheorie ist gerade der Teil der ökonomischen Wissenschaft, in welchem nur wenig Schaden entsteht, wenn man es vernachlässigt, irgend welche menschliche Motive in Rechnung zu ziehen, ausgenommen den Wunsch nach Wohlstand, und die glänzende Schule deduktiver Methode, an deren Spitze Ricardo steht, war hier auf sicherem Boden.“

Selbst Rogers, dessen Werk „The economic interpretation of history“ von der ersten bis zur letzten Seite eine Verurteilung der Ricardo'schen Methode darstellt, erteilt seinen Lehren von „Geld“ wiederholt eine anerkennende Note: „Ich habe es für meine Pflicht gehalten,“ so sagt er einmal in einer der unter dem genannten Titel herausgegebenen Vorlesungen[3], „mit besonderer Klarheit über die Ricardo'sche Rententheorie zu sprechen, weil ich sie für so außerordentlich inkorrekt und so außergewöhnlich irreführend halte, und weil sie die Menschen ermutigt, auf Unmöglichkeiten zu hoffen. Aber im Geld- und Bankwesen, in Geldfragen überhaupt, und besonders in den verwickeltsten derselben, ist Ricardo Autorität ersten Ranges. Hier war er in seinem Element, denn er war ein außerordentlich scharfsinniger Börsenmakler, zu einer Zeit, als ein erfolgreicher Börsenmakler fast ein Stratege war, wie Sie aus der Lebensbeschreibung der Männer, die in diesem Berufe erfolgreich waren, lernen können.“

In dem speziell dem Geldwesen gewidmeten Kapitel sagt er nochmals:[4] „Obwohl ich Ricardos Rententheorie sehr gering schätze, und glaube, daß seine Ansichten über den Wert mehr metaphysisch als praktisch sind, und große Schwierig-

[1] Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands. S. 196.
[2] Principles of economics. Vol. I. 3. ed. London 1885. S. 61.
[3] II. ed. London 1891. S. 185. — [4] S. 225.

keiten darin erblicken würde, seine Lehre über Überproduktion oder was man general gluts nennt, anzunehmen, ist seine Autorität in bezug auf alle Angelegenheiten des Geldwesens die höchste." —

Ich möchte diesen Urteilen meine gerade entgegengesetzte Meinung gegenüberstellen: auf keinem Gebiete hat Ricardo so schwere Irrtümer aufzuweisen, wie gerade auf dem des Geldwesens. Alle seine übrigen Theorien — so viele Mängel sie haben mögen — zeichnen sich durch größere Schärfe aus und kommen den realen Verhältnissen des Wirtschaftslebens näher, als gerade seine Theorie über Geld- und Bankwesen. Und sicher hat keine seiner Theorien einen so verhängnisvollen Einfluß auf die praktische Gesetzgebung gehabt, wie seine Geldtheorie.

Das schiefe Urteil über Ricardos besondere Verdienste auf diesem Gebiete ist einmal dadurch verursacht, daß man a priori annahm, ein Theoretiker, der seine „isolierende Abstraktion" aus dem Eigennutze vornimmt, müsse auf dem Gebiete der Geldtheorie besonders erfolgreich sein; daß man ferner annahm, ein so erfolgreicher „praktischer" Geldmann, wie der Börsenmakler Ricardo, müsse auch ein Meister der Geldtheorie sein. Und doch zeigen die umfangreichen Bände der Enquête-Berichte über die Geld- und Bankfragen in England, daß die gewiegtesten „Praktiker" in diesen Fragen weiter auseinandergehen und sich viel widerspruchsvoller äußern, als die ob ihrer Unkenntnis des „praktischen Lebens" gescholtenen Theoretiker. Schließlich wird bei manchem dieser begeisterten Kritiker die außergewöhnlich günstige Beurteilung Ricardos als Geldtheoretikers damit zusammenhängen, daß man seine sehr zerstreuten Schriften über Geldfragen nicht so genau kennt, wie seine sonstigen Lehrmeinungen.

Eine ausführliche Kritik der Ricardo'schen Geldtheorie müßte zu einer gründlichen kritischen Auseinandersetzung mit der ganzen Bankgesetzgebung Englands im 19. Jahrhundert führen; denn die wichtigsten und einschneidensten Gesetzesakte auf diesem Gebiete — namentlich die Gesetze von 1839 und 1844 — sind aufs engste mit gewissen theoretischen Anschauungen Ricardos verknüpft, haben in Ricardo zum großen Teile ihren

intellektuellen Urheber. Diese Aufgabe würde ein besonderes Buch erfordern: hier sollen nur die Vorzüge und die Fehler der Ricardo'schen Geldtheorie geschildert werden; wir wollen Ricardo den ihm gebührenden Platz in der Entwicklung der Geldtheorie zuzuweisen suchen und wenigstens in Kürze seinen Einfluß auf die praktische Gestaltung des englischen Geld- und Kreditwesens zu schildern suchen.

Eine nähere Prüfung der Ricardo'schen Geldtheorie ergibt, daß, soweit seine Anschauungen richtige sind, sie von seinen Vorgängern, namentlich von John Locke, David Hume, und Adam Smith bereits ausgesprochen waren, soweit sie aber neu waren, sie voreilige und gewagte Generalisationen aus gewissen Prämissen darstellen und daß sie mit demselben methodologischen Grundfehler behaftet sind, wie die übrigen Ricardo'schen Deduktionen.

Die Verdienste, die sich Ricardo durch Verbreitung richtiger Meinungen über Geld erworben hat, sind: 1. seine Zurückweisung aller merkantilistischen Ideen über Geld; 2. seine Bekämpfung der Idee, als ob Geld Wertmaß sein könne; 3. sein Eintreten für eine Einheitswährung und seine Bekämpfung der Idee der Doppelwährung.

Ad 1. Die Vorstellung, die dem Merkantilismus eigen war, daß die Herbeischaffung von Geld Selbstzweck für ein Land sei, hatte schon David Hume in einem seiner 1752 erschienenen Essays scharf zurückgewiesen und das Geld mit dem Öle verglichen, wodurch das Räderwerk des Verkehrsmechanismus in Gang gehalten werde. Dort sagt er unter anderem: „Es ist klar, daß der Mangel an Geld einem Staate an und für sich niemals schädlich sein kann; denn Menschen und Waren sind die wirkliche Kraft eines Gemeinwesens."[1] Im Sinne solcher Ausführungen sind auch die Ansichten Ricardos gehalten: er weist immer wieder auf die nur nebensächliche Bedeutung des Geldes für die Volkswirtschaft hin, auf seinen bloßen Verkehrsmitteldienst und meint, daß es darauf ankäme, diesen Dienst mit möglichst wenig Aufwand zu verrichten.

---

[1] David Hume, essays moral, political and literary. Ed. Green and Grose. London 1875. Vol. I. S. 319.

Ad 2. Mit Recht betont Ricardo immer wieder, daß die übliche Redewendung, daß das Geld „Wertmaß" sei, das Mißverständnis hervorgerufen habe, als ob der Wert der Waren durch Geld gemessen werden könnte; er weist darauf hin, daß Geld selbst nichts anderes sei, als eine Ware, deren Wert ebenso bestimmt werde, wie der Wert anderer Waren. In seinen „principles" läßt Ricardo den Wert des Geldes durch die zur Herstellung desselben nötige Arbeit bestimmt sein — in den anderen Schriften über Geld zieht er noch weitere Faktoren in Betracht, vor allem die Seltenheit.

Hier soll weder auf die Inkonsequenz Ricardos in dieser grundlegenden Definition des Werts des Geldes hingewiesen werden, noch darauf, daß auch beim Geld die objektivistische Werttheorie sich unhaltbar erweist, da noch andere Momente — außer den Produktionskosten — für den Wert des Geldes bestimmend sind. Es soll vielmehr hier konstatiert werden, daß mit Recht Ricardo eine Wertkonstanz des Geldes leugnet, vielmehr in diesem Punkte das Geld als eine Ware betrachtet, deren Wert veränderlich sein muß. Wie je nach der Höhe der Produktionskosten die Waren im Werte veränderlich sind, so schwankt auch Geld im Werte, da die Produktionskosten der Edelmetalle schwanken. Ricardo behauptet also mit Recht, daß in diesem Punkte nur ein quantitativer, kein qualitativer Unterschied zwischen Geld und den übrigen Waren besteht, da die Schwankungen im Werte des Geldes aus bekannten Gründen geringfügigere sind, als die Schwankungen im Werte anderer Waren. Ricardo zeigt sich in dieser Lehre ebenso von John Locke beeinflußt, wie in seiner Polemik gegen den Merkantilismus durch David Hume.

„Geld hat einen Wert," sagt John Locke in seiner 1691 an das englische Parlament in der Frage des Zinses gerichteten Zuschrift,[1] insoweit es fähig ist, durch Tausch uns die notwendigen oder angenehmen Lebensmittel zu verschaffen; nur mit dem Unterschiede, daß es uns gewöhnlich durch den

[1] Some considerations of the consequences of the lowering of interest and raising the value of money. II. ed. London 1696. S. 52 enthalten in Locke, Several Papers relating to Money, Interest and trade. London 1696.

Tausch nützt, fast nie durch seinen Gebrauch. Aber obgleich der Zweck, zu dem die Menschen das Geld verwenden, nicht sein Gebrauch ist, hat es keinen stetigeren, festeren Wert im Tausch mit anderen Dingen, als irgend eine andere Ware, nur einen bekannteren und einen, der besser durch Name, Zahl und Gewicht fixiert ist, um uns erkennen zu lassen, wie sich das Verhältnis von Seltenheit und Absatz der einen Ware zur anderen verhält."

Ähnlich meint Ricardo einmal in einem Briefe an Malthus, durch die Geldeigenschaft sei nur eine neue Benutzungsweise der Edelmetalle hinzugekommen, die aber an dem Wertbestimmungsgrunde nichts Wesentliches geändert habe:[1] „Es ist wahr, daß die Edelmetalle, außer ihrer Verwendung im Kunstgewerbe, allgemein als ein Maßstab des Werts und als Tauschmittel angewandt worden sind; aber deshalb sind sie nicht aus der Liste der Waren gestrichen worden. Eine neue Verwendung ist für einen besonderen Artikel gefunden worden; folglich entstand eine vermehrte Nachfrage danach und ein vermehrter Vorrat."

Ad 3. Es hängt mit der Einsicht Ricardos, daß auch das Geld im Werte veränderlich sei, zusammen, daß er sich energisch für die Einheitswährung und gegen die Doppelwährung aussprach; hier folgt er den Anschauungen des Lord Liverpool, des energischen Vorkämpfers der Goldwährung in England: „Locke, Lord Liverpool und viele andere Schriftsteller haben diesen Gegenstand (sc. die Währungsfrage) trefflich beleuchtet und stimmen alle darin überein, daß das einzige Mittel gegen die Übelstände im Geldwesen, die aus dieser Quelle stammen (sc. den Änderungen im Wertverhältnis der beiden Metalle) darin besteht, nur ein Metall zum alleinigen Wertmaße zu machen."[2]

Ricardo hat auch das Verdienst, wiederholt im Parlamente erfolgreich gegen Pläne der Einführung der Doppelwährung gekämpft zu haben, so namentlich in seinen Reden am 24. Dezember 1819, am 8. Mai 1820 und 19. März 1821.[3]

---

[1] B. W. I. S. 9. — [2] High price. S. 271.

[3] vgl. Hansard, Parl. Deb. Vol. XLI. und New Series. Vol. I. und IV.

Er sei wohl überzeugt, meinte er in der zweiten dieser Reden, daß die Bezahlung in beiden Metallen die Abtragung der öffentlichen Schuld erleichtern würde; aber es wäre die Frage, ob nicht zwei Währungsmetalle mehr Schwankungen unterlägen, als eines. Wenn Bezahlung in einem Metall geleistet werde, so wäre sie weniger Änderungen unterworfen, als wenn es in zweien geschähe, und wenn in zweien, weniger, als in dreien — daher zöge er die Zahlung in einem Metalle vor, da sie am wenigsten Schwankungen ausgesetzt sei."

Gegenüber seinem energischen Eintreten für einheitliche Währung betrachtete er die Frage, ob Silber- oder Goldwährung vorzuziehen sei, für eine untergeordnete. Wenn er im Gegensatze zu Lord Liverpool und in Übereinstimmung mit Locke für die Silberwährung, namentlich in seiner Erstlingsschrift, eintrat, so wäre es aber falsch, ihn oder gar seine genannten berühmten Vorgänger zum Anhänger der modernen Bestrebungen, die auf eine Wiederherstellung des Silbers als Währungsmetall abzielen, zu machen. Es ist zu beachten, daß er eine radikale Änderung des Geldwesens im Auge hatte, die auf eine Papierwährung hinauslief, die durch Silber gedeckt sein sollte — daß er ferner meinte, es müsse ein für alle Länder einheitliches Metall zur Grundlage der Währung genommen werden und glaubte, daß das Gold nicht ausreiche, um für alle am Handelsverkehr beteiligten Länder Gelddienste zu verrichten. Damals war der Wert des Silbers beständiger, weil infolge des stärkeren Verlangens nach Silber von seiten der meisten Kulturstaaten eine regelmäßigere Nachfrage nach Silber, als nach Gold, vorhanden war.[1] Hätte Ricardo die weitere Entwicklung des Edelmetallmarktes im 19. Jahrhundert erlebt, so wäre er zweifellos zu einem unbedingten Anhänger der Goldwährung geworden.

Bereits im Jahre 1819 gab er wiederholt der Goldwährung den Vorzug vor der Silberwährung. Bei seiner Vernehmung vor den beiden Parlamentsausschüssen, die in dem genannten Jahre zur Beratung über die Frage der Wiederaufnahme der

---

[1] Vgl. dazu Laughlin, The principles of money, New York 1900, S. 40 n.

Barzahlungen eingesetzt waren, gab er wiederholt dieser Ansicht Ausdruck.

Auf die Frage:[1] „Wenn ein Metall vorzuziehen ist, da es weniger Schwankungen unterliegt, als zwei, welches Metall würden Sie empfehlen?“ antwortete er: „Ich finde, diese Frage ist etwas schwierig zu beantworten; es gab Gründe, die mich eine Zeit lang bewogen, zu glauben, daß Silber das besser zu einem Wertmaß geeignete Metall sei; aber, da ich gehört habe, daß die Maschinen jetzt ganz besonders in den Silberbergwerken zur Anwendung kommen, und daher leicht zu einer vermehrten Menge dieses Metalls und zu einer Änderung seines Wertes führen könnten, während dieser selbe Vorgang auf den Wert des Goldes keinen Einfluß hat, bin ich zu dem Schlusse gekommen, daß Gold das bessere Metall ist, um den Wert unserer Währung zu regeln.“

Fast genau dieselbe Erklärung gab er vor der Kommission des Oberhauses ab.[2] Ähnlich sagte er in der Sitzung des Unterhauses vom 24. Mai 1819:[3] „Ich stimme völlig bei, daß Gold zum Währungsmetall gemacht und Silber als Scheidemünze behandelt wird. Dies scheint mir eine gründliche Verbesserung im System unseres Münzwesens.“

Es ist daher nicht richtig, wenn von bimetallistischer Seite behauptet wird, Ricardo habe sich über die Währungsfrage unentschieden ausgesprochen oder direkt für die Silberwährung Partei genommen.[4]

---

[1] Reports from the secret committee on the Expediency of the Bank resuming Cash Payments, ordered by the house of Commons, to be Printed, 5th April and 6th May 1819 — [wird fernerhin zitiert Commons Cash payments reports 1819].

[2] Reports by the Lords committees appointed a secret committee to enquire into the state of the Bank of England; with reference to the expediency of the resumption of Cash payments with minutes of evidence and an appendix; ordered to be printed 7th May 1819 [wird fernerhin zitiert Lords cash payments reports 1819].

[3] vgl. Hansard, Parliamentary Debats. N. 5. Vol. XL.

[4] vgl. The Parity of Moneys, as regarded by Adam Smith, Ricardo and Mill. By Amicus Curiae. London 1881. S. 10: „Ricardo, in distinction from Smith, uses gold as the common name for money, but this is only as a conventional convenience of speech, just as he assumes for con-

2. Kritik der Ricardo'schen Quantitätstheorie.

Gerade die Auffassung des Warencharakters des Geldes, die Ricardo mit Recht gegen merkantilistische Vorurteile immer wieder betont, führte bei ihm in ihren Übertreibungen zu einer fehlerhaften theoretischen Grundmeinung über das Geld und seinen Einfluß auf die Preisgestaltung. Denn es war für ihn schließlich ausgemacht, daß das Geld nichts anderes sei, als eine Ware, die den übrigen Warenmassen gegenüberstände, und zwar so, daß der Tauschwert des Geldes durch die im Gelde enthaltene Arbeit gemessen wird. Auf diesem Wertniveau bleibe aber das Geld nur so lange, als auch die Menge des im Lande vorhandenen Geldes die richtige sei und zwar solle das Geld in der richtigen Menge vorhanden sein, wenn es im richtigen Verhältnisse zur Menge und zum Tauschwerte der vermittelst des Geldes umzusetzenden Warenmassen stünde.[1]

Sei zuviel Geld im Lande, so sänke sein Tauschwert, es stiegen infolgedessen die Warenpreise, bis wieder durch Abströmen des zu billigen Geldes ins Ausland das richtige Verhältnis hergestellt sei; umgekehrt, sei zu wenig Geld im Lande — sei es zu „teuer", so fielen die Warenpreise, bis durch Zuströmen des im Auslande billigen Geldes wieder ein Ausgleich stattfände. So faßt Ricardo in sehr einseitiger Weise das Verhältnis zwischen Geldmenge und Warenpreisen als ein mechanisch-automatisches auf. Preise der Waren einerseits und Menge des Geldes anderseits stehen im engsten Konnexe.

„Verminderung oder Vermehrung der Menge des Geldes steigert oder erniedrigt immer den Preis der Waren"[2] — so lautet einer seiner apodiktischen Behauptungen vor der

---

venience that money is stable in value. Per contra in his „„Plan of an Economical and Secure Currency"" for England, he proposed, not gold, but silver, as „„the standard"". Ähnlich sagt S. Dana Horton in seiner Broschüre „The Peels Bank Act and Silver." London 1901. S. 7: „Ricardo's main proposal was for Silver Bullion."

[1] Marx sagt im III. Bande des „Kapital" (II. S. 85): „Nach Ricardo wird der Wert des — metallischen — Geldes bestimmt durch die in ihm vergegenständlichte Arbeitszeit, aber nur so lange die Quantität des Geldes im richtigen Verhältnis steht zu Menge und Preis der umzusetzenden Waren."

[2] Commons Cash payments reports. S. 198.

Unterhauskommission. — Und zwar soll die Einwirkung der Geldmenge auf die Preise in fast arithmetisch-exakter Weise vor sich gehen. Auf die Frage vor derselben Kommission: „Glauben Sie, daß eine Verminderung der Umlaufsmittel eine Verminderung der Preise in exakt-arithmetischer Progression hervorbringt?" antwortete er: „Ich glaube, sie hat eine Tendenz so zu wirken, aber sie wird nicht genau so exakt zum Vorschein kommen."[1]

Wenn man infolge dessen mit Recht Ricardo als einen der Hauptbegründer der sog. Quantitätstheorie bezeichnet hat, da er die Quantität des Geldes als von ausschlaggebender Bedeutung für die Preisbildung erachtet, so wäre es doch falsch, ihm das Verständnis für die anderen hier mitspielenden Faktoren, namentlich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, absprechen zu wollen.

Nirgends finden wir bei Ricardo eine Quantitätstheorie, wie sie etwa bei den früheren Vertretern dieser Theorie zu finden war, bei Locke, Montesqieu, Hume, Harris und anderen. Nie hätte Ricardo der Quantitätstheorie zugestimmt, wie sie sich z. B. bei Joseph Harris[2] findet: „Der Wert einer gegebenen Menge Geldes, in irgend einem Lande, wird kleiner oder größer sein, je nachdem die gesamte Summe oder die ganze Menge an Geld, größer oder kleiner ist, im Verhältnis zur Gesamtheit der für Geld eintauschbaren Waren dieses Landes. Oder: der Wert einer gegebenen Summe Geldes wird immer, ziemlich genau, in einem wechselseitigen Verhältnis zu der gesamten in Zirkulation befindlichen Summe, oder Menge stehen: d. h. je mehr Geld im Umlauf ist, um so geringer wird der Wert einer gegebenen Summe im Verhältnis zu anderen Dingen sein und vice versa."

Derartige vulgäre Irrtümer der Quantitätstheorie lagen ihm fern. Wiederholt weist er selbst gerade auf andere Faktoren, außer der Menge des Geldes hin: z. B. in seinen „Proposals", wo er sagt:[3] „Der Wert des Geldes hängt nicht völlig von seiner absoluten Quantität ab, sondern von seiner Quantität im Verhältnis zu

[1] Ebendort 136.

[2] An essay upon Money and Coins, 1757, zitiert bei Laughlin a. a. O. S. 233. — [3] S. 358.

den Zahlungen, welche es vermitteln soll; die gleiche Wirkung würde aus jeder der beiden Ursachen folgen: entweder, wenn die Verwendungsarten des Geldes um $^1/_{10}$ vermehrt werden oder wenn man seine Menge um $^1/_{10}$ vermindert; denn in beiden Fällen würde sein Wert um $^1/_{10}$ steigen".

Und an anderer Stelle derselben Schrift heißt es:[1] „Wenn der Wert des Geldes und der Betrag der Zahlungen gleich bleiben, muß die notwendige Menge des Geldes von dem Grade der Sparsamkeit im Gebrauch desselben abhängen. Würde keine Zahlung durch Checks auf Bankiers gemacht, wodurch Geld nur von einem Konto abgeschrieben und dem anderen zugeschrieben wird, und zwar zum Betrag von Millionen täglich, ohne oder nur vermittelst weniger Banknoten und Münzen, so ist klar, daß beträchtlich mehr Geld erfordert würde, oder was dasselbe in seiner Wirkung ist, daß dasselbe Geld zu einem beträchtlich erhöhten Werte umlaufen würde und daher dem zusätzlichen Betrage an Zahlungen angemessen wäre."

Aber diese einschränkenden Gesichtspunkte läßt er immer wieder außer Acht, wenn er in seiner bekannten Manier seine abstrakten Sätze formuliert; dann ist ihm die Höhe des Preises — caeteris paribus — nur bedingt durch die Geldmenge und namentlich für den internationalen Verkehr nimmt er stets ein solches gleichmäßiges Verhältnis zwischen Geldwert und Warenpreisen an, so daß ihm hohe Preise durch Geldknappheit, niedrige Preise durch Geldüberfluß verursacht erscheinen. Der Stand der Wechselkurse, der Handelsbilanz usw. sind für ihn stets wesentlich bedingt durch dieses Verhältnis der Geldmenge der einzelnen Länder.

Es findet sich ein auffallender Widerspruch bei Ricardo. An vielen einzelnen Stellen seiner „principles" gibt er eine Erklärung der Bestimmungsgründe des Wertes des Geldes, wobei er seine Werttheorie zugrunde legt und wo er einer richtigen Lösung des Problems sehr nahe kommt. So z. B. hat Laughlin[2] mit Recht auf die Stelle seiner principles (S. 233—234) hingewiesen, wo Ricardo zu den acht Bestimmungsgründen seine Zustimmung gibt, von denen nach Lauderdale der Wert der

[1] S. 399. — [2] a. a. O. S. 241.

Waren abhängen kann und zwar gibt Ricardo seine Zustimmung für die Marktpreise aller Waren, und für die Durchschnittspreise der monopolisierten Waren.

Anderseits finden sich zahlreiche Stellen, wo er die Preise der Waren nicht gemäß seinem Preisgesetze bestimmt sein läßt, sondern gemäß seiner modifizierten Quantitätstheorie. Ich kann mir diesen Widerspruch nur so erklären, daß Ricardo den ganz eigenartigen Geldverhältnissen seiner Zeit gegenüber (eine uneinlösliche Banknote war gesetzliches Zahlungsmittel!) eine Geldtheorie begründete, die wohl für irrationelle Währungsverhältnisse z. B. für Staaten mit Papiergeldwirtschaft eine gewisse Berechtigung haben könnte, nicht aber für Länder mit geordneten Geldverhältnissen.[1]

Ricardos Hauptirrtum scheint mir darin zu bestehen, daß er die besonderen Eigentümlichkeiten des Geldes, die es vor allen andern Waren auszeichnen, übersieht: daß Geld vor allem das einzige gesetzlich zulässige letzte Solutionsmittel für Forderungen aller Art ist. Wenn also ein Land gezwungen ist, eine bestimmte Ware vom Ausland zu beziehen, so ist es einfach genötigt, Geld dafür zu zahlen, wenn nicht ein Ausgleich durch andere Waren möglich ist. Dann ist es aber verkehrt zu sagen, Geld geht aus dem Lande, weil es verhältnismäßig billiger ist, als dort, wohin es ausgeführt wird, sondern Geld geht dorthin, weil unter den konkreten Marktverhältnissen Geld zum Ausgleich bestimmter Forderungen für Warenkäufe die einzig mögliche Gegenleistung darstellt. Mit Eigensinn hält er aber auch den Einwänden von Malthus gegenüber daran fest, daß eine sogenannte ungünstige Handelsbilanz immer nur durch Billigkeit, das heißt Überfluß des Geldes verursacht sein könne.

Nicht also die Nachfrage nach Waren, oft dringendster Art, wie z. B. nach Getreide, ist die Ursache ungünstiger Handelsbilanz, sondern immer nur die „Billigkeit" bezw. „Teuerkeit" des Geldes soll in Frage kommen.

„Es ist möglich", schreibt er an Malthus,[2] daß das Wort „„redundancy"" (Überfülle) nicht glücklich von mir gewählt

[1] Eine ähnliche Auffassung vertritt Laughlin a. a. O. S. 247.

[2] B. W. I. S. 10.

war, um die Vorstellung wiederzugeben, die ich mir von der Ursache einer ungünstigen Handelsbilanz gemacht habe; aber wenn ich den Aufsatz der Review ansehe, finde ich, daß Sie den Ausdruck in demselben Sinne anwenden, in welchem ich meine Meinung ausdrücken möchte, denn Sie behaupten, daß eine verhältnismäßig reichliche Geldmenge eine Ursache einer ungünstigen Handelsbilanz sein kann und häufig ist. Aber Sie behaupten, daß dies nicht die einzige Ursache ist. Nun, ich behaupte, daß es die einzige Ursache ist. Dieser verhältnismäßige Überfluß kann sowohl durch Verminderung der Waren hervorgerufen sein, als durch eine tatsächliche Vermehrung des Geldes (oder was dasselbe ist, durch eine vergrößerte Ersparnis im Gebrauch des Geldes) in einem Lande. In jedem dieser Fälle ist eine Überfülle von Geld hervorgerufen, gerade, als ob die Minen produktiver geworden wären. Ich leugne nicht, daß zeitweilige Schwankungen im Werte der edlen Metalle vorkommen, im Gegenteil behaupte ich, daß diese Schwankungen nie aufhören; aber ich führe sie alle auf eine Ursache zurück, nämlich eine Überfülle an Geld, die auf einem der Wege, die ich oben angegeben habe, verursacht ist, und nicht auf die Nachfrage nach bestimmten Waren.

Diese Nachfrage wird nach meiner Meinung durch den relativen Stand des Geldes bedingt; sie ist nicht Ursache, sondern Wirkung. Sie scheinen mir nicht genügend die Umstände zu beachten, welche ein Land veranlassen, eine Schuld gegenüber einem anderen einzugehen. In allen Fällen, welche Sie anführen, setzen Sie immer die Schuld als bereits kontrahiert voraus, und vergessen, daß ich nur behaupte, daß der relative Stand des Geldes das Motiv ist, infolge dessen die Schuld kontrahiert wird. Das Getreide, behaupte ich, wird nicht gekauft, wenn nicht Geld verhältnismäßig reichlich da ist — Sie antworten mir, indem Sie voraussetzen, daß es schon gekauft ist und als ob die Frage nur die Bezahlung beträfe. Ein Kaufmann wird einem fremden Lande gegenüber keine Schuld für Getreide kontrahieren, außer, wenn er völlig überzeugt ist, daß er für dieses Getreide mehr Geld bekommen wird, als er selbst bezahlen muß, und wenn der Handel der beiden Länder auf diese Geschäfte beschränkt wäre, so würde mir ebenso genügend bewiesen erscheinen, daß Geld in einem Lande überreichlich

vorhanden wäre, wie daß in einem andern Lande Getreide überreichlich vorhanden wäre."

Man könnte es fast als Sophisterei bezeichnen, wenn Ricardo auf die wiederholten Einwände Malthus', daß doch unter Umständen ein besonders dringlicher Bedarf nach einer Ware die Preissteigerung erkläre und daß die andern Waren daher im Preise stabil blieben, an seiner Meinung festhält mit der Motivierung, daß es auf die Gesamtmenge der Waren einerseits und die Gesamtmenge des Geldes auf der andern Seite ankomme:[1] „Obwohl zugegeben werden kann, daß die Preissteigerung einer Ware, im Falle eines Mangels an Getreide, von einem Fallen der Preise aller übrigen begleitet sein kann, warum sollte ein Überfluß an Geld unter solchen Umständen unmöglich sein? Das Geld muß, behaupte ich, als ein Ganzes betrachtet werden, und muß als solches verglichen werden mit der Gesamtheit an Waren, die es umsetzt. Wenn es also in „a greater proportion" zu Waren steht nach, als vor einer schlechten Ernte, während keine solche Änderung in dem Verhältnisse zwischen Geld und Waren auswärts stattgefunden hat, so scheint mir, daß kein Ausdruck diesen Zustand der Dinge richtiger bezeichnen kann, als „„a relative redundancy of currency"".

Unter solchen Umständen würde nicht nur Geld, sondern jede andere Ware verhältnismäßig billiger werden, verglichen mit Getreide, und würde infolge dessen gegen das Getreide, welches in diesem Lande verlangt wird, ausgeführt. Unter relativer Überfülle verstehe ich also relative Billigkeit und die Ausfuhr der Ware sehe ich, in allen gewöhnlichen Fällen, als Beweis solcher Billigkeit an."

Bei seiner Theorie von dem engen Zusammenhange zwischen der im Lande vorhandenen Geldmenge und den Warenpreisen übersieht ferner Ricardo zu sehr den Unterschied der beiden Funktionen des Geldes als eines Wertumsatzmittels und eines Wertbewahrungsmittels. Es ist gar nicht nötig, daß jede Geldeinfuhr die Umlaufsmittel als solche vermehre, das heißt den Teil des Geldes, der dem Güterumsatze dient, wie umgekehrt

[1] B. W. I. S. 13.

auch nicht durch jede Geldausfuhr die in Zirkulation befindliche Geldmenge verringert zu werden braucht. Es können auch die in den großen Banken und sonstigen Kreditinstituten ruhenden Geldbestände sein, die in beiden Fällen allein geändert werden; das im Umlauf befindliche Geld kann unberührt bleiben und daher kann auch ein direkter Einfluß dieser Änderung von Geldmenge auf die Preise nicht stattfinden.

Es ist das besondere Verdienst Fullarton's, in seiner Schrift „On the Regulation of currencies"[1] auf diesen Punkt nachdrücklich aufmerksam gemacht zu haben. Er wies auf die Bedeutung der „Hoards" hin, die „einen Teil des Geldes aller Länder ausmachen, und deren Wichtigkeit bis jetzt noch nicht genügend beachtet wurde."[2]

Über den Einfluß dieser „Hoards" auf die Preise bemerkt Fullarton weiter: „Die Hoards nehmen die überflüssige Produktion der Minen auf und geben sie wieder ab, wenn sie wieder gebraucht wird; so daß die Schwankungen des Bedarfs unter gewöhnlichen Umständen gar nicht den Teil des Geldes berühren, der im Umlauf befindlich ist und der allein auf die Preise wirkt, sondern nur den Teil, der hoarded ist. Auch ist es nicht nötig, daß irgend eine vorhergehende Einwirkung auf die Preise stattfand, um das hoarding principle ins Leben treten zu lassen. Der Betrag der hoards wird nicht durch den Stand der Preise geregelt, sondern durch den landesüblichen Zinsfuß, der, obwohl er wesentlich mit dem Kapitalprofit identifiziert werden mag, dennoch bekanntlich in erster Linie steigt und fällt mit jeder Zusammenziehung und Ausdehnung des Mittels, wodurch Kapital verteilt wird, sei es nun Geld oder Kredit."[3]

„Aber selbst wenn es eine unbestrittene Tatsache wäre, daß die Warenpreise völlig durch die Menge des umlaufenden Geldes reguliert würden, so würde noch gar nicht folgen, daß das Abströmen von Geld zur Ausfuhr irgend einen Einfluß auf die Preise ausübt. Solcher Abfluß wirkt in der Regel nicht auf die im Umlauf befindliche Menge, sondern auf das Geld in Reserve — auf die hoards."[4]

Das Gewicht dieser Einwände Fullartons wird von

---

[1] II. ed. London 1845. — [2] S. 70. — [3] S. 71. — [4] S. 139.

Knies abzuschwächen gesucht; es sei falsch, zu sagen, daß diese Summe Geldes „müßig liege" und ebenso irrig sei es, zu bestreiten, daß diese Vorräte Einfluß auf die Preisbildung hätten, denn diese „Reserven" seien aus dem für die Volkswirtschaft aktiv gemachten Gelde zu erstatten, auch sobald nötig, wieder zu ergänzen und zu erneuern."[1]

Es ist zuzugeben, daß die Ausdrücke Fullartons „inert" und „dormant" für die Kassenreserven verfehlt ist, denn die Beträge sind nicht „müßig" sondern sie dienen nur einem anderen Zweck, als das flüssige Geld. Es ist auch zuzugeben, daß der Betrag des Geldes, der für solche Kassenreserven dient, und der Betrag, der für Umsatzzwecke dient, nicht scharf zu trennen ist, sondern daß dieselben Beträge einmal diesen, einmal jenen Zwecken dienen: dennoch behält Fullarton Recht gegenüber Ricardo. Wenn auch die den Reservebeständen entnommenen Beträge wieder aus den in der Volkswirtschaft vorhandenen Geldvorräten ersetzt werden müssen, so braucht dies doch nicht momentan zu geschehen; es kann lange Zeit vergehen, bis dies nötig ist.

Jedenfalls ist daher der mechanische Zusammenhang, den Ricardo zwischen der im Umlauf befindlichen Geldmenge und den Warenpreisen annimmt, auch gerade im Hinblick auf die erwähnten hoards zu bestreiten.

Dennoch hat die Quantitätstheorie trotz aller scharfen Angriffe, die sie erfahren hat, bis zur Gegenwart noch eine große Anhängerschaft. Ihre Prinzipien liegen nicht nur dem englischen Bankgesetz von 1844 und ähnlichen Bankgesetzen anderer Länder zugrunde. Sie wird nicht nur von der Mehrzahl der Bimetallisten vertreten, deren praktisch-politische Ziele in der Quantitätstheorie eine gute Stütze finden; sie wird auch immer noch von einzelnen und zum Teil hervorragenden Theoretikern vertreten. So sagt z. B. F. A. Walker[2] über die Ricardo'sche Quantitätstheorie: „Die allgemeine Wahrheit dieser Lehre kann nicht bestritten werden, noch kann ihre Wichtigkeit herabgesetzt werden. Sie stellt mit Recht die

[1] Knies, Der Kredit. I. Berlin 1876. S. 285.

[2] Money, London 1884. S. 57.

Richtung großer Kräfte in den Vordergrund, die niemals in der ganzen Geschäftswelt zu wirken aufhören, welche Hindernisse sie auch immer finden sollten.

„„Der Betrag an Geld in einem Lande"" wird daher nach Ricardo's Worten „„reguliert durch seinen Wert."" [Relpy to Bosanquet.] Und umgekehrt wird der Wert des Geldes in jedem Lande durch den vorhandenen Vorrat bestimmt."

Die Irrtümer Ricardo's über das Geldwesen hängen aufs engste mit seinen allgemeinen Grundanschauungen über die Bedeutung des Selbstinteresses in der Volkswirtschaft zusammen. Es darf nicht vergessen werden, daß Ricardo für freiheitliche Reformen des Geldwesens kämpfte, daß er, und zwar in diesem Punkte ganz mit Recht, das gesetzliche Verbot der Ausfuhr gemünzten Geldes als verkehrte Maßregeln erklärte. Der Kampf für freie Geldzirkulation war die erste Etappe in den vielen freiheitlichen Bestrebungen in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts: „Der Handel in Münzen und die fremden Wechselkurse," sagt Rogers in seinem Abriß der Geschichte des englischen Freihandels:[1] „wurden von lästigen Fesseln befreit, während die nationale Ehre ungeschwächt durch die Ehrlichkeit der Währung aufrecht erhalten wurde."

So faßte also Ricardo das Geldwesen auf: als eine wirtschaftliche Verkehrseinrichtung, die am besten durch Selbstregulierung gedeihen könne. Bei freiem Geldverkehr könne man sicher sein, daß die im Lande vorhandene Geldmenge stets den Bedürfnissen des Verkehrs angepaßt sei und daß die Warenpreise die Verhältnisse des Geldmarkts widerspiegelten. Dies gelte nicht nur für die Verhältnisse eines Landes, sondern auch für den internationalen Verkehr. Wie Ricardo's Freihandelstheorie von der Meinung ausging, daß bei freiem Güterverkehr unter den Nationen die Güter immer dorthin strömten, wo sie am besten gebraucht werden könnten, so nahm er dasselbe auch für den Geldverkehr an.

Es war die Theorie der durch freien Verkehr herbeizuführenden Interessenharmonie, angewandt auf das Geldwesen; wie David Hume schon 1752 das Gesetz der Verteilung der

[1] The economic interpretation of history. II. ed. 1891. S. 349.

edlen Metalle so formuliert hatte, daß „die natürlichen Handelsoperationen immer, in allen Nachbarnationen, das Geld in dem Zustande erhalten, wie es der Geschicklichkeit und der Industrie jedes Landes etwa angepaßt (nearly proportionable) ist.“[1]

Sobald einmal Geldverkehr in einem Lande herrscht, ist jeder einzelne nach Ricardo's Meinung als ein „Händler mit Geld“ aufzufassen, der schon weiß, wie er am vorteilhaftesten seine „Ware“ Geld verwertet. „Ich wünsche zu beweisen,“ schreibt er an Malthus,[2] „daß, wenn die Völker wirklich ihr eigenes Interesse verstehen, sie niemals Geld aus einem in das andere Land ausführen, außer wegen vergleichsweiser Überfülle desselben. Ich nehme in der Tat an, daß die Völker in ihren geschäftlichen Unternehmungen so sehr auf ihren Vorteil und Gewinn bedacht sind, namentlich in dem gegenwärtig verbesserten Zustand der Arbeitsteilung und des Überflusses an Kapital, daß tatsächlich Geld niemals sich von der Stelle bewegt, außer wenn es sowohl für das Land, welches es versendet, als auch für das, welches es empfängt, vorteilhaft ist. Der erste Punkt, auf den zu achten ist, ist: was ist das Interesse der Länder in dem betreffenden Falle? Der zweite: was ist ihr Handelsgebrauch? Mir ist klar, daß ich über den letzten Punkt nicht sehr besorgt zu sein brauche; es genügt für meinen Zweck, wenn ich klar zeigen kann, daß das Interesse des Volkes so ist, wie ich es dargelegt habe.“

„Es scheint mir,“ schrieb er in einem früheren Brief an Malthus,[3] „kein wesentlicher Unterschied zwischen Geld und allen anderen Waren zu bestehen, so weit es sich um ihre Wertbestimmung handelt und um die Gesetze, welche ihre Ein- und Ausfuhr regeln.“ .... Er legt dar, daß das Edelmetall nur eine neue Verwendung erhalten hat, indem es zu Geldzwecken verwandt wird und fährt fort: „Dieser neue Gebrauch hat jedermann zu einem Händler in Münze gemacht (dealer in bullion); er kauft sie, um sie wieder zu verkaufen, und der allgemeine Wettbewerb aller dieser

[1] Laughlin a. a. O. S. 233. Auch Sir Edward West hatte diese Auffassung schon in seiner 1815 erschienenen Schrift „The Application of Capital to Land“ vertreten.

[2] B. W. I. S. 18. — [3] B. W. I. S. 10.

Händler wird ebenso sicher und genau ihren Wert in jedem Lande regeln, wie der Wettbewerb der gleichen oder anderer Händler den Wert aller übrigen Waren bestimmt."[1]

3. Kritik der Anschauungen Ricardo's über die Verhältnisse des englischen Geldmarkts zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Es ist klar, daß die allgemeinen Anschauungen, die sich Ricardo über das Geld gebildet hatte, auch für seine Beurteilung der speziellen Verhältnisse des Geldmarkts maßgebend wurden, die im Jahre 1809 die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Wenn Ricardo in seiner Schrift „On the High Price of Bullion" zu einer völligen Verurteilung des damals herrschenden Geldsystems gelangte, so kann man ihm insofern gewiß beistimmen, als allerdings die rechtlichen Grundlagen des englischen Geldwesens in der Zeit von 1797—1819 durchaus ungesunde waren.

1. Die Noten der Bank von England waren uneinlösbar.

2. Bezüglich des Umfangs der Notenausgabe unterlag die Bank keinerlei Beschränkungen.

3. Diese Banknoten waren zwar rechtlich nicht gesetzliches Zahlungsmittel (erst vom Jahre 1833 ab war dies der Fall), tatsächlich fungierten sie aber dennoch als gesetzliches Zahlungsmittel, da 3000 der angesehensten Kaufleute und Bankiers sofort nach der Einstellung der Einlösungspflicht sich bereit erklärt hatten, ihre Zahlungen untereinander in Banknoten zu geben und zu nehmen.

4. Es war verboten, Goldmünzen auszuführen.

5. Es war verboten, Agio für Gold zu berechnen.

---

[1] Ganz ähnlich urteilt Torrens über diese Zusammenhänge: „From the ever operating principle of self-interest, foreign debts are invariably paid in the cheapest medium. When a merchant liquidates a foreign obligation by an exportation of commodities, he does so because, under the actual circumstances, commodities are the cheapest medium; and, when he affects the liquidation by a transmission of specie, he does so because, under the actual circumstances, specie is the cheapest medium." Torrens, The principles and practical operation of Sir Robert Peel's act of 1844, explained and defended. London 1848. S. 58.

Es ist selbstverständlich, daß infolge solcher irrationeller Bestimmungen auch Störungen im Geld- und Handelsverkehr sich zeigen mußten; die Disparität zwischen Noten und Gold war ein Zeichen, daß eine Entwertung der Noten eingetreten war und diese Entwertung war zweifellos eine Folge der Uneinlösbarkeit derselben. Insofern ist also Ricardo Recht zu geben, wenn er einen gewissen Zusammenhang zwischen dem Disagio der Noten und der Restriktionsakte behauptete. Die von Vansittart eingebrachte und im Mai 1811 vom englischen Unterhause angenommene Resolution, daß die Scheine der Bank von England bis jetzt in der öffentlichen Meinung für gleichbedeutend mit der gesetzlichen Landesmünze gegolten hätten und noch gälten, und allgemein in allen Geschäften wie Münze angenommen würden, ist mit Recht der allgemeinen Lächerlichkeit verfallen.

Auch ein Einfluß auf die Preisgestaltung und den ungünstigen Stand der Wechselkurse war zweifellos vorhanden. Worin aber Ricardo irrte, ist dieses: in der Hauptsache waren es ganz andere Gründe, welche sowohl den abnorm niedrigen Preisstand einzelner Waren, als auch den so sehr ungünstigen Stand der Wechselkurse hervorriefen. Es waren die zeitweiligen Verhältnisse des Waren- und Geldmarktes, welche in erster Linie für den Stand der Preise und der Wechselkurse maßgebend waren und nicht die Uneinlöslichkeit der Noten. Ohne die letztere, d. h. in einem Zustand rein metallischer Währung, hätten natürlich die Wechselkurse mit Ländern derselben rein metallischen Währung in viel engeren Grenzen nur schwanken können. Ricardo hat ganz Recht, wenn er die Tatsache der großen Abweichungen dem System des englischen Geldwesens zuschreibt, aber auch bei rein metallischer Währung wäre der englische Geldmarkt bei den damaligen großen Anforderungen durch die Zahlungen an das Ausland in große Schwierigkeiten gekommen. Große Geldentziehungen, ein sehr hoher Diskontsatz wären die unvermeidliche Folge unter allen Währungsverhältnissen gewesen.

Insofern ist es also umgekehrt, wie Ricardo meint: nicht die übermäßige Notenausgabe der Bank von England war Schuld an den schlechten Kursen, sondern verursacht war die

Kalamität durch die Handelsverhältnisse und nur als Symptom dieses Zustandes kann der Stand der Wechselkurse angesehen werden. Daß die Bank von England in diesen Jahren (1809 ff.) in ihrer Notenausgabe vorsichtiger hätte verfahren können, soll ohne weiteres zugegeben werden. Ricardo lebte aber so in seiner Vorstellung von einem engen Zusammenhang zwischen der Geldmenge und den Preisen bzw. Kursen, daß er eine kontinuierliche Einwirkung auf die Preise und Kurse da annahm, wo nur zeitweilige besondere Umstände den Anlaß zu so außergewöhnlichen Preisverhältnissen gaben.

Ricardo sah einfach die Banknoten als Papiergeld an — „A Banknote payable in specie is the same thing as coin or bullion" erklärte er bei seiner Vernehmung als Zeuge vor der Kommission des Unterhauses betr. Wiederaufnahme der Barzahlungen.[1] Bei den einlöslichen Noten kann aber überhaupt davon nicht die Rede sein, denn diese sind nicht Geldsurrogate nach der Art des Papiergelds ohne Zwangskurs, und nicht Geld nach der Art des Papiergelds mit Zwangskurs, sondern sie sind ein Kreditvermittlungspapier. Sie werden ausgegeben gegen Forderungen, die in kürzerer oder späterer Zeit fällig werden; es findet ein natürlicher Rückfluß statt und durch die Einlösungspflicht sind dem Umfang der Ausgabe Grenzen gesteckt.

Aber selbst bei den uneinlöslichen Banknoten mit tatsächlicher Qualität als gesetzliches Zahlungsmittel kann von einem „Papiergeld" nicht die Rede sein; denn so bedenklich auch der Mangel der Einlösungspflicht ist, auch unter diesem System werden die Banknoten nicht ausgegeben, um Geld in Umlauf zu bringen, sondern sie werden in Form von Darlehn an den Staat oder an Kaufleute ausgegeben — also gegen Forderungsrechte, die die Bank ihrerseits erwirbt. Dann hängt alles von der Art der Geschäftsführung der Bank, nicht aber von der Notenmenge ab, ob und inwieweit auch unter diesen Verhältnissen die Notenausgabe nur berechtigten Kreditbedürfnissen des Staats und des Handels dient, oder ob sie darüber hinausgehend zu einer den ganzen Kredit gefährdenden Papiergeldwirtschaft führt.

---

[1] Commons Cash payments reports. 1819. S. 140.

Es ist ferner charakteristisch für Ricardo's Auffassung, wonach es auf die Menge der Umlaufsmittel ankommt, und nicht auf die Art derselben, daß er in der Frage der Einwirkung der Notenmenge auf den Geldwert es als ganz gleichgültig bezeichnet, auf welche Art die Noten ausgegeben werden. Bei seiner Vernehmung vor dem parlamentarischen Ausschusse über die Wiederaufnahme der Barzahlungen (1819), wurde er gefragt, ob es nicht einen Unterschied für die Frage der Zuviel- oder Zuwenig-Ausgabe der Noten ausmache, ob letztere gegen Ankauf von Edelmetall oder in Form von Darlehn ausgegeben würden. Er antwortete: „Es scheint mir keinen Unterschied zu machen, ob die Ausgabe auf dem Wege des Diskonts, in Form von Regierungsdarlehn oder gegen Ankauf von Münze vor sich geht, es ist der ziffermäßige Betrag, der die Wirkung hervorbringt."[1]

Indem Ricardo die letztere theoretisch bestehende Gefahr auch als praktisch vorhanden annahm, irrte er über den Kausalzusammenhang zwischen Wechselkursen und Notenausgabe; die letztere schien ihm für alle abnormen Preisgestaltungen verantwortlich. Nur wenn wirklich Schritt für Schritt mit vermehrter Notenausgabe auch eine Erhöhung der Preise und Verschlechterung der Kurse verbunden gewesen wäre, hätte man aus den tatsächlichen Vorkommnissen auf diesen Zusammenhang schließen können. Es läßt sich aber leicht zeigen, daß eine solche allmähliche Entwicklung gar nicht vorlag; ebenso auch, daß die Kurse und Preise sich bedeutend besserten, ohne daß eine Verminderung in der Notenausgabe eingetreten war.

Somit wäre auch das von Ricardo vorgeschlagene Heilmittel — nämlich eine proportionelle Einschränkung der Notenmenge — nicht im stande gewesen, den ungünstigen Preis- und Kursverhältnissen entgegenzuwirken, sondern die Sanierung konnte erst eintreten, als die Verhältnisse sich gebessert hatten.

Ricardo's Abhandlung hat in der Theorie zu einer ungenügenden Unterscheidung zwischen Geld und Noten, und einer irrigen Vorstellung über die Beziehungen zwischen

[1] Commons Cash payments reports 1819. S. 139.

Geldmenge und Preishöhe geführt, in der Praxis zu einer mißtrauischen Beurteilung der Verwaltung einer großen Zettelbank im allgemeinen und der Bank von England im besonderen. Die ganze spätere verfehlte englische Bankpolitik steht aufs engste mit irrigen Lehrmeinungen Ricardo's in Zusammenhang.

Wenn man diesen Kreditpapieren — den Banknoten — die Rolle des Geldes zuweist und die Wirkung der Notenvermehrung der Wirkung einer Geldvermehrung gleichsetzt, so müßte auch unbedingt logischer Weise dieselbe Qualität und dieselbe Wirkung anderen Kreditpapieren, wie namentlich den Wechseln zugeschrieben werden. Es ist aber das Eigentümliche Ricardo's und seiner Anhänger, daß sie diese Konsequenz nicht anerkennen, sondern stets nur die Noten dem Gelde gleichsetzen. Auch der Umstand, daß die Noten 1797—1819 uneinlöslich, und daß sie von 1833 ab gesetzliches Zahlungsmittel sind, kann daran nichts ändern, daß sie trotz alledem vom Gelde durchaus verschieden sind und daß sie mit Wechseln usw. größere Ähnlichkeit aufweisen, als mit den umlaufenden Barmitteln.

Sehr charakteristisch trat die Verkennung der Natur der Noten einerseits, der Wechsel anderseits bei Jones Loyd, einem Anhänger Ricardo's, hervor, der bei seiner Vernehmung vor dem Committee on Banks of issue (1840) gefragt wurde: „Sind nicht in Lancashire eine große Menge Wechsel im Umlauf?“ Er antwortete: „Unzweifelhaft, wo immer eine große Menge kaufmännischer Geschäfte abgeschlossen wird, gibt es auch eine große Menge von Wechseln; und dies ist in Lancashire der Fall.“ Auf die weitere Frage: „Übersteigen nicht die Wechsel in großem Maße den Betrag der Banknoten in Lancashire?“ antwortete er: „Unzweifelhaft ja, in großem Betrage.“

Derselbe Loyd aber, der die Noten im Sinne der currency-Theorie als Geld bezeichnet, will die Wechsel nicht als Geld ansehen. Auf die Frage: „Besteht nicht die Zirkulation in Lancashire hauptsächlich aus Wechseln?“ gab er zur Antwort: „Da ich behaupte, daß Wechsel keinen Teil der Zirkulation ausmachen, muß ich auch diese Frage verneinen.“ Auf die

wiederholte Frage: „Laufen denn tatsächlich nicht die Wechsel, in allen Beziehungen, in Manchester in allen kaufmännischen Geschäften wie Geld um?" gab er die Auskunft: „Ich muß nach meiner Auffassung wiederholen, daß Wechsel nicht als Geld umlaufen; ich meine, daß ihre Natur, ihr Charakter, ihre Funktion, die Gründe, aus denen sie entstehen, und die Wirkungen, die sie hervorrufen, gänzlich verschieden sind von denen des Geldes."[1]

Der Unterschied zwischen Noten und Wechseln in ihrer Geldqualität wird ausdrücklich betont von Lewis Lloyd, der in seiner Vernehmung vor der Kommission über die Wiederaufnahme der Barzahlung (1819) gefragt wurde, ob er glaube, daß die Wirkung, welche die infolge der Rückzahlung von Staatsschulden eintretende Notenveränderung hervorbrächte, nicht durch ein Mehr an Wechselausgabe von seiten der Bank ausgeglichen werden könnte. Er antwortete hierauf:[2] „Ich glaube nicht; ein Wechsel ist ein im Umlaufe befindlicher Gegenstand; wenn er bei der Bank diskontiert und gegen Banknoten umgetauscht wird, so wird einfach ein im Umlauf befindlicher Gegenstand gegen einen andern vertauscht; Banknoten aber, die als Staatsdarlehen ausgegeben werden, sind so viel als eine Vermehrung des bestehenden Umlaufs."

Ich will meine allgemein gehaltenen Bemerkungen gegen Ricardo noch durch einige Hinweise auf die lebhafte Polemik ergänzen, die damals zwischen Ricardo und seinen Gegnern geführt wurde, sowie durch Belege aus der tatsächlichen Entwicklung der englischen Preise, Welchselkurse, Notenausgabe usw.

Ricardo's Vergleich zwischen der Notenpresse einer Bank und einer neu entdeckten Goldmine ist ein deutliches Zeichen seiner Verkennung des Unterschiedes zwischen Geld und Noten: dieser Vergleich paßt nach keiner Richtung hin. Würde eine neue reiche Goldmine entdeckt und dadurch die Zahl der

---

[1] Report from the select committee on Banks of issue; with the Minutes of evidence, appendix and index. Communicated by the Commons to the Lords. Ordered to be printed 11th Aug. 1840 [wird zitiert: Issue report 1840].

[2] Commons Cash payments reports 1819. S. 148/49.

Umlaufsmittel vergrößert, so ist in diesem Verhältnisse ein Einfluß auf den Wert des Goldes, damit der Goldmünzen und damit indirekt auch der Preise sicherlich vorhanden. Aber von ganz anderer Art ist die Ausgabe der Noten. Denn hierdurch wird überhaupt das „Geld“ nicht vermehrt; sondern es wird nur dem Kredit eine Erleichterung gewährt, in ähnlicher Weise, wie durch Checks, Wechsel u. a. m.; die Noten werden nur ausgegeben als Darlehn, kommen also später oder früher wieder zurück. Eine direkte Vermehrung der Zahlungsmittel findet nicht statt, sondern höchstens eine indirekte, insofern als sich viele Leute freiwillig zur Annahme von Noten statt Geldes bereit erklären. Aber selbst die Noten, die gesetzliche Zahlungsmittel sind, sind ihrer ganzen ökonomisch-juristischen Natur nach nicht als „Geld“ zu betrachten; nur insoweit ein Bedürfnis der Kaufleute nach Darlehen vorhanden ist, werden sie kreiert und ein durchaus schwankender Betrag davon erscheint im Umlauf.

Es ist daher eine irrige Annahme Ricardo's, jede Vermehrung der Notenmenge als Vermehrung der Geldzirkulation aufzufassen, wie er z. B. einmal erklärt: „Wenn seit 1797 die Banknoten von 5 £ und darüber sich von 12 auf 16 Millionen vermehrt haben, so können wir sagen, daß die ganze Zirkulation sich um $^1/_3$ vermehrt hat.“[1]

Bosanquet hatte mit Recht auf diese falsche Analogie Ricardos hingewiesen.[2] „Das Prinzip, auf Grund dessen die Bank ihre Noten ausgibt, ist das des Darlehns. Jede Note wird ausgegeben auf Wunsch einer Person, die der Bank für diesen Betrag verschuldet wird und Sicherheit gewährt, diese Note oder eine andere von demselben Werte zu einer festen und nicht zu entfernten Periode zurückzugeben, wofür ein Zins gezahlt werden muß . . .

Es ist eine Folge dieser Art der Ausgabe, daß es etwas kostet, eine Note aus der Bank zu nehmen, nämlich den Zins für die geliehene Geldsumme . . .

Im Falle einer Ausgabe von Gold, die über die Bedürfnisse des Verkehrs hinausgeht, wird der Überschuß auf den Markt

[1] High price S. 296/97. — [2] II. ed. S. 52.

gebracht, um nutzbringend verwertet zu werden, das überflüssige Gold wird billig und die Waren werden teuer. Im Falle eines Übermaßes an Banknoten ist das Heilmittel einfacher: das „„Surplus““, so sagt der verstorbene Governor der Bank, „„würde zu uns zurückströmen durch eine verminderte Nachfrage nach Diskonten und Vorschüssen auf Staatspapiere.““

Ricardo will diesen Einwand nicht gelten lassen, da er meint, der Handel sei in seinem Bedürfnisse unersättlich (insatiable) und für denselben Handelsverkehr könnten sowohl 10 als 100 Millionen Umlaufsmittel gebraucht werden; sei also eine Institution geschaffen, die in beliebiger Menge Papiergeld ausgeben könnte, so sei eine Zuviel-Ausgabe unvermeidlich. Er hält darum an seiner Analogie mit einer neu entdeckten Goldmine fest:[1] „Die Analogie scheint mir vollkommen und unbestritten zu sein. Die Ausgabe von uneinlöslichem Papier geht nach denselben Grundsätzen vor sich und wird von denselben Wirkungen begleitet, als ob die Bank Eigentümerin einer Mine sei und nichts als Gold ausgäbe.

Wie stark auch das Gold vermehrt werden mag, die Darlehnsuchenden werden im selben Maße sich vermehren infolge seiner Entwertung.“

Diese völlige Identifizierung von Banknoten und Papiergeld ist auch von dem Bullion Report übernommen worden, wo es in fast wörtlicher Anlehnung an Ricardo heißt:[2] „Aber in der jetzigen Lage der Bank, wo diese mit der Funktion betraut ist, das Publikum mit diesem Papiergeld zu versehen, welches die Basis unserer Zirkulation bildet und zur selben Zeit nicht zur Einlösung des Papiers in barem Gelde vepflichtet ist, wird jeder Vorschuß von Kapital, den sie den Kaufleuten in Form von Diskont macht, auch eine Vermehrung der Masse der Umlaufsmittel sein.“

Daß Ricardo die prinzipielle Verschiedenheit von Noten und Papiergeld nicht genügend erkannte, geht auch daraus hervor, daß er die Banknote auch als Papiergeld bezeichnet für die Periode, wo die Noten noch einlöslich — also vor 1797 — oder wieder einlöslich — also nach 1819 — waren. „Die

[1] Reply to Bosanquet S. 342. — [2] S. 55.

Notwendigkeit" sagt er einmal,[1] „in welche die Bank versetzt war, die Sicherheit ihres Instituts zu wahren, verhütete immer, vor der Aufhebung der Einlösungspflicht, eine zu verschwenderische Ausgabe des Papiergeldes."

Und ebenso sagt er in den kurz vor seinem Tode verfaßten und 1824 erschienenen „Proposals":[2] „Die Bank von England verrichtet zwei ganz verschiedene Bankoperationen, die keine notwendige Verknüpfung mit einander haben müssen: sie gibt ein Papiergeld aus als Stellvertreter für Metallgeld" usw.

Da Ricardo von der Ansicht ausging, daß es nur von der Willkür der Bank abhinge, so viele Noten auszugeben, als ihr beliebe, so meint er auch, daß es die notwendige Konsequenz des damaligen Geldsystems sein müsse, mit jeder größeren Notenausgabe eine immer wachsende Entwertung der Noten hervorzurufen und er prophezeit eine allmähliche Entwertung bis zu 50%:[3] „Dieselbe Ursache, welche einen Unterschied von 15 bis 20% in Noten im Vergleich mit Geld bewirkt hat, wird ihn bis zu 50% steigern."

Wäre wirklich der Zusammenhang so, daß die Menge der uneinlöslichen Noten unbedingt auf Geldwert und Geldpreise einwirken müsse, so hätte ein kontinuierlicher und wachsender hoher Preisstand und ungünstiger Wechselkurs die Folge sein müssen. Da dies aber umgekehrt nur zeitweilig eintrat, kann der Zusammenhang auch nicht der von Ricardo angegebene sein.

Mit Recht bemerkt Tooke gegen Ricardo und seine Anhänger:[4] „Dabei reden sie von einer Preisverminderung der Banknoten um 20 bis 25% als etwas die ganze Periode Charakterisierendes, während doch, mit Ausnahme der beiden Jahre von Ende 1799—1801 und vom Herbst 1808 bis zum Sommer 1814 sehr herabgedrückte Wechselkurse und ein hoher Preis der Metalle sich bemerkbar machten."

Hat wirklich eine so kontinuierliche Vermehrung der Noten stattgefunden, wie die Bullionisten annehmen? Ein Blick

---

[1] High price. S. 276. — [2] Proposals S. 503. — [3] High price. S. 278.
[4] Geschichte der Preise I. S. 596.

auf die vom Bullion Report gegebene Statistik der Notenausgabe zeigt, daß von einer solchen stetigen Vermehrung nicht die Rede sein kann. Es belief sich der Betrag an Noten:[1]

	von 5 £ aufwärts:	unter 5 £:	Zusammen:
1798:	11 527 250	1 807 502	13 334 752
1799:	12 408 522	1 653 805	14 062 327
1800:	13 598 666	2 243 266	15 481 932
1801:	13 454 367	2 715 182	16 169 594
1802:	13 917 977	3 196 477	17 054 454
1803:	12 983 477	3 864 045	16 847 522
1804:	12 621 348	4 723 672	17 345 020
1805:	12 697 352	4 544 580	17 241 932
1806:	12 844 170	4 291 230	17 135 400
1807:	13 221 988	4 183 013	17 405 001
1808:	13 402 160	4 132 420	17 534 580
1809:	14 133 615	4 868 275	19 001 890

In dieser Tabelle sind die Noten unter 5 £ getrennt aufgeführt, weil sie in erster Linie dazu bestimmt sind, an die Stelle des dem Umlauf entzogenen Geldes zu treten, während die übrigen größeren Noten diejenigen sind, die hauptsächlich als Vorschüsse an die Regierung oder an Kaufleute ausgegeben wurden; auf letztere bezogen sich hauptsächlich die Argumentationen der Anhänger Ricardos.

Überblickt man namentlich die Tabelle der Noten über 5 £, so ist von einer fortgesetzten und übermäßigen Vermehrung nicht die Rede; die Beträge sind in den einzelnen Jahren schwankend, gehen hinauf, dann wieder herunter und sind überhaupt nicht so übertrieben große, um die Schlüsse zu rechtfertigen, die der Bullion Report daraus gezogen hat. Im allgemeinen kann jedenfalls nicht behauptet werden, daß seit der Restriktion, also von 1797—1808, eine übermäßige Vermehrung der Umlaufsmittel seitens der Bank von England vorgenommen worden ist.

Was die Vorschüsse an die Regierung anlangt, so ist der Vorwurf, daß die Bank infolge der Restriktion zu einem

[1] Bullion Report S. 60.

gefügigen Werkzeug der Regierung geworden wäre, nicht haltbar. Gegen das in den Kreisen der Currency-Theoretiker verbreitete Vorurteil, daß die Bank von England in beliebiger Weise Vorschüsse an die Regierung zu geben gewillt sei, hatte schon Baring in einer 1801 erschienenen Broschüre (Observations on the Publication of Walter Boyd) und dann besonders energisch Thornton in seinem 1802 erschienenen Werke „An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain" Stellung genommen. Thornton sagte mit Recht: „Anzunehmen, daß Banknoten im Übermaße ausgegeben werden mit der Absicht, die Mittel zu liefern, um einem Ministerium Geld zu leihen, ist in hohem Grade unverständig. Die größte Summe, die es auf dem Wege eines Darlehens von der Bank durch eine außerordentliche Noten-Ausgabe zu erhalten hoffen könnte, kann kaum mehr als 4—5 Millionen sein, und es ist nicht anzunehmen, daß eine Regierung, die auf einmal 20 bis 30 Millionen erhalten kann, wegen 4—5 Millionen das System der Bank von England in Unordnung bringen oder den Kredit derselben stören oder die Sicherheit derselben gefährden wird."[1]

Tooke führt aus Berichten, die dem Parlament vorgelegt wurden, an, daß die Regierungs-Depositen bei der Bank 1806 £ 12, 197, 303 durchschnittlich betragen hätten; die Vorschüsse an die Regierung hätten sich in jenen Jahren durchschnittlich auf nicht ganz 17½ Millionen belaufen, welche die Bank durch die Regierung in Umlauf setzte. „Hieraus," sagt Tooke,[2] „widerlegt sich zugleich die so oft gehörte und als unzweifelhaft hingestellte Behauptung, daß die Bank durch die Beschränkung zum bloßen Werkzeug in den Händen der Regierung geworden sei, um die Finanzoperationen derselben zu erleichtern."

Daß die Preise infolge der durch die hohen Vorschüsse an die Regierung stark vermehrten Notenausgabe künstlich erhöht worden seien, weist Tooke mit dem Hinweis auf die Tatsache zurück, daß gerade zur Zeit der hohen Preise die Vorschüsse an die Regierung geringer waren als sonst.

„Wenn es nämlich die auf jenem Wege in Umlauf

[1] S. 63. — [2] I, S. 135.

gesetzten Notenbeträge waren, die den bezeichneten großen Einfluß auf die Preise hatten, wie ging es da zu, daß während der ersten 14 Jahre nach der Bankbeschränkung, nämlich bis zum Schluß des Jahres 1810, die wirklichen baren Vorschüsse an die Regierung, sowohl an und für sich, als auch in ihrem Verhältnis zum ganzen Geldumlauf, geringer waren, als die Anlagen der Bank in Staatspapieren zu irgend einer späteren Zeit? Und doch zeigen sich in diesem Zeitraum so hohe Preise, wie sie während der Dauer der Bankbeschränkung überhaupt vorkamen, während auf der andern Seite die stärksten Vorschüsse in die Jahre 1813/14 fallen, während die Preise im Weichen begriffen waren.“ [1]

Was aber die andere Gruppe der Noten betrifft, diejenige, die in Form von Darlehen an Kaufleute gegeben wurde, so ist gegenüber dem Votum Ricardos, daß eine Bank ohne Einlösungspflicht unvermeidlich zu einer Zuvielausgabe an Noten gedrängt werde, auf die mancherlei Kautelen hinzuweisen, die vorhanden sind: vor allem, daß eine derartige Zentralbank schon im Hinblick auf die Wahrung ihres eigenen Kredits vorsichtig operieren wird. Die Usance der Bank von England war, nicht unter 5 % zu diskontieren. Indem die Bank diesen Satz auf eben derselben Höhe hielt, wie den Börsensatz, war eine wichtige Schranke gegen eine übermäßige Notenausgabe errichtet.[2]

Anderer Ansicht in diesem Punkte sind zwei Direktoren der Bank von England, Pearse und Whitmore, die bei ihrer Vernehmung vor dem Bullion-Committee sich dahin äußerten, daß bei einem Diskont von 4 oder 3 % eine Zuviel-Ausgabe der Noten vermieden worden wäre. Auf die Frage: „Ist es Ihre Meinung, daß dieselbe Sicherheit gegen ein Übermaß an Notenausgabe vorhanden wäre, wenn die Diskontrate von 5 auf 4 % reduziert würde?“ antwortete Whitmore:[3] „Die Sicherheit gegen eine Zuviel-Ausgabe

---

[1] I, S. 195. — [2] Tooke I, S. 82.

[3] Report, together with minutes of evidence, and accounts, from the Select Committee on the high price of bullion, ordered by the House of Commons, to be printed June 8. 1810. S. 128 [wird zitiert: Bullion report 1810].

würde meiner Meinung nach genau dieselbe sein." Pearse fügte hinzu: „Ich stimme mit dieser Antwort überein." Auf die weitere Frage: „Wenn sie bis auf 3 % reduziert wäre?" antwortete Whitmore: „Ich meine, es wäre kein Unterschied, wenn unsere Praxis dieselbe wie jetzt bliebe, keine Note in den Umlauf zu zwängen." Auch dieser Antwort gab Pearse seine Zustimmung.

Daß die Bank von England im allgemeinen in ihrer Notenausgabe vorsichtig war und nicht durch leichtsinnige Kreditgewährung eine Überfüllung mit Noten herbeigeführt hat, wurde auch wiederholt von Zeugen vor dem Bullion Committee erklärt; so sagte der Kaufmann Greffulhe:[1] „Die Noten der Bank von England können — nach der Art, wie sie ausgegeben werden sollten und, wie ich glaube, auch ausgegeben werden — kaum in zu großer Menge ausgegeben werden. Sie werden nur für die wirklichen Bedürfnisse des Handels und des Verkehrs ausgegeben und haben immer eine wertvolle Gegenleistung zur Grundlage. Ich meine, daß, solange nur Wechsel von zweifelloser Solidität an die Bank zur Diskontierung gesandt werden, die Bank durchaus im Recht ist, ihre Noten gegen diese Wechsel herzugeben, ohne Furcht haben zu müssen, daß der Betrag zu groß würde. Die Vermehrung der Noten in diesen letzten Jahren ist meiner Ansicht nach in erster Linie dem vermehrten Handel des Landes zuzuschreiben und dann der Vermehrung der öffentlichen Schuld und der Steuern, was eine Erhöhung der Preise aller Waren zur Folge hatte. Die Menge an Umlaufsmitteln, um den Austausch dieser Waren zu vermitteln, oder mit andern Worten die für Verkehr und Umlauf bestimmte Menge, muß natürlich in demselben Verhältnisse zunehmen."

Wenn man also im allgemeinen der Bankverwaltung nicht zum Vorwurf machen kann, daß sie das Privileg der Nichteinlösung zu einer schrankenlosen Vermehrung der Noten benutzte, so ist gewiß zuzugeben, daß sie zu gewissen Zeiten, so namentlich 1808 und 1809, durch vorsichtige Noten-Emission die damals vorhandene Spekulationssucht hätte eindämmen können.

---

[1] S. 75.

Wir wollen jetzt zu einer Prüfung der Wechselkurse und ihres enorm niedrigen Standes 1808/09 übergehen und zusehen, ob die Meinung Ricardos, daß dieser Wechselkurs nur die Folge der übertriebenen Banknoten-Emission sei, richtig ist.

Ricardo spricht von einem „progressively increasing" schlechten Stand der Wechselkurse und sucht nach einer „permanent cause" und findet, „that it is to be accounted for only by the depreciation of the circulating medium." Es ist also das Charakteristische, daß Ricardo allein die Geldentwertung für die niedrigen Wechselkurse verantwortlich macht, nicht, was ohne weiteres zuzugeben ist, daß sie nur eine der Ursachen sei.

Tatsächlich hatte aber der Stand der Handelsbilanz die ungünstigen Wechselkurse hervorgerufen, was klar daraus hervorgeht, daß auch während der Restriktion und zu Zeiten starker Notenausgabe die Kurse besser waren, sobald die Handelsverhältnisse bessere wurden, und daß die gesunkenen Kurse sich wieder erholten, ohne daß die Menge der Noten abgenommen hatte.

Für Ricardo ist eigentümlich, daß er eine eigentliche „ungünstige Handelsbilanz" garnicht anerkennt; wenn infolge der großen Warensendungen Geld aus dem Lande gezogen wird, so ist für ihn Geld „the cheapest exportable commodity", ein Ausdruck, der immer bei ihm wiederkehrt. Es findet dann ein natürlicher Austausch zwischen zwei Waren statt und die natürliche Preisbildung soll bewirken, daß Gold und keine andere Ware exportiert wird.

Den Ausdruck „ungünstige Handelsbilanz" erklärt daher Ricardo für inkorrekt.[1] „Aus welchem Grunde immer eine Ausfuhr von Gold im Austausche gegen Waren geschehen mag, sie wird stets (wie ich glaube, sehr inkorrekter Weise) ungünstige Handelsbilanz genannt."

Fullarton sagt sehr zutreffend:[2] „Ricardo lebte zur Zeit der Streitigkeiten, die sich an die Restriktionsakte anschlossen, und hatte sich so lange daran gewöhnt, alle großen Schwankungen des Wechselkurses und des Goldpreises als Folge der übermäßigen Notenausgabe der Bank von England anzusehen, daß er zu gewissen Zeiten kaum bereit schien, zuzugeben, daß

[1] high price, S. 270.

[2] On the regulation of currencies. London 1849. S. 133.

ein derartiges Ding wie eine ungünstige Handelsbilanz überhaupt existiere."

An Stelle der schematischen, generalisierenden Auffassung Ricardos über den Zusammenhang zwischen Noten-Ausgabe, Wechselkursen und Warenpreisen derart, daß es nur die zu große Menge von Noten sei, die den ungünstigen Stand der Kurse und den hohen Preisstand erklärten, ist der methodisch viel richtigere Standpunkt Tookes unbedingt zu akzeptieren, der in genauer Weise für die einzelnen Zeitabschnitte im einzelnen untersucht, wie der Stand der Wechselkurse und der Preise zu erklären ist. Das Resultat dieser sorgfältigen und gründlichen Untersuchungen Tookes ist, daß die Ansicht Ricardos und des Bullion-Committees falsch ist, und daß es ganz andere Ursachen waren, welche die abnormen Preis- und Kursverhältnisse bewirkt haben, daß jedenfalls der Geld- und Notenumlauf bei dieser Gestaltung nur eine sekundäre Rolle gespielt hat.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1809 und der folgenden Jahre können ein Weichen der Kurse erklären, ohne daß man auf die ganz nebensächliche Noten-Emission der Bank von England rekurrieren muß. Senior hat diese Zustände einmal so charakterisiert:[1] „Die schlechten Ernten von 1808/09, die ungeheuren Ausgaben der Regierung im Auslande, die Ausschließung britischer Waren und Schiffe von den Häfen des Festlandes, die übertriebenen Frachten und Versicherungen, die unsere Einfuhren in fremden Schiffen uns kosteten, die plötzliche Eröffnung der südamerikanischen Märkte und die Verrechnungen unserer Kaufleute hinsichtlich des Umfanges und der Beschaffenheit der neuen Bedürfnisse — alle diese Umstände verursachten Spekulationen, Bankerotte, Mißkredit, kaufmännische Verlegenheiten in einem Umfange, wie er noch nicht dagewesen war und wahrscheinlich nie wiederkehren wird."

Wenn man die dem Bullion Report beigegebene Tabelle über die Notenausgabe der Bank von England und die Wechselkurse prüft, findet man keine Bestätigung der von den Bullionisten angenommenen Wechselwirkung zwischen Notenmenge und

---

[1] citiert von Tooke I, S. 608.

Wechselkurs; wäre wirklich der ungünstige Stand des Wechselkurses die Folge der vermehrten Notenmenge, so müßte dieser in Jahren besonders großer Noten-Ausgabe auch sehr niedrig sein.[1]

Der Totalbetrag an Noten am Tage der Restriktions-Akte war 8½ Mill. £.[2] Dieser Betrag stieg allmählich im Laufe der Jahre 1797/98 bis auf 13 Mill. £, der hamburger Wechselkurs aber stieg trotz dieser Vermehrung der Noten auf 38 sh, und auch im März 1799, als die Noten weiter auf 13½ Mill. vermehrt wurden, stand der Kurs noch auf 37 sh 7 g. Dann fiel der Kurs allerdings bis zu dem abnorm tiefen Stand von 29 sh 8 g am 2. Januar 1801. In der Zwischenzeit war die Notenmenge zwar von 13½ auf 16½ Mill. £ gestiegen, aber diese Steigerung kam wesentlich auf Noten von 1 und 2 £, die Menge der Noten über 5 £ war 1802 nicht höher als 13,9 Mill. £. Das Fallen des Wechselkurses hatte seine Ursache in der großen geschäftlichen Depression, der großen Einfuhr von Getreide und den schweren Subsidien, die England zu zahlen hatte. Als dann später, d. h. in der Zeit von Januar 1803 bis Ende 1804 eine Steigerung der Notenmenge bis auf 18 Mill. £ stattfand, erholte sich der Kurs so, daß er von 29.8 auf 32.10 und dann auf 35.10 stieg.

Erst die ungünstigen Handelsverhältnisse der Jahre 1808 und 1809 brachten ihn wieder auf 28.6 herab.

Die wirklichen Ursachen der schlechten Wechselkurse in den Jahren 1808 und 1809 werden am lichtvollsten in den Zeugenaussagen klargelegt, die vor dem Bullion-Committee abgegeben wurden; es sei daraus einiges mitgeteilt. Greffulhe, ein englischer Kaufmann, wurde gefragt:[3] „Welchem Umstande schreiben Sie den Fall des Kurses zwischen Hamburg und London um fast 18 % zu?“ und antwortete: „Ausschließlich der Lage des Handels dieses Landes mit dem Kontinent, dem Umstande, daß die Einfuhren und Zahlung von Subsidien usw.

[1] Es wird hier daran erinnert, daß in London die Notierung der Wechselkurse so geschieht — im Gegensatz zu Deutschland und den meisten Ländern des Kontinents — daß angegeben wird, wieviel ausländisches Geld man für eine feste Summe des inländischen Geldes erhält. Daher bedeutet niedrige Notierung für London einen ungünstigen Kurs.

[2] Appendix of accounts zum bullion report 1810. S. 60.

[3] bullion report 1810. S. 63.

die Ausfuhren weit überstiegen haben.“ Auf die weitere Frage:[1] „In welcher Weise und in welcher Zeit glauben Sie, daß dieser Überschuß schließlich von unserm Lande bezahlt wird?“ erklärte er: „Durch Ausfuhr von Gold in erster Linie und schließlich durch den Fall des Kurses, der, wenn das Gold erschöpft ist, zuletzt so weit fällt, daß die Bilanz ausgeglichen wird.“ Auf die Frage: „Nachdem so viel Gold versandt ist, als das Land versenden kann, wie wird der Fall der Wechselkurse den Rest der Schuld ausgleichen?“ gibt er die Auskunft: „Dadurch, daß der Wechselkurs so tief fällt, um zum Export zu zwingen und die Einfuhren an Waren zurückzuhalten, wodurch die Bilanz im Laufe der Zeit wieder hergestellt wird.“

Ausdrücklich weist er die Ansicht zurück, daß die Banknoten-Ausgabe an dem tiefen Stand der Kurse schuld sei:[2] „Der niedrige Wechselkurs kommt meiner Meinung nach nicht daher, daß wir für unsere Wechsel Banknoten in Zahlung erhalten; die Edelmetallmünze wird uns nicht durch unseren auswärtigen Handel entzogen und würde in nicht größerer Menge vorhanden sein, wenigstens nicht in bemerkenswertem Maße, wenn es keine Banknoten gäbe. Was für Mittel immer ergriffen würden, um den Bedürfnissen des Handels und der Zirkulation entgegenzukommen, Gold und Silber bleiben in gleicher Weise teuer. Diese Teuerkeit kann also nicht als Diskont auf Banknoten bezeichnet werden.“

Die Direktoren der Bank von England sagten daher auch aus, daß sie bei ihrer Noten-Ausgabe sich durch den Stand des Wechselkurses nicht beeinflussen ließen.

Whitmore[3] erklärte, daß er bei der Regulierung des Betrages an Darlehen und Diskontierungen nicht auf den Stand der Wechselkurse Rücksicht nähme, da eine Prüfung des Notenbetrages und Wechselkurses ergäbe, daß sie häufig nicht in Beziehung zu einander stünden. Er sagte später noch einmal:[4] „Meine Meinung ist, daß der Betrag unseres Notenumlaufs absolut keine Beziehung zum Stand der Wechselkurse hat.“ Und schließlich erklärte derselbe Sachverständige nochmals, „daß der augenblickliche ungünstige Zustand des Wechselkurses gar

---

[1] S. 65. — [2] S. 73. — [3] Ebendort S. 111. — [4] Ebendort S. 112.

keinen Einfluß auf den Umfang ihrer Noten-Ausgabe habe, da die Bank genau so gehandelt habe, wie vorher." Zwei andere Direktoren der Bank von England, Pearse und Harman, erklärten ihre Zustimmung zu der Meinung Whitmores.

Wenn der Report des Bullion-Committees trotz dieser und zahlreicher ähnlicher Äußerungen von Sachverständigen immer wieder an der Meinung festhält, daß die Notenausgabe der Bank von England den tiefen Stand des Wechselkurses verschuldet habe, so hängt dies damit zusammen, daß die Mitglieder dieser Kommission in ihrer Mehrheit unbedingte Anhänger der Ricardo'schen Lehren waren. Sie hielten auch mit Ricardo die Anschauung von der Identität der Noten mit uneinlöslichem Papiergelde für richtig und führten sogar die französischen Assignaten als warnendes Beispiel an. „Daß die Wechselkurse fallen", heißt es dort,[1] „und der Münzpreis steigt durch eine Zuvielausgabe solchen Papieres, wird nicht nur als Grundsatz von den hervorragendsten Autoritäten auf dem Gebiete des Handels- und Finanzwesens angenommen, sondern seine praktische Wahrheit ist auch durch die Geschichte fast jeden Staates bekundet worden, der eine Papierwährung in neueren Zeiten eingeführt hatte. In allen diesen Ländern hat die Anerkennung dieses Satzes von Seiten der Staatsmänner dahin geführt, hiernach (d. h. nach dem Stand der Wechselkurse) zu beurteilen, ob die Umlaufsmittel zu zahlreich waren oder nicht.

In den Fällen, die am bekanntesten in der Geschichte der fremden Länder sind, war die Zuvielausgabe von Papiergeld gewöhnlich von einem anderen Umstand begleitet, der in unserer Lage augenblicklich nicht vorhanden ist, nämlich ein Mangel an Vertrauen auf die Hinlänglichkeit der Deckungsmittel, worauf dieses Papiergeld ausgegeben wurde.

Wo diese beiden Umstände, Zuviel-Ausgabe und Mangel an Vertrauen, zusammenkommen, werden sie auch zusammenwirken und ihre Wirkung viel rascher ausüben, als wenn es sich um die Wirkung des Übermaßes eines Papiers von gutem Kredit handelt; und in beiden Fällen wird eine Wirkung derselben Art auf die auswärtigen Wechselkurse und auf den

[1] S. 39.

Preis des Metallgelds hervorgerufen werden. Die bemerkenswertesten Beispiele der ersten Art können in der Geschichte der Papierwährung der britischen Kolonien in Nordamerika zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts und in den französischen Assignaten gefunden werden."

Tooke gibt ein gutes Beispiel, um zu zeigen, daß es nicht die Notenmenge, sondern die Handels- und Zahlungsverhältnisse waren, welche die Schwankungen des Wechselkurses hervorriefen, wobei er speziell auf die Verhältnisse des Jahres 1814 hinweist.[1] Am 28. Februar 1814 war der Notenumlauf der Bank von England folgender:

Noten von 5 £ und darüber		£ 16455540
„ unter 5 „		„ 8345540
	Zus.	£ 24801080

Der Preis von Gold war damals 5 £ 8 sh; der Kurs auf Hamburg 29 sh, auf Paris 21 Fr. Tooke erklärt diesen niedrigen Wechselkurs aus den damaligen Zahlungsverpflichtungen Englands: „Die finanziellen Anstrengungen Englands am Ende des Kriegs, teils in Subsidien an die verbündeten Heere, teils zur Liquidierung der eigenen Kriegskosten, erhoben sich bis zu einem fast unglaublichen Betrage. Damals gab es beträchtliche Korneinfuhren, so daß die außerordentlichen Zahlungen an das Ausland unter diesen beiden Rubriken sich auf £ 53770251 beliefen."

„Ein entscheidender Beweis," fährt Tooke fort,[2] „daß, wenn auch unter so außergewöhnlichen Umständen der Umlauf der Noten zu groß war, um das Papier auf gleicher Höhe mit seinem Wertmesser zu erhalten, dieses nicht der Fall war, sobald jene Umstände wegfielen, liegt darin, daß die Wechselkurse wieder stiegen und Gold rasch fiel, als der Betrag der Noten nicht nur nicht vermindert, sondern geradezu vermehrt wurde. Die Friedenspräliminarien zwischen den verbündeten Mächten und Frankreich wurde im April 1814 unterzeichnet und innerhalb der nächsten sechs Monate war Gold auf 4 £ 5 sh gefallen, der Kurs auf Hamburg auf 33 sh, der auf Paris auf Fr. 23,30 gestiegen. Auch fielen die Waren-

[1] S. 190. — [2] S. 191.

preise in diesem Zeitraum beträchtlich; in demselben Zeitraum aber hatte die Bank ihren Notenumlauf ansehnlich vermehrt, wie sich aus ihrem Status vom 31. August 1814 ergeben wird:

Noten von 5 £ und darüber:	£	18 703 210
„ unter 5 „	„	9 665 080
Zus.	£	28 368 290

An anderer Stelle faßt Tooke einmal sehr gut seine Ansicht über die Beziehung zwischen Notenmenge und Wechselkurs so zusammen:[1] „Während die Notenausgabe der Bank von 1797—1817 mit unbedeutenden Ausnahmen stetig zunahm, erholten sich die Wechselkurse wieder bei jeder Pause, die in dem Drucke der außerordentlichen Zahlungen an das Ausland eintrat und die Wechselkurse und der Geldpreis standen auf pari, als dieser Druck ganz aufgehört hatte, während der Notenumlauf der Bank größer war, als je vorher; woraus wohl die stärkste Vermutung sich ergibt, daß die vorangegangene Vermehrung nicht die Ursache des Sinkens der Wechselkurse war."

Auch nach der Aufhebung der Bankbeschränkung kam es wiederholt vor, daß bei großem Notenumlauf günstige Wechselkurse vorhanden waren und umgekehrt.

„Seit der Aufhebung der Bankbeschränkung im Jahre 1819 hatten wir eine Aufeinanderfolge derselben Erscheinungen, nämlich hohen Wechselkurs und Zuströmen von Gold bei großer Menge an Umlaufsmitteln und einen gedrückten Stand der Kurse und Abströmen von Gold gleichzeitig bei vermindertem Umlaufe, unter Abwechslung der Fälle, 1825, 1828—29, 1830—32, während des ereignisreichen Zeitraums von 1833—39 und später 1842—43."[2]

Auch der abnorme Stand der Kurse im Jahre 1809, der den Kernpunkt des Streites zwischen Ricardo und seinen Gegnern bildete, war zweifellos durch die außergewöhnlich hohen Zahlungsverpflichtungen Englands an das Ausland verursacht. Der Krieg auf der pyrenäischen Halbinsel hatte begonnen, der große Barsendungen für den Sold und Unterhalt der verbündeten Heere erforderte, und mit Österreich wurden im

[1] I. S. 81. — [2] Fullarton S. 122.

Hinblick auf die Kriegserklärung gegen Frankreich, die im Frühjahr 1809 stattfand, Subsidien-Traktate gepflogen.[1]

Dazu kam die starke Getreideeinfuhr, die damals erforderlich war: die Zahlungen der Regierung im Auslande betrugen 1808—10 über 32 Millionen, und die Getreideeinfuhr nahm noch über 10 Millionen in Anspruch, was mithin einen Betrag von außerordentlichen Zahlungen von 42 Millionen Sterling bildete. Dazu kamen 1809 und 1810 noch sehr viele andere Einfuhren außer Getreide, und da alle diese schweren Güter in fremden Schiffen eingeführt werden mußten, so machten schon allein die Frachtgelder, die damals übertrieben hoch waren, einen ferneren bedeutenden Posten unter den dem Auslande zu leistenden Zahlungen aus, der für das Jahr 1810 auf nicht weniger als 5½ Millionen angegeben wird. Und während die von England zu leistenden Zahlungen zu so übermäßiger Höhe anschwollen, zielte das Kontinentalsystem dahin, England die Möglichkeit zur Bestreitung dieser Ausgaben mittelst Warenausfuhr immer mehr zu beschneiden.[2]

Wie stellte sich Ricardo diesen Tatsachen gegenüber? Zog er bei seinen Erklärungsversuchen diese wichtigen Posten gar nicht in Rechnung? Dies soll erklärt werden, indem wir etwas näher auf die Kontroverse zwischen Ricardo und seinen Gegnern in jener Zeit eingehen.

Das schroffe Urteil, das Marx über Ricardo in diesem Punkte fällt,[3] „Ricardo scheint die Rolle, die die Subsidiengelder im englischen Goldexport spielten, gänzlich verkannt zu haben," ist durchaus berechtigt. Nur durch ganz gekünstelte Ausdrucksweise bringt es Ricardo fertig, seine immer wiederholte These zu beweisen, daß es keine andere Ursache für einen ungünstigen Wechselkurs gäbe, außer der Überfülle an Gold. Ebenso gilt dies für den ähnlichen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschusse (1819) ausgesprochenen Satz:[4] „Es gibt keinen ungünstigen Wechselkurs, der nicht durch eine Verminderung in der Menge der Umlaufsmittel zu unsern Gunsten geändert werden könnte."

---

[1] Tooke I. 161. — [2] Tooke I. 164.

[3] Zur Kritik der pol. Ök. Ausg. v. Kautsky, Stuttgart 1897. S. 190.

[4] Commons cash payments reports 1819. S. 200.

In einem längeren Briefwechsel, den er mit Malthus über diese Fragen führt, gibt er zunächst zu, daß durch Zahlung von Subsidiengeldern eine — aber nur vorübergehende — Störung der Kurse eintreten könnte:[1] „In betreff des anderen Punktes, nämlich, daß der Wechselkurs genau die Entwertung des Geldes angebe, kann ich nicht anders als bescheiden diese Ansicht trotz der hohen Autoritäten, die gegen mich sind, aufrecht erhalten. Ich will nicht behaupten, daß ein zerrütteter Stand des Wechselkurses, wie er durch die einer fremden Macht gewährten Subsidien verursacht wird, genau den Wert des Geldes messen würde, weil eine Nachfrage nach Wechseln, die aus solchen Ursachen stammt, nicht die Folge des natürlichen Handelsverkehrs des Landes ist. Eine solche Nachfrage hätte daher die Wirkung, den Export von Waren durch die Prämie, welche der Wechselkurs gewähren würde, zu forcieren. Nachdem aber die Subsidien bezahlt sind, würde der Wechselkurs wieder den Wert des Geldes ausdrücken. Dieselben Folgen, wie im Falle der Subsidien, haben die auswärtigen Ausgaben der Regierung. Diese haben eine natürliche Tendenz, einen ungünstigen Wechselkurs hervorzurufen; aber wenn die Nachfrage nach Wechseln regelmäßig ist, ist es überraschend, wie diese Prämie auf die Ausfuhr durch die Konkurrenz unter den Exporteuren der Waren eingeschränkt wird. Ich bin der Meinung, daß im gewöhnlichen Verlaufe der Dinge, wenn aus irgend einem der so oft erwähnten Umstände, eine kleine Veränderung im Werte des Geldes in irgend welchen zwei Ländern einträte, es sofort im Wechselkurs sich ausprägt, und wenn solch ein Zustand andauern sollte, hat der Wechselkurs keine Tendenz, sich von selbst wieder zu bessern."

In einem folgenden Briefe erläutert er die Wirkungen der Subsidien noch etwas näher:[2] „Sie würden zuerst eine Nachfrage nach Wechseln hervorrufen; zweitens, eine Ausfuhr aller Waren, deren Preise schon so weit in den beiden Ländern differierten, daß es nur des kleinen Anreizes bedürfte, welchen das erste Sinken des Wechselkurses hervorruft; drittens, eine tatsächliche Veränderung in dem relativen Stand der Preise,

[1] B. W. I. S. 15. — [2] S. 20.

nämlich ein Steigen in dem exportierenden und ein Fallen in dem einführenden Lande in einem Grade, um den Vorteil des schlechten Wechselkurses auszugleichen; und schließlich, ein weiteres Sinken des Kurses und eine darauffolgende Ausfuhr einer noch weiteren Quantität der Waren und dann von Geld, bis die Subsidien bezahlt sind."

Schließlich stellt er die Zahlung von Subsidien in bezug auf die Einwirkung auf den Wechselkurs auf eine Stufe mit — einer Vermehrung der Umlaufsmittel!

Der Gedankengang ist der: Die Vermehrung der Umlaufsmittel bewirkt eine Preiserhöhung der Inlandswaren; dies hemmt die Ausfuhr und verschlechtert die Wechselkurse. Aber auch die Subsidienzahlung bewirkt eine Steigerung der Preise und verschlechtert allmählich die Kurse — folglich sind beide auf einen „Überfluß an Geld" zurückzuführen, denn auch im letzten Falle würde man nicht Geld, sondern Ware schicken, wenn nicht Geld die „relativ" billigste Ware wäre. Vielleicht nirgends tritt Ricardo's Manier, den Tatsachen Gewalt anzutun, um eine seiner Lieblingstheorien zu beweisen, in so drastischer Weise hervor, wie in diesem Falle, weshalb ich die ganze darauf bezügliche Stelle aus dem Briefe an Malthus wiedergeben will.

Ricardo kennt kein anderes Heilmittel gegen ungünstige Wechselkurse, als eine Verminderung der Geldmenge, wie er ja auch in einer zu großen Geldmenge die Wurzel aller Störungen des englichen Handels und Geldverkehrs erblickte.

In diesem Sinne schreibt er an Malthus:[1] „Ich glaube, Sie geben mir zu, daß im Falle einer Vermehrung unserer Umlaufsmittel um 2%, obwohl sie nur aus Metall beständen, die Preise der Waren in diesem Lande um 2% über ihren früheren Stand steigen, und daß, da diese Preissteigerung auf dieses Land allein beschränkt wäre, sie die Ausfuhr hemmen und die Einfuhr fördern würde; die Folge wäre eine Nachfrage nach Wechseln und ein Fallen des Wechselkurses.

Dieses Steigen der Preise und Fallen des Wechselkurses, das von einem Übermaße an Umlaufsmitteln herrührt, wie

[1] B. W. I. S. 21.

auch Sie nicht leugnen werden, würde nicht zeitweilig, sondern dauernd sein, wenn es nicht durch eine Verringerung in dem Geldumlaufe hier oder durch eine Veränderung im relativen Betrag der Umlaufsmittel anderer Länder ausgeglichen wird.

Daß dies die Wirkungen einer direkten Vermehrung des Geldes sein werden, werden Sie, glaube ich, mit sehr geringen Einschränkungen zugeben. Nun, da eine schlechte Ernte oder die Bewilligung von Subsidien die Tendenz haben, ganz dieselben Wirkungen hervorzurufen, nämlich einen Zustand relativ hoher Preise im Lande, begleitet von ungünstigen Wechselkursen, so lassen sie auch nur dasselbe Heilmittel zu — und da im Falle einer Vermehrung der Umlaufsmittel der Kurs keine Neigung hat, zu steigen, würde er es auch nicht im Falle der Subsidien haben, da der ungünstige Kurs in beiden Fällen durch eine übermäßige Menge des Geldes hervorgerufen ist oder in volkstümlicherer Sprache, durch einen verhältnismäßigen Stand der Preise, der die Ausfuhr von Geld am vorteilhaftesten macht.

Ich habe stets behauptet, daß das Geld in der Welt unter den verschiedenen Ländern gemäß ihrem Verkehre und ihren Zahlungen verteilt ist, und daß, wenn in einem Lande es aus irgend einem Grunde vorkommen sollte, daß es dieses Verhältnis überschreitet, der Überschuß unvermeidlich exportiert werden würde, um an andere Länder ausgeteilt zu werden . . .

Wenn ein Überfluß an Geld vorhanden ist, muß der ungünstige Wechselkurs andauern, bis irgend eine Änderung in dem verhältnismäßigen Betrage an Umlaufsmitteln vorgenommen ist. . . .

Auf die genaue Übereinstimmung in den Wirkungen einer Vermehrung der Umlaufsmittel und den Wirkungen von Subsidien lenke ich ganz besonders Ihre Aufmerksamkeit, weil auf dieser Übereinstimmung der ganze Erfolg des Arguments beruht, welches ich zu gunsten meiner Meinung vorbringe, daß ein ungünstiger Wechselkurs nicht die Tendenz hat, sich von selbst zu verbessern.

Die schlechten Ernteergebnisse der Jahre 1807 und 1808 machten große Korneinfuhren nötig — die dafür nötigen

Zahlungen an das Ausland kamen hinzu, um die Wechselkurse ungünstig zu gestalten; aber auch in dieser Frage — der durch die Korneinfuhr bewirkten Veränderung der Handelsbilanz — bleibt Ricardo bei seiner alten Behauptung stehen, daß es dies Übermaß von Umlaufsmitteln sei, welches den Stand der Wechselkurse allein hervorgerufen habe: „In einem Augenblick," bemerkt Bosanquet scharf gegen Ricardo,[1] wo wir gezwungen sind, Korn zu erlangen, selbst von unserem Feinde, ohne die geringste Abmachung zu gunsten unserer heimischen Produzenten, und die Schiffsfrachten zu bezahlen, um es herbeizuschaffen, erzählt uns Ricardo, daß sich die Ausfuhr von Geld und Waren zur Bezahlung des Getreides, welches wir einführen, völlig in eine Frage des Interesses auflöse, und daß, wenn wir Geld im Austausche für Waren hingäben, es nach unserer Wahl geschehen müsse, nicht aus Notwendigkeit. Während wir gegen Hungersnot Vorkehrung treffen, sagt er uns, daß wir nicht mehr Waren einführten, als wir ausführten, außer wenn wir eine Überfülle von Geld hätten!"

Und was hat Ricardo hierauf zu erwidern? Es sind im wesentlichen nur Wiederholungen der alten einseitigen doktrinären Behauptungen, wenn er sagt:[2] „Bosanquet redet, als ob die Nation insgesamt (collectively), als ein Körper, Getreide einführte und Geld ausführte, und daß sie durch Hunger gezwungen sei, so zu handeln, und bedenkt nicht, daß die Einfuhr von Getreide, selbst in dem angenommenen Falle, die Handlung einzelner ist, und von demselben Motive geleitet wird, wie alle anderen Handelsgeschäfte. Welches ist der Grad des Zwangs (compulsion), der angewandt wird, um uns zu veranlassen, Getreide von unserem Feinde anzunehmen? Ich glaube, kein anderer, als das Bedürfnis nach dieser Ware, welches es zu einem vorteilhaften Einfuhrartikel macht. Wenn es — wie es ganz sicher ist — ein freiwilliger und nicht ein erzwungener Tausch zwischen den beiden Nationen ist, so behaupte ich immer noch, daß Gold, selbst wenn Hungersnot bei uns wütete, nicht an Frankreich im Austausche gegen Getreide gegeben würde, wenn nicht die Ausfuhr von Gold mit Vorteil für den

[1] Practical observations. S. 47.

[2] Reply to Bosanquet. S. 335.

Exporteur verbunden wäre, wenn er nicht in der Lage wäre, in England das Getreide für mehr Gold zu verkaufen, als er für den Ankauf desselben zu geben genötigt ist.

Würde Herr Bosanquet, würde irgend ein Kaufmann, den er kennt, Getreide gegen Gold unter anderen Bedingungen einführen? Wenn kein Importeur es möchte, wie könnte Getreide in dies Land eingeführt werden, außer wenn Gold oder irgend eine andere Ware hier billiger wäre? Soweit diese zwei Waren in Betracht kommen, zeigen diese Geschäfte nicht ebenso deutlich an, daß Gold teurer in Frankreich ist, als daß Getreide teurer ist in England?

Da ich in Bosanquets Darstellung nichts finde, was mich veranlassen könnte, meine Meinung zu ändern, so muß ich dabei verharren, zu glauben, daß es das Interesse ist und das Interesse allein, welches die Ausfuhr von Geld bestimmt, in derselben Weise, wie es die Ausfuhr aller übrigen Waren regelt."

In ähnlicher Weise drückt er dieselben Gedanken in einer Erwiderung auf eine Kritik aus, die in der Edinburgh Review über seine Schrift „high price" erschienen war:[1] „England würde infolge einer schlechten Ernte in die Lage eines Landes kommen, das eines Teiles seiner Ware beraubt worden ist und daher eines geringeren Betrags an Umlaufsmitteln bedarf. Das Geld, das bisher seinen Zahlungsverpflichtungen angemessen war, würde jetzt überreichlich und verhältnismäßig billiger sein . . .

So scheint es genügend bewiesen zu sein, daß eine schlechte Ernte den Wechselkurs in keiner anderen Weise beeinflußt, als dadurch, daß sie bewirkt, daß die Geldmenge, die vorher in richtigem Maße vorhanden war, überreichlich wird, und so ist das Prinzip, daß ein ungünstiger Wechselkurs immer auf eine verhältnismäßig zu reichhaltige Geldmenge zurückzuführen ist, vollständig ausreichend erläutert."

Auch insofern würde Ricardo den Einwand, daß es die große Korneinfuhr sei, welche den Stand des Wechselkurses beeinflusse, nicht gelten lassen, als er meint, daß ein Aus-

[1] Appendix zur Schrift „High price" S. 293.

gleich dadurch stattfände, daß den großen Korneinfuhren auch entsprechend große Ausfuhren anderer Waren gegenüber ständen: „Ich bezweifle," schreibt er an Mc Culloch,[1] „ob ein ungewöhnlicher Mangel an Getreide immer einen wesentlichen Einfluß auf den Stand der Forderungen und Schulden mit fremden Ländern hervorbringt. Wenn wir zu einem höheren Werte einführen, werden wir auch zu einem höheren Werte ausführen. Wenn wir eine ungewöhnlich große Menge Getreide einführen, sind wir weniger im stande, die gewohnte Menge anderer auswärtiger Waren zu kaufen."

Es ist interessant und für Ricardos Methode sehr charakteristisch, wie er sich verhält, sobald ihm eine Reihe von Tatsachen vorgehalten werden, die offensichtlich seinem Grundsatz widersprechen: dann verfährt er gerade so, wie in seiner Wert-, Lohn-, Renten- usw. Theorie; er hält dies alles für störende Nebenumstände, die sein „Prinzip" nicht umstoßen könnten und zur Bekräftigung dessen gibt er nochmals seinen Grundsatz in aller Schroffheit an, obwohl er kurz vorher die mancherlei Faktoren, die diesen Grundsatz stärker modifizieren könnten, selbst betont hatte.

Hierfür ist seine Vernehmung vor dem Parlamentsausschusse des Unterhauses 1819 besonders lehrreich; es sei nur ein Teil daraus, der sich speziell auf den Zusammenhang zwischen Wechselkurs und Geldmenge bezieht, hier wiedergegeben. — Folgende Frage wurde Ricardo vorgelegt:[2] „Vom Juli bis Dezember 1817 scheint der durchschnittliche Betrag der in Umlauf befindlichen Noten der Bank von England 29210000 £ gewesen zu sein; vom Juli bis Dezember 1818 scheint dieser Betrag 26487000 £ gewesen zu sein — in letzterer Periode war der Geldpreis höher, als in der vorhergehenden, und die Wechselkurse waren ungünstiger für dieses Land, so daß die Verminderung der Ausgabe obwohl bis zum Betrage von 3 Millionen £ sich belaufend, keine Wirkung auf den Wechselkurs und den Geldpreis hervorbrachte; wie können Sie diese Tatsache mit Ihrer Theorie vereinigen?"

Ricardo antwortete: „Als ich die Meinung abgab, die

[1] B. W. II, S. 41.
[2] Commons Cash payments reports 1819. S. 133.

erwähnt wurde, ging ich von der Voraussetzung aus, daß keine kommerziellen Ursachen zu dieser Zeit auf den Geldpreis oder den Wechselkurs einwirkten, da ich fest überzeugt bin, daß eine Verminderung im Betrage der Noten, unter diesen Umständen, ihren Wert auf jeden gewünschten Punkt bringen kann. Ich bin ganz überzeugt, daß es noch andere Ursachen, außer der Menge der Noten, gibt, die auf die Wechselkurse einwirken; aber ich bin ganz sicher, daß — aus welchem Grunde auch immer ein ungünstiger Wechselkurs entsteht, er durch eine Reduktion im Betrage der Umlaufsmittel verbessert werden kann."

Mit derselben Entschiedenheit erklärte er vor der Kommission des Oberhauses:[1] „Es gibt keinen ungünstigen Wechselkurs, der nicht zu unseren Gunsten gewendet werden könnte, durch eine Verminderung im Betrage der Umlaufsmittel."

Wie in der Frage der Einwirkung der Geldmenge auf die Wechselkurse hat Ricardo auch in der Frage der Einwirkung der Geldmenge auf die Warenpreise einen viel zu mechanisch-automatischen Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen angenommen. Wie den schlechten Stand der Kurse, so schreibt er auch den hohen Stand der Preise — und zwar hier besonders der Getreidepreise — der durch die Bank betriebenen zu großen Noten-Emission und der dadurch hervorgerufenen Überfülle an Umlaufsmitteln zu.

Ausdrücklich ist allerdings hervorzuheben, daß Ricardo nicht in den Irrtum der Ultra-Bullionisten verfiel, nämlich die Erhöhung mancher Preise über 50 und 100% hinaus auf Rechnung der Geldmenge zu setzen. Er hat immer nur behauptet, daß die Preiserhöhung sich in den Grenzen des Unterschieds zwischen dem Markt- und Münzpreise des Goldes hielte, und hat sich sogar ein Verdienst dadurch erworben, daß er viele Übertreibungen der extremen Anhänger seiner Theorie zurückgewiesen hat. War man doch, unter dem Einflusse der Currencytheorie so weit gegangen, fast alle, auch noch so exorbitanten Preisverschiebungen allein auf die Währungsverhältnisse zurückzuführen.

---

[1] Lords cash payments report 1819. S. 200.

„Das Bullion-Committee“, sagte er,[1] „würde in der Tat in hohem Maße Tadel verdienen, wenn es der Bevölkerung dieses Landes Hoffnung erweckt hätte, daß die Wiederherstellung unserer Währung möglicher Weise die Warenpreise auf die Höhe zurückbringen könnte, auf der sie vor der Bankbeschränkung standen. Die Wirkung, welche durch die Entwertung auf die Preise hervorgebracht ist, wurde sehr genau definiert und kommt der Differenz zwischen dem Markt- und Münzpreise des Goldes gleich. Eine Unze Goldmünze kann nicht von geringerem Werte sein, sagt das Committee, als eine Unze Goldbarren von derselben Beschaffenheit; ein Käufer von Getreide hat daher für Ware im Betrage einer Unze Goldmünze oder 3 £ 17 sh 10½ d, soviel Ware zu beanspruchen, als man für eine Unze Goldbarren erhalten kann.

Nun, sobald 4 £ 12 sh Papiergeld nicht mehr wert ist, als eine Unze Goldbarren, so sind die Preise tatsächlich für den Käufer um 18% erhöht, infolge davon, daß sein Kauf mit Papiergeld und nicht mit Münze im Metallwert vorgenommen wird. Auf 18% beläuft sich daher das Steigen in dem Preise der Waren, welches durch die Entwertung des Papiers bewirkt ist. Alles, was über diese Steigerung hinausgeht, muß entweder auf die Wirkung der Besteuerung geschoben werden, auf die größere Seltenheit der betreffenden Ware, oder auf irgend welche andere Ursachen, die immer denen genügend sein mögen, die an solchen Untersuchungen Freude haben.“

In dem Anfang zu dieser Schrift kommt er nochmals auf diesen Punkt zurück. „Was das 4. Problem anbelangt: „„Die allmähliche Erhöhung der Warenpreise während des amerikanischen Krieges, als Goldumlauf bestand, und während der 6 Jahre, von 1803—1808, als der Kurs günstig war““ — wo ist es denn bestritten worden, daß noch andere Gründe außer der Geldentwertung vorhanden sind, die eine Steigerung in den Warenpreisen bewirken können?

Den Satz, an dem ich festhalte, ist der, daß, wenn ein solches Steigen von einem fortdauernden Steigen des Preises des Metalles, welches die Grundlage unserer Währung ist,

---

[1] Reply to Bosanquet S. 356.

begleitet ist, das Gold bis zu dem Betrage dieser Steigerung entwertet ist. Während des amerikanischen Krieges war das Steigen der Warenpreise nicht von irgend einem Steigen in dem Barrenpreise begleitet und daher auch nicht durch eine Entwertung des Goldes verursacht."[1]

Auch als bei der Beratung des Gesetzes über die Wiederaufnahme der Barzahlung die Frage über den Einfluß der Goldmenge auf die Preise von neuem erörtert wurde, vertrat Ricardo die Auffassung einer nur mäßigen Preiserniedrigung infolge dieser Maßregel. „Vielleicht" — meint Mc Culloch[2] — „hat Ricardo niemals etwas geschrieben oder gesagt, was ihm sowohl während seines Lebens, als nachher so bittere Vorwürfe einbrachte, als diese Schätzung."

Ricardo schätzte nämlich die Preiserniedrigung nur auf 4% und begründete dies vor der Oberhaus-Kommission folgendermaßen:[3] „Ich glaube, daß der Warenpreis von der Menge und dem Werte des Tauschmittels abhängt, worin die Waren geschätzt werden; und da ich das Tauschmittel für fast um 4% entwertet halte, verglichen mit dem Münzpreise der Barren, glaube ich, daß eine Verminderung in dem Betrage der Umlaufsmittel um 4% den Preis der Ware in diesem Verhältnis vermindern wird."

Vor der Kommission des Unterhauses gab er seine Schätzung auf 5—6%, also ein ähnlich niedriges Verhältnis an.[4] Gelegentlich schätzte er die Wertveränderung auch auf 10%. Doch es ist von sehr geringer Wichtigkeit, ob Ricardos Schätzung von 4, 5, oder 10% die richtige war; Ricardo selbst betonte, daß eine exakte ziffernmäßige Angabe in diesen Fragen nicht möglich sei. Wohl aber ist es Ricardo als großes Verdienst anzurechnen, daß er innerhalb und außerhalb des Parlaments den übertriebenen Anschauungen über diese Wertveränderung des Goldes, die namentlich von agrarischer Seite vertreten wurden, energisch entgegentrat.

Kritiklos und ohne die Verursachung der Preiserniedrigung im einzelnen Falle näher zu untersuchen, erklärte

---

[1] Appendix S. 364. — [2] B. W. II. S. 119.
[3] Lords cash payments reports 1819. S. 184.
[4] Commons cash payments reports 1819. S. 139.

man alle niedrigen Preise ausschließlich aus der Erhöhung des Goldwertes und schätzte diese auf 50% und noch höher. Typisch für diese Richtung war Graham und seine Broschüre „Corn and currency; in an address to the Landowners."[1] Dort heißt es:[2] „Die Verminderung der Landrente seit der Peel'schen Bill von 1819 beträgt mindestens 30%; die Erhöhung der Schuldenlast, der Hypotheken und anderer dauernder Verpflichtungen ist gleich dem erhöhten Goldwert, was ich mit Baring auf 30% zu veranschlagen geneigt bin oder selbst mit Attwood auf einen noch höheren Betrag." An anderer Stelle sagt er: „Ricardo schätzte zuerst die Geldwerterhöhung infolge der Wiederherstellung der alten Währung auf 3%; nach der Erfahrung des Jahres 1822 gab er eine Erhöhung um 10% zu; während Attwood und Ellice sie auf 50% schätzen und Baring auf 25—30%; und wenn wir die Wirkung der Maßregel in ihrem vollen Umfange berechnen, wird es klar sein, auf welcher Seite die Wahrheit liegt."

In den wiederholten parlamentarischen Untersuchungsausschüssen über die Not der Landwirtschaft spielt das Argument der Goldverteuerung eine Hauptrolle. Aus den zahllosen Zeugenaussagen dieser Art sei nur eine hervorgehoben, die zugleich für die weitverbreitete irrige Vorstellung über die Bedeutung der Geldmenge für die Preise überhaupt charakteristisch ist. Bei der Enquête des Jahres 1836 erwiderte Spooner auf die Frage (4390):[3] „Welche anderen Umstände haben nach Ihrer Ansicht die Notlage der Landwirtschaft verschuldet?": „Ich halte für die Hauptursache die niedrigen Preise, die durch unser jetziges Geldsystem verursacht sind." Auf die weitere Frage (4391): „Unter Geldsystem verstehen Sie den Zustand, wie er im Jahre 1819 hergestellt wurde?" antwortete er: „Ja, es begann lange vor dieser Zeit. Ich glaube, daß ich nicht nötig habe, hier festzustellen, was von jedermann als ein vollkommen wahres Axiom anerkannt ist, daß der Preis jedes Dinges durch die Menge des umlaufenden Geldes bestimmt wird; daß, wenn man die Umlaufsmittel vermehrt, man stets die Preise erhöht,

[1] 2. ed. London 1826. — [2] S. 85.
[3] Reports from 1837. (State of Agriculture) S. 259.

wenn man sie vermindert, man den umgekehrten Effekt erzielt. Das bestehende Geldsystem erlaubt nicht, daß die Warenpreise in diesem Lande eine für die Besitzer und Pächter lohnende Höhe erreichen, da das Papiergeld in Goldmünze zu 3 £ 17 sh 10 d umgewechselt wird; diese Maßregel muß vollständig die Menge der Umlaufsmittel regulieren und diese Menge ist nicht genügend, um die Geschäfte des Landes zu vermitteln."

In einem Briefe an Trower vom 11. Dezember 1821 schreibt Ricardo:[1] „Ich finde viel Irrtum über den Gegenstand der Währung im Lande verbreitet; jedes Übel, welches das Land betrifft, wird von einigen der Peel'schen Bill zugeschrieben und diese Bill wird ebenso allgemein mir zugeschrieben. Der ganze Preisfall des Getreides und des Viehes wird von diesen Leuten als nur nominell erklärt; sie sagen, diese Dinge seien tatsächlich gar nicht im Preise gefallen, sondern Gold sei gestiegen. Sie wollen nichts von einer Geldwertänderung von 10% wissen — die ich ihnen gern zugab — noch wollen sie meine Verteidigung gegen ihre ungerechte Anklage anhören."

Auch im Parlament hatte Ricardo wiederholt das Wort ergriffen, um gegen die übertriebenen Schätzungen der Geldwerterhöhung anzukämpfen, die von den Gegnern der Peel'schen Bill von 1819 und von den Vertretern eines exorbitant hohen Agrarschutzzolles ihren Argumenten zu grunde gelegt wurden. „In einem Streite mit Baring" so berichtet Ricardo am 2. März 1821 an Trower,[2] „hörte das Haus mir mit großer Aufmerksamkeit zu ... Er schreibt sicherlich dem Geldwerte zuviel Einfluß zu, und ich bin darauf vorbereitet, nachzuweisen, daß selbst am Silber gemessen d. h. an dem Wechselkurs mit Frankreich oder Hamburg, die Erhöhung unseres Geldwerts nicht mehr als 10% in fünf Jahren gewesen ist."

In einer Debatte am 11. Juni 1823 im Unterhause kam er nochmals auf diesen Gegenstand zu sprechen und sagte:[3] „Das Lieblingsargument ist, daß sie, die Grundbesitzer, die Zinsen ihrer Schuld in reinem Golde zu entrichten hätten, das von anderem Werte sei, als das, worin sie die Schuld kontrahiert hätten und daß sie daher tatsächlich 30% mehr zahlen

[1] B. W. III. S. 168. — [2] B. W. III. S. 144. — [3] Hansard, parl. Deb. New S. Vol. 9.

müßten, als dies der Fall wäre, wenn das Geld nicht im Werte verändert worden wäre. Der Vertreter von Essex sagte, daß das Gold um 30% im Werte verändert wäre; aber sein hauptsächlicher Beweis beruht auf dem veränderten Getreidepreise. Die wahre Ursache des größeren Teils des Preisrückganges ist nicht die Änderung der Währung, sondern der zu große Vorrat an Getreide. Während des Krieges wurde der Landwirtschaft ein großer Ansporn gegeben und wir leiden jetzt zugleich unter der Wirkung von zwei oder drei sehr reichlichen Ernten. Könnten die agrarischen Interessen verletzt werden durch eine Geldwertänderung, ohne daß gleichzeitig die industriellen und kommerziellen Interessen verletzt werden? Wenn Getreide um 30% wegen einer Änderung des Geldwerts fällt, müssen nicht alle anderen Waren in ähnlichem Verhältnisse fallen?"

Zehn Jahre später berief sich Robert Peel auf Ricardo's Autorität, als wieder einmal im Parlamente das Gesetz von 1819 heftig angegriffen wurde; in der Sitzung des Unterhauses vom 22. April 1833 sagte Peel:[1] „Der ganze Rückgang der Preise und die ganze Notlage, die diesem Preisrückgange folgte, der Änderung im Währungssystem zuzuschreiben, ist eine Irrlehre, wie sie größer nie dem menschlichen Verstande zugemutet wurde. Sie können behaupten, daß Ricardo Unrecht hatte, als er die Änderung im Goldwerte nur auf 3—4% schätzte — aber sein Irrtum, wenn es ein Irrtum war, war nichts verglichen mit dem Ihrigen, die ganze Preisveränderung aus der Änderung der Währung zu erklären."

Wenn in neuerer Zeit wieder versucht wurde, Ricardo's Autorität dafür anzuführen, daß die Hauptursache der niedrigen englischen Getreidepreise in den Verhältnissen des Geldmarktes liege, so ist nach dem Gesagten klar, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Ricardo gehörte zu den heftigsten Gegnern dieser Anschauung.

Wir finden z. B. bei Stillich,[2] die Urteile verschiedener Nationalökonomen über den Zusammenhang zwischen Preisen

[1] Peel, Speeches. Vol. II. S. 670.

[2] Die englische Agrarkrisis, ihre Ausdehnung, Ursache und Heilmittel. Jena 1899. S. 131.

und Geldmenge angegeben; darunter auch als Meinung Ricardo's: „„Ich nehme es als eine unbestrittene Tatsache, daß Waren im Preise steigen oder fallen im Verhältnis zu der Zu- oder Abnahme des Geldes"" und dann fährt Stillich fort: „Alle diese Meinungen bestätigen diese wichtige Tatsache, daß irgend eine langanhaltende Verrückung oder Beschränkung der Preisbasis bei näherer Untersuchung in einer Änderung des Geldmarktes, einer Beförderung oder Beschränkung der Geldzirkulation, ihre Ursache hat."

Wenn also Ricardo nicht die Übertreibungen solcher Art, unterstützt, daß er jede — auch noch so exorbitante — Preiserhöhung auf das Konto der Geldmenge schreibt, so hat doch auch seine viel gemäßigtere Auffassung zu vielfachen Irrtümern Anlaß gegeben. Es muß zugegeben werden, daß ein Währungssystem, wie das englische damaliger Zeit, die Tendenz hatte, zu einer Entwertung des Geldes zu führen. Sobald ein nur auf Vertrauen beruhendes Papier — wie die englischen Banknoten zu jener Zeit — Gelddienste verrichten muß, wird dieses Geld bald maßgebend für den Geldwert überhaupt. Es bildet sich ein Disagio für das Papier heraus und dies kann nicht ohne Einfluß auf die Preise sein. Aber damit ist nicht gesagt, daß jedem derartigen Agio auch gleich entsprechend eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus sich herausstellt. Die Schwankungen im Notenkurse sind oft sehr plötzliche, schnell vorübergehende; ein besonders hohes Agio wurde oft durch die großen Geldentziehungen des Auslandes bewirkt, die durch die Handelsverhältnisse bedingt waren; so schnell und regelmäßig pflegen die Warenpreise solchen Kursschwankungen nicht zu folgen.

Ricardo aber nahm einen solchen Parallelismus an, weil er von der Idee beherrscht war, daß die Bankbeschränkung eine fortwährend sich steigernde und anhaltende Zuviel-Ausgabe von Noten bewirke. Analog nahm er auch ein andauerndes Steigen der Preise an; während die wirklichen Ursachen der Notenvermehrung in den Verhältnissen des Handels zu finden waren. Diese Ursachen traten aber nur zeitweilig auf; daher auch nur zeitweilig ein so großes Disagio der Noten eintrat; von einem dauernden, allmählichen Steigen des allgemeinen Preisniveaus infolge der Bankpolitik kann nicht die Rede sein.

In der Zeit von 1797—1814 waren zeitweise die Preise der Lebensbedürfnisse und vieler anderer Gegenstände um 50—100% und darüber gestiegen und später bis zu ihrem Ausgangspunkt und darunter gesunken; der durchschnittliche Börsenpreis des Goldes über dem Münzpreis aber in den ersten 12 Jahren nach Einstellung der Barzahlungen betrug nicht mehr als 4% und in den folgenden Jahren nicht mehr als 20%.[1]

Einen wie großen Anklang aber die Ricardo'sche Lehre von dem Zusammenhang der Geldmenge und der Preishöhe gefunden hatte, ergibt sich aus einer Stelle im Bullion-Report, wo diese Lehre völlig akzeptiert ist:[2] „Eine Vermehrung in der Menge des lokalen Geldumlaufs eines bestimmten Landes wird die Preise in diesem Lande genau (exactly) in derselben Weise erhöhen, wie eine Vermehrung in dem allgemeinen Vorrat von edlen Metallen die Preise in der ganzen Welt erhöht. Vermittelst der Vermehrung der Quantität wird der Wert einer gegebenen Menge des Umlaufsmittels, im Austausche für andere Waren, verringert; mit anderen Worten, die Geldpreise aller übrigen Waren werden erhöht, und der der Münze ebenso. — In dieser Weise wird ein Überschuß des lokalen Geldes eines bestimmten Landes ein Steigen des Marktpreises des Goldes über seinen Münzpreis bewirken."

Wie sehr Ricardo von dem genauen Zusammenhang zwischen Geldentwertung und Preisen überzeugt war, geht aus seinem Vorschlage hervor, die Geldmenge genau um soviel Prozent zu vermindern, als die Geldentwertung betrug, dann würde auch sofort das Preisniveau wieder das normale werden:[3] „Wenn unsere Umlaufsmittel um $^1/_5$ vermehrt worden sind, so werden die Preise des Goldes und der anderen Waren bleiben, wie sie sind, bis dieses eine Fünftel zurückgenommen wird. Vermehrt die Note noch mehr und sie (d. h. die Preise) werden noch höher steigen; aber nehmt dieses eine Fünftel zurück, wie ich ernstlich empfehle, und Geld und jede andere Ware werden ihren normalen Preis erhalten."

So kam er auch zu der irrigen Schlußfolgerung, daß es nur eine Abhilfsmaßregel gegen hohe Preise gebe, nämlich eine

---

[1] Tooke I. S. 65. — [2] Bullion report 1810. S. 17. — [3] Three Letters. S. 18.

entsprechende Reduktion der von der Bank von England auszugebenden Notenmenge.

Gegen die Ansicht Ricardo's spricht auch der Umstand, daß die Preiserhöhung in der in Frage kommenden Periode keineswegs eine allgemeine war, sondern fast nur beim Getreide vorkam; wäre wirklich die Geldentwertung schuld gewesen, so hätte sich die Preiserhöhung auf alle Waren erstrecken müssen.

Wie Tooke im einzelnen genau nachweist, waren im Jahre 1810 die Preise für Getreide, Ländereien, Häuser und Schiffe gestiegen, aber mit diesen Ausnahmen, für welche Tooke eine einfache Erklärung aus den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen gibt, waren die Preise fast aller Artikel 1810 und 1811 niedriger als 1800; in wenigen Fällen nur um 20, in vielen um mehr als 50%, in Papier bemessen, während Gold um 25% gestiegen war.[1]

Mit Recht wendet sich daher Tooke in aller Schärfe gegen die von dem Bullion-Committee in Übereinstimmung mit Ricardo behauptete Ansicht, daß durch den Stand der Landesvaluta eine allgemeine Preissteigerung verursacht sei.[2] „Diese Bemerkung wurde zu einer Zeit niedergeschrieben, als alle Waren, mit Ausnahme von Lebensmitteln, an welchen Mangel war, meistens im Preise fielen und noch im Fallen begriffen waren, als Gold stieg."

Aus dem reichen Tatsachenmaterial, das Tooke beiträgt, sei noch auf die Statistik der Preise und des Notenumlaufs in der Zeit von 1803—1808 hingewiesen (I. S. 131 ff.), einen „Zeitraum, der die größten Preisschwankungen, Finanzoperationen und politischen Veränderungen umfaßt" und doch ist dieser Zeitraum durch einen sehr mäßigen Betrag an Noten charakterisiert, ganz besonders aber durch die Gleichmäßigkeit des jährlichen Durchschnitts im Notenumlauf. Die Jahre 1802 und 1803 sind besonders dadurch bemerkenswert, daß die Weizenpreise sehr niedrig waren, der durchschnittliche Betrag an umlaufenden Noten von 5 £ und darüber aber größer war, als in den fünf folgenden; aus den von Tooke

[1] Tooke I. S. 145. — [2] I. S. 142 und ähnliche Bemerkung I. S. 602.

nebeneinander gestellten Weizenpreisen und Beträgen an Noten, die im Umlaufe waren, ergibt sich, wie wenig Zusammenhang zwischen beiden ist. (I. 131.)

Festzuhalten ist noch folgende von Tooke berichtete Tatsache: Während im Jahre 1810 die Banknoten zu einem bedeutenden Belaufe vermehrt wurden, wie sie ihn bis 1813 durchschnittlich nicht wieder erreichten, fielen die Preise im allgemeinen; 1811—1812 stiegen die Preise des Getreides und anderer europäischer Rohstoffe beträchtlich bei einem verminderten Notenumlauf der Bank von England und wiederum sanken die Preise eben dieser Artikel äußerst rasch im Jahre 1813 bei einem vermehrten Notenumlauf (I. 169). Gegen die Annahme der Verursachung des hohen Preisstandes des Getreides 1810 durch die Landesvaluta spricht aber auch ferner, daß diese Preisgestaltung ganz ähnlich in anderen Ländern Europas war.

„Nun aber hat sich dieselbe Erscheinung der Preiserhöhungen in gleicher Zeit auch in den anderen Ländern Europas wiederholt, wobei freilich der Unterschied in dem gewöhnlichen Stande der Preise von den englischen festzuhalten ist. 1810, 1811 und 1812 war der Charakter der Witterung auf dem Festland, und namentlich in Frankreich, dem in England ähnlich, und die Preise stiegen daselbst in einem gleichen Verhältnis."[1]

Neben Tooke hatte auch Lowe in seinem 1822 erschienenen Werke „The Present State of England" die Irrtümer der Currency-Theorie statistisch zurückgewiesen; in einer übersichtlichen Tabelle zeigt er, daß die Fälle großen Sinkens der Wechselkurse in der Zeit von 1792—1822 hauptsächlich auf zwei überwiegende Ursachen zurückzuführen sind, auf die großen Ausgaben der Regierung und die großen Einfuhren von Getreide."[2]

Die Theorien Ricardo's über den Zusammenhang zwischen der Notenausgabe einerseits und dem Stand der Preise und Wechselkurse anderseits waren bereits vorher in ähnlicher Weise von zwei anderen englischen Schriftstellern über Geld- und Bankwesen, von Boyd und Lord King vorgetragen worden.

---

[1] Tooke I. S. 151. — [2] Fullarton S. 159.

Walter Boyd hatte bereits in seiner im Dezember 1800 erschienenen Broschüre „A letter to the Right Hon. William Pitt on the Influence of the Stoppage of Issues in Specie at the Bank of England on the Prices of Provisions and other Commodities“ behauptet, daß die größte Wahrscheinlichkeit vorläge, daß die Vermehrung der Banknoten seit 1797 die Hauptursache des großen Steigens der Warenpreise sei.[1]

Besonders hatte dann aber Lord King in seiner 1803 veröffentlichten Broschüre „Thoughts on the Effects of the Bank Restrictions“ die Zusammenhänge zwischen Notenmenge und Preisen in einer Weise erklärt, die in den Grundzügen genau mit den Ideen Ricardo's und der übrigen Führer der Currency-Theorie übereinstimmt. Ricardo hatte offenbar auch King's Schrift gekannt und das, was er King verdankte, auch anerkannt. In dem Vorwort zu den drei ersten Auflagen seiner Schrift „High Price of Bullion“ sagt Ricardo hierüber: „Der Verfasser ist sich bewußt, daß er nur wenig zu den Argumenten hinzufügen kann, welche so trefflich durch Lord King ins Feld geführt worden sind, und welche längst schon jedermann hätten überzeugen müssen.“[2]

King hatte bereits die Theorie vertreten, daß es nur vom guten Willen der Bankdirektoren abhänge, wieviel Kredit sie geben wollten.[3] „Eine Macht,“ sagt King, „ist den Direktoren der Bank übertragen worden, die nicht einmal der Regierung durch die Verfassung gewährleistet ist, eine Macht, bis zu gewissem Grade den Stand der nationalen Währung zu regulieren und diesen Stand nach ihrem Belieben zu verändern.“[4]

Da Lord King besonders die durch die Notenausgabe der irischen Bank geschaffenen Verhältnisse im Auge hatte, war er in viel höherem Maße als Ricardo berechtigt, eine übermäßige Notenausgabe als Ursache der Notenentwertung zu bezeichnen, da tatsächlich die irische Bank in ihrer Notenemission viel weniger vorsichtig verfuhr, als die Bank von England.

Trotzdem sind seine allgemeinen Lehren über Geld und Banknoten genau so irrtümlich, wie die Ricardo's, so z. B.

---

[1] Mc Culloch, Literature of pol. ec. S. 169. — [2] Three Letters S. 27. — [3] a. a. O. S. 23. — [4] S. 120.

wenn er Banknoten mit Geld identifiziert:[1] „Die Noten von Privatbanken sind ebensosehr Wertträger, als irgend eine andere Art von Geld und ihr Umlauf ist durch dieselben Grundsätze geregelt" — oder wenn er über den Zusammenhang zwischen Wechselkurs und Notenausgabe bemerkt:[2] „Es wird im allgemeinen gefunden werden, daß die Schwankungen im Münzpreise und im Wechselkurse seit der Restriktionsakte in einem sehr bemerkenswerten Grade mit den Schwankungen in der Notenmenge übereingestimmt haben."

Auch in dem praktischen Vorschlage der Notenverminderung stimmt King mit Ricardo überein:[3] „Wenn die Menge der Noten allmählich verringert wird innerhalb der Grenze, daß der Wert dieser Umlaufsmittel al pari mit den Edelmetallen ist, wird die Hauptursache der Nachfrage nach Gold im Vorzuge gegenüber Banknoten verschwinden und die Bank kann ohne Gefahr ihre Barzahlungen wieder aufnehmen."

Aber auch die gegnerische Seite hatte schon vor dem Erscheinen der Ricardo'schen Schrift eine sehr geschickte Vertretung in einem der Direktoren der Bank von England, Thornton, gefunden, der 1802 ein Buch „An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain" veröffentlichte, worin in sehr geschickter Weise die Beweisführung der Currency-Theorie, die damals durch Boyd vertreten wurde, widerlegt wurde.

Er bezeichnet die Befürchtungen, die man von einer übermäßigen Ausnutzung der Notenausgabe seitens einer Zettelbank hegt, als übertriebene und führt den Stand der Preise und der Wechselkurse auf ihre wahren Ursachen zurück:[4] „Daß der Geldpreis einiger englischer Artikel in letzter Zeit sehr erhöht wurde, und daß der Geldpreis aller, oder fast aller Artikel im gewissen Grade gestiegen ist, sind Tatsachen, die nicht bezweifelt werden können. Aber daß diese Erhöhung einer Vermehrung des Papiergeldes geschuldet ist, ist nicht in gleicher Weise zuzugeben; denn es ist klar, daß andere Ursachen mächtig eingewirkt haben, nämlich der Kriegszustand, neue Steuern, und zwei schlechte Ernten, die, indem sie den Brotpreis

---

[1] S. 105 — [2] S. 37. — [3] S. 126 — [4] S. 301.

erhöhten, in gewissem Grade auch den Preis der Arbeit und aller Waren gesteigert haben."

4. Kritik der praktischen Vorschläge Ricardo's zur Reform des Geld- und Bankwesens im allgemeinen.[1]

a) Ricardo und die Peel'sche Akte von 1819.

Gehen wir jetzt etwas näher auf die praktischen Reformvorschläge Ricardo's ein, so ist zweierlei auseinander zu halten: einmal Ricardo's grundsätzlicher Neuerungsvorschlag, der sehr weitgehend ist und wie ich oben zeigte auf Verstaatlichung der Bank von England und Einführung eines einlöslichen Staatspapiergeldes mit Zwangskurs hinausläuft. Zweitens aber hat Ricardo, abgesehen von diesem weitgehenden Reformvorschlage, auch noch eine Reihe von Einzelvorschlägen gemacht, wie am zweckmäßigsten die durch die Bankbeschränkung des Jahres 1797 geschaffene Lage des englischen Geldwesens zu verbessern sei. Ich will auf seinen Hauptvorschlag erst später kritisch eingehen, zunächst aber die Tätigkeit Ricardo's, soweit sie näher liegenden Zielen zugewandt war, ins Auge fassen.

Auf die beiden wichtigsten Reformgesetze im englischen Geld- und Bankwesen, nämlich die beiden nach Robert Peel genannten Gesetze von 1819 und von 1844 ist Ricardo von entscheidendem Einflusse gewesen. Auf letzteres freilich nur indirekt — denn Ricardo starb bereits 1823 — aber seine Lehren über Geld und Kredit haben, wie noch gezeigt werden wird, maßgebenden Einfluß auf das Gesetz von 1844 gehabt. Auf das Gesetz von 1819 hat er aber direkten Einfluß insofern geübt, als er bei den vorbereitenden Arbeiten sehr tätig beteiligt war. Außer durch seine Broschüren hat er durch seine eifrige Mitwirkung bei der parlamentarischen Beratung und ganz besonders bei den beiden vom Parlamente eingesetzten Kommissionen, des Unterhauses und des Oberhauses, die die Frage der Wiederaufnahme der Bezahlungen beraten sollten, viel zur endgültigen Erledigung dieses Gegenstandes beigetragen.

---

[1] Eine sehr treffende Kritik der Ricardo'schen Geldtheorie, sowie seiner praktischen Vorschläge findet sich in den Schriften Adolf Wagner's über Geld- und Bankfragen, besonders in seinem Buche „Die Geld und Kredittheorie der Peel'schen Banknote. Wien 1862".

Der Umstand, daß Robert Peel Vorsitzender der Unterhauskommission war, vor welcher Ricardo ausführlich seine Pläne entwickelte, ist wohl zu beachten; hier hatte der junge, damals erst 31 jährige Staatsmann Gelegenheit, die Theorie der Currency-Schule aus bester Quelle in sich aufzunehmen.

Ricardo selbst hatte diese Mitarbeit mit größter Befriedigung erfüllt und in den Briefen an seine Freunde aus jener Zeit gibt er öfter seinem Stolze Ausdruck, daß es ihm gelungen sei, soviel zur Gesundung der englischen Geldverhältnisse beigetragen zu haben. „Sie werden erfreut sein, zu hören," schreibt er an Mc Culloch,[1] „daß eine Untersuchung über die wahrscheinlichen Resultate der Annahme dieses Planes (d. h. des in den „proposals" gemachten Vorschlags) oder einer Modifikation desselben, einen der Hauptgegenstände der Prüfung in beiden Ausschüssen, gebildet hat, und nach der Rede von Peel, sowohl als nach der von Canning und des Marquis von Lansdowne, habe ich sehr wenig Zweifel, daß er in beiden Berichten, wenigstens als eine zeitweilige, wenn nicht als dauernde Maßregel, empfohlen werden wird. Wenn dies der Fall, so haben wir das Verdienst, zum mindesten die Rückkehr zu einem gesunden, nicht schwankenden System der Währung beschleunigt zu haben."

Mc Culloch bemerkt hierzu:[2] „Die Ausschüsse kamen darin überein, mit geringen Modifikationen den von Ricardo in der Schrift „„Proposals for an Economical and Secure Currency"" vorgeschlagenen und in seiner Zeugenaussage vor der Kommission wiederholten Plan zu empfehlen. Dieser Plan wurde den beiden Häusern in einer Reihe von Resolutionen vorgetragen, denen nach einer Debatte, an der auch Ricardo eifrig teilnahm, zugestimmt wurde. Gesetze, die diese Resolutionen zur Ausführung brachten, wurden pünktlich vorgelegt und fanden viel Opposition in beiden Häusern."

Gegen diese Darstellung ist zu bemerken, daß es zu weit gegangen ist, von einer Annahme des Ricardo'schen Planes mit geringen Modifikationen zu sprechen.

Die Peel'sche Bill von 1819 hat allerdings in dem wich-

---

[1] B. W. II. S. 22. — [2] B. W. II. S. 26.

tigen und entscheidenden Hauptpunkte sich Ricardo's Meinung angeschlossen, wodurch die Gesundung des englischen Geldwesens wesentlich herbeigeführt wurde, daß sie nämlich die Bank verpflichtete, ihre Noten — von einem bestimmten Zeitpunkte ab — zum Münzpreise einzulösen und dadurch wurde der englischen Währung Stabilität gegeben.

Im Kampfe gegen die Direktoren der Bank von England, die fast ausnahmslos nicht nur den damaligen Zeitpunkt überhaupt für die Wiederaufnahme der Baarzahlungen für ungeeignet hielten, sondern auch nur eine Einlösung der Noten zum Börsenpreise zulassen wollten — ist Ricardo mit seiner richtigeren Anschauung durchgedrungen.

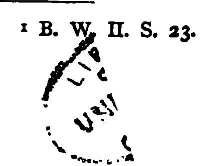
In dem oben erwähnten Briefe an Mc Culloch schreibt Ricardo über die damalige Haltung der Bankdirektoren:[1] „Es ist unmöglich, Ihnen den Lärm der Bankdirektoren zu beschreiben, als sie hörten, daß sie Münze für jene Zwecke beschaffen sollten. Sie haben offiziell erklärt, daß nicht weniger als 30 Millionen außer der gewöhnlichen Reserve, nötig wären; und dennoch haben sie alle möglichen Hindernisse einem Plane bereitet, der einen solchen Vorrat überflüssig machen würde. Alle Bankdirektoren, mit zwei oder drei rühmlichen Ausnahmen, und zwar sind dies junge Leute, haben keinen Fortschritt in richtigen Ideen über Geldwesen gemacht, seitdem der letzte Ausschuß getagt hat."

Außer dieser grundsätzlichen Annahme der Einlösung zum Münzpreise hatte die Peel'sche Bill von 1819 auch den Gedanken Ricardo's akzeptiert, daß die Noten gegen Barren und nicht gegen Münze eingelöst werden sollten, und vor allem wurde die immer wieder von Ricardo gewünschte Freiheit im Edelmetall- und Münzverkehr angenommen, insofern als die Einschmelzung und Ausfuhr der Münzen gänzlich freigegeben wurden.

Daß er so zur Gesundung des englischen Geldwesens seinen wesentlichen Teil beitragen durfte, erfüllte ihn mit großer und verdienter Befriedigung. „Der Triumph der Wissenschaft und Wahrheit in den großen Volksvertretungen in dieser

---

[1] B. W. II. S. 23.



Session", schreibt er am 8. Juli 1819 an Trower,[1] gewährt mir große Befriedigung, die nicht wenig durch die Beobachtung des gegenwärtigen Goldpreises und der auswärtigen Wechselkurse vermehrt wird. Gold steht, glaube ich, auf 3 £ 18 sh die Unze, Silber auf dem Münzpreis und die Wechselkurse sind fast al pari. Die besten Freunde der jüngst angenommenen Maßregeln konnten nicht weniger Druck voraussehen, als den, den wir erfahren haben und ich halte es nur für vernünftig, zu hoffen, daß der dauernde Preis des Goldes auf dem gegenwärtigen Satze stehen bleibt, ohne daß viel zu den kleinen Schwierigkeiten hinzugefügt wird, die wir bis jetzt erlitten haben. Unsere Gegner, deren sämtliche Prophezeiungen sich als unbegründet erwiesen haben, sagen jetzt, daß wir großes Glück gehabt hätten, daß der natürliche Verlauf der Dinge uns günstig gewesen sei; sie wollen alles zugeben, außer der Wahrheit unserer Grundsätze —."

War insoweit das Gesetz von 1819 Ricardo's Ideen gefolgt, so steht es anderseits in sehr wichtigen Punkten im Gegensatz zu den Ricardo'schen Lehren:

1. Die Einlösung der Noten gegen Barren sollte nur vorübergehend, nicht dauernd erfolgen, nämlich nur bis 1823.

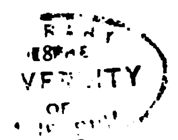
2. Ricardo hatte die Wiederaufnahme der Barzahlungen mit einer Reduktion der Notenmenge verknüpfen wollen, was nicht geschah.

3. Ricardo hatte die Skala, wonach die Bank zunächst die Noten zum Preise von 4 £ 1 sh per Unze Gold und erst allmählich zum Münzpreise einlösen sollte, für nicht nötig gehalten.

Eine nähere Prüfung der abweichenden Ansichten Ricardo's wird ergeben, daß sie auf seiner irrigen Geldtheorie beruhen und daß sie daher erfreulicherweise nicht in die Gesetzgebung aufgenommen wurden.

Die Wiederaufnahme der Barzahlung sollte nach Ricardo zur Voraussetzung haben, daß der Münz- und Börsenpreis des Goldes al pari gebracht war. Um dies zu ermöglichen, sollte eine Reduktion der Notenmenge vorgenommen werden;

[1] B. W. III. S. 77.



denn nur durch eine Zuviel-Ausgabe von Noten sei das Disagio der Noten zu erklären. „Aber," so äußerte sich Ricardo bei seiner Vernehmung,[1] „aus welchem Grunde es auch kommen mag, daß das Papiergeld den Wert der Barren übersteigt, ob wegen der Vermehrung des Papiergeldes, oder wegen des Steigens des Werts des Geldes, oder aus welchem Grunde immer, dies kann immer nur durch eine Verminderung des Betrags des Papierumlaufs verbessert werden, und so war die allgemeine Praxis vor dem Jahre 1797."

Auf die Frage: „Glauben Sie, daß eine Verminderung der Noten der Bank von England sicher ein Sinken des Goldpreises hervorrufen wird?" antwortete Ricardo: „Ja, ... da ich völlig überzeugt bin, daß eine Verminderung einer derartigen Ware wie Gold entweder ihren Wert steigern, oder das Fallen ihres Werts hindern muß, so bin ich sicher, daß eine Verminderung der Umlaufsmittel (currency), vorausgesetzt, daß es in genügendem Maße geschieht, seinen Wert heben wird, was immer für entgegenwirkende Umstände dazu beitragen mögen, dies auszugleichen."

Aus dieser Aussage Ricardo's geht wieder seine irrige Gleichsetzung von Banknoten mit Geld hervor, und sein weiterer Irrtum, daß die Menge des Geldes auch seinen Wert reguliere. Ricardo war so fest von der Wirkung der Verminderung der Notenmenge überzeugt, daß er meinte, es könne *sofort* mit der Einlösung zum Münzpreise begonnen werden.

Auf die Frage:[2] „Können Sie irgend einen Zeitpunkt angeben, zu welchem es zweckmäßig wäre, daß die Bank in Barren oder Gold zum Münzpreise zahlt?" antwortete er: „Es ist schwer für mich, genau einen Zeitpunkt anzugeben; aber ich habe nicht viele Bedenken, damit in wenigen Monaten beginnen zu lassen. Gleichzeitig gebe ich zu, daß eine kleine Schwierigkeit damit verbunden sein wird, aber eine Schwierigkeit, die mir nicht sehr bedeutend zu sein scheint, und eine solche, für die wir mehr als entschädigt werden durch den Besitz einer Währung, die durch einen festen und bekannten Münzfuß reguliert ist."

---

[1] Commons Cash payments reports. S. 134. — [2] Ebendort S. 141.

Vor dem Ausschusse des Oberhauses gab er als den Termin, an dem die Einlösung der Noten zum Münzpreise stattfinden könne, den 5. Juli 1820, an.[1]

Die tatsächliche Entwicklung hat Ricardo Unrecht gegeben. Auch ohne eine Verminderung der Notenmenge hat sich die Neuordnung des Geldwesens ohne Schwierigkeit vollzogen. Auch vor dem Jahre 1819 war wiederholt für die Bank von England ohne Reduktion der Notenmenge die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Barzahlungen vorhanden.

Die Direktoren der Bank von England zeigten sich 1817 bereit, die Barzahlungen aufzunehmen; denn in diesem Jahre hatte die Bank einen größeren Barvorrat, als jemals seit ihrer Errichtung.[2] „Die Lage der Bank in den Jahren 1816 und 1817," so heißt es in dem Berichte der Oberhauskommission von 1819,[3] „scheint den Direktoren Anlaß gegeben zu haben, im letzten Jahre durch zwei aufeinanderfolgende Bekanntmachungen ihre Absicht kundzugeben, ihre vor dem 1. Januar 1817 datierten Noten in Bar einzulösen."

In dieser Zeit hatte aber die Bank von England keineswegs eine Verminderung ihrer Noten vorgenommen. Wie aus einem Berichte eines Direktors der Bank, Harman, hervorgeht, hatte es die Bank während des ganzen Jahres 1817 nicht für nötig gehalten, irgend eine Reduktion ihrer Notenemission eintreten zu lassen, weder infolge der Wirkung der fremden Anleihen auf die Wechselkurse, noch wegen ihrer Zahlungen in Gold, gemäß den zwei oben erwähnten Bekanntmachungen. Tatsächlich überstieg die durchschnittliche Notenausgabe des Jahres 1817 um 1700000 £ die von 1816; die durchschnittliche Ausgabe des letzten Halbjahres 1817 überstieg die durchschnittliche Ausgabe des ersten Halbjahres um 1870000 und diese Vermehrung zusammen mit dem Aufschwung der Landbanken nach ihrer vorangegangenen Depression, hat wahrscheinlich die Menge des im Umlaufe befindlichen Geldes im zweiten Halbjahr 1817 über

---

1 **Lords Cash payments reports 1819. S. 197.**
2 **Commons Cash payments reports 1819.**
3 **Einleitung zum Lords Report.**

den Betrag anwachsen lassen, der im vorhergehenden Jahre vorhanden war.[1]

Es traten aber einige Störungen auf, welche die Absicht der Bankdirektoren vereitelten. Diese lagen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik: durch die großen Anleihen, welche Frankreich, Rußland und Österreich in England aufnahmen, und durch die starke Einfuhr fremden Getreides wurde der Bank sehr viel Gold entzogen. Infolge dessen gab die Direktion die Hoffnung auf, ihre Barzahlungen vor dem Juli 1818 aufnehmen zu können, und die Beschränkung wurde durch ein Gesetz bis zum Ende der nächsten Parlamentssitzung ausgedehnt.[2]

Die Wiederherstellung des Paristandes von Papier und Geld trat aber entgegen den Prophezeiungen Ricardo's ein, ohne daß eine Reduktion der Noten oder des Geldumlaufs überhaupt nötig war.

Bis Ende August 1819 — berichtet Tooke[3] — hatte keine Verminderung des Notenumlaufs stattgefunden, und doch war seit Februar der Preis des Goldes von 4 £ 1 sh auf 3 £ 18 sh, also abgesehen von einem nicht nennenswerten Unterschiede, bis auf den Münzpreis gefallen. Was aber den Stand der Wechselkurse betrifft, die sich schon auf Pari befanden, und fortwährend stiegen, so ließen sie keinen Zweifel über das Zuströmen edler Metalle, woraus also folgt, daß es keiner Verminderung des Notenumlaufs bedurfte, um den Änderungen des neuen Gesetzes nachzukommen.[4]

Auch die Bestimmung des Gesetzes, daß die Regierung den Betrag von 10 Millionen Sterling ihrer Schuld an die Bank zurückzahlen mußte, hat keine Einziehung ihrer Noten zur Folge gehabt. Darüber sagt Turner, in einer 1822 von ihm herausgegebenen Schrift: „Hinsichtlich der Wirkung der Bill des Herrn Peel auf die Bank von England vermag ich aus meiner zweijährigen Erfahrung als Direktor zu sagen, daß sie ein vollkommen toter Buchstabe geblieben ist. Sie hat die Wiederaufnahme der Barzahlungen weder beschleunigt noch verzögert, außer sofern sie die Rückzahlung von 10 Millionen in Schatz-

---

[1] Lords Report. S. 4. — [2] Tooke I. S. 612. — [3] I. S. 260. — [4] Tooke I. S. 260.

kammerscheinen an die Bank verfügte und diese dadurch in den Stand setzte, jene Summe für den Ankauf von Metall zu verwenden, ohne deshalb ihre übrigen Vorschüsse zu verkürzen. Die Direktoren der Bank von England sind als einfache praktische Männer einfache praktische Wege gegangen, ohne sich nach rechts oder links zu wenden und den neuen Lehren der Metallkommission zu folgen. Dergestalt haben sie im Laufe des letzten Jahres über 8 Millionen Sovereigns in den allgemeinen Umlauf gebracht, ohne den gewöhnlichen Durchschnittsbetrag ihrer Noten von 5 £ und darüber zu vermindern."

Tooke,[1] dem ich dieses Zitat entnehme, fügt noch eine Statistik hinzu, aus der klar hervorgeht, daß der Geldumlauf (Noten und Gold zusammen) 1821 und noch mehr 1822 den von 1819 überstieg, und bemerkt hierzu: „Die Wiederherstellung der Gleichheit im Wert des Papiers mit dem Golde trat schon sechs Monate nach Ernennung der Metallkommission und drei Monate nach Genehmigung der Peel'schen Bill ein, ohne daß die Bank inzwischen ihre Noten vermindert hätte; und da die Barzahlungen 1821 und 1822 nach einer Substitution von Sovereigns für die kleinen Banknoten und gleichzeitig mit einer vermehrten Ausgabe von Noten sowohl als Münze durch die Bank wieder aufgenommen wurden, so rechtfertigt sich die Behauptung, daß jenes Gesetz nicht eine Verminderung des Geldumlaufs hervorgebracht habe, die überhaupt nicht stattgehabt, gewiß aufs vollständigste."[2]

Wenn Ricardo die Meinung vor dem Ausschusse vertrat, daß die Einlösung der Noten nur gegen Barren, nicht gegen Münze eine dauernde und keine vorübergehende Maßnahme sein sollte, so ging er dabei von der Hoffnung aus, daß das Publikum sich so an den Gebrauch der Papierscheine gewöhnen werde, daß es überhaupt eine Einlösung der Noten nur in Ausnahmefällen vornehmen würde.

Ricardo hoffte aber, daß seine Idee später zur Durchführung kommen werde: „In diesem Punkte hatten die Ausschüsse mit dem Vorurteil des Publikums zu kämpfen" — so schreibt er an Mc Culloch,[3] „und vielleicht auch mit einer gewissen

---

[1] I. S. 261. — [2] I. S. 261. — [3] B. W. II. S. 28.

Voreingenommenheit, die sie selbst für Münze hatten. Wenn keine Unbequemlichkeit aus der Durchführung dieses Planes in den nächsten fünf Jahren entsteht, wird die Bank unter den ersten sein, die wünschen, daß er als dauerndes System eingeführt wird."

Ricardo war so von der Vorliebe des Publikums für papierne Umlaufsmittel überzeugt, daß er wiederholt vor der Kommission 3 Millionen £ Bardeckung für einen Umlauf von 24 Millionen £ in Noten für genügend hielt.

Vor der Kommission des Unterhauses wurde er gefragt:[1] „Sie haben gemeint, daß nur eine sehr kleine Menge Goldes oder Barren im Umlauf nötig sei, damit die Bank ihre Zahlungen wieder aufnehmen könne?" Er antwortete: „Das ist der Fall unter der Voraussetzung, daß eine Abmachung getroffen wird, wonach die Bank nicht gezwungen werden soll, ihre Noten in Münze zu zahlen, sondern in Barren; ich glaube, daß in diesem Falle eine sehr kleine Menge Barren nötig sein würde, um die Bank in den Stand zu setzen, ihre Zahlungen aufzunehmen."

Ricardo betrachtete das bare Geld als den „dead part of our stock",[2] und als er vor derselben Kommission über eine Modifikation seines Planes befragt wurde, dahin gehend, daß die Bank zum Teil in Barren, zum Teil in Münze einlösen sollte, und ob unter solchem System eine große Menge Goldmünze zum Zwecke der Einlösung bereit gehalten werden müßte, sagte er aus:[3] „Dies ist eine schwer zu beantwortende Frage; ich sollte glauben, daß der Geschmack des Publikums für Papiergeld jetzt so befestigt ist, daß es wenig Neigung hätte, Goldmünze zu fordern und in diesem Falle würde eine sehr kleine Menge für alle Zwecke des Umlaufs genügen."

Vor der Kommission des Oberhauses gab er dann auch die ziffernmäßige Auskunft:[4] „Ich glaube, daß ein Vorrat von 3 Millionen bei guter Geschäftsführung reichlich genügend wäre unter der Voraussetzung einer Notenzirkulation von 24 Millionen."

Es liegt auf der Hand, daß dieser Betrag längst nicht einmal für die Bedürfnisse der inneren Zirkulation ausreichen

---

[1] Commons Reports 1819. S. 141. — [2] Ebendort S. 229. — [3] Ebendort S. 229. — [4] Lords Report 1819. S. 187.

könnte, d. h. für die Einlösungspflicht der Bank gegenüber, den inländischen Noteninhabern; zudem ist aber noch ein großer Bedarf an Goldreserve für Goldzahlungen an das Ausland nötig.

An letztere allein denkt auch Ricardo, da er für die einheimische Zirkulation das Gold ganz entbehren zu können glaubte: „Obgleich die Goldbarren dann als Wertmaß fungieren," erklärte er vor der Kommission des Oberhauses „so glaube ich doch, daß sie niemals als Geld benützt werden; alle unsere Geschäfte in Barren würden in unserem auswärtigen Handel sein und bei dem Gebrauch für unsere Manufakturen."

Es ist klar, daß der Betrag von 3 Millionen £ auch für die ausländischen Zahlungen eine viel zu kleine Reserve ist. Daß aber Ricardo einen solchen kleinen Betrag für ausreichend hält, hängt wieder aufs engste mit seiner oben dargelegten Theorie von der Handelsbilanz zusammen. Da eine ungünstige Handelsiblanz für Ricardo stets durch eine Überfülle an Umlaufsmitteln veranlaßt ist, würde diese auch verschwinden, wenn durch die Aufhebung der Bankbeschränkung wieder normale Geldverhältnisse geschaffen würden. Auch hält er es für möglich, durch Verminderung der Notenmenge die Preise der Waren zu erniedrigen und dadurch den Export zu befördern und eine günstige Handelsbilanz zu schaffen. Diese ganze Argumentation ist so charakteristisch für Ricardo's Auffassung vom Geldwesen, daß wir den Verlauf seiner Vernehmung hierüber nach dem Berichte der Unterhaus-Kommission wiedergeben wollen:[1]

Frage: „Angenommen, die Zahlungsbilanz ist gegen unser Land, muß die Zahlung nicht notwendigerweise entweder in Münze oder in Barren geleistet werden?"

Ricardo: „Es scheint mir, daß die Zahlungsbilanz häufig die Wirkung der Lage unseres Geldumlaufes ist und nicht die Ursache."

Frage: „Sie müssen doch überzeugt sein, daß zwischen zwei handeltreibenden Nationen eine Bilanz auf dem einen oder andern Wege zu Stande kommen muß?"

---

[1] Commons Reports, 1819. S. 141.

Ricardo: „Diese Käufe und Verkäufe scheinen mir zu einem großen Teile durch den relativen Wert der Währungen beider Länder bestimmt zu sein; so daß jede Ursache, welche den Wert der einen erhöht, auf seine Handelsbeziehungen mit dem andern Lande einwirkt und folglich der Wechselkurs durch eine Erhöhung oder Erniedrigung des Wertes des Geldes beider Länder beeinflußt wird."

Frage: „Meinen Sie denn, daß, weil jetzt Baumwolle, Kaffee und zahlreiche andere Artikel, bei uns besonders billig sind, es vorteilhaft oder wünschenswert wäre, sie nach Frankreich oder nach dem Kontinent zu schicken?"

Ricardo: „Das muß, wie ich glaube, von der Tatsache abhängen, ob diese Artikel in Frankreich und den andern Ländern teurer sind als hier."

Frage: „Wenn aber die Artikel tatsächlich in Frankreich billiger sind?"

Ricardo: „Dann natürlich könnte es nicht vorteilhaft sein, sie von hier nach Frankreich zu schicken."

Frage: „Dann gibt es aber keinen anderen Weg, als vermittelst Münze oder Barren zu zahlen?"

Ricardo: „Dadurch, daß wir den Betrag des Papiergeldes vermindern, könnten wir den Wert der Baumwolle und der andern erwähnten Waren verändern, und wir könnten in diesem Falle unsere Zahlung durch die Ausfuhr dieser Güter leisten, mit denen wir bei ihrer jetzigen Preislage nicht zahlen können." —

Wie gründlich auch hierin die Tatsachen Ricardo Unrecht gaben, lehrt ein Blick auf den Stand des Noten- und Geldbestandes der Bank von England, auch nach Aufhebung der Bankbeschränkung. Welche große Summen Geldes mußten oft ans Ausland versandt werden und wie oft war binnen kurzer Zeit ein weit größerer Geldvorrat, als der von Ricardo als Höchstzahl angegebene, in kürzester Zeit infolge der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen völlig erschöpft!

Betrug doch — um nur einzelnes anzuführen — im Herbste 1830 der Barbestand der Bank von England 11.150.480 £ und in weniger als 18 Monaten wurden der Bank beinahe 7 Millionen entzogen. Es waren unerwartete große Barsendungen ins

Ausland nötig geworden, bald infolge der Handelsbilanz, bald infolge der Finanzoperationen fremder Staaten.[1]

„Hätte," bemerkt hierzu Tooke,[2] „der Barbestand beim Anfange nur die Hälfte, oder selbst 7—8 Millionen betragen, so hätte, um ihm zu genügen, schon zu sehr gewaltsamen Maßregeln durch Verminderung der Unterpfänder und Einschränkung des Notenumlaufs gegriffen und der Geldmarkt außerordentlich gestört werden müssen."

Die Vorschläge Ricardos betreffend die Modalitäten des Überganges zur Barzahlung sind jedoch nur als Konzessionen an das damals herrschende Geldsystem aufzufassen. Bei Beibehaltung des englischen Währungssystems hielt er den Übergang zur Barzahlung in der dargelegten Weise für opportun; aber dieses ganze System erschien ihm verfehlt. Zwei radikale Änderungen im englischen Geldwesen wollte Ricardo vornehmen und zwar die Einführung der Papierwährung und die Verstaatlichung der Bank von England in ihrer Eigenschaft als Zettelbank.

b. Einführung der Papierwährung.

Ricardo hat in seinen Schriften, Briefen und Parlamentsreden nie Zweifel darüber gelassen, daß ihm das höchste Ziel im Geldwesen die Einführung der Papierwährung sei; und zwar trat er sowohl für Papierwährung ein, wenn die Bank von England im übrigen ihre Verfassung und Organisation behalten sollte, oder auch für den Fall einer Verstaatlichung der Bank von England. Beide Maßregeln vereint schienen ihm der sicherste Weg zu einer dauernden Gesundung der englischen Geldverhältnisse. „My first preference is to have nothing but a paper circulation" — erklärt er vor dem Kommissionsausschusse von 1819[3] — und die in Umlauf befindliche Goldmenge bezeichnete er wiederholt als „dead stock", welcher dem Lande verloren ginge.

An John Sinclair schrieb er am 11. Mai 1820:[4] „Ich stimme Ihnen betreffs der Vorteile des Papiers statt Münz-

---

[1] Tooke I. 384. — [2] I. 384.

[3] Commons Report 1819. S. 138.

[4] B. W. III. S. 110.

umlaufs zu und ich wünschte nicht, daß jemals eine andere Währung in diesem Lande eingeführt würde. Aber wir gehen in Bezug auf die Mittel, wie der Wert und Betrag des Papiers festgestellt werden sollte, auseinander. Ich glaube, der beste Weg ist, das Papier gegen Barren zu festem Satze einlösbar zu machen."

Deshalb bedauerte er auch, daß die Ausschüsse zum Resultat gekommen waren, Einlösung der Noten in Münze zu verlangen. Ihm wäre die Verpflichtung der Bank zur Einlösung in Barren genügend erschienen, da er eben hoffte, das Publikum werde sich allmählich vom Metallgeld ganz emanzipieren. „Ich bedauere" schreibt er an Trower[1] „daß die Ausschüsse nicht die Maßnahme empfohlen haben, die Bank zu zwingen, Gold zum Preise von 3 £ 17 sh 6 d zu kaufen, wenn immer es ihnen zu diesem Preise angeboten wird — die Rückkehr zur Barzahlung scheint mir unnötig und wahrscheinlich mit keinem Vorteil verknüpft zu sein."

Wie die Metallwährung einen Fortschritt im Geldverkehr gebildet habe, so wäre ein noch weiterer Fortschritt, das Edelmetall entbehrlich zu machen.

Wenn Ricardo für Papierwährung eintritt, so will er natürlich nicht irgend etwas der „Papiergeldwirtschaft" Ähnliches einführen, also nicht ein ungedecktes, uneinlösliches Geld schaffen, dessen schwere Mängel er selbst gut schildert.

„Ich hoffe," so schreibt er an John Sinclair[2] „daß wir niemals wieder einen schrankenlosen (unchecked) Papierumlauf haben werden, obwohl ich keinen Einwand gegen Papierumlauf und nichts als Papierumlauf habe."

Das von Ricardo ausgedachte Papiergeldsystem sollte das Gold als Wertmaß beibehalten und dennoch nur eines minimalen Goldvorrates bedürfen. Dies könnte geschehen, wenn dafür gesorgt sei, daß das Papiergeld nicht entwertet werde; zum Erfordernis eines guten Geldes gehöre es, daß es im Werte möglichst unveränderlich sei, und der Besitzer des Geldes den Wertbetrag auch jederzeit realisieren könne.

Würden Maßregeln getroffen werden, daß zwar das

---

[1] Ebendort S. 33. — [2] B. W. III. S. 74.

Geld aus Papier hergestellt würde, sein Wert aber doch auf Gold fundiert sei, so habe man zugleich das billigste und sicherste Geld der Welt. Da Ricardo die Banknoten als Geld ansah, wollte er die ganze Banknotenausgabe auf solche Grundlage stellen, daß die Noten nur derselben Veränderung unterliegen könnten, wie das zirkulierende Metallgeld: zu diesem Zwecke sollte die Bank von England, oder nach seinem zweiten Vorschlag die staatliche Nationalbank die Pflicht haben, die Noten — allerdings nur von einem gewissen Betrage, z. B. von 100 £ ab — zum Münzpreise von 3 £ 17 sh 10½ d einzulösen. Anderseits müsse sich die Bank auch verpflichten, Noten gegen Gold zum Preise von 3 £ 17 sh 9 d herzugeben (nach einem anderen Vorschlage Ricardos von 3 £ 17 sh 6 d).

Damit wäre unbedingte Sicherheit geboten. Denn das Hauptübel alles Geldwesens — ein Zuviel an Umlaufsmitteln — könnte sofort festgestellt und beseitigt werden. Eine Zuvielausgabe von Noten sei daran erkennbar, daß die Preise auffallend heruntergingen; umgekehrt sei eine große Preissteigerung ein Zeichen, daß zu wenig Papiergeld vorhanden: „so könnte das Papiergeld mit jedem Sinken des Tauschwertes des Geldes, oder, was den Wirkungen nach ein und dasselbe ist, mit jedem Steigen der Güterpreise vermehrt werden.“[1]

Ein weiteres Zeichen sei der Marktpreis des Goldes und der Wechselkurs. Wenn die Zirkulation zu sehr überfüllt sei, so zeige sich dies an dem gesteigerten Marktpreise des Goldes, und an dem Fallen der auswärtigen Wechselkurse. Besonders ersteres sei ein untrügliches Zeichen; sobald der Marktpreis des Goldes 3 £ 17 sh 10½ d übersteige, sei dies die Folge einer übermässigen Ausgabe von Noten, ebenso wie das Sinken des Goldpreises unter 3 £ 17 sh 6 d ein Zeichen von Mangel an Noten sei. Für beide Eventualitäten gibt Ricardo auch das Mittel zur Abhilfe an: im ersteren Falle müßten Noten durch Ankauf gegen Gold eingezogen werden; im letzteren Falle müßten neue Noten vermittelst Ankaufs von Goldbarren ausgegeben werden.

Alle Irrtümer, die dieser Papiergeldtheorie Ricardos

[1] princ. 214 (322).

zugrunde liegen, gehen aus den falschen Grundvorstellungen die Ricardo vom Geld und den Banknoten hatte, hervor. Es ist nicht richtig, daß Banknoten ebenso Geld sind, wie die umlaufende Münze; es ist daher auch nicht richtig, daß die Geldmenge d. h. die Menge von barem Geld und Noten es sei, wodurch der Wert des Geldes reguliert werde und daß es nur darauf ankäme, diese Geldmenge nach dem Tauschwerte des Metalles zu bestimmen, um ein jederzeit gesichertes Geldwesen zu haben.

Es kommt nicht so sehr auf die Quantität, als auf die Qualität des Geldes an. Als Geld kann nur etwas fungieren, was wirklich ein reeller Wertträger ist; alle Versuche, das Geld durch ein wertloses Zeichengeld zu ersetzen, scheitern daran, daß mit diesem Zeichengeld nur ein Kreditgeld geschaffen ist. Daß aber ein Kreditgeld im Werte schwanken muß je nach dem Grade des Vertrauens, das man dem Zeichengeld schenkt, ist klar.

Ist nun dieses Vertrauen, welches das Publikum in das Geld setzen muß, in dem Ricardo'schen Vorschlage gewährleistet? Keineswegs. Die einzige Sicherheit, welche die Notenbesitzer haben, ist die, daß die Bank denen, die Noten im Betrage von 1500 oder 2000 Mk. bringen, Goldbarren zur Verfügung stellt.

Ist wirklich anzunehmen, daß auf solche Garantie hin die Leute sich allgemein dieses Papiergeldes bedienen werden? Zumal es zwar einlöslich — wenn auch nur im beschränkten Grade — aber nicht gedeckt sein soll. Denn Ricardo will ja gerade das Gold sparen und hält 3 Millionen Gold als hinreichend zur Deckung von 24 Millionen in Noten!! Zweifellos würde sehr bald ein großes Disagio der Noten eintreten.

Ricardo meint zwar, daß die Pflicht der Bank zur Einlösung der Noten gegen Gold zum Marktpreise von 3 £ 17 sh $10^1/_2$ d genügen würde, um den Parikurs der Noten aufrecht zu erhalten. Dies ist aber irrig — das Publikum würde doch unter allen Umständen Gold zu erlangen suchen. Der Marktpreis des Goldes würde über den Münzpreis steigen und zwar nicht, weil zu viele Noten da sind, sondern weil das Publikum niemals das nötige Vertrauen in ein derartiges Papier setzen und daher das Gold höher schätzen wird.

Weder der ungünstige Wechselkurs, noch die Steigerung der Warenpreise, noch auch die Erhöhung des Börsenpreises des Goldes sind ausreichende Kriterien für eine zu große Menge der Umlaufsmittel; sie können ebensogut auch durch ein schlechtes Umlaufsmittel hervorgerufen werden. Weit entfernt, daß durch Ricardos Vorschlag die Kalamität der Restriktionsperiode, die in der Schwankung des Goldpreises lag, beseitigt würde, könnte dieselbe noch in verstärktem Maße eintreten.

Nicht viel bessere Folgen würde es haben, wenn Ricardos anderer Vorschlag Annahme fände, ein Staatspapiergeld auszugeben, welches jederzeit gegen Münze einlöslich sein soll. Dieser Vorschlag, den er mit seinem Plane der Nationalbank vereinigte, würde um deswillen nicht zu dem gewünschten Resultate führen, weil auch hier das Vertrauen mangeln würde: Ricardo will für 29 Millionen Noten, die in Umlauf kommen sollen, 6 Millionen bares Geld zur Deckung bereit halten! Auch in diesem Falle müßte eine Entwertung des Papiergeldes zu gewärtigen sein.

Somit kann die Grundidee Ricardos nicht als eine gesunde bezeichnet werden: es wird immer unmöglich sein, Papier in größerem Umfange als Ersatz des baren Geldes in den Verkehr zu bringen. Das Edelmetall muß nicht nur als Wertmaß dienen, sondern muß auch realiter als Umlaufsmittel vorhanden sein. Und nur bei freier Goldausprägung wird den Bedürfnissen des Verkehrs entsprechend die richtige Menge dieses Umlaufsmittels geschaffen werden, nicht durch irgend welche automatische Abgrenzung dieser Menge nach so unsicheren Kriterien, wie den von Ricardo angegebenen.

Die Banknoten, die als Geldsurrogate dienen, können, müssen ebenfalls wieder in ihrer Menge durch die Kreditbedürfnisse des Landes reguliert werden. Auch hier wird eine feste Abgrenzung und vollends eine solche, daß sie der metallischen Zirkulation entsprechen müßte, nicht dem wahren Charakter der Noten gerecht.[1]

---

[1] Eine Gegenschrift gegen Ricardos „proposals" mit einer Kritik seines Papierwährungsvorschlages erschien 1816, verfaßt von Thomas Smith „A Reply to Mr. Ricardos proposals for an economical and secure currency." — London 1816.

c. Ricardos Plan der Verstaatlichung der Bank von England.

Wenn Ricardo für die Verstaatlichung der Bank von England eintrat, so könnte dies zunächst als Widerspruch zu seinen sonstigen individualistischen Anschauungen erscheinen. Bei näherer Betrachtung ergibt sich jedoch, daß Ricardo alle staatssozialistischen Tendenzen fern lagen. Ricardo wollte die Bank von England nur nach zwei Richtungen hin verstaatlichen: in ihrer Eigenschaft als Notenbank und in ihren Befugnissen zur Verwaltung der öffentlichen Gelder.

Wenn Ricardo auch bei dieser Gelegenheit gezeigt hat, wie wenig er unbedingt für Privatkapitalismus und Mammonismus eintrat, da er gerade die hohen privaten Gewinne der Teilhaber der Bank von England aufs schärfste aus dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte angriff, daß Gewinne aus öffentlichen Institutionen nicht in die Taschen von Privatleuten fließen sollte, so ist doch der theoretische Standpunkt, von dem aus er diesen Kampf führte, der, daß er die Banknoten als Geld ansah. Auch nach extrem-individualistischer Anschauung aber gehört die Regelung des Geldwesens zu der Obliegenheit des Staates; und deshalb wollte er die Notenausgabe der Bank von England entzogen und auf eine Staatsbank übertragen wissen.

Im übrigen sollten die eigentlichen Bankgeschäfte der Bank von England verbleiben ja, dieser Plan entsprach sogar seinem individualistischen Grundprinzip durchaus, da er es als einen Eingriff in die freie Konkurrenz ansah, daß diese mächtige Bank auf die Zinsfußgestaltung solchen Einfluß gewinnen konnte. Die damals gewohnheitsmäßige Festhaltung des Diskonts auf 5 % seitens der Bank von England schien ihm ein Eingriff in die freie Marktpreisbildung des Zinses; daß Kaufleute zu 5 % Darlehen bekommen könnten, während sie am offenen Markte vielleicht 6 oder 7 % zahlen müßten, betrachtete er als eine Abweichung von jeder gesunden Wirtschaftspolitik.

Unermüdlich war Ricardo's Kampf gegen die Bank von England innerhalb und außerhalb des Parlaments nach drei Richtungen hin:

1. Daß niemals eine Privatbank die Geldmenge je

so regulieren könnte, wie es im öffentlichen Interesse nötig wäre.

2. Daß die Gewinne der Aktionäre unerhört hohe seien.

3. Daß sie durch ihren Diskontsatz die freie Zinsbildung störe.

Niemand, der im öffentlichen Leben hervortrat, hat vielleicht so viel zur Verbreitung von Mißtrauen gegen die Bank von England beigetragen, als Ricardo.

Auch die politischen Gegner Englands benützten die schroffe Stellung Ricardo's zur Bank von England bei ihren Plänen. Da diese Bank in England sehr populär war, waren die Angriffe auf dieses Institut den Feinden Englands willkommen. „Die Bullionisten," berichtet Roscher,[1] „waren 1812 höchst unpopulär, d. h. die Bank von England gerade in der Zeit ihrer ärgsten Mißverwaltung höchst populär. Darum ließ Napoleon Ricardo's Schrift „On the high price etc." im Moniteur von 1810, No. 167 ff., ganz übersetzen!"

In seiner ersten wichtigeren Rede im Parlament (24. Mai 1819) über Peel's Resolution, betreffend die Wiederaufnahme der Barzahlungen, erklärte Ricardo, daß „das Haus der Bank sein Vertrauen entzöge nicht wegen Zweifel an ihrem Wohlstand oder ihrer Rechtlichkeit, sondern aus der Überzeugung von ihrer völligen Unkenntnis der Grundsätze der politischen Ökonomie.[2]

Immer wieder kommt er auf die angebliche Mißwirtschaft der Bank von England zu sprechen; hatte er der Bank vor dem Jahre 1819 vorgeworfen, daß sie zu viel Noten ausgebe, so warf er ihr nach 1819 vor, daß sie zuviel Gold aufsammle. In seiner Rede vom 8. März 1822[3] behauptete er, daß die Restriktionsakte von 1797 keine üblen Folgen für das Land gehabt hätte, wenn die Bankdirektoren gewußt hätten, wie sie ihre Aufgabe zu erfüllen hatten. Da sie aber nicht die wahren Grundsätze gekannt hätten, hätten sie eine so große Masse Papiergeld ausgegeben, daß sie seinen eigenen Wert herabgedrückt hätten. . . .

[1] Roscher-Stieda, System der Volkswirtschaft. III. S. 417.
[2] B. W. II. S. 23. — [3] Hansard, Parl. Deb. N. S. Vol. VI.

Auch seit 1819 hätte die Bank durch ihren Eifer, Gold herbeizuschaffen, einen großen Fehler gemacht. Diesen Irrtum hätte sie selbst durch das Angebot, der Regierung 400000 £ zu leihen, eingestanden. Darin läge das Zugeständnis, daß sie zuviel Gold vorrätig gehabt und dadurch die Übel, unter denen das Land litt, noch verschärft hätte.

In der Sitzung des Unterhauses vom 31. Mai 1812 kam Ricardo nochmals auf die Bank von England zurück[1] und beschwerte sich über die Minister, daß sie solche Abschlüsse mit der Bank gemacht hätten, daß dieser enorme Profite zuflössen. Er widerspräche aufs Äußerste der Erneuerung der Bankakte, weil er überzeugt sei, daß jeder Pfennig, der von der Bank verdient würde, dem Volke gehöre.

Selbst wenn eine Papierwährung gewünscht würde, könnten die Minister diese Angelegenheit viel vorteilhafter für das Volk ohne, als mit der Bank von England erledigen. Auch in seinen Reden vom 18. Februar 1823[2] und vom 11. Juni 1823[3] wiederholte Ricardo seine heftigen Ausfälle gegen die Bank von England.

Ricardo war in seiner Haltung gegen die Bank von England sehr stark von Grenfell beeinflußt, der am 13. Juni 1815 scharfe Resolutionen gegen dieses Institut beim Parlament einbrachte[4] — aber Ricardo ging noch weiter als Grenfell.

„Ich sah oft Herrn Grenfell," schreibt er am 10. September 1815 an Malthus,[5] „der für die Frage der Bank und die vorteilhaften Abmachungen, die sie mit der Regierung immer gemacht hat, sehr interessiert ist . . . . ich bin ganz seiner Ansicht, und gehe in der Tat noch weiter; ich halte die Bank für ein unnützes Institut, das reich wird durch diese Gewinne, die eigentlich dem Volke gehören. Ich kann nicht anders, als zu meinen, daß die Ausgabe von Papiergeld ein Privileg ist, das ausschließlich dem Staate zukommt."

---

[1] Ebendort. Vol. 7. — [2] Ebendort. Vol. 8. [3] Ebendort. Vol. 9.

[4] Sie finden sich abgedruckt als Anhang zu Ricardo's Schrift „Proposals". S. 451.

[5] B. W. I. S. 89.

Mit seiner Kritik der englischen Bankverhältnisse hatte Ricardo nur insoweit Recht, als die Profite der Bank in der Tat übertrieben hohe waren. Im Laufe der Zeit wurde dies geändert, da die jährliche Zahlung des Staates an die Bank für die Verwaltung der öffentlichen Gelder reduziert wurde.[1] Ferner erblickte Ricardo mit Recht eine Gefahr darin, daß die englische Bank gegenüber Darlehnsgesuchen des Staates zu willfährig war.

Auch in diesem Punkte trat aber eine gesetzliche Änderung ein: durch Act 59 Geo 3 c. 76 wird der Bank von England verboten, der Regierung Vorschüsse auf Schatzkammerscheine oder andere derartige Wertpapiere zu machen, oder sonst in irgend einer Weise ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Parlaments Vorschüsse zu gewähren. Und der Act 57 Geo 3 c. 48 ordnet die Art und Weise, wie vierteljährliche Vorschüsse auf deficiency bills gemacht werden können.[2]

Im übrigen sind aber die scharfen Ausfälle Ricardo's gegen die Bank von England nur aus seiner irrigen Auffassung des Notengeschäftes zu erklären und sein Vorschlag der Verstaatlichung dieser Notenbank unterliegt denselben Einwänden, die gegen alle derartige Verstaatlichungspläne der Zentralnotenbanken erhoben werden müssen. Gerade durch die Vereinigung der Interessen des Privatkapitals mit dem Staatsinteresse einer geregelten Notenausgabe in einer Bank, deren Mittel Privaten gehören und die doch — ohne Staatsbank zu sein — öffentlichen Charakter an sich trägt, werden alle hier in Betracht kommenden Aufgaben am besten gelöst.

Eine reine Staatsbank wird stets der Gefahr ausgesetzt sein, daß sie in kritischen Zeiten die großen ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu allerlei Experimenten mit der Währung verwendet, durch die gerade der Zweck, den Ricardo erreichen wollte, nämlich ein absolut gesicherter Geldumlauf, gefährdet erscheint. In dem speziellen Plane Ricardo's ist der weitere Mißstand vorhanden, daß die Bank zu ihren Deckungsmitteln — abgesehen von ihrem kleinen Goldvorrat — nur Staatspapiere haben darf. Die

[1] Bank Acts. Reports from Committees 1857—58. Vol. V. S. 492.

[2] Bank Acts. Ebendort. S. 421.

Bank müßte diese Papiere alle verkaufen, wenn sie bares Geld nötig hat, und kaufen, wenn sie Geld anzulegen hätte, beides vielleicht zu Zeiten, wenn die Kurse der Staatspapiere dies zu einem sehr unvorteilhaften Geschäfte machen. Jede derartige reine Staatsbank hat die Gefahr, gewissen Machtinteressen der Regierung mehr dienstbar zu werden, als dem Bedürfnisse des Handels und Verkehrs nach ausreichenden Zahlungsmitteln und ausreichendem Kredit. Auch der von Ricardo vorgeschlagene Modus, daß Kommissare, die von den Ministern unabhängig, und nur dem Parlamente verantwortlich wären, die Verwaltung der Bank zu führen hätten, würde an diesem Übelstande nichts ändern, denn parlamentarische Machtgelüste einzelner Parteien könnten dieselben Folgen haben, wie die Einflüsse der Regierungsvertreter.

Der Ricardo'sche Plan einer Staatsbank kam eingehend zur Erörterung bei Gelegenheit der parlamentarischen Untersuchungen über die Wirkungen des Bankgesetzes von 1844, die in den Jahren 1857—58 stattfanden. Die von den Ausschüssen des Unterhauses vernommenen Zeugen wurden auch über die Zweckmäßigkeit der Verwandlung der Bank von England in eine Staatsbank befragt und zwei ausführliche Gutachten über das Ricardo'sche Projekt wurden bei dieser Gelegenheit dem Ausschusse vorgelegt; dieselben finden sich im Anhange zu dem Berichte dieser Kommission abgedruckt.[1]

Beide Gutachten kommen nach eingehender Kritik des Ricardo'schen Planes zu einer völligen Ablehnung desselben. Die meisten Sachverständigen gaben auch vor der Kommission ihr Votum zu ungunsten der Verstaatlichung der Bank ab; der damalige Gouverneur der Bank, Weguelin, schrieb 1856 an den Schatzkanzler:[2] „Ich glaube, die Regierung sollte über die Notenausgabe nichts zu bestimmen haben; da sie dann allem Geschrei und der Unpopularität in finanziellen und monetären Krisen ausgesetzt wäre. Der Notenumlauf würde nicht frei vom politischen Einflusse sein; denn die Staatsräson würde zu

[1] Reports from the Select Committee on the Bank Acts 1857—58 Appendix No. 16, verfaßt von Arbuthnot. (S. 414—427) und Appendix No. 23, verfaßt von Monteagle. (S. 492—497).

[2] Reports; ebendort. Appendix. S. 494.

gunsten von Maßregeln vorgeschoben, die den Wert und die Stetigkeit des Besitzes gefährden könnten; und die Erfahrung hat gelehrt, daß keine Regierung bis jetzt diese Macht besessen und sie nicht mißbraucht hätte."

Hubbard, ein anderer früherer Gouverneur der Bank von England, antwortete auf die Frage, wie er den Plan einer Verstaatlichung der Bank von England beurteile, folgendermaßen:[1] „Ich glaube, es würde ein höchst unglückliches Experiment für jede Regierung sein, die sehr heikle Aufgabe der Regulierung der Kreditmittel in ihre eigenen Hände zu nehmen. Die Notstände im letzten Kriege, den wir gerade hinter uns haben, würden sicherlich eine Quelle großer Versuchung für die Regierung unter diesen Umständen gewesen sein; und selbst wenn die Regierung Energie genug gehabt hätte, in Unterhandlungen mit diesem Departement einzutreten, könnte dennoch der Druck, der auf sie von außerhalb ausgeübt worden wäre, so stark gewesen sein, um sie zu zwingen, Maßregeln zu ergreifen, um die Kriegsausgaben zu erleichtern, die die Last der öffentlichen Besteuerung erleichtert hätten, aber die ganze Grundlage unserer finanziellen Sicherstellung in Gefahr hätten bringen können."

Der treue Anhänger der Ricardo'schen Geldtheorie, Lord Overstone, wollte ebenfalls von diesem Projekte nichts wissen; er sagte vor dem genannten Untersuchungsausschusse:[2] „Der Vorschlag, die Notenausgabe noch klarer und bestimmter in die Hand der Regierung zu legen, als heute schon der Fall, ist derart, daß — so lange als die öffentliche Meinung Depression im Geschäftsleben als Folge des Geldsystems auffaßt — es sehr unzweckmäßig wäre, dieses Geldsystem noch mehr unter die Kontrolle der Regierung zu bringen; und ich muß auch bemerken, daß das Dazwischentreten einer verantwortlichen Körperschaft, zwischen der Regierung und der Ausgabe von Papiergeld, außerordentlich zweckmäßig ist, da hierdurch die Regierung eine Stärkung in dem Widerstand gegen den Druck erfährt, der zu gewissen Zeiten sie zu Schritten drängen könnte, die sie nicht verantworten könnte."

---

[1] Reports Part I. S. 227. — [2] Report S. 336.

Auch John Stuart Mill wurde vor diesem Ausschusse vernommen und sprach sich mit ähnlichen Argumenten, wie die genannten Sachverständigen, gegen den Plan der Verstaatlichung aus.[1]

d) Ricardo und die Peel'sche Akte von 1844.

Der Einfluß der Ricardo'schen Theorie auf das wichtige und grundlegende Gesetz von 1844, wodurch das englische Notensystem auf ganz neue Art geregelt wurde, ist offenbar; wenn auch Ricardo's Vorschlag, eine Staatsbank mit dem alleinigen Recht der Papiergeldausgabe zu gründen, keine Annahme fand, so hatte man sich bei diesem Gesetze doch in doppelter Hinsicht an Ricardo angeschlossen.

Einmal ging die ganze Neuregelung aus einem gewissen Mißtrauen gegen die Verwaltung der Bank von England hervor, deren Befugnisse stark beschränkt wurden; und dieses Mißtrauen war, wie wir sahen, von Ricardo stark geschürt worden, und zweitens und vor allem: die ganze Art der Notendeckung — nämlich volle Bardeckung — war die Folge der von Peel angenommenen Currency-Doktrin, wonach die Banknoten wie bares Geld zu betrachten sind, und daher die Ausgabe der Banknoten so zu erfolgen habe, als wenn es sich um die Ausgabe baren Geldes handele.

Robert Peel hatte, wie in so vielen großen politischen Fragen, auch in der Geldfrage eine Schwankung vollzogen; anfänglich stand er auf dem Boden der Lehre, die der Ricardoschen Doktrin entgegengesetzt war, und allmählich wurde er ein Anhänger der letzteren. In der Sitzung des Unterhauses vom 24. Mai 1819 erklärte er, daß er ursprünglich gegen die Resolution gestimmt habe, die Horner als Präsident des Bullion-Comitees abgegeben habe. Jetzt aber erkläre er, daß er die damals abgegebene Meinung des Bullion-Comitees für die richtige halte: „he conceived them to represent the true nature and laws of our monetary system".[2]

Ausdrücklich gegen Ricardo's Papierwährungspläne sprach Peel in der Sitzung des Unterhauses vom 6. Mai 1844:

---

[1] S. 183. — [2] Peel's Speeches. Vol. I. S. 117.

„Es wird von manchen behauptet, daß, wenn man den Gebrauch von Münze überhaupt aufgäbe und das Prinzip des Ricardo'schen Planes annähme, uneinlösbare Banknoten auszugeben, mit Ausnahme der Noten von sehr hohen Beträgen (300 oder 400 £), die alsdann auch nicht gegen Münze, sondern nur gegen Barren einlösbar sein sollen, dadurch eine Sicherheit gegen die Wirkungen einer Panik, die mit politischen Ursachen zusammenhinge, welche eine große Nachfrage nach Gold hervorrufen, gegeben sei. Ich bezweifle sehr, daß es zweckmäßig ist, solche Vorsichtsmaßregeln gegen eine derartige Möglichkeit zu treffen, und glaube, daß das wirkungsvollste Mittel, dauernd das Vertrauen in den Papierumlauf des Landes zu erhalten, darin besteht, zu verlangen, Goldmünze allgemein für kleine Zahlungen zu brauchen und dafür zu sorgen, daß die Note von gleichem Werte mit der Münze ist, welche sie vertritt."[1]

Sehr charakteristisch für Peel's Anschauungen vom Geldwesen, für seine Gleichstellung von Noten und Geld im Sinne Ricardo's ist die folgende Stelle seiner Rede, wo er eine Definition vom Geld gibt:[2] „Ich muß feststellen, daß, wenn ich das Wort Geld anwende, ich mit diesem Worte sowohl die Münze des Landes meine, als auch die auf Verlangen des Inhabers einlösbaren Banknoten; wenn ich das Wort paper currency gebrauche, meine ich nur solche Banknoten. Ich schließe hierbei nicht Wechsel oder ähnliche Kreditpapiere ein."

Hierauf entwickelte er seine Theorie — die für das Bankgesetz von 1844 die wichtigste Grundlage bildete — daß Banknoten nur in solcher Menge ausgegeben werden dürften, als der Menge an Münze entspräche, welche sie ersetzen sollen:[3]

„Aber wir brauchen keine übermäßige Menge billigeren Kreditpapiers. Wir brauchen nur eine gewisse Menge Papiergeld, die nicht nach ihrem nominellen Betrage fixiert und bestimmt ist, sondern genau eine solche Menge Papier und diese allein, die dem Werte nach der Münze entspricht, welche sie vertritt. Wenn das Papier billiger ist, als die Münze, ist es ein Verlust und kein Vorteil. Dieses System daher, welches für einen dauernden Vorrat von Papiergeld sorgt, das im Werte der

---

[1] Vol. IV. S. 355. [2] Vol. IV. 355. — [3] Vol. IV. 357.

Münze gleich ist, und so im Betrage schwankt, daß es zu allen Zeiten in Münze einlösbar ist, verbunden mit größter Sicherheit in bezug auf die Zahlungsfähigkeit der Ausgeber, ist das System, welches den Vorzug verdient."

Während Robert Peel sich nur teilweise der Ricardoschen Theorie anschließt, sind dagegen andere hervorragende Politiker und Finanzmänner, die ebenfalls für die Prinzipien des Gesetzes von 1844 eintraten, in viel stärkerem Maße von Ricardo beeinflußt; namentlich sind hier zu nennen Lord Overstone, Torrens und Norman.[1]

Lord Overstone erweist sich in allen seinen Zeugenaussagen als der getreue Schüler Ricardos; in den wiederholten parlamentarischen Enquêten von 1833—1857 über die Bankverhältnisse wurde er stets als Zeuge vernommen und er wurde nicht müde, bei seinen Aussagen auf die „Autorität" Ricardo's hinzuweisen. Als er im Jahre 1857 wieder vor dem Ausschusse, der über die Wirkungen des Gesetzes von 1844 beraten sollte, vernommen wurde, faßte er in sechs Sätzen seine Hauptansichten über Geldwesen zusammen; es läßt sich leicht daraus ersehen, wie sehr Overstone in dieser seiner Anschauung durch die dargelegten Ricardo'schen Lehren beeinflußt ist. Die 6 Sätze lauten:[2]

1. Die Versorgung des Landes mit umlaufender Münze sollte gänzlich von ihrem Bankgeschäft getrennt werden, welches darauf beruht, daß mit Geld gehandelt wird, so daß man zu billigem Satze leiht und zu teurem ausleiht.

2. Banknoten müssen als Zeichen oder Stellvertreter der umlaufenden Münze, d. h. des metallischen Geldes des Landes betrachtet werden. Eine 5 £ Note ist tatsächlich ein Zeichen,

---

[1] „The evidence of Mr. Jones Loyd (Lord Overstone) and of Mr. Norman, was an appropriate supplement to Mr. Ricardos evidence before the Bullion Comittee on the resumption of cash payments." R. Torrens, the principles and practical operation of Sir Robert Peels act of 1844 explained and defended. London 1848.

[2] Bank Acts 1857. Part. I. Report and Evidence. S. 328. Die Aussagen Lord Overstones sind besonders erschienen unter dem Titel: „The Evidence given by Lord Overstone before the select committee of the house of commons of 1857 on bank acts London 1858.

das 5 Sovereigns vertritt; und kein Bankier oder Privatmann sollte die Erlaubnis haben, solche Zeichen auszugeben, ebensowenig, wie er die Landesmünze ausgeben darf. Die Noten oder Geldzeichen sollten ausgegeben werden so wie Geld, sei es Kupfer, Silber oder Gold, geprägt wird, unter strengen gesetzlichen Vorschriften, und von einer Autorität, wie der Münze, die durch ein Gesetz eingesetzt und, einer strengen gesetzlichen Vorschrift unterstellt ist.

3. Die Münzen werden in ihrem Werte durch den inneren Wert des Metalles erhalten, aus dem sie hergestellt sind. Die Papiernoten oder Zeichen müssen in ihrem Werte dadurch erhalten werden, daß man sie unter allen Umständen im Betrage den Münzen oder der Metallzirkulation gleich macht, welche sie ersetzen sollen.

4. Das alleinige Vorrecht, Geld zu münzen, sei es Kupfer, Silber, Gold oder Papier, sollte einer einzigen für diesen Zweck allein eingerichteten Behörde, die strenger gesetzlicher Vorschrift unterliegt, übertragen werden. Kein Teil dieses Privileges sollte in irgend einer Form Banken oder Privatpersonen übertragen werden.

5. Alle Gewinne, die aus der Ausgabe von Papierzetteln d. h. Banknoten, die an Stelle gemünzten Geldes treten, sollten dem Staatsschatz und nicht Banken zufließen.

6. Vollkommene Freiheit der Konkurrenz sollte im Bankgeschäft herrschen, das aber völlig getrennt ist von der Tätigkeit der Münzprägung oder der Ausgabe von Papiergeld oder von Geldzeichen d. h. Banknoten, was in der Tat nur eine Art von Münzprägung ist, die einem Mißbrauch besonders leicht ausgesetzt ist, weil die ungehörige Ausgabe von Papiergeld nicht durch den inneren Wert verhindert werden kann, der tatsächlich die Ausgabe von gemünztem Geld reguliert.

Entspricht auch die wichtige praktische Neuerung der Peel'schen Akte — nämlich die Trennung der Bank von England in ein banking und ein issue Departement — nicht einem Projekte Ricardos, so sind doch die Förderer dieser gesetzgeberischen Gedanken, vor allem Lord Overstone und Robert Peel, durch bestimmte Ricardo'sche Theorien von Geldwesen zu diesen Vorschlägen gekommen, so daß man mit

Recht von Peel und Overstone gesagt hat, daß sie praktisch das vollendet hätten, was Ricardo theoretisch begonnen habe.[1]

Neben Lord Overstone sei hier noch George Warde Norman erwähnt, der 36 Jahre lang Direktor der Bank von England war und ebenfalls als eifriger Anhänger und Förderer der Ricardo'schen Geldtheorie auf das Gesetz von 1844 von maßgebendem Einflusse war. Seine Grundanschauungen sind besonders gut ersichtlich aus der eingehenden Information, die er vor der Enquête-Kommission im Jahre 1857 gab. Auch er identifizierte Banknoten mit Geld. „Ich betrachte Banknoten als Geld und ich glaube, daß man Unrecht tut, wenn man die Ausgabe von Geld in die Hände der Personen legt, die gewöhnliche Bankgeschäfte betreiben.[2]

Auf die Frage (2893): „Glauben Sie, daß die Ausgabe von Geld von verschiedenen Bedingungen und von anderen sozialen Gesetzen bestimmt wird, als das gewöhnliche Bankgeschäft?" antwortet Normann: „Ja, ich glaube, daß die Ausgabe von Geld vom Staate in die Hand genommen werden muß, und daß, wenn das Geld ausgegeben ist, dann die Bankiers damit Handel treiben sollen, wie es ihnen gefällt."

In einer folgenden Aussage ist wieder die Vorstellung der currency Schule deutlich sichtbar, als ob die Banknoten nur eine bestimmte Menge Geldes zu vertreten hätten.[3] „Es scheint mir, daß alles, was bei der Ausgabe von Papiergeld erforderlich ist, die Ersetzung eines gleichen Betrages von Münze ist, die sonst an Stelle der Banknoten zirkulieren würden, und wenn dies geschehen ist, ist alles geschehen, was gehindert werden kann.

Wenn dagegen dieses Geschäft den Bankiers anvertraut wird, die sich bei ihren Operationen vom Stande des Geldmarktes und der Zinsrate und anderen Gründen leiten lassen, dann muß gelegentlich eine Tendenz hervortreten, die Ausgabe

---

[1] „The principle of the separation of departements supplied the requisite complements to the theory of currency, as established by Adam Smith and Ricardo." Torrens, Sir Robert Peel's act of 1844, explained and defended. III. ed. S. XI.

[2] Reports and Bank acts 1857. S. 273. — [3] S. 273.

der Noten größer oder geringer zu gestalten, als es der Fall ist, wenn diese Ausgaben nur die Ersetzung einer bestimmten Menge von Münze ist."

Torrens hat in ausführlicher und ausdrücklicher Zustimmung zu den Grundgedanken der Ricardo'schen Geldlehre viel dazu beigetragen, die Auffassung von der Geldnatur der Banknoten zu verbreiten; vor allem in seinem Werke „The principles and practical operation of Sir Robert Peel's act of 1844" — (zuerst 1848 erschienen). Die Frage: „Ist eine Banknote, die auf Verlangen in Münze einlösbar ist, Geld?" beantwortet er unbedingt bejahend:[1] „Eine Note der englischen Bank ist legal tender, solange sie in Münze einlösbar ist; sie ist gleichwertig mit Münze, kann direkt von Hand zu Hand gehen und verrichtet in allen Geschäftszweigen Funktionen, die identisch sind mit denen, welche von der Münze verrichtet werden, welche sie vertritt." Auch alle weiteren Schlußfolgerungen, die Torrens daraus zieht, sind genau im Sinne der currency Schule und so kommt er zu einer unbedingten Rechtfertigung und Verteidigung der Peel'schen Akte von 1844.

Die praktischen Erfahrungen, die mit dem Peel'schen Gesetze gemacht worden sind, haben die Irrigkeit der theoretischen Lehre, auf denen es gegründet ist, klar erwiesen und in ihrer großen Majorität haben die Geld- und Banktheoretiker auch dieses System verurteilt. Dennoch finden sich immer noch vereinzelte Anhänger dieses Systems und der Grundsätze, auf denen es beruht. So wird in dem vielgelesenen Werke von Bagehot „Lombard Street" das englische Banksystem verteidigt und Jevons nennt die Peel'sche Akte von 1844 „ein Meisterstück einer gesunden und geschickten Finanzgesetzgebung."[2]

Unter den namhaften Geldtheoretikern Deutschlands ist besonders Karl Knies zu erwähnen, der in weitgehendem Maße die Ricardo'sche Geldtheorie verteidigt.

Zunächst stimmt Knies mit Ricardo in der Gleichsetzung von Banknoten und Papiergeld überein.

---

[1] III. ed. 1858. S. 3.

[2] Geld und Geldverkehr. Leipzig 1876. S. 321.

„Die Banknote“, sagt Knies,[1] „ist zugleich Geldforderungsschein (Zahlungsversprechen) und Papiergeld (Zahlungsmittel).“ Auf die Papiergeldnatur legt er aber besonderes Gewicht: „als papiernes Zahlungsmittel nimmt die Banknote an den besonderen Leistungen teil, welche dem Papiergeld des Staates zuerkannt werden.“[2]

Und an anderer Stelle: „Wir entscheiden uns ohne Bedenken dafür, daß es der geldartige Gebrauch der Banknoten in der Hand der großen Masse des Volkes ist, welcher heutzutage entschieden überwiegend zu beherzigen ist.[3]

Da Knies aber Banknoten überwiegend als Papiergeld ansieht, dessen Ausgabe dem Staate vorbehalten bleiben müsse, verwirft er auch wie Ricardo die Verquickung von Notenausgabe mit Bankgeschäft und die Ausgabe von Noten durch Banken mit privatem oder halbprivatem Charakter —: „Es ist ein absurder Zusammenhang, daß die Menge der für Papiergeld-Zahlungen im allgemeinen Verkehr bestimmten Scheine sich nach dem Umfang des Kreditbedarfes der besonderen Zahl von Kunden einer Notenbank ändern soll!“[4]

„Der Bedarf des allgemeinen Verkehrs nach einem Gebrauch papierner Zahlungsmittel soll Befriedigung erlangen — und durch eine Notenbank erfolgt eine derartige Befriedigung nicht nach dem Maße jenes Bedarfs, sondern in einem Umfang, wie er durch die Kreditgewährung der Notenbank von ihrem kleinen Kundenkreis bemessen wird.“[5]

Wie Ricardo hält auch Knies die Gewinne aus der Notenausgabe, soweit sie in die Taschen von Privatleuten fließen, für ungerechtfertigt: „Soweit die Notenausgabe geeignet ist, einem einzelnen Personenkreis auf Kosten anderer einen unterdurchschnittlich billigen Kredit oder ausschließliche Nothilfe zu verschaffen; soweit die Note ein Instrument ist, um mit Hilfeleistung des Staates das Geschenk eines zinslosen Darlehns zu erlangen und so eine Ersparnis am Geldaufwand für die Volkswirtschaft

---

[1] Geld und Kredit. II. Abt.: Der Kredit. II. Hälfte. Berlin 1879. S. 455. — [2] S. 450.

[3] Geld und Kredit. I. Abt.: Das Geld. Berlin 1855. S. 384.

[4] Kredit. II. Hälfte. S. 457.

[5] Ebenda. S. 473.

in die Privatkasse einer Einzelunternehmung zu leiten — soweithin muß jede Präsumtion für freies Gewährenlassen als unstatthaft und das Begehren nach den multiplen Leistungen der privaten Konkurrenz als mit dem gemeinen Wohl unverträglich erkannt werden."[1]

Eine Lösung aus dieser Schwierigkeit findet Knies darin, daß man die Papiergeldausgabe ausschließlich dem Staate zu überlassen und daneben nur Kreditgewährung von seiten privater Handelsbanken zulassen soll, aber nie in Form von Notenausgabe.

Das deutsche Reich sollte „Geldscheine" ausgeben, wodurch der ganze Bedarf nach papiernem Zahlungsmittel gedeckt werden müßte; diese Geldscheine sollten ohne Zwangskurs unter den Privaten zirkulieren, an allen öffentlichen Kassen als Zahlungsmittel angenommen und gegen Metallgeld ausgewechselt werden können.

Knies will jedoch diese „Geldscheine" nicht dem „Papiergeld" im gewöhnlichen Sinne anreihen. Es soll sich nicht um eine Maßregel zur Befriedigung eines Anleihebedarfs der Regierung handeln; sondern die Ausgabe der Geldscheine soll sich nach dem im allgemeinen Verkehr des Landes vorhandenen Bedürfnis nach papiernen Zahlungsscheinen richten: „Eine solche Ausgleichung mit dem Bedarf des Landesverkehrs nach Zahlungsscheinen würde weder mit täglicher Veränderung zu rechnen haben, wie sie die stete Schwankung im Bedarf nach Diskontierungen bei der Notenbank hervorruft, noch auf eine so feste Kontingentierung sich stützen, wie sie sich aus der Verursachung der Papiergeld-Emission ergibt. Eine Veränderung in dem andauernden Bedarf mit seinen regulären Oscillationen ist möglich und Vorsorge für sie grundsätzlich zu treffen, aber es ist ja eine Veränderung, die jeweils erst nach längeren Zeitfristen empfindlich werden und dann nach ihrem wohlbemessenen Umfang durch das befugte Organ öffentlicher Gewalt Berücksichtigung finden kann."[2]

[1] Geld. S. 383. — [2] Kredit II. S. 467.

Sechstes Kapitel.

Ricardos Lehre von der auswärtigen Handelspolitik.

Erster Abschnitt.

Darlegung der Ricardo'schen Lehre von der auswärtigen Handelspolitik.

1. Über die Vorteile des freien internationalen Handelsverkehrs.

Ricardo's Stellung zum auswärtigen Handel ist bedingt durch die Vorfrage: wie wirkt der auswärtige Handel auf die Güterpreise ein? Denn für ihn war der für die Volkswirtschaftspflege entscheidende Gesichtspunkt der, daß den Konsumenten die Waren möglichst billig geliefert werden sollten. Natürlich müsse auch dem Kapitalisten ein Gewinn für seine Tätigkeit zufallen, und Ricardo hält einen ausreichenden Kapitalgewinn für den besten Ansporn zur Kapitalbildung und in weiterer Folge zu immer reichhaltigerer und billigerer Produktion; aber dieser Kapitalgewinn soll doch nicht auf Kosten der Konsumenten ein übermäßig hoher sein.

Wie Ricardo eine übermäßige Höhe des Kapitalgewinns unter Umständen sogar durch staatliche Maßregeln verhindern wollte, so warf er auch die Frage auf, ob die Gefahr nicht bestände, daß durch den auswärtigen Handel der Kapitalgewinn erhöht und dadurch eine Steigerung der Preise der Inlandswaren herbeigeführt würde.

Wie wir im vierten Kapitel dieses Werkes gesehen haben, verneint Ricardo diese Frage: er hält eine Erhöhung des allgemeinen Kapitalgewinnsatzes infolge des auswärtigen Handels für ausgeschlossen, und damit die Gefahr

der Preissteigerung der Waren für nicht vorhanden. Die einzige mögliche Erhöhung des Kapitalgewinns infolge des auswärtigen Handels betrachtet Ricardo als wohltätig: wenn nämlich der auswärtige Handel zu billigerem Getreide verhilft, so kann infolge des durch den billigeren Getreidepreis bewirkten Sinkens des Arbeitslohns ein Steigen des Gewinns erfolgen.

Wohl aber hat nach Ricardo ein ausgedehnter auswärtiger Handel eine andere Folge: er kann infolge der verbesserten Arbeitsteilung zur Vermehrung der Güter des Landes beitragen. Von diesem Gesichtspunkt der internationalen Arbeitsteilung aus betrachtet Ricardo besonders die Vorteile des auswärtigen Handels: gerade wie die nationale Arbeitsteilung zu verbesserter und verbilligter Güterherstellung dadurch führt, daß die individuellen Kräfte und Talente am besten ausgenutzt werden, so soll durch die internationale Arbeitsteilung eine große Vermehrung der Produktion entstehen infolge der Verteilung der einzelnen Produktionszweige auf die Länder, die ihrer Natur, ihrer Lage, ihrem Volkscharakter usw. entsprechend für den betreffenden Erwerbszweig die geeignetsten sind.

In folgenden Worten preist er die segensreichen Folgen eines freien auswärtigen Handelsverkehrs:[1] „Unter einem System vollkommener Handelsfreiheit widmet jedes Land sein Kapital und seine Arbeit denjenigen Erwerbszweigen, welche für dasselbe am vorteilhaftesten sind. Diese Verfolgung des eigenen Vorteils ist wunderbar verknüpft mit dem allgemeinen Wohle der Gesamtheit. Durch Aufmunterung der Gewerb- und Betriebsamkeit, durch Belohnung des Talents, und durch wirksamste Ausnutzung der eigentümlichen Kräfte, welche die Natur darbietet, verteilt sie die Arbeit am wirksamsten und wirtschaftlichsten; während sie durch Vermehrung der Gütermenge den allgemeinen Wohlstand erhöht und durch ein gemeinsames Band des Interesses und des Verkehrs die universelle Gemeinschaft aller Völker innerhalb der ganzen zivilisierten Welt umschließt.

---

[1] Princ. 75 (105).

Dieses Grundgesetz ist es, welches bestimmt, daß in Frankreich und Portugal Wein bereitet, in Amerika und Polen Getreide gebaut und in England Eisen und Stahlwaren und andere Güter verfertigt werden."

Das Gesetz, welches für die Wertbildung der Güter im Inlande gilt, gilt nicht für die Güter, die man vom Auslande eintauscht.

Während nach Ricardo das Erzeugnis der Arbeit von 100 Engländern stets nur für ein anderes Erzeugnis der Arbeit von 100 Engländern ausgetauscht werden kann, sei es leicht möglich, daß das Erzeugnis der Arbeit von 80 Engländern z. B. gegen das Erzeugnis der Arbeit von 100 Portugiesen ausgetauscht werden könnte. Dies rührt daher, daß die einzelnen Nationen gewisse Tätigkeiten und Erwerbszweige haben, in denen sie, sei es durch natürliche Verhältnisse oder durch die Ausbildung ihrer nationalen Eigenart besondere Vorzüge besitzen; auch sei dieser Unterschied nicht dadurch ausgeglichen, daß Kapital aus dem Lande mit geringerer Leistungsfähigkeit in die Länder mit größerer Leistungsfähigkeit ströme. Denn so leicht es für die Kapitalien sei, im Inlande aus einer Gegend in die andere, und aus einem Gewerbe in das andere zu strömen, so schwierig sei das beliebige Abströmen der Kapitalien in das Ausland. Dazu kommt — nach Ricardo — daß diese Übersiedlung von Kapitalien häufig mit der Übersiedlung der Kapitalbesitzer in die fremden Länder verbunden sein müßte; die natürliche Abneigung der Menschen, sich fremden Sitten und Gesetzen unterzuordnen, sei aber sehr groß, und Ricardo wünschte nicht, daß dieses Gefühl eine Abnahme erführe.

Unter diesen Umständen können die einzelnen Länder die nationalen Vorteile, die sie selbst besitzen, zugleich mit den nationalen Vorzügen der anderen Länder genießen, wenn sie in einem freien Handelsverkehr mit den anderen Ländern stehen.

Da das Kapital selbst keinen Ortswechsel vornehmen kann, muß wenigstens durch das Hin- und Herwandern der vermittelst der Kapitalien erzeugten Waren die für alle am Handelsverkehr beteiligten Länder größte Wirksamkeit hervorgerufen werden.

Ricardo erläutert seine handelspolitische Theorie, indem er gewisse Handelsbeziehungen zwischen Portugal und England zugrunde legt.

England braucht zur Herstellung einer gewissen Menge Tuch 100 Arbeitseinheiten während eines Jahres — für Herstellung einer gewissen Menge Weines 120 Arbeitseinheiten.

Portugal dagegen braucht zur Gewinnung des Weins nur 80 Arbeitseinheiten und für die Verfertigung des Tuchs 90 Arbeitseinheiten.

In diesem Falle wäre es für England vorteilhaft, Tuch nach Portugal zu exportieren und von Portugal Wein zu importieren.

Umgekehrt wäre es für Portugal vorteilhaft, Wein nach England zu senden und dafür Tuch aus England zu beziehen.

Dieser Handel wäre für Portugal vorteilhaft, obwohl das aus England eingeführte Tuch in England das Produkt von 100 Arbeitseinheiten, in Portugal dagegen nur das Produkt von 90 Arbeitseinheiten ist; und zwar deshalb, weil es für Portugal vorteilhafter wäre, sein Kapital auf die Weinproduktion zu verwenden, worin es England mehr überlegen ist, als in der Tuchproduktion.

Doch hier erhebt sich eine neue Schwierigkeit: Wenn auch nach den in den englischen und portugiesischen Waren enthaltenen Arbeitsquantitäten ein Austausch zwischen beiden Ländern vorteilhaft wäre, erlaubt auch der Stand der Geldpreise in beiden Ländern und der Stand der in den Ländern vorhandenen Geldmittel einen solchen Verkehr? Hier aber hilft sich Ricardo mit seiner Geldtheorie, die ich im vorigen Kapitel ausführlich dargelegt habe: der Geldwert und die Geldmenge regulieren sich von selbst nach den Handels- und Verkehrsbedürfnissen der betreffenden Länder. Wenn erst einmal Gold und Silber zu einem allgemeinen Umlaufsmittel geworden wären, so würde schon die Konkurrenz unter den verschiedenen Ländern dafür sorgen, daß das Gold so unter die Länder verteilt wäre, wie es sich dem „natürlichen Verkehr“ anpassen müsse, so daß schließlich der Verkehr sich ebenso einfach und glatt vollzöge, als ob es gar keine metallenen Umlaufsmittel gäbe, sondern als ob reiner Tauschhandel stattfände.

Ricardo setzt voraus, daß die Arbeitseinheiten auch zu den gleichen Geldpreisen bewertet werden — aber in den von Ricardo angeführten Beispielen soll es für Portugal sogar vorteilhaft sein, aus England Tuch einzuführen, obwohl die Herstellung einer bestimmten Tuchquantität in Portugal nur 90 Arbeitstage, in England dagegen 100 Arbeitstage kostet.

Wie können also 100 englische Arbeitseinheiten gegen 90 portugiesische Arbeitseinheiten ausgetauscht werden? Um dies zu erklären, nimmt Ricardo eine Preisverschiebung in beiden Ländern an und zwar soll diese Preisverschiebung eine Folge von Veränderungen in der Geldmenge der beiden Länder sein.

Ricardo erklärt: „Durch die Ableitung von Geld aus einem Lande und die Anhäufung desselben in einem anderen, wird der Preis aller Güter betroffen und zur Ausfuhr von viel mehr Gütern neben dem Gelde ermuntert."

Auf den konkreten Fall angewendet: Die große portugiesische Weinausfuhr, für welche zunächst noch kein Gegenwert in englischer Ware vorhanden ist, bewirkt große Geldsendungen Englands nach Portugal — dies bewirkt also wieder eine Verringerung der Geldmenge in England und damit natürlich Verbilligung aller Güterpreise in England, darunter auch des englischen Tuches; infolge des Herabgehens des englischen Preisniveaus wird es dann erreicht, daß die englischen Arbeitseinheiten entsprechend billiger werden, als die portugiesischen und nun ist auch die Ausfuhr der so verbilligten Tuchquantitäten nach Portugal möglich.

Sind aber die Voraussetzungen für einen vorteilhaften Ausfuhrhandel nicht mehr gegeben, so werden auch die Geldverhältnisse sich so verschieben, daß die Ausfuhr aufhört. Ricardo nimmt z. B. an, daß England in der Weinproduktion solche Fortschritte machte, daß es nicht mehr Vorteil brächte, Weine einzuführen. Die Folge wäre, daß ein großer Teil des englischen Kapitals auf die Weinproduktion verwendet und aus der Tuchproduktion herausgezogen würde. Die Folge dieser vermehrten Kapitalverwendung wäre Verbilligung des Weines in England; infolge davon würde kein Wein mehr aus Portugal bezogen und Portugal müßte in barem Gelde zahlen. Dies

würde wieder eine derartige Geldvermehrung in England hervorrufen, daß die Preise aller Güter, auch des Tuches, in die Höhe gingen — infolge davon würde die Einfuhr englischen Tuches für Portugal nicht mehr vorteilhaft sein.

Kurz faßte Ricardo die Vorteile des Freihandelssystems einmal so zusammen, indem er A. Smith's Ansicht als die allein richtige hinstellt:[1] „Smith hat gezeigt, daß, wenn jedem Lande gestattet ist, die Erzeugnisse seiner Tätigkeit, wann und wo es ihm gefällt, frei umzusetzen, die beste Verteilung der Arbeit der Welt erzielt und der größte Überfluß an den notwendigen und angenehmen Genüssen des Lebens gesichert wird."

„Wie es einem einzelnen Konsumenten," sagt Ricardo an anderer Stelle,[2] „nachteilig ist, bei seinen Einkäufen auf einen einzigen Laden angewiesen zu sein, ebenso ist es für eine Nation von Konsumenten nachteilig, gezwungen zu sein, von einem einzigen Lande zu kaufen. Wenn der Laden oder das Land die gewünschten Güter am billigsten gäbe, können sie sicher sein, sie auch ohne ein solches Privilegium zu verkaufen; und wenn sie dieselben nicht billiger verkauften, so würde das allgemeine Interesse verlangen, daß sie nicht ermuntert würden, einen Handel fortzusetzen, den sie nicht mit dem gleichen Vorteile, wie andere, führen könnten. Der Laden oder das verkaufende Land könnten bei einer Änderung des Geschäfts verlieren, aber der allgemeine Vorteil ist niemals so völlig gesichert, als bei der produktivsten Verteilung des allgemeinen Kapitals, das heißt bei allgemeinem Freihandel."

Auch im Parlamente ist Ricardo wiederholt für seine freihändlerischen Prinzipien eingetreten; so z. B. in der Sitzung des Unterhauses vom 16. Dezember 1819, als über „the distress of the country" verhandelt wurde. Ricardo erwähnte zuerst die Getreidezölle und fuhr dann fort:[3] „Eine zweite Ursache entstand aus den Fesseln, die dem Handel auferlegt sind, den Erschwerungen der Einfuhr fremder Waren, wenn dieselben tatsächlich besser und billiger sind, als unsere. Dies war im Sinne einer Vergeltung geschehen, aber ich behaupte, daß, welche

1 princ. 204 (306). — 2 princ. 207 (311).
3 Hansard, Parliamentary Debates Vol. XLI.

Richtung auch die Politik anderer Völker einschlägt, das Interesse unseres Volkes ein anderes ist: wo immer wir die Gegenstände, die wir brauchen, am billigsten bekommen können, dahin sollten wir gehen; und wo immer sie am billigsten sind, da ist auch die Industrie am ausgedehntesten und das darin angelegte Kapital am größten."

Ricardo hält die Wahrheit dieser Sätze für so einleuchtend, daß er prophezeit, es würden alle Länder allmählich zum Freihandelssystem übergehen.[1] „Dies sind Grundsätze, welche nicht weit genug verbreitet, noch allgemein genug in der Praxis angenommen werden können; aber wenn fremde Nationen nicht genügend aufgeklärt sind, um dieses liberale System anzunehmen, und ihre Einschränkungen und hohen Zölle gegenüber der Einfuhr unserer Waren fortsetzen sollten, dann soll England ihnen ein gutes Beispiel geben, indem es sich selbst Vorteil verschafft; und anstatt seine Zölle durch ähnliche Behinderungen zu erwidern, soll es suchen, sobald als möglich jede Spur eines so törichten und schädlichen Systems aufzugeben.

Der finanzielle Vorteil, der sich aus einem solchen System ergeben würde, würde bald die anderen Staaten veranlassen, denselben Weg einzuschlagen, und es würde keine lange Zeit vergehen, bis man einsieht, daß die allgemeine Wohlfahrt am besten dadurch gefördert wird, daß jedes Land natürlicher Weise die vorteilhafteste Anwendung seines Kapitals, seines Talents und seines Fleißes vornimmt."

2. Über die Getreidehandelspolitik im besonderen.

Außer in seinen „Principles" hat sich Ricardo auch in seinen kleinen Schriften „Essay on the influence of a low price of corn on the profits of stock" (1815) und „On protection to agriculture" eingehend über seine handelspolitischen Meinungen geäußert. Diese Schriften sind auch insofern interessant, als daraus hervorgeht, daß Ricardo in seiner realpolitischen Betrachtung der Zollfragen nicht den abstrakt-freihändlerischen

[1] Proposals S. 408.

Standpunkt einnimmt, den er bei seinen allgemeinen theoretischen Auseinandersetzungen vertritt.

Diese Broschüren sind ferner nur deswillen von Interesse, weil wir daraus entnehmen, daß Ricardo weit davon entfernt war, bei seiner Empfehlung des Freihandels in Getreide eine Entwicklung Englands zum Industriestaat fördern zu wollen: er war vielmehr der Meinung, daß auch in Zukunft nur ein kleiner Teil des englischen Getreidebedarfs vom Auslande gedeckt werde; er wollte nur nicht eine weitere Ausdehnung des Getreidebaus auf immer schlechteren Bodenklassen begünstigen.

Die besonderen Gründe, die Ricardo — abgesehen von seinen allgemeinen Freihandelsgrundsätzen — gegen Einfuhrzölle auf Getreide geltend macht, hängen mit seiner Theorie der Verteilung des Volkseinkommens zusammen.

Es scheint ihm klar, daß, wenn keine Getreideeinfuhr stattfindet, das betreffende Land in fortschreitendem Maße gezwungen sei, zu immer ungünstigeren Bodenklassen überzugehen, um die vermehrte Bevölkerung zu ernähren; damit hätte die Rente auf den besseren Ländern immer mehr die Tendenz, zu wachsen.

„Ein höherer Preis wird nötig sein, um für die geringere Menge [die auf den schlechten Böden geerntet wird], zu entschädigen; aber dieser höhere Preis darf niemals als etwas Günstiges betrachtet werden. Er könnte nicht existiert haben, wenn derselbe Ertrag mit weniger Arbeit hätte erzielt werden können; er hätte nicht existiert, wenn wir, durch die Verwendung der Arbeit in der Industrie indirekt das Getreide durch den Export dieser Industriewaren gegen Getreide gewonnen hätten. Ein hoher Preis, sobald er durch hohe Kosten verursacht ist, ist ein Übel und nichts Gutes; der Preis ist hoch, weil eine große Menge Arbeit darauf verwandt wurde, das Getreide zu erzeugen.

Wenn nur wenig Arbeit darauf verwandt worden wäre, würde mehr von der Arbeit des Landes, welche seine einzige wirkliche Quelle des Wohlstandes darstellt, zur Verfügung gestanden haben, um andere Annehmlichkeiten, die wünschenswert sind, zu verschaffen.[1]

[1] On protection. S. 461.

Den Einwand, daß durch die Getreidezufuhr vom Auslande das Inland in zu große Abhängigkeit vom Auslande käme, — was z. B. in Kriegszeiten gefährlich werden könnte, will Ricardo nicht gelten lassen, weil es im eigensten Interesse der getreideexportierenden Länder läge, die gewohnte Ausfuhr nicht ins Stocken geraten zu lassen: „Wenn wir ein regelmäßig einführendes Land würden, und die Ausländer fest auf eine Nachfrage seitens unseres Marktes rechnen könnten, würde viel mehr Boden in den Getreideländern mit Rücksicht auf die Ausfuhr angebaut werden.

Wenn wir den Wert des Getreidekonsums von nur wenigen Wochen in England betrachten, so könnte der Exporthandel keine Unterbrechung erfahren, wenn der Kontinent uns mit einer einigermaßen beträchtlichen Menge Getreide versorgte, ohne die allerverderblichste Not im Handel, eine Not, die kein Fürst und keine Vereinigung von Fürsten über ein Volk verhängen würde; und wenn sie die Absicht hätten, wäre das Volk nicht dafür zu haben. . . .

Das ungeheure Kapital, welches auf dem Boden angelegt wurde, könnte nicht plötzlich zurückgezogen werden, und unter solchen Umständen nicht ohne ungeheuren Verlust; außerdem würde der Überfluß auf ihren Märkten den Wert unter jedes zu berechnende Maß senken. Das Ausbleiben der Gewinne, welche bei allen kaufmännischen Unternehmungen wesentlich sind, würde eine weit ausgedehnte Krise hervorrufen, welche, wenn das Land sie geduldig ertrüge, es unfähig machen würde, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen."[1]

Ricardo untersucht hierauf im einzelnen die Folgen der Getreidezölle, und zwar sowohl der festen, wie der beweglichen Getreidezölle.[2]

a) Feste Getreidezölle.

Schutzzölle auf die Einfuhr von Getreide, meint Ricardo, gehen von dem Gedanken aus, daß das Getreide im

---

[1] Influence 382.

[2] Vgl. dazu Diehl, Über die Frage der Einführung beweglicher Getreidezölle beim Ablauf der bestehenden Handelsverträge. Jahrb. für Natök. 1900. I. S. 305 ff.

Auslande billiger erzeugt wird, als im Inlande, und zwar um den Betrag des Zolles, und daß, wenn Zölle nicht da wären, das fremde Getreide eingeführt würde. Wenn nun in dem zollgeschützten Lande reichliche Ernten eintreten (d. h. Ernten, die über das jährliche Erzeugnis, das hinreicht, um die inländische Bevölkerung zu ernähren, hinaus noch großen Überschuß für die Ausfuhr ergeben), so kann das überschüssige Getreide erst exportiert werden, wenn der Preis des ausländischen Getreides um den vollen Betrag des Zolles und um die Ausfuhrkosten gefallen ist; denn bei der Annahme, daß der Preis des ausländischen Getreides um den vollen Zollsatz geringer ist, als der inländische, ist ein Wettbewerb erst möglich, wenn der inländische Getreidepreis die geschilderte Verkürzung erfahren hat. Anders unter dem Freihandelssystem: hier könnten die Preise nicht wesentlich mehr differieren, als um die Versendungskosten, und wenn in einem Lande eine besonders reichliche Ernte eintritt, so verursacht dies zunächst einen kleinen Preisrückgang, der aber sofort durch den Verkauf des überschüssigen Getreides ausgeglichen wird. Aber unter einem Schutz- oder Prohibitivzoll muß der Sturz des Getreidepreises infolge einer oder mehrerer reichlicher Ernten für den Landwirt ruinös wirken, bevor er sich durch Export schadlos halten kann.

b) Bewegliche Getreidezölle.

Hier sind die üblen Folgen des Schutzzolles in noch stärkerem Grade vorhanden. Einmal ist derselbe Mißstand vorhanden, wie beim festen Zolle; denn wenn die Einfuhr — wie es unter der damals bestehenden Gesetzgebung der Fall war — verboten ist, bis der Preis auf 80 sh steht, so ist die Folge, daß der inländische Preis sich bedeutend über den ausländischen erhebt; treten dann reichliche Inlandsernten ein, so ist ein Export des überschüssigen Getreides erst möglich nach einem Preissturze, der so bedeutend ist, daß der Preis bis unter das Niveau der ausländischen Getreidepreise herabgeht. Dazu kommt aber noch ein zweiter Übelstand, der dem festen Zoll nicht anhaftet: sobald nämlich der Durchschnittspreis die Höhe von 80 sh erreicht hat, sind die Häfen offen

für die Einfuhr von Getreide für 3 Monate ohne jeden Zoll; infolgedessen wird zweifellos ein Ansporn gegeben, sobald dieser Getreidepreis erreicht ist, eine ungeheure Masse Getreide zollfrei einzuführen. Dies kann aber geradezu verderblich für die einheimische Landwirtschaft werden, denn durch die Schutzzölle sind die Landwirte in der Lage, auch schlechtere Bodenklassen mit hohen Kosten zu bebauen; gerade dann aber, wenn eine außergewöhnlich kleine Ernte eintritt und er daher auf hohe Getreidepreise angewiesen ist, ist er dem enormen Zuflusse des auswärtigen Getreides gegenüber nicht in der Lage, diese Preise aufrecht zu erhalten; diese ruinöse Preisgestaltung wird im System des festen Zolles vermieden.

Trotz alledem ist Ricardo kein unbedingter Gegner der Getreidezölle; als eine vorübergehende Maßregel hält er sie unter Umständen für nützlich. „Es muß", so sagt er einmal,[1] „aber nicht angenommen werden, daß, um dieser Schwierigkeit zu entgehen, die Einfuhr des Getreides zu allen Zeiten ohne Zoll erlaubt werden sollte; dies ist unter keinen Umständen der Weg, den ich einzuschlagen empfehle."

Und in einem Briefe an John Sinclair sagt er:[2] „Erst das Kapital durch ein Monopol verlocken, sich der Landwirtschaft zuzuwenden, und dann es aufzuheben, würde den Ruin der Landwirte zur Folge haben."

Ricardo empfiehlt den Getreidezoll im Hinblick auf die besonderen Lasten, die auf der Landwirtschaft ruhten. „Die Landwirte sind einigen besonderen Steuern unterworfen, z. B. Zehnten, einem Teil der Armensteuer und vielleicht einer oder zwei anderen Steuern, die alle den Preis des Getreides und anderer Rohstoffe, entsprechend diesen besonderen Lasten, zu erhöhen streben. In dem Grade nun, als diese Steuern den Getreidepreis erhöhen, sollte auch ein Zoll auf die Einfuhr gelegt werden.

Wenn der Getreidepreis aus diesem Grunde um 10 sh per Quarter erhöht würde, sollte ein Zoll von 10 sh auf die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden, und eine

---

[1] On protection. S. 480. — [2] B. W. III. S. 111.

Ausfuhrvergütung in demselben Betrag sollte bei der Getreideausfuhr gewährt werden."[1]

Immer aber wieder betont Ricardo seine Forderung, daß dieser Zoll ein fester sein müsse, und in dieser Hinsicht stimmt er vollkommen mit dem Ergebnis der Untersuchung des Committee on Agricultural Distress vom Jahre 1821 überein, welches in der Einleitung zu seinem Report über die Frage der veränderlichen Zölle folgendes bemerkt:[2] „Wenn die Verhältnisse dieses Landes es hiernach erlauben sollten, daß der Getreidehandel immerwährend der ganzen Welt geöffnet wäre, aber einem solchen festen und einheitlichen Zolle unterworfen, der dem britischen Landwirte die Differenz zwischen den Kosten, die er für die Erzeugung des Getreides und die Zumarktebringung hat, samt einer billigen Verzinsung seines Kapitals — und den Kosten, die das auswärts gebaute und von dort eingeführte Getreide verursacht, vergütet —, so würde ein solches System in vieler Hinsicht einer Einrichtung von Anordnungen vorzuziehen sein, die vom Durchschnittspreise abhängt nebst auf- und absteigenden Zollskalen; weil es die Wirkungen der Abmachungen und Spekulationen verhindern würde, die darauf abzielen, diese Durchschnittspreise zu erhöhen oder herabzudrücken, und jene Ungenauigkeiten nur noch ganz unwesentlich ermöglichte, die aus Absicht oder aus Vernachlässigung gelegentlich solche schädlichen Wirkungen auf unserem Markt hervorgebracht haben und sie wieder hervorbringen könnten."

So wenig Ricardo mit dem im Report vertretenen Grundsatze einverstanden ist, nach welchem die Höhe des Zolles bemessen werden soll, da hierdurch nach seiner Ansicht eine zu hohe Belastung des einheimischen Konsums entstünde, so sehr stimmte er mit dem Grundsatze des festen Zolles überein. Diesen Zoll befürwortete er auch angesichts der damals herrschenden landwirtschaftlichen Notlage, die er unbedingt anerkannte.

Besonders seine Tätigkeit als Mitglied des erwähnten parlamentarischen Ausschusses hatte ihn über vieles aufgeklärt; so

---

[1] On protection. S. 469. — [2] Report of 1821. S. 16.

schrieb er einmal an seinen Freund Trower[1] „Ich habe angestrengt in dem landwirtschaftlichen Ausschusse gearbeitet und ich hoffe auch nicht ohne Erfolg in bezug auf die Aufklärung fehlerhafter Prinzipien. Wir hatten viele Pächter vorgeladen, die ein trauriges, aber, wie ich glaube, wahres Bild von dem großen Umfange der Not gaben."

Was die Ursache der damaligen landwirtschaftlichen Notlage anlangt (1821), so findet Ricardo diese in den ungenügenden Preisen der agrarischen Produkte. Diese niedrigen Preise seien aber nicht verursacht durch die Geldverteuerung infolge der Peel'schen Akte von 1819; die Werterhöhung des Geldes schätzt Ricardo auf höchstens 10%; in diesem Verhältnis sei höchstens die Preiserniedrigung des Getreides der Valutaänderung zuzuschreiben;[2] der Preisrückgang sei im übrigen völlig durch den großen Vorrat von Getreide verschuldet, der den Bedarf weit übersteige. Dieser große Vorrat rühre von einer Aufeinanderfolge guter Ernten, der vermehrten Einfuhr aus Irland und der Vermehrung des Ackerbaues her, die durch die hohen Preise und die Hindernisse, welche der Einfuhr während des Krieges entgegenstanden, verursacht gewesen sei.[3]

In Rücksicht auf die durch die niedrigen Preise erzeugte Notlage macht Ricardo folgenden Vorschlag:[4] dem englischen Landwirte soll ein Monopol des heimischen Marktes gegeben werden, bis der Preis des Weizens 70 sh pro Quarter erreicht habe. Sei dieser Preis erreicht, so soll weiter keine Preisfestsetzung und auch kein System von Durchschnittspreisen mehr aufrecht erhalten werden, sondern ein fester Zoll von 20 sh pro Quarter auf die Einfuhr des Weizens und im Verhältnis dazu für das übrige Getreide festgesetzt werden. Dieser Zoll von 20 sh solle jedes Jahr um 1 sh reduziert werden, bis er 10 sh erreicht habe; ebenso solle eine Ausfuhrvergütung von 7 sh pro Quarter für die Ausfuhr von Weizen festgesetzt werden. Diese beiden letzten Maßregeln sollen dauernde sein; durch den Zoll von 10 sh würde die Landwirtschaft für alle besonderen Lasten, die auf ihr ruhen, entschädigt.

---

[1] B. W. III. S. 148. — [2] On protection. S. 471. — [3] Ebenda S. 492. — [4] Ebenda S. 492.

V

Auch in seiner parlamentarischen Tätigkeit hatte Ricardo (er gehörte von 1820—1823 dem house of commons an) mehrfach Gelegenheit, diese Anschauung zu vertreten. — Für opportunistische Getreidezollpolitik sprach er sich namentlich in seiner Rede am 30. Mai 1820 bei Beratung der landwirtschaftlichen Notlage aus.[1] „Der Fehler, der 1815 begangen wurde, war, daß das Korngesetz zu einem dauernden gemacht wurde; es hätte eine zeitweilige Maßregel sein müssen und aufhören sollen, sobald die bestehenden Pachtverträge abgelaufen waren und die Pächter imstande waren, neue Abmachungen mit dem Grundherrn zu treffen. Es gibt viele Maßregeln, die zweckmäßigerweise selbst im Gegensatze zu allgemeinen Grundsätzen für eine bestimmte Zeit und unter den Erfordernissen des Augenblicks vorgenommen werden können, aber das Parlament sollte immer für eine Rückkehr zu dem guten System sorgen."

Bei Besprechung des Antrages Gooch auf Einsetzung eines Komitees zur Untersuchung der landwirtschaftlichen Notlage am 7. März 1821 kam Ricardo ausführlich auf die Frage zurück und sagte:[2] „Wenn die Landwirte nachweisen, daß sie einige besondere Steuern zu tragen haben, welche Gewerbetreibende nicht zahlen, dann sollte ihnen auch unzweifelhaft ein Zoll bis zu diesem Betrage gewährt werden; und nicht allein dies, es sollte auch eine Ausfuhrvergütung bis zu diesem Betrage gestattet werden. Das große Prinzip, dem sie zustreben müßten, sei, den Preis ihres Getreides so sehr als möglich dem Preise anzunähern, den es in anderen Ländern habe.

Dann wendet er sich scharf gegen die veränderlichen Zölle: „Das Mitglied für Cumberland hat mit großer Berechtigung und Wahrheit mitgeteilt, daß viele Jahre hindurch eine Überfülle von Getreide in das Land gekommen sei, stets wenn der Preis sich über 80 sh erhoben hätte. Diese Tatsache bestätige die Einwände welche gegen Schutzzölle auf diese Gegenstände geltend gemacht werden . . . Er glaube, daß ein dauernder Zoll auf die Einfuhr eine viel weisere Maßregel sei als die, welche vor-

[1] Hansard, Parl. Deb. New S. Vol. 5, S. 673.
[2] Hansard, Parl. Deb. New S. Vol. 4, S. 1155 ff.

geschlagen und verteidigt werde. Gebt ihnen lieber einen sicheren Zoll von mäßiger Höhe, der die Tendenz haben soll, einen nicht allzu veränderlichen Getreidepreis zu bewirken. Das System von Zöllen, die steigen sollen, wenn der Getreidepreis fällt, und fallen, wenn der Getreidepreis steigt, könne er nicht für ein sehr kluges halten. Was wäre die Lage des Landwirts, wenn ein solches System eingeführt würde? Angenommen, der Landwirt hat in einem Jahre mit den Schwierigkeiten einer kleinen Ernte zu kämpfen, dann hofft er natürlich, sich im nächsten Jahre schadlos zu halten; aber die Annahme dieser Zölle würde ihm diese Hilfe für sein Mißgeschick rauben."

Nachdem Ricardo bereits in der Sitzung am 18. Februar 1822 unter lautem und allgemeinem Beifall, wie Hansard berichtet,[1] für zeitweilige Schutzzölle plädiert hatte, ohne deren Höhe zu fixieren, machte er in der Sitzung vom 29. April desselben Jahres die folgenden positiven Vorschläge:[2]

1. Sobald der Durchschnittspreis des einheimischen Weizens 65 sh übersteigt, soll das unter Zollverschluß lagernde fremde Getreide hereingelassen werden zu einem Zollsatze von 15 sh pro Quarter Weizen etc.

2. Wenn der Preis 70 sh übersteigt, soll der Getreidehandel dauernd frei sein, jedoch zu folgendem Zollsatz: Weizen 20 sh etc.

3. Nach Ablauf eines Jahres soll dieser Zoll um 1 sh gekürzt werden.

4. Dieselbe Verminderung des Zolles soll in jedem folgenden Jahre vorgenommen werden, bis der Zoll auf Weizen 10 sh beträgt, auf welchem Satze der Zoll fortan fixiert bleiben soll.

5. Eine Ausfuhrvergütung von 7 sh pro Quarter Weizen etc. soll gewährt werden.

Diese von ihm vorgeschlagene Maßregel verteidigt er nochmals gegenüber den Nachteilen der veränderlichen Zölle in der Sitzung am 7. Mai 1822:[3] „Nehmen wir an, der

[1] Hansard, Parl. Deb. New S. Vol. 6, S. 486.
[2] Hansard, Parl. Deb. New S. Vol. 7, S. 261.
[3] Hansard, Parl. Deb. New S. Vol. 7. S. 418.

Pächter hat schlechte Ernten und sein Getreide steigt infolgedessen im Preise; gerade in dem Moment aber, wenn er den Vorteil dieses Umstandes ausnutzen will, werden die Häfen geöffnet und Getreide kommt in übergroßer Menge ins Land. Wenn sein Vorschlag eines Zolles von 10 sh und einer Ausfuhrvergütung von 7 sh angenommen würde, so hielte er es für unmöglich, daß der Weizenpreis in diesem Lande wesentlich höher sein könnte, als der anderer Länder. Wenn hier reichliche Ernten vorkämen, so fände der Pächter in der Ausfuhr seine Abhilfe." —

Soweit Ricardo für Freihandel oder wenigstens für gemäßigten Freihandel in Getreide eintrat, so tat er dies nicht in der Meinung, daß dadurch der Übergang Englands zu einem Industriestaate gefördert werden sollte; in der Sitzung am 9. Mai 1822 wurde die Frage behandelt, ob England endgültig im Übergang zum Industriestaat begriffen sei — hierzu bemerkte Ricardo:[1]

„Das Mitglied für Corfe-castle hatte gefragt, ob unsere Pächter und Gewerbetreibenden und unsere Bauern in Mechaniker verwandelt werden sollten? Aus dieser Frage müßte ein Fremder, der dieses Haus betreten hätte, geschlossen haben, daß soeben ein Antrag gestellt sei, unsere Häfen zu öffnen und sofort unsere ganze Politik zu ändern .... Aber wenn er doch ein Monopol für den Landwirt bis zu 70 sh und einen Zoll von 20 sh beim ersten Öffnen der Häfen und eine stufenweise Verminderung auf einen festen und dauernden Zoll von 10 sh vorgeschlagen hätte, könne man da in Wahrheit sagen, daß er einen Plan vorgelegt hätte, das Kapital des Landes vom Ackerbau auf die Gewerbe zu übertragen? Es sei sehr richtig von einem Mitgliede bemerkt worden, daß es ganz unmöglich wäre, die Richtung unseres Kapitals in dieser Weise zu verändern. — Die Sicherheit dagegen müsse in der Notwendigkeit gefunden werden, unser eigenes Getreide zu bauen — eine Notwendigkeit, die uns immer davor bewahrt, zu sehr ein Manufakturstaat zu werden."

Immer wieder betont Ricardo, daß nur die schlechten Bodenklassen durch die freie Getreideeinfuhr außer Anbau

[1] Hansard, ebendort S. 457.

kommen könnten, daß aber nicht das landwirtschaftliche Gewerbe selbst irgendwie geschädigt würde —: „Aus allen Zeugenaussagen vor dem Agricultural-Committee geht hervor, daß keine sehr große Menge Getreide vom Auslande zu erhalten sei, ohne ein erhebliches Steigen des Verkaufspreises des Getreides in den fremden Ländern zu bewirken.

In Hinsicht der Menge, welche aus dem Innern Polens und Deutschlands käme, würden die Kosten durch die Ausgabe für den Landtransport sehr vermehrt. Um einen größeren Vorrat zu liefern, würden auch diese Länder genötigt sein, zu schlechteren Bodenklassen überzugehen, und da die Kosten der Gütererzeugung auf den schlechtesten Bodenklassen den Preis allen Getreides eines Landes regulieren, so könnte keine große zusätzliche Menge erzeugt werden, ohne den Preis zu erhöhen, der nötig ist, um den auswärtigen Produzenten zu entschädigen. Im Verhältnis, als der Preis auswärts stiege, würde es vorteilhaft, schlechtere Böden im Inlande zu bebauen; und deshalb ist alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß wir, unter dem freiesten Zustande der Nachfrage, keine sehr große Menge importieren würden."[1]

Die Pächterklasse — etwa mit Ausnahme der Pächter der schlechten Böden — könnte daher durch den Freihandel keinen Schaden leiden: „Daß die Pächter der ärmeren Böden Verluste erleiden, darüber kann kein Zweifel herrschen; aber die Allgemeinheit würde viele Male den Betrag ihres Verlustes gewinnen; und wenn der Übergang der Kapitalien aus der Landwirtschaft in die Industrie vollzogen ist, würden die Pächter selbst, ebenso wie jede andere Klasse des Volkes, mit Ausnahme der Grundherren, sehr beträchtlich ihren Gewinn vermehren."[2]

Auch den Grundherren sagt Ricardo gelegentlich voraus, daß ihre Lage sich unter dem Freihandelsystem nicht wesentlich verschlechtern würde: „Die Interessen des Pächters, des Konsumenten und Kapitalisten würden alle durch eine solche Maßregel gefördert werden; und soweit als stetige Preise und der regelmäßige Empfang von Renten dem Grundherrn vorteil-

[1] On protection S. 494. — [2] Influence S. 385.

hafter sind, als schwankende Preise und unregelmäßiger Empfang von Renten, bin ich sicher, daß sein wohlverstandenes Interesse zu demselben Schlusse führen wird; obgleich ich zugeben will, daß die durchschnittlichen Geldrenten, auf die er Anspruch hätte, wenn seine Pächter ihre Verträge erfüllen könnten, unter einem System der Beschränkung des Handels höher wären."[1]

Ricardo hielt also den Freihandel für durchführbar, weil er die Landwirtschaft nicht daran hindere, „lohnende Preise" zu erhalten, natürlich immer mit Ausnahme der schlechtesten Bodenklasse. „Das Ziel der Annäherung an den Freihandel" — sagte er einmal in einer Parlamentsrede:[2] „welches er empfehle, sei, die Preise stetig und niedrig zu halten — er meine aber nicht Preise, so niedrig, daß sie dem Produzenten nicht mehr eine genügende Entschädigung böten; denn wenn der Gewerbetreibende sein Brot billiger äße, als zu einem Preise, der für den Pächter ausreichend wäre, würde den allgemeinen Interessen des Landes das größte Unrecht getan."

Auch in einem Briefe an Mc Culloch spricht sich Ricardo direkt gegen freihändlerische Anschauung in bezug auf Getreidehandel aus[3] und zwar erklärt er seine von Tooke's Aussage in dem Agricultural Committee von 1821 abweichende Auffassung folgendermaßen: „Er (Tooke) denkt, daß die Kornzölle gar keinen Einfluß auf Erhöhung des durchschnittlichen Getreidepreises hätten und daß sie daher von gar keinem Nutzen für das landed interest seien. Ferner glaubt er, daß das Vereinigte Königreich, wenn keine Kornzölle existierten, im Durchschnitt diejenige Menge Korn produziere, welche es jährlich verzehre, da wir nach seiner Meinung nie mit den anderen Ländern im Kornbau wetteifern könnten. Ich glaube dies nicht. Wenn unsere Häfen regelmäßig jederzeit offen wären, so bin ich sicher, daß wir ein importierendes Land würden."

Ebenso weist er in einem Briefe an Trower[4] diese Auffassung

---

[1] On protection S. 494.

[2] Rede im Unterhause am 26. Februar 1823. vgl. Hansard, Parl. Deb. N. S. Vol. 8.

[3] B. W. II. S. 104. — [4] B. W. III. S. 101.

Tooke's zurück, aber auch die umgekehrte, daß unter einem Freihandelsystem England völlig Getreide-Importland würde; dies, meint er, sei übertriebene Furcht, und dann fährt er fort: „Wenn in der Tat unser ganzer Grund und Boden außer Bebauung käme, wie diese Schreier behaupteten, dann würde die Frage der Einfuhr eine ernste in der Tat, und wir wären verpflichtet, die nötige Aufmerksamkeit auf die wichtigen politischen Folgen zu richten, die daraus entstehen könnten."

Die Ursachen der landwirtschaftlichen Not schienen Ricardo nur temporären Charakters zu sein — namentlich die stärkere irische Einfuhr, ferner eine Anzahl reicher Ernten etc. Unter normalen Verhältnissen hielt Ricardo „lohnende Preise" für zweifellos andauernd: „Die besonderen Schwierigkeiten" sagt er einmal,[1] „unter welchen die landwirtschaftlichen Interessen leiden, sind von temporärem Charakter und dauern nur an, solange diese Ursache des niedrigen Wertes andauert; aber die Lage der Dinge, welche wir jetzt erleben, kann nicht von Dauer sein."

Ähnlich äußerte er sich in einem Briefe an Mc Culloch:[2] „Wenn ein Land die Einfuhr von Korn verhindert und plötzlich seine Häfen öffnet, und Getreide zu einem billigen Preise eingeführt werden kann, gerät es in einen landwirtschaftlichen Notstand. Wenn ein Land eine Aufeinanderfolge von guten Ernten hat, wird es landwirtschaftlichen Notstand haben. Wenn plötzlich und in großem Maßstabe die Technik in der Landwirtschaft verbessert wird, wird es Not leiden.

Alle diese Gründe haben zusammengewirkt, um in England eine Notlage hervorzurufen, denn wir haben die Häfen in unbegrenzter Weise für die Einfuhr billigen Getreides aus Irland geöffnet; wir hatten zwei oder drei gute Ernten, und wir haben die Technik vervollkommnet. . . . . Ich glaube aber, daß der Notstand der Landwirtschaft nicht von langer Dauer sein kann, und fürchte, daß wir einen Rückschlag bekommen werden, der für die Pächter sehr wohltätig sein wird, und sehr schädlich für alle anderen Klassen."

Und als Mc Culloch in einem Aufsatze der Edinburgh

[1] On protection. S. 472. — [2] B. W. II. S. 126.

Review (Februar 1822) für Freihandel eintrat, schrieb ihm Ricardo, daß er in diesem Punkte nicht mit ihm übereinstimme.[1] „Ich stimme mit Ihnen nicht ganz in Ihrem Plane überein, zu einem völligen Freihandel in Getreide überzugehen. Der Getreidepreis ist in der Tat niedrig, aber Land ist noch nicht außer Anbau gesetzt. Es wäre, scheint mir, sehr wünschenswert, daß der Prozeß, wodurch Boden außer Kultur gesetzt wird, sehr langsam sei. Sonst wäre die Lage des Pächters nicht wieder gut zu machen. Er würde ruiniert sein ohne Möglichkeit der Errettung.“

Immerhin sollte der Schutzzoll nur von vorübergehender Dauer sein und schließlich sollte die Freihandelspolitik durchgeführt werden müssen.

Als Mc Culloch einmal Ricardo in einem Briefe vorwarf, daß er durch seine Stellung zu den Getreidezöllen seine sonst von ihm vertretenen wissenschaftlichen Überzeugungen verleugnet habe, antwortete Ricardo:[2] „Ich würde Ihre Briefe viel weniger hoch schätzen, als ich es tue, wenn Sie nicht offen jede Richtung meines öffentlichen Verhaltens tadelten, die Ihnen zweifelhaft erscheint, und besonders diejenige Richtung desselben, die Ihnen jene Grundsätze der politischen Ökonomie zu kompromittieren scheinen, deren Vertretung mir zumeist den Anspruch auf Ihre Beachtung gab. . . . Nichts von dem, was ich jetzt gesagt habe, flößt mir Besorgnis ein, daß ich irgend eine Meinung vertreten hätte, die von den Grundsätzen abweicht, die zu bekennen notwendig ist und welche ich, wie ich Sie versichern kann, energisch gegen eine Schar von Gegnern aufrecht erhalte, sowohl unter den Zeugen, als unter den Mitgliedern des Agricultural Committee . . . In meiner Rede über die Kornzölle empfahl ich freien Handel nach den Grundsätzen, die ich schon angegeben habe, und sagte ferner, daß, solange ein Getreidezoll existierte, er jedenfalls nicht nach dem jetzigen System eingerichtet sein dürfe, das die Wirkung hätte, uns abwechselnd eine Überfülle von Getreide zu geben und dann Mangel und hohe Preise; daß nächst einem freien Handel ein fester und dauernder Zoll wünschenswert sei, voraus-

[1] Ebenda. S. 137. — [2] B. W. II. S. 97.

gesetzt, daß er nur mäßig höher sei, als die Grenze, die ich angegeben habe. Eine solche Regelung würde uns wenigstens stabile Preise geben; aber wenn wir dieses System annehmen, dürften wir nie den Grundsatz aus dem Auge verlieren, daß der Freihandel unsere wahre Politik sei." —

Zweiter Abschnitt.

Kritik der Ricardo'schen Lehre von der auswärtigen Handelspolitik.

1. Vorbemerkung.

Die Ideen Ricardo's über die auswärtige Handelspolitik hängen aufs engste mit seiner Theorie der Verteilung des Nationaleinkommens zusammen; er tritt für freiheitliche Handelspolitik deshalb ein, weil durch diesen internationalen freien Handel eine günstige Einwirkung auf die Verteilung der Güter innerhalb der nationalen Volkswirtschaften ausgeübt werde, weil dadurch die ungünstigen Tendenzen der volkswirtschaftlichen Verteilung innerhalb der nationalen Volkswirtschaften ein Hemmnis erführen. Er ist ein Gegner der Schutzzölle, weil durch sie eine ungünstige Verteilung des Volkseinkommens bewirkt würde.

Die allgemeinen Postulate der Handelsfreiheit waren nicht neu; seit den Physiokraten und A. Smith waren diese allgemeinen Forderungen in allen möglichen Nuancen vertreten worden. Neu war aber die Beweisführung von der Notwendigkeit einer freiheitlichen Handelspolitik im Zusammenhang mit der Ricardo'schen Wert-, Lohn- und Rententheorie. Und da bei der Frage des Getreidezolles die Grundrente eine besonders wichtige Rolle spielt, beanspruchen auch die speziellen Ausführungen Ricardo's über die Getreidehandelspolitik unser besonderes Interesse.

Eine Kritik der Ricardo'schen Freihandelsargumente würde

also eingehende Untersuchungen der Grundlagen seiner Wert-, Lohn- und Rententheorie erfordern: da ich diese Kritik bereits geliefert habe, muß ich hier — um Wiederholungen möglichst zu vermeiden — meine Aufgabe beschränken.

Ich will in diesem Abschnitt nur noch Gesichtspunkte allgemeiner Art zur Kritik der Ricardo'schen Freihandelstheorie beibringen, suche ferner die Stellung dieser Theorie zu den früheren und späteren handelspolitischen Lehren zu präzisieren und werde schließlich die Einwirkung der Ricardo'schen Theorien auf die Freihandelsbewegung zu schildern versuchen. Es ist notwendig, eine Trennung vorzunehmen; ich beginne mit einer Kritik der allgemeinen Theorie von der Handelsfreiheit und gehe dann erst zu einer Kritik seiner Getreidehandelstheorie über.

2. Kritik der allgemeinen Grundlagen der Ricardo'schen Theorie von der Handelsfreiheit.

Gibt es überhaupt irgend ein bestimmtes handelspolitisches System, das als das wahre und richtige vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet werden kann? Indem Ricardo diese Frage bejaht und die Freihandelspolitik als das den „wahren ökonomischen Prinzipien" allein gemäße System bezeichnet, begeht er einen schweren Irrtum, der wieder mit seiner falschen methodischen Grundauffassung des Wesens der nationalökonomischen Wissenschaft zusammenhängt.

Die nationalökonomische Wissenschaft kann überhaupt nichts darüber bestimmen, welches das „wahre" handelspolitische System sei, sondern es kann immer nur von der Prüfung des einzelnen Falles, des einzelnen Landes und des einzelnen Zeitpunktes abhängen, welche handelspolitische Maßregel gerade die beste und zweckmäßigste sei. Und auch darüber wird sich niemals etwas ganz Sicheres entscheiden lassen, sondern es wird nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behauptet werden können, daß diese oder jene Maßnahme die dem Wohl des Landes vorteilhafteste sei.

Wer freilich wie Ricardo, das Endziel der Wirtschaftspolitik darin erblickt, daß die jährliche Gütermasse, die einem Volke zum Genuss zur Verfügung steht, möglichst groß sein solle,

wird leicht zum Resultate kommen, daß dieses Ziel dann für jedes Volk am besten erreicht werde, wenn es selbst die Güter erzeuge, die es am billigsten herstellen kann, die sonstigen Güter aber, deren Produktion bei anderen Völkern mit geringeren Kosten verknüpft ist, sich durch freien Tauschverkehr mit jenen anderen Völkern beschaffe.

Für ihn gibt es nur die eine „ewige nationalökonomische Wahrheit," nämlich die, daß es darauf ankomme, alle Waren an der billigsten Quelle einzukaufen.

Wer aber das Ziel der Volkswirtschaftspolitik nicht in der Erlangung einer möglichst großen Gütermasse erblickt, sondern überhaupt ein „rein ökonomisches" Prinzip ablehnt, vielmehr auch die Handelspolitik nur als eines der Mittel auffaßt, die im Dienste der wirklichen Ziele stehen, denen die Ordnung des sozialen Lebens zustreben muß, wird auch diesen engen „ökonomischen" Gesichtspunkt verwerfen müssen.

Diese wahren Interessen eines Volkes, deren Förderung auch das Ziel rationeller Handelspolitik sein muß, sind: nicht die in einem bestimmten Zeitpunkte möglichst reichhaltige Ausstattung der Nation mit Gütern, sondern die Schaffung und Erhaltung von produktiven Kräften, die auf die Dauer eine möglichst reichliche und sozial günstige Güterproduktion und Güterverteilung versprechen. Unter „sozial günstig" ist eine solche Produktion zu verstehen, die auch für die Gesundheit und Kraft der Menschen vorteilhaft ist. Unter „sozial günstig" sind weiter zu verstehen solche Bedingungen, welche gewisse nationale Eigentümlichkeiten aufrecht erhalten, wenn diese etwa im Vergleich zu anderen Nationen oder Rassen für die Hebung der Volksmasse bessere Resultate versprechen. Um es kurz auszudrücken: wer dem „Grundgesetz" folgt, die Waren aus aller Herren Länder frei bei sich hereinzulassen, übersieht, daß man mit diesen Waren auch einem Stück fremden Kulturlebens Eintritt verschafft, das möglicherweise die Kultur des eigenen Landes herabzudrücken im stande ist.

Schon Friedrich List hatte in seinem 1841 erschienenen „Nationalen System der politischen Ökonomie" auf die schweren Mängel der englischen Freihandelstheorie speziell vom historischen Standpunkte hingewiesen. Daß die

produktiven Kräfte eines Volkes erst erzogen werden müßten, ehe man an freien Wettbewerb unter den Völkern denken könnte — diese Ansicht hatte er der kosmopolitischen Theorie der Engländer entgegengehalten.

Daher ist auch das von Ricardo angeführte und seitdem in der Freihandelsliteratur immer wiederholte Beispiel des Austausches der Arbeitsprodukte zweier Länder nicht beweiskräftig. In dem Ricardo'schen Beispiel ist allerdings vom Austausch zwischen Wein und Tuch die Rede. Durch Zölle allmählich in einem Lande eine Weinkultur herbeiführen zu wollen, könnte freilich nur möglich sein, wenn die Naturbedingungen für solchen Weinbau vorhanden sind. Sobald Ricardo sein Beispiel variiert, daß er etwa vom Austausche von Tuchwaren und Glaswaren sprechen wollte, wäre klar, daß zwar zu einem bestimmten Zeitpunkte die Produktion von Tuch bezw. Glas für eines der Länder billiger, als für das andere sein könnte, daß aber nach gewisser Zeit in beiden Ländern die Produktionsbedingungen die gleichen sein können.

Dennoch war List ein Freihändler, wenn auch nicht in der extremen Form seiner Gegner: auch ihm erschien der Freihandel als das endgültige Handelssystem aller Kulturvölker — nur glaubte er, daß der Zeitpunkt der Einführung dieses Systems noch so weit hinausgeschoben werden müsse, bis alle Völker auf der gleichen Stufe der technischen Entwicklung angelangt wären. Auch List war noch von der Vorstellung eines gleichheitlichen gesetzmäßigen Verlaufs der Wirtschaftsentwicklung aller Völker beherrscht und meinte, daß sie alle schließlich auf der Stufe des „Agrikultur-Manufaktur-Handels-Staats" anlangen müßten.

Tatsächlich verläuft aber die Entwicklung nicht nach solchem Schema, sondern je nach natürlichen Existenzbedingungen und nationalen Eigentümlichkeiten nimmt die Entwicklung der materiellen Erwerbszweige der Völker meist einen sehr verschiedenen Verlauf. Nicht nur als Erziehungszoll, wie List meint, sondern auch als Erhaltungszoll ist daher oft der Schutzzoll nötig und berechtigt — nämlich nicht nur, um gewisse Industriezweige erst in einem Lande heranzuziehen, sondern auch um, einem Lande spezifische Eigentümlichkeiten

zu erhalten, soweit deren Erhaltung im nationalen Gesamtinteresse des Volkes liegt.

Hat ein Land z. B. eine energische Arbeiterschutzpolitik begonnen, wodurch eine Erhöhung der Produktionskosten vieler Waren bewirkt wird, so kann dies Land sehr wohl die Einfuhr aus Ländern, mit deren Industrie es zwar auf derselben technischen Stufe steht, welche aber diese Arbeiterschutzpolitik nicht haben, und daher zu billigeren Preisen produzieren können, die Einfuhr aus jenem Lande zu erschweren suchen. Man spricht hier von einem sozialen Schutzoll.

Ein Land kann im wohlverstandenen gemeinwirtschaftlichen Interesse gegen die Ring- und Trustbildung wenigstens für bestimmte Produktionszweige gesetzliche Kautelen treffen und daher unter Umständen genötigt sein, gegen Länder, mit deren Industrie es zwar auf derselben technischen Stufe steht, die aber in der Trustpolitik dem Grundsatze des laisser faire laisser aller huldigen und daher zeitweise vielleicht gewisse Waren zu den billigsten Preisen in andere Länder überführen könnten, Schutzzölle zu erheben, um die betreffenden Produktionszweige, die im Inlande nicht kartelliert sind, zu schützen. Es ist bekannt, daß ein Trust oder Kartell nicht notwendig eine Verteuerung der Preise herbeiführen muß, sondern sehr häufig auch eine Verbilligung durch die Produktion im Großbetriebe usw. erzielt.

Es kann schließlich ein Land, das im Interesse der Erhaltung einer gesunden und wehrkräftigen Bevölkerung einen gewissen Prozentsatz ländlicher Bevölkerung zu erhalten wünscht, Schutzzölle erheben gegen Länder, die aus allen möglichen Gründen in der Lage sind, agrarische Produkte zu besonders billigen Preisen auf den Markt zu werfen.

Wohl selten hat eine so folgenschwere Theorie wie die Ricardo'sche Freihandelslehre eine so schwache Begründung erfahren. Im Grunde genommen sind es lauter Hypothesen, auf denen er seine Lehre aufbaut; es ist eine reine Hypothese, daß in jedem Lande nur gewisse Spezialitäten vorhanden seien, deren ausschließliche Pflege dem Lande zu dem größten ökonomischen Gewinne verhelfen müßte. Man denke sich ein Land

mit rein agrarischer Produktion; dieses Land würde ohne zeitweiligen Schutz gegen auswärtige Industrieerzeugnisse nie zu einer Industrie auf größerem Maßstabe gelangen können: es ist eben eine bloße Annahme, daß dem Import aus fremden Ländern auch immer ein gleichwertiger Export nach fremden Ländern parallel gehen müsse.

Richtig an dieser Theorie vom Parallelismus von Export und Import ist doch immer nur, daß jedes Land die Waren, die es vom Ausland einführt, bezahlen muß und daß regelmäßig zum Zweck dieser Zahlung viele Waren ausgeführt werden müssen — aber auf welche Weise? Die Art des Exports kann einen dauernden Tiefstand der wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten, wenn z. B. ein Agrarstaat dauernd mit Agrarprodukten zahlt und durch die Gestattung freier Einfuhr von Manufakturwaren das Aufkommen einer blühenden Industrie unmöglich macht.

Und wie leicht setzt sich Ricardo über sonstige Schwierigkeiten durch seine Annahme von allen möglichen Ausgleichungstendenzen hinweg! Wie schon seine Theorie von der nationalen Kapitalgewinnausgleichung sehr anfechtbar ist, so sind vollends seine Voraussetzungen, daß die internationalen Gewinne, Geldpreise usw. sich auszugleichen strebten, unhaltbar. Es ist leicht, eine internationale günstige Gesamtbilanz zu erzielen, wenn man, wie Ricardo ausser dem Parallelismus der exportierten und importierten Warenmengen auch noch weiter voraussetzt, daß die Arbeitseinheiten in den verschiedenen Ländern die gleichen Geldpreise haben und weiter, daß infolge der Geldbewegung nach den Ländern, wo die Preise hoch stehen, diese Preise eine Verminderung erfahren. Diese Auffassung hängt wieder mit der Quantitätstheorie Ricardo's zusammen, die wir bereits zum Gegenstande der Kritik gemacht haben. Weit entfernt davon also, daß in Wirklichkeit diese Handelspolitik zu einer für alle Länder erfreulichen Reichtumsvermehrung führen müßte, ist sie vielmehr eine Handelspolitik der beati possidentes, müßte sie zu einer dauernden Suprematie des kommerziell und industriell höchst entwickelten Landes führen.

Es ist wunderbar genug, daß eine auf so wenig festem Fundamente erbaute Theorie so zahlreiche Anhänger nicht nur

im Heimatlande Ricardo's, sondern auch in vielen anderen Ländern hat finden können; noch viel wunderbarer freilich, daß diese Lehre bis zum heutigen Tage energische Anhänger hat, daß auch die neuesten Verfechter der Handelsfreiheit, wie Brentano und Dietzel in den Hauptpunkten ihrer Lehre mit dem klassischen Vorbilde übereinstimmen.

Doch bevor wir diesen letzteren Punkt untersuchen, wollen wir eine Prioritätsfrage entscheiden. Torrens hat wiederholt mit Nachdruck hervorgehoben, daß ihm und nicht Ricardo die Urheberschaft dieser freihändlerischen Theorie zukomme — wir wollen prüfen, inwieweit diese Behauptung richtig ist.

3. Über das Verhältnis der Torrens'schen Freihandelstheorie zu der Ricardo'schen.

In der Vorrede zu der 1826 erschienenen 3. Auflage seines Buchs „An Essay on the External Corn trade" behauptet R. Torrens:[1] „In der früheren Auflage der Abhandlung über den Kornhandel war, wie der Verfasser glaubt, zum ersten Male gezeigt worden, daß ein andauernd hoher Stand der allgemeinen Preise — aus welchem Grunde immer er herstammen mag — die einheimische Industrie nicht dadurch schädigen könne, daß er die Einfuhr billigerer fremder Waren befördere und daß Waren, deren Produktionskosten in fremden Ländern größere sind, als im Inlande, trotzdem eingeführt werden können, vorausgesetzt, daß der relative Nachteil des fremden Kapitalisten bei der Produktion der eingeführten Ware geringer ist, als der relative Vorteil des einheimischen Kapitalisten bei Produktion der Waren, die im Austausche dafür ausgeführt werden.

Diese Grundsätze übernahm Ricardo in sein wertvolles Werk über politische Ökonomie und Besteuerung und sie bilden, in gewissem Maße, die Grundlage seines Kapitels über den auswärtigen Handel und seiner Lehren über den Einfluß der Besteuerung auf die Ausfuhr und die Einfuhr der Waren."

---

[1] S. VII.

In ähnlicher Form macht er nochmals Prioritätsansprüche in der Vorrede zu der 1857 erschienenen II. Auflage seines Werkes „The principles and practical operation of Sir Robert Peel's act of 1844“ geltend. Dort sagt Torrens: „Ich veröffentlichte die Schrift „The Economists refuted“, und setzte dort, wie ich glaube, zum ersten Male die Natur und Tragweite der Vorteile des Handels auseinander. Die Grundsätze, welche ich in „The Economists refuted“ darlegte, nahm dann Ricardo in sein großes Werk über politische Ökonomie und Besteuerung auf; und da meine frühere Veröffentlichung längst vergessen war, wurde allgemein angenommen, daß es Ricardo vorbehalten gewesen sei, die falsche Theorie von Adam Smith richtig zu stellen und zu zeigen, daß der Vorteil, der aus dem auswärtigen Handel entspringt, in der vermehrten Produktion besteht, die durch die internationale Arbeitsteilung entsteht.“

Richtig ist, daß die handelspolitische Studie von Torrens 1808 erschienen ist, bevor also überhaupt Ricardo irgend etwas veröffentlicht hatte. Die Kontinentalsperre hatte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt, wie diese Maßregel auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands einwirken könnte.

Torrens lieferte hierzu einen Beitrag in seiner Schrift „The Economists refuted“, worin er sich gegen A. Smith und gegen Spence wendet und ihnen gegenüber eine neue handelspolitische Theorie aufstellte.

Adam Smith hatte in seinem Werke „Natur und Ursachen des Volkswohlstandes“ die Ansicht aufgestellt, daß das im auswärtigen Handel angelegte Kapital nicht so vorteilhaft für das Land sei, als das im inländischen Handel angelegte.

Er führt aus:[1] „Das im einheimischen Handel angelegte Kapital ersetzt in der Regel durch jede Operation zwei verschiedene Kapitalien, von denen jedes in dem Landbau oder Fabrikwesen desselben Landes tätig war, und ermöglicht ihnen hierdurch die Fortsetzung ihrer Tätigkeit. Versendet es von dem Wohnorte des Kaufmannes Waren in einem bestimmten Werte,

[1] a. a. O. Übers. v. Löwenthal I. S. 382.

so bringt es in der Regel dafür andere Waren von mindestens gleichem Werte zurück und sind beide das Produkt einheimischer Industrie, so ersetzt es notwendig durch einen jeden solchen Vorgang zwei gesonderte Kapitalien, die beide zur Erhaltung produktiver Arbeit dienten und befähigt sie hierdurch, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Das Kapital z. B., welches schottische Fabrikate nach Edinburgh zurückbringt, ersetzt notwendig durch jedes derartige Geschäft zwei britische Kapitalien, die beide im Landbau oder Fabrikwesen Großbritanniens beschäftigt gewesen waren.

Das zum Ankauf fremder Waren für den heimischen Konsum verwendete Kapital ersetzt ebenfalls, wenn der Kauf mit dem Produkte des heimischen Gewerbfleißes bewerkstelligt wird, bei jedem derartigen Geschäfte zwei gesonderte Kapitalien, von denen jedoch nur eines zum Unterhalte des heimischen Gewerbfleißes dient. Das Kapital, welches britische Waren nach Portugal sendet und dafür portugiesische nach Großbritannien zurückbringt, ersetzt bei jedem Geschäfte nur ein britisches Kapital; das andere ist ein portugiesisches. Wäre also auch der Umsatz in diesem auswärtigen Handel für heimischen Konsum ein ebenso rascher, als ein einheimischer, so würde das im ersteren angelegte Kapital dem heimischen Gewerbefleiße oder der produktiven Arbeit des Landes doch nur eine halb so große Anregung gewähren."

Spence hatte,[1] diesen Gedanken von A. Smith stark übertreibend, und unter Erneuerung physiokratischer Vorurteile, in einer 1807 erschienen Schrift „Britain Independant of Commerce" behauptet, daß die Landwirtschaft die alleinige Quelle des Reichtums sei und daß die Verordnungen Napoleon's I., welche England von dem Handelsverkehr mit dem Kontinente absperrten, den Wohlstand des Landes nicht vermindern könnten, weil das Kapital, welches auf diese Weise aus dem Fremdhandel gezogen wurde, mit demselben Vorteil durch Verstärkung der einheimischen Produktion angewandt werden könnte.

Gegenüber diesen Lehren vertrat Torrens die Theorie

---

[1] vgl. Torrens, Peel's act. S. XIII.

von der reichtumschaffenden Macht des auswärtigen Handels, indem er besonders auf die Vorteile einer hierdurch geschaffenen internationalen Arbeitsteilung hinwies, die ebenso günstig wirke wie die nationale Arbeitsteilung. In der Schrift „The economists refuted“ hat Torrens zweifellos zum erstenmale diese Gedanken niedergelegt, die später bei Ricardo wiederkehrten.

„Die wohltätige Wirkung der Arbeitsteilung“ erklärt Torrens,[1] kann ebenso zwischen den Angehörigen verschiedener Völker eintreten, als zwischen den Angehörigen derselben Nation. Wenn das englische Volk größere Geschicklichkeit, als seine Nachbarn zur Herstellung der Wolle erworben hat, während das französische Volk in der Erzeugung der Seide den Vorrang hat, kann zwischen beiden Nationen eine für beide Teile vorteilhafte Arbeitsteilung eingeführt werden: England beschränkt sich auf die Wollemanufaktur und Frankreich auf die Seidenmanufaktur; die Folge ist, daß diese beiden Kleidungsstoffe in größerer Fülle produziert werden, als wenn jedes Land sein Kapital und seine Arbeitskraft bei der Mühe verschwendete, die Geschicklichkeit in der Beschäftigungsweise der anderen zu erringen.“

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen gibt Torrens sogar fast dasselbe Beispiel, welches Ricardo bringt, nämlich den Austausch von Wein gegen Wolle, während Ricardo den Austausch von Wein gegen Tuch gewählt hatte.

„Wenn die auf den englischen Weiden genährten Schafe reichere Wolle tragen, als die auf den französischen Weiden, während der französische Wein üppiger gedeiht, als der englische, dann sollte zwischen beiden Ländern eine beiderseitige wohltätige Arbeitsteilung eintreten: indem die Engländer die Schafe auf ihren Weiden aufziehen und die Wolle gegen das Produkt der französischen Weinbauern eintauschen, erlangen sie größere Mengen Weins, als wenn sie den Wein zu Hause unter ungünstigem Klima bauen; der Franzose, der unter Mithilfe der Natur arbeitet und den Wein für die Erzeugnisse der engli-

[1] The economists refuted; wieder abgedruckt als Anhang zu Torrens' Buch über Peel's act. III. Aufl. London 1858. S. 45.

schen Weiden austauscht, erhält dies Material zu seinen Kleiderstoffen in größeren Mengen, als wenn er die Schafe in Gegenden aufzöge, wo Nahrung oder Klima ungünstiger sind. Nun, ebenso wie der einheimische Handel die einheimische Arbeitsteilung entstehen läßt, so läßt der auswärtige Handel die fremde Arbeitsteilung zur Entstehung kommen."

Eine viel gründlichere und tiefere Untersuchung über die handelspolitischen Grundsätze lieferte dann Torrens in seinem Werke „An Essay on the External Corn trade"; dieses Werk erschien in 1. Auflage zu Beginn des Jahres 1815 — die Vorrede ist vom 17. Februar 1815 datiert. Dort zeigt Torrens, wie sich Rente, Lohn und Profit zu einander verhalten, und weist in diesen Untersuchungen vielfach Ähnlichkeiten mit Ricardo's Theorie auf.

Wie wir schon im Kapitel über die Lohntheorie dargelegt haben, gibt hier Torrens ein ehernes Lohngesetz, das ziemlich identisch mit der Ricardo'schen Lohntheorie ist; auch in der Rentenlehre finden sich Anklänge an Ricardo.

Auch die Theorie von der Ausgleichung der Kapitalprofite ist hier bereits auseinandergesetzt: speziell zur Unterstützung freihändlerischer Handelspolitik wird die These verfochten, daß niedriger Kornpreis hohen Profit hervorruft und umgekehrt. Er kommt zu dem Satze:[1] „Eine Erhöhung des natürlichen Preises der Nahrungsmittel vermindert die produktiven Kräfte aller Zweige der Industrie; und eine Verminderung des natürlichen Preises erhöht dieselben."

„Ob jemand gleichzeitig Landwirt und Weber ist, oder ob er sich immer auf das Weben verlegt, sein mittelbar oder unmittelbar verringerter Teil an Arbeit zu seiner Versorgung mit Nahrungsmitteln wird ihm einen größeren Teil an Arbeit übrig lassen, um sich mit anderen Dingen zu versorgen, und wird sein Gewerbe produktiver, als vorher machen.[2]

---

[1] S. 72.

[2] In der III. Auflage seines Werkes (1826) drückt Torrens sich so aus: „Die Profitrate fällt, wenn die Kosten und der Wert des Rohmaterials steigen und ein dichtbevölkertes Land, wo vermehrter Begehr nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen nur durch Übergang von Böden von immer geringerer

In diesem Werke wird auch die handelspolitische These vertreten, daß ein Land unter Umständen eine Ware aus dem Auslande einführen soll, welche im Inlande billiger hergestellt werden kann. Torrens illustriert dies an folgendem Beispiel:[1] „Angenommen, es gäbe in England unangebaute Ländereien, auf denen Getreide mit ebensowenig Auslage an Arbeit und Kapital, wie auf den fruchtbaren Feldern Polens gebaut werden könnte. Wenn dies der Fall wäre und alle übrigen Umstände dieselben wären, so könnte derjenige, welcher unsere unangebauten Ländereien urbar machte, seine Produkte ebenso billig verkaufen, wie der polnische Landwirt; und es scheint natürlich, zu schließen, daß wenn das Gewerbe frei seine vorteilhafteste Richtung einschlagen kann, das Kapital lieber angewandt würde, zu Hause Getreide zu erzeugen, als es zu denselben Kosten und mit größeren Transportkosten aus Polen zu beziehen. Aber dieser Schluß, so klar er auf den ersten Blick scheinen mag, kann bei näherer Prüfung als ganz falsch erwiesen werden.

Wenn England in seiner Industrie solche Geschicklichkeit erworben haben sollte, daß es mit einem bestimmten Kapital eine Tuchquantität herstellen könnte, für welche der polnische Landwirt eine größere Menge Getreide liefern könnte, als er mit demselben Kapital auf eignem Boden erzeugen könnte, dann müßten Ländereien, selbst wenn sie gleich fruchtbar, sogar wenn sie fruchtbarer wären, verglichen mit den polnischen Böden, unbebaut bleiben und ein Teil des Kornvorrats muß aus dem Auslande beschafft werden. Denn, wenn auch das in der einheimischen Produktion angelegte Kapital ein Mehr an Profit bringen sollte, verglichen mit dem Kapital das im auswärtigen Landbau angelegt ist, so würde doch, unter dieser Voraussetzung, das in der Industrie angelegte Kapital einen noch größeren Mehrprofit abwerfen; und dieser größere Mehrprofit würde die Richtung unserer Industrie bestimmen."

Da Ricardo's Hauptwerk erst 1817 erschien, seine erste

Fruchtbarkeit befriedigt werden kann, muß, wenn es nicht Zufuhr fremder Produkte erhält, schnell auf den stationären Zustand kommen, wo vermehrte Kapitalverwendungen nicht produktiv angewendet werden können." (S. 323.)

[1] S. 263.

kleine Schrift handelspolitischen Inhalts zwar auch im Jahre 1815, wie das Torrens'sche Werk, aber erst nach diesem, so muß festgestellt werden, daß wichtige Bestandteile der sogenannten Ricardo'schen Theorie des auswärtigen Handels schon vor Ricardo von Torrens dargelegt waren.

Eine andere Frage ist die, ob Ricardo bei Abfassung seiner kleinen handelspolitischen Schrift aus dem Jahre 1815 die beiden Arbeiten von Torrens aus dem Jahre 1808 und 1815 bekannt waren. Ricardo erwähnt beide nicht; erst in der III. Auflage seines Hauptwerkes (1821) zitiert er das Torrens'sche Werk in einer Fußnote und zwar in dem Kapitel On sudden changes in the channels of trade:

„Zu den besten Veröffentlichungen über die Unzweckmäßigkeit der Beschränkungen der Korneinfuhr mag Major Torrens' Essay on the External Corn trade gerechnet werden. Seine Argumente scheinen mir unwiderlegt und unwiderlegbar."[1]

Aus einem Briefe, den Ricardo am 14. März 1815 an Malthus schrieb, geht hervor, daß er bei Abfassung seiner handelspolitischen Broschüre Torrens' Werk über den Kornhandel noch nicht gekannt hatte, denn in diesem nach Herausgabe seiner Studie geschriebenen Briefe heißt es:[2]

„Ich habe Torrens' Buch gelesen und halte es im ganzen für eine sehr tüchtige Leistung. Ich weiche von ihm ab in den meisten seiner Anschauungen in Kapitel 2 Teil 2, und in vielen des 3. Kapitels, und in wenigen im übrigen Werk. Ich freue mich, zu hören, daß Sie beabsichtigen, einige Bemerkungen dazu zu veröffentlichen. Ich glaube, er ist ein Ihrer Feder würdiger Gegner, und die Freunde der Wahrheit werden sicherlich bei der Diskussion gewinnen."

Wenn also Ricardo auch bei der Publikation der Broschüre im Jahre 1815 Torrens' Werk nicht gekannt hat, so hat er es sicherlich gekannt, als er 1817 zum ersten Male ausführlich seine handelspolitische Theorie darlegte — denn in dem Aufsatze über den Einfluß des niedrigen Getreidepreises (1815) hatte Ricardo doch nur einige Ansätze seiner späteren handels-

[1] Princ. 164 (241). — [2] B. W. I. S. 65.

politischen Lehren gegeben. Torrens hätte allen Anspruch darauf gehabt, in Ricardo's Hauptwerk als Vorgänger erwähnt zu werden.

Ricardo sucht diese Unterlassung damit zu rechtfertigen, daß er und Torrens gemeinsam aus A. Smith geschöpft hätten.

In einem Briefe an Trower schreibt Ricardo:[1] „Ich überreichte eines der ersten Exemplare meines Buches Torrens; er war enttäuscht, daß ich seinen Namen nicht darin erwähnt hatte und schrieb mir in diesem Sinne, wobei er einiges Verdienst für sich in Anspruch nahm, als den ursprünglichen Entdecker einiger der Grundsätze, die ich entwickelt hatte. Ich hatte nicht die Absicht, seine Verdienste zu verschweigen, und unterließ es, ihn zu erwähnen, da mir keine seiner Lehren völlig neu erschienen und da sie nicht speziell in den Rahmen der Gegenstände fielen, die ich behandelte. Es war Verschiedenes in seinem Buche, worin ich anderer Ansicht war, als er; aber ich unterließ es, dies zu bemerken, da ich wußte, daß er darüber empfindlich war, daß diese Ansichten falsch waren und ich hatte richtigere Anschauungen davon gewonnen, die ich bald der Öffentlichkeit vorlegen wollte.

In dem Briefwechsel, der hierauf zwischen uns beiden folgte, versuchte ich, zu zeigen und nach Mill's Ansicht zeigte ich, daß in allen Punkten, die ich zum ersten Male erklärte, die von ihm veröffentlichten Anschauungen tatsächlich entgegengesetzter Art sind und daß diejenigen, worin wir übereinstimmten und wofür er die Priorität beanspruchte, sich bereits bei A. Smith oder Malthus finden und daß daher keiner von uns der Entdecker ist."

Diese Rechtfertigung ist nicht ganz geglückt. Gerade in den handelspolitischen Theorien, die offenbar in weitgehendem Maße von Ricardo akzeptiert wurden, ist Torrens als Gegner der A. Smith'schen Theorien hervorgetreten. Im übrigen soll die große Verschiedenheit beider Autoren nicht in Abrede gestellt werden. Bei aller Übereinstimmung in gewissen handelspolitischen Sätzen bleibt die Originalität Ricardo's

[1] Vom 23. Aug. 1817. B. W. III. S. 39.

bestehen; denn seine handelspolitischen Sätze stehen in engstem Zusammenhang mit seiner Wert-, Preis-, Lohn- und Rententheorie; sie sind gewissermaßen die praktische Nutzanwendung dieser theoretischen Lehren.

Da Ricardo gerade in diesen grundlegenden Fragen vielfach ganz entgegengesetzter Ansicht war, wie Torrens, ist ihre Übereinstimmung auch in der Handelspolitik nur als eine teilweise, nicht als eine vollständige zu bezeichnen. Jedenfalls haben diese beiden Nationalökonomen durch den regen Verkehr, in dem sie seit dem Jahre 1816 standen, sehr viel von einander gelernt und ihre Ansichten gegenseitig ausgetauscht. Ricardo hätte nur in demselben Maße anerkennen sollen, was er Torrens verdankte, wie letzterer stets die Verdienste Ricardo's anerkannt hat.

Wie groß die Differenz zwischen beiden Autoren war, geht auch daraus hervor, daß z. B. die Wertlehre Ricardo's heftig von Torrens angegriffen wurde; es geschah dies in einem Artikel des „Edinburgh Magazine" und die Einwände Torrens' bewogen Ricardo, in einer neuen Auflage seines Werkes gewisse Punkte seiner Wertlehre klarer zu stellen.[1]

Einen Paragraphen seines Buches über den Kornhandel hat Torrens einer Widerlegung der Ricardo'schen Rentenlehre gewidmet: „Errors of Mr. Ricardo and his followers on the subject of Rent."[2] Torrens zeigt in seiner theoretischen Grundanschauung mehr Übereinstimmung mit Malthus, als mit Ricardo.

Eine Behauptung von Torrens hat sogar zu vielen Kontroversen Anlaß gegeben, Torrens' Meinung nämlich, daß hohe Getreidepreise auch hohe allgemeine Güterpreise zur Folge hätten: „Jede Steigerung des Geldpreises des Getreides steigert den Arbeitslohn; und durch den Arbeitslohn den Preis der anderen Lebensbedürfnisse."[3]

Wiederholt erwähnt Ricardo in seinem Briefwechsel mit Malthus und anderen diese — wie er meint — irrige

---

[1] vgl. B. W. II. S. 14 und die Einleitung zu diesem Briefwechsel von Hollander. S. XXI.

[2] Chap. VIII. § 2. III. Aufl. 1826. S. 137—150.

[3] Essay on the External corn trade. I. Aufl. S. 83.

Ansicht: „Sie scheinen," schreibt er an Malthus"[1] mit Torrens übereinzustimmen, daß eine Steigerung des Getreidepreises von einem Steigen im Preise der anderen einheimischen Artikel gefolgt sein müsse ... aber die Torrens'sche Theorie scheint mir in diesem Punkte irrig zu sein, da ich meine, daß der Preis der Waren nur sehr wenig von einem Steigen oder Fallen der Getreidepreise berührt werden wird."

Nach eingehenderen Besprechungen zwischen Ricardo und Torrens über diesen Punkt schließt sich letzterer der Meinung des ersteren an; Ricardo schreibt am 23. Februar 1816 an Malthus:[2] „Haben Sie Torrens' Brief an Lord Liverpool gelesen? Er scheint alle meine Ansichten über Profit und Rente angenommen zu haben; und in einer Unterredung, die ich mit ihm vor einigen Tagen hatte, gab er unzweideutig zu erkennen, daß er nun meiner Meinung sei, daß der Preis der Arbeit, der durch die Schwierigkeit der Nahrungsmittelbeschaffung bestimmt wird, nicht die Preise der Waren beeinflusse. Er gestand, daß seine frühere Meinung irrig war."

Auch hier tritt wieder in dem Satze, daß Torrens die Ricardo'sche Renten- und Profitlehre „angenommen" habe, eine Überschätzung seines Einflusses auf Torrens deutlich hervor[3] — noch mehr ist dies in einem anderen Briefe an Malthus der Fall, wo Ricardo schreibt:[4] „Torrens ist vollkommen zu allem bekehrt, was Sie meine besonderen Ansichten über Profit, Rente usw. genannt haben, so daß ich sagen darf, ich vertrete keine Theorie über politische Ökonomie, die nicht die Sanktion Ihrer oder seiner Autorität besitzt; dies macht es weniger wichtig, daß ich die Aufgabe fortsetze, die ich begonnen habe, meine Meinung der Öffentlichkeit mitzuteilen. Diese Grundsätze können viel geschickter von Ihnen oder ihm vertreten werden, als ich dies selbst könnte." —

Viel treffender und richtiger hat Torrens auf die großen

---

[1] B. W. I. S. 79. Eine ähnliche Äußerung in demselben Briefwechsel S. 90.

[2] B. W. I. S. 111.

[3] Derselben Meinung ist auch Bonar; vgl. seine Ausgabe des Briefwechsels Ricardo's mit Malthus. S. 111/112.

[4] B. W. I. S. 116.

prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, die ihn von Ricardo trennen, hingewiesen, so z. B. in der Vorrede zur III. Auflage seines „Corn trade“:[1] „Obwohl die sehr tiefen Untersuchungen Ricardos zu den Forschungen des Verfassers über die Ursachen, welche die Kapitalprofitrate bestimmen, den Anlaß gaben, ist er doch im Verlauf dieser Arbeiten zu Schlüssen gekommen, die sehr verschieden von denen sind, die Ricardo versucht hat, zu ziehen. Niemals ist der Verfasser in der Lage gewesen, den Grundsätzen dieses hervorragenden Nationalökonomen zuzustimmen, daß das ganze Produkt der Arbeit zwischen Löhnen und Gewinnen verteilt wird und daß die Gewinne steigen oder fallen, wie die Löhne fallen oder steigen; und je aufmerksamer er über diesen Gegenstand nachgedacht hat, um so gründlicher hat er sich überzeugt, daß diese Grundsätze in einer hastigen und übereilten Generalisation wurzeln, indem einem einzelnen Falle Allgemeinheit zugeschrieben wird und indem dem ausschließlichen Walten einer einzelnen Ursache Wirkungen zugeschrieben werden, die aus dem Zusammenwirken vieler hervorgehen.“

4. Die Ricardo'schen Freihandelsargumente in der Nationalökonomie der Gegenwart.

Bald 100 Jahre sind es her, daß diese Torrens-Ricardosche Theorie der Handelsfreiheit begründet wurde und bis zum heutigen Tage findet sie ihre Anhänger, die teilweise wortgetreu die Ausführungen jener Zeit in den handelspolitischen Kämpfen der Gegenwart zu den ihrigen machen.

Von diesen modernen Handelstheoretikern sei zuerst Brentano erwähnt.

Wie für Ricardo ist auch für Brentano die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel das zweckmäßigere Handelssystem sei, überhaupt schon falsch gestellt: für ihn gibt es nur ein System, das überhaupt vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus Berechtigung hat, nämlich das freihändlerische. So sicher wie ein Satz der Mathematik ist ihm der Satz, daß die Waren frei aus- und eingeführt werden müssen:[2] „Und als handelte es

[1] S. X und XI. — [2] Das Freihandelsargument. Berlin 1901. S. 4.

sich um irgend ein den Leidenschaften entrücktes Problem der parteilosesten aller Wissenschaften, der Mathematik, so bitte ich auch Sie, meinen Ausführungen zu folgen." Es ist ihm schlechthin natürlich und daher keines weiteren Beweises bedürftig, daß nur die Freihandelspolitik eine von Sonderinteressen freie Politik darstelle und „was die Natur der Dinge erheischt, muß auf die Dauer den Einfluß selbst der mächtigsten Sonderinteressen besiegen."[1] Aus diesem Grunde erscheinen ihm auch die Schutzzöllner als Gegner, welche die Forderung erheben, „man solle der natürlichen Entwicklung hemmend entgegentreten."[2]

Als das „natürliche" oder „mathematisch klare" Endziel der Volkswirtschaftspolitik erklärt er ganz im Sinne Ricardos „die größtmögliche Zunahme des Nationalreichtums,"[3] d. h. es müßten die „nationalen Produktivkräfte in einer Weise Verwendung finden, welche den größtmöglichen Überschuß über die aufgewendeten Produktionskosten abwirft, und welche, indem sie der nationalen Arbeit den größten Entgelt, dem nationalen Kapital den größten Gewinn sichert, zur größtmöglichen Zunahme des nationalen Reichtums führt."[4]

Brentano hebt auch ausdrücklich seine Übereinstimmung mit Torrens und Ricardo hervor und gibt sogar zur Erläuterung seines Freihandelsarguments genau dasselbe Beispiel vom Wein und Tuch, das vor ihm schon die beiden genannten englischen Nationalökonomen gegeben hatten.

Eine Abweichung von Ricardo weist Brentano nur insofern auf, als er einen „Erziehungszoll" in gewissen Grenzen für zulässig erklärt: doch ist dies eine Konzession, die schon von Anhängern Ricardos aus der klassischen Zeit gemacht worden ist, so z. B. von John Stuart Mill, wie Brentano selbst hervorhebt.

John Stuart Mill war bereits weiter über Ricardo in dieser Hinsicht hinausgegangen, als Brentano; Mill erklärt: „Der einzige Fall, wo Schutzzölle nach bloß wirt-

---

[1] a. a. O. S. 23.
[2] Die Schrecken des überwiegenden Industriestaats. Berlin 1901. S. 6.
[3] Freihandelsargument. S. 22.
[4] a. a. O. S. 4.

schaftlichen Grundsätzen sich verteidigen lassen, ist, wenn sie zeitweilig auferlegt werden, besonders bei einer jungen und emporstrebenden Nation, in der Absicht, eine fremde, an sich den Verhältnissen des Landes vollkommen entsprechende Erwerbstätigkeit einzubürgern."[1] Aus dieser Stelle geht hervor, daß Mill auch eventuell Zölle aus anderen, als rein wirtschaftlichen Erwägungen billigen würde — dies erkennt Brentano nicht an; was dem „wirtschaftlichen" Prinzip entspricht, ist auch das „natürliche" und allein richtige.

Wir zeigten oben, daß unter Umständen auch die Handelspolitik aus national- oder sozialpolitischen Gründen Zölle erfordert, wenn zu „Erziehungszöllen" kein Raum mehr vorhanden. Nicht deshalb scheint mir Brentanos handelspolitischer Standpunkt verfehlt, weil er freihändlerisch ist — über die Zweckmäßigkeit solcher Handelspolitik läßt sich von Fall zu Fall diskutieren — sondern weil er von dem irrigen methodologischen Standpunkte angeht, als ob es sich hier um ein „ewiges Gesetz der Nationalökonomie" handele. Vollends bei Brentano ist dieser methodische Ausgangspunkt um so verwunderlicher, als er sonst nicht scharf genug gegen die klassische Nationalökonomie und deren Methode ankämpft, also gerade gegen diejenigen Männer, die ihm jetzt als die „Besten" erscheinen, die „zu den Begründern und größten Zierden der Wirtschaftswissenschaft zählen."[2]

Hat doch Brentano im Jahre 1888 eine Rede über „die klassische Nationalökonomie" gehalten, die ihrem ganzen Inhalte nach nur als Warnung vor dem Studium so einseitiger und veralteter Autoren, wie Ricardo, aufgefaßt werden kann![3] — Wie scharf wendet er sich dort gegen die „ewigen Gesetze der Volkswirtschaft"! (S. 111) und was macht er der klassischen Nationalökonomie namentlich zum Vorwurf? Daß sie „einen von allen Besonderheiten des Berufes, der Klasse, der Nationalität und Kulturstufe freien Menschen geschaffen habe"

---

[1] Grundsätze der polit. Ökonomie. Übers. v. Soetbeer. III. deutsche Ausg. III. Band. Leipzig 1869. S. 236.

[2] Freihandelsargument S. 21.

[3] Die klassische Nationalökonomie. Leipzig 1888.

(S. 3), daß sie „keine Verschiedenheit der Rasse, der Religion, des Zeitalters kennt" — (S. 3).

Lassen sich aber alle diese Vorwürfe — die mir übrigens viel zu weit zu gehen scheinen — nicht mit demselben Recht auch gegen die Theorie von der Handelsfreiheit erheben? Sind die Sätze Ricardos in diesem Kapitel vielleicht weniger hypothetisch wie seine anderen Lehren? Und wenn Brentano gegen das eherne Lohngesetz Ricardos einwendet:[1] „Jene absolute Konkurrenz zusammenhangsloser individueller Arbeiter fand ich dagegen nur bei ganz geschichtslosen Arbeiterklassen"; könnte man nicht ebenso gut sagen: „jene absolute Konkurrenz zusammenhangsloser Wein- und Tuchquantitäten fand ich nur bei ganz geschichtslosen Völkern?"

Dietzel steht seinen methodologischen Grundanschauungen nach Ricardo sehr nahe: bei ihm ist es weniger auffallend als bei Brentano, wenn er auch die Ricardo'sche Theorie von der Handelsfreiheit zu der seinigen macht. In diesem Sinne sagt er:[2] „Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik muß sein: zu bewirken einerseits, daß das unter den gegebenen Bedingungen mögliche Maximum des Volksreichtums erreicht werde und anderseits, daß das wirtschaftliche Leben des Volkes so stetig als möglich verlaufe."

Auch er vertritt die Theorie der internationalen Arbeitsteilung:[3] „Wenn jedes Volk die Erzeugung der Güter, die ihm die verhältnismäßig wenigste Arbeit kosten, über den eigenen Bedarf hinaus ausdehnt, den Überschuß exportiert und mit ihm die Güter importiert, die anderen Völkern die verhältnismäßig wenigste Arbeit kosten, so wird die Gesamtarbeit des Völkerganzen produktiver, das Gesamtprodukt ein höheres, als es sein könnte, wenn jedes Volk alles selbst produzieren muß, was es zu konsumieren wünscht." Ganz im Sinne der Ricardo'schen Theorie nennt es Dietzel eine Sünde gegen das „wirtschaftliche Prinzip", wenn man nicht ausschließlich diejenigen agrikolen Lebensmittel und Rohstoffe, und die-

---

[1] a. a. O. S. 12.

[2] Weltwirtschaft und Volkswirtschaft. Dresden 1900. S. 5.

[3] a. a. O. S. 18.

jenigen Bergbauprodukte und Fabrikate im Inland erzeugt, die hier nicht teurer einstehen (d. h. nicht mehr Arbeit aufsaugen) wie im Auslande.[1]

Zur Erläuterung dieser These gibt Dietzel ein Beispiel, das in ganz ähnlicher Form schon von Torrens und Ricardo beigebracht wurde.

Wie Brentano erklärt auch Lotz dies Freihandelsrezept als „wissenschaftliche" Errungenschaft:[2] „Dauernde wissenschaftliche Errungenschaft bleibt in Adam Smiths zollpolitischen Ausführungen der Nachweis, daß bei jeder Begünstigungspolitik, mag sie in Zöllen oder Ausfuhrprämien oder sonstigen Liebesgaben bestehen, die Gefahr eintritt, daß Kapital und Arbeit in Verwendungen gedrängt oder in Verwendungen festgehalten werden, in welchen die Überschüsse geringer sind, als sie zugunsten von Kapital und Arbeit bei anderer Verwendung ohne Protektionspolitik ausfallen würden."

Ganz im Sinne Ricardos vertritt auch Dietzel die Theorie vom Parallelismus des Exports und Imports: „Mehr-Import kann „„on the long run"" nur stattfinden, wenn Mehr-Export im gleichen Werte platzgreift. Das Inland kann auf die Dauer mehr Waren vom Auslande nur unter der Bedingung kaufen, daß das Ausland mehr Waren von ihm kauft. Wenn die fremde Konkurrenz, dank dem Schritte zum Freihandel, mit ihrem Importe vordringt und weiter noch der Import dadurch anschwillt, daß die Konsumenten des Inlandes die durch die Verbilligung verfügbar gewordenen Einkommensteile zum Mehrankauf ausländischer Waren verwenden, so muß, über kurz oder lang, der Export inländischer Waren entprechend emporgehen."[3]

Die Lehren der theoretischen Freihändler haben bereitwillige Aufnahme in der praktischen Politik gefunden; in den Kämpfen um den jüngsten deutschen Zolltarif sind die alten Ricardianischen Handelstheorien zu neuer Anerkennung

[1] Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit. Jena 1903. S. 104.

[2] Sonderinteressen gegenüber der Wissenschaft einst und jetzt. Berlin 1902. S. 8.

[3] Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit. Jena 1903. S. 109.

gekommen; z. B. heißt es in der „Denkschrift der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin betreffend die Neugestaltung der deutschen Handelspolitik":[1] „Die Handelspolitik soll dazu beitragen, die Produktivität der deutschen Arbeit möglichst zu steigern, das wirtschaftliche Leben stetiger zu gestalten, den deutschen Konsumenten die wirtschaftlichen Güter in möglichst großer Menge und guter Beschaffenheit zur Verfügung zu stellen und den ärmeren und notleidenden Klassen der deutschen Bevölkerung den Kampf ums Dasein zu erleichtern."

5. Kritik der Stellung Ricardo's zu den Getreidezöllen im besonderen.

Daß Ricardo trotz seiner grundsätzlich freihändlerischen Anschauung nicht unbedingter Gegner von Schutzzöllen war, beweist seine Stellung in der Frage der Getreidezollfrage: er ist — wie wir sahen — unter Umständen bereit, für Getreidezölle einzutreten. Jedoch ist er ein unbedingter Gegner der beweglichen Getreidezölle, wie sie zu damaliger Zeit in England bestanden; er zieht feste Zölle vor.

Bevor ich auf die Stellung Ricardos zu den festen Getreidezöllen eingehe, will ich hier kurz die Kritik besprechen, die Ricardo an dem System der beweglichen Zölle geübt hat. Die schweren Mißstände, die mit diesem Zollsystem verbunden sind, hat Ricardo in scharfsinniger Weise aufgedeckt und alles, was er hierüber sagt, hat auch die Erfahrung reichlich bestätigt.

Da bis in die neueste Zeit hinein[2] immer wieder dieses englische System beweglicher Zölle empfohlen wird, ist die von Ricardo daran geübte Kritik auch für die Gegenwart von Bedeutung.

a) Die veränderlichen Getreidezölle.

Jeder veränderliche Getreidezolltarif muß mehrere Getreidepreise fixieren, die für die Höhe des Zolles maßgebend sein

[1] Berlin 1901. S. 7.

[2] So z. B. von Kühn, v. d. Goltz, Ehrenberg, Human, Grabein. Vgl. dazu meine oben zitierte Abhandlung über die beweglichen Zölle.

sollen nach dem Prinzip, daß, je höher die Getreidepreise sind, um so niedriger der Zoll festzusetzen ist und umgekehrt; auch ist in der Regel ein Maximalpreis festzusetzen, zu dem freie Getreideeinfuhr gestattet ist, und ein Minimalpreis, zu dem ein so hoher Zoll erhoben wird, daß er einem Prohibitivzoll gleichkommt. Wenn wir von den mittleren Preisfestsetzungen absehen, d. h. von den Getreidepreisen, die zwischen den beiden Extremen sich bewegen und nur auf die beiden Extreme selbst die Aufmerksamkeit lenken, so wird sofort klar werden, wie schwierig alle diese Preisnormierungen sind.

Nach dem englischen Gesetz von 1815 war 82½ sh der Preis, zu dem freie Getreideeinfuhr gestattet war; bei jeder Preislage darunter war die Einfuhr verboten. Nach dem Gesetz von 1822 waren die beiden Extreme: 72 sh 2¼ d und 87 sh 10½ d, nach dem Gesetz von 1828 war die Obergrenze 73 sh, bei welchem Preise nur der nominelle Zoll von 1 sh erhoben wurde, dann ging es abwärts mit einer sukzessiven Erhöhung des Zolles, der bei einem Preis zwischen 67 und 66 sh eine Höhe von 21 sh 8 d erreichte, von da ab sich immer noch um 1 sh bei jedem Shilling Erniedrigung des Getreidepreises erhöhte; nach dem Gesetze von 1842 waren die Extreme 73 sh und 51 sh.

Was ist der maßgebende Gesichtspunkt, nach welchem die beiden Extreme ausgewählt werden? Der Maximalpreis soll so festgestellt werden, daß er ein für den Landwirt völlig „ausreichender" Preis ist, d. h. daß er hinreicht, auch bei geringer Ernte, die meist solcher hohen Preislage vorausgeht, ihm — wenn ein Pachtverhältnis zugrunde liegt — neben Zahlung der Rente an den Grundherrn die übliche Verzinsung seines Kapitales und den Ersatz der von ihm gezahlten Löhne zu gewähren (wobei natürlich eine entsprechende Vergütung für die Tätigkeit des Pächters selbst einbegriffen sein muß). — In Rücksicht auf die Konsumenten dürfe dann kein Zoll mehr erhoben werden, weil eine weitere Erhöhung des Preises durch einen Zoll auf auswärtiges Getreide vermieden werden müsse. Die Preisfestsetzung nach unten ist dagegen so gedacht, daß bei den reichlichen Ernten, die in der Regel mit dieser Preislage zusammentreffen, der Landwirt überhaupt vor jeder ausländi-

schen Konkurrenz nach Möglichkeit geschützt werden soll, da nur bei völliger Ausnützung der reichen Inlandsernte der Landwirt unter solchen Umständen auf seine Kosten kommen könne.

Wie schwer ist es aber in praxi, solche Preisnormierungen vorzunehmen! Wie verschieden wird der einzelne Landwirt das angeben, was für ihn „ausreichender" Preis ist: dieser muß für die einzelnen Landesteile je nach der Beschaffenheit des Bodens, je nach der Intelligenz, Arbeitsamkeit, Betriebsweise, Höhe des Pachtzinses und der Arbeitslöhne ein durchaus verschiedener sein, und nicht nur die einzelnen Landesteile weisen hier die größten Verschiedenheiten auf, selbst innerhalb eines Landesteiles wieder die einzelnen Grundstücke! Wie schwer es fällt, das, was man „remunerative price" nennt, herauszufinden, dafür liefern die vielen parlamentarischen Verhandlungen über diese Frage in England beredtes Zeugnis. Greifen wir einmal die Reports aus dem Jahre 1814 heraus[1]; hier handelte es sich allerdings nur darum, eine Preisfixierung vorzunehmen, nämlich die Grenze nach oben, von wann ab die Getreideeinfuhr ganz frei sein solle; aber die prinzipielle Schwierigkeit war hier keine andere, als bei den zahlreichen Preisfixierungen der darauffolgenden Jahre; immer wieder ergab sich die kaum lösliche Aufgabe, die richtige Ziffer für die Preishöhe zu finden. Besonders schwer muß es sein, den Preis nach unten zu fixieren d. h. einen so niedrigen Getreidepreis, daß durch einen besonders hohen Zoll die Einfuhr vom Auslande unmöglich sein soll: denn da der niedrige Preis meist die Folge sehr reichlicher Ernten ist, so wird häufig zu derselben Zeit auch im Auslande infolge reichlicher Ernten der Preis gedrückt sein und daher trotz hohen Zolles eine Einfuhr kaum zu vermeiden sein. So urteilt auch der Bericht des Parlamentsausschusses von 1814[2]: „Es gibt kaum irgend einen Preis auf unserem eigenen Markt, der bei allgemeinem Überflusse in den anderen Teilen Europas

[1] Über die Schwierigkeiten dieser Preisnormierungen vgl. auch die treffenden Ausführungen von Parry, The question of the existing corn laws. London 1816. S. 41.

[2] Commons Report of 1814, S. 9.

niedrig genug wäre, um eine Einfuhr von Getreide von jenen fremden Häfen zu verhindern, wo ein beträchtlicher Vorrat jährlich ausschließlich zur Ausfuhr angesammelt wird."

Vor dem genannten Untersuchungsausschusse waren 36 Personen befragt worden; über sie heißt es in dem Report[1]: „Ihre Namen weisen die hervorragendsten Güterbeschauer (surveyors) und Gütermakler aus den verschiedensten Teilen Großbritanniens auf, ferner verschiedene Persönlichkeiten, die lange und sehr stark am Getreidehandel beteiligt sind, und mehrere Landwirte, die ausgezeichnet sind durch ihre Kenntnis der Praxis und die gewissenhafte Art, wie sie ihre Buchführung eingerichtet haben." Wie verschieden urteilten aber diese „Sachverständigen" über den „remunerative price" in England; z. B. Crabfree, der über 20 Jahre lang Güter taxiert hatte, wurde gefragt:[2] „Wenn irgend eine Maßregel ergriffen würde, wodurch die Pächter bis zu 70—75 sh pro Quarter geschützt würden, glauben Sie, daß es irgendwelche Schwierigkeiten hätte, Pächter zu Pachtungen zu veranlassen?" Er antwortet: „Nein, ich glaube, dies würde genügen." Ganz anderer Ansicht ist Driver, ein land-surveyor, der meint, daß 100 sh der Preis sei, der allein ausreichend sei, entsprechend den Renten, die in den vorhergegangenen 4—5 Jahren bezahlt worden wären; also zwei Sachverständige mit reicher Erfahrung, von denen der eine 70 sh, der andere 100 sh als „remunerative price" angibt! Die übrigen Experten gaben alle möglichen Preise an, z. B.: 87 sh. (Arthur Young S. 87), 84 sh. (Turnbull S. 214 des Lords Report), 66 sh 8 d, 70 sh, 72 sh, 75 sh, 88 sh, 90 sh, 96 sh.[3]

Selbst angenommen aber, daß es wirklich gelingen sollte, einmal für bestimmte Zeit das richtig festzusetzen, was man unter remunerative price versteht, so können fortwährend neue Umstände eintreten, die auf die Preisbildung von Einfluß sind und wodurch die alte Preisfestsetzung wieder ganz illusorisch wird; z. B. durch Änderung der Produktionskosten (Arbeitslöhne), durch Maßregeln der Steuerpolitik, Änderung des Geldwertes u. s. f. — zeitweilig kann auch durch Auswüchse der

[1] S. 6. — [2] Minutes of Evidence (1814), S. 154. — [3] Parry, S. 41.

Spekulation oder durch falsche Gerüchte über den zu erwartenden Ernteausfall ein Preisniveau erreicht werden, das mit den tatsächlichen Marktverhältnissen gar nicht übereinstimmt. Es wird alsdann eine Zollmaßregel ergriffen im Hinblick auf Preise, die nur durch ganz irreguläre Umstände verursacht sind. —

Als ein Experte vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschusse von 1821[1] gefragt wurde: „Würden Sie diesen Zoll als festen Zoll wünschen?“ antwortete er: „Ich würde es sicher als sehr wünschenswert halten, daß der Zoll ein fester sei, weil jedermann weiß, daß andauernd schlechtes Wetter zu gewissen Jahreszeiten für einige Wochen ein Gerücht im Lande erzeugt, das leicht großen Einfluß auf die Preise haben kann, und wahrscheinlich mehr, als nötig, denn die Ernte wird oft selbst in schlechten Jahreszeiten viel besser hereingebracht, als man zu Beginn derselben für möglich gehalten hätte.“

Zahlreiche Beispiele solcher Preisbildungen, die auf irrtümlichen Vermutungen betreffs der Ernte beruhen, gibt das Werk von Tooke und Newmarch. Z. B. wird der hohe Weizenpreis im November 1828 von 75 sh 3 d in der Hauptsache auf solche falsche Schätzungen zurückgeführt:[2] „Es war nämlich jene (d. h. Preissteigerung) keineswegs die Folge eines wirklichen Mangels und deshalb dringenden Bedarfs für den Konsum, sondern vielmehr der Meinung hinsichtlich eines möglichen Mangels.“

Ähnlich war es im Jahre 1830: „Auch der Ertrag der Ernte von 1830 galt entschieden für klein, und die Preise stiegen demnach wieder. Indessen zeigte sich hierbei die Macht der Meinung noch mehr, als im Jahre 1828. Allen späteren Angaben zufolge war die Weizenernte von 1830 keineswegs so gering, wie eine der beiden vorhergehenden und eine große Einfuhr war ... hinzugekommen; ... obgleich aber andere Industriezweige sehr darüber klagten, so fand sich doch, daß ein Steigen und ein hoher Stand der Kornpreise sich sehr gut damit vertrug; denn zu Anfang März 1831 kostete Weizen wieder 73 sh 5 d.“[3]

---

[1] Minutes of Evidence (1821). S. 63. — [2] S. 319. — [3] S. 321.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist es auch absolut nicht möglich gewesen, die Preise auf dem lohnenden und stetigen Niveau zu halten, wie es die Befürworter dieser Gesetzgebung gehofft hatten; vielmehr haben die Getreidepreise, wie die später mitzuteilenden Zahlennachweise ergeben, die größten Schwankungen durchgemacht. Zwar sind natürlich Schwankungen in den Getreidepreisen unter jedem System der Handelspolitik unvermeidlich: daher auch das Argument der Anhänger der veränderlichen Zölle, daß in anderen Ländern noch viel heftigere Schwankungen in den Getreidepreisen vorkämen,[1] gar nicht stichhaltig ist. Es kommt auf die Ursachen der Schwankungen an: sind letztere in den Ernteausfällen zu suchen, so werden sie immer und überall vorkommen; in diesem Falle läßt sich aber mit Sicherheit nachweisen, daß die Schwankungen gerade durch die verkehrte Zollpolitik noch verstärkt wurden.

Man überschätzt die Bedeutung der Getreidezölle bei weitem, wenn man annimmt, durch sie die Getreidepreise in bestimmte Grenzen nach oben und unten einbannen zu können; selbst wenn es durch die Zollgesetzgebung gelingen sollte, die Einfuhr von Getreide je nach der Preisgestaltung dann zurückzuhalten, wenn die Preise niedrig, und nur dann zuzulassen, wenn die Preise hoch sind, sind die übrigen Faktoren, die auf die Getreidepreisbildung einwirken, von so mächtiger Wirkung, daß ein „stetiger" Preis immer eine Illusion bleiben wird. Wenn nach dieser Richtung hin die Anhänger von abgestuften Getreidezöllen die Wirkung der Zölle überschätzen, so unterschätzen sie deren Wirkung nach anderer Seite hin; denn so wenig die Preisbildung selbst durch die Zölle in ausschlaggebender Weise beeinflußt werden kann, so können doch durch ungeschickte Zollgesetzgebung gewisse ungünstige Tendenzen der Preisbildung noch verstärkt werden. Ungünstige Preisbildung liegt dann vor, wenn entweder das

[1] So argumentieren z. B.: Dalbick, A few words on the corn laws. London 1841. S. 34. Holland, Letter to J. R. Mc Culloch, in answer to his statements on the corn laws London 1841. S. 13. Holland, An exposition of corn law repealing fallacies and inconsistencies. London 1840. S. 54/55. Lennard, An Adress on the corn laws. London 1839. S. 6.

Getreide einen übermäßig hohen oder einen übermäßig niedrigen Preis hat. Der bewegliche Zoll hat aber die Wirkung gehabt und muß die Wirkung haben, hohe Getreidepreise zeitweilig noch mehr zu erhöhen, niedrige Preise zeitweilig noch weiter zu erniedrigen und hierauf hat die Getreidespekulation ihren Einfluß geltend gemacht. So sicher es ist, daß Getreidehandel und Getreidespekulation nicht die Macht haben, die großen Tendenzen der Preisbildung im Getreide zu beherrschen, die in letzter Linie immer von den tatsächlichen Marktverhältnissen abhängt, so kann die Spekulation wohl die Auf- und Abwärtsbewegung der Preise hemmen bezw. fördern. Der bewegliche Zoll, der bei höheren Preisen niedriger wird, bezw. ganz fortfällt, reizt in stärkstem Maße zu der sehr naheliegenden Spekulation an, die Preise möglichst in die Höhe zu treiben, damit dann ein doppelter Gewinn erzielt wird, einmal aus erhöhtem Preise, zweitens aus dem ersparten Zoll. Und gerade der Umstand, daß eine kleine Erhöhung im Preise unter Umständen eine außerordentliche Erniedrigung des Zolles bewirken kann, muß die Spekulationslust sehr verstärken. — Z. B.: War unter der Herrschaft des Gesetzes von 1822 der Weizenpreis 83 sh, so mußte ein Zoll von 5 sh bezahlt werden; sobald der Preis 85 sh erreicht hatte (nach 6wöchentlichem Durchschnitt berechnet), so wurde nur noch ein Zoll von 1 sh erhoben; infolgedessen mußte die Spekulation durch Zurückhaltung der Vorräte, durch Aufkäufe, durch Scheinkäufe und -verkäufe alles daran setzen, den Preis bis zur gewünschten Höhe zu steigern, um den doppelten Profit zu erzielen. Alle wollen dann die günstige Konjunktur ausnutzen und es entsteht ein großer Wettbewerb, so schnell und soviel als möglich Getreide ins Land zu bringen.

Schon das Gesetz von 1818 reizte zu derartigen Spekulationen; denn auf Grund dieses Gesetzes konnte Getreide ganz frei eingeführt werden, wenn es einen bestimmten Preis erreicht hatte. Tooke berichtet aus dem Jahre 1820:[1] „In England hatte sich allerdings eine Spekulation auf Hafer gezeigt, und war die Erlaubnis zur Einfuhr gegeben worden, aber nur für

[1] I, S. 243.

einen Termin von 6 Wochen, und da die sehr reiche Halferernte dort mit Bestimmtheit annehmen ließ, daß die Häfen alsdann wieder geschlossen werden würden, so ging der Preis in Hamburg nicht allein auf seinen früheren Standpunkt von 42 Rt zurück, sondern man konnte Ende September beste Ware zu 35 Rt und ganz geringe sogar zu 25 Rt per Last kaufen. Die Steigerung im August war lediglich durch Machinationen der Getreidehändler herbeigeführt, um ihre unter Schloß lagernde Ware einzuführen, sobald der Preis das Maximum in bezug auf den Zoll überschritt und war es ihnen auch gelungen, denselben dort bis 60 Rt zu treiben; doch wich er schon nach drei Tagen auf 55".

War aber die Erhöhung des Preises erreicht, so konnte der Rückschlag nicht ausbleiben, denn die jetzt massenhaft zuströmenden Getreidemengen drückten wieder auf den Preis, so daß die in der Folge eintretende Preiserniedrigung ebenfalls stärker ausfiel, als es unter normalen Verhältnissen der Fall gewesen wäre.

Schon die bloße Furcht, daß die unter Zollverschluß lagernden Vorräte zollfrei hereinkommen könnten, wirkte öfters preiserniedrigend: z. B. sagt darüber Tooke:[1] „1826 fiel Weizen von durchschnittlich 60 sh im Januar auf 55 sh 6 d im März. Das mochte einigermaßen seinen Grund in den schon angedeuteten bedrängten Verhältnissen des Geldmarktes haben; weit mehr aber augenscheinlich in der damals allgemein vorherrschenden Besorgnis, daß der Weizen unter Schloß, wie im Frühjahr vorher, zu einem niedrigen Zoll freigegeben werden mußte; denn, nachdem die Minister im Parlamente geäußert hatten, daß eine solche Absicht nicht vorliege, stieg Weizen im April auf 60 sh."

Wie rasch die Spekulation diese Konjunktur ausnützt, dafür liefert das Jahr 1842, in welchem die neue Zollskala eingeführt wurde, einen guten Beleg: Am 26. Juni hatte das Getreidegesetz die königliche Genehmigung erhalten, und sofort mit Eintritt des neuen Zolltarifs wurde der gesamte Vorrat unter Schloß, mehr als 2 Millionen Quarters, zum Konsum

---

[1] I, S. 278.

eingeführt. Der Durchschnittspreis von Weizen war damals 52 sh 2 d und fiel bis zum 15. August auf 45 sh 1 d.

Die Tendenz zur Preiserhöhung, die künstlich durch die Einrichtung beweglicher Zölle gefördert wurde, wurde noch weiter verstärkt durch die besondere Risikoprämie, welche der Getreide-Importeur sich berechnen mußte; da die Zollhöhe immer von der Höhe des Getreidepreises abhängig war, so konnte nur bei gewissen Preissätzen des Getreides eine Einfuhr stattfinden; der Importeur hatte also das Risiko dieser fortwährenden Preisschwankungen zu tragen und mußte sich dafür schadlos halten. Da ferner zu den Zeiten, wann die Häfen geöffnet waren, ungeheuere Getreidemengen nach England gebracht wurden, um die zollfreie Zeit zu benützen, so waren die Schiffe derartig in Anspruch genommen, daß die Frachtsätze stark in die Höhe gingen, was die preiserhöhende Tendenz noch weiter verstärkte. Der ganze Getreidehandel bekommt unter dem System veränderlicher Zölle einen sprunghaften, unsicheren, riskanten Charakter; die Getreidespekulation wird im Gegensatz zum soliden Getreidehandel begünstigt.[1]

Diese Gestaltung des Getreidehandels hat aber auch ganz besonders für die Landwirtschaft selbst sehr üble Folgen, weshalb auch gerade aus den Kreisen der Landwirte lebhafte Opposition gegen das System der veränderlichen Zölle laut wurde; denn sobald die Preise hoch sind, und die Landwirte den günstigen Preisstand ausnutzen wollen und sich dadurch für vorausgegangene niedrige Preise schadlos halten wollen, kommt eine derartige massenhafte Getreideeinfuhr von

[1] Selbst Anhänger des beweglichen Zolles geben diese Wirkung des Zolles zu, vgl. Dalbick, S. 34. Hubbard teilt aus seiner Erfahrung mit: „Nach meiner eigenen Kenntnis hatte jemand auf Getreideeinfuhr 100 Proz. Gewinn, da die gleitende Skala gerade ihren niedrigsten Punkt erreicht hatte, als der Weizen ankam. Zu einer anderen Zeit kam der Weizen, den er in der Zeit der Knappheit beordert hatte, erst an, als die Skala bis zu einem Prohibitivzolle hinaufgegangen war; der Weizen blieb viele Jahre im Magazin und er verlor 50 Proz.“ (Vindication of a fixed duty on corn. London 1842. S. 33.) Vgl. auch Ashpitel, A few facts on the corn laws. III. ed. London 1841. S. 10 ff.

auswärts, daß sehr bald wieder die Preise sinkende Tendenz aufweisen.

Die Landwirte hatten aber den weiteren Nachteil, daß die Getreidehändler lieber auswärtiges, als inländisches Getreide kauften, da sie bei ersterem im Falle steigender Preise noch den Vorteil des fortfallenden Zolles hatten; war der Weizenpreis — wie im obigen Beispiel — 83 sh, so gewann der Landwirt 2 sh pro Quarter, wenn der Preis auf 85 sh stieg; bei Verkauf des auswärtigen Getreides dagegen gewann er nicht nur die Preisdifferenz, sondern auch noch den Betrag des Zolles, um den dieser infolge der Preiserhöhung erniedrigt wurde.

Wenn trotz aller dieser schlechten Erfahrungen die Bewegung zugunsten eines festen Zolles im Jahre 1841 resultatlos verlief und im Jahre 1842 besonders auf Robert Peel's Betreiben wieder ein veränderlicher Zoll eingeführt wurde, so sind die Gründe, die Peel dafür hatte, gut ersichtlich aus seiner Rede im House of Commons am 21. August 1841, wo er sagte:[1] „Nun lassen Sie mich Ihnen folgende Frage vorlegen: Nehmen Sie an, Sie hätten Ihr Gesetz im vergangenen Monat Mai angenommen, das den festen Zoll auf 8 sh festsetzt, und das am Ende der Session in Kraft treten sollte. Nehmen Sie an, das Wetter sei unbeständig geblieben; die gegenwärtige Ernte sei eine besonders ungünstige gewesen; der Preis des Getreides sei gegen September oder Oktober auf 90 sh pro Quarter gestiegen — glauben Sie, daß Sie auf ihrem festen Zoll von 8 sh bestanden hätten?"

Ähnliche Argumentationen finden sich häufig in den Schriften der Anhänger der veränderlichen Zölle; sie laufen darauf hinaus, daß in Hungerjahren ein solcher Zoll schon wegen der Volkswut undurchführbar sei. Hierauf ist jedoch zu erwidern, daß, wenn wirklich der Preis einmal so hoch steht, wie es in Hungerjahren der Fall ist, auch unter dem System der veränderlichen Zölle eine tatsächliche Preiserhöhung stattfindet, wenn auch direkt kein Zoll erhoben wird; denn gerade diese Zeit der Teuerung und Mißernte ist es ja vor allem, worauf die Spekulation rechnet, wenn sie ihre

---

[1] Hubbard, a. a. O. S. 4/6.

Vorräte zurückhält, um sie dann zollfrei einzulassen; die Erhöhung ihrer Preise um die Risikoprämie und um die erhöhten Frachtspesen sowie die anderen preiserhöhenden Umstände, die wir oben näher darlegten, machen sich auch ohne Zoll in erhöhtem Preise geltend.

Welch' große Schwankungen die Getreidepreise auch unter der Geltung der beweglichen Zölle aufweisen, zeigen die folgenden Tabellen über die Weizenpreise unter den Gesetzen von 1815, 1822, 1828, 1842.[1]

Tabelle 1.

Die Weizenpreise in England 1815—1827 im Jahresdurchschnitt pro Quarter.

Jahr	Preis	Jahr	Preis
1815	65 sh 7 d	1822	44 sh 7 d
1816	78 „ 11 „	1823	53 „ 4 „
1817	96 „ 11 „	1824	63 „ 11 „
1818	86 „ 3 „	1825	68 „ 6 „
1819	74 „ 6 „	1826	58 „ 8 „
1820	67 „ 10 „	1827	58 „ 6 „
1821	56 „ 1 „		

Tabelle 2.

Weizenpreise in England 1829—1841 im Jahresdurchschnitt pro Quarter.

Jahr	Preis	Jahr	Preis
1829	66 sh 3 d	1836	48 sh 6 d
1830	64 „ 3 „	1837	55 „ 10 „
1831	66 „ 4 „	1838	64 „ 7 „
1832	58 „ 8 „	1839	70 „ 8 „
1833	52 „ 11 „	1840	66 „ 4 „
1834	46 „ 2 „	1841	64 „ 4 „
1835	39 „ 4 „		

[1] Tabellen 1 und 2 sind entnommen aus Part II der Parliamentary Papers über corn laws usw. 1839—1843; Tabelle 3 und 5 aus Tooke und Newmarch, Bd. 1, S. 804. Tabelle 4 aus dem Report von 1833. (Agricultural Distress.)

Tabelle 3.

Weizenpreise in England 1842—1846 im Jahresdurchschnitt pro Quarter.

Jahr	Preis	Jahr	Preis
1842	57 sh 3 d	1845	50 sh 10 d
1843	50 „ 1 „	1846	54 „ 8 „
1844	51 „ 3 „		

Kommen hier bei den Jahresdurchschnitten der einzelnen Perioden schon so starke Schwankungen vor, wie zwischen 96 sh 11 d und 44 sh 7 d (Tab. 1) und zwischen 70 sh 8 d und 39 sh 6 d (Tab. 2) — so treten diese Schwankungen noch viel deutlicher hervor, wenn wir die höchsten und niedrigsten Wochendurchschnittspreise aus den einzelnen Jahrgängen hinzufügen.

Tabelle 4.

Die höchsten und niedrigsten Wochendurchschnittspreise für Weizen in England pro Quarter 1816—1827.

Jahr	höchster Preis	niedrigster Preis	Schwankung innerhalb von 3 Jahren in Proz.
1816	103 sh 11 d	53 sh 1 d	
1817	112 „ 7 „	74 „ — „	von 53.1 bis 112.3 = 111 Proz.
1818	91 „ 3 „	78 „ 7 „	
1819	78 „ 11 „	64 „ 2 „	
1820	73 „ 9 „	53 „ 11 „	von 46.2 bis 78.11 = 85 Proz.
1821	70 „ 7 „	46 „ 2 „	
1822	56 „ 7 „	38 „ 1 „	
1823	62 „ 5 „	39 „ 11 „	von 38.1 bis 67.7 = 76 Proz.
1824	67 „ 7 „	53 „ 11 „	
1825	69 „ 8 „	61 „ 5 „	
1826	61 „ 4 „	54 „ 3 „	von 49.2 bis 69.8 = 44½ Proz.
1827	60 „ 9 „	49 „ 2 „	

Tabelle 5.

Jährliche Schwankungen im Wochendurchschnitt der Weizenpreise in England pro Quarter 1829—1846.

Jahr	Höchster Wochendurchschnitt	Niedrigster Wochendurchschnitt	Differenz in Shilling
1829	75 sh 11 d	55 sh 4 d	20 sh 7 d
1830	74 „ 11 „	55 „ 5 „	19 „ 6 „
1831	75 „ 1 „	59 „ 2 „	15 „ 11 „
1832	63 „ 7 „	51 „ 3 „	12 „ 4 „
1833	56 „ 5 „	49 „ 2 „	7 „ 3 „
1834	48 „ 6 „	40 „ 6 „	9 „ — „
1835	44 „ — „	36 „ — „	8 „ — „
1836	61 „ — „	36 „ — „	25 „ — „
1837	60 „ 1 „	51 „ — „	9 „ 1 „
1838	78 „ 4 „	52 „ 4 „	26 „ — „
1839	81 „ 6 „	65 „ 6 „	16 „ — „
1840	72 „ 10 „	58 „ 10 „	14 „ — „
1841	76 „ 1 „	60 „ 7 „	15 „ 6 „
1842	65 „ 8 „	46 „ 10 „	18 „ 10 „
1843	61 „ 2 „	45 „ 10 „	15 „ 9 „
1844	56 „ 5 „	45 „ 1 „	11 „ 4 „
1845	60 „ 1 „	45 „ — „	15 „ 1 „
1846	64 „ 4 „	45 „ 1 „	19 „ 3 „

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß, selbst als das Prinzip des veränderlichen Zolles in der gleitenden Zollskala zu seiner höchsten Ausbildung gelangt war, in einem einzigen Jahre Schwankungen vorkamen, wie z. B. 1836: zwischen 61 und 36 sh, 1838: zwischen 78.4 und 52.4, 1842: zwischen 65.8 und 46.10.

Auf Grund dieser Erfahrungen konnte Lord Howick in seiner Rede im House of Commons am 13. März 1839 an den Ausspruch Cannings erinnern, daß das Gesetz von 1828 zur Folge haben solle, den Preis zwischen 55 sh und 65 sh stetig zu erhalten; tatsächlich — so führte Howick auf Grund der Statistik aus — habe der Preis in den Jahren 1835—1839 zwischen 36 sh und 81 sh 5 d geschwankt!

b) Die festen Getreidezölle.

Im Gegensatz zu seinen allgemeinen freihändlerischen Grundsätzen und im Unterschied zu der Freihandelstheorie, wie sie seit Ricardo meist vertreten wird, läßt Ricardo — wie wir sahen — Ausnahmen zu und zwar speziell im Getreidehandel.

Zweierlei Umstände veranlaßten ihn, für einen zeitweiligen festen Getreidezoll einzutreten, einmal die besonderen Lasten, die auf der Landwirtschaft ruhten und die mancherlei Abgaben, welche die Landwirte zu zahlen hatten, und zweitens die Notlage, in der sich damals die Landwirtschaft befand. Diese Notlage hielt aber Ricardo nur für eine vorübergehende — daher er auch nur für zeitweilige Agrarzölle eintrat.

Aber — und dies ist prinzipiell wichtiger, weil es zeigt, daß sich Ricardo noch viel weiter von der üblichen freihändlerischen Schablone entfernt — er betont wiederholt, daß er von der sicheren Erwartung ausgeht, daß diese vorübergehende Maßregel die Lage der landwirtschaftlichen Berufsklasse genügend bessern würde. Sollte dies nicht der Fall sein, sollte etwa die Folge der freien Einfuhr die sein, daß die Landwirtschaft nicht mehr rentabel wäre und daher der englische Grund und Boden nicht mehr bebaut werden könnte, dann würde er ernste Bedenken tragen, einer solchen Maßregel zuzustimmen, wegen der politischen Folgen, die damit verknüpft wären. Daraus geht also hervor, daß Ricardo auch einem dauernden Zollschutz für die Landwirtschaft nicht abgeneigt wäre, wenn die Umstände so lägen, daß bei Freihandel die Rentabilität der Landwirtschaft gefährdet wäre. Die politische Bedeutung des Bestandes einer landwirtschaftlichen Bevölkerung neben der industriellen, ist ihm wichtig genug, diese Konsequenz zu ziehen.

Wenn trotzdem Ricardo an seiner Forderung nur vorübergehender Zölle festhält, geschieht dies, weil er diese schädlichen Folgen der Freihandelspolitik für ganz ausgeschlossen hält. Und dies hängt wieder mit seiner allgemeinen Anschauung über Rente, Profit und Lohn zusammen.

Für Ricardo handelt es sich in dieser handelspolitischen Kontroverse nicht um die Frage: Industriestaat oder Agrarstaat?

Denn seiner Ansicht nach sollen die Landwirte ihren natürlichen Schutz in den hohen Frachtspesen haben, die eine Einfuhr des fremden Getreides in größerem Maßstabe ausschließen; nur ein kleiner Bruchteil des englischen Getreidekonsums sollte seine Deckung aus dem Auslande finden. Es handelte sich für Ricardo vielmehr um die Frage: arbeitsloses Einkommen oder erarbeitetes Einkommen? also darum: soll durch die Getreidezölle die natürliche Tendenz der Rente, zu steigen, noch verstärkt werden zugunsten weniger rentenempfangender Grundherrn oder soll nicht vielmehr diese Tendenz durch freie Zulassung des fremden Getreides gemildert werden, so daß zwar den landwirtschaftlichen Pächtern in ihrer großen Mehrzahl ihr wohlverdienter Profit, den landwirtschaftlichen Arbeitern ihr wohlverdienter Lohn bleibt, den Grundherrn aber nicht weiterhin ein wachsendes Renteneinkommen zufällt?

Nicht der landwirtschaftliche Boden sollte außer Kultur gesetzt werden, sondern nur die schlechtesten und unfruchtbarsten Bodenklassen sollten aufgegeben werden — das Kapital, das so freigesetzt wird, sollte zweckmäßiger auf den besseren Böden oder in der Industrie Verwendung finden.

Ähnliche Erwägungen wie bei Ricardo finden sich auch bei Adam Smith; auch letzterer ist trotz seiner Vorliebe für die Landwirtschaft Anhänger des Freihandels, weil er meint, daß die Landwirtschaft ihren natürlichen Schutz in den hohen Frachtkosten habe:[1] „Wäre die freie Einfuhr fremder Fabrikate erlaubt, so würden wahrscheinlich viele einheimische Fabriken darunter leiden, manche vielleicht ganz zugrunde gehen. Dagegen könnte auch die freieste Einfuhr roher Bodenprodukte eine solche Wirkung auf den einheimischen Landbau nicht ausüben. . . .

Auch die freie Einfuhr fremden Getreides könnte die Interessen der britischen Landleute nur sehr wenig berühren. Getreide ist eine noch viel umfangreichere Ware, als Fleisch. Der Transport eines Gewichtpfunds Weizen zu einem Penny kommt ebenso teuer zu stehen, wie der eines Pfundes Fleisch

[1] Natur und Ursachen des Volkswohlstandes. Ausg. Löwenthal. II. Aufl. 1882. I. S. 470.

zu vier Pence. Daß selbst in den Zeiten des größten Mangels nur so wenig fremdes Getreide eingeführt wurde, kann unsere Landwirte davon überzeugen, daß sie auch von der freiesten Einfuhr nichts zu fürchten hätten."

Nur um $^1/_{570}$ der jährlichen Konsumtion kann es sich nach A. Smith handeln![1] „Das durchschnittlich in England eingeführte Getreide aller Arten verhält sich zu dem daselbst verbrauchten, nach den Berechnungen des Verfassers der „„Abhandlungen über den Getreidehandel"" wie 1 : 570. Hinsichtlich der Versorgung des heimischen Marktes verhält sich also die Wichtigkeit des inländischen zu der des Einfuhrhandels wie 570 : 1."

In der freihändlerischen Agitation wurde ähnlich argumentiert, wenn auch der Prozentsatz nicht so niedrig angenommen wurde, wie bei Smith. In einer Rede, die Joseph Hume im Jahre 1833 hielt, sagte er:[2] „Zum Beweise, daß die Menge des eingeführten Getreides klein ist im Verhältnis zu unserer Konsumtion und daß sie den Getreidepreis in England nur wenig beeinflussen kann, kann ich feststellen, daß in den Jahren 1795—1815, als die Häfen virtuell (virtually) geöffnet waren, die Einfuhr von Getreide nur 5 % oder $^1/_{20}$ unserer Konsumtion ausmachte. . . . Der Vorteil eines regelmäßigen Freihandels in Getreide für England würde daher eher darin bestehen, die übrige Welt auf die Höhe unseres Preises als die Preise bei uns auf die Höhe des Kontinents zu bringen."

Sonach kommt unser Problem auf die Frage heraus: ist Ricardo's Theorie der Verteilung des Volkseinkommens richtig? Es würde viel zu weit führen, alles hier nochmals zu wiederholen, was ich bereits zur Kritik dieser Theorie gesagt habe. Es genügt an dieser Stelle der Hinweis, daß der Tendenz der Rente, zu steigen, auch Gegentendenzen gegenüber stehen, die Ricardo nicht genügend beachtet hat; daß die Spaltung der Einkommenszweige in Rente, Profit, Lohn sich nicht so automatisch vollzieht, daß die drei landwirtschaftlichen Berufs-

---

[1] Ebendort II. S. 39.

[2] Vgl. W. J. Ashley, The Tariff Problem. II. Ed. London 1904. S. 46/47.

klassen: Grundherren, Pächter, Arbeiter auch jede für sich auf eine dieser Einkommensarten angewiesen wäre.

Ich zeigte, daß selbst in England, wo das Pachtwesen eine so große Rolle spielt, diese Scheidung nicht so streng vorhanden, daß auch dort neben dem Grundherrn die Pächter und Arbeiter am Stande der Getreidepreise interessiert sind; in viel höherem Maße ist dies natürlich der Fall, wo — wie in Deutschland — die verschiedenen Einkommensarten oft gemeinsam auf ein und dieselbe Person kommen.

Im übrigen aber muß für die Entscheidung der Frage, ob Ricardo mit seiner Annahme Recht hatte, auf die Erfahrung hingewiesen werden: sind wirklich unter dem Freihandelssystem nur die „poorest soils" außer Anbau gesetzt worden? Hat sich wirklich nur eine Veränderung insofern vollzogen, daß nur ein kleiner Teil des Getreidekonsums aus dem Auslande gedeckt wird? Hat sich wirklich nur die ökonomische Situation der großen Grundherren, nicht aber die der Pächter und Arbeiter verschlechtert?

Wie auf wenigen Gebieten ist hier die Nationalökonomie in der Lage, eine exakte Antwort zu geben: über die Entwicklung der englischen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert gibt es eine reiche Fülle von Tatsachenmaterial. In ausführlichen Enquêteberichten, in vorzüglichen Monographien, sowohl über einzelne Teile Großbritanniens, wie über ganz England liegt ausreichendes Material zur Beurteilung dieser Frage vor.

Es kommen namentlich in Betracht die schon oft erwähnten Berichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse aus den Jahren 1814, 1821, 1822, 1833, 1837 und 1846, ferner die Arbeiten von Jacob, Tracts relating to the corn trade and corn laws, London 1838 und Caird, English Agriculture in 1850—51, London 1852, — aus neuerer Zeit die Berichte (1881 und 1882) der Royal commission to inquire into the depressed Condition of the agricultural interest, and the causes to which it is owing (1879) — sowie die Berichte (1894—97) der Royal commission to inquire into the subject of Agricultural depression (1893). Zusammenfassende Arbeiten haben geliefert Paasche, Die Entwicklung der britischen Landwirtschaft unter dem Drucke ausländischer Konkurrenz

(Jahrb. f. Natök. III. T. 1892). — Koenig, Die Lage der englischen Landwirtschaft. Jena 1896. — Stillich, Die englische Agrarkrisis. Jena 1899. — Dulac, Agriculture et Libre-échange. Paris 1903.

Prüfen wir zunächst die Frage, ob wirklich, wie Ricardo annahm, nur ein kleines Quantum von Brotgetreide infolge der freihändlerischen Politik nach England kam, so ist darauf hinzuweisen, daß sich diese Behauptung nicht nur bei den Freihändlern findet. Bei Schutzzöllnern, wie bei Freihändlern wird dies prophezeit; bei ersteren mit dem Hinweise, daß, wenn der Import eines so geringen Quantums Getreides gehindert würde, dies unmöglich die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen des Landes sehr schädigen könnte; bei letzteren mit dem Bemerken, daß die Einfuhr einer so unbedeutenden Menge von Getreide die Landwirtschaft nicht dauernd zu schädigen brauchte.

Auch zwei der besten landwirtschaftlichen Autoritäten damaliger Zeit, Jacob und Caird, sind in der Annahme einig, daß es sich nur um ein kleines Quantum handeln könne.

Jacob argumentiert zugunsten des Schutzzolls, und zwar gerade vom Standpunkte der Konsumenten: wollte man wegen eines so kleinen Getreidequantums sich vom Auslande abhängig machen, so könnte dies gerade den Konsumenten schädlich sein, denn einer kleinen Preiserniedrigung, welche dem Konsumenten zugute kommen könnte, stünde die starke Preiserhöhung in Jahren gegenüber, wo das Ausland schlechte Ernten hat — besser sei daher eine Erhaltung des heimischen Getreidebaus für den vollen Bedarf:[1] „Nur zum Schutze des Konsumenten gegen einen zu hohen Preis, der eintreten würde, wenn ein, und zwar gar nicht bedeutender Teil unseres Bedarfs vom Auslande geliefert würde, kann überhaupt irgend eine Beschränkung des Getreidehandels gerechtfertigt werden. Wenn das Getreide im Lande nicht mit Vorteil gebaut werden kann, wird der heimische Bedarf in einem Betrage vermindert werden, daß es nicht durch eine Einfuhr aus der Fremde ausgeglichen werden kann außer zu Opfern an mehr Geld, als es kosten

[1] S. 118/119.

würde, den ganzen Bedarf aus unserem Boden zu decken. Es läuft dann einfach auf die Frage hinaus, ob es besser ist, dem heimischen Landwirt einen Vorteil zu gewähren auf Kosten zunächst des Konsumenten oder letzteren für einen solchen Teil seines Bedarfs vom Auslande abhängig zu machen, daß er schließlich höhere Preise zahlen muß, wenn er durch eine kleine Verringerung der Fruchtbarkeit gezwungen ist, eine größere Menge, als gewöhnlich aus dem Auslande zu beziehen. . . .

Es ist geschätzt worden, daß, wenn unsere einheimischen Kornäcker so vermindert würden, um uns zu zwingen, für ein Achtel unseres Bedarfs dauernd vom Ausland abhängig zu sein, diese Menge, wenn sie, was sehr zweifelhaft ist, überhaupt geliefert werden könnte — zu größeren Kosten geliefert würde, als die Summe ausmacht, welche es kostete, unsere einheimischen Produzenten insoweit zu schützen, daß sie ermutigt werden, den Bedarf selbst zu decken."

In geschickter Weise wurde auch das freihändlerische Argument, daß die Landwirte von einer so kleinen Getreideeinfuhr nichts zu fürchten hätten, von Peel zur Unterstützung seiner schutzzöllnerischen Politik verwendet; als Peel noch für Aufrechterhaltung der Getreidezölle eintrat, rief er den Freihändlern zu: Wie könnt ihr behaupten, daß England durch die Einfuhr eines so minimalen Quantums von Getreide so sehr geschädigt würde? In der Sitzung des Unterhauses vom 15. März 1839[1] zitierte er eine Äußerung des Parlamentsmitglieds Grote, der gesagt hatte: „„Es ist meine Überzeugung, daß wir unter völligem Freihandel in gewöhnlichen Zeiten eine Menge von einer Million Quarters von den 15 Millionen, die wir in diesem Lande regelmäßig konsumieren, aus dem Auslande beziehen, und daß diese Menge zu 45 s. per Quarter geliefert werden würde.""

„Nun, wenn dem so ist," fährt Peel fort, „was für schamlose Übertreibungen sind betreffs der Bedrückung und der Mißstände, die durch die Kornzölle hervorgerufen werden, laut geworden! Wie gänzlich haltlos muß die Annahme sein, daß

---

[1] Peel, Speeches Vol. III. S. 596.

eine unermeßliche Nachfrage nach unsern Manufakturwaren im Austausche für das fremde Getreide entstehen würde, sobald die Kornzölle aufgehoben würden! Innerhalb der letzten acht oder neun Jahre haben wir tatsächlich im Durchschnitt aus fremden Ländern nicht weniger als 750000 Quarters Weizen bezogen und ist es glaublich, daß die regelmäßige zukünftige Nachfrage von weiteren 250000 Quarters zuzüglich der früher bereits vorhandenen von 750000 diese enormen Wohltaten hervorrufen kann?"

Betrachten wir diesen Prophezeiungen gegenüber die Tatsachen! Ist wirklich, wie Ricardo annahm, England ein Agrar- und Manufakturstaat geblieben, bezieht es nur den Bedarf einiger Wochen an Getreide aus dem Auslande, oder wie Peel meinte, eine Million Quarter, oder wie andere sagten, $^1/_8$ oder $^1/_{15}$ des Bedarfs?

Tatsächlich bezog England schon gegen Anfang der 70er Jahre vom Ausland ungefähr ebenso viel Weizen wie es selbst produzierte, zirka 12 Millionen Quarters. Seitdem aber hat sich das Verhältnis fortwährend verschoben: der einheimische Weizen ist progressiv durch den fremden Weizen verdrängt worden, so daß zur Zeit der letzten Agrar-Enquête (1893/95) über 75 % des gesamten englischen Weizenvorrats aus dem Auslande stammten. Das Weizen-Areal Englands, das 1873/75 noch 3,671 Millionen Acres ausmachte, war 1893/95 auf 1,799 Millionen Acres zusammengeschmolzen.[1]

Und wie haben sich die Preise gestaltet? Sind sie wirklich nicht, wie die Freihändler behaupteten, unter die Grenze heruntergegangen, daß der Weizenbau noch rentabel war? Koenig sagt darüber:[2] „Ein bedeutender Teil des englischen Ackers ist idealer Weizenboden und derselbe hat infolge der kolossal niedrigen Weizenpreise während der letzten Jahre an Wert um 30—75 % dadurch eingebüßt, daß ein rentabler Weizenbau nunmehr ausgeschlossen wurde."

Ein Preis von 45 sh wurde, wie wir sahen, als Minimalpreis des englischen Weizens von Rednern im englischen Parlament vorausgesagt; Prince-Smith stellte sogar einen solchen

---

[1] Stillich 45. — [2] S. 291.

von 58 sh in Aussicht:[1] wie sind die Tatsachen? Der Preis des britischen Weizens stand in der Zeit von 1893—95 auf 24 sh 1 d per Quarter!

Und wie hat sich die Gesamtlage der englischen Landwirtschaft verändert? Ist wirklich nur eine Verringerung des Renteneinkommens der Grundherren eingetreten, aber die Lage der Pächter- und Arbeiterklasse unverändert geblieben bzw. besser geworden? James Caird, die größte Autorität in allen Fragen dieser Art, rechnete auf Grund einer speziellen amtlichen Untersuchung aus, daß in den 80er Jahren das Einkommen der agrarischen Bevölkerung sich um insgesamt 43 Mill £ d. h. beinahe eine Milliarde Mark vermindert hat.[2] Dasselbe wird auch durch die Aussage anderer Zeugen bestätigt, die das Sinken der Pacht für das Ackerland während des Jahrzehntes 1875 bis 1885 auf 30—40% schätzten.[3]

Nach Angaben der Norfolker Landwirtschaftskammer sind in dieser Grafschaft die Pachten in der Zeit von 1874 bis 1894 um 25—35% auf dem besten Lande, und um 40—60% auf mittlerem Boden zurückgegangen.[4]

Die Pächter sollten nach Ricardo ihren Durchschnittsprofit behalten; auch hier hat die Enquête ein ganz anderes Resultat ergeben. Die Pächter wirtschaften heute im Durchschnitt nur noch ungefähr 60% der Summe heraus, die in vergangenen Tagen ein gewöhnlicher Durchschnittsprofit war.[5]

---

[1] „Nehmen wir also alle diese Umstände noch in Betracht: nämlich die Langsamkeit einer Vermehrung des Bodenertrags selbst bei vermehrten Mitteln, die Schnelligkeit einer Ausdehnung der Menschenzahl, wo sich die Möglichkeit bietet, die höhere Produktivität eines gleichmäßig ernährten und vor entsittlichenden Krisen geschützten Volkes, so dürfen wir voraussagen, daß der Durchschnittspreis, den wir, für den ersten Augenblick nach Aufhebung des Zolles, zu 53 d annahmen, durch die weitere Wirkung der Handelsfreiheit, nach wenigen Jahren stetiger Versorgung der Manufakturarbeiter mit Lohn und Brot, selbst über den jetzigen Durchschnittspreis von 58 sh hinaus sich erhöhen müsse." (Ges. Schriften II. S. 209.)

[2] Second Report on trade Depression. Aussage v. J. Caird. Q. 7673 bis 7677. Citiert bei Tugan-Baranowsky, Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England. Jena 1901. S. 161.

[3] Third Report on trade Depression. Aussage von Coleman, Q. 8999, von Druce, Q. 9114. Citiert ebendort.

[4] Stillich 5. Dulac 28. — [5] Stillich S. 26.

Und wie hat der Freihandel auf die Krisen gewirkt? Sind diese wirklich, wie die Freihandelsheoretiker prophezeiten, verschwunden? Zwar hat Ricardo nie direkt ausgesprochen, daß durch die Beseitigung der Schutzzölle die Krisen verschwänden — einfach aus dem Grunde, weil er in seiner optimistischen Weise, wie wir sahen, an die Existenz derartiger langandauernden Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts nicht glaubte — aber er wies doch immer wieder auf die wunderbare Harmonie der wirtschaftlichen Interessen hin, die durch den Freihandel erzeugt würde, auf den blühenden und gesunden Zustand der Volkswirtschaft, den der Freihandel im Gefolge haben müßte, auf das „allgemeine Wohl der Gesamtheit", welches mit dem Freihandel verknüpft sei, auf die daraus resultierende „wirksamste und wirtschaftlichste Verteilung der Arbeit" usw.

Bei den Anhängern und Nachfolgern Ricardo's wird das Krisenargument direkt zugunsten der freihändlerischen Politik verwandt, insofern, als behauptet wird, daß durch die Annahme des Freihandels auch die Krisen in der Volkswirtschaft ihr Ende fänden.

Torrens erklärt in folgender Weise, daß das Schutzzollsystem die Krisen hervorrufe:[1] „Durch ein handelspolitisches System, welches dem Zeitalter und dem Lande ungünstig war, schränkten wir die Einfuhr fremder Agrarprodukte ein und verringerten dadurch die Zins- und Gewinnrate, bis das Kapital, welches von den Kanälen fruchtbarer Anlage und Reproduktion ausgeschlossen war, sich im Stadium der Überfülle befand; die niedrigen Zins- und Profitraten, sowie der Überfluß an Kapital verleiteten die, welche Kapital besaßen, ihre Ersparnisse in jeder gewagten Anlage zu verwerten, die ihnen vorgeschlagen wurde; der Wunsch, in immer neuen Spekulationen sein Geld anzulegen, zum Zweck, die gewohnten Profite zu erhalten, die in den normalen Geschäften nicht mehr zu erlangen waren, machten den Spekulationsgeist im ganzen Lande epidemisch."

Ähnlich sagte Bright:[2] „Dieses Gesetz (das Getreidezoll-

---

[1] R. Torrens, An essay on the External corn trade. III. ed. London 1826. S. 324/5.

[2] Speeches on questions of public policy. Vol. II. Lond. 1869. S. 285.

gesetz) ist die Ursache vieler jener verhängnisvollen Schwankungen im Handel, durch welche so viel Elend in diesem handeltreibenden Lande hervorgerufen wird."

Cobden hält die durch die Zölle erhöhten Getreidepreise für die Ursache der geschäftlichen Depressionen:[1] „Nun, ich behaupte, der Westen von Yorkshire ist in die Höhe gekommen und hat weniger Not gelitten im Verhältnisse, als der Getreidepreis niedriger wurde und wenn der Preis je wieder bis zu 4 sh für den Stone steigt, dann wird eure Stadt mit Armen angefüllt sein, eure Fabriken haben keine Arbeit, und jede Klasse in diesem Volke wird Not leiden, wie im Jahre 1842."

Und hören wir die Prophezeiung von Prince-Smith:[2] „England wird nämlich, durch Befreiung des Handels, von den Wechselfällen befreit werden, welche sein Gedeihen verkümmerten und sein Los, trotz seiner großen Mittel, wenig beneidenswert machten. Es wird nicht mehr fürchten müssen, daß jeder momentane Aufschwung des Erwerbs nur der Vorbote eines ebenso großen Rückschwungs sei. Es wird nichts von allgemeinen Krisen wissen; und die partiellen Schwankungen werden, je freier die Bewegung, um so früher ihre Ausgleichung finden. Die Brotlosigkeit der Arbeitsfähigen wird aufhören; und die Kapitalien werden sich rasch vermehren, weil sie, bei freier Bestimmung, die möglichst produktive Anlage suchen."

Neuerdings erklären die meisten Freihandelstheoretiker, daß die Krisen unter dem Freihandelssystem zwar nicht beseitigt, wohl aber bedeutend gemindert werden könnten. So z. B. Dietzel:[3] „Krisenschutz gewährt der Freihandel nicht, der Zollschutz erst recht nicht. Aber Hilfe in Krisen, baldige Wiederherstellung des Gleichgewichts von Produktion und Konsumtion, möglichst geringe Störung der „„Kontinuität"" ist bei Freihandel in höherem Maße gewährleistet wie bei Zollschutz."

---

[1] Cobden, Speeches on questions of public policy. London 1880. S. 213.

[2] Über die englische Tarifreform, in Prince-Smith's Gesammelten Schriften. II. Band. Berlin 1879. S. 225.

[3] Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit. Jena 1903. S. 65.

Und an anderer Stelle:[1] „Auch unter dem System der Handelsfreiheit können Krisen kommen. Gegen Rechenfehler der Unternehmer schützt es nicht. Aber die Gewähr, daß die Krisen keinen hohen Grad von Intensität annehmen, und daß sie nur ephemere Erscheinungen bilden, ist unter diesem System die denkbar größte."

Die Erfahrungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben die Voraussagen der meisten englischen Freihändler, daß die Aufhebung der englischen Kornzölle die früheren großen Schwankungen der englischen Industrie unmöglich machen sollte, Lügen gestraft Gewaltige Erschütterungen hat das englische Wirtschaftsleben auch unter dem Freihandelssystem aufzuweisen, Krisen auch „von hohem Grad von Intensität" sind nicht ausgeblieben und die Arbeitslosigkeit hatte stellenweise einen erschreckenden Umfang angenommen. Insoweit aber die Krisen in England in neuerer Zeit eine Abnahme zeigen, hängt dies nicht mit dem englischen handelspolitischen System zusammen, sondern mit allgemeinen volkswirtschaftlichen Ursachen; wir finden dieselbe Abnahme auch in Schutzzolländern, wie Amerika, Deutschland und Frankreich.

Die Krisen haben ihre letzte Ursache in der Planlosigkeit der privatwirtschaftlichen Produktionsweise, können daher unmöglich verschwinden, wenn nur die Handelspolitik einen anderen Kurs einschlägt. So sehen wir England auch nach Annahme des Freihandelssystems von den Krisen heimgesucht; ich nenne nur die Krisen der Jahre 1847, 1857, 1864 und 1866. In neuerer Zeit sind an Stelle der Krisen mehr langandauernde Depressionen getreten, aber mit Folgen, die für das industrielle Leben ebenso gefährlich sind: „In der neuesten Phase der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, deren typische Form die englische Wirtschaft darstellt, haben die industriellen Schwankungen nicht aufgehört und sind nicht einmal schwächer geworden; ihre Amplitude hat sich eher vermehrt, aber ihre Geschwindigkeit hat zweifellos abgenommen. Von dieser Veränderung hat die Industrie nicht nur nichts gewonnen, sondern eher verloren.

[1] S. 73.

Früher bewirkte die Handelskrisis zahlreiche Bankerotte der Spekulanten und minder vermögender Unternehmer und brachte auf kurze Zeit den Handel fast vollständig zum Stillstand; sobald aber die Panik vorüberging, erholte sich der Handel rasch und die neue Periode des Aufschwungs trat ein. Jetzt dauert die Geschäftsstockung jahrelang, zugleich aber tritt sie nicht so schroff und so plötzlich auf."

Mit Recht wird hier von Tugan-Baranowsky,[1] dem ich dieses Zitat entnehme, auf die „kapitalistische Wirtschaft" und nicht auf das englische handelspolitische System Gewicht gelegt; in der Tat sehen wir ähnliche Erscheinungen im Charakter der Krisen in Ländern mit Freihandel und in solchen mit Schutzzoll.

Es wird von freihändlerischer Seite sehr viel Bedeutung dem Umstande zugemessen, daß durch die Beseitigung der Zollschranken die Gefahr einer nationalen Mißernte für das betreffende Land bedeutend abgeschwächt würde, da ein größerer Getreidemarkt dann leichter zugänglich sei. Soweit die Krisen durch solche Mißernten hervorgerufen werden könnten, kann man die abschwächende Wirkung der Freihandelspolitik ruhig zugeben: man muß aber auch die anderen Anlässe hervorheben, die ebenfalls zu Krisen führen können, und die offenbar unter freihändlerischer Handelspolitik verstärkt werden.

Wenn die Krisen soweit sie ihren Anlaß in Naturereignissen haben — also in außerökonomischen Erscheinungen — eine Minderung erfahren, so erfahren die eigentlich ökonomischen Anlässe — z. B. die größere Spekulationssucht — eine Verstärkung. Gerade die Zweige des Wirtschaftslebens, die in besonderem Maße zur Überspekulation und Überproduktion Anlaß geben, wo der Absatz in besonderem Maße „unübersehbar" ist, sind Handel und Industrie, die gerade durch den Freihandel zur Prosperität kommen sollen. Und gerade die Periode des Aufschwungs ist es, die in diesen Erwerbszweigen so oft einer „Krise" Platz macht. In England zeigte sich deutlich, daß der Getreide*handel* es war, der zu mancherlei

[1] Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England. Jena 1901. S. 166.

Störungen des Erwerbslebens den Anlaß bot; namentlich trat dies in der Krise von 1847 hervor: „Der Handelskrisis von 1847 war keine Spekulation auf dem Warenmarkte vorangegangen, wie das vor den früheren Krisen der Fall gewesen war . . . Nur im Getreidehandel, der auch in einer ruhigen Zeit infolge starker und unvorhergesehener Schwankungen der Getreidepreise einen Spekulationscharakter hat, nahm die Spekulation einen großen Umfang an. Der Preis des Quarters Getreide stieg von Januar bis Mai 1847 von 66 sh 10 d auf 102 sh 5 d Ende Mai desselben Jahres. Darauf folgte ein rasches Fallen und im September sanken die Preise des Quarters auf 49 sh 6 d. Die Spekulanten rechneten darauf, daß die Getreidevorräte in England bis zur neuen Ernte nicht ausreichen würden. Ihre Berechnungen erwiesen sich als irrige — die hohen Preise riefen eine erhöhte Getreidezufuhr aus dem Auslande hervor; die Ernte wurde besser, als erwartet wurde, und die Preise konnten sich nicht auf der anormalen Höhe erhalten. Sofort trat eine rückläufige Bewegung ein, die den Zusammenbruch einer großen Anzahl von Getreidehändlern und in dessen Gefolge eine allgemeine Handelskrisis nach sich zog."[1]

Der Direktor der Bank von England, Morris, bezeichnete vor der parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der englischen Krisis von 1847 die Getreidespekulation als einen wichtigen Anlaß dieser Krisis: „Der Zusammenbruch der Mehrzahl der Getreidespekulanten, der auf das Fallen der Getreidepreise folgte, hat die Einstellung der Zahlungen seitens eines großen Bankhauses, das enge Verbindungen mit der Provinz hatte, herbeigeführt. Die Einstellung der Zahlungen dieser Firma hat einen der Hauptkanäle der Kreditzirkulation zwischen London und der Provinz zerstört und eine allgemeine Beunruhigung im Lande herbeigeführt. Es folgte dann der Zusammenbruch noch einiger großer Getreidehandelsfirmen und darauf haben noch einmal mehrere große Banken ihre Zahlungen eingestellt."[2]

---

[1] Tugan, S. 108.

[2] First Report on Commercial Distress. 1847—1848. Minutes of Evidence. Aussage von Morris und Prescott. p. 2875. Zitiert bei Tugan. S. 113.

Bei den Depressionen der 80er Jahre in England sind die Verhältnisse der Landwirtschaft ursächlich beteiligt: die infolge des Freihandels stark verminderten Getreidepreise haben nicht nur Vorteile im Gefolge gehabt, sondern auch schwere Nachteile infolge der verminderten Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Über die Depression der 80er Jahre sagt Tugan-Baranowsky:[1] „Es ist ganz natürlich, daß die Abnahme der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung Englands um 40 Millionen £ eine sehr ungünstige Wirkung auf den allgemeinen Zustand des englischen Marktes ausüben mußte. Die englischen Landlords, Farmer und landwirtschaftlichen Arbeiter kauften weniger Fabrikate, unter den amerikanischen Farmern aber konnte die Nachfrage nach englischen Waren nicht wachsen, weil die englischen Fabrikate auf dem inneren amerikanischen Markte mit den Produkten der einheimischen Industrie nicht konkurrieren konnten. Daher führte eine ganze Reihe von Zeugen aus den Reihen der Gewerbtreibenden und Fabrikanten die Stockung in der die Rohstoffe veredelnden Industrie Englands auf die Abnahme der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung zurück. Im Berichte der Kommission von 1886 wird dieser letztere Umstand gleichfalls als eine der wesentlichsten Ursachen der Geschäftsstockung anerkannt."

Die oberflächliche Manier der freihändlerischen Beweisführung, daß alle Not und alle Schwierigkeiten des geschäftlichen Lebens ihre letzte Ursache in den Einfuhrbeschränkungen hätten, wurde namentlich von Peel in seiner schutzzöllnerischen Periode wiederholt im Parlament scharf kritisiert — er wies mit Recht auf die vielerlei Schwankungen im industriellen Leben hin, welche ebenfalls die Quelle vieler Not seien:[2] „Die Errichtung neuer mechanischer Kräfte führt notwendigerweise zu einer schnellen und großen Bevölkerungsvermehrung, die immer plötzlichen und ernsten Notfällen wegen der Schwankungen in der Nachfrage nach Arbeit ausgesetzt ist. Wenn Sie diese Bevölkerung zusammengebracht haben, so finden Sie dieselbe

---

[1] S. 161.

[2] Peel, speeches. Vol. III. S. 799. (Rede vom 24. August 1841.)

nach kurzer Zeit in einem Notstand befindlich, für welchen es keine Abhilfe gibt, als die Quelle unseres Wohlstandes auszutrocknen — die Maschinenanwendung. Wenn Sie Ihre neue Macht errichtet haben, und die Hände gefunden haben, sie in Bewegung zu setzen, wenn Sie Ihre Maschinen eingerichtet haben und die 10 bis 20000 Personen zusammengezogen haben, die sie in Bewegung setzen — dann erfindet die Genialität eines Mannes eine neue Methode, ähnliche Waren mit größerer Ersparnis an menschlicher Arbeit herzustellen. Dies gibt sofort Anlaß zu großer Not; Tausende werden aus ihrer Beschäftigung gestoßen und sind während dieser Zeit ihrer Existenzmittel beraubt. Was ich aber beklage, ist die übertriebene Meinung von dem Vorteil einer Änderung der Getreidezölle, als eines Mittels zur Abhilfe der Not, unter welcher einige Teile der Bevölkerung leiden.

Lassen Sie uns die ganze Frage von einem philosophischen Standpunkt aus betrachten, lassen Sie uns nicht vergessen, daß es noch andere Dinge gibt, außer den Getreidezöllen, die Not verursachen können; und schlagen Sie nicht die ungerechte, unkluge Richtung ein, alle Übelstände unserer Mitbürger auf die Wirkung dieser Gesetze zurückzuführen."

Aber, so wird häufig zur Rechtfertigung der Freihandelstheorie argumentiert, hat die Erfahrung nicht genügend diese Theorie bestätigt, insofern nämlich, als tatsächlich zur Zeit der Getreidezölle die größte Not in der englischen Landwirtschaft geherrscht hat und daß nach Beseitigung der Zölle eine günstige Periode für die englische Landwirtschaft anbrach?

Diese Beweisführung findet sich z. B. in der Schrift von Levy, Die Not der englischen Landwirte zur Zeit der hohen Getreidezölle (Stuttgart 1902); zusammenfassend sagt Levy:[1] „Die Hoffnung der englischen Landwirte, durch hohe Getreidezölle hohe Getreidepreise herbeizuführen, ging nicht in Erfüllung. In dem Maße aber, wie sich an das Bestehen der Getreidezölle jene trügerische Hoffnung knüpfte, mußte der Zollschutz gerade diejenigen schädigen, die er hatte begünstigen

[1] S. 105/6.

sollen. So kam es, daß die Maßnahmen, welche der Staat ohne Rücksicht auf die übrigen Gesellschaftsklassen einzig zum Schutze der heimischen Landwirtschaft ergriff, gerade die beständige Not der Landwirte herbeiführten."

Mit dieser Argumentation, die in ähnlicher Weise sehr vielfach zugunsten der Freihandelstheorie geführt wird, ist jedoch die Frage der Zweckmäßigkeit des Schutzzolles in keiner Weise erledigt. Denn die Anhänger der Schutzzolltheorie behaupten nicht, daß der Zoll im allgemeinen und der Getreidezoll im besonderen immer, überall und in jeder Form gerechtfertigt sei und behaupten vor allem nicht, daß er die Not in dem geschützten Erwerbszweige völlig zu beseitigen imstande wäre. Um die Erfahrungen richtig zu beurteilen, die mit der Handelspolitik in England in bezug auf die Lage der Landwirtschaft gemacht sind, müssen drei Epochen unterschieden werden:

1. Die Zeit von 1815 bis 1846;
2. die Zeit von 1846 bis Anfang der 70er Jahre;
3. von Anfang der 70er Jahre bis zur Gegenwart.

Es ist zuzugeben, daß in der Zeit von 1815 bis 1846 trotz der zeitweise sehr hohen Getreidezölle die Not der Landwirtschaft oft sehr groß war; die Schuld lag aber an den speziellen Zeitumständen einerseits, an der Art der Erhebung der Zölle anderseits. Die exorbitant hohen Getreidepreise, die in England während der Kriegszeiten sich allmählich herausgebildet hatten, konnten und sollten auch mit Hilfe der Zölle nicht aufrecht erhalten werden; es konnte ein Rückschlag hiergegen nicht ausbleiben, der natürlich eine üble Lage namentlich der Pächter und Besitzer von schlechten Bodenklassen zur Folge hatte.

Ohne jeden Zoll wäre damals der Ruin der Mehrzahl der Landwirte unvermeidlich gewesen: „Es war notwendig," sagt Cunningham,[1] „daß die hohen Preise der Kriegsperiode einigermaßen aufrecht erhalten wurden, wenn die Grundbesitzer, als Klasse, vor dem Ruine geschützt werden sollten." Es war ein verhängnisvoller Irrtum der Pächter und Grundherren, zu meinen, die Preise könnten in ihrer vollen Höhe und

[1] a. a. O. S. 728.

dauernd hochgehalten werden; sie glaubten, daß mit Hilfe des Getreidezolles es ihnen ermöglicht werden sollte, einen Getreidepreis auf einer bestimmt fixierten Höhe zu erhalten — ein Irrtum, zu dem gerade das System der gleitenden Skala leicht Anlaß gab.

Im Hinblick auf diesen bestimmt erwarteten Getreidepreis wurden oft die Pachtshillinge festgesetzt und als der erwartete Preis trotz des Zolls ausblieb, traten Verluste ein. Immer kehren in den parlamentarischen Verhandlungen und in den Berichten der Untersuchungsausschüsse die Klagen darüber wieder, daß die Pächter sich zu diesem Irrtum hinreißen ließen. Nicht, wie die Pächter meinten, ein absolut sicheres Gewerbe, sondern umgekehrt, ein den heftigsten Schwankungen unterworfenes Gewerbe wurde die Landwirtschaft unter der Herrschaft der gänzlich verfehlten beweglichen Getreidezölle.

Wiederholt beschwert sich Peel darüber, daß seine Zollmaßregeln so mißverstanden worden seien, als ob er dadurch einen bestimmten Getreidepreis garantieren könne; so äußerte er in der Sitzung des Unterhauses vom 20. Juni 1848:[1] „Ich hörte heute wiederholen, was früher beständig geäußert und von mir bestritten wurde, daß ich im Jahre 1842 den Landwirten eine Zusicherung gemacht hätte, daß das gegenwärtige Gesetz ihnen einen Preis zwischen 54 und 58 sh, also einen Durchschnittspreis von 56 sh sichern würde . . . Tatsächlich konstatierte ich nur, daß ich glaubte, es sei kein Vorteil für den Landwirt, einen höheren Preis als 58 sh zu erlangen und für den Konsumenten, einen niedrigeren Preis als 54 sh zu haben. Indem ich 56 sh als den mittleren Preis annahm, und als denjenigen, der einen lohnenden Preis für den Landwirt darstellte, fügte ich ausdrücklich hinzu: „„Wenn ich diesen Preis nenne, muß ich aber gleichzeitig bitten, den Gedanken aufzugeben, daß dieser Preis ein feststehender sein müsse, oder daß die Gesetzgebung die Dauer dieses Preises garantieren könnte; denn ich weiß, daß es unmöglich ist, durch irgend einen gesetzlichen Akt diesen Zweck zu erreichen.““

---

[1] Speeches IV. 411.

Oft wies Cobden in seinen Agitationsreden darauf hin, daß die englischen Getreidezollgesetze, wenn sie auch vielleicht nicht die Absicht hatten, feste Getreidepreise zu sichern, doch jedenfalls in weiten Kreisen in diesem Sinne aufgefaßt wurden.

Über dieses Mißverständnis und seine schweren Folgen sagte Cobden z. B. in einer Rede im Unterhause am 15. Mai 1843:[1] „Was war der Zweck des Getreidezolles von 1815? Nun, den Preis auf 80 sh pro Quarter zu halten. Wurde dieser Zweck jemals erreicht? Nein, denn 1822, sieben Jahre später, wurde Weizen zu 42 sh verkauft und trotzdem schätzten die Makler den Pächtern die Grundstücke so ab, als ob sie 80 sh pro Quarter bekommen könnten. Sie können dies nicht leugnen. Und was war die Folge? Nun, im Jahre 1822 wurden die Pächter zu Hunderten und Tausenden ruiniert ... Die Pächter baten dann um ein neues Gesetz. Sie ernannten Ausschüsse, Sie stellten Untersuchungen über die Notlage der Landwirtschaft an und nahmen ein neues Gesetz an, das von 1828 mit der gleitenden Skala, welches ihnen einen Preis von 64 sh pro Quarter gewähren sollte; und dann kamen die Aktenmenschen von neuem und taxierten die Güter auf der Grundlage, daß der Preis 64 sh sein sollte. Es vergingen wiederum sieben Jahre und dann wurde Weizen zu 36 sh verkauft. Es kam wieder ein allgemeiner Notstand und die Aufforderung, einen neuen Ausschuß zu ernennen. Es kam das neue Gesetz von 1842 und nun wurden die Pächter von neuem benachteiligt."

Dazu kamen alle die schweren Fehler, die sonst noch, wie ich oben zeigte, dem System der beweglichen Getreidezölle anhafteten; so ist es kein Wunder, daß unter solchen Umständen und unter solcher Zollpolitik der Not der Landwirtschaft nicht wesentlich abgeholfen wurde.

Es ist auch ferner zuzugeben, daß in der ersten Epoche des Freihandelssystems — also bis zu Beginn der 70er Jahre, die englische Landwirtschaft ohne allzu große Schädigung die Beseitigung der Getreidezölle ertragen hat. Unter dem Freihandel

[1] Speeches S. 25.

hat die Landwirtschaft sich den veränderten Verhältnissen anzupassen verstanden. Ganz anders aber, als zu Beginn der 70er Jahre die Umstände eintraten, welche die Kontinentalländer zum Übergang zum Schutzzollsystem trieben, als die erdrückende transozeanische Konkurrenz zusammen mit der enormen Verbilligung der Transportmittel den Körnerbau im weitesten Umfange unrentabel machte. Da führte auch in England der Freihandel den Ruin zahlreicher Landwirte und die Dezimierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbei; und noch viel unheilvoller wäre dies für die Landwirtschaft geworden, wenn nicht die speziellen Verhältnisse der englischen Landwirtschaft den Übergang vom Körnerbau zu der rentabler gewordenen Viehzucht in großem Umfange ermöglicht hätten.

Es war eingetreten, was Caird im Gegensatz zu dem Optimismus der meisten englischen Freihändler schon 1832 vorausgesagt hatte:[1] „Bei den gegenwärtigen Preisen und in Anbetracht der Tatsache, daß die reichen Getreideländer des Kontinents uns offen stehen und täglich durch die Ausdehnung der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt zugänglicher werden, ist guter Grund vorhanden, die Dauer niedrigeren Preisstandes anzunehmen. Der richtige Weg für den englischen Landwirt ist, sich zu bemühen, durch Vermehrung seines Viehstandes sich weniger abhängig vom Getreidebau zu machen und gleichzeitig sein Grundstück durch Düngung zu bereichern und sich dadurch in den Stand zu setzen, reichlichere Ernten zu verhältnismäßig geringeren Kosten zu erlangen."

Wenn also auch zugegeben werden muß, daß der Freihandel nicht zum Ruin der englischen Landwirtschaft, sondern nur zu teilweisem Ruin des Getreidebaus geführt hat, so ist doch das Anwachsen der Viehzucht nicht als Ausgleich für den verlorenen Körnerbau vom nationalwirtschaftlichen Standpunkte aus zu betrachten. Denn dieser Umwandlungsprozeß hat gleichzeitig zu einer starken Reduktion der landwirtschaftlich tätigen zugunsten der industriell tätigen Bevölkerung geführt.

---

[1] James Caird, Enlish agriculture in 1850—1851. London 1852. S. 488.

Das sehr optimistisch gefärbte Urteil Levys:[1] „So hat sich das System der freien Konkurrenz in der englischen Landwirtschaft glänzend bewährt. Es hat nicht zum Ruin, sondern nur zu einer Evolution der Landwirtschaft auf eine neue Stufe wirtschaftlicher Entwicklung geführt" geht allzu leicht an der Tatsache vorbei, daß die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung nach der Zählung von 1891 sich nur noch auf 17,6 % der Bevölkerung belief, während sie am Beginn des 19. Jahrhunderts 53 % der Bevölkerung betrug[2] — im Interesse eines gesunden Nachwuchses ist eine so einseitige Vermehrung der industriellen städtischen Bevölkerung nicht unbedenklich.

Bevor ich dazu übergehe, zu schildern, wie die Ricardoschen Freihandelslehren auf die weitere Freihandelsbewegung in Theorie und Praxis eingewirkt haben, will ich noch kurz untersuchen, inwieweit Torrens auch in diesem Teile der Handelspolitik, also speziell der Getreidehandelspolitik, mit Ricardo übereinstimmt.

Die oben konstatierte auffällige Übereinstimmung der Torrens'schen allgemeinen Gesichtspunkte in der Freihandelstheorie mit Ricardo findet sich ebenso auch in den speziellen Ausführungen über die Getreidezölle.

Auch Torrens meint, daß die Erhöhung des Freihandels in keiner Weise dem landwirtschaftlichen Interesse zuwiderlaufe, daß der halb-agrarstaatliche Charakter Englands nicht dadurch gefährdet werde.[3]

„In einem Lande, welches billiger als die Nachbarn fabrizieren kann, wird die freie Einfuhr von Getreide eine schnellere Kapitalakkumulation hervorrufen, welche, da sie über das Maß dessen hinausgeht, was für die Bearbeitung des Rohmaterials gebraucht werden kann, andere Verwendung sucht und infolgedessen den Ackerbau im Lande vermehren wird."

Wie Ricardo meint auch Torrens, daß der Freihandel nur zur Preisgabe der schlechten Bodenklassen und zur Einfuhr

---

[1] Die Lage der englischen Landwirtschaft in der Gegenwart. Conrads Jahrbücher 1903. II. S. 748.

[2] Dulac S. 8.

[3] An Essay on the External Corn trade. London 1826. S. 50.

eines kleinen Teiles des Getreidebedarfs aus dem Auslande führe:[1] „Ein freier auswärtiger Handel würde uns von den auswärtigen Produzenten für einen Teil unseres Bedarfs nur dadurch abhängig machen, daß solche Ländereien außer Anbau kämen, die, um einen gewissen Ertrag zu geben, eine größere Menge von Arbeit und Kapital erfordern, als die Ländereien auswärts."

Den denkbar extremsten Fall angenommen, könnte es sich um den Getreidebedarf für 3 Monate handeln, also $^1/_4$ des Gesamtbedarfs; aber dies sei fast unmöglich. Torrens glaubt nicht, daß die Einfuhr mehr betrage, als für einen Bedarf von zwei Wochen:[2] „Die fremde Konkurrenz würde in der Tat die Monopolrenten verringern, aber sie könnte keine Ländereien außer Betrieb setzen, mit Ausnahme solcher von extremely inferior quality. In Hinsicht auf die Nahrungsmittel ist die Vorsehung unser Gesetzgeber gewesen, indem sie Getreide zu einer umfangreichen Ware gemacht hat. Die Natur selbst hat dem einheimischen Landwirt den besten Schutz gegeben, und alles was wir zu tun haben, ist uns zu hüten, ihre wunderbaren Gesetze zu stören."

Im eigensten Interesse der Landwirtschaft läge es daher, den Freihandel zu befürworten, denn die Blüte der Industrie führe schließlich auch zur höchsten Blüte der Landwirtschaft und zu den höchsten Renten:[3] „Kein Satz des Euklid ist von schärferer Bestimmtheit als der, daß die höchsten Renten in den Ländern bezahlt werden, wo die Industrie zur höchsten Blüte gelangt ist." Ja, er prophezeit der Landwirtschaft einen solchen Aufschwung, daß einst England wie ein blühender Garten erscheine:[4] „Zuletzt ergreift die Kultur selbst die Hügel und Abhänge der Berge und das Land gewährt den Anblick eines großen Gartens."

Wie Ricardo trat auch Torrens nicht für eine völlige und sofortige Einführung des Freihandels ein, sondern für eine allmähliche Beseitigung des Schutzzolles: „Um das doppelte Ziel zu erreichen, dem Pächter zeitweise Schutz zu gewähren, und allmählich den Freihandel in Bodenprodukten einzuführen, sollte

[1] a. a. O. S. 306. — [2] S. 371. — [3] S. 169. — [4] S. 52.

die Gesetzgebung an Stelle des bestehenden Systems der gleitenden Skala einen festen Zoll auf die Einfuhr fremden Getreides treten lassen, welcher Zoll jährlich vermindert werden und allmählich ganz verschwinden sollte."

6. Der Einfluss der Ricardo'schen Theorien auf die englische Freihandelsgesetzgebung.

Welchen Einfluß hatte diese Torrens-Ricardo'sche Handelstheorie auf die englische Freihandelsbewegung? Stand die mächtige handelspolitische Bewegung, die mit der Gründung der Anti-Corn-Law-Association 1836 in London ihren Anfang nahm und mit der Aufhebung der Getreidezölle 1849 ihren vorläufigen, mit der Beseitigung sämtlicher Schutzzölle in England ihren endgültigen Abschluß fand, unter dem Zeichen der Ricardo'schen Theorien oder kamen neue Ideen hierbei zu Tage?

Um dies zu klären, gilt es vor allem, die Persönlichkeit von Richard Cobden ins Auge zu fassen, der wie kein Zweiter mit beispielloser Energie und Arbeitskraft sich in den Dienst dieser Bewegung stellte. War Cobden ein Anhänger Ricardo's oder hat er eigene Ideen in seiner Agitation verwertet?

Hier muß vor allem der tiefe Unterschied betont werden, der zwischen dem Politiker und dem Gelehrten besteht: Ricardo war in erster Linie Mann der Wissenschaft, Cobden in erster Linie politischer Agitator. Ersterem kam es darauf an, in nimmer ermüdendem Forschertriebe die „Gesetze der Verteilung des Volkseinkommens" zu ergründen, letzterer mußte alle die Interessenten, die mit seinem politischen Endziele, der Einführung des Freihandels, übereinstimmten, um seine Fahne versammeln. Nicht, als ob der Vorwurf berechtigt wäre, daß Cobden sich in den einseitigen Dienst gewisser Sonderinteressen der Fabrikanten und Kaufleute gestellt hätte. Man ist vielmehr, wenn man das Lebenswerk dieses Mannes betrachtet, wohl berechtigt, ihn für einen durchaus ideal gesinnten, nur auf das Wohl des gesamten Volkes bedachten Mann zu halten: aber die Aufgabe des Wirtschaftspolitikers bringt es mit sich, daß er vor allem an die Interessen der Volkskreise appellieren muß, die von der geplanten politischen Maßnahme den größten Vorteil haben; denn

der großen Masse der Wähler ist es nicht um die Frage der Verteilung des Volkseinkommens zu tun, sondern um die Förderung ihrer persönlichen Interessen.

Man muß dies im Auge behalten, wenn man die Schriften und Reden Cobdens mit denen Ricardo's vergleicht: Cobden mußte vor allem die Vorteile betonen, welche die Aufhebung der Zölle großen Interessengruppen bringen. Bei dieser politischen Taktik kam es ihm sehr zu gute, daß er die wissenschaftliche Theorie von Torrens und Ricardo verwerten konnte und auf sie gestützt an die Interessen aller Volksklassen appellieren konnte mit einziger Ausnahme der großen Grundherren.

So ist der Ausspruch Cobdens zu verstehen: „The Corn law is a rent law, and it is nothing else,"[1] der Kornzoll ist ein Rentenzoll und sonst nichts anderes. Damit wollte er in Übereinstimmung mit Ricardo sagen: die Getreidezölle nützen nur dem rentenempfangenden Grundherrn, nicht der Landwirtschaft im allgemeinen. Deshalb entfesselte er nicht eine anti-agrarische Bewegung, sondern nur eine Bewegung gegen die Grundrente.

Hätte er den Gegensatz zwischen Agrar- und Industriestaat in den Mittelpunkt seiner Agitation gestellt, so hätte er bei der damals noch so zahlreichen agrarischen Bevölkerung Englands jedenfalls nicht die großen Erfolge erzielen können: indem er sich aber bemühte, immer weitere Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der Pächter und der Arbeiter zu überzeugen, daß die Getreidezölle ihnen keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen könnten, gewann er auch zahlreiche Anhängerschaft aus der Landwirtschaft selbst.

Auch das Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter verstand er wachzurufen, indem er im Gegensatz zur Ricardo'schen Paralleltheorie die Lehre vertrat, daß mit niedrigen Getreidepreisen hohe Arbeitslöhne verknüpft seien.

Mit Ricardo und Torrens teilte er die irrige Auffassung, daß die Freihandelspolitik die allein dem gesunden Menschenverstand mögliche Politik sei, und immer wieder kamen in seinen Reden solche Sätze vor, wie z. B.: daß die Freihandelstheorie

---

[1] Speeches on questions of Public Policy by Richard Cobden. Edited by John Bright and James E. Th. Rogers. London 1880. S. 98.

identisch sei mit der Lehre der politischen Ökonomie: „Ich behaupte, die Nationalökonomen (political economists) sind die wohltätigsten Leute in diesem Lande; die Freihändler sind die den Armen des Landes am besten gesinnten."

Der Freihandel entspricht nach Cobden dem Naturgesetz, der Schutzzoll ist ein Gesetz schlechter Menschen: „the law which interferes with the wisdom of the Divine Providence, and substitutes the law of wicked men for the law of nature."[1]

„Ein Kampf gegen die Natur," sagt er in einer Parlamentsrede, „muß immer mit der Niederlage derer enden, die ihn wagen."[2]

Wie Ricardo ist auch Cobden überzeugt, daß der Freihandel allmählich in allen Ländern zur Einführung gelange, und zwar soll dies nach spätestens fünf Jahren geschehen! In einer Rede in Manchester am 15. Januar 1846 sagte er:[3] „Ich glaube, daß, wenn Sie den Getreidezoll abschaffen und den Freihandel in seiner Einfachheit einführen, wird es in Europa keinen Zolltarif geben, der nicht nach Ihrem Beispiel innerhalb von fünf Jahren geändert wird."

Und als in demselben Jahre die Getreidezölle ermäßigt wurden und damit der prinzipielle Sieg der Freihandelspartei entschieden war, hielt er wiederum in Manchester eine Rede, worin er diesen Sieg als die größte Tat, die seit 1800 Jahren dagewesen sei, bezeichnete und erklärte:[4] „Es ist eine Weltrevolution und nichts anderes, und auf jede Versammlung, welche die Liga abhielt, und dies ist wahrscheinlich die letzte, wird man einst zurückblicken als auf den Beginn einer Bewegung, die schließlich die ganze Welt umspannen wird."

In schwärmerischer Weise hofft er vom Siege des Freihandels auch den Sieg des Weltfriedens. Das Motto, das der Ausgabe seiner Reden vorangestellt ist, lautet: „Free Trade, Peace, Good Will among Nations." In einer Rede in Manchester sagte er:[5] „Ich erblicke in dem Freihandelsprinzip dasjenige, welches auf die moralische Welt ebenso wirken wird,

---

[1] a. a. O. S. 35.
[2] Prentice, History of the Anti-Corn-Law League Vol. I. S. 171.
[3] a. a. O. S. 185. — [4] a. a. O. S. 201. — [5] a. a. O. S. 187.

wie das Gesetz der Schwerkraft in der Natur — daß es die Menschen zusammen führt, die Gegensätze der Rasse, des Glaubens und der Sprache beseitigt und uns alle in einem ewigen Frieden vereinigt."

Auch Cobden meint, daß es sich nur um einen kleinen Bruchteil des einheimischen Konsums handeln könne, der durch die Einfuhr gedeckt werde: „Es könne keine „„plötzliche Überschwemmung"" mit fremden Getreide geben unter dem System des Freihandels, weil der hinzukommende Vorrat kaum jemals ein Viertel der ganzen Konsumtion überschreiten dürfte."[1]

Um zu beweisen, daß die Landwirtschaft selbst von den Getreidezöllen keinen Vorteil habe, sondern Nachteil, erklärt er, daß es vor allem Mangel an Kapital sei, worunter die Landwirtschaft leide. Woher stamme aber der Mangel an Kapital bei den Pächtern? Die Ursache liege in den kurzen Pachtverträgen; nur Pachtverträge auf längere Dauer könnten die Pächter bewegen, viel Kapital auf den Boden zu verwenden. Ein zweiter Grund sei der Getreidezoll; durch den Zoll würden die Pächter zu dem Glauben verleitet, daß die Getreidepreise eine bestimmte Höhe haben müßten. Da sie in dieser Erwartung getäuscht seien, hätten sie nicht das nötige Vertrauen in die Sicherheit ihrer Kapitalanlage.

Gerade durch den Freihandel werde das Kapital auch der Landwirtschaft zuströmen; durch die Ausdehnung der Märkte werde viel mehr Kapital in das Land kommen, das auch in der Agrikultur angelegt würde, wenn erst eine „natürliche Preisbildung" auch für die agrarischen Produkte zu stande käme.

„Wir streben Freihandel nicht in erster Linie an," so führte Cobden in einer Rede in London aus,[2] „um billiges Getreide zu erhalten, wir wollen es zu dem natürlichen Preise auf dem Weltmarkte, ob der Preis steigen oder fallen wird, ist uns gleich, vorausgesetzt, daß das Volk dieses Landes das Getreide zum natürlichen Preise erhält und daß jede Zufuhrquelle offen ist, wie die Natur und Gott es gewollt haben.

[1] Prentice, History. Vol. I. London 1853. S. 195.
[2] Speeches S. 105.

Wenn man nach den Motiven fragt, so konstatieren wir, daß wir nicht glauben, daß der Freihandel im Getreide den Pächter schädigen wird; wir sind überzeugt, daß er dem Pächter ebenso viel nützen wird, wie dem Kaufmann und dem Industriellen. Auch glauben wir nicht, daß er die landwirtschaftlichen Arbeiter schädigen wird; wir glauben, er wird den Markt für seine Arbeit erweitern und ihm Gelegenheit zu vermehrter Tätigkeit geben, und nicht nur in der Landwirtschaft wegen der Meliorationen, die der Landwirt vornehmen muß, sondern, daß auch eine allgemeine Steigerung der Löhne eintreten wird wegen der vermehrten Nachfrage nach Arbeit in den benachbarten Städten, welche den jungen Landleuten Gelegenheit gibt, zwischen ländlicher und städtischer Arbeit zu wählen."

Cobden erklärt auch, daß das Interesse der Grundbesitzer nicht durch die Aufhebung der Zölle gefährdet sei, nur die Steigerung ihrer Monopolwerte werde aufgehalten, ihre momentanen pekuniären Interessen würden nicht geschädigt.

„Wir erwarten nicht, daß der Freihandel den Grundherrn schädigen wird, wenn er nur auf seine pekuniären Interessen in dieser Angelegenheit sieht, wir zweiflen allerdings nicht, daß er mit seinem politischen Despotismus aufräumen wird."

„Er wolle nicht sagen," erklärte er im englischen Unterhause,[1] „daß die Grundherren nicht völlig berechtigt wären, die möglichst besten Renten zu beziehen; aber er hielte sie nicht für berechtigt, an das Parlament zum Zwecke der künstlichen Steigerung dieser Renten heranzutreten."

Darum hält sich Cobden auch für einen landwirtschaftlichen Reformator: „Wir sind die großen landwirtschaftlichen Förderer in diesem Lande. Unter anderen Ruhmestiteln, welche mit dem Namen Manchester verknüpft sein werden, wird sich auch der finden, daß die Manchesterleute nicht nur die Industrie zur Stufe der Vollendung gebracht haben, sondern daß sie auch den Landwirten, und zwar gegen ihren Willen zur Blüte ihres Berufszweiges verholfen haben."[2]

Cobden war von der Interessenharmonie aller beteiligten

---

[1] Prentice II. S. 85. — [2] Speeches S. 52.

Klassen in der Getreidezollfrage so überzeugt, daß er eine Enquête beantragte, die diese Tatsache in voller Öffentlichkeit klarlegen sollte; am 12. März 1844 begründete er seinen Antrag im Unterhause:[1] „Weil ich glaube, daß das herrschende System schädlicher für den Pächter, als für den Industriellen ist, weil ich glaube, daß viel Nutzen für beide Teile aus solcher Untersuchung entstehen könnte, weil ich glaube, daß das bestehende System die Erde ihrer Fruchtbarkeit, den Arbeiter seines Lohnes, das Volk seiner Nahrungsmittel, den Pächter seines Gefühls der Unabhängigkeit beraubt, hoffe ich, daß das Haus meinem Antrage zustimmen wird, „„einen Ausschuß zu ernennen, um die Wirkungen der Einfuhrzölle auf die Interessen der Pächter und Arbeiter zu untersuchen.“

Mit Recht wurde ihm von Gladstone erwidert, daß solche verwickelte nationalökonomische Probleme, wie der Zusammenhang zwischen Rente, Profit und Lohn nicht wohl vor dem Forum einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Entscheidung kommen könnten:[2] „Es würde sehr schwer sein, einen Ausschuß zu ernennen, der untersuchen soll, ob das, was Sie (Cobden) sagen, richtig oder falsch ist. Nehmen Sie die Frage der Rente, die sehr schwierig und verwickelt ist. Die Rentenlehre ist ein Hauptproblem Ihres Ricardo und Ihrer Nationalökonomen; wie schwer würde es daher sein, fünfzehn unglückselige Mitglieder des Unterhauses zu zwingen, sich hinzusetzen und die Frage der Rente zu entscheiden; dieselben sind froh, wenn sie ihre Renten einbringen.““

Im Gegensatze zu Ricardo war Cobden radikaler Freihändler in dem Sinne, daß er für die sofortige und völlige Aufhebung des Getreidezolles eintrat. In seiner ganzen Agitation hat Cobden diesen extremen Standpunkt festgehalten, während Ricardo die plötzliche Beseitigung der Getreidezölle für bedenklich hielt. Fast in allen seinen Reden kehrte der Satz wieder: „I plead for the total and immediate repeal of this corn-law“,[3] oder „We will have a total, immediate and unconditional repeal“.[4]

---

[1] Prentice II. S. 178. — [2] III. S. 179. — [3] Speeches S. 154. — [4] Prentice I. S. 119.

Die eigentliche Freihandelsbewegung knüpft insofern mehr an Cobden, als an Ricardo an, weil letzterer den gemäßigten Standpunkt vertrat, daß der Zeitpunkt, zu dem die freihändlerische Politik einsetzen dürfe, nach den politischen und ökonomischen Zuständen des einzelnen Volkes bestimmt werden müsse.

Neben Cobden war John Bright der eifrigste Agitator der Manchesterpartei; auch bei Bright finden wir in Übereinstimmung mit Ricardo den Standpunkt vertreten, daß die Aufhebung der Getreidezölle nicht die Landwirtschaft im allgemeinen schädige, sondern höchstens die Interessen einzelner großer Grundherren und daß nach Aufhebung der Getreidezölle England ein blühender Agrarstaat bleibe.

„Ich glaube," so sagte er in einer Rede in London im Dezember 1845,[1] „daß diese Liga eine Bewegung der handeltreibenden und industriellen Klassen gegen die Grundherren und Großgrundbesitzer ist."

Und im Unterhause bei einer Besprechung der Notlage der Landwirtschaft im April 1851, als wiederum das Mittel der Getreidezölle empfohlen wurde, wendete er sich dagegen:[2] „Ich glaube, daß, wenn Sie hier immer von der Notlage der Landwirtschaft sprechen, Sie doch finden werden, daß es kein Heilmittel gibt, welches das Parlament gewähren kann. Das einzige Rettungsmittel für die Pächter ist die Übung derjenigen Tugenden und Fähigkeiten, durch welche auch ihre übrigen Landsleute vorwärts kommen; und wenn sie ihre eigene Energie anwenden und sich auf sich selbst verlassen, so bin ich überzeugt, daß dieses Land, mit den schönsten Straßen, mit den besten Märkten und mit günstigem Klima, nicht nur in den Gewerben, sondern auch in der Landwirtschaft den Triumph davon tragen wird."

Was die Führer über die Interessengemeinschaft von Agrikultur und Manufaktur in der Freihandelsfrage verkündeten, wurde in der Bewegung selbst immer nur von neuem wieder-

[1] Speeches on questions of public policy by John Bright. Edited by J. E. Th. Rogers. Vol. II. II. ed. London 1869. S. 275.

[2] a. a. O. S. 315.

holt; bei den großen Versammlungen, welche die Anti-Corn-law-league abhielt, waren die Säle mit Fahnen geschmückt, die nicht nur die Aufschrift trugen: „Free trade; best security for universal peace", sondern auch die Aufschrift „Agriculture and manufactures".[1]

Prentice, der Verfasser der bekannten Geschichte der Antikornzolliga hatte in einer Versammlung, die er besonders für die Pächter in Over (Cheshire) abhielt, neben anderen Leitsätzen folgenden (No. 17) aufgestellt:[2] „Die Grundherren müssen, durch schmerzliche Erfahrung, bald selbst finden, daß Landwirtschaft und Handel Zwillinge sind, die miteinander gedeihen und miteinander zugrunde gehen."

Derselbe Geschichtsschreiber der Freihandelsbewegung sagte über den Charakter dieser Agitation:[3] „Ich kann beweisen, daß vom ersten Beginn der Agitation an, die gegenseitige Abhängigkeit der Agrikultur- und Manufakturinteressen einen festen Ausgangspunkt für die Anhänger des Freihandelsprinzips gebildet hat. So war es auf allen Versammlungen in Manchester seit dem Erscheinen Dr. Bowrings auf dem Meeting der Handelskammer im Dezember 1838; auf diesem Meeting bildete es einen wichtigen Teil der Diskussion, und bei dem großen Meeting Januar 1839 bekannte sich fast jeder Redner zu diesem Grundsatze."

Auch der Gedanke, daß die Freihandelspolitik die allein „natürliche" und die allein „nationalökonomische" sei, kehrt häufig in den Agitationsbroschüren und Reden wieder. So erklärte einmal Prentice auf einer Versammlung, daß die Getreidezölle den Pächtern nichts nützten und wenn irgend jemand sich meldete „der nicht für die völlige und sofortige Aufhebung derselben stimmen wollte, so gäbe er ihm den Rat, nach Hause zu gehen und Nationalökonomie zu studieren."[4] In einem Trinkspruch, den Lord Morpath auf einer Versammlung in Wakefield ausbrachte, sagte er[5]: „Aber was ich unseren Gegnern, den Gegnern des Freihandels, ans Herz legen müßte, ist: ob sie nicht bei ihrem Vorgehen gegen die Natur

[1] Prentice II. S. 414. — [2] II. S. 421. — [3] I. S. 99. — [4] Prentice I. S. 202. — [5] II. S. 154.

selbst ankämpfen und gegen die Gesetze, welche das Universum zusammenhalten?"

Auch der Gedanke, daß alle Klassen, in gewissem Sinne auch die Grundbesitzer selbst, an der Aufhebung der Zölle interessiert seien, kehrt in den Agitationsreden immer wieder; so z. B. erklärte Lord Kinnaird in Dundee: „Alle Klassen der Gesellschaft haben Vorteil von der Beseitigung aller Erschwerungen der Nahrungsmitteleinfuhr; aber keine mehr, als die Grundbesitzer. Es würden dann stabile Preise für den Pächter erreicht, und dies sei alles, was man verlange."

Bei einem Meeting in Doncaster sagte Earl Fitzwilliam:[1] „Obgleich der Getreidezoll zeitweise eine etwas höhere Rente dem Grundherrn verschaffen kann, glaube ich nicht, daß der Grundeigentümer auf die Dauer (in the long run) von diesem Gesetz Vorteil haben wird —; darum sage ich, daß dieses Gesetz, welches unter dem Vorwande erlassen wurde, daß es den Grundherren nütze, weder diesen noch dem Pächter Vorteil bringt und ungerecht gegen den Gewerbetreibenden ist, also gegen alle besten Interessen des Landes gerichtet ist."

Freilich gelang es der Anti-corn-law-league nicht, die Grundherren oder die Arbeiter in größerer Zahl um ihre Fahne zu scharen; so daß sie im wesentlichen eine Mittelklassenbewegung war und blieb. Cobden selbst gab dies zu: „Ich leugne nicht," sagte er bei einem Meeting der Liga in Manchester, „daß die arbeitenden Klassen im allgemeinen unsere Versammlungen besucht und unsere Petitionen unterschrieben haben; aber ich muß feststellen, daß was den Eifer und die Wirksamkeit unserer Agitation anlangt, sie ganz hervorragend eine Mittelklassenbewegung war."

Daß die Frachtkosten einen natürlichen Schutz für die Landwirte bildeten, wird ebenfalls wiederholt als Argumentation zugunsten des Freihandels verwandt; in einer der Preisarbeiten, die von der National Anti-Corn-law-league veröffentlicht wurden, wendet sich der Verfasser, ein Pächter, an seine Berufsgenossen:[2] „Betreffs des Schutzes, erinnere ich euch daran,

[1] Prentice II. 130.

[2] George Hope, Agriculture and the corn law. Manchester 1842. S. 13.

daß ihr immer durch den natürlichen Schutz der Transportkosten des Getreides von fernen Gegenden gesichert seid. Durchschnittlich belaufen sich, glaube ich, die Fracht und anderen Spesen für Getreide von der Ostsee oder von Rußland auf 10 Shillings pro Quarter. Dies ist ein natürlicher Schutz, den euch niemand rauben kann."

Ähnlich urteilt ein Glasgower Kaufmann in einer Broschüre über Getreidezölle.[1]

Wie die Ricardo'sche Rententheorie direkt in der Freihandelsbewegung verwertet wurde, zeigt neben vielen anderen z. B. die ebenfalls von der Anti-Corn-Law-League veröffentlichte Broschüre „A Few Words to Farmers on fluctuating prices, bad soils and the corn laws" — dort heißt es:[2] „Wir können nicht unseren völligen eigenen Bedarf an Getreide bei uns bauen, außer durch den sehr kostspieligen Anbau der schlechteren Bodenklassen (inferior soils).

Der Grundherr hat ein Interesse daran, den Anbau dieser inferior lands zu begünstigen, denn die Grundrente wird durch die Produktionskosten des schlechtesten Bodens bestimmt. Jeder Pächter weiß, daß es mehr kostet, viele Ländereien mit Weizen zu bebauen, die nur 20 Bushels per Acre bringen, als guten Boden anzubauen, der 30—40 Bushels per Acre bringt. Nun, wer erhält die Differenz? Vielleicht der Pächter der besseren Bodenklassen? Sicherlich nicht; es kann nicht zwei Profitraten in einem Produktionszweig geben; die Konkurrenz verhindert das.

Genau im Verhältnis also zur Zahl und Qualität der schlechten Böden, die angebaut sind, wird der Mitbewerb um den Besitz besserer Böden sein und dieser Mitbewerb gibt dem Grundherrn die Macht, in der Form der Rente, den Unterschied zwischen den Produktionskosten der besten und der schlechtesten Böden in die Tasche zu stecken."

Schon mehrere Jahre vor Cobden hatte Colonel Thompson im Freihandelssinne agitiert; sein bereits 1827

[1] An Exposition of the Corn laws by A. Glasgow Merchant. Glasgow 1839. S. 48.

[2] S. 4.

erschienener Catechism of the Corn laws[1] wurde später in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet; dort schon findet sich eine Popularisierung Ricardo'scher Gedanken für Agitationszwecke; so heißt es z. B.:[2] „Wenn ein Fabrikant Waren produziert und sie nach auswärts gegen Getreide eintauscht, so kann man ebenso wohl sagen, er habe Getreide produziert, als ob es aus seinem Webstuhl oder seinem Walzwerk käme. Und wenn er gehindert wird, dies zu tun, so wird in Wirklichkeit seine Produktion verhindert."

In einem Aufsatze „The Corn law a question of Rent" zeigt er mit Hilfe der Ricardo'schen Rententheorie, daß die Zölle nur den Grundherren zugute kommen:[3] „Die Rente ist der Unterschied zwischen dem gesamten Wert der Bodenprodukte und den Kosten, zu denen der Pächter sie herstellt, einschließlich eines üblichen Profits. Wenn daher Boden verschiedenster Qualitäten angebaut wird, wie es in den meisten Ländern der Fall, wird der schlechteste Boden derjenige sein, welcher nur den Profit des Pächters gibt und der Überschuß auf allen anderen Böden wird die Rente sein."

Wie stellte sich aber der Staatsmann, der am meisten zur Durchführung des Freihandelsprinzips in England beigetragen hat, Robert Peel, zu den Lehren der freihändlerischen Theoretiker? War er unabhängig und unbeeinflußt durch Torrens, Ricardo und die anderen theoretischen Vertreter des Freihandelsprinzips zu seiner Politik gekommen oder haben die Lehren dieser und anderer Nationalökonomen bei seinem politischen Vorgehen bestimmend mitgewirkt? Diese Frage ist gerade Peel gegenüber am Platze, da er, wie wenige Staatsmänner, sich mit den volkswirtschaftlichen Problemen auch in theoretischer Weise eingehend beschäftigte und stets eine große Vorliebe für die nationalökonomische Wissenschaft und für die damals beliebte Manier abstrakter Formulierung nationalökonomischer Sätze hatte.

---

[1] A Catechism of the corn laws with a List of Fallacies and the Answers. London 1827.

[2] Exercises, Political and others, by Colonel Thompson in 6 volumes Vol. IV. S. 481.

[3] Erschienen in „Suffolk Chronicle". Vgl. Vol. V. S. 413.

Sehr häufig zitierte er A. Smith und Ricardo und in den beiden nach ihm benannten Gesetzen über Geld- und Bankwesen zeigte sich auch der Niederschlag bestimmter nationalökonomisch-theoretischer Lehren, die er in sich aufgenommen hatte.

Mit Recht sagt Bonn hierüber: „Ungleich seinen Vorgängern, die wesentlich Sinn für politische Fragen hatten, war Sir Robert Peel mit volkswirtschaftlichem Denken und sozialen Problemen wohl vertraut. Burke's Ausruf, daß das Zeitalter der Rechenkünstler und Volkswirte begonnen habe, hätte in dem Wiederhersteller des englischen Geldwesens leicht auf befriedigte Zustimmung rechnen können. Freund und Feind wußten, daß er ökonomische Fragen beherrschte."[1]

Peel hatte in seiner Handelspolitik eine Schwankung vollzogen; als Peel im Jahre 1841 sein zweites Ministerium antrat, war er gemäßigter Schutzzöllner, im Jahre 1845 vollzog sich sein Umschwung zum radikalen Freihandel. Es ist bedeutsam für die Stellung Ricardo's zur Freihandelsbewegung, daß gerade in seiner ersten Periode, als Peel für Schutzzölle, namentlich für den Getreidezoll eintrat, er sich wiederholt auf die Lehren Ricardo's berief, während in seiner zweiten — freihändlerischen — Periode er Cobden als seinen Meister rühmte.

Meine oben dargelegte Auffassung, daß Ricardo gar nicht der extreme Freihändler war, wie er auf Grund seiner allgemeinen Sätze über Handelspolitik erscheinen könnte, sondern daß — wie seine realpolitische Stellung, z. B. in der Frage der Getreidezölle zeigt — er wohl die Gründe würdigte, unter denen aus politischen Erwägungen ein Land zur Erhöhung bezw. Beibehaltung von Schutzzöllen kommen könne, wird hierdurch bestätigt. Auch auf die wichtigsten und einflußreichsten seiner Zeitgenossen hat Ricardo viel mehr in dem Sinne eingewirkt, daß er ihnen gerade die Waffen zur Verteidigung gemäßigter Schutzzollpolitik lieferte.

Peel trat zwar in seiner ersten Periode nicht für die

---

[1] M. J. Bonn, Sir Robert Peel's Bekehrung zum Freihandel. „Nation" Nr. 26 vom 12. April 1902. S. 43 f.

Aufrechterhaltung des früheren Hochschutzzolls auf Getreide ein, sondern setzte eine Herabsetzung der Getreidezölle durch, widersetzte sich aber ebenso energisch Villiers' Vorschlag einer völligen Aufhebung der Getreidezölle; in der Bekämpfung dieses Villiers'schen Vorschlags äußerte Peel:[1]

„Ich erinnere Sie an die Anschauungen Ricardos, der kein besonderer Freund der agrarischen Interessen war und glaubte, daß das bestehende System der Getreidezölle absolut fehlerhaft war und glaubte, daß Sie den Weg zu einem besseren System ebnen müßten, aber der dennoch meinte, daß es von der äußersten Wichtigkeit sei, der Landwirtschaft gegenüber vorsichtig vorzugehen (to deal tenderly with land) und vorschlug, daß ein fester Zoll von 20 sh auf fremdes Getreide im ersten Jahre gelegt werden sollte, der allmählich jedes Jahr um 1 sh herabgesetzt werden sollte, bis er 10 sh erreicht hätte, und dann bei diesem Satze beharren sollte."

Auf den Zuruf, daß dies schon 15 Jahre her sei, erwiderte Peel: „Ja, aber das landwirtschaftliche Interesse erfordert denselben Schutz jetzt, wie damals. Wenn ich die Skala, die ich vorgeschlagen habe, mit der vergleiche, welche von Ricardo vorgeschlagen wurde, der ein so energischer Freund des Freihandels und liberaler Politik war, wenn ich meine Skala mit der von Whitmore im Jahre 1828 vorgelegten vergleiche, so ist es unmöglich, zu bestreiten, daß mein Plan eine wesentliche Milderung darstellt."

Auch bei der Verteidigung seiner Ansicht, daß der Landwirtschaft ein Schutzzoll gebühre wegen der besonderen Lasten, die auf ihr ruhe, beruft er sich auf Ricardo:[2] „Ich muß sagen, daß, wenn Sie die ganze Last oder einen großen Teil der Last, um die Landeskirche zu erhalten, dem Lande zumuten, wenn Sie diese Belastung in Form einer unbestimmten Rate auflegen, die mit dem Ertrag des Bodens wechselt, so ist dies zweifellos eine größere Entmutigung für

---

[1] In der Sitzung des Unterhauses vom 23. Februar 1842. Vgl. The Speeches of Sir Robert Peel delivered in the House of Commons. Vol. III. London 1853. S. 837.

[2] In der Sitzung des Unterhauses vom 14. März 1842. Peel's Speeches. Vol. IV. S. 5.

die Landwirtschaft, als wenn sie in Form einer festen Summe aufgelegt wäre.

Es ist klar, daß die Umwandlung einer so unsicheren Steuer, wie des Zehnten in eine feste Summe wie eine große Wohltat für die Landwirtschaft wirken müßte, einen großen Ansporn zu besserer Bebauung des Bodens und vermehrte Ermutigung zu stärkerer Kapitalverwendung in der Landwirtschaft gäbe. Ich leugne dies nicht; aber ich behaupte, daß sowohl A. Smith wie Ricardo ausdrücklich erklären, daß sie den Zehnten als Belastung der Landwirtschaft auffassen. Über die Meinung dieser Autoren in diesem Punkt kann kein Zweifel sein. Ricardo sagte: „„Wenn der Einfuhrpreis des Weizens in England 60 sh ist, und 60 sh pro Quarter auf dem Kontinent, und wenn wegen des Zehnten Weizen in England nur zu 70 sh verkauft werden kann, so sollte auch ein Zoll von 10 sh auf die Einfuhr von Getreide gelegt werden"". Dies war die Meinung Ricardo's.

In dieser Periode seines Wirkens hat er auch, ähnlich wie Ricardo, auf die große Verantwortung hingewiesen, die eine Politik mit sich brächte, welche zur Zurückziehung eines so großen Kapitals aus der Landwirtschaft führen müsse: „Wenn man auf die lange Dauer des Schutzsystems achtet, auf den Betrag an Kapital, das in der Landwirtschaft angelegt ist und auf die Lage der Bevölkerung, die von der Landwirtschaft abhängt, und auf das Interesse nicht allein der Grundherren und Pächter, sondern die gesamten Interessen aller Klassen der Gemeinschaft, so muß ich meinen feierlichen und unbedingten Widerspruch gegen die sofortige Aufhebung des bestehenden Agrarschutzes erheben."[1]

Sehr treffende Worte fand er zur Zurückweisung der einseitig freihändlerischen Theorie der Verfolgung des Zieles größten Volksreichtums: „Es gibt höhere Betrachtungsweisen, als die, welche auf den Handelsprofit gehen. . . . Könnten Sie uns beweisen, daß die wahren Prinzipien der Handelspolitik von uns verlangten, das Getreide auf dem billigsten Markte zu kaufen, und das Kapital, welches die schlechtern Bodenklassen

[1] Vol. IV. S. 409. (Rede im Unterhause vom 26. Juni 1844.)

fruchtbar gemacht hat, herauszuziehen, um es dem besseren, aber bisher unausgenutzten Boden Polens zuzuführen; dennoch müßten wir zögern.

Wir sollten mit Schmerz an die freundlich lachenden Gefilde, die dann verdunkelt würden, denken. Wir sollten mit Bedauern sehen, wie die Kultur von der Bergesspitze verdrängt wird, bis wohin sie unter dem Einflusse des Schutzes hinaufgestiegen ist und von wo aus mit Freude die Früchte erfolgreicher Arbeit überblickt werden können. Wenn Sie uns überzeugten, daß Ihre größten Hoffnungen sich erfüllten — daß dieses Land die große Werkstätte der Welt sein wird — und durch Billigkeit der Nahrungsmittel und die Nachfrage nach fremdem Getreide die Fabrikindustrie jedes anderen Landes vernichten wird — wenn das Land das Bild einer düsteren Reihe von enormen Fabrikstädten bietet, die durch Eisenbahnen verbunden sind, welche die verlassenen Äcker durchschneiden, deren Anbau nicht mehr rentabel wäre — so sollten wir doch nicht vergessen, bei allen Prophezeiungen vollkommenen Glücks, daß es unter dem Einflusse der seit 200 Jahren verfolgten Agrarschutzpolitik war, daß das Moorland kultiviert wurde, daß die wilde Haide bepflanzt wurde, daß die Gesundheit der ganzen Bevölkerung gebessert, ihr Leben verlängert wurde, und alles dies nicht auf Kosten der Fabrikbevölkerung, sondern mit ihrem gleichzeitigen Fortschreiten."[1]

Wenn Peel im Jahre 1845 diesen Standpunkt, daß die Landwirtschaft eines gewissen Schutzes bedürfe, völlig preisgab und für das radikale Freihandelsprinzip, d. h. für eine völlige Aufhebung der Getreidezölle — nach Ablauf einer dreijährigen Frist — eintrat, so sind für diesen Umschwung gewiß auch äußere Umstände, bestimmte wirtschaftliche Ereignisse von maßgebendem Einflusse gewesen; vor allem die irische Hungersnot. Er selbst weist darauf zur Rechtfertigung seiner veränderten Politik hin:[2] „Eine Regierung, welche das Wachstum dieses Elends sieht und verantwortlich ist für das Wohlergehen des Volkes und die Verhütung von Hungersnot und Teuerkeit,

[1] Vol. III. S. 603. (Rede im Unterhause vom 15. März 1839.)
[2] Vol. IV. S. 680. (Rede vom 4. Mai 1846.)

hat höchst wichtige und verantwortungsreiche Pflichten zu erfüllen, deren Vernachlässigung unerträgliche Übel zur Folge haben müßte . . . Ich glaube, daß die Beschränkung der Einfuhr von Nahrungsmitteln unvereinbar ist mit der Gerechtigkeit und mit gesunder Politik."

Dazu kam, daß die Ermäßigung der Schutzzölle 1842 bis 1845 nicht zu einer Verschlechterung der Lage des Volkes geführt hatte: „Es kann nicht geleugnet werden," erklärte Peel in der Rede vom 15. Mai 1846 im Unterhause,[1] „daß gleichzeitig mit einer Verminderung des landwirtschaftlichen Schutzes, nicht nur keine Minderung in der landwirtschaftlichen Melioration eingetreten ist, sondern vermehrte Anstrengungen, eine vermehrte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten und vermehrter Wohlstand für das Volk."

Aber weit mehr, als diese äußerlichen Ereignisse, sind sicherlich für Peels Umschwung die Einflüsse maßgebend gewesen, die von Cobden und seinen Anhängern ausgingen. Noch weit schwerer wiegenden wirtschaftlichen Ereignissen gegenüber, wie den zuletzt genannten, wußte Peel seine schutzzöllnerischen Ideen aufrecht zu erhalten: aber es war in seinem ganzen nationalökonomischen Vorstellungskreise durch die immer stärker werdende Hinneigung zu den Theorien Cobdens eine Änderung eingetreten. Ebenso wie in seiner ersten handelspolitischen Periode Ricardo, war in seiner zweiten handelspolitischen Periode Cobden sein geistiger Führer.

In der letzten Parlamentssitzung, die Peel als Minister mitmachte (vom 29. Juni 1846) erklärte er feierlich: „Der Name, der mit dem Erfolg dieser Maßregeln (sc. der freihändlerischen) verbunden sein sollte und verbunden sein wird, ist der Name eines Mannes, der, wie ich glaube, aus reinen und uneigennützigen Motiven, mit unermüdlicher Energie an unsere Vernunft appellierte und diesen Appell durch eine Beredsamkeit verstärkte, die um so bewundernswerter ist, weil sie ungeschminkt und ungeziert ist, der Name, der hauptsächlich mit dem Erfolg dieser Maßnahmen verknüpft ist, ist der Name Richard Cobden."[2]

---

[1] Vol. IV. S. 694. — [2] Vol. IV. S. 716.

Der für ökonomische Formeln sehr empfängliche Geist Peels fand schließlich weit mehr Gefallen an der glatten, einfachen Formulierung des Freihandelsprinzips bei Cobden, als bei der durch realpolitische Erwägungen abgeschwächten Doktrin Ricardos.

Vor allem wurde Peel immer mehr von der Richtigkeit der Cobden'schen Lehre überzeugt, daß der Lohn des Arbeiters nicht mit dem Getreidepreise schwanke, sondern in umgekehrter Richtung. Daß die Freihandelspolitik eine echt arbeiterfreundliche Politik sei, wurde jetzt Peel nicht müde, immer von neuem zu wiederholen.

Die Hoffnung, die Cobden einmal aussprach, Peel möge sich von der „ewigen Wahrheit" des Freihandelsgrundsatzes überzeugen, war wirklich in Erfüllung gegangen. Diese für Cobden charakteristischen Sätze finden sich in einem Briefe, den dieser an Peel am 23. Juni 1826 schrieb — drei Tage vor der Resignation Peels als Minister; dort heißt es:[1] „Ich nehme an, daß Sie von der alles durchdringenden Kraft der Argumente überzeugt sind, die Sie zugunsten der Freihandelsgrundsätze gebraucht haben, daß sie ewige Wahrheiten sind, die für alle Artikel des Austausches gelten, ebenso wohl als für Getreide; und daß sie für jede Position unseres Tarifs durchgeführt werden müssen."

In ähnlichem Sinne schrieb Cobden einmal an Combe:[2] „Unter allen Bekehrten rechne ich Sir Robert Peel zu den aufrichtigsten und ernstesten. Ich zweifle nicht, daß er aus strenger Überzeugung handelt. Sein Geist hat eine natürliche Neigung zu nationalökonomischen Wahrheiten. Der Mann, welcher es zu seinem Steckenpferd machen konnte, so früh schon das trockene Problem der Währungsfrage zu bearbeiten und zu so gesunden Resultaten zu kommen, konnte auch nicht verfehlen, ebenso fähig und willig zu sein, die anderen Theorien von Adam Smith in die Praxis zu überführen."

Namentlich Cobdens Idee, daß der Freihandel auch den

---

[1] Morley, The life of Richard Cobden. Vol. I. London 1881. S. 393.

[2] 7. März 1846. Morley I. S. 366.

landwirtschaftlichen Interessen entspräche, hatte zuletzt auf Peel überzeugenden Eindruck gemacht und bei Peels Verteidigung des Freihandels spielt gerade dieses Argument eine große Rolle.

„„Ich habe Grund zu glauben,““ sagte Cobden später, „„daß einige Debatten, die ich im Hause hervorrief in der Absicht, zu beweisen, daß die Landwirte selbst als Ganzes durch die Schutzzölle geschädigt würden, Peel einiges Vertrauen zur Durchführbarkeit eines Wechsels seiner Politik gaben.““

Dies mag wohl so gewesen sein. Die Rede, in welcher Peel die neue Politik ankündigte und verteidigte, ist wenig mehr, als ein Echo von Cobdens parlamentarischen Reden aus den Jahren 1844 und 1845 und daher kommt die außergewöhnliche Anerkennung, die er später in so bemerkenswerter Weise dem Anteil zollte, den Cobden an dem hatte, was er ausgeführt hatte.“[1]

Vom Standpunkte der Interessenharmonie der agrarischen und industriellen Interessen aus, verteidigte Peel jetzt den Freihandel, wie er früher von demselben Standpunkte aus den Schutzzoll verteidigt hatte:[2]

„Ich glaube, aus wichtigen politischen Gründen ist es von der äußersten Wichtigkeit, daß das landwirtschaftliche Interesse großes Gewicht und große Autorität in der Regierung dieses Landes haben sollte. Ich glaube mit Burke, daß das Land die sicherste Grundlage der politischen Macht ist . . . Aber die Frage ist, ob es mehr zu dem dauernden, gerechten und berechtigten Einflusse des Landes in diesem Staate führen wird, daß diese Getreidezölle aufgehoben werden, oder daß sie in ihrer ganzen Ausdehnung erhalten werden sollen? Nun, meine feste Überzeugung ist, Sie können mich, wenn es Ihnen beliebt, der Verräterei anklagen, daß Sie den Einfluß des Landes besser befestigen und aufrecht erhalten durch diese Maßregel (sc. den Freihandel), als wenn Sie bei dem gegenwärtigen Stande der öffentlichen Meinung hartnäckig darauf bestehen, die bestehenden Gesetze beizubehalten.“

Die einseitige und radikale Freihandelspolitik, wie sie von

---

[1] Morley, Cobden I. S. 349. — [2] Speeches IV. S. 645/6.

Cobden und Bright agitatorisch vertreten und von Peel praktisch durchgeführt wurde, kann sich daher nicht auf Torrens und Ricardo als auf ihre geistigen Urheber berufen. Ricardo lebte nicht mehr, als der Kampf um die Aufhebung der Getreidezölle ausgefochten wurde: so konnte er nicht mehr dagegen protestieren, daß seine Theorien zur Rechtfertigung der Aktion der Anti-Corn-Law-Liague herangezogen wurden. Wohl aber tat dies Torrens, der ein genauer Kenner der Ricardo'schen Lehre war und wiederholt in den Zollkampf innerhalb und außerhalb des Parlaments eingriff; in den von ihm veröffentlichten Broschüren weist er immer wieder darauf hin, daß die „völlige und sofortige" Abschaffung der Zölle nicht im Sinne Ricardos sei.

Gerade auch vom Standpunkte der Ricardo'schen Rententheorie aus, die in der Freihandelsagitation, wie wir gesehen haben, zugunsten der radikalen Beseitigung der Getreidezölle herangezogen wurde, zeigt Torrens, daß diese Politik verkehrt sei. Man müsse nämlich als Anhänger dieser Theorie unbedingt zugeben, daß zum mindesten die schlechtesten Bodenklassen außer Kultur kämen, während die extremen Freihändler irrigerweise behaupteten, die Pächter könnten überhaupt durch den Freihandel keinen Schaden erleiden.

In einem offenen Briefe an Cobden, worin Torrens ihm diese Meinung auseinandersetzt, wirft er ihm auch mit Recht vor, daß er in keiner Weise seine Behauptung, die Pächter erlitten durch den radikalen Freihandel keinen Schaden, theoretisch begründet habe; denn die vagen Redewendungen, daß der Freihandel Kapital in das Land bringe und dadurch auch die Landwirtschaft befruchte, könne eine Theorie, wie sie Ricardo biete, nicht ersetzen.

„Wir stimmen darüber überein", heißt es in diesem Briefe an Cobden,[1] „daß die Annahme Ihres Prinzipes der Einseitigkeit eine Verminderung der Renten herbeiführen wird; aber in der Beurteilung dieser Tatsache schlagen wir einen verschiedenen Weg ein. Ich rate den Pächtern und ihren Arbeitern,

[1] Morning Chronicle vom 6. Juni 1843, abgedruckt in Torrens' Schrift A letter to N. W. Senior. London 1843. S. 94.

indem ich meine Rententheorie West, Malthus und Ricardo entnehme, der Einseitigkeit sich zu widersetzen, weil, wenn diese Theorie richtig ist, wegen der durch die Einseitigkeit hervorgerufenen Verringerung der Rente die schlechteren Bodenklassen aufgegeben werden müßten und die Nachfrage nach landwirtschaftlicher Arbeit sich vermindern würde. Sie entnehmen Ihre Rententheorie irgend einer transcendentalen Logik, die dem Publikum noch nicht klargelegt ist und drängen die Pächter und ihre Arbeiter, die Einseitigkeit zu unterstützen, weil, wenn Ihre dunkle Theorie richtig ist, die Verminderung der Rente, anstatt die geringeren Böden außer Kultur zu setzen, vermehrte Beschäftigung in der Landwirtschaft hervorrufen soll."

In einem offenen Briefe an Senior schreibt Torrens:[1] „Eine umfassende Änderung in unserer Handelspolitik ist eine unvermeidliche Sache geworden. Diese Änderung wird entweder in Übereinstimmung mit den Grundsätzen von Huskisson und Ricardo, oder aber in Übereinstimmung mit denen der Anti-Corn-Law-League ausgeführt werden."

Torrens schildert hierauf die schädlichen Folgen der Handelspolitik, wenn sie gegen die Intentionen Ricardos im Sinne der Manchesterpartei die Richtung der völligen und sofortigen Aufhebung der Getreidezölle einschlüge.

„Die erste Wirkung der völligen Aufhebung würde eine Panik in allen landwirtschaftlichen Gegenden sein. Wenn wir den Grad der Aufregung betrachten, der in diesen Gegenden schon durch die mäßigen Änderungen hervorgerufen wurde, welche Robert Peel an den Kornzöllen und dem Tarif vornahm, können wir der Schlußfolgerung nicht entgehen, daß, bei der völligen Zurücknahme allen Schutzes die Panik außerordentlich wäre und zunächst zu einer Verringerung des Anbaus und zu einem ernstlichen Mangel an Getreide heimischen Wachstums führen müßte. Bei einer allmählichen Aufhebung der Getreidezölle dagegen, würde der Anbau allmählich in den fremden Ländern ausgedehnt werden, im Hinblick auf die Nachfrage seitens des englischen Marktes — und welcher

[1] Letter to N. W. Senior in reply to the Article „Free trade and retaliation". London 1843. S. 54.

Mangel auch in dem heimischen Getreidevorrate verursacht werden sollte, er könnte durch die Einfuhr von außerhalb ausgeglichen werden.

Aber eine sofortige Aufhebung der Getreidezölle könnte nicht eine sofortige Ausdehnung des Anbaus in fremden Ländern herbeiführen, welche den Mangel an heimischer Ernte durch entsprechende Vermehrung des Exportquantums fremden Getreides ausgliche.

Die vermehrte Nachfrage nach fremdem Getreide könnte erst nach einem längeren Zeitraum durch entsprechende Vermehrung des fremden Vorrats gedeckt werden. Die Folge würde eine plötzliche und außerordentliche Steigerung der Getreidepreise in den Ausfuhrländern sein. Die Schädigung des heimischen Konsumenten würde sehr bedeutend sein. Es würde ein Steigen und nicht ein Fallen des Preises des wichtigsten Lebensbedürfnisses eintreten. Die erste Wirkung der sofortigen und völligen Aufhebung würde genau das Gegenteil dessen sein, was von den getäuschten Repealers dem getäuschten Lande versprochen wurde. Das Parlament der Liga würde gezwungen, andere Maßnahmen zu ergreifen, um das Volk zu beruhigen."

Torrens unterscheidet „perfect" und „imperfect" free trade:[1] „Vollkommener Freihandel ist die Aufhebung von Beschränkungen auf beiden Seiten. Die Annahme des unvollkommenen Freihandels oder die Aufhebung der Beschränkung nur auf einer Seite würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als die Errichtung eines Monopols zugunsten unserer auswärtigen Rivalen."

7. Die neuere und neueste Entwicklung der Freihandelstheorie.

Blicken wir auf die Freihandelstheorie in Deutschland, so wurde sie bis in die neuere Zeit namentlich durch Prince-Smith und Faucher vertreten; neuerdings ist Brentano der Hauptvertreter dieser Theorie.

Soweit die erstgenannten Autoren die Freihandelslehren

[1] Letter to the independent electors of the borough of Sheffield vom 15. August 1843. a. a. O. S. 69.

in Deutschland verbreiteten, waren sie in allen wesentlichen Punkten die getreuen Anhänger der Anschauung von Cobden und Bright: noch über Ricardo hinausgehend, vertreten sie den völligen und radikalen Freihandel und begründen diese Forderung theoretisch mit der Idee der Interessenharmonie von Landwirtschaft und Industrie.

Als Prince-Smith kurz nach der gesetzlichen Anerkennung des Freihandelsprinzips in England seinen Aufsatz „Über die englische Tarifreform und ihre materiellen, sozialen und politischen Folgen für Europa" veröffentlichte (Elbing, 5. Juni 1846), riet er darin den Deutschen, die englische Handelspolitik nachzuahmen, gerade auch im besonderen Interesse der Landwirtschaft. „Eine der ersten und notwendigsten Folgen freien Getreidehandels," sagt er dort,[1] „wird sein, einen gleichmäßigeren Preisstand durch eine gleichmäßigere Versorgung zu bewirken . . . Ferner wird der freie Handel mehr Mittel zur Erhöhung der Bodenkultur verwenden lassen. Und je höher die Bodenkultur ist, je tiefer der Acker gepflügt und gedüngt, je besser er entwässert und zubereitet und zu den geeigneten Früchten in passender Aufeinanderfolge benützt wird, um so geringeren Einfluß haben die Witterungszufälle auf den Ertrag der Ernte. Dies und die Verwendung größerer und billigerer Kapitalien zum Spekulationshandel mit Getreide, wozu die größere Zuverlässigkeit der Operationen bei freiem Handel bewegen, und woraus eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Ertrags verschiedener Jahre an die Konsumenten hervorgehen wird, muß die größtmögliche Gleichmäßigkeit in der Versorgung mit Nahrungsmitteln und in den Preisen bewirken . . . Möglichst gleichmäßige Zufuhren, mithin möglichst stetige Preise der Nahrungsmittel, sichern den Produzenten die größtmögliche Anzahl produktionskräftiger Konsumenten, mithin den höchsten Durchschnittspreis."

In der zweitgenannten, jüngeren Richtung der Freihandelstheorie ist ein Umschwung der Meinungen zu verzeichnen. Brentano argumentiert nicht mehr im Sinne von Cobden,

---

[1] John Prince-Smiths Gesammelte Schriften. II. Band. Herausgeg. von Karl Braun-Wiesbaden. Berlin 1879. S. 206.

Bright und Prince-Smith mit dem Gegensatz von Renten- und Arbeitseinkommen, so daß nur ersteres durch den Freihandel geschädigt werden könnte, nicht aber der landwirtschaftliche Profit des Pächters und der Lohn des Landarbeiters, sondern er argumentiert mit dem Gegensatz von Agrar- und Manufakturstaat.

Die Erfahrungen haben die alte Lehre der Freihandelspartei, daß auch bei Freihandel eine blühende und rentable Landwirtschaft möglich sei, widerlegt: die neuere Richtung erkennt dies an und weist namentlich auf die durch die verbilligten Transportkosten eingetretenen Veränderungen in den Rentabilitätsverhältnissen der Landwirtschaft hin. Danach sind die Produktionskosten für den Getreidebau in Ländern wie England und Deutschland zu hoch und der Freihandel müsse eingeführt werden, damit der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat d. h. von dem unrentablen zu dem rentablen Erwerbszweige sich vollziehen könne. Diese Umwandlung brauche nicht mit völliger Aufgabe der Urproduktion verknüpft zu sein: an Stelle des Körnerbaus könne teilweise Viehzucht treten, ein anderer Teil der preiszugebenden Ländereien könne zur Forstkultur verwandt werden. „Aber selbst wenn man die Zölle so hoch triebe, daß die deutsche Landwirtschaft das Monopol auf deutschem Markte erhielte," sagt Brentano,[1] „würde das Klima es ausschließen, daß die Landwirte dabei gedeihen würden . . . Die Landwirte müssen auch bei überreichen Ernten nach Mißerntepreisen verlangen, um bestehen zu können . . . Wo aber besondere örtliche klimatische oder Bodenverhältnisse die Verwandlung der geringeren Böden in Grasland und den Übergang zur Viehwirtschaft als ausgeschlossen erscheinen lassen, zeigen die 4273000 Hektare, die uns fehlen, um den deutschen Holzbedarf in Deutschland zu erzeugen, und die steigenden Holzpreise die technisch-naturgemäßere und ökonomisch rentablere Benutzung geringerer Böden."

Es wird bei dieser Argumentation übersehen, daß der Ersatz des Körnerbaus durch Viehzucht schon aus klima-

---

[1] Die Getreidezölle als Mittel gegen die Not der Landwirte in „Deutschland", Monatsschrift für die gesamte Kultur. No. 5. 1903. S. 537.

tischen Gründen nicht so leicht und nicht in dem Umfang möglich ist, wie in England, und daß auch die Ausdehnung der Forstkultur den durch die Preisgabe des Körnerbaus entstehenden Verlust nicht annähernd decken kann. Es bliebe immer eine sehr rapide Vermehrung der industriellen Bevölkerung auf Kosten der agrarischen bestehen mit allen Nachteilen für eine rationelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland.

Dietzel allerdings ist auch in diesem Punkte Ricardo treu geblieben: er teilt die optimistische Auffassung der klassischen Theorie, daß die Landwirtschaft vom Freihandelssystem keinen Schaden haben könne, daß höchstens die Grundrente eine Verminderung erfahren würde. Daher brauche auch die deutsche Landwirtschaft nicht wie die englische zur Viehzucht überzugehen.

„Die Produktionsmöglichkeit für Getreide würde bei uns durch Herabsetzung der Getreidezölle kaum beeinträchtigt; sondern nur die Grundrente würde, entsprechend dem Fallen der Getreidepreise, fallen. Daß Englands Kornbau zurückging, die Produktion an Vieh dafür zunahm, beweist für Deutschland nichts.“[1]

An anderer Stelle sagt Dietzel nochmals:[2] „Aber das Beispiel Englands? Ist denn nicht dort die Metamorphose der Agrarproduktion in der Richtung immer mehr überwiegender Viehzucht erfolgt, hat nicht dort der Kornbau, wenigstens der Bau von Brotkorn, wesentlich abgenommen? Und ist diese Verschiebung nicht verursacht durch das stetige und im Vergleich mit Deutschland, Frankreich usw. stärkere Sinken des von keinem Schutzzoll gestützten Weizenpreises? Gewiß. Aber muß bei uns geschehen, was dort geschah? Sind in dem kontinentalen Deutschland die Klima- und Bodenverhältnisse nicht wesentlich verschieden von denen der britischen Insel? . . . Unsere Großgrundbesitzer müßten und würden, wenn der Kornpreis weiter sänke, größtenteils beim Kornbau bleiben. Die

---

[1] Dietzel, Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit. Jena 1903. S. 103.

[2] Dietzel, Sozialpolitik und Handelspolitik. Berlin 1902. S. 38/39.

„„richtigen Bahnen"" sind für sie eben andere wie für ihre britischen Kollegen. Zu meinen, daß bei uns der Kornbau auf so weiten Gebieten der Viehzucht weichen könne wie jenseits des Kanals, heißt meinen: daß in Ostelbien, in der bayrischen Ebene usw. die gleichen Klima- und Bodenverhältnisse herrschten, wie in großen Teilen Englands, bezüglich wie in Friesland, Oldenburg, Schleswig-Holstein, in den Gebirgsgegenden."

Auch Helfferich steht auf einem ähnlichen Standpunkte; auch er meint, daß der Freihandel die landwirtschaftlichen Interessen nicht schädigen könne: „Ich habe Ihnen," so erklärt er in einem in Hamburg gehaltenen Vortrag,[1] „in meinem letzten Vortrag gezeigt, daß nicht die Landwirtschaft als solche, sondern nur ein Teil der landwirtschaftlichen Grundbesitzer in ihrer Existenz bedroht ist, und daß nicht der deutschen Landwirtschaft schlechthin, sondern nur einem Teil der Grundbesitzer Vorteile aus einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle erwachsen würden. Wir stehen mithin überhaupt nicht vor dem Dilemma: entweder Außenhandel oder Landwirtschaft, vor das uns die agrarischen Wortführer in maßloser Übertreibung stellen möchten; die Landwirtschaft wird uns vielmehr erhalten bleiben, sie wird sogar in einzelnen industriellen Teilen des Reiches weitere erhebliche Fortschritte machen können, auch wenn in handelspolitischer Beziehung alles beim alten bleibt. Es ist begreiflich, wenn einzelne in schwieriger Lage befindliche Grundbesitzer ihr eigenes Schicksal mit dem der Landwirtschaft verwechseln, aber für den ruhigen Beobachter und den verantwortlichen Politiker ist der drohende Ruin der Landwirtschaft nichts mehr als ein leeres Schreckgespenst."

„Von allen Gründen, die sich für eine Änderung unseres handelspolitischen Kurses ins Feld führen lassen, bleibt mithin nur der Vorteil, der einer Anzahl von Grundbesitzern erwachsen würde."[2]

Finden sich noch vereinzelte wissenschaftliche Vertreter des alten Freihandelsdogmas, so ist dieses doch von der überwiegenden Mehrheit der Theoretiker und Praktiker heute

[1] Karl Helfferich, Handelspolitik. Leipzig 1901. S. 193.
[2] a. a. O. S. 205.

überall aufgegeben und für die Unhaltbarkeit des freihändlerischen Standpunktes ist es gewiß bedeutsam, daß selbst in demjenigen Lande, das bisher als Hauptstütze des Freihandelssystems galt, in England, und bei der Klasse, die früher mit Vorliebe den Freihandelsideen zuneigte, sich neuerdings eine große Strömung gegen das Freihandelssystem bemerkbar macht.

Solange in England überwältigende Interessen durch die Freihandelspolitik ihre Förderung fanden, hatte auch die Freihandelslehre große Bedeutung; und trotzdem vor Beginn der freihändlerischen Bewegung stets auch die schutzzöllnerische Theorie scharfsinnige Vertreter gefunden hatte, ist erst durch den Umschwung der tatsächlichen Interessengruppierungen auch der gegenteilige Standpunkt mehr zur Geltung gekommen. Da die alte Prophezeiung der Freihandelstheoretiker, daß alle Länder allmählich sich zum Freihandel bekehren würden, sich absolut nicht bewahrheitete, sondern mit Ausnahme Englands fast alle Länder der Welt das Schutzzollsystem annahmen, sieht sich England um so mehr in seinen Interessen bedroht, als es immer mehr ein Absatzmarkt für die aus den zollgeschützten Ländern frei eingeführten Waren wird, während dieser selbe Zollschutz der Einfuhr britischer Waren Schwierigkeiten in den Weg legt.

Gegen diese einseitige Freihandelspolitik wendet sich eine immer stärker werdende schutzzöllnerische Richtung, die ihren politischen Führer in Chamberlain hat, die aber auch mannigfach theoretische Unterstützung gefunden hat. Selbst ein Staatsmann von so gemäßigter Richtung in handelspolitischer Hinsicht wie James Balfour, hat einen interessanten Beitrag gegen die Freihandelstheorie geliefert; er nennt sich zwar selbst Freihändler, protestiert aber gegen die einseitige Betonung dieses Standpunkts nach der Art der alten Freihandelstheorie. Er erklärt vor allem, daß, wenn nicht die Freihandelsgrundsätze universell angenommen würden, das Land, das allein sich zu ihnen bekehrte, allzu leicht geschädigt werden könnte. Balfour verweist auf die nationalen Gesichtspunkte, die gegenüber den kosmopolitischen Ideen der Freihändler in Betracht gezogen werden

müßten und er weist die Argumentation aus dem Gesichtspunkte des größten Geldgewinns zurück:[1] „Die Nationen haben — wenn auch nicht immer kluger Weise — etwas mehr als das momentane pekuniäre Interesse der einzelnen Konsumenten und Produzenten in Rechnung gezogen; sie haben erkannt, daß der Staat etwas anderes ist, als die Individuen, die ihm zu bestimmter Zeit angehören, und daß es nicht nur unvernünftig ist, anzunehmen, daß, was für die reichtumschaffende Kraft der Welt gut ist, notwendigerweise auch für jeden einzelnen Staat gut sein müsse, sondern daß dies ganz sicherlich nicht der Fall ist."

Die ganz oberflächliche Anwendung der induktiven Methode, daß man argumentiert, weil England im großen und ganzen unter der freihändlerischen Ära eine günstige wirtschaftliche Entwicklung aufzuweisen habe, allgemein Freihandel mit Prosperität verbunden sein müsse, wird allerdings immer noch vertreten, z. B. von R. M. Smith. Er bemerkt in seiner Schrift „Science Economic Discussion" p. 107:[2] „Die induktive Methode vergleicht wirtschaftliche Einrichtungen, welche dieselbe Funktion bei den verschiedenen Nationen desselben Kulturgrades verrichten, um zu entdecken, welche die beste ist," und führt dann als Beispiel an: „daß man aus der Prosperität Englands auf die Richtigkeit des Freihandelsprinzips schließen könnte, zum mindesten für industriell entwickelte Nationen." Gegen diese Art der Beweisführung legt Keynes energisch Protest ein.[3]

Besonders erwähnenswert ist auch das Buch von W. J. Ashley,[4] worin in vorzüglicher Weise die alten Freihandelsargumente entkräftet werden; dort wird auch mit Zustimmung ein schutzzöllnerisches Werk zitiert, in welchem speziell Ricardo gegenüber eingewandt wird, daß seine theoretischen Voraussetzungen für die heutige handelspolitische Situation teilweise gar nicht mehr zutreffend sind.

---

[1] Economic Notes on Insular free trade. IV. Impression. London 1903.

[2] Zitiert von Keynes, The Scope and Method of political economy. London 1897. S. 197.

[3] Ebendort.

[4] The Tariff Problem. II. ed. London 1904.

Es handelt sich um Hadley's Buch: „Railway Transportation“ (1888). Dort wird der bekannte Einwand gegen den Schutzzoll besprochen, daß häufig unter der Herrschaft des Schutzzolls Waren, die im Inlande produziert sind, nach dem Auslande zu teureren Preisen verkauft werden, als an die Inländer. Wenn im Zusammenhange damit behauptet wird, daß dies gegen das ökonomische Fundamentalgesetz verstoße, daß nämlich der Preis der Waren den Produktionskosten entsprechen müsse, weil häufig die für das Ausland festgesetzten Preise unter den Produktionskosten ständen, so wird von Hadley dagegen bemerkt, daß dieses „Gesetz“ tatsächlich gar nicht existiere, daß — mit und ohne Schutzzoll — die Industrie oft unter den Produktionskosten zu verkaufen gezwungen sei; der Grund liege in der enorm angewachsenen Menge fixen Kapitals, die zu verzinsen seien.

Es heißt in der zitierten Schrift Hadley's:[1] „Wir nehmen fast ohne Einschränkung die Ricardo'sche Theorie an, daß bei freiem Wettbewerb im offenen Markt der Wert der verschiedenen Waren danach strebt, sich den Produktionskosten anzupassen. Gemäß dieser Idee wird, wenn der Vorrat einer bestimmten Ware knapp ist und der Preis daher stark über die Produktionskosten hinausgeht, fremdes Kapital in das Geschäft gezogen, bis der Vorrat wieder so stark veräußert ist, um den Bedürfnissen des Marktes zu genügen.

Aber sobald dieser Punkt überschritten ist und der Preis unter die Produktionskosten hinunterzugehen beginnt, werden die Leute sich weigern, mit Verlust zu produzieren; der Vorrat wird verringert und der Preis wird wieder zu normaler Höhe steigen. . . .

Dies war annähernd wahr, als Ricardo schrieb; aber, im Geschäfte von heute, fehlt ein Glied in der Kette der Schlußfolgerung und damit fällt das Ganze zusammen: Es ist nicht wahr, daß, wenn der Preis unter die Produktionskosten fällt, die Leute es immer in ihrem Interesse gelegen finden, es abzulehnen, mit einem Nachteil zu produzieren. Es schließt sehr häufig weniger Verlust ein, die

[1] Zitiert bei Ashley S. 88.

Produktion fortzusetzen, als unter den Herstellungspreisen zu produzieren."

Hadley gibt dann eine Reihe von Beispielen aus der Praxis, namentlich aus der Eisenbahn- und Stahlbranche, wo es für vorteilhafter gefunden wird, wegen des großen investierten fixen Kapitals zu Preisen unter den Kostenpreisen zu produzieren.

Ebenso ist ein Umschwung zu verzeichnen in der Arbeiterbewegung. Zwar sind die arbeitenden Klassen keineswegs stets freihändlerisch gesinnt gewesen. Wir sahen oben, wie speziell die Chartistenbewegung sich der Anti-Corn-law-league gegenüber ablehnend, bezw. neutral verhielt. Je mehr aber in der Arbeiterbewegung der Glaube an das eherne Lohngesetz schwand, umso mehr neigte man dazu, sich der Freihandelstheorie anzuschließen. Die stärkste Organisation der Arbeiterschaft, die deutsche Sozialdemokratie, hatte im wesentlichen die Freihandelspolitik zu der ihrigen gemacht. Neuerdings aber ist eine Opposition dagegen mehr in den Vordergrund getreten, die im Gegensatz dazu die Proklamierung freihändlerischer Grundsätze, gerade auch vom Arbeiterklassenstandpunkt aus, für bedenklich hält. Sie knüpft an die frühere Stellung einiger Führer des wissenschaftlichen Sozialismus und an die Beschlüsse früherer Parteitage, wie den zu Gotha (1876) und zu Wyden (1880) an, in dem sie den Standpunkt vertritt, daß diese Frage eine solche ist, die innerhalb der besitzenden Klassen auszufechten sei, welcher aber die Arbeiterklasse selbst neutral gegenüber stehe. Darüber noch hinausgehend, erklärte besonders Schippel auf dem Stuttgarter Parteitage (1898), daß die Arbeiter als Produzenten sehr leicht auch schutzzöllnerische Interessen haben könnten:[1] „Die Arbeiter aber sind nicht reine Konsumenten, sie sind gewissermaßen Mitanteilhaber an jeder, wenn zunächst auch künstlich beförderten Erweiterung der Großproduktion. Das Endziel, die höhere Entwicklung unserer

[1] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart 1898. Berlin 1898. S. 179.

Industrie, ist uns Alles. Das bischen Preisbewegung und Preiserhöhung kann für uns nichts bedeuten."

In seinem großen Werke „Grundzüge der Handelspolitik" setzt er ausführlicher seinen Standpunkt auseinander, wonach zwar die Arbeiter für Agrarzölle nicht eintreten könnten, wohl aber unter Umständen für industrielle Schutzzölle:[1] „Entscheidet sich also die Arbeiterklasse eines Landes für den Freihandel, so wird ihre Stellungnahme nur dann richtig und auf die Dauer haltbar sein, wenn sie erfolgt ist im Hinblick auf die Produktion und den Arbeitsmarkt, nicht aber in oberflächlicher Konsumentenschwärmerei für niedrigen Preisstand. Und umgekehrt: Trotz des eintretenden höheren Preisniveaus würde man sich für den Schutzzoll entscheiden müssen, wenn eine allgemeine, dauernde Vermehrung und Beflügelung der Produktionskräfte eines Volkes oder eines Völkerkreises in sicherer Aussicht stünde und bei Freihandel nicht zu erzielen wäre."

In England ist zwar die überwiegende Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft noch freihändlerisch gesinnt, aber einzelne hervorragende Arbeiterführer haben sich auch gegen den Optimismus der Freihändler ausgesprochen und sind einer schutzzöllnerischen Politik nicht abgeneigt. Selbst aus den sozialistischen Vereinen sind Stimmen gegen den Freihandel laut geworden.

So gibt z. B. Lee in einer Schrift „Social Democray and the Zollverein" (London 1903)[2] den Chamberlainisten und sonstigen Kritikern des Freihandels recht, daß die größere Billigkeit oder Teuerkeit der Waren nicht den Maßstab für die Förderung oder Benachteiligung der Arbeiterklasseninteressen bilden dürfe. Für den Freihändler, der ganz übersehe, was für ungeheure Umwälzungen sich in den Wirtschaftsverhältnissen während des letzten halben Jahrhunderts vollzogen hätten, sei der Konsumentenstandpunkt alles, der Produzent nichts.

Das möge für Rentenverzehrer eine wohl einleuchtende Anschauung sein; der Arbeiter indes sei mehr Produzent,

[1] Berlin 1902. S. 342.

[2] Vgl. Max Schippel, Die englischen Arbeiter und die Schutzzollagitation. Sozialistische Monatshefte 1904. S. 266.

als Konsument; eine ökonomische Theorie, die den Arbeiter als Produzenten außer Betracht läßt und die ihn lediglich in seiner mehr untergeordneten Stellung als Konsument ins Auge faßt, ist sicherlich nicht geeignet, viel Anklang bei der Masse derer zu finden, die von ihrem Tagewerk leben."

In dem Manifest des englischen sozialdemokratischen Bundes heißt es bezüglich des Freihandels:[1] „Erinnert euch ferner, daß die klassischen Freihändler zu euren schlimmsten Feinden gehörten. So auch ihre heutigen Schüler. Jene waren logischerweise Gegner jeder Gewerkschaftsverbindung oder Schutzgesetzgebung, die eurem Interesse galt, weil sie jene individuelle Freiheit des Kontraktes beschränkte, die für sie die Möglichkeit bedeutete, eine Arbeitskraft wie jede andere Ware so billig zu kaufen, wie sie sie nur irgend bekommen könnten. Für jene Schule ist der Konsument alles, der Produzent nichts.

Eine sehr bequeme und angenehme Theorie für die Reichen und Wohlhabenden, die nahezu alles konsumieren und nichts produzieren! Aber ihr, die ihr alles produziert und nur einen kleinen Teil des von euch produzierten Reichtums konsumiert; paßt es euch, nur als Konsumenten betrachtet zu werden?"

Und ähnlich wird in mehreren Artikeln des sozialistischen Wochenblattes „The Clarion" gegen den Freihandel polemisiert. Der Verfasser, Blatchford, behandelt das Problem[2] des Schutzzolls in einer Weise, die dem Arbeiter, der zwischen Freihandel und Schutzzoll zu entscheiden hat, sagt: „Wenn die Wahl getroffen werden muß, so greife zum Schutzzoll."

„Sein Ausgangspunkt," erklärt Bernstein „ist daher ebenfalls die Gegenüberstellung von Konsumenten- und Produzenteninteresse. Da die Arbeiter alle mehr Produzenten, als Konsumenten, die besitzenden Klassen aber überwiegend Nichtproduzenten sind, so müsse eine Zollpolitik, welche die Konsumenten zuguesten der Produzenten belastet, notwendigerweise vorteilhafter für die Arbeiter sein."

---

[1] Bernstein, Die britischen Arbeiter und der zollpolitische Imperialismus. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 1904. S. 121.

[2] Bernstein a. a. O. S. 122.

Siebentes Kapitel.

Ricardos Anschauungen über Krisen, Überproduktion und Maschinenwesen.

1. Ricardo über Krisen und Überproduktion.

Wenn Ricardo es als das wichtigste Ziel der Volkswirtschaftspolitik hinstellt, die Vermehrung des Kapitals und damit des Güterreichtums anzustreben und keine andere Grenze für diese Kapitalakkumulation gelten lassen will, als die, welche durch die allmähliche Verteuerung der Lebensbedürfnisse und dadurch veranlaßte Verringerung des Kapitalgewinns gesteckt sein könnte, so drängt sich die Frage auf: wird diese Kapitalakkumulation nicht schließlich dem Produzenten selbst dadurch zum Nachteil gereichen, daß die Nachfrage nach den so massenhaft vermehrten Waren nicht gleichen Schritt halten kann mit der Vermehrung des Kapitals d. h. des der neuen Schaffung von Gütern gewidmeten Teils des nationalen Einkommens? Sind dann nicht Überproduktion und im Gefolge davon Krisen unvermeidlich?

Es hängt mit der optimistischen Grundstimmung Ricardos dem privatwirtschaftlichen Produktionssystem gegenüber zusammen, daß er eine solche Gefahr einer allgemeinen Überproduktion ableugnet, vielmehr höchstens eine Überproduktion einzelner Warengattungen anerkennen will. Ricardo schließt sich in seiner allgemeinen Beurteilung dieser Frage eng an James Mill an, der bereits 1808 in einer Broschüre gegen Spence behauptet hatte, daß Waren nur gegen Waren getauscht würden, daß die eine Hälfte derselben immer einen Markt für die andere Hälfte derselben abgeben müsse.

Ricardo baute diese Lehre weiter aus, indem er im Anschlusse an ähnliche Äußerungen von A. Smith die Unbegrenztheit des menschlichen Bedarfs behauptete. Der Bedarf an nützlichen Dingen aller Art sei so groß, daß eine noch so große Produktion doch immer wieder Absatz finden müsse.

Ricardo unterscheidet allerdings zweierlei Arten menschlicher Bedürfnisse, die einen auf Nahrungs- und Lebensmittel gerichtet, die anderen auf die hundertfältigen Dinge, die das Leben verschönern. Ersterer Bedarf sei begrenzt durch die physische Aufnahmefähigkeit der Menschen, letzterer sei unbegrenzt.

„Die Nachfrage nach Getreide" meint Ricardo,[1] „ist durch die Mäuler begrenzt, welche es zu verzehren vorhanden sind; die Nachfrage nach Schuhen und Röcken durch die Personen, welche sie tragen wollen; allein wenn auch ein Gemeinwesen oder ein Teil eines solchen so viel Getreide, so viel Röcke und Schuhe hätte, als es zu verbrauchen vermöchte oder wünschte, so kann dies nicht von jedem Gute gesagt werden, das durch die Natur oder Kunst hervorgebracht wird. Die einen würden mehr Wein trinken, wenn sie imstande wären, sich ihn zu verschaffen. Andere, die genug Wein haben, würden gerne die Menge ihres Hausrates vermehren oder dessen Art und Beschaffenheit verbessern. Wieder andere möchten gerne ihre Landgüter verschönern oder ihre Häuser erweitern.

Der Wunsch, alles dies oder etwas davon zu tun, ist in eines Jeden Brust gepflanzt; nichts ist dazu erforderlich, als die Mittel und nichts kann diese Mittel geben, als eine Erweiterung der Hervorbringung.

Ricardo leugnet nicht, daß die Möglichkeit einer Überproduktion vorhanden sei, wenn die allgemeine Richtung der Produktion eine verkehrte sei; wende sich die Produktion ganz vorwiegend auf Lebensbedürfnisse, so könne die Menge dieser Erzeugnisse allerdings den Bedarf sehr stark überschreiten:[2] „Es gibt nur einen einzigen Fall, der aber auch nur zeitweise eintritt, in welchem die Kapitalansammlung bei niedrigem Preise der Nahrungsmittel von einem Sinken der Gewinste begleitet sein kann: und dies ist, wenn die Mittel zur Unterhaltung der Arbeit viel schneller zunehmen, als die Bevölkerung.

Würde sich jedermann des Gebrauchs von Luxusgegenständen entschlagen und nur auf die Kapitalansammlung be-

---

[1] princ. 176 (259). — [2] princ. 176 (260).

dacht sein, so könnte eine solche Menge von Bedürfnismitteln hervorgebracht werden, daß sie nicht unmittelbar verzehrt werden könnten.

Aber Ricardo hält diese Gefahr für äußerst gering: „In einem Lande wie England z. B. ist es schwer, anzunehmen, daß man eine Neigung bekäme, das ganze Kapital und die Arbeit des Landes auf die Hervorbringung von Bedürfnismitteln allein zu verwenden."

Außer dieser falschen Richtung, welche die Produktion im allgemeinen unter Umständen nehmen kann, gibt Ricardo auch zu, daß die Produzenten in einzelnen Fällen sich „verrechnen" könnten, daß sie sich in Bezug auf die Geschmacksrichtung des Publikums täuschen usw. und hier sind es gerade die nicht-landwirtschaftlichen Produkte, die leicht unverkäuflich sein könnten. Doch dies alles hält er für kleine Irrtümer, die alsbald durch die Unternehmer selbst wieder verbessert werden: es sind nach Ricardo höchstens kleine Schönheitsfehler des kapitalistischen Systems, keine inneren Mängel, die etwa zu langandauernden Störungen des volkswirtschaftlichen Organismus führen könnten. In diesem Sinne schreibt er:[1] „Ein großes, gewerbetreibendes Land ist zeitweisen Wechseln und Zufällen, die durch den Übergang des Kapitals von einem Geschäfte zu einem anderen verursacht werden, besonders ausgesetzt. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist gleichförmig, sie steht nicht unter dem Einflusse von Mode, Vorurteilen oder Laune. Zur Erhaltung des Lebens ist Nahrung notwendig und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln muß bestehen zu allen Zeiten und in allen Ländern. Anders verhält es sich mit den gewerblichen Produkten; die Nachfrage nach einem bestimmten gewerblichen Produkt unterliegt nicht nur den Bedürfnissen, sondern auch dem Geschmack und der Laune der Käufer."

Neben diesen wirtschaftlichen Ursachen erkennt Ricardo auch außerwirtschaftliche, namentlich politische Ursachen von vorübergehenden Störungen an, so besonders Kriege, Steuer- und Zollmaßregeln:[2] „Eine neue Steuer kann den verhältnis-

---

[1] princ. 159 (232). — [2] Ebendort.

mäßigen Vorteil, den ein Land vorher in Verfertigung einer Ware besaß, zerstören; aber der Einfluß des Krieges kann die Fracht und Versicherung bei deren Versendung so steigern, daß sie nicht länger mehr mit dem einheimischen Gewerbe des Landes, welchem sie früher zugeführt wurde, in Mitbewerb treten kann. In allen solchen Fällen werden diejenigen, welche bei der Verfertigung solcher Waren beschäftigt sind, beträchtliche Not und zweifellos manchen Verlust erleiden." Aber „nach Bedrängnissen von zeitweiser Dauer wird das Volk wieder im Wohlstand vorschreiten."[1]

Die Mißstände der genannten Art sollen nach Ricardo in reicheren Ländern stärker hervortreten, als in armen, weil in ersteren mehr stehendes Kapital zur Produktion verwendet wird, welches schwer aus den betreffenden Geschäften herausgezogen werden kann. „Dies ist übrigens ein Übelstand, dem ein reiches Volk sich unterwerfen muß; und man würde nicht mehr Grund haben, sich darüber zu beklagen, als ein reicher Handelsmann, wenn er darüber jammern wollte, daß sein Schiff den Seegefahren ausgesetzt ist, während seines Nachbars Hütte von allen solchen Gefahren frei ist."[2]

So sehr aber Ricardo bereit ist, zuzugestehen, daß die Produzenten sich einzelne „miscalculations" zu schulden kommen lassen, woraus kleine „derangements" im Wirtschaftsleben entstehen können, so sehr hält er anderseits an dem dauernden Parallelismus von Gesamtproduktion und Gesamtnachfrage fest. Es ist derselbe charakteristische Grundzug, der durch alle Lehren Ricardos hindurchgeht: die maßgebenden Faktoren im Wirtschaftsleben werden als feste, sichere, harmonisch miteinander stimmende Größen betrachtet. In diesem Falle sind die Kapitalisten mit ihrer Kapitalakkumulation gegenüber den Konsumenten mit ihrem Bedarf durchaus in Harmonie befindlich. Die wirklichen Kämpfe und Interessenkollisionen innerhalb des individualistischen Systems werden nicht klargelegt.

Die dem Privatkapitalisten eingeräumte Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel erscheint Ricardo als eine so vorzügliche Einrichtung, daß er auch offenbare Mängel dieses

---

[1] princ. 160 (235). — [2] Ebendort.

Systems ableugnet. Und wie kann man die durch die Kapitalansammlung bewirkte Produktionsmöglichkeit der Stärke des Bedarfs der Menschen an allen möglichen schönen Dingen gegenüberstellen! Als ob es darauf ankäme, daß die Menschen unbegrenzte Lust an Wagen, Pferden, schönen Villen usw. hätten!!

Worauf es in dieser Frage doch ankommt, ist, ob die wirtschaftliche Kraft und der Wunsch vorhanden ist, die durch die Kapitalakkumulation geschaffenen Gütervorräte zu kaufen. Die Kaufkraft der großen Masse ist aber immer nur eine begrenzte; und gerade vom Standpunkte Ricardos aus, der das Gesetz aufgestellt hat, daß die Löhne die Tendenz hätten, auf dem Unterhaltsminimum stehen zu bleiben, erscheint es auffallend, daß alle auch noch so umfangreichen Kapitalverwendungen in der Produktion auch stets auf die entsprechende Güternachfrage sollen rechnen können.

Man braucht gar nicht die Sismondi'sche Theorie von der Unterkonsumtion der Volksmassen als die Ursache der Krisen anzuerkennen — und in der Tat, wenn auch der Arbeitslohn doppelt und dreifach so groß wäre, könnten diese langandauernden Störungen der Volkswirtschaft nicht ausbleiben — und wird doch zugestehen müssen, daß noch mehr als der Bedarf der Massen das Bestreben der kapitalistischen Produzenten anwachsen kann und zeitweise anwachsen wird, durch immer neue Kapitalanwendung die Profitmasse zu vergrößern.

Die Individualität der Produktion einerseits und des Konsums anderseits bewirken, daß zeitweise ein Mißverhältnis zwischen Warenvorrat und der Aufnahmefähigkeit des Marktes sich einstellen wird. Der Kapitalist produziert nicht, um einen ihm bestimmten Bedarf zu decken, sondern um Gewinne zu erzielen. Über Größe, Art und Umfang des ihm unbekannten Bedarfs wird er sich leicht irren. Der Anstoß zur Produktion und Produktionsvermehrung wird durch die Stimmung des kapitalistischen Unternehmers gegeben — es ist bekannt, wie diese Stimmung zeitweise eine so optimistische ist, daß eine maßlose Überproduktion erfolgt, und diese Produktion richtet sich nicht nur auf Konsumtionsgegenstände, sondern auch namentlich auf Produktionsmittel. Selbst, wenn also

Ricardo Recht hätte, daß ein unbegrenzter Begehr nach Häusern, Weinen, Kleidern usw. vorhanden wäre, so ist der Begehr nach allen möglichen Kraft- und Arbeitsmaschinen, nach Rohstoffen und Halbfabrikaten doch immer begrenzt durch die Nachfrage von seiten derer, die solche Produktionsmittel verwerten wollen.

Mit Recht weist Tugan-Baranowsky auf diesen Irrtum in der Lehre der klassischen Nationalökonomie hin: „Man darf bei der Analyse der gesellschaftlichen Reproduktion des Kapitals keinesfalls außer acht lassen, daß das gesellschaftliche Kapital nicht nur für die Herstellung von Konsumtionsmitteln, sondern auch von Produktionsmitteln verwendet wird.“[1]

2. Sismondi und Malthus gegen Ricardos Auffassung von der Überproduktion.

Unter den vielen Gegnern, die Ricardos Auffassung von der Überproduktion gefunden hat, sind namentlich zwei zu nennen, sowohl wegen der Schärfe ihrer Argumente, als wegen des Umstands, daß sie in persönlichem Ideenaustausch über diese Frage standen: Sismondi und Malthus. Auch wer die positiven Anschauungen beider Autoren in der Frage der Krisen und der Überproduktion nicht teilt, muß zugeben, daß die Angriffe, die sie gegen Ricardo gerichtet haben, in der Hauptsache zutreffen und daß es Ricardo nicht gelungen ist, diese Gegner zu widerlegen.

Sismondi setzt sich hauptsächlich in seinem Werke „Etudes sur l'Economie Politique“[2] mit Ricardos Lehre von der Überproduktion auseinander. Dort schreibt er über seine persönliche Bekanntschaft mit Ricardo:[3] „Ich hatte mit Ricardo in seinem letzten Lebensjahre eine Unterredung, die mir stets eine teure Erinnerung sein wird; er bewies dabei die ganze Höflichkeit, Redlichkeit und Wahrheitsliebe, die ihn auszeichneten.“

---

[1] S. 20.

[2] J. C. L. Sismonde de Sismondi: Etudes sur les Sciences sociales. t. II: Etudes sur l'Economie politique t. I. Paris 1837. Premier Essai: Balance des consommations avec les productions. S. 80 ff.

[3] S. 81.

Die sachlichen Einwendungen gegen Ricardo faßt Sismondi einmal kurz so zusammen:[1] „Der Gedankengang Ricardos ruht auf zwei Voraussetzungen, die ich für falsch halte. Die erste, daß jede Vermehrung der Produktion eine Vermehrung des Einkommens darstellt, während ich glaube, daß sie häufig nur einen Verlust hervorruft; die zweite, daß jede Vermehrung des Einkommens eine Vermehrung des Konsums bedeutet, während ich glaube, daß sie sehr häufig nur den Konsum von nicht mehr Gütern, sondern von Gütern zu höherem Preise bedeutet.

Wenn es also dem Landwirt, durch irgend einen Fortschritt in der Landwirtschaftstechnik, gelingt, die Frucht seiner Arbeit zu vermehren, so wird er durchaus nicht eine größere Menge von Manufakturwaren, als er früher konsumierte, begehren, er wird vielleicht weniger davon brauchen, sondern er wird den Zuwachs an Einkommen auf seinen Luxus verwenden und um kurz zu sein, nennen wir Luxus alles, was über seine Bedürfnisse ersten Grades hinausgeht. Er wird also die bereits bestehenden Manufakturen, nämlich die der notwendigsten Bedarfsgegenstände entmutigen, während er Manufakturen, die noch gar nicht existierten, ins Leben ruft, nämlich die Luxusmanufakturen. Ebenso, wenn ein Tucharbeiter durch einen Fortschritt in seiner Branche, durch die Anwendung irgend einer wissenschaftlichen Erfindung, dahin gelangt, mehr zu produzieren und mehr zu verdienen, so ist es durchaus nicht sein Getreideverbrauch, der sich vergrößern wird, er wird ihn vielleicht vermindern, sondern er wird den Überschuß des Einkommens, das er auf Nahrung verwendet, vielleicht auf eine luxuriöse Tafel und auf die Ermutigung der Erzeugung solcher den Luxusgenüssen dienenden landwirtschaftlichen Gewerbe verwenden.

So können der Landarbeiter und der Tucharbeiter gleichen Schrittes in der Vervollkommnung ihres Erwerbszweiges vorangehen, sie werden nicht mehr, als sie es vorher waren, gegenseitige Abnehmer ihrer Waren. Auch ist es wichtig, zu beachten, daß eine Luxusmanufaktur nicht mehr, sondern geschicktere Hände verlangt, ebenso wie die Luxusagrikultur, die

[1] S. 81.

Aufzucht von Viehherden, nicht mehr, sondern weniger Hände verlangt, als der Ackerbau."

Im Briefwechsel mit Malthus hat Ricardo wiederholt die Frage der Überproduktion eingehend besprochen, ohne daß es zu einer Einigung zwischen ihnen in den strittigen Punkten gekommen ist. Malthus hat seine wichtigsten Einwände gegen diese Ricardo'sche Lehre in dem zweiten Buch seiner „Principles of political economy" ausführlich auseinandergesetzt.[1]

Malthus wendet gegen Ricardo und seine Anhänger in dieser Frage namentlich folgendes ein:[2]

Erstens: „Sie haben die Waren betrachtet, als ob sie eine Anzahl mathematischer Figuren oder Zeichen wären, deren Verhältnisse zu einander zu vergleichen wären, und nicht Artikel des Bedarfs, die natürlich zu der Zahl und den Bedürfnissen der Konsumenten in Beziehung gebracht werden müssen. Wenn Waren nur untereinander verglichen und ausgetauscht werden müßten, dann ist es richtig, daß, wenn sie alle im richtigen Verhältnisse zu einander vermehrt würden, sie fortführen, unter einander denselben relativen Wert zu haben; aber wenn wir sie vergleichen — wie wir sicher tun sollten — mit den Mitteln, um sie herzustellen und mit der Zahl und den Bedürfnissen der Konsumenten, dann muß notwendigerweise eine große Vermehrung der Produktion, wenn die Zahl der Verbraucher vergleichsweise stetig bleibt oder die Bedürfnisse infolge von Sparsamkeit verringert werden, eine große Verringerung in dem nach Arbeit geschätzten Werte bewirken, so daß dasselbe Produkt, obgleich es dieselbe Menge Arbeit wie vorher gekostet haben mag, nicht länger über dieselbe Menge mehr verfügen kann und sowohl die Macht als der Trieb zur Akkumulation würde stärker verringert."

Zweitens:[3] „Ein anderer fundamentaler Irrtum ist der, daß man ein so allgemeines und wichtiges Prinzip, das in der

---

[1] Malthus, Principles of political economy considered with a view to their practical application. II. ed. London 1836. Besonderes Buch II, Kap. I: On the progress of wealth. S. 309 ff.

[2] S. 316. — [3] S. 320.

menschlichen Natur liegt, nicht berücksichtigt hat, nämlich die Trägheit oder die Liebe zum Nichtstun. . . .

Es wird angenommen, daß Luxusartikel stets dem Nichtstun vorgezogen werden, und daß ein angemessener Teil der Gewinne von jeder Partei als Einkommen verzehrt wird. . . .

Wird aber Nichtstun der Erlangung von Luxusartikeln vorgezogen, dann ist die Wirkung die, daß die Nachfrage nicht groß genug ist für die vermehrten Produktivkräfte, und Arbeiter werden brotlos."

Drittens: „Ein dritter und sehr ernster und praktisch der wichtigste Irrtum der genannten Autoren ist, daß sie annahmen, die Akkumulation sichere die Nachfrage; oder, daß der Konsum der Arbeiter, welche von denen beschäftigt werden, die sparen, eine solche effektive Nachfrage nach Waren bewirke, um eine fortdauernd vermehrte Produktion zu ermutigen."

In seinen Briefen an Malthus sucht Ricardo alle diese Einwände zu widerlegen; doch bestehen diese Widerlegungen fast ausschließlich in der Wiederholung der Behauptungen, worauf seine Theorie sich aufbaut, namentlich der Prämisse, daß Waren, die einmal produziert sind, auch regelmäßig Käufer finden müßten.

„Ich gehe viel weiter als Sie," so schreibt er an Malthus,[1] „in bezug auf die Wirkungen, welche der Geschmack und die Wünsche der Menschen ausüben; ich halte den Begehr der Menschen für unbegrenzt. Geben Sie den Menschen nur die Mittel zum Kaufen, und ihre Wünsche sind unersättlich.

Mills Theorie ist auf dieser Voraussetzung aufgebaut. Sie will nicht versuchen, anzugeben, in welchen Verhältnissen zu einander die Waren stehen, die infolge der Kapitalakkumulation produziert werden, sondern sie nimmt an, daß die Waren allein hergestellt werden, die dem Geschmack und den Wünschen der Menschen angepaßt sind, weil keine anderen verlangt werden."

In einem anderen Briefe an Malthus schreibt er über diesen Punkt folgendes:[2] „Wir stimmen darin überein, daß die

---

[1] B. W. I. S. 49. — [2] B. W. I. S. 43.

wirkungsvolle Nachfrage aus zwei Elementen besteht, der Macht und dem Willen zu kaufen; aber ich glaube, der Wille wird selten fehlen, wo die Macht vorhanden ist, denn der Wunsch nach Akkumulation wird eine Nachfrage ebenso sicher bewirken wie der Wunsch, zu konsumieren. Es werden nur die Gegenstände geändert, auf welche die Nachfrage sich richtet. Wenn Sie meinen, daß mit der Vermehrung des Kapitals die Menschen sowohl der Konsumtion wie der Akkumulation gegenüber gleichgültig werden, dann stehen Sie in direktem Widerspruch zu Mills Idee, daß in anbetracht eines ganzen Volkes der Vorrat niemals den Begehr überschreiten kann. Aber ruft nicht eine Vermehrung des Kapitals eine vermehrte Nachfrage nach Luxusartikeln aller Art hervor? Und obgleich es scheinen sollte, als ob der Wunsch zur Akkumulation mit der Vermehrung des Kapitals und vermindertem Gewinne abnehmen sollte, so erscheint es dennoch ebenso wahrscheinlich, daß der Konsum in demselben Maße zunimmt. Der Austausch wird ebenso entwickelt sein wie immer; nur die Gegenstände werden geändert.

Wenn die Nachfrage lebhafter erscheint, wo das Kapital knapp ist, so kommt dies nur daher, weil die Macht zu kaufen vergleichsweise größer ist. Wo immer das Kapital noch knapp ist, sind die Lebensmittel billig; wenn das Land fruchtbar ist und wenn das Kapital und die Bevölkerung sich vermehren, steigen die Lebensbedürfnisse im Preise, und dadurch wird die Macht zu kaufen, wenn auch tatsächlich größer, vergleichsweise geringer."

Wenn Malthus meint, daß die Kapitalvermehrung mit der Schwierigkeit zu kämpfen hätte, den nötigen Absatz zu finden, so erklärt Ricardo diese Schwierigkeit nur aus der Schwerfälligkeit der Kapitalisten, sich den Wünschen des Publikums anzupassen.[1]

„Die Schwierigkeit, für das Kapital Verwendung zu finden in den Ländern, die Sie erwähnen, kommt von den Vorurteilen und der Hartnäckigkeit, womit die Menschen bei ihren alten Beschäftigungen verharren; sie erwarten täglich eine Wendung

---

[1] B. W. I. S. 174.

zum Besseren und fahren daher fort, Waren zu produzieren, nach denen kein Begehr ist. Bei Überfluß von Kapital und billigem Arbeitslohn kann es nicht an einigen Erwerbszweigen fehlen, die gute Gewinne abwerfen; und wenn ein „superior genius“ die Ausnutzung des Kapitals unter seiner Kontrolle hätte, so könnte er in ganz kurzer Zeit den Handel so belebt wie immer gestalten. Die Menschen irren sich bei ihrer Produktion, aber es ist kein Mangel an Nachfrage vorhanden. Wenn ich Tuch brauche und Sie Baumwolle, so wäre es sehr töricht von uns, im Hinblick auf einen Tauschverkehr zwischen uns, wenn der eine Seide und der andere Wein produzierte; wir haben uns jetzt (1820) einer solchen Torheit schuldig gemacht, und ich kann schwerlich angeben, wie lange dieser Zustand andauern wird. Aber ich glaube nicht, daß das Mißgeschick so groß ist, wie es erscheint.“

3. Ricardo über das Maschinenwesen.

Erst in der dritten Auflage seiner „principles“ fügte Ricardo ein Kapitel über Maschinenwesen hinzu. Den Anlaß dazu bot ein Umschwung seiner Anschauungen über dieses Problem. Bis dahin hatte Ricardo in Übereinstimmung mit der liberalen Ökonomie seiner Zeit angenommen, daß die Einführung und Vermehrung der Maschinen für alle Klassen der Bevölkerung nur wohltätig sein könnte. Später wurde er hierüber anderer Ansicht. Es scheint, daß Bartons Schrift „On the Condition of the Laboring Class of Society“ (1817) zu diesem Umschwung beigetragen hat. Ricardo zitiert dieses Buch mit dem Bemerken, daß es viel wertvolle Aufklärung enthalte.

Über seine veränderten Anschauungen betreffend die Maschinen äußert er sich in dem XXXI. Kapitel [1] etwa folgendermaßen:

Seine frühere Ansicht sei gewesen, daß die Anwendung von Maschinen für alle Klassen der Gesellschaft von Vorteil sei. Die Grundherrn hätten den Vorteil, daß sie unter Beibehaltung ihrer Geldgrundrente in früherer Höhe für die infolge der Maschinenverwendung verbilligten Waren niedrigere Preise

[1] princ. S. 235—243 (356—368).

zu zahlen hätten, die Kapitalisten könnten ebenfalls als Konsumenten Vorteil haben, da sie für ihre Gebrauchsartikel billigere Preise zu zahlen hätten, während sie als Produzenten dasselbe Einkommen wie früher hätten. Die Arbeiterklasse würde ebenfalls einen Vorteil haben, denn mit demselben Geldlohne könnten sie sich mehr Güter kaufen; eine Lohnverminderung hielt Ricardo für ausgeschlossen, weil die Kapitalisten dieselben Mittel zur Beschäftigung und Belohnung der Arbeiter hätten wie früher.

„Wenn infolge verbesserten Maschinenwesens, mittelst der nämlichen Menge von Arbeit die Menge der Strümpfe vervierfacht werden könnte, und die Nachfrage nach Strümpfen sich nur verdopple, so würden notwendigerweise Arbeiter aus der Strumpfindustrie entlassen werden. Allein da das Kapital, welches sie beschäftigt hatte, noch vorhanden ist und da es im Interesse derjenigen, welche es hätten, liegt, dasselbe hervorbringend anzuwenden, so glaubte ich, dasselbe würde zur Hervorbringung irgend eines anderen der Gesellschaft nützlichen Guts verwendet werden, wofür es an Nachfrage nicht fehlen konnte."

An diesen Ansichten hielt Ricardo fest — was die Grundbesitzer und Kapitalisten betrifft. Dagegen in bezug auf die Arbeiterklasse war er zu ganz anderer Auffassung gekommen: nämlich, daß die Maschinen für die Interessen der Arbeiterklasse oft sehr nachteilig seien.

Ricardo unterzog seine Anschauung betreffend das Verhältnis von Roh- und Reineinkommen einer Revision; er hatte bisher angenommen, daß mit dem Steigen des Reineinkommens der Gesellschaft auch ein Steigen des Roheinkommens parallel gehen müsse; daß also gleichzeitig sich der Fond, aus dem Grundherren und Kapitalisten ihr Einkommen bezögen, und der Fond, aus dem die Arbeiter ihr Einkommen erhalten, sich vermehrte. Jetzt war Ricardo der Ansicht, daß es auch umgekehrt verlaufen könnte: daß der für die Arbeiterklasse vorhandene Fond sich vermindern könnte, während das Reineinkommen der Kapitalisten sich vermehre.

Ricardo gibt dann einige Beispiele, worin er zeigt, wie in der Industrie durch Maschinen Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Erst ganz allmählich könnte ein Ausgleich stattfinden. „Da indessen die Macht, vom Einkommen zu sparen und zum Kapital zu schlagen, von der Ausgiebigkeit des reinen Einkommens zur Befriedigung des Bedarfs des Kapitalisten abhängig sein muß, so ergibt sich notwendig aus der Verminderung des Preises der Güter zufolge der Einführung der Maschinen, daß bei demselben Bedarfe die Mittel zu Ersparnissen und die Leichtigkeit der Verwandlung von Einkommen in Kapital vermehrt würde. Aber mit jeder Kapitalvermehrung würde er mehr Arbeiter beschäftigen und damit einen Teil des anfänglich außer Arbeit gesetzten Volkes nachher wieder beschäftigen. Und wenn die zufolge der Anwendung von Maschinen gesteigerte Hervorbringung groß genug ist, um in der Gestalt des reinen Erzeugnisses ebensoviel Nahrungs- und andere Genußmittel zu gewähren, als vorher in der Form des rohen Erzeugnisses vorhanden waren, so würde dieselbe Möglichkeit, die ganze Bevölkerung zu beschäftigen, obwalten und also ein Übermaß an Bevölkerung nicht notwendig vorhanden sein."

Die offen von Ricardo ausgesprochene Ansicht, daß die Nachfrage nach Arbeit mit Zunahme des Kapitals zwar steigen werde, aber nicht im Verhältnisse dieser Zunahme, und seine Erklärung, „daß die Meinung der Arbeiterklasse, die Anwendung von Maschinen sei ihren Interessen häufig verderblich, nicht auf Vorurteil und Irrtum beruht, sondern mit den richtigen Grundgesetzen der Volks- und Staatswirtschaft übereinstimmt", wurde Ricardo von seinen Anhängern sehr verübelt.

Auch Mc Culloch konnte sich mit den von Ricardo geäußerten Ansichten nicht abfinden. Am 9. Juli 1821 schrieb Ricardo darüber an Malthus:[1] „Mc Culloch hat sich scharf und gründlich gegen meine Ansichten über Maschinenwesen ausgesprochen; er meint, ich hätte mein Buch durch ihre Aufnahme ruiniert und der Wissenschaft ein schweres Unrecht zugefügt, sowohl durch die Ansichten, die ich verträte, als durch die Art, wie ich sie vertreten hätte. Zwei oder drei Briefe sind zwischen uns über diesen Gegenstand gewechselt

[1] B. W. I. S. 184.

worden; in seinem letzten scheint er mir zuzugeben, daß die Wirkung der Anwendung der Maschinen darin bestehen kann, die jährliche Menge und den Wert des Rohprodukts zu vermindern. Indem er dies zugibt, erledigt er die Frage, denn es ist unmöglich, zu behaupten, daß mit einer verminderten Menge von Rohprodukten dieselben Mittel zur Unterhaltung der Arbeit vorhanden wären. Die Wahrheit meiner Sätze über diesen Punkt scheint mir absolut sicher zu sein."

Aus einem der an McCulloch gerichteten Briefe über diesen Gegenstand sei die nachfolgende Stelle mitgeteilt, weil sie die Stellung Ricardos zur Frage des Maschinenwesens in klarer Weise erkennen läßt. Es heißt dort:[1] „Die ganze Änderung meiner Anschauung ist folgende: Ich glaubte früher, daß die Maschinen ein Land in den Stand setzten, jährlich das rohe Erzeugnis seiner Produkte zu vermehren, und ich glaube jetzt, daß der Gebrauch derselben eher dahin strebt, das Rohprodukt zu verringern. Ich habe meine Gründe für meine Meinung angegeben und ich bin bereit, meinen Irrtum einzugestehen, wenn mir bewiesen wird, daß ich mich geirrt habe . . .

Es findet sich über diesen Teil des Gegenstandes ein Ausdruck bei Ihnen, der mich überrascht und mir als ein so großes Mißverständnis meiner Ansicht erscheint, daß ich mir schmeichle, Sie werden, wenn ich meine Auffassung Ihnen erklärt habe, meine Meinung als richtig anerkennen.

Sie sagen: „„Nicht konnte ich erwarten, daß Sie nach Ihrer siegreichen Erwiderung auf die Argumente von Malthus so bald sich mit ihm aussöhnen und alles preisgeben würden.""

Malthus denkt nicht daran, daß ich irgend etwas ihm gegenüber aufgegeben habe, und niemand, der das Kapitel gelesen hat, glaubt, daß ich der Malthus'schen Lehre dadurch um einen Schritt näher gekommen bin. Sie vergessen sicher, daß Malthus' Einwand gegen Maschinenwesen der ist, daß es so viel zu dem Rohprodukt des Landes hinzufügt, daß die produzierten Waren nicht konsumiert werden können; daß keine Nachfrage danach vorhanden ist. Meine Ansicht ist im

[1] B. W. II. S. 105.

Gegenteile die, daß die Anwendung der Maschinen oft die Menge der Rohprodukte vermindert und, obgleich die Lust, zu konsumieren, unbegrenzt ist, die Nachfrage aus Mangel an Mitteln zu kaufen verringert ist. Können zwei Lehren verschiedener sein? Und dennoch sagen Sie, daß sie identisch sind.

Ich will nun zu der Betrachtung der Lehre selbst übergehen und ich hoffe, Sie zu überzeugen, daß sie richtig ist, so richtig, wie irgend ein Satz der politischen Ökonomie.

Ich gebe zu, daß Maschinen nicht gebaut würden, wenn sie Waren nicht billiger herstellten, als dies vorher der Fall war, aber ich leugne, „„„daß, wenn sie dieselben billiger herstellen, die Herstellung jeder Klasse der Bevölkerung vorteilhaft sein muß.“ “

Ihre Einführung muß jeder Klasse von Käufern als Käufern vorteilhaft sein, aber die Frage zwischen uns ist, ob sie die Zahl der Klasse der Käufer vermindern wird oder nicht. Ich sage, sie wird sie vermindern, weil sie die Menge des Rohprodukts vermindern wird; und deshalb kann die Bemerkung in Ihrem Briefe, daß wir mit der größeren oder geringeren Menge von Rein- oder Rohprodukt nichts zu tun haben, nicht wohl begründet sein, denn die ganze Frage beruht auf der Richtigkeit dieses Satzes. Vermindern Sie die Menge der tauschfähigen Artikel, so vermindern Sie auch die Nachfrage nach Waren; Sie vermindern die Mittel des Genusses einer oder mehrerer Klassen der Gesellschaft. Wenn ich nicht gesagt habe, ob die Maschine ein, zehn oder 100 Jahre dauern soll, so bin ich nicht so genau gewesen, als ich hätte sein müssen. Ich gebe auch zu, daß es so klar ist, wie ein Satz der Geometrie, daß, wenn die Maschine nur ein Jahr dauert, keine Verminderung in der Nachfrage nach Arbeit eintritt, aber ich gebe nicht zu, daß dasselbe Resultat notwendigerweise eintreten müßte, wenn sie zehn Jahre dauert. Wenn die Maschine ein Jahr dauert, so muß das produzierte Tuch von ebenso großem Werte sein, als früher; aber wenn sie zehn Jahre dauert, so würde ein viel geringerer Wert die gewöhnlichen Kapitalprofite abwerfen, weil, obwohl derselbe Kapitalbetrag angewandt würde, weniger von diesem Kapital zur Unterhaltung von Arbeit verwandt würde, und folglich würde ein geringerer Abzug jährlich

vom rohen Wert der produzierten Ware gemacht. Was nach diesem Abzug übrig bleibt, macht unveränderlich die Profite aus.

Ein Tuchfabrikant produziert 10000 yards Tuch zu 2 £ pro yard, oder 20000 £, wovon er 9000 yards, oder 18000 £ für Arbeit bezahlt. Mit Hilfe von Maschinen und mit demselben Betrag an Kapital kann er nur 3000 yards jährlich produzieren; aber von diesen 3000 kann er 1500 yards für seinen Anteil am Profit behalten und durch Ersparnis an den Produktionsmitteln wird vielleicht Tuch auf 1 £ 10 sh per yard fallen. Erhält nicht der Fabrikant 2250 £ auf denselben Kapitalbetrag anstatt der 2000 £, die er vorher erhielt? Sind da nicht Beweggründe genug vorhanden, um das fixe Kapital an Stelle des umlaufenden zu setzen, und kann er dies tun, ohne Arbeit freizusetzen? Hier haben wir also einen Fall, wo eine Ware billiger wird, weil ihre Produktionskosten verringert sind, obgleich die Gesamtmenge verringert ist. Geben Sie der Maschine größere Dauerhaftigkeit, und ein geringerer Ertrag als 3000 yards wird genügend sein, um den Fabrikanten zu entschädigen, weil er weniger yards opfern muß, um sein fixes Kapital in seinem ursprünglichen Zustand zu erhalten.

Wenn Sie bei größerer Dauerhaftigkeit der Maschine annehmen, daß die Maschine immer noch 3000 yards Tuch liefert, so wird der Preis des Tuches fallen, denn seine Produktionskosten werden sich noch mehr verringern. Nur in dem Falle, daß die Maschine 10000 yards liefert, könnten Sie dieselbe Menge Arbeit anwenden, denn nur in diesem Falle hätten Sie dieselbe jährliche Menge von Nahrung, Tuch und von allen anderen Waren . . .

Wenn ein Fabrikant ein umlaufendes Kapital besitzt, so kann er eine größere Anzahl von Menschen damit beschäftigen; und wenn es seinen Zwecken dient, ein fixes Kapital von gleichem Werte an Stelle dieses umlaufenden Kapitals anzuwenden, so wird dies unvermeidlich die Notwendigkeit im Gefolge haben, einen Teil seiner Arbeiter zu entlassen, denn ein fixes Kapital kann nicht alle diejenige Arbeit beschäftigen, welche es gerade zu ersetzen bestimmt ist."

Achtes Kapitel.

Ricardos Steuerlehre.

Erster Abschnitt.

Darlegung der Ricardo'schen Steuerlehre.

1. Ricardo über Besteuerung im allgemeinen.[1]

Es hängt mit der individualistischen Grundstimmung Ricardos zusammen, wonach die freie ungehinderte Tätigkeit der einzelnen am besten die möglichst große Steigerung des Volksreichtums verbürge und der Staat daher nur sehr geringe Funktionen auszuüben habe, daß er die Steuern überhaupt als ein lästiges Übel auffaßt. Der Satz von Say: „daß der allerbeste der Finanzpläne der ist, wenig auszugeben, und die allerbeste unter den Steuern diejenige, welche dem Betrage nach die geringste ist" gefällt ihm so gut, daß er ihn zweimal zitiert und ihn eine „goldene Maxime" nennt.

Die Steuern fließen in die Staatskasse; da der Staat die Steuern ausgibt für „unproduktive Arbeiten", so muß die ängstliche Sorge des Staatsmanns darauf gerichtet sein, die Ausgaben für unproduktive Arbeiten nicht zu ungunsten der produktiven Arbeit allzu sehr anwachsen zu lassen. Da die Steuern also eine Last sind, die auf der Produktion ruhen, da sie die Produktion verteuern, erhöhen sie die Güterpreise; da aber alles, was die Erhöhung der Güterpreise hervorruft, entmutigend auf Ackerbau und Gewerbe wirkt, muß auch die Besteuerung als solches Hemmnis betrachtet werden: „Jede neue Auflage ist eine neue Last der Hervorbringung und erhöht den natürlichen Preis. Ein Teil der Arbeit eines Landes, welcher vorher zur

---

[1] Für Ricardos Steuerlehre kommen namentlich die Kapitel 8—18, 21, 22, 23 und 29 in Betracht.

Verfügung der Steuerzahler gestanden hat, wird zur Verfügung des Staates gestellt, und kann daher nicht hervorbringend verwendet werden. Dieser Teil kann so groß werden, daß kein hinreichender Überschuß des Ertrags übrig gelassen wird, um die Tätigkeiten derjenigen anzufeuern, welche durch ihre Ersparnisse gewöhnlich das Kapital des Landes vermehren."

Wenn somit die Erhebung der Steuer stets als ein Übelstand betrachtet werden muß, so muß wenigstens gesucht werden, diesen Übelstand zu einem möglichst geringen zu gestalten d. h. die Steuern so rationell wie möglich zu gestalten. Im allgemeinen schließt sich Ricardo hier eng an A. Smith an, indem er für die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Besteuerung eingerichtet werden muß, die berühmten vier Smith'schen Steuerregeln akzeptiert. Die spezielle Anwendung dieser vier Grundsätze in der Durchführung der Steuerpolitik führt aber Ricardo zu ganz andern Vorschlägen wie A. Smith, weil beide durchaus verschiedene Theorien über die Verteilung des Volkseinkommens haben.

Welche Quellen gibt es, aus denen die Steuer in letzter Linie stets bezahlt werden muß? Nach Ricardo gibt es nur zwei mögliche Quellen: das Einkommen oder das Kapital des Volkes.

Die Besteuerung kann gleichzeitig mit einer vermehrten Produktion oder mit einer verminderten Konsumtion des Volkes stattfinden: in diesen Fällen wird die Steuer aus dem Einkommen bezahlt. Oder infolge der Besteuerung wird der zur Neuschaffung von Gütern bestimmte Fond angegriffen: in diesem Falle muß sie aus dem Kapital bezahlt werden. Die Hauptsorge der Steuerpolitik muß nach Ricardo darauf gerichtet sein, diese letztere Folge zu vermeiden; es muß unter allen Umständen verhütet werden, daß das Kapital durch die Steuer eine Verkürzung erfährt. Eine Schwächung der Kapitalbildung findet immer statt; denn wenn auch nur das Einkommen durch die Steuer getroffen wird, wird hierdurch ein Teil des Einkommens fortgenommen, das sonst vielleicht zu neuer Kapitalbildung geführt hätte. Aber niemals sollten solche Steuern auferlegt werden, die direkt und unausweichlich das

Kapital des Landes treffen: daher erklärt sich auch Ricardo speziell gegen die Erbschaftssteuer, sowie gegen Steuern auf den Immobiliarverkehr.

Wenn das Einkommen des Volkes die Quelle sein soll, aus der die Steuer zu schöpfen ist, so geht Ricardo dazu über, dieses Volkseinkommen näher zu prüfen; dabei kommt er auf die Einzeleinkommen, aus denen sich das Volkseinkommen zusammensetzt. Soll dieses Einzeleinkommen besteuert werden, so ist nach Ricardo nur ein bestimmter Teil desselben zur Besteuerung geeignet.

Das ganze Erzeugnis des Bodens und der Arbeit eines jeden Landes zerfällt nach Ricardo in drei Teile: einer davon ist für Arbeitslohn, ein anderer für Gewinne, und der dritte für die Rente bestimmt.

Wenn nun Ricardo prüft, welcher dieser Teile des Nationaleinkommens zur Besteuerung geeignet ist, geht er sofort auf die Verhältnisse der einzelnen Privatwirtschaften ein und fragt, aus welchem Einkommen der Einzelne etwas an den Staat abgeben könne. Er kommt zum Resultat: nur von den Gewinnen oder Renten, aber auch von letzteren nur in bedingter Weise, dagegen nicht aus dem Arbeitslohn, denn letzterer ist nur hinreichend zum Lebensunterhalt, stellt also gar kein reines Einkommen dar.

2. Steuern auf Rohprodukte.

Die Wirkung, welche die Steuern auf Rohprodukte, also namentlich auf Getreide, hervorbringt, gleichgültig ob die Steuer die Form der sog. Landtaxe, des Zehnten, oder einer direkten Steuer auf die Produkte hat, ist nach Ricardo die, daß hierdurch eine Steigerung der Produktionskosten eintritt mit der Folge einer Steigerung des Preises der Roherzeugnisse.

Die Steuer auf Rohprodukte wirkt also gerade so wie jede andere Art von Verteuerung der Produktionskosten.

Der Grund liegt in der dargelegten Auffassung Ricardos von der Tendenz zur Gewinnausgleichung im Zusammenhang mit seiner Rententheorie. Der Getreidepreis wird bestimmt durch die Produktionskosten des Getreides auf der

schlechtesten Bodenklasse, die keine Rente trägt; der Produzent hat hier nur den üblichen Kapitalgewinn — würde er sich nicht durch eine Erhöhung des Getreidepreises schadlos halten können, sondern müßte er die Steuer durch eine Verringerung seines Kapitalgewinns aufbringen, so würde das Kapital aus dieser unrentabel gewordenen Anlage herausgezogen werden, bis durch das verringerte Angebot von Getreide wieder ein solches Steigen der Getreidepreise entstünde, um den üblichen Gewinn zu geben. Die Steuer fällt also nicht auf den Grundherrn, auch nicht auf den Pächter, sondern auf den Konsumenten des Getreides.

Ricardo zeigt weiter, daß diese Steuer auf das Roherzeugnis zwar die Getreiderente der Grundherren schmälere, weil sie den reicheren, fruchtbareren Boden des größeren Ertrags wegen stärker träfe, aber die Geldrente unberührt ließe.

Eine fernere Wirkung dieser Steuer wäre Erhöhung des Arbeitslohns, denn da der Arbeitslohn nach der bekannten Ricardo'schen Lehre immer nur das Existenzminimum darstellt, so muß die Preiserhöhung eines so wichtigen Lebensbedürfnisses, wie Getreide, eine Erhöhung des Arbeitslohns hervorrufen.

Diese Erhöhung des Arbeitslohns bewirkt wieder Verringerung des Kapitalgewinns. Dies bedeutet aber eine ungleiche Wirkung der Steuer; denn alle Personen, die auf das feste Renten- oder Zinseneinkommen angewiesen sind, werden von der Steuer nicht betroffen, außer insofern sie als Konsumenten höhere Preise für die Lebensmittel zahlen müssen, während die Pächter, Fabrikanten usw., kurz alle, die Kapitalgewinne beziehen, sich eine Reduktion dieser Bezüge gefallen lassen müssen.

Um diese Ungerechtigkeit zu vermeiden, könnte eine direkte Besteuerung der Grundrente und der Kapitalzinsen eingeführt werden. Ricardo würde eine solche Steuer einer Einkommensteuer vorziehen; denn es würde dadurch das Ziel, die Erfassung alles Einkommens erreicht, ohne „die Unbequemlichkeit, seine Zuflucht zu der schädlichen Maßregel einer Durchspähung der Angelegenheiten eines jeden nehmen zu müssen und Beamte mit Vollmachten zu bewaffnen, die

den Gewohnheiten und Gefühlen eines freien Landes widerstreiten."

3. Steuern auf die Grundrente.

Eine Steuer auf die Grundrente hält Ricardo für angemessen, wenn sie wirklich auf die reine Grundrente in seinem Sinne aufgelegt wird; dann hätte der Grundherr gar keine Möglichkeit, sie auf andere Personen abzuwälzen. Anders, wenn die Steuer von der ganzen Grundrente im Sinne des üblichen Sprachgebrauchs erhoben würde, dann würde sie für den Teil der Grundrente, der Verzinsung des dem Grundherren gehörigen Gebäudekapitals usw. darstellt, ganz anders wirken. Die Steuer würde seinen Kapitalgewinn verkürzen; da aber der landwirtschaftliche Kapitalgewinn nicht niedriger stehen kann, als die übrigen Gewinne, würde eine Preiserhöhung der Bodenprodukte entstehen. Diese Steuer würde also auf den Konsumenten abgewälzt, und nicht vom Produzenten getragen.

4. Der Zehnte.

Der Zehnte wird als eine von dem Roherzeugnisse erhobene Abgabe so betrachtet, wie eine Steuer auf die Roherzeugnisse überhaupt; er fällt also auch auf den Konsumenten des Getreides. Gegenüber der Steuer auf die Grundrente hat er den Vorteil, daß er alle — auch den rentenlosen — Boden trifft. Er unterscheidet sich von den sonstigen Steuern auf Roherzeugnisse dadurch, daß er eine veränderliche Geldabgabe darstellt, während die direkten Steuern auf Roherzeugnisse unveränderliche Geldauflagen darstellen.

Der Zehnte hat den Vorteil, daß er zu einer Verbesserung im Ackerbau ermutigt; denn, wenn durch solche Meliorationen eine Verbilligung des Getreidepreises erzielt wird, so ermäßigt sich auch der Zehnte. Umgekehrt freilich, wenn infolge der Erschwerung des Ackerbaus eine Erhöhung der Getreidepreise eintritt, dann wird der Zehnte eine drückendere Last. Da durch den Zehnten eine Erhöhung des Getreidepreises bewirkt wird über den Preis hinaus, den es ohne diese Besteuerung hätte, empfiehlt Ricardo einen Einfuhrzoll auf das vom Auslande eingeführte Getreide.

5. Die Grundsteuer.

Die Grundsteuer kann entweder so aufgelegt sein, daß sie von der Rente und nach dem Betrage der Rente wechselnd erhoben wird; dann gilt von ihr ganz dasselbe, wie von der direkten Grundrentensteuer. Oder sie wird von allen Grundstücken erhoben; dann ist sie eine Steuer auf die Erzeugnisse.

Je nach der Erhebungsart kann diese Steuer wieder sehr verschieden wirken. Wird die Steuer auf jeden acre Land gelegt, unbekümmert um die Qualität des Bodens, so ist es eine ungleiche Steuer, denn sie erhöht den Getreidepreis im Verhältnis der Steuer. Der schlechteste Boden ist maßgebend für den Preis; die besseren Böden, die einen höheren Ertrag haben, gemessen dann den Extravorteil, daß infolge des erhöhten Getreidepreises ihre Rente noch mehr gesteigert wird. Sie kann aber auch nach der Qualität des Bodens und nach dem Ertrag aufgelegt werden, dann wirkt sie gerecht, sie ist dann ähnlich, wie der Zehnte zu betrachten.

6. Die Gebäudesteuer.

Diese Steuer kann nach Ricardo auf folgende Steuersubjekte fallen: den Grundeigentümer, den Hausmieter und den Bauherrn. Der Mieter wird wahrscheinlich einen Teil der Steuer auf die Rente abwälzen können, und zwar teils auf die Rente des Eigentümers des Bauplatzes, auf die Grundrente, teils auf die Rente des Bauherrn, die Baurente. In der Regel wird die Steuer geteilt werden zwischen Mieter und Grundherrn, da der Bauherr eine länger dauernde Schmälerung seines Gewinns wohl nicht ertragen würde.

7. Steuern auf die Gewinne.

Eine einseitige Steuer auf die Gewinne in einzelnen Branchen würde die Folge haben, die Preise der betreffenden Waren zu erhöhen, denn ohne die Preiserhöhung würde der Gewinn in den betreffenden Branchen sinken, was mit der

Tendenz zur Gewinnausgleichung im Widerspruch stünde; wenn aber alle Gewerbe im Verhältnisse ihrer Gewinne besteuert würden, so würden alle Güterpreise steigen. Alle Personen, die Gewinne beziehen, werden indirekt diese Steuer tragen, denn infolge der erhöhten Güterpreise müssen sie jetzt auch als Konsumenten höhere Preise zahlen.

„Eine Auflage auf Hüte wird den Preis der Hüte erhöhen; eine Auflage auf Schuhe den Preis der Schuhe; wäre dies nicht der Fall, so würde die Steuer zuletzt vom Gewerbetreibenden bezahlt; sein Gewinn würde unter den allgemeinen Gleichstand herabgedrückt werden und er sein Geschäft verlassen. . . ."

Wenn auch die Preise der Güter durch die Besteuerung des Gewinns erhöht werden, so geschieht dies doch nicht in gleichem Verhältnisse, sondern in verschiedenem Verhältnisse je nach der Anwendung von fixem oder umlaufendem Kapital.

Ricardo gibt dafür folgendes Beispiel: Zwei Fabrikanten wenden 10000 £ Kapital an und erzielen einen Profit von 20% = 2000 £. Das Kapital des A. besteht aus 2000 £ umlaufendem und 8000 £ stehendem Kapital, B. hat 8000 £ umlaufendes und 2000 £ stehendes Kapital. A. verkauft seine Waren für 4000 £ und B. für 10000 £.

Würden beide mit 10% ihres Gewinnes besteuert d. h. mit 200 £, so muß A., um weiter den üblichen Gewinn zu beziehen, seine Preise von 4000 auf 4200, B. seine Preise von 10000 auf 10200 steigern.

Dadurch wird also das gegenseitige Tauschwertverhältnis der Waren verändert; vorher waren die Güter des B. $2\frac{1}{2}$ mal so viel wert, wie die des A., nach der Steuerauflage sind sie 2,92 mal so viel wert; die einen sind um 2, die anderen um 5% gestiegen.

8. Steuern auf den Arbeitslohn.

Die Steuern auf den Arbeitslohn erhöhen den Arbeitslohn und verringern den Kapitalgewinn; die Wirkungen sind also dieselben, als wenn der Gewinn direkt besteuert würde.

Die Wirkung der Besteuerung des Arbeitslohns scheint für Ricardo so sicher in einer Verminderung des Gewinnes zu bestehen, daß er es für ganz gleichgültig erklärt, ob man die Arbeitslöhne oder die Gewinne besteuert: „Dieses Grundgesetz der Verteilung des Erzeugnisses von Arbeit und Kapital zwischen Arbeitslohn und Gewinn, welches ich aufzustellen versucht habe, scheint mir so zuverlässig zu sein, daß ich denken sollte, es sei, ausgenommen in betreff der unmittelbaren Wirkungen, von wenig Wichtigkeit, ob der Kapitalgewinn oder der Arbeitslohn besteuert würde."

9. Steuern auf andre Güter als Roherzeugnisse.

Die Steuern auf Waren aller Art üben zunächst dieselbe Wirkung aus, wie eine Steuer auf Getreide: die Preise der betreffenden Waren gehen in die Höhe. Aber in bezug auf die Abwälzung dieser Steuer ist ein Unterschied zwischen den Luxusartikeln und anderen Waren zu machen. Während die Steuer auf gewöhnliche Bedarfsartikel — seien es Nahrungsmittel oder Manufakturwaren — die Wirkung hat, den Arbeitslohn zu erhöhen und den Gewinn zu erniedrigen, also vom Produzenten getragen werden muß, ist eine Steuer auf Luxusartikel vom Konsumenten zu tragen: der Preis der Luxusartikel erhöht sich und die Verzehrer dieser Artikel müssen entweder die höheren Preise zahlen oder auf den Genuß verzichten.

10. Armensteuer.

Hier hängt es ganz von den Umständen des einzelnen Falles ab, ob die Steuer auf die Konsumenten abgewälzt werden kann, oder zu einer Verringerung des Gewinnes oder der Grundrente führt. Da die Armensteuer mit besonderer Schwere auf dem Pächter lastet, kann er sie unter Umständen durch Erhöhung des Getreidepreises auf die Konsumenten abwälzen. Ist sie eine allgemeine und gleichwirkende Abgabe auf allen Kapitalgewinn, so wird sie keine Veränderung im Preise der Waren bewirken; in diesem Falle wird der Pächter versuchen, einen Teil der Steuer auf die Rente des Grundherrn abzuwälzen.

Nach dem tatsächlichen Stand der Armensteuer in England hält Ricardo den Pächter gegenüber dem Gewerbetreibenden für benachteiligt, da der Pächter auf Grund seiner gesamten Produkte, der Gewerbetreibende dagegen nur gemäß dem Wert seiner gewerblichen Gebäude besteuert würde; daher könne auch der Pächter den Preis seiner Produkte im Verhältnis der Steuer erhöhen, da er sonst gegenüber den andern Besteuerten eine einseitige Kürzung seines Gewinns ertragen müßte.

Zweiter Abschnitt.

Kritik der Ricardo'schen Steuerlehre.

Eine kritische Betrachtung der Ricardo'schen Steuertheorie[1] wird nicht die Frage aufzuwerfen haben, ob und inwieweit die von Ricardo aufgestellten Steuerprinzipien heute noch anerkannt werden: diese Frage ist längst zu ungunsten von Ricardo entschieden. Es handelt sich vielmehr darum, ob und inwieweit die Ricardo'sche Steuerlehre zu ihrer Zeit einen Fortschritt in der finanzwissenschaftlichen Erkenntnis bedeutete oder konkreter ausgedrückt: ob Ricardo mit seiner Steuerlehre über die seines Vorgängers A. Smith hinausgegangen ist.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Ricardo'sche Steuerlehre in keiner Weise einen bemerkenswerten Fortschritt über die Lehre von Smith hinaus bedeutet. Eine tiefere, allgemeine Betrachtung des Steuerwesens fehlt vollständig; in Hinsicht auf

---

[1] Zur Kritik der Ricardo'schen Steuertheorie sind folgende Arbeiten besonders beachtenswert: Bernhardi, Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden. St. Petersburg 1849. Bes. S. 371 ff.; v. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen. II. Aufl. München 1874. S. 582—598 (Das Einkommen); Schmoller, Die Lehre vom Einkommen in ihrem Zusammenhang mit den Grundprinzipien der Steuerlehre. (Tübinger Zeitschrift für ges. Staatswissensch. Band 19. 1863.); v. Falck, Kritische Rückblicke auf die Entwicklung der Lehre von der Steuerüberwälzung seit A. Smith. Dorpat 1882; Kaizl, Die Lehre von der Überwälzung der Steuer. Leipzig 1882; A. Wagner, Finanzwissenschaft II. Teil. II. Aufl. Leipzig 1896. S. 332 ff.; Held, Zur Lehre von der Überwälzung der Steuern. (Tübinger Zeitschrift für ges. Staatswissenschaft 1868.)

alle derartigen allgemeinen Grundsätze hat Ricardo einfach die Ansichten von A. Smith übernommen, dessen vier berühmte Steuerregeln er rückhaltlos übernimmt.

Auch die weiteren Untersuchungen schließen sich durchaus an A. Smiths Vorgehen an; Ricardo beschränkt sich in der Hauptsache darauf, zu untersuchen, wie die verschiedenen Steuerarten auf die Verteilung des Volkseinkommens einwirken.

In dieser Betrachtung muß er natürlich erhebliche Abweichungen von A. Smith zeigen, weil er auch über die Verteilung des Volkseinkommens eigene Theorien aufstellt.

Wenn Ricardo so wenig wie Smith zu einer irgendwie befriedigenden Steuerauffassung gelangte, so hängt dies mit der Stellung der beiden Nationalökonomen zum Staate und zu den Staatsaufgaben zusammen: da sie beide dem Staate möglichst geringe Funktionen vindizieren möchten, können sie auch in den Steuern nur ein lästiges Übel, nur Ausgaben für „unproduktive Zwecke erblicken".

Mit den heutigen sozialpolitischen Anschauungen ist es ferner unvereinbar, den Grundsatz Ricardo's anzunehmen, daß die Steuer nicht aus dem Kapital, sondern nur aus dem Einkommen gezahlt werden dürfte.

Aber auch eine allgemeine Einkommensteuer hält er für verwerflich schon wegen des Eindringens in die privaten Besitzverhältnisse; darin wieder übereinstimmend mit A. Smith, der auch eine solche Steuer zurückweist „wegen der peinlichen Untersuchung, die noch unerträglicher wäre als irgend eine Steuer und mindestens einmal jährlich wiederholt werden müßte." (A. Smith II. 383.)

Gemeinsam ist beiden Autoren auch der Versuch, ein Reineinkommen des Volks, wie in der Privatwirtschaft, konstruieren zu wollen und dieses Reineinkommen dann bei den einzelnen zur Quelle zu machen, aus der die Steuer nur geschöpft werden dürfe; bei A. Smith ist die Grundrente, bei Ricardo der Kapitalprofit dieser produit net, der allein zur Steuer geeignet sei.

„Der jährliche Ertrag von Boden und Arbeit der Gesellschaft, das wirkliche Vermögen und Einkommen der großen

Volksmasse," sagt A. Smith,[1] „kann nach Einführung einer solchen Steuer (sc. Grundrentensteuer) dasselbe bleiben, wie zuvor. Grundrenten und die gewöhnliche Bodenrente sind deshalb diejenigen Einnahmequellen, welche vielleicht am besten eine ihnen besonders auferlegte Steuer ertragen können."

Aus dem Einkommen der einzelnen wird ein Teil ausgeschieden, der allein zur Besteuerung bestimmt sein darf und dieser Teil ist bei Ricardo der Gewinn, da der Arbeitslohn ja nur zum Lebensunterhalt hinreicht und da die Grundrente überhaupt kein allgemeines Einkommen aller Grundbesitzer, sondern nur ein Extraeinkommen gewisser begünstigter Besitzer sei.

Wie fehlerhaft diese Ausscheidung eines Überschußeinkommens, wie irrig die Vorstellung, als ob die Dinge, für welche die Steuer gezahlt wird, nicht ebenfalls zum wichtigsten Lebensunterhalt gehören, dies alles ist durch die oben erwähnten Arbeiten zuerst von Bernhardi, dann von Hermann, Schäffle und Schmoller treffend dargelegt.

Die Frage, ob die von Ricardo angegebenen Modalitäten, wie die verschiedenen Steuern auf Arbeitslohn, Rente, Gewinn usw. einwirken, zutreffend sind, ist zunächst bedingt durch die Vorfrage, ob man diese Theorien über Lohn usw. selbst für richtig hält: da ich in ausführlicher Weise meine Bedenken gegen diese Lehren dargelegt habe, erübrigt es sich hier, von neuem zu zeigen, warum auch die steuerpolitischen Folgerungen falsch sein müssen, die Ricardo auf Grundlage seiner Theorien zieht.

Wenn schon seine Lohntheorie als falsch erwiesen wurde, daß der Lohn die Tendenz habe, auf dem Unterhaltsminimum zu stehen, so ist ein weiterer Beweis überflüssig, daß eine Steuer auf den Lohn auf andere Steuerträger abgewälzt werden müsse; wenn die Werttheorie falsch ist, daß die Warenpreise sich nach den Produktionskosten richten, dann ist schon aus diesem Grunde die Auffassung zurückzuweisen, daß die Steuern auf Produkte — die doch nichts anderes als eine Erhöhung der Produktionskosten darstellen — auch in einer Erhöhung der Produktionspreise zum Ausdruck kommen müssen; wenn die

[1] Natur und Ursachen des Volkswohlstandes. II. Band, 2. Aufl. (Löwenthal). Berlin 1882. S. 358.

Tendenz der Gewinnausgleichung, wie ich oben zu zeigen versuchte, tatsächlich in der Volkswirtschaft nicht vorhanden ist, so kann auch nicht in der Weise, wie Ricardo es annimmt, einfach eine Steuer auf einzelne Gewerbe damit als für den betreffenden Gewerbetreibenden unbedenklich erklärt werden, daß er einen erhöhten Warenpreis schon um deswillen haben müsse, weil ihm sonst sein „Durchschnittsgewinn" gekürzt würde.

Ja, man wird es als einen besonderen Beweis für die Unzulässigkeit der Ricardo'schen Methode der „isolierenden Abstraktion" betrachten können, wenn die auf diese Weise gefundene Wert-, Lohn- und Rententheorien bei der Nutzanwendung auf praktisch-politische Fragen, wie z. B. Steuerfragen, zu solchen irrigen Konsequenzen führen.

Der oft zu gunsten der Abstraktion à la Ricardo angeführte Grund, daß man damit nur zu „allgemeinen Tendenzen", nicht zur vollen Erfassung der Wirklichkeit kommt, ist hinfällig, wenn diese Mahnung zu vorsichtiger Anwendung der theoretisch gefundenen Ergebnisse so wenig beachtet wird, wie z. B. in Steuerfragen.

Aber nicht allein die Richtigkeit der einzelnen Theorien Ricardos kommt bei Beurteilung seiner Steuertheorie in Frage, sondern vor allem auch die Frage: ob wirklich der Verkehr so leicht die Überwälzung der Steuer zuläßt, wie dies hier angenommen wird.

Mit welcher Leichtigkeit läßt Ricardo alle möglichen Steuern auf die Stelle abgewälzt werden, die schließlich am besten die Steuer tragen kann; den Kapitalprofit! Eine der verwickelsten finanzpolitischen Vorgänge, nämlich die Steuerabwälzung, wie einfach und glatt vollzieht sich dies alles bei Ricardo! Die Steuerabwälzungstheorie Ricardos ist ein neues Beispiel dafür, wie falsch es ist, verwickelte volkswirtschaftliche Vorgänge auf einfache Formeln zu bringen, wenn sie auch nur als „allgemeine Tendenzen" der Entwicklung gelten sollen.



Neuntes Kapitel.

Zur allgemeinen Beurteilung Ricardos und seiner Bedeutung für die Geschichte und Methode der Sozialwissenschaft.

1. Über die Persönlichkeit und den Charakter Ricardos.

Schon Theodor Bernhardi hatte in seinem 1849 erschienenen Werke „Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden“ scharfe Kritik nicht nur am Inhalte und der Methode Ricardos geübt, sondern auch seine Grundanschauung als einseitig kapitalistische charakterisiert. Er zitiert einen Satz aus Ad. Smith und knüpft die Bemerkung daran: „Schon hier tritt die Ansicht hervor, die sich in Ricardos und seiner Schüler Schriften bestimmter ausspricht, die eigentlich keineswegs die Arbeit, sondern das Kapital zur bewegenden Macht im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft erhebt. Ein gewisses Kapital ist aufgewendet worden, um eine bestimmte Produktion zu bewirken; wird mehr gewonnen, als das Kapital beträgt, so ist ein unmittelbares, wirkliches, ein reines Einkommen da. Die Arbeit hat nur als Werkzeug gedient. Sobald wir uns dann bestimmter Rechenschaft geben von dem Zusammenhang des Ganzen, kann uns nicht entgehen, daß diese Vorstellung von dem Gang aller Produktion, bewußt oder unbewußt, mit einer Ansicht von dem Wesen der Gesellschaft überhaupt, von der eigentlichen Bedeutung alles wirtschaftlichen Strebens in Verbindung steht, der wir unsere Beistimmung nicht geben können.

Hier ist nicht mehr die Erhaltung der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, der ganzen Bevölkerung, Zweck aller auf Produktion gerichteten Tätigkeit; die Erhaltung der arbeitenden Klassen wird vielmehr Mittel für einen Zweck, der ganz außerhalb ihres eigenen Daseins liegt, und auch der Eudämonismus, sofern er in dieser Lehre waltet, tritt in seiner beschränkten Einseitigkeit hervor. Die Gewinnung eines unmittelbaren, reinen Einkommens, die Erhaltung der Stände, die von diesem leben,

und sobald die Rente der Grundeigentümer als eine Anomalie der Verteilung dargestellt wird, die leider nicht ganz vermieden werden kann, aber nur im geringsten, möglichen Umfang geduldet werden darf, die Erhaltung der Kapitalbesitzer, Gewerbsunternehmer, das ist nach dieser Seite hin der letzte Zweck aller Betriebsamkeit. Nach der andern gilt es, dem Staat die Mittel zu schaffen, deren er bedarf, um die Absichten zu erreichen, die er im eigenen, selbständigen Interesse verfolgt. . . .

Profit, Gewinn vom Kapital, ist das einzige wahre reine Einkommen; dies zu schaffen, der Zweck aller wirtschaftlichen Bestrebungen; Erhaltung der Arbeiter ist Mittel zum Zweck. Das ist der eigentliche Inhalt der unserer Ansicht gegenüber stehenden Lehre, in der Ausbildung, die vor allem Ricardo ihr gegeben hat.

Aber grade in der Art, wie diese entscheidenden Verhältnisse dargestellt werden, spricht dies System sich selbst das Urteil; in mehr als einer Bedeutung sogar. Der Versuch, die Interessen, denen diese Schule das Wort redet, als diejenigen darzustellen, die naturgemäßer Weise herrschen müssen, war auf diesem Wege nichts weniger als glücklich eingeleitet. Vielmehr schmieden Ricardo und seine Schüler im Gegenteil, Männern, die einer ganz anderen Ansicht der Dinge huldigen, furchtbare Waffen."[1]

Viel schärfer und härter als Bernhardi urteilt Held über Ricardo; denn Bernhardi läßt es doch bei all seiner schroffen gegnerischen Kritik nicht an der schuldigen Hochachtung vor Ricardo's Persönlichkeit fehlen; Held entwirft aber von Ricardo ein Bild, das auch die Persönlichkeit und den Charakter unseres Autors in sehr schlechtem Licht erscheinen läßt.

Über Ricardo im allgemeinen urteilt Held folgendermaßen: „David Ricardo war in England als Sohn eines holländischen Juden 1772 geboren. Ein gewiegter Geschäftsmann, schwang er sich zu ansehnlichem Reichtum empor. Seit 1799 warf er sich auf nationalökonomische Studien, seit 1809 trat er als Schriftsteller auf. Er, der Praktiker, nicht der stille Gelehrte Adam Smith, bildete die rein abstrakte Methode der

[1] a. a. O. S. 306.

Entwicklung wirtschaftlicher Gesetze aus und wußte seine Sätze durch ihre knappe Form mit dem Schein mathematischer Gewißheit zu umgeben. Aber er war es zugleich, unter dessen Hand die rechtgläubige Nationalökonomie zu einer gefügigen Dienerin der ausschließenden Interessen des mobilen Kapitals wurde.

Es ist wunderbar, wie sehr auch eine nur scheinbar der Mathematik verwandte Präzision des Ausdrucks imponiert. Hat man doch das Ricardo'sche Grundrentengesetz allen Ernstes mit dem Newton'schen Gesetz der Schwere verglichen, und wie viele deutsche Gelehrte haben in ihrer Harmlosigkeit dieses Gesetz ganz objektiv vom Standpunkte der Wissenschaft geprüft, resp. gerechtfertigt, ohne auch nur zu ahnen, daß diese Lehre einfach von dem Haß des Geldkapitalisten gegen den Grundbesitzerstand diktiert war!

Und doch gestehe ich gerne zu, daß Ricardo ein großes wissenschaftliches Verdienst hat. Er hat wenigstens nie seinen Mangel an Humanität, Gemeinsinn und Staatsauffassung mit klingenden Phrasen beschönigt. In nackter Klarheit hat er gezeigt, wohin der einseitige Ausgangspunkt eines dem Kapital dienenden Individualismus führen muß und wider Willen diesen Ausgangspunkt ad absurdum geführt."[1]

Speziell über die Wertlehre urteilt Held:

„Da man bei Ricardos scharfem Geist plumpe Selbsttäuschung nicht annehmen darf, so kann man unmöglich seine ganze Wertlehre für etwas anderes ansehen als für den Versuch, die Herrschaft und den Gewinn des Kapitals unter dem Schein des Strebens nach naturrechtlicher Gerechtigkeit zu rechtfertigen.

Gleich das erste Kapitel der „Principles" erscheint sonach trotz all seiner formalen Schärfe als ein bewußtes Sophisma, das sich rächen mußte. Wahrlich, diejenigen liberalen Wirtschaftspolitiker, die an Ricardos Autorität festhalten zu müssen glauben, können nicht widersprechen, wenn Christlich-Soziale und Sozial-Konservative ihnen vorwerfen, der Sozialismus sei die Konsequenz des Liberalismus. Und doch kann sich unter

---

[1] a. a. O. S. 177.

Ricardos Formeln nur derjenige beugen, der selbst Sophismen in die Welt schleudern will, oder, ermüdet von den abstrakten Formeln, zu träge ist, diese kritisch zu untersuchen."[1]

Im weiteren Verlauf seiner Kritik greift Held eine Einzelausführung Ricardos heraus, um daraus seinen „zynischen Materialismus" zu zeigen. Weil diese Stelle immer wieder zum Zweck einer ungünstigen Beurteilung Ricardos herangezogen wird, soll hier die Held'sche Ausführung in extenso wiedergegeben werden.

„Nur auf das 26. Kapitel muß ich noch einen Blick werfen, weil dasselbe den zynischen Materialismus Ricardos am allerdeutlichsten zeigt, weil es von allen späteren die größte prinzipielle Bedeutung hat und den Unterschied zwischen Adam Smith und Ricardo am schärfsten hervortreten läßt.

Adam Smith operiert nicht mit genau definierten technischen Ausdrücken, doch ist kein Zweifel, daß er unter Einkommen resp. Reineinkommen etwa dasselbe versteht wie Hermann, nämlich alles, was Menschen ohne Verminderung des anfänglich vorhandenen Kapitals während eines Zeitabschnitts verzehren können; und namentlich rechnet er den Konsum der Arbeiter, soweit derselbe keinen unersetzten Kapitalverbrauch verursacht, unbedingt zum Reineinkommen der Nation.

Wo immer A. Smith von Einkommen spricht, gibt es für ihn nur einen Unterschied zwischen Einnahme und Einkommen. Ricardo dagegen unterscheidet scharf zwischen Roh- und Reineinkommen. Roheinkommen ist bei ihm das, was wir heute kurzweg Nationaleinkommen nennen, d. h. alles, was nach Wiederersatz des verbrauchten Kapitals verzehrt werden kann.

Dafür gebraucht Ricardo den Ausdruck „the whole produce of land and labour" in offenbarem Anschluß an A. Smith und die Physiokraten. Dem gegenüber steht das Reineinkommen, welches den Konsum der Arbeiter nicht umfaßt; letzterer ist vielmehr lediglich Produktionsaufwand.

Der Unterschied zwischen Roh- und Reineinkommen ist

[1] S. 183.

bei Ricardo nicht etwa eine harmlose theoretische Unterscheidung, zusammenfallend mit unserem Unterschied zwischen notwendigem und freiem Einkommen bei allen Menschen. Es ist vielmehr eine in aller Kürze und Schärfe ausgeführte Lehre, die den Zweck hat, den Arbeiter vollständig als ein unwesentliches Mitglied der Gesellschaft, als ein reines Mittel zum Zweck hinzustellen; es wird denn auch an einer späteren Stelle einmal ausgeführt, wie ein Teil des Roheinkommens statt auf den Unterhalt von Menschen auf den Unterhalt von Pferden verwendet werden könne. Zugleich liegt in dieser Lehre am deutlichsten ausgesprochen, daß der Zweck der Kapitalvermehrung und des möglichst großen Kapitalgewinns der maßgebende Zweck alles menschlichen Zusammenlebens sei. Die berüchtigte Stelle aus Kap. 26 möge hier wörtlich folgen:

„„Das ganze Produkt des Bodens und der Arbeit eines jeden Landes zerfällt in drei Teile: der eine wird für Löhne, der andre für Profit, der dritte für Grundrente verwendet. Nur von den zwei letzten Teilen können Abzüge für Steuern oder Ersparnisse gemacht werden; der erste, wenn mäßig, stellt immer die notwendigen Produktionskosten dar.

Für eine einzelne Person mit einem Kapital von 20000 £, deren Profit jährlich 2000 £ beträgt, ist es ganz gleichgültig, ob ihr Kapital 100 oder 1000 Menschen beschäftigt, ob die produzierten Waren für 10000 oder 20000 £ verkauft werden, wenn nur in allen Fällen der Profit nicht unter 2000 £ sinkt. Ist nicht das wahre Interesse der Nation dem ähnlich? Wenn nur ihr wahres Reineinkommen, ihre Renten und Profite gleich bleiben, so ist es ohne Bedeutung, ob die Nation aus 10 oder 12 Millionen Einwohnern besteht. Ihre Kraft, Flotten und Heere und alle Art unproduktiver Arbeit zu unterhalten, muß im Verhältnis zu ihrem Reineinkommen und nicht zu ihrem Roheinkommen stehen. Wenn 5 Millionen Menschen so viel Nahrung und Kleidung produzieren können, um dem Bedarf von 10 Millionen zu entsprechen, so sind Nahrung und Kleidung für 5 Millionen das Reineinkommen. Würde es von irgend einem Vorteil für das Land sein, wenn zur Produktion dieses selben Reineinkommens 7 Millionen Menschen notwendig wären,

d. h. wenn 7 Millionen Menschen beschäftigt würden, Nahrung und Kleidung für 12 Millionen zu produzieren? Immer würde Nahrung und Kleidung für 5 Millionen das Reineinkommen sein. Die Beschäftigung einer größeren Zahl von Menschen würde uns weder in den Stand setzen, unserer Flotte oder unserem Heer auch nur einen Mann beizufügen, noch eine Guinee mehr Steuern zu zahlen.""[1]

Auch bei der Behandlung von Geld- und Bankfragen fand Held, daß bei Ricardos Abstraktionen nicht vorurteilsfreies Forschen nach der objektiven Wahrheit vorwaltete, sondern nur bestimmte Interessen eines Standes maßgebend waren: „Man denkt unwillkürlich daran, daß Ricardo Staatsgläubiger war, wenn man seinen Eifer für Wiederherstellung der Barvaluta mit Cobbetts Ansichten über Staatsschuld und Banknoten vergleicht."[2]

Held schließt: „Es ist fast unbegreiflich, daß man Ricardos nationalökonomische Lehren mit so viel selbstverleugnender Arbeit studiert hat, ohne den Schlüssel zur Erklärung all seiner Anschauungen, der hier offen zu Tage liegt, zu Hilfe zu nehmen! Es bleibt sein größtes Verdienst, daß er seinen nackten Kapitalismus durch keine spielende Humanität, keinen schwächlichen Optimismus verhüllt hat.

Wir haben keinen Grund, eine solche Hülle den Lehren des klugen Bankiers nachträglich vermittelst unserer theoretischen Blindheit überzuwerfen, welche die praktischen Tendenzen ignoriert."[3]

Diese von Bernhardi und Held vertretene Auffassung ist bis in die neueste Zeit hinein in schärferer oder milderer Form wiederholt worden; so meint Schulze-Gaevernitz,[4] insbesondere Ricardo habe „die wirtschaftlichen Verhältnisse vom Standpunkt des Arbeitgebers behandelt." Auch er zitiert die von Held als „berüchtigt" bezeichnete Stelle Ricardos und bemerkt dazu:

„Für diese Nationalökonomie gab es in der Tat kein anderes Ziel des menschlichen Wollens, als das der Kapital-

---

[1] S. 195. — [2] S. 199. — [3] S. 204.
[4] Zum sozialen Frieden. I. Bd. Leipzig 1890. S. 32.

anhäufung, nichts existierte für sie in der Welt, was nicht um Geldes willen dagewesen wäre und Schätzung in Geld zugelassen hätte. Ihr Verhältnis zu dem Arbeiter war wirklich ein rein ökonomisches; nicht als Menschen sahen sie denselben an, sondern als Mittel der Kapitalerzeugung. Der konkrete Begriff des Arbeiters wurde für sie durch das Abstraktum der Arbeit verdeckt, wie man von „„Händen““, die man beschäftigte, statt von Menschen zu sprechen pflegte.“

Hans von Nostitz[1] erklärt ausdrücklich seine Zustimmung zu dem Urteile Held's und Schmoller[2] sprach von der „düstern, menschenfeindlichen Gesinnung“ Ricardos.

Ich halte die Held'sche Beurteilung nach jeder Richtung hin für verfehlt. Wäre wirklich Ricardo nur ein einseitiger Vertreter des Börsenkapitals, hätte er wirklich nicht nach der Wahrheit über das Wesen wirtschaftlicher Vorgänge geforscht, sondern sich bewußter Maßen in den Dienst einer Interessentengruppe gestellt, so wäre in der Geschichte der Wissenschaft kein Platz für ihn. Aber nur unter völliger Verkennung des wahren Wesens von Ricardos Persönlichkeit kann man zu solchem Urteile gelangen. Allerdings, wenn man Ricardo nur auf Grund seiner wissenschaftlichen Werke prüft, kann man leicht seine wahre Bedeutung verkennen. Er liebte es, die wissenschaftlichen Probleme in möglichst nüchterner, fast „geschäftsmäßig“ zu nennender Weise zu erörtern. Seine tiefere Welt- und Lebensanschauung trat hierbei nicht zutage und sicherlich hat seine schwer verständliche Ausdrucksweise viel dazu beigetragen, ihn in falschem Lichte erscheinen zu lassen. Prüft man aber seine Welt- und Lebensanschauung auf Grund seines Briefwechsels, auf Grund seines ganzen Lebenswerks, auf Grund der Aufzeichnungen seiner Zeitgenossen, so muß man zu dem Resultate kommen, daß streng objektive Forschung nach der Wahrheit der oberste Leitstern seiner wissenschaftlichen Tätigkeit war und daß ihm nichts ferner lag, als die Interessen eines einzelnen Berufsstandes einseitig zu vertreten.

Ich werde noch nachzuweisen haben, wie er in seiner

---

[1] Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England. Jena 1900. S. 15.

[2] Zeitschr. für ges. Staatsw. 1863. S. 12.

Sozialphilosophie sich eng an Bentham anschließt; mag man diese hedonistische Philosophie immerhin für einseitig, beschränkt und falsch erklären, man wird ihr nicht vorwerfen dürfen, daß sie Klasseninteressen begünstigt habe. Zunächst will ich jedoch einmal die „berüchtigte" Stelle erläutern, um die falsche Beurteilung, die sie seit Bernhardi und Held immer wieder gefunden hat, endgültig berichtigen zu helfen.

Wie schon Gustav Cohn[1] festgestellt hat, liegt der Held'schen Deutung ein großes Mißverständnis zugrunde. Aus dem Zusammenhang gerissen, könnte sie allerdings so „zynisch" aufgefaßt werden, wie Held es tut; prüft man aber den ganzen Zusammenhang, in dem dieser Satz steht, so kommt man zu ganz anderem Ergebnis. Ricardo dachte nie daran, an dieser Stelle das Glück und die Existenz großer Volksmengen gegenüber dem Wachsen des Kapitalreichtums als etwas nebensächliches ansehen zu wollen, sondern er wollte nur an einem Beispiele zeigen, aus welcher Quelle die Steuern geschöpft werden können. Er vertrat die Ansicht, daß als Steuerquelle nicht das Roheinkommen eines Volkes, sondern das Reineinkommen zu gelten habe. Unter Reineinkommen in diesem Sinne verstand er aber nur den Profit und Rente und nicht den Arbeitslohn.

Polemisierend gegen A. Smith, der ein möglichst großes Roheinkommen für erstrebenswert hielt, erklärte er, daß für diesen Zweck, nämlich für die Aufbringung der Steuern, für die Bezahlung der Kosten für Flotte, Heer usw. es auf ein möglichst großes Reineinkommen ankomme. Daß aus anderen „ethischen" Gründen eine Hebung der breiten Volksmasse, daß eine Besserung ihrer Lage nichts Gleichgültiges sei, würde Ricardo nie bestritten haben. Ricardo selbst hat sich ganz ausdrücklich bereits gegen dieses Mißverständnis verteidigt: „Say hat mich völlig mißverstanden, indem er annimmt, ich hätte die Wohlfahrt so vieler menschlicher Wesen für nichts geachtet. Ich denke, der Text wird genugsam zeigen, daß ich meine Bemerkungen auf die besonderen Gründe richtete, auf welche sich A. Smith stützte."

Wie aus dem Texte hervorgeht, hatte aber A. Smith

---

[1] Nationalökonomische Studien. Stuttgart 1886. S. 660.

ausdrücklich als Vorzug der Vermehrung des Roheinkommens die Erhöhung der Macht eines Landes bezeichnet und nicht den Vorteil größerer Bevölkerung oder die Vorteile, die aus größerer Volksvermehrung hervorgehen.

Man wird gewiß große Bedenken haben müssen gegen die hier vorgenommene Scheidung von Roh- und Reineinkommen und gegen die Auffassung Ricardos, als ob nur aus dem sog. Reineinkommen Steuern bezahlt werden könnten. Dies alles mag zu einer Kritik von Ricardos Steuerlehre angeführt werden, aber man sollte ihn nicht auf Grund dieser Stelle als „zynischen Menschenverächter" bezeichnen.

Auch der Vorwurf Helds, Ricardo sei bei seinen dem Grundbesitz ungünstigen Theorien durch sein persönliches Interesse beeinflußt gewesen, da ihm als Kapitalisten die Förderung des wirtschaftlichen Wohles des Grundbesitzerstandes gleichgültig gewesen sei, muß energisch zurückgewiesen werden.

Als in seiner politischen Laufbahn Ricardo einmal ein ähnlicher Vorwurf gemacht wurde, hat er deutlich genug darauf geantwortet. Es war in der Sitzung des englischen Unterhauses vom 12. Juni 1823. Gegenüber dem Mitglied von Essex (Western), der in einer Broschüre gesagt hatte, es gehöre große Gutmütigkeit dazu, zu glauben, Ricardo sei bei seinen Ratschlägen nicht durch interessierte Motive geleitet gewesen, sagte er:[1] „Es wird selbst für einen guten Rechenmeister eine schwierige Aufgabe sein, herauszubekommen, nach welcher Seite hin mein Interesse vorwiegend ist. Ich selbst würde es schwerlich können wegen der verschiedenen Arten von Vermögen, die ich besitze."

Er hatte tatsächlich einen großen Teil seines Vermögens in Großgrundbesitz angelegt. Schon im Dezember 1819 schrieb er über derartige Vorwürfe einmal an seinen Freund Trower:[2] „Von den Grundbesitzern werde ich beschuldigt, zu wünschen, daß der Grundbesitz an die Börsenleute fiele und es wird mehr als angedeutet, daß ich ein Interesse daran hätte, diesen Vorschlag zu machen (nämlich an Stelle von neuen Anleihen

---

[1] Parl. Deb. N. S. Vol. IX.
[2] B. W. III. S. 102.

Steuern zu erheben). Ich mag unwissend oder vorurteilsvoll sein, aber ich bin mir nicht bewußt, durch irgend welche Interessenmotive beeinflußt zu sein und es würde tatsächlich sehr schwer für mich sein, zu entscheiden, wie mein persönliches Interesse durch Annahme dieser Maßregel berührt werden könnte."

Malthus bemerkt zu dieser Frage einmal folgendes:[1] „Ricardo wurde durch seinen Fleiß und seine Talente ein großer Grundbesitzer und ich könnte aus dem ganzen Umkreise der Grundbesitzer keinen ehrenwerteren und ausgezeichneteren Mann nennen, keinen Mann, der wegen der Eigenschaften seines Kopfes und seines Herzens mehr verdient hätte, was er erworben hat, und es besser benutzt hätte.

Es ist eigentümlich, daß grade Ricardo, der selbst beträchtliche Grundrenten bezieht, so sehr ihre nationale Wichtigkeit unterschätzt hat, während ich, der ich nie Grundrenten empfangen habe und auch keine erwarte, wahrscheinlich beschuldigt werde, ihre Wichtigkeit zu überschätzen. Unsere verschiedenen Meinungen mögen unter diesen Umständen wenigstens dazu dienen, unsere gegenseitige Aufrichtigkeit zu beweisen und eine starke Wahrscheinlichkeit dafür zu bieten, daß, unter welchem Vorurteil unser Geist auch bei den Lehren gestanden haben mag, die wir dargelegt haben, es nicht das Vorurteil war, vor dem man sich am meisten hüten muß, nämlich das unbewußte Vorurteil der persönlichen Lage und des persönlichen Interesses."

In der Tat ließ sich Ricardo bei seinen nationalökonomischen Arbeiten nur vom Streben nach Wahrheit leiten, dafür zeugen namentlich die Briefe an seine Freunde, wo er in fast ermüdender Ausführlichkeit immer wieder die Probleme, die ihn am meisten interessieren, namentlich das Wertproblem, erörtert, Kritiken und Belehrungen gern zugänglich ist, immer nur bestrebt, das Richtige zu erkennen.

„Die Zustimmung," schreibt er einmal an seinen Freund Trower,[2] „die Sie mir zu dem Inhalt meiner Broschüre

[1] Principles of Political economy. London 1836. S. 216/7.
[2] B. W. III. S. 17.

aussprechen, hat mir viel Vergnügen bereitet, aber ich wäre Ihnen ebenso verbunden für Ihre Meinung gewesen, wenn sie ungünstig gewesen wäre. Die Wahrheit ist mein Ziel und, wenn es mir gelingt, die Aufstellung richtiger Grundsätze zu befördern, so kann dies nicht verfehlen, mir Genugtuung zu bereiten. Dennoch hoffe ich von der gerechten Kritik derer Nutzen zu ziehen, welche von meinen Ansichten abweichen, und richtigere Anschauungen anzunehmen, wenn sie mir deutlich klargemacht werden."

Neben der Wahrhaftigkeit war Bescheidenheit ein Grundzug seines Wesens. Baumstark hat bereits in der Skizze über das Leben Ricardos, die er der Übersetzung der „Principles" vorausschickt, hierauf hingewiesen; es sei nochmals daran erinnert, daß er nur auf wiederholtes Drängen von James Mill sich dazu entschloß, seine „Principles" zu veröffentlichen, weil er meinte, daß seine Gedanken nicht wert seien, der Öffentlichkeit übergeben zu werden.

Derselbe James Mill mußte auch Ricardo erst überreden, einen Sitz im Parlamente zu erstreben. Wann immer Ricardo an die Öffentlichkeit trat, stets geschah es mit dem zaghaften Gefühle seiner Unzulänglichkeit.

Er hatte erst einige kleinere Schriften veröffentlicht, als er einmal an seinen Freund Trower schrieb:[1] „Ich habe keinen anderen Ansporn zum Studium der Nationalökonomie, als die Freude, welche die Wissenschaft selbst mir bereitet, denn ich werde niemals so glücklich sein, so richtig meine Ansichten auch immer sein mögen, ein Buch zu veröffentlichen, welches mir Ruhm und Ansehen verschafft."

Stets war und blieb sein Hauptinteresse auf die rein theoretischen, abstrakten Probleme gerichtet und noch wenige Tage vor seinem Tode, am 31. August 1823, erörtert er in einem ausführlichen Briefe an Malthus die Werttheorie; am 11. September 1823 starb er.

Mögen auch die Lobeserhebungen, die Bain in seiner Biographie von James Mill, John Stuart Mill in seiner Autobiographie, James Mill in seinem Nachrufe im „Morning

---

[1] 29. Okt. 1815. B. W. III. S. 7.

Chronicle“[1] dem Charakter und dem wissenschaftlichen Verdienst Ricardos zollen, etwas durch die engen freundschaftlichen Beziehungen dieser Männer zu Ricardo beeinflußt sein: in der Hauptsache behalten sie mit ihrer warmherzigen Anerkennung der ausgezeichneten Eigenschaften dieses Mannes Recht.

Wenn wir bei Adolf Held eine Schilderung finden, die im gerade diametralen Gegensatze zu dieser Charakteristik steht, so muß diese auffallende Verschiedenheit der Beurteilung ihren besonderen Grund haben; ich glaube, daß der sozialpolitische Standpunkt Helds sein Urteil getrübt hat.

In der Mitte der 70er Jahre wurde das Held'sche Werk begonnen, dem wir das obige harte Urteil über Ricardo entnehmen: Es war damals die Sturm- und Drangperiode der sog. „historisch-ethischen“ Schule der Nationalökonomie. Adolf Held stand in der vordersten Reihe der Nationalökonomen, die für eine stärkere Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben und für sozialreformatorische Gesetze eintraten.

Ihr Kampf galt der abstrakten Methode der klassischen Nationalökonomie und gleichzeitig den radikal-freiheitlichen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik, die von vielen dieser älteren Vertreter verkündet wurden. In der Hitze dieses Kampfes ist offenbar die kritische Beurteilung häufig weit über das Ziel hinausgegangen; da man das Ziel, die freiheitliche Wirtschaftspolitik, für falsch hielt, hielt man auch die Ideen, von denen die Vertreter dieser Politik ausgingen, nicht nur für falsch, sondern auch für engherzig, egoistisch und von Sonderinteressen diktiert.

Heute, nachdem die wirtschaftspolitischen Grundanschauungen Helds zum Siege gelangt sind und von der Mehrzahl der akademischen Vertreter der Nationalökonomie geteilt werden, wird man umsomehr dem Vertreter einer heute in der Hauptsache überwundenen sozialpolitischen Richtung Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen. Eine gerechte Beurteilung wird aber in Ricardo nicht nur einen der hervorragendsten Pfadfinder unserer

[1] Vgl. Bain a. a. O. S. 211.

Wissenschaft, sondern auch einen durch edelste Charaktereigenschaften ausgezeichneten Menschen anerkennen.

2. Ricardos Sozialphilosophie.[1]

Ricardo hatte nur sehr geringe philosophische Interessen, seine Studien lagen fast ausschließlich auf ökonomischem und politischem Gebiete. Dennoch mußte er natürlich grade bei den Fragen, die ihn am meisten interessierten, namentlich dem Verteilungsproblem, auch auf philosophische Grundfragen kommen. Bei seiner Empfehlung freiheitlicher Grundsätze für die Wirtschaftspolitik mußte immer wieder die Frage erhoben werden, in den Dienst welcher letzten menschlichen Ziele und Interessen diese praktische Politik zu stellen sei.

In allen diesen Fragen der Weltanschauung war aber Ricardo unbedingt von Bentham abhängig, dessen Lehren er rückhaltlos folgte. In dieser Hinsicht besteht ein großer Unterschied zwischen Adam Smith und Ricardo. Smith war zugleich Nationalökonom und Philosoph, und wenn er auch, wie Hasbach treffend gezeigt hat, von der englischen Moralphilosophie und in geringerem Maße von der französischen Naturrechtsphilosophie vielfache Anregung erhalten hat, so weist doch seine Sozialphilosophie viele originelle Züge auf. Ganz anders Ricardo, der eigne philosophische Studien kaum betrieben hat und kritiklos der Autorität Benthams folgte. Freilich schloß er sich damit nur dem Beispiel seiner meisten Fachgenossen auf politischem und ökonomischem Gebiet an. Für das staatsmännische und politische Denken in England zur Zeit des Beginns des 19. Jahrhunderts waren die Bentham'schen Lehren die unbedingt ausschlaggebenden. Vor allem war James Mill, durch den Ricardo mit Bentham auch persönlich bekannt wurde,[2] ein unbedingter Bewunderer

[1] Über die Beziehungen Ricardos zur utilitarischen Philosophie unterrichtet gut das Werk von Leslie Stephen, The Englisch Utilitarians. 3 Bände. London 1900.

[2] Vgl. den Brief Ricardos an Bentham vom 13. August 1811, worin dieser für die durch James Mill vermittelte Einladung zu Bentham dankt. (B. W. III. S. 1.) Hiernach ist die Angabe von Bain zu berichtigen, wonach Ricardo durch Bentham mit James Mill bekannt geworden sein soll. (Bain, James Mill. London 1882. S. 74.)

und Anhänger Benthams. „My friend and master“ pflegte James Mill in seinen Briefen Bentham anzureden;[1] und James Mill, dessen bester Freund Ricardo war, machte diesen mit den Grundsätzen der utilitarischen Philosophie bekannt. Mit Recht durfte daher Bentham sagen: „I was the spiritual father of Mill, and Mill was the spiritual father of Ricardo; so that Ricardo was my spiritual grandson.“[2]

Wie James Mill völlig im Gedankenkreise Benthams aufging und seinen Sohn John Stuart auch hierin zu erziehen suchte, ist in den beiden biographischen Werken über James und John Stuart Mill übereinstimmend geschildert.[3] Ricardo nahm an dem regen Verkehre Benthams mit dem älteren Mill lebhaft teil, wenn sich auch gerade kein intimes Verhältnis zwischen diesen beiden ihrer Natur nach sehr verschiedenen Männern herausgebildet hat.

Um die engeren Beziehungen zu würdigen, die zwischen der Bentham'schen Sozialphilosophie und den Grundgedanken der Ricardo'schen Rechts- und Staatsauffassung bestehen,[4] müssen wenigstens einige Hauptsätze der Bentham'schen Philosophie hier angeführt werden.

Das wahre und richtige Ziel der Regierung in jeder politischen Gemeinschaft ist nach Bentham das größte Glück aller der Individuen, aus denen es zusammengesetzt ist, oder kurz: das größte Glück der größten Zahl.[5]

Ausgehend von der psychologischen Tatsache, daß jeder einzelne am meisten seinen eigenen Vorteil sucht, möglichst viel Lust sich zu verschaffen und möglichst viel Schmerz zu vermeiden bestrebt ist müsse, meint Bentham, darin auch das Ziel der Gesetzgebung gesucht werden, dieses Streben nach

---

[1] Bain, a. a. O. S. 140.

[2] Bentham, Works. Herausg. von Bowring. Vol. X. Edinburgh 1843. S. 498.

[3] Vgl. Bain, a. a. O. S. 71 ff. und John Stuart Mill, Autobiography. London 1873. S. 64 ff.

[4] Über die Beziehungen zwischen Bentham und Ricardo gibt Bonar guten Aufschluß in der Vorrede zu seiner Ausgabe des Briefwechsels Ricardos mit Malthus S. X—XIII und in seinem Werke „Philosophy and political economy“. S. 215—236.

[5] Introduction zum Constitutional Code, Bentham, Works. Vol. IX. S. 5.

eigener Lust möglichst zu fördern. Die Frage ist aber: wird nicht, wenn jeder seinen eigenen Vorteil sucht, das Wohl anderer Mitmenschen geschädigt?

Darauf gibt Bentham folgende Antwort:[1] Man müsse zwischen momentaner Lust und dauernder Lust unterscheiden: man könne auch seine eigene Lust finden, wenn man momentan Unannehmlichkeiten ertrüge, wofern dafür größere Freude in der Zukunft in Aussicht steht.

Jeder Mensch fühle es, daß die beste Sicherheit dafür, daß er möglichst viel Glück erreicht, darin besteht, daß er Rücksicht nehme auf das Glück seiner Nachbarn — es müsse Aufgabe der Politiker und Moralisten sein, immer mehr das Verständnis für richtige Moral, d. h. für eine Abmessung des eigenen Vorteils zu verbreiten, die durch weise Beschränkung immer gleichzeitig mit dem eigenen Wohle auch das Wohl der Allgemeinheit fördere.

Dabei soll der Gesetzgeber die einzelnen möglichst frei und ungehindert lassen, denn jeder wisse selbst am besten, was ihm nütze. Auf den naheliegenden Einwand, daß die Einsicht in die Nützlichkeit der Handlung durchaus nicht jedermann gegeben sei, antwortet Bentham: „Mag sein; aber ist es sicher, daß der Gesetzgeber darüber besser Bescheid weiß?“[2]

Man wird die hier dargelegten Grundsätze sicherlich vom Standpunkte heutiger ethischer Betrachtung als oberflächlich und überwunden bezeichnen können. Man wird mit Recht sagen, daß es niemals Ziel der Gesetzgebung sei, das Glück sei es einzelner, sei es der Gesamtheit fördern zu wollen, man wird es als jeder Erfahrung widersprechend bezeichnen können, daß jeder seines „Glückes Schmied“ am besten selbst sei. Darum wird man aber keineswegs berechtigt sein, diesen Standpunkt als „zynischen Materialismus“ zu bezeichnen. Man mag die Mittel, die Benthams Schule zur Erreichung ihres Zieles vorschlägt, die schrankenlose Freiheit, für falsch halten, ihn aber darum als Vertreter einseitiger Klasseninteressen zu erklären, ist ungerecht. Denn auch den Benthamisten schwebte als

---

[1] Introduction to the Study of Benthams Works. Vol. I. S. 25.

[2] Principles of Morals and legislation. Works Vol. I. S. 146.

Ziel die Förderung des Gemeinwohles vor und keineswegs etwa allein die Förderung des Wohles der Kapitalistenklasse.

Der Verfasser des neuesten und größten Werkes über die utilitarische Philosophie, Leslie Stephen, weist mit Recht in aller Schärfe den immer wieder der englischen individualistischen Philosophie gemachten Vorwurf, daß sie der „Humanität" entbehrt habe, zurück:[1] „Aber es würde ein vollständiges Mißverständnis der Zeit sein, wenn wir annähmen, daß er (d. h. der Individualismus) eine Ablehnung humaner Empfindung bedeute. Unzweifelhaft waren große Übelstände entstanden und einige fahren fort, zu bestehen, welche durch die Gleichgültigkeit oder selbst durch egoistische Absichten der herrschenden Klassen geduldet wurden. Aber in erster Linie handelten viele der tätigsten Propheten des individualistischen Geistes und zwar aufrichtig im Namen der Humanität. Sie griffen ein System an, welches sie, in weitem Umfange, wie ich glaube, mit Recht, für ein besonders den arbeitenden Klassen schädliches ansahen. Vielleicht erwarteten sie zu viel von der einfachen Beseitigung der Beschränkung; aber sicher bekämpften sie die Beschränkung als ungerecht für alle, nicht nur als Hindernisse für den Wohlstand der Reichen."

Daß Bentham jede „Ethik" gefehlt habe, ist daher eine falsche Beurteilung, wenn man auch von der Mangelhaftigkeit seiner Ethik noch so sehr durchdrungen sein mag. Ganz dasselbe gilt auch gegenüber Ricardo, der, wie wir jetzt zeigen wollen, in seiner sozialphilosophischen Grundanschauung getreulich Bentham folgt.

„Bei einer Untersuchung der Mittel, zu einer guten Regierung zu gelangen," schreibt er an Trower,[2] „dürfen wir uns nicht auf die Frage beschränken, ob die parlamentarische Reform dem König, den Lords oder den Commons Gefahr bringen könnte oder nicht. Wir müssen unverwandt auf das Ziel aller Regierung blicken, welches das Glück des Volkes ist." Die Bezeichnung als „ökonomischer Materialist" ist daher für Ricardo

---

[1] The English Utilitarians. Vol. I. Jeremias Bentham. London 1900. S. 134.

[2] B. W. III. S. 67.

nicht zutreffend — wenn er auch nicht fortwährend seine „Ethik" in den Vordergrund stellte und doch finden sich immer wieder derartige Urteile z. B. auch von Woltmann.[1] „War nicht A. Smith ebenfalls ein sozialer und zum Teil auch historischer Materialist? Ist hier nicht auch David Ricardo zu nennen, in dessen „„Untersuchungen über die Grundgesetze der Volkswirtschaft und Besteuerung" " fast alle ethischen und humanistischen Reflexionen fehlen und mit den Menschen als bloßen ökonomischen Kategorien gerechnet wird?" —

Am deutlichsten tritt der Einfluß Benthams auf die allgemeine sozialphilosophische Grundanschauung Ricardos in dem Manuskript einer Abhandlung über parlamentarische Reform hervor, die er kurz vor seinem Tode niedergeschrieben hat. In dieser zuerst von Mc Culloch im Scotsman vom 24. April 1824 abgedruckten Schrift sagt Ricardo:[2] „Um die Menschen gut zu erhalten, muß man suchen, so viel als möglich alle Versuchungen von ihnen fern zu halten, anders zu sein. Die Vorschriften der Religion, der öffentlichen Meinung und der Rechtsordnung beruhen alle auf diesem Grundsatz. Und der Staat ist der vollkommenste, in welchem alle diese Vorschriften darauf hinwirken, es zum Interesse aller Menschen zu machen, tugendhaft zu sein, oder mit anderen Worten, daß diese Vorschriften sich bestreben sollen, das allgemeine Glück zu befördern."

Ricardo wünscht Erweiterung des Wahlrechts, damit die Interessen des ganzen Volkes und nicht die einzelner bevorzugter Klassen gefördert werden:[3] „Trotz des Lärms der Presse werden Männer in das Parlament gewählt, deren Interessen oft im direkten Gegensatz zum Interesse des Volkes stehen. Die Staatsämter und die vorteilhaften Stellen bei der Regierung werden nicht nach Verdienst verliehen, schlechte Gesetze fahren fort, unser Gesetzbuch zu verunzieren, gute Gesetze werden verworfen, weil sie Sonderinteressen stören könnten; Kriege werden zugunsten privaten Vorteils begonnen und die Nation wird erdrückt durch große und unnötige Ausgaben. Die Er-

---

[1] Der historische Materialismus. Düsseldorf 1900. S. 11.

[2] Observations on parliamentary reform. Works, ed. Mc Culloch. S 554. —

[3] a. a. O. 552.

fahrung beweist, daß die Freiheit der Presse ungenügend ist, um diese Mißbräuche zu vermindern oder abzuwehren, und daß nichts zu diesem Zweck wirksam sein kann, als daß man das Unterhaus zu einem wirklichen Hause der Vertreter des Volkes gestaltet. Von allen Klassen der Gesellschaft ist das Volk allein daran interessiert, gut regiert zu werden; über diesen Punkt kann es keinen Streit oder Zweifel geben. Eine gute Regierung mag den Interessen der Aristokratie oder denen des Monarchen entgegengesetzt sein, weil sie dieselben verhindern kann, dieselben Bezüge, Vorteile oder Macht zu haben, welche sie haben könnten, wenn die Regierung sich nicht um das Glück der Vielen, sondern hauptsächlich um das Glück Weniger kümmerte; aber eine gute Regierung kann niemals dem allgemeinen Glück nachteilig sein; wenn wir daher ein vom Volk gewähltes Unterhaus erhalten könnten, wobei alle diejenigen, Hoch oder Niedrig, ausgeschlossen wären, welche vom allgemeinen Interesse abweichende Sonderinteressen hätten, so würden wir eine Volksvertretung haben, deren einziger Beruf und Aufgabe es wäre, eine gute Regierung aufrecht zu erhalten."

Trotz dieser klaren Forderung einer im besten Sinne des Worts volkstümlichen, d. h. über den Klassen stehenden Regierung urteilte Adolf Held darüber folgendermaßen:[1] „Keine Schrift zeigt deutlicher als diese, wie Ricardo vom politischen Individualismus und dessen praktischer Konsequenz, dem Radikalismus, ergriffen war; wie er alle staatlichen Handlungen in zynischer Weise lediglich aus Egoismus zu erklären weiß — und wie er unverblümt alle Vorteile radikaler politischer Reformen dem (beweglichen) Besitz zu reservieren versteht. Ricardo ist Fortschrittsmann, weil es noch Mächte im Staate gibt, die über dem Kapital stehen — keineswegs weil er politische Gleichheit Aller wünscht."

Zwar tritt Ricardo nicht für sofortige Gewährung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ein, aber die Art, wie Held die Stellungnahme Ricardos zum allgemeinen Wahlrecht beurteilt, ist irrig: Da Ricardo die Ärmsten der Armen, (the most needy) vom Wahlrecht ausschließen will, sagt Held:[2] „Das heißt also: nicht politische Bildung soll Vor-

[1] a. a. O. S. 201. — [2] S. 204.

aussetzung des Wahlrechts sein, sondern, da es nur auf die Interessen des Besitzes ankommt, so soll auch der Besitz allein Wahlrecht haben."

Nichts lag aber Ricardo ferner, als mit seinem Vorschlag die Interessen des Besitzes überhaupt fördern zu wollen. Da damals in England das Wahlrecht nur auf die obersten Klassen beschränkt war, wünschte er als Realpolitiker, daß man nicht sofort radikal vorgehen und das Wahlrecht dem ganzen Volke gewähren soll, sondern es zunächst auf die mittleren Klassen ausdehnen und nach Ablauf einer gewissen Zeit erst dem ganzen Volke geben soll. Tatsächlich wünschte er, wie aus einer von ihm bei einem zu Ehren von Joseph Hume veranstalteten Essen gehaltenen Rede hervorgeht — das Wahlrecht auf alle, die einen Haushalt haben, auszudehnen — also etwa so weit, als heute tatsächlich das englische Wahlrecht ausgedehnt ist.[1]

Ricardo meinte, daß die Besitzlosen zunächst größere politische Bildung haben müßten, um das Wahlrecht richtig anwenden zu können; er fürchtete, daß sie sonst demagogischen und utopistischen Bestrebungen anheimfallen könnten, die aber in ihren Folgen gerade den arbeitenden Klassen am schädlichsten wären (would be more fatal to the poor labourer than to the rich capitalist himself.)[2] Daß ihm bei seinen Ideen über das Wahlrecht das Wohl der unteren Volksklassen am Herzen lag, geht auch aus seiner Rede im Unterhause vom 24. April 1823 hervor,[3] wo er für geheime Stimmabgabe eintrat, weil sonst von den Besitzern und Arbeitgebern ein Druck auf die Arbeiter ausgeübt werden könnte, und dadurch Sonderinteressen und nicht die Interessen der großen Masse des Volkes vertreten wären (particular interests, and not the interests of the great mass of the people).

Mag man über die Frage des allgemeinen Wahlrechts denken, wie man wolle, unbegreiflich ist es mir, wie man die Stellung Ricardos dazu als eine einseitige im Interesse des Kapitals bezeichnen kann. Wiederholt hat Ricardo Gelegenheit

---

[1] B. W. II. S. 124. B. W. III. S. 54.

[2] Observations on parl. reform. S. 555.

[3] Speech on the Plan voting by ballot. (Works, S. 560.)

genommen, sich für eine Wirtschaftspolitik gerade im Sinn gerechter Verteilung auszusprechen. Der Vorwurf, der der klassischen Nationalökonomie oft gemacht wird, daß sie nur an reichliche Güterproduktion denke, nicht aber an zweckmäßige Güterverteilung, trifft auf ihn jedenfalls nicht zu.

„Die Menschheit," schreibt er einmal an Malthus,[1] „ist nur an einem möglichst ergiebigen Resultat der Arbeit und an einer guten Verteilung des durch Kapital und Fleiß erzeugten Produktes interessiert." „Es ist eine unbedingt sichere Regel, nur für das Gemeinwohl Gesetze zu machen und nicht für die Interessen einer besonderen Klasse."[2]

Wie er bei seinen gesetzgeberischen Vorschlägen durchaus nicht an das Interesse der Geldbesitzer denkt, zeigt seine Beurteilung der Geldentwertung, die ihm besonders für die Arbeiter nachteilig erschien. In diesem Sinne schreibt er an Malthus:[3] „Geldentwertung mag wohltätig sein, weil sie im allgemeinen diejenige Klasse begünstigt, welche in der Lage ist, Vermögen anzuhäufen, aber ich glaube, daß sie die Reichtümer vermehrt durch Verminderung des Glückes, weil sie nur dadurch vorteilhaft wirkt, daß sie einen großen Druck auf die arbeitenden Klassen und die, welche von ihren festen Einkünften leben, bewirkt."

Im Kapitel über Ricardos Lohntheorie habe ich bereits gezeigt, daß diese Theorie zu Unrecht als arbeiterfeindlich ausgelegt wird. In Malthus'schen Vorurteilen befangen, meinte er freilich, daß niedriger Lohnsatz in der Regel nur die Folge der Gewohnheiten der Arbeiter in bezug auf Volksvermehrung sei. Aber er meint durchaus nicht, daß die Arbeiter auf diesem Standpunkte bleiben müssen, sondern hofft und wünscht durch, alle Mittel Besserung ihrer Lage herbeizuführen, wenn er auch meint, daß das meiste dazu von den Arbeitern selbst getan werden müßte.

Wie Bentham selbst berichtet, hatte er sich bemüht, Ricardo einen Sitz im Parlamente zu verschaffen: „Mill überredete Ricardo dazu, in das Parlament einzutreten, ich hatte einige Mühe, ihm einen Sitz zu verschaffen."[4] Bentham war

[1] B. W. I. S. 198. — [2] B. W. III. S. 133. — [3] B. W. I. S. 86.
[4] Bentham, works Bd. X. S. 450.

später sehr erfreut, daß Ricardo mehr und mehr sich seinen Ansichten über Wahlreform anschloß, wenn er auch nicht das allgemeine Stimmrecht wünschte. In diesem Sinne schreibt Bentham am 14. März 1818 an Ricardo:[1] „I told Burdett you had got down to triennality, and were wavering between that and annuality, when I could not help flattering myself you would fix; also, in respect of extent, down to householders, for which, though I should prefer universality on account of its simplicity and unexclusiveness, I myself should be glad to compound."

So sehr Benthams sozialphilosophische und politische Anschauungen von Einfluß auf Ricardo waren, so wenig war dies mit Benthams nationalökonomischen Ideen der Fall. Alles, was Bentham in seinen Werken über nationalökonomische Fragen sagte, fußte auf Adam Smith; das ganze nationalökonomische Handbuch von Bentham (Manual of political Economy) ist nichts, als eine Wiedergabe einiger Smith'scher wirtschaftspolitischer Gedanken, die vom Standpunkte des greatest happiness Prinzips aus erörtert werden. Denn Smith hatte — nach Bentham — „nicht viel zu tun übrig gelassen, außer in der Methode und dem Ausdruck."[2]

Mit Ricardos eigenen, von A. Smith abweichenden Theorien war Bentham gar nicht einverstanden —; er urteilt namentlich sehr schroff über Ricardos Rententheorie: „In Ricardos Buch über die Rente fehlt die Logik. Ich bat ihn, sein Buch in dieser Hinsicht zu verbessern; aber er merkte diesen Fehler nicht und Mill wollte nicht. Ricardo verwechselte Kosten und Wert."[3]

Seine wirtschaftspolitischen Postulate allgemeiner wirtschaftlicher Freiheit hat Ricardo nicht Bentham entnommen, sondern Ricardo und Bentham haben sie gemeinsam Adam Smith entnommen. Smith selbst setzte damit nur die Gedankenrichtung fort, die schon bei den Physiokraten vertreten wurde. Die Volkswirtschaftslehre ist hiernach die Wissenschaft, die nach den Naturgesetzen des wirtschaftlichen Verkehrs forscht. Das

---

[1] Manual of pol. ec. Works. Vol. III. S. 35.
[2] Works, Vol. X. S. 498. — [3] Ebendort.

wichtigste Naturgesetz ist aber für diese Schule, daß die freie Betätigung der einzelnen auf wirtschaftlichem Gebiete die größten Erfolge erzielt. Diesen Faden hat Bentham und übereinstimmend damit Ricardo weitergesponnen.

„Wo freie Konkurrenz besteht", sagt Ricardo[1] im Sinne dieser volkswirtschaftlichen Naturlehre, „sind die Interessen des einzelnen und der Gesamtheit nie im Widerspruch." Und ganz im Sinne der physiokratisch-Smith'schen Wirtschaftslehre ergibt sich auch für ihn dieses Postulat wirtschaftlicher Freiheit mit Notwendigkeit aus einem wirtschaftlichen Naturgesetze. „Was auch für Meinungsverschiedenheiten unter den Vertretern der politischen Ökonomie vorhanden sein mögen," heißt es in einem Briefe an Malthus[2] „sie stimmen alle über viele wichtige Grundsätze überein, die als unumstößlich wahr erwiesen werden können. Durch Befolgung dieser Grundsätze könnte die Regierung nicht verfehlen, die Wohlfahrt des Volkes, das sie beherrschen, zu befördern. Was gibt es klareres, als die Vorteile, welche aus der Freiheit des Handels fließen, oder die Übel, welche aus einer besonderen Unterstützung der Bevölkerungsvermehrung kommen?"

Für Bentham ist es eine gar nicht besonders zu beweisende Tatsache, daß die Freiheit zu größerem Produktionsresultat führt — ein frei in seinem Interesse tätiger Mensch soll stets erfolgreicher und besser arbeiten, als ein Staatsbeamter: aber nicht nur soll die freie Arbeit ertragreicher sein, sie soll auch — und damit kommt Bentham auf sein Endziel alles sozialen Lebens — größeres Glücksgefühl auslösen: „By imposing restraints upon the actions of individuals, it produces a feeling of uneasiness: so much liberty lost — so much happiness destroyed."

Wenn Ricardo sagt, daß die Verfolgung eigenen Vorteils in wunderbarer Harmonie mit dem Vorteile der ganzen Gesellschaft stehe, was ist es anders, als eine neue Formulierung des kurzen Bentham'schen Satzes: so much liberty lost, so much happiness destroyed?

Wenn auch für Ricardo wie für Bentham der Grund-

---

[1] High price S. 265. — [2] B. W. I. S. 171.

satz freier Wirtschaftspolitik den Kernpunkt ihres Systems darstellt, so daß Ricardo einmal an seinen Freund Trower schreiben konnte:[1] „Wir kommen sehr bald zu der Einsicht, daß Ackerbau, Handel und Industrie am besten blühen, wenn von seiten der Regierung keine Einmischung stattfindet," so sind beide doch weit entfernt, Manchesterleute in dem Sinne zu sein, den man in der Regel mit dem Worte verbindet.[2]

Unter Manchesterleuten nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche versteht man Nationalökonomen, die unter allen Umständen Staatseingriffe in die freie wirtschaftliche Betätigung der einzelnen verwerfen. Außerdem ist sehr häufig mit dieser Bezeichnung noch die üble Nebenbedeutung verbunden, daß diese Forderung radikaler wirtschaftlicher Freiheit bewußt oder unbewußt zugunsten der Besitzenden und unter Vernachlässigung der Interessen der arbeitenden Klassen vertreten wird. Weder Bentham noch Ricardo sind Manchesterleute in diesem Sinne; beide haben sie wohl den Grundsatz wirtschaftlicher Freiheit postuliert, ohne aber die radikale Anwendung dieses Grundsatzes zu wünschen. — Als Typus dieser Manchesterrichtung ist vielmehr Bastiat anzusehen.

Schon in theoretischer Hinsicht ist ein tiefer Gegensatz zwischen Ricardo und der Manchesterschule festzustellen: die Manchesterschule geht von einer optimistischen, Ricardo von einer pessimistischen Beurteilung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse aus. Ricardo wünscht freiheitliche Wirtschaftspolitik, damit die schon in der Natur begründeten Schwierigkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung nicht noch vergrößert werden, die Manchesterleute treten für liberale Wirtschaftspolitik ein, damit die in reichster, verschwenderischer Fülle dargebotenen Naturgaben möglichst gut ausgenutzt werden können. Ricardo teilt mit Malthus die Besorgnisse vor zu sehr wachsender Volksvermehrung, die Manchesterrichtung hält unbegrenzte Volksvermehrung für möglich und wirtschaftlich segensreich.

---

[1] B. W. III. S. 93.

[2] Gegen die Auffassung, als ob Ricardo den radikalen ökonomischen Liberalismus vertreten habe, hat Schüller mit Recht Stellung genommen in seinen Schriften: „Die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner" (Berlin 1895) und „Die Wirtschaftspolitik der historischen Schule" (Wien 1899).

Daß Ricardo den Interessen der Arbeiterklasse durchaus nicht gleichgültig gegenübersteht, habe ich schon oben (II. S. 21) bei Besprechung seiner Lohntheorie gezeigt: er gehörte zu den Vorkämpfern des Koalitionsrechts und war einer der ersten, die für die Errichtung von Arbeitersparkassen (saving banks) eintraten.

Selbst mit Sismondi, dem in sozialpolitischer Hinsicht so weit vorgeschrittenen französischen Nationalökonomen, hat er einige Berührungspunkte; über einen Besuch bei Sismondi berichtet er:[1] „Trotz meiner Abweichungen von Sismondi in bezug auf die Lehren der Nationalökonomie, bin ich ein großer Bewunderer seines Talents und ich empfing die angenehmsten Eindrücke von seiner Persönlichkeit — ich erwartete nicht, nach dem, was ich in seinen polemischen Schriften gelesen hatte, ihn so angenehm und liebenswürdig zu finden. Sismondi hat großherzige Anschauungen und ist aufrichtig bestrebt, Grundsätze aufzustellen, die nach seiner Ansicht dem Glück der Menschheit am meisten zuträglich sind. Er meint, daß die Hauptursache des Elends des Volkes in allen Ländern die ungleiche Verteilung des Eigentums ist, welche dahin strebt, die niederen Klassen herabsinken und verwildern zu lassen. Der Weg, die Menschen zu erheben, sie von unvorsichtigen Heiraten zurückzuhalten, sei, ihnen Eigentum und ein Interesse an der allgemeinen Wohlfahrt zu geben — so weit könnten wir zusammengehen, aber wenn er behauptet, daß die durch das Maschinenwesen und andere Ursachen verursachte Überproduktion der Grund der ungleichen Verteilung des Eigentums ist und daß das Ziel, dem er zustrebt, nicht erreicht werden kann, solange diese große Produktion bestehen bleibt, so verkennt er meiner Ansicht nach völlig die Sachlage und versteht nicht, die Beziehung zwischen seiner Voraussetzung und seiner Schlußfolgerung herzustellen."

Wenn John Stuart Mill in viel höherem Maße als Ricardo für gesetzliche Maßnahmen zugunsten der Arbeiter eintrat, so geschah dies nicht, weil er „humaner" oder „arbeiterfreundlicher" als Ricardo war, sondern weil er viel mehr als dieser unter

---

[1] B. W. III. S. 195.

dem Eindrucke der Lehren von Sismondi, Comte und St. Simon von der Unzweckmäßigkeit der Naturheilmethode der freien Konkurrenz überzeugt worden war.

Daß Ricardo keineswegs, wie die Manchesterpartei, Staatseingriffe in das Wirtschaftsleben überhaupt verwarf, sahen wir an seinen Vorschlägen zur Verstaatlichung der Bank von England, und einer eventuellen staatlichen Maßregel gegen zu hohe Kapitalgewinne.

So wenig wie sein sozialpolitischer Meister Bentham, trat Ricardo für das absolute laissez faire laissez passer ein. Mit Energie bejahte Bentham die Frage: „Soll man zu den Bedürfnissen des Staates, für welche man erzwungene Beiträge verwenden muß, die Sorge für Dürftige, den öffentlichen Gottesdienst, die Pflege der Wissenschaft und Künste zählen?" und betonte die Wichtigkeit der öffentlichen Armenpflege und der Pflicht, für das Existenzminimum von Staatswegen zu sorgen.[1]

Dies alles ist nicht manchesterlich. ¡Will man einen reinen Vertreter des Manchestertums nach dieser Richtung hin nennen, so muß man nicht Bentham und Ricardo, sondern Herbert Spencer nennen, der tatsächlich alle öffentliche Fürsorge in Form von Armenpflege, Volksschulen, Museen für verderblich hält.

Wie zu dem extremen ökonomischen Liberalismus und zur Manchesterpartei hat man Ricardo auch zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie in direkte Beziehung gesetzt. So erklärt Brentano:[2] „Es wird gelehrt, daß alle Fortschritte in der Produktivität der Arbeit nicht dem Arbeiter, sondern lediglich dem Kapitalisten zufallen, wie ja nicht erst Rodbertus und Marx behauptet haben, sondern Ricardo schon darlegt .... Es ist unglaublich, welche Verwüstungen diese Theorie angerichtet hat! Die Sozialdemokraten haben vollständig recht, wenn sie die Lehren und Forderungen von Rodbertus und Marx als ihre allein folgerichtige Ausbildung hinstellen, und es

[1] Oskar Kraus, Zur Theorie des Wertes. Eine Bentham-Studie. Halle a. S. 1902.

[2] Die klassische Nationalökonomie. Leipzig 1888.

ist in dieser Beziehung bemerkenswert, daß in den kürzlich veröffentlichten Briefen Ricardos an Malthus sich Vorahnungen dieser Forderungen finden."

In einer Anmerkung bezeichnet Brentano diese Stelle näher: „So kann es als Antizipation der sozialdemokratischen Forderung nach planmäßiger Regelung der Produktion gelten, wenn Ricardo (vgl. Bonar a. a. O. S. 174) in einer Erörterung der Heilmittel der Überproduktion sagt: „„Wenn ein überlegener Genius das Kapital des Landes zur Verfügung hätte, würde er in sehr kurzer Zeit die Geschäfte wieder so lebhaft machen wie je.""

Dies beruht jedoch auf einer mißverständlichen Auslegung dieser Stelle — Ricardo bespricht hier das von Malthus angeregte Problem, woher es käme, daß trotz billiger Arbeitskräfte und trotz großen Vorrats an Kapital es in manchen Ländern an Gelegenheit fehle, das Kapital gewinnbringend anzulegen. Darauf erwiderte Ricardo, daß dies Mangel an menschlicher Einsicht sei; es fiele den Leuten oft schwer, ihre alte gewohnte Beschäftigung zugunsten neuer, mehr Gewinn bringender aufzugeben, auch irrten sie oft in bezug auf die Rentabilität der Betriebe. Dies sei, meint Ricardo, eine mit der menschlichen Unvollkommenheit verknüpfte, unvermeidliche Folge, und dann erklärt er: wie anders wäre es, wenn ein übermenschlicher Genius die Produktion in der Hand hätte.

Er will also nicht etwa damit sagen, daß er eine zentralistische Zwangsorganisation wünscht, sondern will sagen, daß nur unter ganz unmöglichen Voraussetzungen, nämlich bei übermenschlicher Leitung der Produktion, diese Fehler und Schwächen, die mit allem menschlichen Tun verknüpft seien, vermieden werden könnten. Statt für sozialistische Vorahnungen Ricardos sollte diese Stelle vielmehr als Beweis angeführt werden, daß Ricardo die sozialistische Organisation für etwas Undurchführbares hält.

Daß die sozialistische Theorie vielfach indirekt durch Ricardo beeinflußt und angeregt wurde, soll gewiß zugegeben werden: die Auffassung Ricardos von der „Ewigkeit" der privatwirtschaftlichen Erwerbsordnung reizte die Sozialisten zu dem

Widerspruch förmlich heraus, daß hier keine „ewige“, sondern nur eine „historische“ Erscheinung vorlag. Ricardos Lehren von dem Lohnminimum, von der Tendenz zur Steigerung der Renten legten die Erklärung der Struktur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im sozialistischen Sinne sehr nahe. Seine ganze abstrakt-deduzierende Methode hat der ähnlichen Argumentationsweise der Sozialisten starken Vorschub geleistet; aber nie hat Ricardo im geringsten darüber Zweifel gelassen, daß er die sozialistischen Forderungen nie zu den seinigen machen könne.

Ricardo war einer der ersten und wenigen Nationalökonomen, die eine ernsthafte und gründliche Würdigung der Pläne des Sozialisten Robert Owen vornahmen; hierbei hat er seine Opposition gegen derartige Anschauungen deutlich und scharf ausgesprochen.

Bei einem Meeting am 26. Juni 1819 wurde Ricardo in ein Komitee gewählt, welches die Owen'schen Pläne prüfen sollte. Owens kommunistische Theorien wurden damals lebhaft besprochen. Als Ricardo diese Berufung annahm, äußerte er sich folgendermaßen:[1] „Da sein Name auf die Liste des Komitees gesetzt sei, wollte er kurz die Punkte auseinandersetzen, in denen er den Vorrednern zustimmte, und die, worin er von ihnen abwich. . . .

In beschränktem Umfange glaubte er, daß Owens Plan Aussicht auf Erfolg hätte und dort, wo er zur Durchführung komme, beträchtliches Glück, Annehmlichkeit und Moralität verschaffe dadurch, daß er den unteren Klassen Beschäftigung und Belohnung gäbe. Niemand könne mehr als er die Hochherzigkeit bewundern und sie höher schätzen, welche seinen Freund Owen antriebe, seinen Plan mit so viel Eifer und unter Aufopferung von so viel Zeit und Mühe zu verfolgen. Aber trotzdem könne er ihm nicht folgen in der Hoffnung, die Lage der arbeitenden Klassen in dem Maße zu verbessern, als dieser zu erwarten schiene; noch könne er wünschen, daß im Publikum die Meinung aufkäme, er glaube an all das Gute, welches sein sanguinischer Freund erhoffe. Als Mitglied des Komitees

---

[1] Vgl. Cannan, Ricardo in Parliament. Economic Journal. 1894. S. 415.

werde er aber alles tun, um die Zwecke zu fördern, zu dem es ernannt war."

Am 16. Dezember 1819 brachte Sir W. de Crespigny im Unterhause einen Antrag ein, „daß ein Ausschuß ernannt werden sollte, um den von Robert Owen vorgeschlagenen Plan zu untersuchen und darüber zu berichten und wie weit derselbe oder ein Teil desselben zum Zwecke der Besserung der Lage der arbeitenden Klassen nutzbar gemacht werden könnte."

Lord Archibald Hamilton unterstützte den Antrag, indem er besonders auf die guten Erfolge Owens in New Lanark hinwies. Lord Brougham sprach zugunsten des Antrags aus erzieherischen Gründen. Vansittart sprach dagegen, weil Owen einen Plan verfolge, der die Religion und die Landesregierung untergrabe. John Smith lobte den Charakter Owens und wies auf die Tatsache hin, daß kein von ihm in Lanark beschäftigter Arbeiter in einem Zeitraum von 14 Jahren wegen eines Vergehens oder Verbrechens bestraft worden sei.

Hierauf ergriff Ricardo das Wort[1] und bemerkte, „daß er vollständig im Gegensatz (completely at war) zu dem System von Owen stünde, welches auf Grundsätzen aufgebaut wäre, die mit den Grundsätzen der politischen Ökonomie unvereinbar seien, und welches nach seiner Ansicht unendliches Unglück für die Gesellschaft im Gefolge haben müßte.

Ein Mitglied hätte den Tag vorher etwas über das Maschinenwesen geäußert. Es könnte nicht geleugnet werden, wenn man den Gegenstand im ganzen betrachte, daß das Maschinenwesen die Nachfrage nach Arbeit nicht vermindere, während es anderseits das Erzeugnis des Bodens nicht verzehre, noch irgend etwas von unseren Manufakturwaren verbrauche. Es könne auch damit Mißbrauch getrieben werden, indem es zu der Produktion von zu viel Baumwolle oder zu viel Tuch Anlaß gäbe. Aber im Augenblicke, wo diese Artikel infolge davon sich für den Fabrikanten nicht mehr

---

[1] Hansard, Parl. Deb. N. S. Vol. XLI.

bezahlt machten, würde er seine Zeit und sein Kapital einem andern Zwecke zuwenden.

Owens Plan ginge darüber hinweg; er, der ein solcher Gegner des Maschinenwesens sei, schlage nur ein Maschinenwesen von anderer Art vor: er wolle einen sehr tätigen Teil des Maschinenwesens, nämlich die menschlichen Arme in Wirksamkeit treten lassen. Er wolle die Pflüge und Pferde zur Vermehrung der Erzeugnisse des Bodens nicht mehr haben, obwohl doch die Ausgabe für diese viel geringer sei, verglichen mit den Ausgaben für Menschen. Er müsse gestehen, daß er mit den allgemeinen Grundsätzen des Plans nicht einverstanden sei, aber geneigt sei, der Ernennung eines Ausschusses zuzustimmen.

Owen empfehle Spatenkultur als wohltätiger für die Produktion. Er sei nicht genügend über die Interessen der Landwirtschaft unterrichtet, um eine Ansicht zu äußern, aber dies sei ein Grund, den Gegenstand einem Ausschusse zu überweisen. Denn was brauche das Land in der Gegenwart? Nachfrage nach Arbeit. Wenn die Angaben über Spatenkultur richtig seien, so wäre dies ein wohltätiger Vorschlag, weil Nachfrage nach Arbeit geschaffen würde. Und obgleich die Regierung und Gesetzgebung nicht klug daran täten, sich an einem kaufmännischen Experiment zu beteiligen, so würde es doch vorteilhaft sein, wenn sie unter den gegenwärtigen Umständen nützliche Information und richtige Anschauungen sich verschaffte. Sie sollten solche Betrachtungen völlig trennen von der Einteilung des Landes in Parallelogramme, oder der Einrichtung einer Gütergemeinschaft und ähnlicher phantastischer Träumereien."

Noch schärfer drückt sich Ricardo gegen Owen und die Prinzipien sozialistischer Gesellschaftsordnung überhaupt in einem Briefe an Trower aus:[1] „Ich bin nicht ein Mitglied des Komitees geworden, um Owens Pläne zu fördern, — das Komitee wurde ernannt, um diese Pläne zu prüfen, nicht um sie zu billigen .... Owen selbst ist ein wohlwollender Enthusiast, der bereit ist, große Opfer für einen Lieblingsplan zu bringen.

[1] B. W. III. S. 79.

Der Herzog von Kent, sein großer Anhänger, muß ebenfalls wegen seiner wohlwollenden Absicht gelobt werden, aber er scheint mir alle die Grundsätze, welche bei Einrichtung von Anstalten für Arme maßgebend sein müssen, nicht zu kennen — er hat von der Malthus'schen Lehre gehört und hat Abneigung dagegen, ohne aber die Gründe zu kennen, worauf sie begründet ist, oder wie ihre Schwierigkeiten überwunden werden könnten.

Er, Preston und Owen scheinen zu glauben, daß zur Produktion und zum Glück einer dichten Bevölkerung nichts nötig ist, außer Land. Wir hätten Land; es möge produktiver gemacht werden und deshalb könnten wir keinen Überfluß an Bevölkerung haben. Kann ein vernünftiger Mensch mit Owen glauben, daß irgend eine Gesellschaft, wie er sie plant, gedeihen wird und mehr erzeugen wird, als jemals von einer gleichen Menge Menschen erzeugt wurde, wenn dieselben zur Anstrengung nur durch die Rücksicht auf die Gemeinschaft getrieben werden, und nicht durch die Rücksicht auf ihr eigenes Interesse? Spricht nicht die Erfahrung von Jahrhunderten gegen ihn? Es kann nichts gegen diese Erfahrung vorliegen, als ein oder zwei schlecht beglaubigte Fälle von Gesellschaften, die unter der Gütergemeinschaft prosperiert haben, oder wo das Volk gleichzeitig unter dem mächtigen Einflusse des religiösen Fanatismus stand."

Daß die Sozialisten ihrerseits weit davon entfernt waren, Ricardo zu ihrem Anhänger zu zählen, beweisen zahlreiche Aussprüche von Führern des Sozialismus. — Marx sagte in seinem „Elend der Philosophie":[1] „Die Ricardo'sche Lehre repräsentiert schroff, unbarmherzig, die ganze englische Bourgoisie, die selbst wiederum der Typus der modernen Bourgoisie überhaupt ist."

3. Ricardos Methodenlehre.

Wenn auch im vorangegangenen Abschnitte bei der Betrachtung der Sozialphilosophie Ricardos bereits einiges über seine

---

[1] S. 17.

Methode gesagt wurde, so soll doch an dieser Stelle nochmals die methodologische Grundanschauung Ricardos im Zusammenhang betrachtet werden.

Diese Aufgabe wird dadurch erschwert, daß Ricardo nirgends sich eingehend über diese wichtigen Grundfragen geäußert hat: nur einige gelegentliche Bemerkungen über den Charakter der nationalökonomischen Wissenschaft könnten angeführt werden. Die Methode Ricardo's ergibt sich aber von selbst aus der Art, wie er die Grundprobleme der Volkswirtschaft behandelte, und wenn er auch nirgends seine Ansichten über Methode der Volkswirtschaftslehre zusammenhängend äußerte, so läßt sich aus seinen einzelnen Theorien doch klar erkennen, welche Methode er handhabt. Ich könnte daher die Leser auf die vorangegangenen Kapitel hinweisen, um die Methode zu kennzeichnen, und getreu dem Satze: „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen," zur Kritik dieser Methode auf die Resultate, welche mit dieser Methode erzielt sind.

Und doch muß nach aller Einzelkritik auch einmal versucht werden, die allen Ricardo'schen Lehren gemeinsamen methodologischen Ideen zusammenhängend darzulegen und zusammenhängend zu kritisieren: nicht nur zum vollen Verständnis des Ricardo'schen Systems, sondern auch um deswillen, weil bis zur Gegenwart die Ricardo'sche Methode ganz oder teilweise von zahlreichen ökonomischen Forschern gutgeheißen wird.

Da Ricardo selbst sich nirgends systematisch über diese Fragen geäußert hat, so müssen wir uns an einen Autor halten, der Ricardo kongenial ist, und zugleich diese Lücke, die Ricardo gelassen hatte, ausgefüllt hat. Kein anderer Autor steht aber Ricardo — außer Mc Culloch — so nahe wie John Stuart Mill, und dieser hat gerade mit besonderem Nachdruck die methodologischen Fragen der politischen Ökonomie behandelt. Und mögen im einzelnen auch zwischen Ricardo und John Stuart Mill, namentlich in sozialpolitischen Fragen, Differenzen bestehen, in den Hauptfragen der Methode sind sie einig oder vielmehr: John Stuart Mill hat als Logiker und Philosoph die Ricardo eigentümlichen methodischen Grundsätze erklärt und aufgehellt.

Zwei Arten von Wissenschaften müssen — nach Mill[1] — unterschieden werden: die Naturwissenschaften und die Geistes- oder Moralwissenschaften. Die Naturwissenschaften handeln von den Gesetzen der Materie (laws of matter), die Geisteswissenschaften von den Gesetzen des Geistes (laws of mind).

Der Stoff, der in der Nationalökonomie üblicher Weise behandelt wird, gehört nach Mill teils zur Naturwissenschaft, teils zur Geisteswissenschaft, und zwar sei die Lehre von der Produktion und die Lehre von der Verteilung der Güter zu unterscheiden. Das Meiste, was bei der Produktion der Güter in Betracht käme, gehöre dem Gebiet der Naturwissenschaft an. „Die Hervorbringung von Vermögen, die Gewinnung der Mittel zum menschlichen Unterhalt und Genuß aus dem Material, welches unsere Erde darbietet, ist offenbar nichts Willkürliches, sondern hat ihre notwendigen Bedingungen. Einige von diesen sind physikalischer Art, von den Eigenschaften des Stoffes oder vielmehr der jedesmaligen größeren oder geringeren Kenntnis dieser Eigenschaften abhängig. Diese werden von der Volkswirtschaft nicht untersucht, sondern als gegeben angenommen, und wegen der Beweise beruft man sich auf die Naturwissenschaft oder die tägliche Erfahrung."[2]

Ganz anders sei es mit den Lehren der Güterverteilung: „Ungleich den Gesetzen der Produktion sind diejenigen der Güterverteilung zum Teil aus menschlichen Anordnungen hervorgegangen. Die Art und Weise, wie das Vermögen sich innerhalb einer gegebenen Gesellschaft verteilt, ist von den in derselben vorherrschenden Verordnungen und Gebräuchen abhängig."

Damit will aber Mill keineswegs sagen, daß die Gesetze der Güterverwaltung keine Naturgesetze seien; auch hier sollen

---

[1] Die Anschauungen Mills über die Methode der Nationalökonomie sind am klarsten dargelegt in seinem Buche: „Essays on some unsettled questions of political economy." London 1844 und zwar im Essay 5: On the definition of political economy, and on the Method of investigation proper to it, (S. 120—164), außerdem in seiner Logik, Band III. (Übersetzt von Gomperz, Leipzig 1873), namentlich im 6. Buch: Von der Logik der moralischen Wissenschaften und in seinen „Grundsätzen der politischen Ökonomie." (Ausg. Soetbeer) bes. in der Einleitung.

[2] Grundsätze S. 22.

„natürliche Gesetze“ herrschen, und zwar seien es bestimmte „Gesetze der menschlichen Natur“, durch welche die Güterverteilung bestimmt werde, und diese Gesetze seien die eigentlichen Gesetze der „political economy.“ Deshalb sei die politische Ökonomie keine Kunst, sondern eine Wissenschaft, weil sie auf bestimmten Naturgesetzen beruhe.

Das Naturgesetz, welches aber wesentlich für das Gebiet der Volkswirtschaft in Betracht komme, sei aus dem natürlichen Triebe der Menschen nach Mitteln zur Erhaltung des Lebens abzuleiten.

Daher gibt Mill folgende Definition von politischer Ökonomie: „Die Wissenschaft, welche von der Produktion und der Verteilung des Reichtums handelt, so weit sie von dem Gesetze der menschlichen Natur abhängen.“[1] Die politische Ökonomie soll nicht alle aus der Natur des Menschen im geselligen Zustande herrschenden Erscheinungen untersuchen, sondern nur diejenigen, welche aus dem Verlangen nach Vermögen (pursuit of wealth) hervorgehen.

„Die politische Ökonomie sieht von jeder anderen menschlichen Leidenschaft und Neigung vollkommen ab, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, die sich im fortwährenden Antagonismus mit dem Verlangen nach Vermögen befinden, der Arbeitsscheu nämlich und dem Verlangen nach unmittelbaren kostspieligen Genüssen. Diese zieht sie bis zu einem gewissen Maße mit in ihre Berechnung ein, weil dieselben nicht nur wie unsere anderen Neigungen gelegentlich mit dem Streben nach Vermögen in Widerstreit geraten, sondern dasselbe immerwährend als ein Hindernis oder Hemmschuh begleiten und darum mit der Betrachtung desselben untrennbar verknüpft sind. Die politische Ökonomie betrachtet die Menschheit als lediglich mit dem Erwerben und Verzehren von Vermögen beschäftigt, und strebt darnach zu zeigen, zu welcher Handelsweise die in Gesellschaft lebenden Menschen geführt würden, wenn dieser Beweggrund, von dem Hemmnis abgesehen, das ihnen immer aus den beiden oben erwähnten, fortwährend wirksamen Beweggründen erwächst, unbedingte Gewalt über alle ihre Handlungen

[1] Unsettled questions S. 133.

besäße. Sie zeigt die Menschheit, wie sie unter dem Einflusse jenes Strebens Vermögen ansammelt und dieses Vermögen zur Hervorbringung anderen Vermögens verwendet; wie sie durch wechselseitiges Übereinkommen die Einrichtung des Eigentums heiligt, Gesetze feststellt, um die einzelnen zu fördern, daß sie nicht das Eigentum anderer durch List und Gewalt antasten usw."[1]

Von solchen methodologischen Grundanschauungen ging auch Ricardo aus, wenn er die politische Ökonomie eine „Untersuchung der Gesetze nennt, welche die Teilung des Ertrags der Arbeit unter die Klassen bestimmen, welche bei dieser Arbeit mitgewirkt haben" (B. W. I. S. 175) oder, wenn er es einmal, als „wichtigste Aufgabe der politischen Ökonomie bezeichnet, das Fortschreiten eines Landes an Wohlstand und die Gesetze, wonach der vermehrte Ertrag verteilt wird, zu verstehen." (B. W. I. S. 111.)

Wie J. St. Mill, so will auch Ricardo aus dem Selbstinteresse des einzelnen die wirtschaftlichen Gesetze ableiten. In diesem Sinne sagte er einmal, daß die „wahren Grundsätze der politischen Ökonomie sich nie verändern" — deshalb ist ihm die freie Konkurrenz der wirtschaftliche Normalzustand: „wo die freie Konkurrenz herrscht, da sind die Interessen des Individuums und der Gemeinschaft niemals im Widerspruch". (High price S. 265.)

Daß mit diesen Sätzen nicht die unbedingte Laisser faire laisser aller Politik begründet sein soll, habe ich wiederholt betont; dies gilt für Ricardo, wie für Mill. Wenn die theoretischen Sätze der Nationalökonomen auch aus dem freien Walten des Eigennutzes abgeleitet sind, so soll dieser Grundsatz durchaus nicht in der praktischen Politik ausnahmslos in Geltung sein. Noch weit mehr als Ricardo hat Mill Ausnahmen von der rein individualistischen Wirtschaftspolitik zugelassen. Er trat nicht nur für Kinderschutzgesetze ein, sondern stand sogar dem Bodeneigentum, da es nicht auf Arbeit beruht, sehr skeptisch gegenüber. Aber immerhin sollte die freie Konkurrenz den Mittelpunkt des volkswirtschaftlichen Systems bilden: „Laisser faire

[1] Unsettled questions S. 138.

muß die allgemeine Regel sein," so lautet die Überschrift eines Paragraphen der Mill'schen Grundsätze der politischen Ökonomie.

Ohne in die Übertreibungen des radikalen Manchestertums zu verfallen, wollen doch Ricardo und Mill vermittelst der Wissenschaft der politischen Ökonomie sichere und unbestreitbare Grundsätze für das praktische Handeln liefern. Wie oft hat sich Ricardo bei seinen handelspolitischen Maximen auf die „Prinzipien der nationalökonomischen Wissenschaft" berufen. So sagt auch Mill: „Wenn wir z. B. unsere Spekulationen in der Nationalökonomie zur Vorhersagung und Leitung der Erscheinungen irgend eines Landes verwerten wollen, so müssen wir imstande sein, alle allgemeineren merkantilen oder gewerblichen Tatsachen zu erklären, die dem gegenwärtigen Zustand jenes Landes eigen sind, Ursachen anzugeben, die hinreichen, sie alle zu begründen, und das wirkliche Vorhandensein dieser Ursachen zu erweisen oder wahrscheinlich zu machen."[1]

Da Ricardo und Mill die nationalökonomischen Gesetze aus dem Erwerbstrieb der Menschen ableiten, tatsächlich im Wirtschaftsleben aber noch andere Triebe maßgebend sind, erklären sie die aus den anderen Trieben herstammenden Erscheinungen, als „Modifikationen" oder „störende Nebenumstände", durch welche die Wahrheit des Grundgesetzes aber nicht berührt würde.

Als Ricardo in einem Briefe an Malthus einige Sätze seiner Geldtheorie aus dem wohlverstandenen Selbstinteresse der beteiligten Kaufleute abstrahierte, fügte er hinzu: „Es würde keine Antwort mir gegenüber sein, zu sagen, daß die Leute die beste und billigste Art, ihr Geschäft zu führen und ihre Zahlungen zu leisten, nicht kennen, weil dies eine Frage der Tatsachen (question of fact) und nicht der Wissenschaft ist und weil dies fast gegen jeden Satz der politischen Ökonomie eingewendet werden könnte."[2] Wie Mill die „truths of the pure science" den „practical modifications" entgegengestellt, so spricht Ricardo immer wieder von den „temporary causes",

[1] Logik III. S. 321. — [2] B. W. I. S. 18.

welche das Prinzip nicht berühren sollen, sondern nur „disturbing it in its progress“ sind.

Denselben Ausdruck „disturbing causes“ wendet auch Mill an, wenn er von den Umständen spricht, durch welche die „Grundgesetze“ der Nationalökonomie modifiziert werden. Oft spricht Ricardo von dem „permanent state of things“ d. h. dem Zustand, wie er den wirtschaftlichen Gesetzen im Sinne Mill's entspricht und den „immediate and temporary effects“, welche eine zeitweise Abweichung von diesen Gesetzen hervorrufen.

Zur Kritik dieser methodologischen Anschauungen will ich zunächst bemerken, daß eine Einteilung des nationalökonomischen Stoffes in die Lehre der Produktion und die der Verteilung, so daß erstere, weil es sich hier um unabänderliche Dinge handele, zur Naturwissenschaft, letztere, weil es sich da um Dinge handele, die vom menschlichen Willen abhängen, zur Geisteswissenschaft gehöre, nicht dem wahren Wesen der nationalökonomischen Wissenschaft entspricht.

Kein Teil der Nationalökonomie, auch nicht die Lehre von der Produktion, gehört zur Naturwissenschaft, wohl aber ist alles Wirtschaftsleben an gewisse Naturbedingungen geknüpft, und so müssen auch in der Volkswirtschaftslehre gewisse Naturtatsachen gekannt und beachtet werden.

Wenn aber Mill in der Lehre von der Produktion die Arbeit und das Kapital abhandelt und meint, daß hier wesentlich nur „natürliche“ Bedingungen zu erörtern seien, so ist dies nicht zutreffend. Allerdings das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags ist ein Naturgesetz und gehört somit zur Naturwissenschaft. Wenn Mill aber ferner auch die „Benutzung der Vorteile kombinierter Arbeit“ zu den Bedingungen rechnet, die „etwas vom Charakter physikalischer Eigenschaften“ an sich haben, so ist doch für die kombinierte Arbeit vom nationalökonomischen Standpunkt die entscheidende Frage, wie diese Arbeitsteilung rechtlich festgesetzt ist. Nicht die technische Seite des Problems, sondern die Frage nach der gesellschaftlichen Arbeitsteilung kommt in Frage und damit kommen wir schon in das Gebiet der Sozialwissenschaft.

Was sollen wir uns unter „Arbeitsteilung“ denken, wenn

wir nicht auch wissen, nach welchen Normen diese Arbeitsteilung geregelt ist? Ohne Angabe der Wirtschaftsverfassung, von der die Arbeitsteilung nur ein Stück bildet, ist sie leer und bedeutungslos.

Nur die Lehre der Verteilung der eigentlichen politischen Ökonomie zuzuteilen, geht also nicht an.

Wenn aber Ricardo und Mill für diese Lehren der Verteilung dieselbe Methode anwenden wollen, wie für die Probleme der „komplizierteren Naturwissenschaften", so liegt hier derselbe verhängnisvolle Irrtum vor, der schon seit den Physiokraten bis zur Gegenwart die wissenschaftliche Behandlung der Nationalökonomie so sehr geschädigt hat.

Niemals darf die Sozialwissenschaft bei der Behandlung ihrer Probleme sich der naturwissenschaftlichen Methode bedienen; die grundlegenden Unterschiede zwischen Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft dürfen nicht übersehen werden.

1. Bei den Naturgesetzen handelt es sich um Erscheinungen, die sich immer und überall in der Natur finden; eine immer gleiche menschliche „Wirtschaft" gibt es aber nicht, sondern es gibt nur zeitlich und örtlich durchaus verschiedene Epochen des Wirtschaftslebens, verschieden vor allem nach der zugrunde liegenden Rechtsordnung und den daraus hervorgehenden Phänomenen.

Man könnte also nur von Wirtschaftsgesetzen einer bestimmten Epoche und eines bestimmten Landes reden; also z. B. des germanischen Agrarkommunismus, des französischen Merkantilsystems, der kapitalistischen Produktionsweise des 19. Jahrhunderts usw. Deshalb kann man auch nicht behaupten, daß, sobald die Menschen aus dem „isolierten Zustand" in den „geselligen Zustand" übergingen, bestimmte „allgemeine Wahrheiten" hervorträten, die aus dem menschlichen Trieb nach Vermögenserwerb sich ergäben.

Mill kommt selbst auf diesen Einwand zu reden, indem er erklärt, es ginge nicht an, soziale Gesetze, die aus einer Gesellschaftsordnung mit freier Konkurrenz gezogen wären, auf ganz andere Gesellschaftszustände zu übertragen; also dort, wo z. B. der Grundbesitz in Händen des Staates ist, oder in Ländern mit Sklavenwirtschaft könne man die „Gesetze" der

politischen Ökonomie nicht vorfinden. Aber darum, daß man diese Übertragung nicht vornehmen könnte, folge noch nicht, daß sie für die freie Konkurrenzwirtschaft nicht anwendbar sei.

Es ist dabei zu beachten, daß die klassische Nationalökonomie soziale Ordnungen ohne Privateigentum und freie Konkurrenz als „unnatürlich" und „anormal" ansah: daher auf die Betrachtung solcher Gesellschaftszustände überhaupt wenig Gewicht legte.

Aber dazu kommt noch ein weiteres: wenn man erst nach der sicheren Methode der klassischen Nationalökonomie die „Gesetze" für einen Gesellschaftszustand gefunden habe, z. B. für England zu Beginn des 19. Jahrhunderts, so ließen sich mit Leichtigkeit diese „Gesetze" für andere Länder und andere Zustände mit bestimmten Modifikationen auch feststellen.

Wie jemand, der eine gewisse Anzahl algebraischer Gleichungen gelöst habe, ohne Schwierigkeiten alle andern von derselben Art lösen könne, so kenne auch jeder, der die Volkswirtschaft von England oder auch nur die von Yorkshire kenne, jene aller Nationen, wirkliche wie mögliche, vorausgesetzt nur, daß er einige neue Prämissen mache — und wenn jemand die Gesetze kenne, die sich aus der freien Konkurrenz ergeben, so könne er auch leicht die volkswirtschaftlichen Gesetze bei ganz veränderten Wirtschaftszuständen ableiten.[1]

Auch diese Unterschätzung der Schwierigkeiten, die aus dem Einblick in die freie Konkurrenzwirtschaft gewonnenen Ergebnisse auf andere Gesellschaftsordnungen modifiziert anzuwenden, rührt daher, daß die klassische Nationalökonomie meinte, aus gewissen einfachen Grundtrieben der Menschen das ganze verwickelte wirtschaftliche Leben erkennen zu können.

2. Aber auch für einen bestimmten, fest umgrenzten Gesellschaftszustand, z. B. für die sog. entwickelte kapitalistische Produktionsweise lassen sich solche „natürliche" Gesetze der Volkswirtschaft niemals aufstellen.

Die Deduktion aus einzelnen Trieben der Menschen muß stets zu irrigen nationalökonomischen Sätzen führen. — Zwar, so lehrt uns die klassische Volkswirtschaft — müßten diese „hypothetisch" gewonnenen Sätze immer wieder rektifiziert

[1] Logik III. S. 314.

werden durch die zahlreichen Modifikationen, die diese Triebe durch andere Triebe erführen. Auch in der Naturwissenschaft gäbe es keine ganz „exakten" Erscheinungen d. h. solche, die genau den Naturgesetzen entsprächen; z. B. das „hypothetische" Fallgesetz müsse durch den Luftwiderstand korrigiert werden. Dieser Vergleich hinkt; denn ich kann unter Umständen genau durch Experiment diese Widerstände feststellen.

Man braucht z. B. nur den Fall zweier verschieden schwerer Körper in einem luftleeren Raum zu betrachten und somit den gedachten Widerstand auszuschalten: die in der Natur wirkenden Kräfte können in ihrer gesetzmäßigen Wirkung isoliert und erkannt werden. Wie will man aber die Wirkungen des menschlichen Eigennutzes, des Altruismus, der religiösen, sittlichen und sonstigen Faktoren erkennen und „gesetzmäßig" feststellen? Der Egoismus hat im wirtschaftlichen Leben nicht die ausschlaggebende Bedeutung, daß wir von ihm als der „Grundkraft" ausgehend, zu ähnlichen sicheren Ergebnissen gelangen könnten, wie etwa, wenn wir in der Astronomie und Physik aus dem Gravitationsgesetz Folgerungen ableiten. Die übrigen „Kräfte" in der Volkswirtschaft sind viel zu mächtig und wichtig, als daß sie nur als „Modifikation" einer Grundkraft heranzuziehen wären.

Aber selbst angenommen, man könnte zu solchen Feststellungen gelangen, könnte genau die Wirkungen des Eigennutzes und der anderen Triebe „gesetzmäßig" erkennen, und daraus Gesetze für die Preisbildung, Lohnbildung usw. abstrahieren, so wäre doch damit nichts den Naturgesetzen Analoges gefunden, sondern gerade das Gegenteil davon. Denn sobald wir nach volkswirtschaftlichen Gesetzen suchen, haben wir nicht isoliert lebende Menschen im Zustand der Wildheit vor uns, sondern durch eine Rechtsordnung verbundene Menschengemeinschaften — damit sind aber gerade die „Naturtriebe" der Menschen nicht mehr maßgebend, sondern sie werden durch die Gemeinschaftsordnung gezähmt, gebändigt und dadurch wird erst ein Kulturleben ermöglicht.

Der ganze Unterschied zwischen „Natur" und „Kultur" liegt also darin beschlossen, daß nicht mehr die rohen Triebe, sondern die durch eine feste Ordnung in Schranken gehaltenen

Triebe ausschlaggebend werden. Die Kräfte in der Natur sind gegeben und unveränderlich, die volkswirtschaftlich wirksamen Kräfte werden durch menschliche Satzungen geregelt und geordnet.

Die sozialen Erscheinungen gehen also nicht aus Naturtrieben der Menschen hervor, sondern sie erwachsen aus bestimmten rechtlich geordneten Verhältnissen heraus. Wer dies bestreitet, müßte behaupten wollen, durch die rechtlichen Gemeinschaftsordnungen würden diese Naturtriebe überhaupt nicht alteriert, sondern sie blieben nach wie vor bestehen. Tatsächlich meint Mill: „Menschen sind jedoch auch im Gesellschaftszustande immer Menschen, ihr Tun und Leiden gehorcht den Gesetzen der individuellen menschlichen Natur. Die Menschen werden nicht, wenn sie zusammenkommen, in eine andere Art von Substanz verwandelt, wie Wasserstoff und Sauerstoff von Wasser verschieden sind, oder wie Wasser-, Sauer-, Kohlen- und Stickstoff von Nerven, Muskeln und Sehnen verschieden sind. Menschliche Wesen in der Gesellschaft haben keine anderen Eigenschaften, als jene, die von den Gesetzen der Natur des individuellen Menschen herstammen und in diese aufgelöst werden können. Bei sozialen Phänomenen ist die Zusammensetzung von Ursachen das Grundgesetz."

Kein Satz ist wohl so verhängnisvoll für die nationalökonomische Methode geworden, wie dieser: denn er enthält in schroffster Form die Auffassung, die auch schon Ricardo vertrat, daß die „Natur des Menschen sich immer gleich bleibt" und daß daher aus dieser Natur auch „ewige Gesetze" abzuleiten seien.

Wer nach der Art Ricardos die wirtschaftlichen Erscheinungen als „natürliche" auffaßt, kommt auch dazu, gewisse wichtige Institutionen der wirtschaftlichen Rechtsordnung für unabänderlich und daher für „ewig" anzusehen. Mill spricht dies direkt vom Privateigentum aus, wenn er einmal sagt: „Die politische Ökonomie zeigt die Menschheit, wie sie unter dem Einflusse des Strebens nach Wohlstand Vermögen ansammelt und wie sie durch wechselseitiges Übereinkommen die Einrichtung des Eigentums heiligt."[1] Hier wird also nach der alten

[1] Logik III. S. 310.

naturrechtlichen Manier das Eigentum als eine in der Natur des Menschen begründete „heilige“ Einrichtung aufgefaßt. Und doch handelt es sich auch beim Eigentum, wie bei jeder anderen Institution des Wirtschaftslebens um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, die nicht kausal aus gewissen menschlichen Trieben, sondern final im Hinblick auf gewisse Zweckmäßigkeitserwägungen betrachtet sein will. Vergißt man diese Wahrheit, so kommt man zu der Auffassung, daß das Eigentum eine Sonderstellung gegenüber allen andern Rechtsinstitutionen einnehme, daß es überhaupt nicht auf Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit zu prüfen sei, sondern „vor aller Rechtsordnung“ schon vorhanden sei.

Diese Auffassung wird namentlich von Reinhold vertreten, der geradezu sagt:[1] „Die Werkstätte, wo das Eigentum entsteht, ist nicht die äußerliche, rechtliche Anerkennung. Das Eigentum kann von sich die feierlich erhabenen Worte sprechen: „„Ehe denn Recht und Gesetz erschaffen worden, bin ich.““ Und an anderer Stelle: „Man sollte sich begnügen mit der — je nach dem Standpunkt schmerzlich resignierten oder beruhigten — Einsicht, daß das Eigentum ein Stück der menschlichen Natur ist, die mit Notwendigkeit und nicht mit Freiheit schafft.“

Die Methode Ricardos und seiner Anhänger, wirtschaftliche „Gesetze“ aus wenigen einfachen Prämissen abzuleiten, die, wenn sie auch durch einzelne praktische Erfahrungstatsachen „modifiziert“ werden müssen — doch gewisse Grundwahrheiten des Wirtschaftslebens darstellen sollen, haben auch einzelne Forscher veranlaßt, diese „Gesetze“ in mathematische Formeln zu kleiden. Und in der Tat: wenn wirklich die Wert-, Preis-, Lohn- und Rentenentwicklung in so einfacher, gesetzmäßiger Weise verläuft, wie Ricardo annimmt, so kann es auch zur Erleichterung dienen, wenn diese Gesetze mathematisch formuliert werden.

Einen interessanten Versuch dieser Art machte Whewell, der alle Haupttheorien Ricardos auf einfache mathematische Formeln gebracht hat.[2] So gibt er z. B. folgende Formel für

[1] Die bewegenden Kräfte der Volkswirtschaft. Leipzig 1898. S. 325

[2] Whewell, Mathematical Exposition of some Doctrines of Political Economy and Mathematical Exposition of some of the leading Doctrines in

das Rentengesetz:[1] „Wenn r die Anzahl der Quarter Getreide ist, die auf einem Acre Land gewonnen werden, p der Preis eines Quarters in £, c das Kapital, das auf einem Acre angewandt wird, einschließlich der Löhne, d die Summe, die nötig ist, das Kapital mit dem üblichen Profit wiederzuersetzen, dann ist die Geldrente eines Acre = pr — d. Wenn r_n das Produkt des „limiting soil" ist, dann ist $pr_n - d = O$ und die Rente eines Acre = $pr - pr_n$."

Für die Ricardo'sche Lohntheorie entwickelt er folgende Formel: „Angenommnn, w sei die Summe der Löhne eines Arbeiters für ein Jahr, und p der Preis des Getreides. Ein Teil f des Arbeitslohns soll in Getreide (oder anderen notwendigen Lebensmitteln) ausgegeben werden, und der Rest 1 — f für andere Dinge, die nicht im Preise mit dem Getreide steigen. Nun soll der Preis des Getreides p (1 + x) werden, dann wird die Ausgabe des Arbeiters betragen (1 + x) fw für Getreide und (1 — f) w, wie vorher, für andere Dinge. Daher wird der Gesamtlohn betragen:

$$= (1 + x)\,fw + (1 - f)\,w = (1 + fx)\,w."$$

Es ist sehr beachtenswert, daß Whewell, nachdem er in ausführlicher Weise fast alle wichtigen Ricardo'schen Lehren in dieser Weise mathematisch formuliert hat, selbst erklärt, daß alle diese Formeln nutzlos seien. Aber — so fügt er hinzu — diese Nutzlosigkeit ergäbe sich aus der fehlerhaften Methode Ricardos. Die Schlußworte Whewells enthalten eine so treffende Kritik nicht nur der Methode Ricardos, sondern auch aller Versuche, Erkenntnisse der Volkswirtschaft auf mathematische Formeln zu bringen, daß ich diese Stelle hier wörtlich anführe: „Ich muß aber bemerken, daß, wenn meine Resultate nutzlos und unanwendbar sind, der Fehler in den Postulaten enthalten ist, die ich von Ricardo und anderen übernommen habe, und nicht in der Art, wie ich die Folgerungen aus den Grundsätzen gezogen habe.

Mr. Ricardo's „„Principles of political Economy and taxation"" — erschienen in den „Transactions of the Cambridge Philosophical Society. Vol III. und Vol. IV. Cambridge 1830 und 1833.

[1] S. 159.

Wenn diese Grundsätze allgemein und streng richtig wären, so wären auch die von mir gezogenen Resultate genau und in allen Fällen richtig. Ich kann hinzufügen, daß, wenn wir einen solchen Punkt in der Entwicklung dieser Wissenschaft erreicht hätten, die mathematische Methode die allein geeignete für sie wäre, als die sicherste, kürzeste und einfachste. Mathematik ist die Logik der Quantität und wird früher oder später das Werkzeug aller Wissenschaften werden, wo die Quantität der behandelte Gegenstand ist und das deduktive Verfahren angewandt wird.

Ich bin mir aber wohl bewußt, daß die Ansprüche der politischen Ökonomie auf einen solchen wissenschaftlichen Charakter in keiner Weise eine Unterstützung verdienen. Jeder Versuch, diesen Gegenstand jetzt zu einem Zweige der Mathematik zu machen, könnte nur zu einer Vernachlässigung oder Verkehrung der Tatsachen führen, und zu einer Reihe wertloser Spekulationen, leerer Distinktionen und nutzloser Wortstreitereien."

Nur in Verkennung der Eigenart der nationalökonomischen Wissenschaft konnte Ricardo von „Gesetzen" der Verteilung des Volkseinkommens reden: denn, was er so wissenschaftlich feststellen wollte, nämlich Erkenntnisse, die für alles wirtschaftliche Leben in Geltung stehen sollen, die daher dieselbe Bedeutung haben, wie gewisse Naturgesetze für die Naturwissenschaften, lassen sich überhaupt in den Sozialwissenschaften nicht erreichen.

Es gibt keine wirtschaftlichen Gesetze. Immerwährend wird von „Gesetzen des Wirtschaftslebens" gesprochen und doch hat noch kein Nationalökonom ein einziges wirkliches „Gesetz" im strengen Wortsinne aufstellen können. Denn dann müßte auch irgend eine wirtschaftliche Erscheinung aufgewiesen werden können, die mit unbedingter kausaler Notwendigkeit aus gewissen sog. „wirtschaftlichen" Voraussetzungen folgte.

Dies wird aber nie gelingen. Immer haben wir nur Erscheinungen im Wirtschaftsleben vor uns, die aus konkreten Rechtsordnungen hervorgehen und bei denen bestenfalls wir eine gewisse Regelmäßigkeit konstatieren können. Aber

niemals dürfen wir unter diesen Umständen von „wirtschaftlichen Gesetzen“ reden. Das würde doch voraussetzen, daß wir — unabhängig von konkreten sozialen Bedingungen — bestimmte Phänomene überall beobachten könnten, wo Menschen „wirtschaften“.

Immer gleich sind aber nur gewisse Naturbedingungen, die für alles Menschenwerk eine unübersteigbare Schranke bilden — alles übrige d. h. gerade das, was den Gegenstand der Sozialwissenschaft bildet — die auf gemeinschaftlicher Zwecksetzung beruhende Ordnung des sozialen Lebens ist nichts „Natürliches“, sondern ein ganz und gar künstliches Gebilde, von Menschen für bestimmte Zwecke und nach bestimmten Ideen eingerichtet.

Wie diese Feststellung wichtig ist, um zu erkennen, daß die ökonomischen Verhältnisse wie sie sind und wie sie geworden sind, nicht „Natur“-, sondern „Kultur“-Produkt sind, so ist diese Auffassung von besonderer Wichtigkeit im Hinblick auf die Fragen de lege ferenda. Nicht sind wir an bestimmte ökonomische Einrichtungen naturgesetzlich gebunden, so daß wir sie nicht abändern könnten, sondern alle ökonomischen Einrichtungen, mögen sie uns auch noch so „heilig“ erscheinen, wie das Privateigentum, sind fortwährend der Wandlung und Umänderung unterworfen. In allen Teilen ist daher die wirtschaftliche Rechtsordnung nach den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit zu prüfen und zu verändern.

Darum muß die nationalökonomische Wissenschaft es endlich aufgeben, nach „Gesetzen“ zu forschen, ein Beginnen, das mit dem Wesen unserer Wissenschaft im Widerspruch steht. Und gerade die Mißerfolge, welche Ricardo mit dieser seiner Methode erfahren hat, sollte uns veranlassen, endlich diesen Weg ein- für allemal aufzugeben.

Damit soll keineswegs gesagt werden, daß die Nationalökonomie sich darauf zu beschränken hätte, wie einige extreme Vertreter der historischen Schule meinen, historisch-statistisch-deskriptiv zu verfahren und nur in „exakter“ Detailforschung Tatsachen über Löhne, Preise und alle übrigen wirtschaftlichen Erscheinungen zusammenzutragen.

Diese „tatsächlichen“ Feststellungen können doch nur als

Material betrachtet werden, die zu den höchsten und schwierigsten Aufgaben des wissenschaftlichen Forschers hinführen: aus diesen Tatsachen bestimmte Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu erkennen, gewisse Regelmäßigkeiten und Tendenzen der Entwicklung, die dann wieder maßgebend werden für die Aufgaben des Wirtschaftspolitikers. Und gerade das Verteilungsproblem, die Frage, wie Lohn, Zins, Profit und Rente sich zu einander verhalten und in welcher Richtung sie sich entwickeln, die Frage, deren Erforschung im Mittelpunkte der Ricardo'schen Forschung stand, wird auch in Zukunft die wichtigste und schwierigste der Nationalökonomie sein.[1]

Trotz aller Grundfehler, die der Methode der klassischen Nationalökonomie anhaften, wird sie bis zum heutigen Tage in mehr oder minder weitgehender Weise noch als die allein richtige anerkannt.

Dies ist vor allem in England der Fall, wo zwar einige wirtschaftshistorische Schriftsteller mit Erfolg bemüht sind, die Einseitigkeiten der klassischen Ökonomie nachzuweisen, welche aber, da sie überhaupt der theoretisch-systematischen Behandlung nationalökonomischer Probleme abgeneigt sind, nicht eigentlich als Gegengewicht gegen die Methode Ricardos angesehen werden können.

Diejenigen englischen Schriftsteller jedoch, welche diese systematische Arbeit an sich verteidigen, sind auch in neuester Zeit noch entweder unbedingte Verteidiger Ricardos, oder sie suchen, wie wir dies von Marshall feststellten, einen Kompromiß zwischen Ricardo und anderen methodischen Richtungen anzubahnen, oder aber sie bekämpfen Ricardo aufs heftigste,

---

[1] Es ist klar, daß solche systematisch zusammenfassende Arbeit weit über das Sammeln von tatsächlichem Material hinausgeht, so daß der Einwand, mit der Leugnung wirtschaftlicher Gesetze gäbe man die Nationalökonomie als Wissenschaft preis, wohl als erledigt angesehen werden kann. Daher scheint mir die Auffassung von A. Schulz irrig: „Mit der Leugnung wirtschaftlicher Gesetze wäre jede über deskriptive Nachzeichnung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Geschehens und über wirtschaftsgeschichtliche Erzählungskunst hinausgehende nationalökonomische Wissenschaft unmöglich.... Die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesetze leugnen, heißt also Theorie und Praxis der Volkswirtschaft zugleich zerstören.“ (Kornzoll, Kornpreis und Arbeitslohn. Leipzig 1902. S. 65/66.)

um aber doch in dem einen Punkte, der m. E. gerade in bezug auf die Methode der angreifbarste ist, die Aufstellung von „Naturgesetzen" des Wirtschaftslebens ihm — wenn auch mit gewissen Modifikationen — treu zu bleiben.

Unter den Verteidigern der Ricardo'schen Methode ist vor allen Cairnes zu erwähnen.[1] Er ist nicht mit der Kritik Seniors einverstanden, der Ricardo vorwarf, daß er allzu oft die Voraussetzungen, von denen er bei seinen Theorien ausgegangen sei, außer acht gelassen habe,[2] meint vielmehr, daß Ricardo seine Methode in der wirkungsvollsten Weise (with the most effect) gehandhabt habe.

„Indem er die Methode des Schließens aus hypothetischen Sätzen tatsächlich anwandte, so weit als die Natur dieses Problems und die Umstände des Falles es erlaubten, gebrauchte Ricardo diese experimentelle Methode, welche diejenigen, die seine großen Leistungen herabsetzen möchten, zwar zu loben unternahmen, deren wahre Natur sie aber, wie ihre Kritik beweist, so wenig verstehen."

Auch Cairnes spricht von „Naturgesetzen" der Volkswirtschaft; so wenig wie die Flora und Fauna eines Landes „matters of chance" d. h. Dinge des Zufalles seien, so wenig seien die Tatsachen des Wirtschaftslebens zufällige, und zwar stehe die politische Ökonomie gänzlich „neutral" allen politischen Systemen gegenüber, so neutral, wie die Chemie gegenüber den verschiedenen Plänen sanitärer Verbesserung, oder die Physiologie gegenüber den verschiedenen medizinischen Systemen stünde.[3]

Aus drei Prinzipien müsse die Nationalökonomie ihre „Gesetze" ableiten:

1. Der dem Menschen eingepflanzte Wunsch nach physischem Wohlergehen und nach den Mitteln, die dazu nötig sind, und als Folge hiervon in Verbindung mit anderen geistigen Attributen, der Wunsch, Wohlstand mit den kleinsten Opfern zu erlangen.

2. Das Bevölkerungsprinzip, welches aus dem physiologischen Charakter des Menschen abgeleitet ist.

[1] The character and logical method of Political Economy. London 1888.
[2] S. 65. — [3] S. 37.

3. Die physikalischen Eigenschaften der natürlichen Faktoren, besonders des Bodens, woran menschlicher Fleiß sich betätigt."

Im Gegensatze zu Cairnes hält Keynes[1] die Art und Weise, wie Ricardo die Methode der isolierenden Abstraktion handhabt, keineswegs für mustergültig: „Es ist sicher, daß die deduktive Methode keine irgendwie ideale Anwendung in Ricardos Werk gefunden hat."

Seine Art, die deduktive Methode anzuwenden, sei nicht „frei von schweren Fehlern": „Z. B. die Erklärungen und Modifikationen, die fortwährend bei der Interpretation seiner Resultate notwendig sind, müssen gewöhnlich vom Leser selbst geliefert werden. . . . Häufig findet ein unerklärlicher Übergang von einer Hypothese zu einer anderen statt, der besonders verwirrend wirkt."[2]

Doch richten sich diese Bemerkungen nur gegen die besondere Art, wie Ricardo die Methode der isolierenden Abstraktion anwendet. Die Methode selbst wird auch in dieser Schrift durchaus verteidigt. Keynes unterscheidet zwei Teile der politischen Ökonomie, eine „abstrakte" und eine „konkrete".

„In der abstrakten oder reinen Theorie der politischen Ökonomie beschäftigen wir uns ausschließlich mit gewissen allgemeinen Prinzipien, die von besonderen ökonomischen Bedingungen unabhängig sind, oder, wie Jevons sagt, „„jenen allgemeinen Gesetzen, welche so einfach in der Natur vorhanden sind und so tief in der Natur des Menschen und der äußeren Welt begründet sind, daß sie in allen Zeitaltern, die wir betrachten, dieselben bleiben."" . . .

Konkrete politische Ökonomie muß die reine Theorie ergänzen und ist nicht mit rein hypothetischen Resultaten zufrieden. Ihre Gesetze werden entweder durch direkte Generalisation aus der Erfahrung gewonnen oder mit Hilfe der deduktiven Methode. . . . Diese Gesetze sind zum größten Teil relativ, nicht allgemeingültig in der Anwendung.

---

[1] The scope and method of political economy. II. ed. London 1897. S. 236.

[2] S. 234.

Wir haben es mit reiner Theorie par excellence zu tun, wenn wir uns mit den economical men beschäftigen, die voraussetzungsweise mit einander ausschließlich auf der Basis ökonomischer Freiheit verkehren. Auf dieser Basis werden die Gesetze der „competitive“ Werte, Preise, Renten, Zinsen usw. in ihren abstraktesten und allgemeinsten Formen ausgearbeitet.“

Schließlich mag noch die Ansicht eines dritten englischen Schriftstellers angeführt werden, der seine besondere Aufmerksamkeit den methodologischen Problemen zugewandt hat, Henry Sidgwick.[1] Wie Keynes ist auch er keineswegs mit allen Ricardo'schen Theorien einverstanden und hält es geradezu für „unfair“, Ricardos Schriften als fehlerlose Anwendung der deduktiven Methode anzuführen;[2] vielmehr sei Ricardo in der Anwendung dieser Methode teilweise irregegangen. So seien seine Lehren über Lohn und Gewinne durchaus fehlerhaft, aber seine Werttheorie sei von „fundamentaler Wichtigkeit“ und viele der Ricardo'schen Theorien müßten mit den nötigen Modifikationen einen Platz in jeder vollständigen Darstellung der ökonomischen Theorie finden.

Jedenfalls sei seine Methode, wenn sie nach den Angaben von John Stuart Mill ausgelegt und verbessert würde, mustergültig. Die eigenen methodologischen Anschauungen Sidgwicks stimmen im wesentlichen mit denen J. St. Mills überein.

Die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie, worunter er besonders die Lehre von der Verteilung versteht, folge mit Recht der abstrakten, deduktiven und hypothetischen Methode, d. h. sie betrachte die allgemeinen Gesetze, welche die Preise und die Entlohnungen bestimmen, gemäß einem Zustande, wonach die zivilisierte Gesellschaft im allgemeinen zustrebe, wo Freiheit des Tausches und Freiheit in der Wahl des Berufs und des Wohnorts im gewissen Sinne als vollständig vorausgesetzt werden, und wo die Natur und die Verhältnisse der Menschen, welche die industrielle Organisation bilden, als einfacher und gleichheitlicher angenommen werden, als sie in

---

[1] The principles of political economy. London 1883.

[2] S. 10.

irgend einer uns bekannten Gemeinschaft wirklich sind. . . . Es ist klar, daß die so gewonnenen Resultate nicht genau die konkreten ökonomischen Phänomene erklären oder voraussagen lassen können; aber es wird allgemein angenommen, daß, wenn sie durch eine schätzungsweise Berücksichtigung der Differenz zwischen unseren hypothetischen Prämissen und den tatsächlichen Zuständen modifiziert werden, sie uns wesentlich helfen, annähernde Richtigkeit in unseren Erklärungen und Voraussagungen zu verschaffen."

In unzähligen Variationen kehrt dieser Gedanke, daß die politische Ökonomie auf gewissen „Naturgesetzen" basiere, in der englisch-amerikanischen Nationalökonomie wieder. Besonders scharf ist er bei Macleod ausgeprägt, der direkt den Satz aufstellt:[1] „Economics is a Physical Science" und diesen Satz so erläutert: „The laws which govern the variable relations of economic quantities must be in strict harmony with the laws which govern the varying relations of the stars in their courses. Like astronomy, economics is a pure science of ratios." Und aus der wissenschaftlichen Literatur ist diese Auffassung in populäre Schriften übernommen worden. So lesen wir in Carnegies „Kaufmanns Herrschgewalt" (Berlin 1903. S. 83): „Es gibt gewisse unumgängliche große Gesetze: das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das Gesetz des Wettbewerbs, sowie das Gesetz der Löhne und des Gewinns: es ist ebenso unmöglich, die Wirkung dieser Gesetze zu nichte zu machen, wie die Gesetze der Natur einzuschränken, welche die Feuchtigkeit der Luft oder die Drehung der Erde um ihre Axe bestimmen."

In Deutschland hat sich schon seit etwa 50 Jahren eine heftige Opposition gegen die Methode und die Ergebnisse der klassischen Nationalökonomie erhoben. Hier hat die sog. „historisch-ethische" Schule der Nationalökonomie in ganz besonders erfolgreichem Maße sich bemüht, gegenüber den „Abstraktionen" Ricardos und seiner Anhänger der „exakten" Forschungsweise, die auf den Tatsachen des Wirtschaftslebens basiert, zum Siege zu verhelfen.

---

[1] On the modern science of economics. London 1887. S. 111.

Überblickt man aber den heutigen Stand der nationalökonomischen Wissenschaft und ihre namhaftesten Vertreter, so gewahrt man, daß trotz aller Bemühungen der genannten Schule die Ricardo'sche Methode noch keineswegs aus unserer Wissenschaft verbannt ist.[1] Nicht nur gibt es noch Nationalökonomen, welche diese Methode sans phrase vertreten, viele andere suchen dieselbe wenigstens mit gewissen Modifikationen aufrecht zu erhalten. Noch bemerkenswerter ist freilich, daß gerade die „historisch-ethische" Schule selbst mehrere Hauptvertreter hat, die trotz aller ihrer Gegnerschaft zur „abstrakten" Richtung in einem sehr wichtigen Punkte einen Grundirrtum der klassischen Ökonomie teilen, nämlich zu „Gesetzen" der Wirtschaftslehre gelangen zu wollen.

Hören wir zunächst einen Philosophen, Wilhelm Wundt. Wie für die Sprachwissenschaft, so will Wundt auch für die abstrakte Wirtschaftstheorie kausale oder empirische Gesetze anerkennen:[2] „Die abstrakte Wirtschaftstheorie stellt für die wichtigsten Zusammenhänge der Faktoren des wirtschaftlichen Verkehrs, wie Preis, Angebot und Nachfrage, Einkommen, Kapitalisierung und Kredit allgemeine Gesetze fest, die, wenn sie auch in dem wirklichen Verkehr der Menschen selten rein in der von der Theorie geforderten Weise zutreffen, doch zweifellos insoweit gelten, als die gemachten Voraussetzungen gültig sind, und die, wie schon ihre deduktive Entstehung lehrt, jedenfalls kausale Gesetze sein müssen."

Als eigentliche Grundlage der Sozialwissenschaften müsse die Sozialwissenschaft bei ihren Interpretationen sich auf die Psychologie stützen.[3]

Der Gegenstand der Volkswirtschaftslehre hänge mit ursprünglichen Bedürfnissen des menschlichen Lebens zusammen,

---

1 Vgl. Diehl, Über die nationalökonomischen Lehrbücher von Wagner, Schmoller, Dietzel und Philippovich mit besonderer Rücksicht auf die Methodenfrage in der Sozialwissenschaft. Jahrbücher für Natök. 1902. II. S. 87.

2 W. Wundt, Logik. II. Band. Methodenlehre. II. Abteilung. II. Aufl. Stuttgart 1895. S. 137.

3 S. 236.

die von jeder besonderen Beschaffenheit der Gesellschaft unabhängig seien.[1]

„Alle fundamentalen Wirtschaftsgesetze haben in den allgemein gültigen psychischen Eigenschaften der menschlichen Natur ihre Quellen, was eben darin zum Ausdruck kommt, daß sie lediglich Anwendungen allgemeinster psychologischer Prinzipien sind.[2]

Das Wirtschaftssystem könne ebenso wie andere in Staat und Gesellschaft bestehende Kultursysteme z. B. die Sitte, das Recht, als eine eigentümliche Form psychophysischer, aber in ihren letzten Gründen psychisch bedingter Organisation mit dem physischen Organismus in Analogie gebracht werden.[3]

Wundt spricht daher auch ausdrücklich von „sozialen Entwicklungsgesetzen" und rechnet hierzu die Gesetze der Aufeinanderfolge der Verkehrs-, der Wirtschafts-, der Verfassungsformen.[4] Daneben unterscheidet er „soziale Beziehungsgesetze". Als Beispiele solcher Gesetze gibt er das Malthus'sche Bevölkerungsgesetz, das Marx'sche Mehrwertgesetz und das Gesetz der ökonomischen Krisen an.[5]

Von den deutschen Nationalökonomen sei zunächst Dietzel[6] angeführt, der die Ricardo'sche Methode in allem Wesentlichen verteidigt. Zwar nimmt er zum Ausgangspunkte seiner Abstraktionen nicht den „Eigennutz", sondern den „economical man"; auch sollen seine Gesetze nur für die „Konkurrenzwirtschaft" gelten; aber auch er hält den Weg der „isolierenden Abstraktion" für den allein richtigen. „Die Lehrsätze der Klassiker und ihrer Nachfolger brauchen deshalb keineswegs revidiert zu werden — sie sind, wenn auch von „„Egoismus"" oder von „„Selbstinteresse"" geredet wird, tatsächlich unter Zugrundelegung jener ethisch neutralen Prämisse gewonnen."[7]

Neumann erkennt ebenfalls die Aufstellung „wirtschaftlicher Gesetze" an — er unterscheidet zweierlei Arten wirtschaftlicher Gesetze: empirische oder Entwicklungsgesetze

[1] S. 478. [2] S. 623. — [3] S. 526. — [4] S. 615. — [5] S. 624.

[6] Theoretische Sozialökonomik. Band I. Einleitung. Allg. Teil. Leipzig 1895.

[7] Art.: Selbstinteresse. Handwörterb. d. Staatsw. II. Aufl. Bd. VI. S. 694.

und kausale Gesetze, die ohne Rücksicht auf frühere Gestal tungen und andere Rechtsverhältnisse nach jetzigen west- und mitteleuropäischen Verhältnissen als kausaler Zusammenhang in wirtschaftlichen Dingen erscheinen. Diese Gesetze sollen sich teils aus dem Eigennutz, teils aus andern Motiven ergeben.[1]

Die Mehrzahl der von Ricardo aufgestellten „Gesetze" läßt auch Neumann als solche gelten — ebenso das Malthus'sche Bevölkerungsgesetz. Wenn Neumann auch das mit besonderer Vorliebe von den Anhängern wirtschaftlicher Gesetze angeführte Beispiel, das Gresham'sche Gesetz, wonach schlechtes Geld gutes verdrängt, anführt, so möchte ich hiergegen bemerken, daß selbst in diesem Falle nicht wohl von einem „Gesetze" gesprochen werden kann. Es liegt doch nichts vor, als eine mit gewisser Regelmäßigkeit gemachte Beobachtung über die Geldverhältnisse in Ländern mit isolierter Doppelwährung und Papierwährung. Nur wenn die am Geldverkehr beteiligten Interessenten die genügende Kenntnis und den genügenden Erwerbssinn haben, werden die genannten Wirkungen eintreten. Daß schlechtes Geld nicht immer gutes verdrängt, beweist der Umstand, daß gelegentliche Papiergeldemissionen wenigstens für kürzere Zeit kein Agio des Metallgelds herbeigeführt haben.

Auch Adolf Wagner stimmt trotz aller seiner Kritik der klassischen Ökonomie mit ihrem methodologischen Grundprinzip, daß aus gewissen „natürlichen" Trieben des Menschen wirtschaftliche „Gesetze" abzuleiten seien, überein.[2] Er tritt energisch für die Berechtigung der Deduktion ein, die nur mit den nötigen Kautelen vorgenommen werden müsse. Man müsse einen „konstanten" und mehrere „variable" Faktoren unterscheiden. Der „konstante" Faktor sei das Streben nach dem wirtschaftlichen Eigenvorteil, kurz „Eigennutz" genannt;

---

[1] Fr. J. Neumann, Naturgesetz und Wirtschaftsgesetz. Tüb. Zeitschr. für ges. Staatsw. 1892. S. 405—475. Ders. Wirtschaftliche Gesetze nach früherer und jetziger Auffassung. Jahrb. für Natök. 1898. II. S. 1—38.

[2] Grundlegung d. pol. Ök. bes. I Teil: Grundlagen der Volkswirtschaft. III. Aufl. Leipz. 1892. S. 14, 15, 38, 81.

aus diesem seien bestimmte wirtschaftliche Sätze abzuleiten, die aber an den vielerlei andern Faktoren des Lebens auf ihre Richtigkeit geprüft und eventuell auf Grund dieser Ergebnisse korrigiert werden müßten. Da Wagner gewisse „konstante" Größen in der menschlichen Natur annimmt, aus denen Schlüsse für das wirtschaftliche Handeln abgeleitet werden könnten, so erkennt er auch wirtschaftliche „Gesetze" an.

Selbst der Führer der historischen Schule, Gustav Schmoller,[1] lehnt wirtschaftliche Gesetze nicht ab; auch er führt das gesamte volkswirtschaftliche Leben auf bestimmte menschliche Triebe zurück. Während die klassische Nationalökonomie die wirtschaftlichen Gesetze aus einem Trieb, dem wirtschaftlichen Eigennutz, ableitete, will Schmoller die gesamten menschlichen Triebe in Betracht ziehen und will psychologisch und historisch untersuchen, welches die Triebfedern des wirtschaftlichen Handelns überhaupt seien.[2]

Zwei dieser Triebe, der Selbsterhaltungs- und Geschlechtstrieb, müßten nach Schmoller als psychologischer Ausgangspunkt des Wirtschaftslebens, ja der ganzen gesellschaftlichen Organisation angesehen werden. Da Schmoller die volkswirtschaftlichen Erscheinungen lediglich aus bestimmten „Trieben" erklärt, läßt er auch „Gesetze" gelten, die wir auf Grund dieser Triebe feststellen könnten. Nur dürfe nicht der Erwerbstrieb allein, sondern das ganze menschliche Triebleben müsse in den Bereich der Untersuchung gezogen werden.

So sehen wir, daß bis in die Reihen derjenigen Nationalökonomen, die sich gerade die Bekämpfung der Methode der klassischen Volkswirtschaftslehre zur Hauptaufgabe gemacht haben, der Irrtum geteilt wird, als ob wir es in der Volkswirtschaftslehre mit „Gesetzen" und mit „natürlichen" Entwicklungen zu tun hätten.

Dieser unbefriedigende Zustand in den grundlegenden Fragen unserer Wissenschaft kann erst dann sein Ende finden, wenn auch mit dem letzten Rest der klassischen Ökonomie, der unbeschadet des sonstigen methodologischen Standpunktes,

---

[1] Grundriß der allg. Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1900—1904.
[2] S. 33.

von fast allen Nationalökonomen anerkannt wird, daß wir nach „Wirtschaftsgesetzen“ zu suchen hätten, aufgegeben wird.[1]

Wir müssen endlich eine klare Trennung von Natur- und Sozialwissenschaft vornehmen, wenn nicht immer von neuem methodische Unklarheit geschaffen werden soll. Oder mit anderen Worten: die Psychologie kann nicht die Grundlage sein, aus der die ökonomischen Erkenntnisse geschöpft werden.

Gänzlich abzulehnen ist die Individualpsychologie; denn die Triebe der einzelnen Menschen sind überhaupt für die Sozialwissenschaft irrelevant. Aber auch die sog. Sozialpsychologie führt nicht zum Ziele: die Triebe, die sich im menschlichen Gemeinschaftsleben entfalten, sind selbst wieder mannigfach bedingt und beeinflußt durch die konkrete wirtschaftliche Rechtsordnung.

Daher haben wir hier keine „psychologische“ Fundamentierung vor uns, sondern die Fundamentierung liegt in den wichtigsten Rechtsinstitutionen, durch die das wirtschaftliche Leben geordnet und geregelt wird. Wie schwer es ist, die psychologischen Zusammenhänge hier richtig zu erkennen, gibt auch Wundt zu, der doch selbst diese psychologische Fundamentierung verlangt.

Er sagt:[2] „Gegen das Prinzip dieser Methode (sc. der isolierenden Abstraktion aus der Natur des individuellen Menschen) läßt sich vor allem einwenden, daß dasselbe auf einer falschen, nirgends durch die Erfahrung bestätigten Voraussetzung ruht, auf der Voraussetzung nämlich, alle Eigenschaften einer Gemeinschaft seien aus den Eigenschaften der Individuen, die ihr angehören, a priori abzuleiten. Eine solche Deduktion

---

[1] Die naturwissenschaftlich-psychologische Richtung in der Nationalökonomie und die Aufstellung wirtschaftlicher „Gesetze“ ist in neuerer Zeit von verschiedenen Seiten energisch bekämpft worden. Vgl. namentlich Stammler, Wirtschaft und Recht. Leipzig 1896. von Below, Zur Würdigung der historischen Schule der Nationalökonomie. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. 1904. Hesse, Natur und Gesellschaft. Jena 1904. Biermann, Sozialwissenschaft, Geschichte und Naturwissenschaft. Jahrb. für Natök. 1904.

[2] a. a. O. S. 483.

ist aber nicht nur unmöglich, sondern es sind sogar umgekehrt die sozialen Erscheinungen, wenn sie empirisch gegeben sind, immer nur teilweise durch das Zurückgehen auf die psychischen Eigenschaften des einzelnen Menschen verständlich zu machen.

Was hierbei überall hinzukommen muß, ist die Erwägung der Bedingungen, die aus dem Zusammenleben der einzelnen entstehen, und durch deren Rückwirkung auf den einzelnen auch in diesem neue psychische Eigenschaften entbunden werden."

Es mag eine interessante wissenschaftliche Spezialaufgabe sein, den sozialpsychischen Zusammenhängen nachzuforschen, die sich im sozialen Zusammenleben der Menschen aufdecken lassen: nie kann aber die Psychologie das Fundament unsrer Wissenschaft bilden.

Der Nationalökonom hat auf die innerhalb einer konkreten Rechtsordnung sich ergebenden Resultate zu blicken, auf die wirklichen Preis-, Lohn- und Zinsgestaltungen, auf die tatsächlichen Macht- und Interessenkämpfe, die sich hier abspielen. Die Erkenntnis der psychologischen Motivation kann dabei höchstens eine Hilfsrolle spielen.

Und nie darf man glauben, aus „natürlichen" Trieben des Menschen „Gesetze" des ökonomischen Lebens gewinnen zu wollen, weil man hierbei übersieht, daß durch das soziale Dasein der Menschen ein ganz neues Gebiet der Erkenntnis, abseits des natürlichen Trieblebens gegeben ist.

Der Ruf „Los von Ricardo" ist daher berechtigt, soweit es sich um einige schwere Irrtümer handelt, die diesem Forscher anhaften. Einmal liegt dieser Irrtum auf sozialpolitischem Gebiete. Gegenüber dem in Bentham'schen Ideen erzogenen Ricardo, der meinte, daß alle wesentlichen sozialen Fortschritte durch die Selbsterziehung der einzelnen Individuen zu erreichen seien, muß die wichtige Aufgabe betont werden, die hier auch dem Staat und der einschränkenden wirtschaftlichen Gesetzgebung zufällt. Doch ist in diesem Punkte jetzt — zumal in Deutschland — große Einigkeit vorhanden; die soziale Naturheilmethode hat nur noch wenig Anhänger. Aber in einem anderen Punkte ist dringend eine Abwendung von Ricardo

erforderlich: in dem methodologischen Punkte, daß endlich mit der Methode der „isolierenden Abstraktion“ gebrochen wird.

Meine Hauptbemühung in dem vorliegenden Werke war darauf gerichtet, zu zeigen, wie und warum diese Methode auf Abwege geführt hat und immer wieder auf Abwege führen muß.

Mit diesem methodologischen Mangel hängt auch Ricardos falsche Würdigung der Stellung der verschiedenen wirtschaftlichen Berufszweige und Gesellschaftsklassen zusammen. Mit Scharfsinn hatte er zwar den Irrtum der Physiokraten erkannt, daß das produit net der Urproduktion zu verdanken sei. Seine Rententheorie ist mit vollem Recht als die theoretisch richtige Lehre der Rententheorie der Physiokraten, sowie derjenigen von A. Smith und von Malthus, gegenüberzustellen.

Wenn aber die Physiokraten und ihre Nachfolger sich einer einseitigen Überschätzung des Grundbesitzerstandes schuldig machten, so hat Ricardo diese Überschätzung noch viel weiter den anderen Klassen gegenüber getrieben. Nachdem er die Rente als ein arbeitsloses Überschußeinkommen erklärt hatte, betrachtete er die Grundbesitzerklasse als ausschließlich „Renten“ beziehende Klasse und hat den Druck, der von dort aus auf die übrigen Gesellschaftsklassen ausgeübt werden soll, maßlos übertrieben.

In einer Zeit lebend, wo die Industrie und der Handel einen mächtigen Aufschwung nahmen, hat er mehr, als jedenfalls in seiner Absicht lag, den einseitigen Interessen dieser Klassen theoretische Waffen geliefert.

Dabei lag ihm völlig fern, zugunsten des großen Kapitals und der großen Handelsgewinne zu plaidieren, sein Hauptinteresse lag darin, zu zeigen, daß die Wirtschaftspolitik dem auf Arbeit beruhenden Einkommen, worunter er Lohn, Zins und Gewinn verstand, gegenüber dem arbeitslosen, als welches er die Rente ansah, zum Rechte zu verhelfen. Dabei übersah er aber allzuhäufig, daß die auf abstraktem Wege gewonnenen Anschauungen über Rente usw. für das wirkliche Leben nur in ganz wesentlich modifizierter Weise anzuwenden sind.

Ebenso energisch wie in dieser Frage der Ruf „Los von Ricardo“, ist auf anderem Gebiete der Ruf „Zurück zu Ricardo“

am Platze. Trotz aller Detailkritik muß hier zum Schlusse das Verdienst, das sich Ricardo erworben hat, und das, worin es für alle Zeiten vorbildlich sein kann, besonders hervorgehoben werden.

Roscher schrieb in der Vorrede zum 1. Bande seines „Systems der Volkswirtschaft:[1] „Die neuere Wissenschaft ist mit Erfolg bemüht gewesen, die Tatsachen zu erforschen, welche der Ricardo'schen und Malthus'schen Formulierung der betreffenden Gesetze (sc. Gesetz der Grundrente und Gesetz der Volksvermehrung) widersprechen, und die Formeln demgemäß zu erweitern. Ich selbst habe nach Kräften dazu beigetragen.

Inzwischen ist es begreiflich, daß während dieses Läuterungsprozesses die meisten Gelehrten, zumal solche, die mehr dogmatischen, als historischen Sinn besitzen, jene beiden Koryphäen mehr auf die kleinen Mängel, als auf die großen Verdienste ihrer Entdeckung ansehen. . . .

Ich selbst zweifle durchaus nicht, daß, nach gründlicher Beendigung des erwähnten Läuterungsprozesses, die fernere Zukunft sowohl Ricardo als Malthus in ihre volle Ehre als nationalökonomische Forscher und Entdecker von allererstem Range wieder einsetzen wird."

Und der englische Nationalökonom Ashley,[2] der ebenso wie Roscher ein Hauptvertreter der wirtschaftshistorischen Richtung ist, hob in einer Studie „The rehabilitation of Ricardo" gegenüber einer Strömung, welche die Verdienste Ricardo's zu verkleinern suchte, die große Bedeutung unserer Nationalökonomen hervor.

Er sagt dort:[3] „Wenn Ricardo gerecht interpretiert, ergänzt und erklärt wird, ist seine Lehre immer noch von dauerndem Wert" .... „Die Principles of Political economy sind ein Werk, das seinen Verfasser des Rufes und der Stellung als Doyen der englischen Ökonomisten würdig macht. Es läßt alles, was seit John Stuart Mill geschrieben ist, weit hinter sich, es

---

[1] 16. Auflage. Stuttg. 1882. S. VIII.
[2] Economic Journal. Sept. 1891.
[3] S. 475.

faßt die ganze ökonomische Bewegung der letzten vierzig Jahre zusammen und gibt den Ausgangspunkt für eine neue und fruchtbare Entwicklung.“ [1]

Diese Urteile treffen auch heute noch das Richtige. Nichts wäre falscher als um deswillen, weil wir vom Standpunkte heutiger Wissenschaft aus an vielen Lehren Ricardos Kritik üben müssen, ihnen alle Bedeutung für die Gegenwart abstreiten zu wollen. Schon darum wird Ricardo für alle Zeiten als nationalökonomischer Denker in erster Linie stehen, weil er die Wichtigkeit scharfer Begriffsformulierung wie kein anderer vor oder nach ihm klar erkannt hat.

Seine Bemühungen für feste, klar umschriebene Begriffe werden ebenso immer anerkannt werden müssen, wie auch viele seiner Definitionen geradezu als mustergültig anzusehen sind; ich habe besonders im Kapitel über die Grundrente das Verdienstliche Ricardos nach dieser Richtung hin anerkannt. Und gerade in unserer Zeit, die mehr zu empirisch-deskriptiver als deduktiv-systematischer Forschung zuneigt, müssen die hierauf gerichteten Anstrengungen Ricardos besonders hervorgehoben werden. Aber auch die Lehren, bei denen Ricardo offenbar irrte, sind groß angelegte Versuche, aus wenigen Prämissen zu einigen Gesetzen der Verteilung des Volkseinkommens zu kommen und für die Gegenwart nicht einfach als veraltete Irrtümer über Bord zu werfen.

Wenn auch der Weg, den Ricardo einschlug, uns nicht richtig erscheint, die Probleme,[2] welche er zu erforschen suchte, stehen heute und werden immer im Mittelpunkte der nationalökonomischen Forschung stehen.

Denn, was könnte es wichtigeres geben, als zu erforschen, wie Arbeitslohn, Zins, Profit und Rente sich gestalten und in

---

[1] S. 489.

[2] Nur in diesem Sinne und daher mit sehr großen Einschränkungen könnte ich dem Satze von A. Schulz zustimmen (a. a. O. S. 109): „Gleichwie seit Jahrzehnten in der Philosophie der Ruf „„Zurück zu Kant““ ertönt, womit auch nur Wiederaufnahme der transzendentalen Methode gemeint ist, sollte nach all' der flachen Empirie in der Nationalökonomie der Ruf erhoben werden: Zurück zur klassischen Methode, wie sie von Ricardo, v. Thünen und Karl Marx geübt wurde.“

welchem Zusammenhang sie zu einander stehen? Noch heute sind diese Fragen so heiß umstritten wie zu Lebzeiten Ricardos. Und wenn wir auch die Methode Ricardos und seine Resultate nicht billigen, die Beschäftigung mit diesen Problemen darf nie außer acht gelassen werden. Solange man sich aber mit diesen Fragen beschäftigt, wird man immer wieder auf Ricardos Lehren zurückgehen müssen. Sein unermüdlicher Forschungsdrang, den wahren Zusammenhang der Dinge zu erkennen, seine unbedingte Wahrheitsliebe und strenge Objektivität bei diesen Forschungen werden für alle Zeiten vorbildlich sein müssen.

Anhang.

Ricardo-Bibliographie.

A. Schriften Ricardos.

1. Einzelausgaben seiner Schriften.

1809: Three letters on the price of gold. Contributed to the Morning Chronicle (London) August-November 1809. (Neu herausg. unter dem Titel: Three letters on the price of gold. A reprint of economic tracts, edited by Hollander. Baltimore 1903.

1809: The high price of bullion a proof of the Depreciation of Bank-Notes, 4. Aufl., 1811. (Diese ist die beste, mit einem Nachtrage versehene Ausgabe.)

1811: Reply to Mr. Bosanquet's, „Practical Observations on the Report of the Bullion Committee."

1815: An Essay on the Influence of a low Price of corn on the profits of stock, with remarks on Mr. Malthus' last two publications.

1816: Proposals for an Economic and Secure Currency, with observations on the profits of the Bank of England, 3. Aufl., 1819.

1817: The Principles of Political Economy and Taxation, 2. Aufl., 1819, 3. Aufl. 1821.

Dasselbe, neu herausgegeben mit Einleitung und Anmerkungen von E. C. K. Gonner, London, 1895.

Dasselbe, die ersten 6 Kapitel, neu gedruckt, in der Sammlung Economic Classics., ed. G. Ashley, London 1895.

Dasselbe, französ. Ausgabe, Les principes de l'économie politique et de l'impôt, traduit de l'Anglais, par F. S. Constancio avec

des notes, explications et critiques, par J. B. Say, 2 Bde., Paris 1819, 2. Aufl., 1835.

Dasselbe, in gekürzter Ausgabe, neu herausgeg. von B. Beauregard. (Petite bibliothèque économique française et étrangère, Bd. VII.)

Dasselbe, in deutscher Übersetzung u. d. T.: Die Grundsätze der politischen Ökonomie nebst erläuternden und kritischen Anmerkungen von J. B. Say. Von A. Schmidt, Weimar 1821.

Dasselbe, deutsche Übersetzung: Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, von E. Baumstark, 2 Bde., Bd. I, Übersetzung, Bd. II, Erläuterungen, Leipzig 1837/38. 2. Aufl. der Übersetzung ebendort. 1877.

1820: Essay on the funding system, in der Encyclopaedia Britannica.

1822: On protection to Agriculture.

1822: Speech on Mr. Westerns motion for a Commitee to consider the effects produced by the resumption of cash payments, delivered the 22 th of June 1822.

1824: Nachgelassenes Werk: Plan for the establishment of a national bank.

2. Gesamtausgaben seiner Schriften.

a) The works of Ricardo. With a notice of the life and writings of the author; by J. R. Mc. Culloch, London 1846. (Enthält außer den genannten Schriften [mit Ausnahme der speech on Westerns motion] noch: „Observations on Parliamentary Reform. A manuscript given by Ricardo to Mc Culloch and printed by Cutler in „The Scotsman" April 24, 1824, und „Speech on Voting by Ballot", A manuscript copy of speech delivered by Ricardo, April 24, 1823, found among his papers and printed in „The Scotsman", Jahrg. 17, 1824.

b) Oeuvres complètes de Ricardo, Paris 1847 (a. u. d. T.: Collection des principaux économistes, Bd. XIII) avec des notes et une notice sur la vie et les travaux de Ricardo, par A. Fonteyraud.

Dasselbe, neueste französ. Gesamtausgabe, u. d. T.: Oeuvres complètes de Ricardo, traduites en français par Constancio et

A. Fonteyraud, augmentées des notes de J. B. Say, Malthus, Sismondi, Rossi, Blanqui etc. et précédées d'une notice biographique sur la vie et les travaux de l'auteur, par A. Fonteyraud, et d'une préface par Maurice Block, Paris 1882 (bildet einen Teil der „Nouvelle collection des principaux économistes).

3. Briefe.

a) Drei Briefe on the national debt, zwei davon an Place gerichtet, Ec. Journal 1893 pag. 289, und einer an R. Heathfield, bei Palmer, Speech on the State of the Nation, 1832.

b) Fünf Briefe an J. B. Say, Mélanges et Correspondance de J. B. Say, 1833.

c) Letters to Malthus, ed G. J. Bonar, with preface and notes 1887.

d) Letters to Mac Culloch, ed J. H. Hollander, with preface and notes, 1895.

e) Letters to Hutches Trower and others, 1811—1823. Edited by Bonar and Hollander, 1899.

4. Parlamentsreden.

Diese finden sich abgedruckt bei Hansard, Parl. Debates, 1819—1823; besonders zu erwähnen Vol. XXXIX über Cash Payment bill; Vol. XLI: Motion respecting Mr. Owen's plan. New Series; Vol. I, Vol. II, Vol. V, Vol. VI: Agricultural Distress, Bank of England. Vol. VIII: Corn duties; Vol. IX: Resumption of cash payments etc.

5. Beteiligung an parlamentarischen Ausschüssen.

1819: cf. Reports from the secret committee on the Expediency of the Bank resuming Cash payments, ordered by the house of Commons; to be printed 5th April and 6th May 1819.

1819: cf. Reports by the Lords committee appointed a secret committee to enquire into the state of the Bank of England.

1821: cf. Report from Select Committee on Petitions complaining of the Depressed State of Agriculture. Minutes of Evidence.

B. Schriften über Ricardo.

Ein umfassendes, erschöpfendes Werk über Ricardo gibt es weder in deutscher noch in anderer Sprache. Man ist somit auf die Spezialliteratur angewiesen, die entweder Ricardos Lehren im allgemeinen oder spezielle Theorien kritisch untersucht resp. kommentiert. Die zuverlässigsten biographischen und bibliographischen Angaben über Ricardo finden sich bei Mac Culloch, in der Einleitung seiner Gesamtausgabe der Werke Ricardo's und in seinem Werke „The literature of Political Economy", London 1845.

Aus der sonstigen Ricardoliteratur ist hervorzuheben:

A. Adler, Ricardo und Carey in ihren Ansichten über die Grundrente. Leipzig 1873.

Amicus Curiae, The parity of moneys as regarded by A. Smith, Ricardo and Mill. London 1888.

Ashley, The rehabilitation of Ricardo im „Economic Journal", Sept. 1891.

S. Bailey, A critical Dissertation on the Nature of value. Chiefly in reference to the writings of Mr. Ricardo and his followers, London 1825.

Bain, James Mill, London 1882.

J. C. Banfield, Six letters to the Right Hon. Sir R. Peel, Bart., being an attempt to expose the dangerous tendency of the Theory of Rent advocated by Mr. Ricardo, London 1853.

Bankers Magazine (New-York) Biographical Sketches: „David Ricardo", Vol. II (1847—48), p. 626—635.

Berens, Versuch einer kritischen Geschichte der Grundrente, Moskau 1868.

Biermann, Staat und Wirtschaft. I. Bd. Berlin 1904.

Blackwoods Edinburgh Magazine: Adam Smith and Ricardo, 1842.

Block, Le progrès de la Science Economique depuis A. Smith, Paris 1890.

Th. v. Bernhardi, Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden, St. Petersburg 1849.

Biographie universelle, Bd. 35, Paris 1862, S. 349 ff.

Biographie nouvelle, Bd. 42, Paris 1863, S. 124 ff.

-Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, I., II. Aufl. Innsbruck 1900.

Bonar, Philosophy and political economy, London 1893.

Brentano, Die klassische Nationalökonomie, Leipzig 1888.

Brougham, Historical sketches of statesman who flourished in the time of George III. Philad. 1885.

Derselbe, Lives of men of letters in time of George III., Bd. II. London 1856.

T. W. Butler, A reply to a Pamphlet published by David Ricardo on Protection to Agriculture, London 1822.

Cairnes, Essays in Political Economy, London 1873.

Cannan, A history of the theories of production and distribution in english political economy from 1776—1848, London 1894.

Derselbe, Ricardo in Parliament. Economic Journal, June-Sept. 1904.

H. C. Carey, Principles of Social Science, 3 vol., Philad. 1877.

Gustav Cohn, Nationalökonomische Studien, Stuttgart 1886, S. 641 ff.: „Lassalle und das Eherne Lohngesetz."

Cossa, Histoire des doctrines économiques, Paris 1899.

J. Craig, Remarks on some fundamental Doctrines of Political economy, Edinburg 1844.

Crombie, A letter to David Ricardo, containing an Analysis of his Work on the Depreciation of Bank Notes, London 1817.

Mac Culloch, Treatises and Essais on subjects connected with Economical Policy; with biographical sketches of Quesnay, A. Smith and Ricardo, Edinburgh 1853.

Dictionnaire de l'Economie politique (von Coquelin und Guillaumain) Paris 1853. Art. Ricardo von Garnier.

Nouveau Dictionnaire d'économie politique (von Léon Say und Challey), Paris 1892. Art. Ricardo, von Vidal-Naquet.

Dictionary of Political Economy (ed. by Inglis Palgrave). Art. Ricardo, von J. D. Rogers.

Dictionary of National Biography. Art. Ricardo, von Leslie Stephen.

Diehl, Die Grundrententheorie im ök. System von Karl Marx, Jahrb. f. Nat. und Stat., III. F., Bd. 17.

Derselbe, Über die Frage der Einführung beweglicher Getreidezölle, ebendort. Bd. 19.

Dietzel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig S. 206 ff.

Dunbar, The Reaction in Political Economy im Quarterly Journal of Economics, Vol. I. Boston 1887.

Encyclopaedia Britannica, Art. „Political economy" und „Ricardo" von Ingram.

R. de Fontenay, Du revenu foncier. Paris 1854.

A. Held, Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands, Leipzig 1881.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Art.: Ricardo. I. Aufl. von Lippert, II. Aufl. von Diehl.

Hollander, Some unpublished letters of D. Ricardo (Quarterly Journal of Economics 1896).

S. D. Horton, The parity of Moneys, as regarded by A. Smith, Ricardo and Mill, London 1888.

W. Jacob, A letter to S. Whitbread, being a sequel to Considerations on the protection required by British Agriculture; to which are added remarks on the publications of Mr. Ricardo, London 1815.

Jevons, Theory of Political Economy, 3. Aufl. London 1888.

H. Jemmet, Observations on Mr. Ricardo's Principles of political economy and taxation. (In the Pamphleteer, Vol. XXVII, London 1813.)

Ingram, History of Pol. economy, Edinburgh 1888.

R. Jones, Essai on the Distribution of wealth, London 1831.

Knies, Geld und Kredit, 2 Bde., Berlin 1873/79, II. Bd., S. 317/37.

A. M. L., Ricardo's Exchange Remedy. — Leckie, Review of the procedings of the commitee of the house of Commons on banks of issue 1840.

Derselbe, An inquiry into the effects of the Bank restriction and the changes in the value, with an examination of the leading principles in the work on pol. ec. of D. Ricardo, 1841.

Leser, Untersuchungen zur Geschichte der Nationalökonomie, 1881.

James Mill, Nekrolog auf Ricardo in „Morning Chronicle". Sept. 1823, und in „Annual obituary," 1823.

John Stuart Mill, Chapters on Socialism. Fortnightly Review, Vol. XXV, London 1829.

Nicholson, Tenant's Gain not Landlord's loss, Edinburgh 1883.

Th. Paget, A letter addressed to D. Ricardo, on the true principle of the late depreciation in the currency, London 1822.

Palmer, C. Speech on the State of the Nation, etc., to which are prefixed Letter of Mr. Ricardo to Mr. R. Heathfield, on the Liquidation of the Public Debt. etc. London 1832.

Patten, Malthus and Ricardo, Baltimore 1889.

Derselbe, The interpretation of Ricardo (Quarterly Journal of Economics, April 1893).

Derselbe, The Development of English thought, New-York 1899, p. 303—311.

Pinsent, Letters to D. Ricardo in answer to his speech of the 7 th of March 1821, London 1821.

Porter, Nekrolog auf Ricardo in the „Penny Cyclopaedia' London 1823.

Posnett, The Ricardian theory of rent, London 1888.

Pringsheim, die Ricardosche Werttheorie im Zusammenhange mit den Lehren über Kapital und Grundrente, Breslau 1883.

De Quincey, Logik of pol. economy, Edinburgh 1894.

Derselbe, Dialogues of three templars, London Magazine 1824.

John Rae, Contemporary socialism. II ed. London 1891.

J. S. Reynolds, Practical Observations on Mr. Ricardo's Principles, London 1822.

Rodbertus, Zur Beleuchtung der sozialen Frage, I, 2. und 3. sozialer Brief an v. Kirchmann, enthaltend eine Widerlegung der Ricardo'schen und Ausführung einer neuen Grundrententheorie, Leipzig 1875.

J. C. Ross, An examination of the opinions maintained in the principles of. D. Ricardo, London 1827.

Schüller, die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner, Berlin 1896.

Derselbe, die Wirtschaftspolitik der historischen Schule, Berlin 1899.

Sinclair, Answer to a tract recently published by D. Ricardo on protection to Agriculture, Edinburgh 1822.

Stephen, Leslie, The English Utilitarians Vol. II. chap. V. Ricardo. London 1900.

Verrijn Stuart, Ricardo en Marx, Haag 1890.

Thomas Smith, A reply to Mr. Ricardo's Proposals for an Economical Currency, London 1816.

Th. P. Thompson, The true theory of rent in opposition to Mr. Ricardo and others, 9 th ed., London 1832.

Derselbe, In „the pamphleteer" Vol. XXVII. „the exposition of fallacies etc.

v. Thünen, der isolierte Staat, Bd. 1, 1826, Bd. 2, 1850.

C. H. Todd, The unearned increment: observations on Ricardo's Theory of rent, London 1885.

R. Torrens, A Comparative estimate of the effects which a continuance and a removal of the restriction upon Cash payments are respectively calculated to produce; with strictures on Mr. Ricardo's proposal for obtaining a secure currency, London 1819.

Trunk, Geschichte und Kritik der Lehre von der Grundrente, in den Jahrb. f. Nat. u. Stat., Bd. 6 (1866) und 12 (1868).

Turner, Considerations upon the agriculture etc. with observations on the pamphlet by D. Ricardo, entitled protection to Agriculture, London 1822.

Vogel, Darlegung und Beurteilung des Verhältnisses der Grundlehren von David Ricardo und J. St. Mill über den Arbeitslohn zu der Gesetzgebung des Deutschen Reichs betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter. Rastatt 1839.

West, Price of corn and wages of labor; with observations upon Dr. Smith's, Ricardo's and Malthus' doctrines upon these subjects, London 1826.

Whewell, Mathematical Exposition of some of the Leading Doctrines in Mr. Ricardo's „Principles of Political Economy and Taxation." Transactions of the Cambridge Philosophical Society. Vol. IV. Cambridge 1833.

Zuckerkandl, Zur Theorie des Preises, Leipzig 1889, S. 67 ff., 158 ff., 293 ff.

Personenregister.

Die Zahlen ohne Stern bezeichnen die Seiten des ersten, die Zahlen mit Stern die des zweiten Bandes der Erläuterungen. Die Namen der Bibliographie sind in das Register nicht aufgenommen.

Sachregister.



Druck von W. Drugulin in Leipzig.


HB161
.R565
v.212
139602

